

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 26. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 18.10.2023, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu den Niederschriften über die Sitzungen vom 10.05.2023 und 06.09.2023
2. Fragestunde
- 2.1 Bargeldlose Verwaltung
- Anfrage der Volt-Fraktion
- 2.2 Sachstandsinformation zur aktuellen Flüchtlings- und Asylbewerberlage in Siegen
- Anfrage der AfD-Fraktion
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
- 3.1 Umsetzungsstrategien für einen klimaresilienten Stadtumbau für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels
- Antrag der Volt-Fraktion
- 3.2 Stellenangebote Duales Studium für Bauingenieure
- Antrag der Fraktion B'90/Grüne
- 3.3 Portal zur Partnerstadt
- Antrag der Volt-Fraktion
- 3.4 Digitales Bürgerbüro
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP, GfS, Linke und Volt
4. Wiederbesetzung Stellen nach Renteneintritt
5. Interkommunale Zusammenarbeit
6. Jahresabschluss 2022
7. Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2022 und Grundlage der Gebührenkalkulation
8. Sachstandsbericht zum Stadtjubiläum 2024

9. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Siegen durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW)
10. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2023 für die Baumaßnahme "Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße"
11. Grundsätze für die Bestellung von Erbbaurechten und den Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu den Niederschriften über die Sitzungen vom 10.05.2023 und 06.09.2023
2. Personalangelegenheit
3. Grundstücksangelegenheit
4. Beteiligungsangelegenheiten
5. Verschiedenes
6. Mitteilungen an die Presse

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 05.10.2023

Steffen Mues
Bürgermeister

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 26. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 18.10.2023, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 2.3 Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Digitales Bürgerbüro
- 12. Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigung des 3. Quartals 2023
- 13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2023 für die Baumaßnahme / Investition V100101001 - Anschaffung von Wohncontainern

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 13.10.2023

Steffen Mues
Bürgermeister

Nachtragsbekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 26. Sitzung des Rates findet am

Mittwoch, 18.10.2023, 16:00 Uhr,

im Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, Großer Sitzungssaal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

2.4 Sachstandsinformation zum Aufenthalt von Palästinensern in Siegen
- Anfrage der AfD-Fraktion

zu 13. Unterbringung problembehafteter wohnungsloser Personen in der Universitätsstadt
Siegen
- Anfrage der FDP-Fraktion

14. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Vergabe
des Auftrags "Unterhaltung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

5. Weihnachtsmarkt Siegen 2023

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter
www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 17.10.2023

Steffen Mues
Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 26. Sitzung des Rates

vom: **18.10.2023**

von: **16:00 Uhr**

bis: **16:00 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzender
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Bleckmann, Lisa	
Stv Böcking, Verena	
Stv Boller, Joachim	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
Stv Dylong, Barbara	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Harnacke, Maik	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Heupel, Rüdiger	

Stv Hof, Felix
Stv Hokkaömeroglu, Emetullah
Stv Kamieth, Jens
Stv Keßler, Silvia
Stv Klein, Henning
Stv Klein, Marc
Stv Köckritz, Anja Alexandra
Stv Könen, Wolfgang Max
Stv König, Svenja
Stv Kraft, Florian
Stv Krumm, Heike
Stv Lechthaler, Tim
Stv Lorenz, Reiner
Stv Mäckeler, Bernd
Stv Molzberger, Adhemar
Stv Nüchtern, Markus
Stv Patt, Alexander
Stv Pfeifer, Joachim
Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth
Stv Reifenrath, Frank
Stv Richter, Peter H.
Stv Rompf, Jürgen
Stv Rompf-Selimi, Nazlije
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schmidt, Isabelle Cathrin
Stv Schneider, Rainer
Stv Schneider, Silke
Stv Schoew, Torsten
Stv Schulz, Jürgen
Stv Schulz, Kenny
Stv Schwarz, Sibylle
Stv Schwarzer, Michael
Stv Simon, Ursula
Stv Six, Annette
Stv Sondermann, Christian Paul
Stv Steffe, Roland
Stv Stinner, Jürgen
Stv Thimm, Heiko
Stv Tigges, Johannes
Stv Wagener, Tanja
Stv Walter, Klaus Volker
Stv Weber, Frank
Stv Wittenburg, Samuel
Stv Dr. Zybill, Christian

ab 18 Uhr, TOP 13 öT

Von der Verwaltung:

StK Cavelius	
StBR Schumann	
StR Fries	
Dezernent Schmidt	
Technischer Betriebsleiter Roth	ESi
Kaufmännischer Betriebsleiter Quandel	ESi
VA Helmes	Abt.-L. 1/1
Städt. OVR Runge	Abt.-L. 1/2
VA A. Schneider	Abt.-L. 2/4
VA D. Schneider	Personalrat
VA Vomhof	Personalrat
StAR Welticke	Abtl. 1/2
VA Meier	Sitzungsdienst
StAF Pfeifer	Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Eckhardt, Klaus
Stv Jung, Angela
Stv Schiltz, Ingmar
Stv Shirley, Julia
Stv Steuber, Hartmut

A. ÖFFENTLICHE SITZUNGZur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird um die fristgerecht eingegangenen Anfragen als TOP 2.3 und 2.4 sowie einer Anfrage zu TOP 13 erweitert. Außerdem wird die Tagesordnung um die Punkte 12, 13, 14 und 15 erweitert. Der nichtöffentliche Teil wird um den Punkt 5 ergänzt.

Aufgrund der verfristeten Antragstellung wird der Antrag „Resolution: Solidarität mit dem Staat Israel“ der AfD-Fraktion nach einem Mehrheitsbeschluss nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

1. Hinweise zur Niederschrift

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

26. Rat 18.10.2023

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 10.05.2023

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

26. Rat 18.10.2023

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 06.09.2023

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

26. Rat 18.10.2023

2. Fragestunde**2.1 Bargeldlose Verwaltung
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorlage Nr. AF 1278/2023 und Nr. AF 1278/2023 A

Herr Wittenburg kündigt an, dass man beantragen wird an allen städtischen Stellen die Kreditkartenzahlung bereitzustellen. Er möchte erfahren, ob alle städtischen Leistungen mit EC-Karte bezahlt werden können ohne Limit?

Alle Dienstleistungen können noch nicht mit EC-Karte bezahlt werden, so Herr Cavelius, da noch nicht alle Verwaltungsbereiche mit den entsprechenden Geräten ausgestattet sind.

⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

26. Rat 18.10.2023

2.2 Sachstandsinformation zur aktuellen Flüchtlings- und Asylbewerberlage in Siegen

Vorlage Nr. AF 1279/2023 und Nr. AF 1279/2023 A und Nr. AF 1279/2023 B

Herr Steffe möchte erfahren, ob die unter Punkt 8 genannten 133 abgelehnten Asylbewerber unter Punkt 1 in den 235 geduldeten Personen bereits enthalten sind.

Herr Fries berichtet, dass die abgelehnten Asylbewerber in den Zahlen unter Punkt 1 enthalten sind, sofern sie formell eine Duldung erhalten haben.

⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

26. Rat 18.10.2023

2.3 Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Digitales Bürgerbüro

Vorlage Nr. AF 1282/2023 und Nr. AF 1282/2023 A

- ⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

26. Rat 18.10.2023

2.4 Sachstandsinformation zum Aufenthalt von Palästinensern in Siegen - Anfrage der AfD-Fraktion

Vorlage Nr. AF 1283/2023 und Nr. AF 1283/2023 A

- ⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

26. Rat 18.10.2023

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Umsetzungsstrategien für einen klimaresilienten Stadtumbau für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 287/2023

Herr Wittenburg stellt den Antrag vor und wirbt dafür diesen zu beschließen auch wenn sicherlich einige Details noch abzustimmen sind.

Herr Schumann erläutert, warum dieser Beschluss zu einem großen Mehraufwand in der Verwaltung führen würde, der nicht im Verhältnis zum Nutzen steht. Die Stabsstelle Klimaschutz ist bereits sehr aktiv aber in der bisherigen personellen Besetzung jedoch ausgelastet. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen werden bereits durch die Verwaltung bearbeitet und auch der Einstieg ins Klimafolgenanpassungsmanagement ist beschlossen und in Planung. Es gibt eine Klimawirkungsanalyse des Kreises, welche als Handlungsleitfaden gilt und bereits auch einige Punkte des Antrages enthält. Um die vorgeschlagene Klimaschutzsatzung rechtssicher aufstellen zu können, ist ein hoher personeller Aufwand erforderlich, eine Einhaltung wäre zudem schwierig zu kontrollieren. Bei den bestehenden Satzungen wie z. B. Bebauungsplänen ist der Klimaschutz jedoch bereits sehr hoch angesiedelt und stellt den Handlungsleitfaden dar.

Die CDU-Fraktion wird den Antrag ablehnen, da in den letzten Jahren bereits vieles angestoßen wurde und die Prozesse bereits auf dem Weg sind, so Herr M. Klein. Die Fraktion ist der Meinung, dass keine zusätzliche Satzung benötigt wird und so nur noch höhere Kosten für den Baubereich entstehen würden.

Herr J. Schulz stellt dar, dass die Fraktion B'90/Grüne den Antrag als weiteren Anstoß zu den bereits eingeführten Maßnahmen versteht. Die angestoßenen Maßnahmen werden gesehen jedoch im Anbetracht der knappen Ressourcen wäre aus Sicht der Fraktion eine externe Vergabe sinnvoll um kurzfristig zu Ergebnissen zu kommen. Ein Vorteil wäre auch, dass die neuesten Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung für Lösungen sorgen könnten. Die Bestrebungen der Stabsstelle für die Etablierung eines Klimafolgenanpassungsmanagements wird als guter Schritt angesehen. Klimafolgenanpassungsprojekte werden immer wichtiger und in einem engeren Handlungsfenster notwendig werden. Da dies kostenintensiv sein wird, sollte man versuchen alle möglichen Förderungen zu erhalten. Man muss alle Potenziale ausschöpfen um für die Zukunft gerüstet zu sein, sodass man dem Antrag daher zustimmen wird.

Aufgrund der immensen Herausforderungen vor denen man steht, sollten die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen möglichst effektiv eingesetzt werden so Herr Hof. Den Vorschlag nun noch zusätzlich umzusetzen, sieht man als nicht sinnvoll an, da es den konkreten kommunalen Klimaschutz nicht so nach vorne bringen würde, dass es die Kosten rechtfertigt. Vor dem zu erwartenden schwierigen finanziellen Jahr kann man die unter Punkt 2 geforderten Mittel nicht für den Haushalt bereitstellen, vielmehr müssten die Kosten genau beziffert sein. Da das Konzept des Kreises für das gesamte Kreisgebiet aufgestellt wurde könnte man sich als Kompromiss vorstellen, dass die Verwaltung nochmals prüft, ob in einigen Bereichen eine Klimarisikoanalyse speziell für die Stadt notwendig wäre und darüber in einer der nächsten Sitzungen des Umweltausschusses berichtet. Den vorliegenden Antrag wird man jedoch ablehnen.

Herr Wittenburg ergänzt, dass man sich der fehlenden personellen Ressourcen durchaus bewusst ist, weshalb eine externe Vergabe vorgeschlagen wird. Man hat auch schon geprüft welche Förderungen in diesem Bereich möglich sind. Dem Kompromissvorschlag der SPD-Fraktion zur Eruierung der Kosten und Spezifizierung der notwendigen Bereiche könnte man sich anschließen. Er bittet darum die Punkte 1+2 zusammen und den Punkt 3 getrennt abstimmen zu lassen.

Inhaltlich unterstützt die Fraktion B'90/Grüne den Antrag, jedoch sieht man viele Elemente darin, die bereits angestoßen wurden, so Herr Groß. Weitere gute Vorschläge, welche noch nicht bearbeitet werden sind im Antrag jedoch auch enthalten. Er schlägt daher vor, den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie zu verweisen um dort die konkreten neuen Punkte herauszuarbeiten.

Herr Schumann unterstützt den Verweis in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie um gemeinsam Prioritäten festlegen zu können.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Antrag in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie zu verweisen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 3 dagegen (AfD), 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

3.2 Stellenangebote Duales Studium für Bauingenieure - Antrag der Fraktion B'90/Grüne

Vorlage Nr. AT 288/2023

Herr Groß begründet den Antrag und verweist auf die immer noch nicht vollständig besetzten zusätzlichen Bauingenieurstellen. Er befürchtet eine Situation, in der die Verwaltung die Arbeitsaufträge der Politik nicht mehr umsetzen kann. Die Bemühungen der Verwaltung sind da, jedoch wird die Situation auch demografisch immer schwieriger. Man regt daher an ein duales Studium anzubieten, um zukünftiges Personal im besten Fall schon in der Ausbildung an den Arbeitgeber zu binden.

Mit der Möglichkeit des dualen Studiums hat man sich bereits auseinandergesetzt, so Herr Helmes, dies jedoch zunächst verschoben. Derzeit setzt man auf den Einsatz von Werksstudierenden und macht dort sehr gute Erfahrungen. Der Vorteil ist dabei, dass diese schneller verfügbar sind und mehr Zeit bei der Stadt verbringen. Die dualen Studierenden stehen erst in ca. 4 ½ Jahren zur Verfügung. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Ausbildungsleistungen nicht bei der Stadt Siegen angeboten werden können, sondern die Studierenden extern ausgebildet werden müssten und somit die Bindung an die Stadt gering wäre. Es ist auch nicht final geklärt, ob das AWZ Bau die Inhalte anbieten kann die benötigt würden. Auch wenn man derzeit mit Werksstudierenden arbeitet, bedeutet das nicht den Ausschluss des dualen Studiums vor allem aufgrund guter Verbindungen zur Universität. Zum jetzigen Zeitpunkt möchte man dies nicht einführen.

Die Fraktionen SPD, Volt, FDP, UWG, GfS und CDU unterstützen den Antrag der Fraktion B'90/Grüne mit Verweis auf diese zukunftsgerichtete Maßnahme, welche sich in anderen Bereichen bereits als positiv bewiesen hat.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, Plätze im Rahmen des Dualen Studiums für Bauingenieure anzubieten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

3.3 Portal zur Partnerstadt - Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 292/2023

Herr Wittenburg stellt den Antrag und das Projekt vor.

Herr Hof empfindet dies als eine schöne Idee, sieht jedoch dafür keine Mittel im Haushalt und ein Sponsoring als schwierig an. Zusätzlich würde sich ein hoher personeller Aufwand in der Umsetzung ergeben. Die SPD-Fraktion wird daher dem Antrag nicht zustimmen.

Die Idee hinter dem Projekt findet man charmant, so Herr Steffe. Man sieht jedoch die Kosten und den Aufwand nicht im Verhältnis.

Die FDP-Fraktion würde dem Antrag unter der Bedingung zustimmen, dass die Investitions- sowie die Folgekosten über Sponsoring gedeckt wären, so Herr Nüchtern.

Frau Bleckmann schlägt vor den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Finanzierung über Sponsoring eine Voraussetzung ist, da man das Projekt als sehr schön und passend zur 800-Jahr Feier in Verbindung zu den Partnerstädten empfindet. Vorab sollten die Städtepartner jedoch angefragt werden, ob eine Teilnahmebereitschaft an dem Projekt besteht.

Herr Bertelmann würde sich freuen, wenn durch ein solches Projekt die Partnerschaften, welche immer ein großes Anliegen waren, wieder etwas aufleben würde. Die Voraussetzung des Sponsorings würde man bei einem Beschluss unterstützen.

Die vorgeschlagene Änderung des Beschlussvorschlags würde man mittragen, so Herr Wittenburg.

Die CDU-Fraktion sieht den Antrag im Rat nicht als richtig platziert an, so Herr Hähner, sondern sieht dies im Aufgabenbereich der Stadtmarketing GmbH. Auch bezweifelter man das personellen Kapazitäten für das Anwerben für Sponsoring und die Umsetzung des Projektes vorhanden sind.

Herr Fries berichtet, dass bereits aus dem Sachstandbericht zum Stadtjubiläum zu entnehmen ist, dass die Mittel für das Jubiläum nicht mehr auskömmlich sind, um dieses Projekt umzusetzen. Auch ist ersichtlich, dass bereits erhebliche Spenden eingeworben wurden so dass er nicht weiß, wo noch Sponsoring angefragt werden könnte. Auch er sieht das Projekt eher dem Stadtmarketing zugeordnet.

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt „Portal zur Partnerstadt“ nach dem Vorbild der Städte Vilnius und Lublin¹ im Rahmen der 800-Jahrfeier umzusetzen.

Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf ca. 100.000€, eine Finanzierung - auch der Folgekosten - durch Sponsoring oder durch Fördergelder wird vorausgesetzt.

Eine Nutzung über die 800-Jahrfeier hinaus wird angeregt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

3.4 Digitales Bürgerbüro - Antrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP, GfS, Linke und Volt

Vorlage Nr. AT 293/2023

Für die CDU-Fraktion führt Herr Hähner die Hintergründe des Antrages aus. Dort wo Möglichkeiten bestehen sollte man tätig werden.

Die Fraktion B'90/Grüne sehe die guten Absichten des Antrages, so Herr Heilmann. Es bestehen jedoch im Detail noch Fragen. Aus der heutigen Anfrage zum Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes geht hervor, dass ca. 1/3 der Prozesse bereits digitalisiert angeboten werden. Der Antrag selber enthält Formulierungen, bei denen man Bedenken hat, dass diese solche Prozesse ausbremsen könnten, als Beispiel nennt er den Begriff „Medienbruchfrei“. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob dieser Antrag eine Unterstützung wäre oder ob dieser die bestehenden Projekte in der Verwaltung ausbremsen würde, da Umsetzungspläne verändert werden müssten.

Man ist bereits auf dem Weg der Umsetzung so Herr Fries. Er hat Sympathien für den Antrag, da dieser in die Richtung geht, in der man bereits arbeitet. Zu den Dienstleistungen an sich führt er aus, dass die OZG-Leistungen insbesondere im Bereich des Bürgerbüros immer abhängig von den rechtlichen Möglichkeiten sind. Bei Dienstleistungen, wo digitale Angebote gemacht werden können, bietet man diese an auch wenn es sich dabei nicht um OZG-Leistungen handelt. Er bittet jedoch bei einem Beschluss des Antrages um eine längere Zeit für die Umsetzung, da es personell schwierig ist diese Frist einhalten zu können. Hinsichtlich der Dokumenten-Boxen bittet er den Beschluss in einen Prüfauftrag umzuwandeln, da hier derzeit noch eine bundesrechtliche Prüfung anhängig ist. Eine Installation solch einer Dokumenten-Box ist auch Wunsch der Verwaltung, jedoch erst dann wenn die Rahmenbedingungen auch hinsichtlich der Kosten und des Nutzens sinnvoll sind.

Für Herrn Rujanski ist noch nicht deutlich geworden, wie die Verwaltung zu dem Antrag steht. Er betont nochmals, dass es bei dem Antrag darum geht, dort wo es möglich ist eine Verbesserung des Service herbeizuführen. Man hat sich insbesondere für den Bereich des Bürgerbüros entschieden, da hier die Schnittstellen zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern am Größten sind. Die zeitliche Perspektive wurde in den Antrag aufgenommen, damit man für die Haushaltsplanberatungen des Jahres 2025 entsprechende Vorkehrungen treffen kann.

Für die UWG-Fraktion schließt sich Herr Bell dem Antrag an, denn es ist wichtig für die Bevölkerung Verbesserungen zu erreichen.

Eine Umwandlung in einen Prüfauftrag sieht Herr M. Klein nicht für notwendig an auch wenn er die rechtlichen Klärungsbedürfnisse durchaus anerkennt.

Für Herrn Groß fehlt in dem Antrag eine Aussage bezüglich der Kosten, denn für eine konkrete Umsetzung, wie im Beschluss hinsichtlich der Dokumentenbox vorgesehen, müssen auch Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Mues sieht die Aufstellung der Dokumentenbox losgelöst von dem restlichen Planungsauftrag. Die Umsetzung müsste dann für den Haushalt vorgesehen und mit dem Haushaltsplan durch die Politik beschlossen werden. Problematisch sieht er derzeit noch die Standortsuche.

Beschluss:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, bis Mitte des Jahres 2024 eine Planung für ein digitales Bürgerbüro zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. In der Planung sind die grundsätzlichen und zeitlichen Umsetzungsmöglichkeiten darzustellen. Von den Bürgerinnen und Bürgern sollen möglichst alle Angebote, welche derzeit in den vier Bürgerbüro-Standorten zur Verfügung stehen, online und medienbruchfrei von einem selbst gewählten Standort abzuwickeln sein.
- b) Darüber hinaus wird eine Dokumenten-Ausgabebox eingerichtet, in der ebenfalls möglichst alle Dokumente unabhängig von Behördenöffnungszeiten abgeholt werden können. Die Möglichkeiten des §25 EGovG NRW sind zu prüfen.
- c) Die Digitalisierung einzelner Dienstleistungen soll mit einer Prozessoptimierung innerhalb der Verwaltung verbunden werden. Wir möchten herausstellen, dass das Ziel der Digitalisierung den gesamten Prozess eines Geschäftsvorfalles vom Erstkontakt mit Bürgerinnen und Bürgern über die Arbeitsschritte in der Verwaltung bis zum Abschluss eines Vorganges meint.
- d) In dem Digitalen Bürgerservice wird berücksichtigt, dass Dokumente als beschreibbare PDF-Formate zur Verfügung stehen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

4. Wiederbesetzung Stellen nach Renteneintritt

Vorlage Nr. VL 1493/2023

Durch die Berichterstattung hat man nun Transparenz für diese Prozesse, so Herr Cziba. Man hat den Eindruck, dass sich die Situation verbessert und somit die Gefahr des Wissensverlustes reduziert hat auch wenn durch Resturlaub die Überschneidungszeit ggf. verkürzt wird.

Herr Rujanski merkt an, dass es aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht nur auf eine gute Administration, sondern auch auf Schnelligkeit ankommt, bevor sich die Bewerbenden anders orientieren. Schnelle Rückmeldungen bzw. Entscheidungen im Bewerbungsprozess werden in der Zukunft notwendiger werden.

⇒ Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

26. Rat 18.10.2023

5. Interkommunale Zusammenarbeit

Vorlage Nr. VL 1525/2023

Die Fraktion B'90/Grüne sieht in verschiedenen Bereichen noch weitere Chancen und Möglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit, so Herr Cziba. Dies sind konkret:

- gemeinsame Rettungswache in Niederschelden mit der Gemeinde Mudersbach,
- mehr Engagement im Bereich des Hochwasserschutzes,
- Planungen im Bereich des Radewegenetzes,
- Bereich der Ausbildung oder der Führungskräftequalifizierung,
- gemeinsame Preisspeicher oder Bieterverzeichnisse als Möglichkeit für den Hoch- und Tiefbaubereich.

Zu der von Frau Bleckmann aufgeworfenen Frage bezüglich der gemeinsamen Ausländerbehörden von Stadt und Kreis verweist Herr Mues auf den laufenden Prozess, weshalb eine Aussage hier derzeit noch nicht möglich ist. Man wird auf die Politik diesbezüglich zukommen, wenn es konkrete Ansätze gibt.

Für die SPD-Fraktion lobt Herr Rujanski die gute Gliederung der Vorlage. Grundsätzlich ist man der Auffassung, dass man sich mit dem Thema engagiert weiter beschäftigen muss, da man sich Doppelstrukturen in den finanziell schwierigen Zeiten nicht mehr leisten kann. Er sendet das Signal von der SPD, dass man da wo es möglich ist hinter einer interkommunalen Zusammenarbeit steht.

⇒ Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

26. Rat 18.10.2023

6. Jahresabschluss 2022

Vorlage Nr. VL 1494/2023

Beschluss:

1. Der Rat beschließt den Jahresabschluss zum 31.12.2022 mit Anhang und Lagebericht (Anlage 1 der Vorlage, incl. Bestätigungsvermerk), festzustellen, den Jahresüberschuss in Höhe von 1.690.205,89 € zu 205,89 € auf neue Rechnung vorzutragen und 1.690.000 € in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen.
2. Der Rat beschließt, dem Betriebsausschuss Entlastung zu erteilen (§ 4, S. 1 c EigVO NRW).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

7. Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2022 und Grundlage der Gebührenkalkulation

Vorlage Nr. VL 1495/2023

Beschluss:

1. Der Erläuterungsbericht zur Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsabrechnungsbogen (BAB) 2022 wird festgestellt und den Gebührenkalkulationen 2024 – 2026 zugrunde gelegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

8. Sachstandsbericht zum Stadtjubiläum 2024

Vorlage Nr. VL 1529/2023

Frau Bialowons-Sting dankt für die Übersicht und die anstehenden Projekte. Das Wimmelbuch oder die Projekte zur Sichtbarmachung von Frauen im Stadtbild und die Sonderbriefmarke werden explizit begrüßt.

Die Volt-Fraktion erkundigt sich was konkret für die Zielgruppe U-30 angeboten wird und wie eine Einbindung der Universität erfolgt, so Herr Wittenburg. Auch wäre es wünschenswert, dem Thema Städtepartnerschaft eine größere Rolle zu geben. Hinsichtlich der Vorträge zur Stadtgeschichte erkundigt er sich, ob es dort auch spezielle zielgruppenspezifische Angebote geben wird.

Frau A. Schneider berichtet, dass die Partnerstädte zu den offiziellen Anlässen eingeladen werden wie z. B. dem Festkonzert, der Festsitzung des Rates oder für die Teilnahme am Stadtfest. Auch auf Vereinsebene werden die noch vorhandenen Verbindungen genutzt und Vereine aus Partnerstädten innerhalb des Jubiläumsjahrs eingeladen. Für die Zielgruppe U-30 wird insbesondere das Stadtfest eine Rolle spielen, welches räumlich und zeitlich erweitert wird und der Freitag insbesondere als Tag für junge Leute ausgestaltet wird. Weiterhin wird es einen breit angelegten Kunstwettbewerb für Kinder und Jugendliche geben, der auch digitale Formate in den Blick nimmt. Auch wird es im Jubiläumsjahr Diskussionsveranstaltungen und ähnliches geben, wo die jüngere Generation explizit angesprochen werden soll. Hinsichtlich der Vermittlung der Stadtgeschichte werden die Vorträge ergänzt durch Veranstaltungen der VHS oder Ausstellungen in den Museen und der Galerie. Die Universität gehört zu den Partnern bei der Planung des Jubiläumsjahres, der Plan der Universität ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht fertiggestellt, sodass von dort noch einige Ideen eingebracht werden.

Herr Mues ergänzt für die Zielgruppe U-30 die Veranstaltungen Nacht der Musik, Nacht der 1.000 Lichter oder die Silvesterparty.

Herr Cziba erkundigt sich nach der Beteiligung des Jugendparlaments bzw. auch des Stadtjugendrings und der Jugendverbände.

Frau A. Schneider berichtet, dass der Stadtjugendring angesprochen wurde und auch die Bluebox bereits Planungen für ein Bühnenprogramm entwickelt. Man ist darauf angewiesen, dass die Jugendverbände ihre Netzwerke aktivieren. Den Hinweis auf das Jugendparlament nimmt sie gerne mit.

⇒ Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Sachstandbericht zur Kenntnis.

26. Rat 18.10.2023

9. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Siegen durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW)

Vorlage Nr. VL 1479/2023

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Ergebnis der Fachausschussberatungen zur Kenntnis und bestätigt die Stellungnahmen zu den Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW. Der Rat der Stadt Siegen erklärt das formelle Beratungsverfahren zum Bericht der gpaNRW vom 30.11.2022 für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

10. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2023 für die Baumaßnahme "Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße"

Vorlage Nr. VL 1487/2023

Herr Boller bemängelt die Art der Vorlagen, da ihm inhaltliche Informationen fehlen und es formal nur um die finanziellen Aussagen geht. Die Ausführungsplanung wurde vor einigen Jahren im Bauausschuss vorgestellt, da in der Vorlage von Änderungen die Rede ist möchte er wissen, ob diese auch die Ausführungsplanung betreffen. Wichtig ist auch der Bauzeitenplan, da durch den Bau zwar vieles besser wird aber der Weg für viele Monate gesperrt werden muss. Er empfindet auch den Vorschlag der Finanzierung als ärgerlich, da man Mittel für den ZOB Geisweid verwendet, welche man bei der Haushaltsplanberatung für 2023 noch als

unerlässlich für das Jahr 2023 angesehen hatte. Nun werden die Mittel doch anderweitig verwendet.

Herr Schumann schlägt vor, die Planung im Bauausschuss nochmal vorzustellen. Hinsichtlich der Kritik am Deckungsvorschlag erläutert er, dass man am Anfang des Jahres davon ausging, dass der Förderbescheid zeitnah erfolgt. Ohne die Mittel hätte man dann nicht ausschreiben können. Selbst wenn der Förderbescheid doch noch kommen sollte, wird man nicht mehr dieses Jahr ausschreiben können weshalb die Mittel nicht benötigt werden.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß §85 i. V. §83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 120.000 € für die Investitionsmaßnahme T120201112/7852000 – Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung bei der Investition T 120201124 – ZOB Geisweid - in gleicher Höhe.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

11. Grundsätze für die Bestellung von Erbbaurechten und den Verkauf von Erbbau-rechtsgrundstücken

Vorlage Nr. VL 1491/2023

Herr J. Schulz dankt der zuständigen Abteilung der Verwaltung, welche mit sehr viel Mühe sehr ausgewogene Vorschläge in den Arbeitskreis eingebracht hat. Man freut sich sehr, dass man heute über die Thematik entscheiden kann, da das Erbbaurecht in vielen Städten eine Renaissance erlebt. Dies ist für das Gemeinwesen von großer Bedeutung, da man so im Sinne des Gemeinwohles Vermögenswerte in Händen behält, andererseits kann im Kontext einer aktiven strategisch ausgerichteten Bodenpolitik bezahlbares Wohnen ermöglicht werden. Eine faire Ausgestaltung der Erbbaurechtsverträge sind die Erfolgsfaktoren einer diesbezüglichen Vermarktung. Dies sei im Vorliegenden Fall sehr gut gelungen ist.

Herr Rujanski berichtet von einer einstimmigen Zustimmung nach intensiver Diskussion im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften. Man wünscht sich, dass die nun gelungenen Rahmenbedingungen auch von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden um somit einen kleinen Beitrag für bezahlbares Wohnen leisten zu können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die folgenden Grundsätze zur Anwendung des Erbbau-rechts:

A. Umgang mit aktuell bestehenden Erbbaurechtsfällen**A.1 Sichtung und Prüfung auslaufender Verträge sowie Beratung/Entscheidung unter Anwendung der folgenden Kriterien (Prüfmatrix).**

- » Handelt es sich um ein Schlüsselgrundstück? Besteht eine besondere Lagegunst?
- » Gibt es benachbart bereits städtischen Eigentumsbestand?
- » Geltendes Planungsrecht, Topographie?
- » Möglichkeiten einer künftigen Nutzung/Bebauung?
- » Gibt es weitere Kriterien oder bestimmte Vor-/Nachteile?

A.2 Klärung Verkaufsfall / Vorgehensweise

- A.2.1 Proaktiv: Vor 2050 auslaufende Erbbaurechtsverträge werden proaktiv gemäß der Prüfmatrix A.1 bewertet.
- A.2.2 Reaktiv: Ab 2050 auslaufende Erbbaurechtsverträge werden reaktiv auf Anfrage im Einzelfall gemäß der Prüfmatrix A.1 bewertet.

B. Verkaufskonditionen

Den Erbbauberechtigten werden Angebote unterbreitet, wie folgt:

B.1 Alt-Erbbaurechte ohne Anpassungsklausel bis 10 Jahre vor Ablauf des Erbbaurechts:

- B.1.1 100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung
- B.1.2 30 % BRW mit Nachzahlungsverpflichtung (in Höhe des Betrags der gewährten Preisermäßigung) über 30 Jahre

B.2 Alt-Erbbaurecht mit Anpassungsklausel ab 21. Jahr bis 89. Jahr (10 Jahre vor Ablauf Erbbaurecht):

- B.2.1 100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung
- B.2.2 50 % BRW mit Nachzahlungsverpflichtung (in Höhe des Betrags der gewährten Preisermäßigung) über 30 Jahre

B.3 Erbbaurecht (mit Anpassungsklausel), nicht älter als 20 Jahre:

100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung

B.4 Alle Fälle, Restlaufzeit weniger als 10 Jahre

100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung

B.5 Erbbaurechte Mietwohngrundstücke, mehr als 10 Jahre Restlaufzeit prüfen**B.6 Einzelfallentscheidung**

für den Fall, dass Dritte das Erbbaurechtsgrundstück erwerben, gilt folgendes:

- B.6.1 Unbedingt einzuhaltende Bedingung ist es, dass der Dritte auch das zum Grundstück gehörende Erbbaurecht erwirbt. Die Einhaltung kann entweder dadurch erfolgen, dass die Stadt am Kaufvertrag über das Erbbaurecht mitwirkt und gleichzeitig ihr Grundstück an den Dritten veräußert (Vertrag zu dritt), oder aber
- B.6.2 durch Vereinbarung eines Rücktrittsrechts für den Fall, dass das Erbbaurecht nicht rechtmäßig erworben wird.

C. Neubestellung von Erbbaurechten

- C.1 Die **Erbbaurechtsvergabe** bei Ein-/Zweifamilienhausgrundstücken soll analog der bisherigen Richtlinien zur Veräußerung (siehe Handbuch der Stadt Siegen, Ziffer 90.230) angewandt werden.
- C.2 Die **Erbbaurechtsvergabe** bei Mehrfamilienhauswohnbaugrundstücken soll konzeptionell, also analog der bisherigen Richtlinien zur Veräußerung erfolgen.
- C.3 Die **Vertragslaufzeit** wird bei Wohnhausgrundstücken auf 75 Jahre festgelegt. Etwaige Ausnahmeregelungen bleiben unberührt. Sollte es für erforderlich gehalten werden, eine anderslautende Laufzeit anzusetzen, bedarf dies einer politischen Einzelfallentscheidung.
- C.4 **Erbbauzins**
 - C.4.1 **Wohnbaugrundstücke:**
Erbbauzins: 3,5 %
Reduzierung für die ersten 20 Jahre um 50 %.
Reduzierung um 0,25 % für jedes im Haushalt lebende Kind (unter 18).
Abzug erfolgt nur bis Erreichung eines Minimalzinses von 1,0 %.
Für geförderten Wohnraum wird der Erbbauzins für die Dauer der Belegungsbindung halbiert.
 - C.4.2 **Karitative/soziale Einrichtungen + gemeinnützige Vereine**
Erbbauzins: 3,0 % (gemeinwohlorientierter Bauherr) / 6 % (Investor)
 - C.4.3 **Gewerbe**
Erbbauzins: 6,0 %
 - C.4.4 **KiTa**
Erbbauzins: 3,0 % [(gemeinwohlorientierter Bauherr) / 6 % (Investor)]
- C.5 **Fälligkeit des Erbbauzinses:**
Bis zur Erstellung/Sanierung des Wohnhausneubaus/Wohnhauses, jedoch längstens für zwei Jahre ab Vertragsschluss, ist ein Erbbauzins nicht zu zahlen.
- C.6 **Anpassung des Erbbauzinses:**
Die Anpassung des Erbbauzinses ist entsprechend dem Lebenshaltungskostenindex aller privaten Haushalte bei Steigerung dieses Indexes um wenigstens 10 % und frühestens nach 3 Jahren vorzunehmen.
- C.7 **Grundbuchliche Sicherung:**
Erbbauzins und Anpassungsklausel werden in Abt. II des Grundbuchs durch Eintragung gesichert.
- C.8 **Bauverpflichtung/Sanierungsverpflichtung:**
Der Erbbauberechtigte verpflichtet sich, die Erbbaugrundstücke innerhalb von 2 Jahren ab Bestellung mit einem Wohnhaus zu bebauen oder aber das auf dem Grundstück bereits befindliche Gebäude zu sanieren. Bei Nichteinhaltung steht der Stadt Siegen ein grundbuchlich zu sicherndes Rückübertragungsrecht zu.
- C.9 **Wiederaufbauverpflichtung:**
Verpflichtung zur Versicherung und Unterhaltung der Gebäude und Wiederaufbau nach Zerstörung durch die Erbbauberechtigten.
- C.10 **Lastenübernahme:**
Übernahme aller öffentlichen und privatrechtlichen Lasten und Abgaben durch die Erbbauberechtigten.
- C.11 **Entschädigung bei Beendigung (Ablauf oder Heimfall) des Erbbaurechts:**
(Wie bisher) Verpflichtung der Erbbauberechtigten, das Erbbaurecht auf die Stadt zurück zu übertragen (Heimfall), wenn das Grundstück durch Verschulden der

Erbbauberechtigten (a) nicht fristgerecht bebaut wird, (b) das Gebäude nicht zum gleitenden Neuwert gegen Feuerschäden versichert wird, (c) ein Vergleichs- oder Konkursverfahren durchgeführt wird, (d) die Zwangsversteigerung oder –verwaltung angeordnet wird, (e) die Zahlung des Erbbauzinses länger als 2 Jahre im Rückstand ist, (d) vertraglich abgesicherte Pflichten schuldhaft verletzt werden (grobe Misswirtschaft).

Die von der Stadt im Falle der Ausübung des Heimfalls sowie der Beendigung zu zahlende Vergütung ist im Erbbaurechtsvertrag festzulegen:

Bei Eigenheimen: 2/3 des Verkehrswerts

Bei sonst. Objekten: (wie bisher) zwischen 60 % und 80 % des Verkehrswerts

C.12 **Vorkaufsrechte:**

Bestellung von gegenseitigen Vorkaufsrechten, sowohl am Grundstück als auch am Erbbaurecht, durch Eintragung im Grundbuch.

C.13 **Belastung des Erbbaurechts:**

Schon im Erbbaurechtsvertrag wird einer erstmaligen Beleihung des Erbbaurechts mit Grundpfandrechten bis zu 100 % der Höhe der Herstellungskosten des Gebäudes bei höchstmöglicher Absicherung für die Stadt zugestimmt.

C.14 **Verlängerung nach Zeitablauf:**

C.14.1 In den Fällen, bei denen die Erbbauberechtigten eine Verlängerung des Erbbaurechts wünschen, ist darauf zu bestehen, dass das Erbbaurecht für die Restnutzungsdauer zu den dann geltenden Bedingungen verlängert wird.

C.14.2 In Siedlungsgebieten werden die Erbbaurechte auf eine einheitliche Gesamtstrategische Ablaufzeit verlängert, und zwar unabhängig davon, wann der Verlängerungsvertrag abgeschlossen wird.

D. Entwicklung von Baugebieten / Bauflächen unter Anwendung von Erbbaurechten

D.1 **Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke**

Bis zu 50 % der städtischen Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke sollen zur Verfolgung wohnungspolitischer Ziele über Erbbaurechte vergeben werden. Strategisch bedeutsam gelegene Grundstücke sind hier zu berücksichtigen.

Mindestens 50 % der städtischen Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke sollen u.a. zur (Teil-) Refinanzierung der Baugebietsentwicklung veräußert werden.

D.2 **Mehrfamilienhausgrundstücke**

Städtische Mehrfamilienhausgrundstücke sollen grundsätzlich über Erbbaurechte vergeben werden.

Den Erbbaurechtsnehmenden wird im Rahmen des Konzeptverfahrens die Möglichkeit eröffnet, für eine über den Förderzeitraum hinausgehende Mietpreis- und Belegungsbindung zum Zinssatz für geförderten Wohnraum zu zahlen.

D.3 **Gemeinbedarfsgrundstücke**

Bei der Entwicklung von städtischen Gemeinbedarfsgrundstücken ist grundsätz-

lich die Vergabe über Erbbaurechte zu wählen.

Gemeinwohlorientierte Erbbaurechtsnehmende erhalten einen reduzierten Erbbauzins.

D.4 **Gewerbe- und Dienstleistungsgrundstücke**

Bei der Entwicklung innerstädtischer Gewerbe- oder Dienstleistungsgrundstücke ist grundsätzlich für strategisch bedeutsam gelegene städtische Grundstücke die Vergabe über Erbbaurechte zu wählen.

Flächen für Gewerbe- oder Dienstleistungen am Siedlungsrand sollen veräußert werden.

E. Ausnahmeregelungen

Ausnahmen von den grundsätzlichen Regelungen bedürfen einer Begründung und eines politischen Beschlusses.

F. Evaluierung

Der Grundsatzbeschluss wird regelmäßig, spätestens aber alle 10 Jahre, auf seine Wirksamkeit hinsichtlich aktueller Rahmenbedingungen überprüft.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

12. Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigung des 3. Quartals 2023

Vorlage Nr. VL 1547/2023

⇒ Der Rat der Stadt Siegen nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigung des 3. Quartals des Haushaltsjahres 2023 zur Kenntnis.

26. Rat 18.10.2023

13. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2023 für die Baumaßnahme / Investition V100101001 - Anschaffung von Wohncontainern

Vorlage Nr. VL 1558/2023

Herr Nüchtern hätte sich eine detailliertere Beantwortung der Frage 3 der Anfrage und Aussage bezüglich der Definition der Sonderregelung gewünscht.

Herr Rujanski berichtet von der Bürgerveranstaltung am Leimbachstadion. Er fasst als Fazit zusammen, dass für eine Verhinderung der Aufstellung nur der Weg der Klage bleibt, was durch die Anwohnerinnen und Anwohner verstanden wurde. Die große Sorge der Auswirkungen auf das Umfeld mit Hinblick auf das Thema Betreuungs- und Sicherheitskonzept ist

auch in der Politik angekommen. Er geht davon aus, dass die angekündigte juristische Prüfung abgeschlossen ist und dass man zeitnah beim Verwaltungsgericht in Arnsberg vorsprechen wird. Er bittet daher, dass man hier keine vorschnellen Fakten schafft, sondern zunächst das Ergebnis der rechtlichen Prüfung/Klage abwartet.

Herr Mues verweist darauf, dass heute ein Beschluss gefasst werden muss um die Container überhaupt aufstellen zu können, da sonst keine finanziellen Mittel dafür bereitstehen.

Herr Heilmann unterstreicht die Notwendigkeit der Container für die Unterbringung der Menschen in der kalten Jahreszeit. Ein Abwarten ist daher nicht möglich.

Herr Rujanski ergänzt, dass man grundsätzlich der Vorlage zustimmen wird. Er wollte lediglich darauf hinweisen, dass es aus der Androhungssituation wahrscheinlich zeitnah zu einer Klage kommen wird. Wenn man das weiß, sollte man doch in die Kommunikation gehen um abzustimmen wie es z. B. mit einem einstweiligen Rechtsschutz aussieht.

Herr Schumann erläutert, dass man die Aufstellung der Container auf § 34 BauGB begründet und es sich somit gar nicht um einen Sonderfall nach § 246 BauGB handelt, welcher daher in der Beantwortung auch nicht definiert wurde. Hinsichtlich der angekündigten Klage beobachtet man die Situation und befindet sich zwar in der Vorbereitung, man wird jedoch die Verschwendung von Geldern vermeiden und gestaltet daher die Prozesse so, dass keine unnötigen Kosten entstehen.

Frau S. Schneider ist entsetzt über das Kirchturmdenken hinsichtlich der Unterbringung der Wohnungslosen. Es ist wichtig, dass auch wohnungslosen Menschen geholfen wird und diese untergebracht werden können.

Es ist sehr schwierig die Bevölkerung für den Standort zu gewinnen, so Herr Groß. Hier verursacht der Begriff des „Systemsprengers“ Probleme, denn die Bevölkerung versteht darunter Dinge, die mit der Realität der Menschen nichts zu tun haben. Obdachlose Menschen sind viel häufiger Opfer als Täter und dies wird in der Wahrnehmung oft verdreht. Die Aufregung und Sorge der Bevölkerung ist trotzdem real und sollte ernst genommen werden. Man versucht daher Lösungen, wie z. B. durch Betreuungs- und Sicherheitskonzepte zu finden. Dies wird man im Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren beraten.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 114.000,00 € für die Baumaßnahme / Investition V100101001 - Anschaffung von Wohncontainern.

Die Deckung erfolgt über Einsparungen bei der Maßnahme V030104010 - Naturwissenschaftsraum Realschule am Oberen Schloss - Konto 7853000.

Beratungsergebnis: 57 Stimmen dafür, 5 dagegen, 3 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

zu 13. Unterbringung problembehafteter wohnungsloser Personen in der Universitätsstadt Siegen
- Anfrage der FDP-Fraktion

Vorlage Nr. AF 1284/2023 und Nr. AF 1284/2023 A

⇒ Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

26. Rat 18.10.2023

14. Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Vergabe des Auftrags „Unterhaltung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung

Vorlage Nr. VL 1523/2023

Herr Boller hätte sich auch hier mehr inhaltliche Informationen gewünscht. Die Modernisierung der Straßenbeleuchtung ist ein Baustein auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt. Er sieht einen Widerspruch in der Aussage der Vorlage, dass die Maßnahme zu einer geringen Reduzierung der CO²-Emissionen führen wird, da im AK Klimaschutz über eine erhebliche Reduzierung berichtet wurde. Er bittet um Diskussion der Thematik im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie.

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß §85 i. V. §83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,5 Mio. € für die Investitionsmaßnahme I120201003/7852300 Modernisierung der Straßenbeleuchtung, um eine Auftragserteilung der Vergabe 148_23 „Unterhaltung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung“ zu ermöglichen.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung i.H.v. 1,5 Mio. € bei der Investition T120201129 Neubau Hufeisenbrücke, mit jeweils 500.000 € in 2024, 2025, 2026, da bei dieser Maßnahme derzeit noch wesentliche Planungsgrundsätze politisch beraten werden müssen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

15. Nachbesetzung in Ausschüssen

Vorlage Nr. VL 1561/2023

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt/benennt:

1. **Herrn Wolfgang Könen** als ordentliches Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss.
2. **Herrn Torsten Schoew** als 1. persönlichen Vertreter von Herrn Könen in den Rechnungsprüfungsausschuss.
3. **Frau Stephanie Krömer** als Sachverständige (Agentur für Arbeit Siegen) in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften.
4. **Frau Ewelina Lutz (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Sport- und Bäderausschuss.
5. **Frau Petra Hinkel (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Kulturausschuss.
6. **Herrn Goerg Weil (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Feuerchutz, Sicherheit und Ordnung.
7. **Frau Sophia Kölsch (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren.
8. **Herrn Michael Schwarzer** als
 - a) beratendes Mitglied in den Bezirksausschuss V – Siegen-West.
 - b) als persönlicher Vertreter von Frau Six im AK Schulentwicklungsplanung.
 - c) als persönlicher Vertreter von Frau Six in der Spielplatz-Kommission.
 - d) als persönlicher Vertreter von Frau Six in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.
9. **Frau Annette Six** als
 - a) 1. persönliche Vertreterin von Herrn Schwarzer in den Bezirksausschuss V – Siegen-West.
 - b) 1. persönliche Vertreterin von Herrn Schwarzer in den Integrationsrat.
 - c) ordentliches Mitglied in die Spielplatz-Kommission.
 - d) ordentliches Mitglied in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.
 - e) ordentliches Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.
10. **Frau Ursula Uptmoor-Burwitz** als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss V Siegen-West
11. **Herrn Christian Baeyens** als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

26. Rat 18.10.2023

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	28.09.2023
Federführend	GB 3, Abt. 3/2

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Bargeldlose Verwaltung
- Anfrage der Volt-Fraktion

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
28. Sep. 2023	
CB 3	PR
Abt. 3/2	INSITU

11/1

Siegen, 27. 09 2023

**Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur
Sitzung des Rates am 18.10.2023**

Betreff: Bargeldlose Verwaltung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

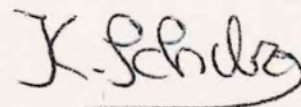
Die Volt-Fraktion im Rat der Stadt Siegen bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viel kostet die Verwaltung das Management von Bargeld? Die FAZ¹ schreibt, dass vergleichbare Städte bis zu 5 Vollzeitstellen für das Management von Bargeld benötigen. Trifft das auch auf Siegen zu?
 - 1.1. Welche Einsparungen würden mit einer bargeldlosen Verwaltung einhergehen?
2. Aus welchem Grund können nicht alle städtischen Dienstleistungen mit einer Kreditkarte bezahlt werden?
3. Wann ist damit zu rechnen, dass alle städtischen Dienstleistungen auch mit einer Kreditkarte bezahlt werden können?

Mit freundlichen Grüßen



Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender Volt



Kenny Schulz
stellv. Fraktionsvorsitzender Volt

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	28.09.2023
Federführend	GB 3, Abt. 3/2

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

**Bargeldlose Verwaltung
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Vorbemerkungen:

Grundsätzlich erfolgen Bargeldeinzahlungen nur auf **ein** städtisches Konto.

In 2022 gab es 1.865 Bareinzahlungen im Wert von 1,2 Mio. Euro, die in aller Regel aus Abrechnungen von städtischen Barkassen resultieren. Rund ein Viertel davon betrifft die Barkasse „Vollstreckungsbeamte“.

Die im FAZ Artikel genannten Kennzahlen sind nicht nachvollziehbar. Die Stadtkasse Siegen verzeichnet jährlich ca. 1,3 Mio. Kontenbewegungen mit einem Umsatz von ca. 400 Mio. Euro. Erwähnte fünf Vollzeitstellen beziehen sich vermutlich auf die gesamten Bankbewegungen, d.h. Bargeldeinzahlungen, Überweisungen, Schecks, Abbuchungen und E-Payment.

Alle Zahlungseingänge werden zunächst als sogenannter Schwebeposten gebucht und dann mit einer zu erstellenden Sollstellung verrechnet. Insofern entsteht bei Bargeldeinzahlungen also kein Mehraufwand, da jede Zahlung – egal welcher Art – verbucht werden muss.

Dies betrifft zunächst Einzahlungen, die aus nur **einer** Zahlung bestehen. Setzt sich die Einzahlung dagegen aus mehreren einzelnen Zahlungen zusammen, verursacht eine Bargeldzahlung weniger Aufwand als eine Zahlung mittels E-Payment oder Kreditkarte. Denn bei Verbuchung einer Abrechnung der Kreditkartenbetreiber müssen alle Einzahlungen der jeweiligen Kostenstelle zugeordnet werden.

Zu den Fragen und Antworten:

1. Wie viel kostet die Verwaltung das Management von Bargeld? Die FAZ' schreibt, dass vergleichbare Städte bis zu 5 Vollzeitstellen für das Management von Bargeld benötigen. Trifft das auch auf Siegen zu?

Eine isolierte Kostenbetrachtung ist nicht möglich. Insofern wird auf die Vorbemerkungen verwiesen.

1.1 Welche Einsparungen würden mit einer bargeldlosen Verwaltung einhergehen?

Keine! - siehe Vorbemerkungen

2. Aus welchem Grund können nicht alle städtischen Dienstleistungen mit einer Kreditkarte bezahlt werden?
und
3. Wann ist damit zu rechnen, dass alle städtischen Dienstleistungen auch mit einer Kreditkarte bezahlt werden können?

Die Gebühren für die Kartenzahlungen betragen zwischen 1,09% und 3 % des Waren- oder Einkaufswertes und müssten laut Gesetz von der Stadt übernommen werden.

Einer diesbezüglichen Entscheidung ist angesichts der anfallenden Gebühren ein Abwägungsprozess bzw. eine Kosten-Nutzen-Analyse voranzustellen. Ist doch eine Kommune nicht frei bei ihrer „Preisgestaltung“. Gleichwohl werden in immer mehr Verwaltungsbereichen Kreditkartenzahlungen ermöglicht.

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
28. Sep. 2023	
CB 3	PR
Abt. 3/2	INSITU

11/1

Siegen, 27. 09 2023

**Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur
Sitzung des Rates am 18.10.2023**

Betreff: Bargeldlose Verwaltung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

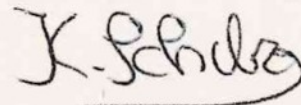
Die Volt-Fraktion im Rat der Stadt Siegen bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viel kostet die Verwaltung das Management von Bargeld? Die FAZ¹ schreibt, dass vergleichbare Städte bis zu 5 Vollzeitstellen für das Management von Bargeld benötigen. Trifft das auch auf Siegen zu?
 - 1.1. Welche Einsparungen würden mit einer bargeldlosen Verwaltung einhergehen?
2. Aus welchem Grund können nicht alle städtischen Dienstleistungen mit einer Kreditkarte bezahlt werden?
3. Wann ist damit zu rechnen, dass alle städtischen Dienstleistungen auch mit einer Kreditkarte bezahlt werden können?

Mit freundlichen Grüßen



Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender Volt



Kenny Schulz
stellv. Fraktionsvorsitzender Volt

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	AFD- Fraktion
Eingang	29.09.2023
Federführend	GB 5, Abt. 5/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Sachstandsinformation zur aktuellen Flüchtlings- und Asylbewerberlage in Siegen



AfD Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen

AfD-Fraktion - Schanzenweg 35 - 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG	
BÜRGERMEISTER	
29. Sep. 2023	
5	PR
5/1	INSTRUMENT

Ø 213

Siegen, 29. September 2023

Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 18.10.2023

Betreff: Sachstandsinformation zur aktuellen Flüchtlings- und Asylbewerberlage in Siegen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

bundesweit sind seit Kriegsausbruch in der Ukraine bereits etwa 1.084.000 ukrainische Flüchtlinge in Deutschland registriert worden. Auch für Siegen bedeutet das weiter eine erhebliche Herausforderung auf verschiedensten Ebenen.

Die AfD-Fraktion bittet deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Asylbewerber bzw. Flüchtlinge sind derzeit insgesamt in Siegen untergebracht? (Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit und rechtlichem Status: Aufenthaltsgestattung, Duldung nach Paragraph 60a, subsidiär Geschützte, vollziehbar Ausreisepflichtige)
2. Wie viele Asylbewerber und Flüchtlinge sind im Jahr 2022 und weiter in diesem Jahr bis 30.09.2023 hinzugekommen?
(Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit)
3. In welcher Art von Unterkünften sind Asylbewerber und Flüchtlinge im Stadtgebiet derzeit untergebracht? Gibt es dabei gesonderte Einrichtungen speziell für

AfD Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen

ukrainische Flüchtlinge?

5. Es wurde berichtet, dass die Stadt Siegen die interkommunale Unterkunft im ehemaligen Krankenhaus Kredenbach aufgibt.

Was passiert dann mit den untergebrachten Flüchtlingen?

Gibt es (Sammel-) Ersatzunterkünfte?

Steht zu befürchten, dass Schulen und Sporthallen zur Unterbringung von Flüchtlingen herangezogen werden müssen?

6. Wie hoch sind die monatlichen Kosten der Unterbringung? Separat bisher in Kredenbach und insgesamt für die Stadt Siegen?

Wie ist die

Kostenaufteilung zwischen Bund, Land und Kommunen geregelt?

7. Wird auch bei ukrainischen Flüchtlingen ein Schwerpunkt auf baldige Integration gelegt oder wird eher das Ziel einer zügigen Rückkehr nach Beendigung der Kampfhandlungen verfolgt? Wird also zum Beispiel für Kinder der Unterricht in der Muttersprache erteilt oder stattdessen ein zügiges Erlernen der deutschen Sprache angestrebt?

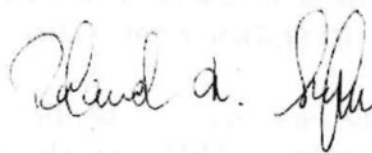
8. Wie viele abgelehnte Asylbewerber im Stadtgebiet sind derzeit ausreisepflichtig? Wie viele Abschiebungen wurden im Jahr 2022 bisher tatsächlich durchgeführt?

9. Welche Prognosen für die Situation in Siegen gibt es anhand der bundesweit erwarteten weiter steigenden Flüchtlingszahlen unter Zugrundelegung des Königssteiner Schlüssels sowie NRW-interner Verteilungsmechanismen?

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende

Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender



A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	AFD- Fraktion
Eingang	29.09.2023
Federführend	GB 5, Abt. 5/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Sachstandsinformation zur aktuellen Flüchtlings- und Asylbewerberlage in Siegen

Frage 1.: Wie viele Asylbewerber bzw. Flüchtlinge sind derzeit insgesamt in Siegen untergebracht? (Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit und rechtlichem Status: Aufenthaltsgestattung, Duldung nach Paragraph 60a, subsidiär Geschützte, vollziehbar Ausreisepflichtige)

Antwort: Die Stadt Siegen hat mit Stand 10/2023 1458 Menschen aus der Ukraine aufgenommen, eine Erfüllungsquote von 108,27% = 1625 Personen (Übererfüllung 124 Personen) gemäß dem Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW und eine Erfüllungsquote von 100,07 % = 889 Personen bei der Aufnahme von Personen mit einer Wohnsitzauflage.

In dem zur Verfügung stehenden eigenen oder angemieteten Wohnraum und den Sammel- und Gemeinschaftsunterkünften sind zum 01.10.2023 346 Plätze belegt.

Die Arbeitsgruppe 5/1-2 führt keine Statistiken oder Belegungslisten nach ausländer-/asylrechtlichem Status oder Staatsangehörigkeit für die Unterkünfte.

Nach der nach dem asyl- und ausländerrechtlichen Status vorgenommenen Auswertung der Ausländerbehörde sind in der Stadt Siegen derzeit

- Asylbewerber = 162
- Geflüchtete aus der Ukraine = 1458
- Politisch Verfolgte (§ 60 Abs. 1) = 1610
- Subsidiär Schutzberechtigte = 981

Personen aufgenommen.

Es gibt

- Aufenthaltsgestattungen = 192
- Duldungen = 235

Frage 2.: Wie viele Asylbewerber und Flüchtlinge sind im Jahr 2022 und weiter in diesem Jahr bis 30.09.2023 hinzugekommen? (Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit)

Antwort: Gemäß Berichterstattung im Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren am 15.03.2023 hat die Stadt Siegen im Jahr 2022 114 Zuweisungen erhalten davon waren 35 Spätaussiedler und 32 afghanische Ortskräfte. Nicht berücksichtigt sind Ukrainische Flüchtlinge. Herkunftsländer der zugewiesenen Flüchtlinge sind beispielsweise Irak, Syrien, Türkei, Mazedonien, Albanien, Bangladesch.

Im Jahr 2023 wurde bisher 9 Flüchtlinge (Herkunftsländer Georgien, Syrien, Afghanistan) zugewiesen und 32 Spätaussiedler.

Frage 3.: In welcher Art von Unterkünften sind Asylbewerber und Flüchtlinge im Stadtgebiet derzeit untergebracht? Gibt es dabei gesonderte Einrichtungen speziell für ukrainische Flüchtlinge?

Antwort: Zielsetzung der Stadt Siegen ist die Unterbringung bzw. die Vermittlung in regulärem Wohnraum. Für die darüberhinausgehenden Unterbringungsbedarfe gibt es derzeit 3 städtische Übergangseinrichtungen mit Belegung (Im Wiesental (Geisweid), Am Dreesch (Hengsbach), Tiergartenstraße (Siegen)), 2 städtische Einrichtungen ohne Belegung (Rüsterweg 2 (Geisweid); Wohncontainer Tiergartenstraße), 9 weitere städtische (inkl. KEG) und 45 angemietete Objekte stadtweit. Von den vorhandenen 567 Plätzen sind 346 Plätze belegt. Es gibt keine Unterbringungseinrichtungen speziell für ukrainische Flüchtlinge.

(Frage 4 ist in der Anfrage nicht enthalten)

Frage 5.: Es wurde berichtet, dass die Stadt Siegen die interkommunale Unterkunft im ehemaligen Krankenhaus Kredenbach aufgibt. Was passiert dann mit den untergebrachten Flüchtlingen? Gibt es (Sammel-) Ersatzunterkünfte? Steht zu befürchten, dass Schulen und Sporthallen zur Unterbringung von Flüchtlingen herangezogen werden müssen?

Antwort: Die zunächst vom Kreis Siegen-Wittgenstein und dann von der Stadt Siegen betriebene interkommunale Flüchtlingsunterkunft im ehem. Krankenhaus in Kreuztal-Kredenbach

wurde zum 30.09.2023 aufgegeben. Alle zugewiesenen und unterzubringenden Flüchtlinge können in vorhandenen und neu geschaffenen Unterkünften im Stadtgebiet Siegen untergebracht werden. Es ist Zielsetzung zu vermeiden, Turnhallen, Bürgerhäuser u. ä. Einrichtungen zu belegen, um die stadtdesellschaftliche Aufnahmefreundlichkeit zu erhalten. Daher werden weiterhin die Anmietung, der Erwerb und die Schaffung von Wohnraum angestrebt und verfolgt.

Frage 6.: Wie hoch sind die monatlichen Kosten der Unterbringung? Separat bisher in Kredenbach und insgesamt für die Stadt Siegen? Wie ist die = Kostenaufteilung zwischen Bund, Land und Kommunen geregelt?

Antwort:

Die Kosten für die Unterbringung sind grundsätzlich im Teilergebnisplan Produkt 05.01.02 Hilfen nach dem AsylbLG des städtischen Haushaltes zu finden.

Für Personen, die unter das FlüAG NRW fallen, sind die Unterkunftskosten in den monatlichen Pauschalen enthalten. Darüber hinaus gab und gibt es zusätzliche, zumeist einmalige Unterstützungsleistungen von Bund und Land für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen.

Frage 7.: Wird auch bei ukrainischen Flüchtlingen ein Schwerpunkt auf baldige Integration gelegt oder wird eher das Ziel einer zügigen Rückkehr nach Beendigung der Kampfhandlungen verfolgt? Wird also zum Beispiel für Kinder der Unterricht in der Muttersprache erteilt oder stattdessen ein zügiges Erlernen der deutschen Sprache angestrebt?

Antwort:

In der Stadt Siegen besteht eine Vielzahl von Integrationsangeboten für alle nach Siegen zuziehenden Personen(-gruppen) sowie verschiedenste Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache. Für alle in Siegen gemeldeten Kinder und Jugendlichen besteht die Schulpflicht. Unterrichtssprache ist Deutsch.

Frage 8.: Wie viele abgelehnte Asylbewerber im Stadtgebiet sind derzeit ausreisepflichtig? Wie viele Abschiebungen wurden im Jahr 2022 bisher tatsächlich durchgeführt?

Antwort:

133 abgelehnte Asylbewerber im Stadtgebiet sind derzeit ausreisepflichtig.
13 Abschiebungen wurden im Jahr 2022 durchgeführt.

Frage 9.: Welche Prognosen für die Situation in Siegen gibt es anhand der bundesweit erwarteten weiter steigenden Flüchtlingszahlen unter Zugrundelegung des Königssteiner Schlüssels sowie NRW-interner Verteilungsmechanismen?

Antwort:

Weder auf Bundes- noch auf Landesebene sind Prognosen zu künftigen Flüchtlingszahlen vorhanden, so dass auch für die Stadt Siegen keine Prognose gestellt werden kann.



AfD Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen

AfD-Fraktion - Schanzenweg 35 - 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG	
BÜRGERMEISTER	
29. Sep. 2023	
5	PR
5/1	INSTRUMENT

Ø 213

Siegen, 29. September 2023

Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 18.10.2023

Betreff: Sachstandsinformation zur aktuellen Flüchtlings- und Asylbewerberlage in Siegen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

bundesweit sind seit Kriegsausbruch in der Ukraine bereits etwa 1.084.000 ukrainische Flüchtlinge in Deutschland registriert worden. Auch für Siegen bedeutet das weiter eine erhebliche Herausforderung auf verschiedensten Ebenen.

Die AfD-Fraktion bittet deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Asylbewerber bzw. Flüchtlinge sind derzeit insgesamt in Siegen untergebracht? (Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit und rechtlichem Status: Aufenthaltsgestattung, Duldung nach Paragraph 60a, subsidiär Geschützte, vollziehbar Ausreisepflichtige)
2. Wie viele Asylbewerber und Flüchtlinge sind im Jahr 2022 und weiter in diesem Jahr bis 30.09.2023 hinzugekommen?
(Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit)
3. In welcher Art von Unterkünften sind Asylbewerber und Flüchtlinge im Stadtgebiet derzeit untergebracht? Gibt es dabei gesonderte Einrichtungen speziell für

AfD Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen

ukrainische Flüchtlinge?

5. Es wurde berichtet, dass die Stadt Siegen die interkommunale Unterkunft im ehemaligen Krankenhaus Kredenbach aufgibt.

Was passiert dann mit den untergebrachten Flüchtlingen?

Gibt es (Sammel-) Ersatzunterkünfte?

Steht zu befürchten, dass Schulen und Sporthallen zur Unterbringung von Flüchtlingen herangezogen werden müssen?

6. Wie hoch sind die monatlichen Kosten der Unterbringung? Separat bisher in Kredenbach und insgesamt für die Stadt Siegen?

Wie ist die

Kostenaufteilung zwischen Bund, Land und Kommunen geregelt?

7. Wird auch bei ukrainischen Flüchtlingen ein Schwerpunkt auf baldige Integration gelegt oder wird eher das Ziel einer zügigen Rückkehr nach Beendigung der Kampfhandlungen verfolgt? Wird also zum Beispiel für Kinder der Unterricht in der Muttersprache erteilt oder stattdessen ein zügiges Erlernen der deutschen Sprache angestrebt?

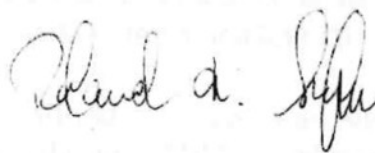
8. Wie viele abgelehnte Asylbewerber im Stadtgebiet sind derzeit ausreisepflichtig? Wie viele Abschiebungen wurden im Jahr 2022 bisher tatsächlich durchgeführt?

9. Welche Prognosen für die Situation in Siegen gibt es anhand der bundesweit erwarteten weiter steigenden Flüchtlingszahlen unter Zugrundelegung des Königssteiner Schlüssels sowie NRW-interner Verteilungsmechanismen?

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende

Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender



A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	AFD- Fraktion
Eingang	29.09.2023
Federführend	GB 5, Abt. 5/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Sachstandsinformation zur aktuellen Flüchtlings- und Asylbewerberlage in Siegen

Frage 1.: Wie viele Asylbewerber bzw. Flüchtlinge sind derzeit insgesamt in Siegen untergebracht? (Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit und rechtlichem Status: Aufenthaltsgestattung, Duldung nach Paragraph 60a, subsidiär Geschützte, vollziehbar Ausreisepflichtige)

Antwort: Die Stadt Siegen hat mit Stand 10/2023 1458 Menschen aus der Ukraine aufgenommen, eine Erfüllungsquote von 108,27% = 1625 Personen (Übererfüllung 124 Personen) gemäß dem Flüchtlingsaufnahmegesetz NRW und eine Erfüllungsquote von 100,07 % = 889 Personen bei der Aufnahme von Personen mit einer Wohnsitzauflage.

In dem zur Verfügung stehenden eigenen oder angemieteten Wohnraum und den Sammel- und Gemeinschaftsunterkünften sind zum 01.10.2023 346 Plätze belegt.

Die Arbeitsgruppe 5/1-2 führt keine Statistiken oder Belegungslisten nach ausländer-/asylrechtlichem Status oder Staatsangehörigkeit für die Unterkünfte.

In der nach dem asyl- und ausländerrechtlichen Status vorgenommenen Auswertung der Ausländerbehörde sind in der Stadt Siegen derzeit

- Asylbewerber = 162
- Geflüchtete aus der Ukraine = 1458
- Politisch Verfolgte (§ 60 Abs. 1) = 1610
- Subsidiär Schutzberechtigte = 981

aufgenommen.

Es gibt

- Aufenthaltsgestattungen = 192
- Duldungen = 235

Frage 2.: Wie viele Asylbewerber und Flüchtlinge sind im Jahr 2022 und weiter in diesem Jahr bis 30.09.2023 hinzugekommen? (Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit)

Antwort: Gemäß Berichterstattung im Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren am 15.03.2023 hat die Stadt Siegen im Jahr 2022 114 Zuweisungen erhalten davon waren 35 Spätaussiedler und 32 afghanische Ortskräfte. Nicht berücksichtigt sind Ukrainische Flüchtlinge. Herkunftsländer der zugewiesenen Flüchtlinge sind beispielsweise Irak, Syrien, Türkei, Mazedonien, Albanien, Bangladesch.

Im Jahr 2023 wurde bisher 9 Flüchtlinge (Herkunftsländer Georgien, Syrien, Afghanistan) zugewiesen und 32 Spätaussiedler.

Frage 3.: In welcher Art von Unterkünften sind Asylbewerber und Flüchtlinge im Stadtgebiet derzeit untergebracht? Gibt es dabei gesonderte Einrichtungen speziell für ukrainische Flüchtlinge?

Antwort: Zielsetzung der Stadt Siegen ist die Unterbringung bzw. die Vermittlung in regulärem Wohnraum. Für die darüberhinausgehenden Unterbringungsbedarfe gibt es derzeit 3 städtische Übergangseinrichtungen mit Belegung (Im Wiesental (Geisweid), Am Dreesch (Hengsbach), Tiergartenstraße (Siegen)), 2 städtische Einrichtungen ohne Belegung (Rüsterweg 2 (Geisweid); Wohncontainer Tiergartenstraße), 9 weitere städtische (inkl. KEG) und 45 angemietete Objekte stadtweit. Von den vorhandenen 567 Plätzen sind 346 Plätze belegt. Es gibt keine Unterbringungseinrichtungen speziell für ukrainische Flüchtlinge.

(Frage 4 ist in der Anfrage nicht enthalten)

Frage 5.: Es wurde berichtet, dass die Stadt Siegen die interkommunale Unterkunft im ehemaligen Krankenhaus Kredenbach aufgibt. Was passiert dann mit den untergebrachten Flüchtlingen? Gibt es (Sammel-) Ersatzunterkünfte? Steht zu befürchten, dass Schulen und Sporthallen zur Unterbringung von Flüchtlingen herangezogen werden müssen?

Antwort: Die zunächst vom Kreis Siegen-Wittgenstein und dann von der Stadt Siegen betriebene interkommunale Flüchtlingsunterkunft im ehem. Krankenhaus in Kreuztal-Kredenbach wurde zum 30.09.2023 aufgegeben. Alle zugewiesenen und unterzubringenden Flüchtlinge können in vorhandenen und neu geschaffenen Unterkünften im Stadtgebiet Siegen untergebracht werden. Es ist Zielsetzung zu vermeiden, Turnhallen, Bürgerhäuser u. ä. Einrichtungen

zu belegen, um die stadtgesellschaftliche Aufnahmefreundlichkeit zu erhalten. Daher werden weiterhin die Anmietung, der Erwerb und die Schaffung von Wohnraum angestrebt und verfolgt.

Frage 6.: Wie hoch sind die monatlichen Kosten der Unterbringung? Separat bisher in Kredenbach und insgesamt für die Stadt Siegen? Wie ist die = Kostenaufteilung zwischen Bund, Land und Kommunen geregelt?

Antwort:

Die Kosten für die Unterbringung sind grundsätzlich im Teilergebnisplan Produkt 05.01.02 Hilfen nach dem AsylbLG des städtischen Haushaltes zu finden.

Für Personen, die unter das FlüAG NRW fallen, sind die Unterkunftskosten in den monatlichen Pauschalen enthalten. Darüber hinaus gab und gibt es zusätzliche, zumeist einmalige Unterstützungsleistungen von Bund und Land für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen.

Die Unterkunftskosten im Jahr 2022 betrugen ca. 1.324.000,- €. Dabei ist zu berücksichtigen, dass noch nicht alle Nebenkostenabrechnungen für 2022 eingegangen und berechnet sind.

Für die Unterbringungseinrichtung im ehem. Krankenhaus Kredenbach sind im Jahr 2023 bisher 937.975,00 € angefallen.

Eingehende Erstattungen, Kostenbeteiligungen, u. ä. sind bei den genannten Kosten nicht berücksichtigt.

Frage 7.: Wird auch bei ukrainischen Flüchtlingen ein Schwerpunkt auf baldige Integration gelegt oder wird eher das Ziel einer zügigen Rückkehr nach Beendigung der Kampfhandlungen verfolgt? Wird also zum Beispiel für Kinder der Unterricht in der Muttersprache erteilt oder stattdessen ein zügiges Erlernen der deutschen Sprache angestrebt?

Antwort:

In der Stadt Siegen besteht eine Vielzahl von Integrationsangeboten für alle nach Siegen zuziehenden Personen(-gruppen) sowie verschiedenste Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache. Für alle in Siegen gemeldeten Kinder und Jugendlichen besteht die Schulpflicht. Unterrichtssprache ist Deutsch.

Frage 8.: Wie viele abgelehnte Asylbewerber im Stadtgebiet sind derzeit ausreisepflichtig? Wie viele Abschiebungen wurden im Jahr 2022 bisher tatsächlich durchgeführt?

Antwort:

133 abgelehnte Asylbewerber im Stadtgebiet sind derzeit ausreisepflichtig.
13 Abschiebungen wurden im Jahr 2022 durchgeführt.

Frage 9.: Welche Prognosen für die Situation in Siegen gibt es anhand der bundesweit erwarteten weiter steigenden Flüchtlingszahlen unter Zugrundelegung des Königsteiner Schlüssels sowie NRW-interner Verteilungsmechanismen?

Antwort:

Weder auf Bundes- noch auf Landesebene sind Prognosen zu künftigen Flüchtlingszahlen vorhanden, so dass auch für die Stadt Siegen keine Prognose gestellt werden kann.



AfD Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen

AfD-Fraktion - Schanzenweg 35 - 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG	
BÜRGERMEISTER	
29. Sep. 2023	
5	PR
5/1	INSTRUMENT

Ø 213

Siegen, 29. September 2023

Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 18.10.2023

Betreff: Sachstandsinformation zur aktuellen Flüchtlings- und Asylbewerberlage in Siegen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

bundesweit sind seit Kriegsausbruch in der Ukraine bereits etwa 1.084.000 ukrainische Flüchtlinge in Deutschland registriert worden. Auch für Siegen bedeutet das weiter eine erhebliche Herausforderung auf verschiedensten Ebenen.

Die AfD-Fraktion bittet deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Asylbewerber bzw. Flüchtlinge sind derzeit insgesamt in Siegen untergebracht? (Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit und rechtlichem Status: Aufenthaltsgestattung, Duldung nach Paragraph 60a, subsidiär Geschützte, vollziehbar Ausreisepflichtige)
2. Wie viele Asylbewerber und Flüchtlinge sind im Jahr 2022 und weiter in diesem Jahr bis 30.09.2023 hinzugekommen? (Bitte aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit)
3. In welcher Art von Unterkünften sind Asylbewerber und Flüchtlinge im Stadtgebiet derzeit untergebracht? Gibt es dabei gesonderte Einrichtungen speziell für

AfD Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen

ukrainische Flüchtlinge?

5. Es wurde berichtet, dass die Stadt Siegen die interkommunale Unterkunft im ehemaligen Krankenhaus Kredenbach aufgibt.

Was passiert dann mit den untergebrachten Flüchtlingen?

Gibt es (Sammel-) Ersatzunterkünfte?

Steht zu befürchten, dass Schulen und Sporthallen zur Unterbringung von Flüchtlingen herangezogen werden müssen?

6. Wie hoch sind die monatlichen Kosten der Unterbringung? Separat bisher in Kredenbach und insgesamt für die Stadt Siegen?

Wie ist die

Kostenaufteilung zwischen Bund, Land und Kommunen geregelt?

7. Wird auch bei ukrainischen Flüchtlingen ein Schwerpunkt auf baldige Integration gelegt oder wird eher das Ziel einer zügigen Rückkehr nach Beendigung der Kampfhandlungen verfolgt? Wird also zum Beispiel für Kinder der Unterricht in der Muttersprache erteilt oder stattdessen ein zügiges Erlernen der deutschen Sprache angestrebt?

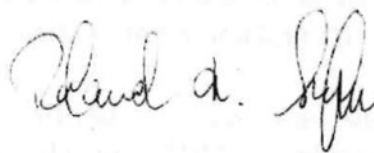
8. Wie viele abgelehnte Asylbewerber im Stadtgebiet sind derzeit ausreisepflichtig? Wie viele Abschiebungen wurden im Jahr 2022 bisher tatsächlich durchgeführt?

9. Welche Prognosen für die Situation in Siegen gibt es anhand der bundesweit erwarteten weiter steigenden Flüchtlingszahlen unter Zugrundelegung des Königssteiner Schlüssels sowie NRW-interner Verteilungsmechanismen?

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende

Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender



A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	11.10.2023
Federführend	GB 1, Abt. 1/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

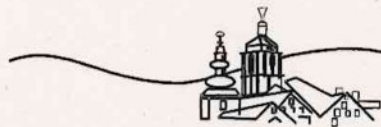
☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Digitales Bürgerbüro



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
11. Okt. 2023	
GB	NR
Abt.	INSTRUMENT

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2
57072 Siegen

404-1432
gruene@siegen.de

11.10.2023

Anfrage zur Sitzung des Rats der Universitätsstadt Siegen am 18.10.2023

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Digitales Bürgerbüro

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

zur Entscheidung des Antrags "Digitales Bürgerbüro" in der Ratssitzung am 18.10. ist es aus unserer Sicht erforderlich, den bisherigen Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zu kennen, da hierin bereits Vorgaben für die Bereitstellung digitaler Angebote gemacht werden.

Bezugnehmend darauf bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

Anfrage:

- Welche Stelle innerhalb der Verwaltung der Universitätsstadt Siegen ist mit der entsprechenden Digitalisierung der Verwaltungsleistungen betraut?
- Sind alle Prozesse, die für die Bürger*innen der Universitätsstadt Siegen relevant und insbesondere zur Digitalisierung geeignet sind, identifiziert worden? Gibt es einen Leistungskatalog?
- Ist die Verwaltung ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen, alle Leistungen bis Ende 2022 online zur Verfügung zu stellen oder ist dies -Sachstand heute- der Fall?
 - Falls Nein: Wie sieht der Zeitplan zur Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen aus? Wann ist damit zu rechnen, dass die o.g. Verpflichtung vollständig erfüllt wird?
 - Falls Nein: Welche Widerstände haben dafür gesorgt, dass die Verpflichtung nicht Ende 2022 erfüllt wurde und auch weiterhin nicht erfüllt wird?
 - Falls Nein: Was benötigt die Verwaltung der Universitätsstadt Siegen, um die Umsetzung zügig und konzentriert umzusetzen? Kann die Politik unterstützen?

- Falls ja oder falls Nein „teilweise“: In welchem Umfang wurden die bisher online zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen digitalisiert? (Zur Bewertung dient das folgende Reifegradmodell)

0: Keine Informationen online Abrufbar

1: Die Leistungsbeschreibung ist online verfügbar und das PDF steht als Download zur Verfügung

2: Eine Online-Beantragung ist grundsätzlich möglich. Nachweise können regelmäßig noch nicht online übermittelt werden.

3: Die Online-Leistung kann einschließlich aller Nachweise vollständig digital abgewickelt werden. Der Bescheid wird digital zugestellt.

4: Die Once-Only-Beantragung* ist online möglich, bei der Daten und Nachweise aus Registern der Verwaltung abgerufen werden können (statt durch Nutzerinnen und Nutzer eingereicht)

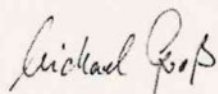
**Once-Only-Prinzip: Eines der Ziele der Registermodernisierung ist die Umsetzung des sogenannten Once-Only-Prinzips für Verwaltungsleistungen. Nach diesem Prinzip sollen staatliche Stellen Daten und Nachweise, welche bereits vorliegen, einfach und sicher austauschen können. Bürgerinnen und Bürger müssten Standardinformationen dann nur noch einmalig übermitteln. Dies wird sie bei der Beantragung von Verwaltungsleistungen in hohem Maße entlasten und die Bearbeitungszeiten in der Verwaltung verkürzen.*

Begründung:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) vom 18. August 2017 mit Änderung vom 7. Juli 2021 verpflichtet Bund und Länder und damit auch Kommunen ihre Verwaltungsleistungen bis Ende des Jahres 2022 online anzubieten. Hierbei muss nicht jede Kommune jede Verwaltungsleistung eigenständig digitalisieren. Gemäß dem Prinzip „Einer für Alle“ muss die digitale Lösung nur einmal in einem Land entwickelt. Alle anderen Kommunen dürfen diese Lösung übernehmen. Darüber hinaus bietet das Land NRW in Zusammenarbeit mit dem Dachverband kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen (KDN) das Kommunalportal.NRW. Über das Portal können Online-Angebote eigenständig erarbeitet oder übernommen werden. Die Verwaltung der Universitätsstadt Siegen hat das Serviceportal für Onlinedienstleistungen „serviceportal.siegen.de“ eingerichtet. Hier sind bereits viele Verwaltungsleistungen für die Bürger*innen online abrufbar. Dies begrüßen wir ausdrücklich und möchten uns für die Arbeit bei den zuständigen Abteilungen bedanken. Für uns stellt sich die Frage, inwieweit das Serviceportal den Anforderungen des OZG bereits gerecht wird.

Zur Entscheidung des Rats-Antrages von CDU und SPD zur Einrichtung eines digitalen Bürgerbüros ist es aus unserer Sicht erforderlich, den bisherigen Umsetzungsstand zu kennen, um ggf. eine unnötige zusätzliche Belastung von Mitarbeiter*innen der Verwaltung zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen



Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	11.10.2023
Federführend	GB 1, Abt. 1/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Digitales Bürgerbüro

1. Welche Stelle innerhalb der Verwaltung der Universitätsstadt Siegen ist mit der entsprechenden Digitalisierung der Verwaltungsleistungen betraut?

Die Stadt Siegen hat neben der zentralen IT weitere Arbeitsstrukturen (IT-Koordinierende der Geschäftsbereiche und geschäftsbereichsübergreifende Arbeitsgruppe IT) etabliert, welche eine solide Basis darstellen, um die OZG-Umsetzung und die Digitalisierungsprozesse effizient und nachhaltig zu unterstützen. Beim Voranschreiten der Digitalisierung sind alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung insbesondere Führungskräfte gefordert diese Veränderungsprozesse anzustoßen, voranzutreiben und umzusetzen. Darüber hinaus ist eine erfolgreiche Digitalisierung essentiell von einer vorgelagerten Prozessoptimierung abhängig. Aus diesem Grund hat die Verwaltung das Instrument des Prozessmanagements eingeführt.

2. Sind alle Prozesse, die für die Bürger*innen der Universitätsstadt Siegen relevant und insbesondere zur Digitalisierung geeignet sind, identifiziert worden? Gibt es einen Leistungskatalog?

Für die Bearbeitung des OZG hat die Stadtverwaltung Siegen einen städtischen OZG-Katalog erstellt, kontinuierlich aktualisiert, bearbeitet und tut dies auch weiterhin. Im Rahmen der Umsetzungsverpflichtungen für Großstädte und Kommunen wurden aus allen OZG-Leistungsbündeln des OZG insgesamt 148 OZG-Leistungsbündel ermittelt, bestehend aus mehr als 1.200 Einzelleistungen des Leistungskatalogs der öffentlichen Verwaltung (LeiKa), welche für eine vollständige OZG-Umsetzung bei der Stadtverwaltung Siegen anzubieten wären, darunter auch Leistungsbündel aus dem Themenfeld Querschnitt.

3. Ist die Verwaltung ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen, alle Leistungen bis Ende 2022 online zur Verfügung zu stellen oder ist dies -Sachstand heute- der Fall?

Die Stadtverwaltung Siegen hat die Anforderungen des OZG bis zum Jahresende 2022 nicht vollständig erfüllt. Damit ist sie nicht allein. Nach aktuellem Stand sind keine Kommunen – auch vergleichbarer Größenordnung – im Verbandsgebiet der Südwestfalen-IT (SIT) oder in anderen interkommunalen Zusammenhängen bekannt, welche eine (annähernd) hundertprozentige Umsetzung bis Ende 2022 erreicht haben.

Die Nichterfüllung des OZG war abzusehen. Rahmenbedingungen des OZG und Vorgaben von Bund und Ländern haben – milde formuliert – eine OZG-Umsetzung nicht begünstigt. Kommunale Stimmen (vgl. u. a. Thesenpapier der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen vom 28.11.2022) forderten bereits weitere Maßnahmen des Bundes und der Länder, die ein (erneutes) Scheitern des OZG verhindern sollen.

3.1 Falls Nein: Wie sieht der Zeitplan zur Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen aus? Wann ist damit zu rechnen, dass die o.g. Verpflichtung vollständig erfüllt wird?

Das OZG ist weiterhin Treiber und wichtiger Baustein in der Digitalisierung der Kommunalverwaltung. Dienstleistungen sollen allerdings nicht nur bürgernäher, sondern auch effizienter erbracht werden. Daher wird das alleinige Fokussieren auf das Bereitstellen von Onlineanträgen (sog. Front End) in der zukünftigen OZG-Umsetzung einer gesamtheitlichen Betrachtung, Optimierung und Digitalisierung des gesamten Dienstleistungsprozesses weichen müssen und sich intensiver um die Integration von Fachverfahren und die Verbesserung der verwaltungsinternen Querschnitts- und Supportprozesse drehen. Dies versteht und etabliert die Stadtverwaltung Siegen als Daueraufgabe, welche mit dem Ziel einer Annäherung an eine bestmögliche Dienstleistungsbereitstellung auch nie vollständig abgeschlossen sein kann. Fest steht, dass die Stadt Siegen mit den etablierten Arbeitsstrukturen eine solide Basis im IT-Umfeld geschaffen hat, um den Umsetzungsgrad effizient und nachhaltig auszubauen. Um nachhaltig Fortschritte in der Digitalisierung generieren zu können bedarf es allerdings einer personellen Unterstützung des zentralen Prozessmanagements, welches gemeinsam mit den fachlichen Organisationseinheiten ihre Verwaltungsleistungen peu a peu erfasst, beleuchtet und optimiert.

Die Stadtverwaltung Siegen bekennt sich zum Ziel einer innovativen, digitalen und nutzerfreundlichen Verwaltung, allerdings wird eine Umsetzung des OZG ohne eine Abschaffung technischer wie rechtlicher Hürden und ohne angemessene finanzielle Ausstattung durch Bund und Länder nicht gelingen. Der aktuell vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des OZG sowie weiterer Vorschriften (OZG-ÄndG) lässt erahnen und hoffen, dass dazu die nötigen rechtlichen Grundlagen geschaffen werden. Auch ist die Anzahl an zur Verfügung stehenden EfA-Lösungen weiterhin überschaubar und liegt unter den Erwartungen der Verwaltung und Politik. In Unkenntnis der exakten zukünftigen Rahmenbedingungen ist eine seriöse Schätzung der weiteren Umsetzungsdauer gleichwohl nicht zu leisten.

3.2 Falls Nein: Welche Widerstände haben dafür gesorgt, dass die Verpflichtung nicht Ende 2022 erfüllt wurde und auch weiterhin nicht erfüllt wird?

Es wird auf 3. verwiesen.

3.3 Falls Nein: Was benötigt die Verwaltung der Universitätsstadt Siegen, um die Umsetzung zügig und konzentriert umzusetzen? Kann die Politik unterstützen?

Es wird auf die Punkte 3.1 und 3.2 verwiesen. Darüber hinaus werden die benötigten Ressourcen über den Stellenplan für das kommende Jahr angemeldet.

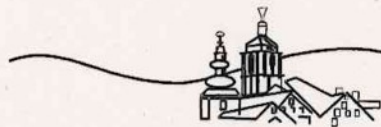
3.4 Falls ja oder falls Nein „teilweise“: In welchem Umfang wurden die bisher online zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen digitalisiert? (Zur Bewertung dient das folgende Reifegradmodell)

Alle auf der städtischen Homepage und im Serviceportal online angebotenen Leistungen wurden einer LeiKa-Zuordnung unterzogen und mittels Reifegradchecks auf die jeweils vorliegenden OZG-Reifegrade untersucht. Nach Betrachtung der ermittelten OZG-Reifegrade hatte die Stadtverwaltung Siegen mit Stand vom 05.12.2022 insgesamt 49 OZG-Leistungsbündel teilweise oder vollständig umgesetzt. Bis Ende 2022 konnten lediglich Leistungen mit Reifegrad 1 und 2 angeboten werden.

Der Reifegrad 1 bedeutet hierbei, dass die Leistungsbeschreibung einer Verwaltungsleistung online verfügbar ist und das PDF als Download zum Ausdruck zur Verfügung steht. Der Reifegrad 2 hingegen bedeutet, dass eine Online-Beantragung grundsätzlich möglich ist, die entsprechenden Nachweise jedoch noch nicht regelmäßig online übermittelt werden können.

Mit Stand 12.10.2023 können mittlerweile 54 OZG-Leistungsbündel teilweise oder vollständig umgesetzt werden. Dabei können nun aber auch Leistungen mit einem OZG-Reifegrad von 3 mit direktem Online-Rückkanal zu Bürgerinnen und Bürgern bereitgestellt werden, was einer deutlichen Steigerung des Bürgerservices entspricht. Der Reifegrad 3 bedeutet, dass die entsprechende Online-Leistung einschließlich aller Nachweise vollständig digital abgewickelt werden kann und der Bescheid abschließend digital zugestellt wird.

Hervorzuheben sind hier das Fachverfahren „Bewohnerparken online“ und der Untersuchungsberechtigungsschein (EfA-Lösung, Einer-für-Alle), welche die Anforderungen an den Reifegrad 3 voll erfüllen und bei denen Bürgerinnen und Bürger die Leistung direkt online erhalten. Auch stehen mehrere EfA-Lösungen (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung, Aufenthaltstitel etc.) mit Anbindung an die Fachverfahren kurz vor der Veröffentlichung und Bereitstellung durch die Stadtverwaltung Siegen, welche das Leistungsspektrum zusätzlich erweitern werden, in den genannten Zahlen allerdings noch keine Berücksichtigung finden.



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
11. Okt. 2023	
GB	NR
Abt.	INSTRUMENT

Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2
57072 Siegen

404-1432
gruene@siegen.de

11.10.2023

Anfrage zur Sitzung des Rats der Universitätsstadt Siegen am 18.10.2023

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) - Digitales Bürgerbüro

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

zur Entscheidung des Antrags "Digitales Bürgerbüro" in der Ratssitzung am 18.10. ist es aus unserer Sicht erforderlich, den bisherigen Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zu kennen, da hierin bereits Vorgaben für die Bereitstellung digitaler Angebote gemacht werden.

Bezugnehmend darauf bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

Anfrage:

- Welche Stelle innerhalb der Verwaltung der Universitätsstadt Siegen ist mit der entsprechenden Digitalisierung der Verwaltungsleistungen betraut?
- Sind alle Prozesse, die für die Bürger*innen der Universitätsstadt Siegen relevant und insbesondere zur Digitalisierung geeignet sind, identifiziert worden? Gibt es einen Leistungskatalog?
- Ist die Verwaltung ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachgekommen, alle Leistungen bis Ende 2022 online zur Verfügung zu stellen oder ist dies -Sachstand heute- der Fall?
 - Falls Nein: Wie sieht der Zeitplan zur Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen aus? Wann ist damit zu rechnen, dass die o.g. Verpflichtung vollständig erfüllt wird?
 - Falls Nein: Welche Widerstände haben dafür gesorgt, dass die Verpflichtung nicht Ende 2022 erfüllt wurde und auch weiterhin nicht erfüllt wird?
 - Falls Nein: Was benötigt die Verwaltung der Universitätsstadt Siegen, um die Umsetzung zügig und konzentriert umzusetzen? Kann die Politik unterstützen?

- Falls ja oder falls Nein „teilweise“: In welchem Umfang wurden die bisher online zur Verfügung gestellten Verwaltungsleistungen digitalisiert? (Zur Bewertung dient das folgende Reifegradmodell)

0: Keine Informationen online Abrufbar

1: Die Leistungsbeschreibung ist online verfügbar und das PDF steht als Download zur Verfügung

2: Eine Online-Beantragung ist grundsätzlich möglich. Nachweise können regelmäßig noch nicht online übermittelt werden.

3: Die Online-Leistung kann einschließlich aller Nachweise vollständig digital abgewickelt werden. Der Bescheid wird digital zugestellt.

4: Die Once-Only-Beantragung* ist online möglich, bei der Daten und Nachweise aus Registern der Verwaltung abgerufen werden können (statt durch Nutzerinnen und Nutzer eingereicht)

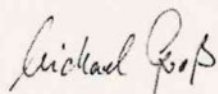
**Once-Only-Prinzip: Eines der Ziele der Registermodernisierung ist die Umsetzung des sogenannten Once-Only-Prinzips für Verwaltungsleistungen. Nach diesem Prinzip sollen staatliche Stellen Daten und Nachweise, welche bereits vorliegen, einfach und sicher austauschen können. Bürgerinnen und Bürger müssten Standardinformationen dann nur noch einmalig übermitteln. Dies wird sie bei der Beantragung von Verwaltungsleistungen in hohem Maße entlasten und die Bearbeitungszeiten in der Verwaltung verkürzen.*

Begründung:

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) vom 18. August 2017 mit Änderung vom 7. Juli 2021 verpflichtet Bund und Länder und damit auch Kommunen ihre Verwaltungsleistungen bis Ende des Jahres 2022 online anzubieten. Hierbei muss nicht jede Kommune jede Verwaltungsleistung eigenständig digitalisieren. Gemäß dem Prinzip „Einer für Alle“ muss die digitale Lösung nur einmal in einem Land entwickelt. Alle anderen Kommunen dürfen diese Lösung übernehmen. Darüber hinaus bietet das Land NRW in Zusammenarbeit mit dem Dachverband kommunaler IT-Dienstleister in Nordrhein-Westfalen (KDN) das Kommunalportal.NRW. Über das Portal können Online-Angebote eigenständig erarbeitet oder übernommen werden. Die Verwaltung der Universitätsstadt Siegen hat das Serviceportal für Onlinedienstleistungen „serviceportal.siegen.de“ eingerichtet. Hier sind bereits viele Verwaltungsleistungen für die Bürger*innen online abrufbar. Dies begrüßen wir ausdrücklich und möchten uns für die Arbeit bei den zuständigen Abteilungen bedanken. Für uns stellt sich die Frage, inwieweit das Serviceportal den Anforderungen des OZG bereits gerecht wird.

Zur Entscheidung des Rats-Antrages von CDU und SPD zur Einrichtung eines digitalen Bürgerbüros ist es aus unserer Sicht erforderlich, den bisherigen Umsetzungsstand zu kennen, um ggf. eine unnötige zusätzliche Belastung von Mitarbeiter*innen der Verwaltung zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen



Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	AFD- Fraktion
Eingang	13.10.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/3-3

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Sachstandsinformation zum Aufenthalt von Palästinensern in Siegen
- Anfrage der AfD-Fraktion

AfD-Fraktion • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
13. Okt. 2023	
GB	PR
Abt.	INSTRUMENT

Siegen, 12. Oktober 2023

Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 18.10.2023

Betreff: Sachstandsinformation zum Aufenthalt von Palästinensern in Siegen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

ergänzend zu unserer Anfrage vom 29.09.2023 bitten wir noch, aufgrund der aktuellen politischen Lage in Israel, weiter um folgende Angaben:

1. Wie viele Palästinenser oder Personen mit einem palästinensischen Migrationshintergrund halten sich derzeit in Siegen auf?
2. Davon sind wie viele Personen aufenthaltsberichtigt und wie viele Personen nachvollziehbar ausreisepflichtig, aber geduldet
3. Ist Ihnen bekannt, dass auch in Siegen die Gruppe Samidoun Mitglieder hat, bzw. aktiv ist.
4. Liegen Ihnen Erkenntnisse darüber vor, dass sich auch in Siegen islamistisch-palästinensische Unterstützerorganisationen politisch betätigen und Unterstützer rekrutieren?
5. Sind diese Personen gewaltbereit, ggf. den sog. Gefährdern zuzurechnen und könnten durch sie jüdische Mitbürger in Siegen gefährdet sein?
6. Wie gewährleistet die Stadt Siegen die Sicherheit der jüdischen Mitbürger in Siegen?

Mit freundlichen Grüßen



AfD Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende

Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender

B. Dylong

Roland d. Steffe

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	AFD- Fraktion
Eingang	13.10.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/3-3

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Sachstandsinformation zum Aufenthalt von Palästinensern in Siegen - Anfrage der AfD-Fraktion

Zu obiger Anfrage gebe ich folgende Stellungnahme ab:

1. Eine Auswertung, wie viele palästinische Volkszugehörige in Siegen leben kann über die Fachverfahren nicht durchgeführt werden. Hintergrund ist, dass diese Personen unter dem Staatenschlüssel „ungeklärt“ geführt werden. Dieser wird auch für andere verwandt, deren Staatsangehörigkeit eben nicht feststeht. Insbesondere kann keine Auswertung oder Einschätzung zu Personen gegeben werden, die inzwischen eingebürgert wurden.
2. Folglich kann auch der jeweilige Aufenthaltsstatus nicht ausgewertet werden.
3. – 5. Der ABH liegen hierzu keine Informationen vor.
6. Hier obliegt die Zuständigkeit der Kreispolizeibehörde.

AfD-Fraktion • Schanzenweg 35 • 57076 Siegen

Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
13. Okt. 2023	
GB	PP
Abt.	INSTRUMENT

Siegen, 12. Oktober 2023

Anfrage gemäß § 8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 18.10.2023

Betreff: Sachstandsinformation zum Aufenthalt von Palästinensern in Siegen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

ergänzend zu unserer Anfrage vom 29.09.2023 bitten wir noch, aufgrund der aktuellen politischen Lage in Israel, weiter um folgende Angaben:

1. Wie viele Palästinenser oder Personen mit einem palästinensischen Migrationshintergrund halten sich derzeit in Siegen auf?
2. Davon sind wie viele Personen aufenthaltsberichtigt und wie viele Personen nachvollziehbar ausreisepflichtig, aber geduldet
3. Ist Ihnen bekannt, dass auch in Siegen die Gruppe Samidoun Mitglieder hat, bzw. aktiv ist.
4. Liegen Ihnen Erkenntnisse darüber vor, dass sich auch in Siegen islamistisch-palästinensische Unterstützerorganisationen politisch betätigen und Unterstützer rekrutieren?
5. Sind diese Personen gewaltbereit, ggf. den sog. Gefährdern zuzurechnen und könnten durch sie jüdische Mitbürger in Siegen gefährdet sein?
6. Wie gewährleistet die Stadt Siegen die Sicherheit der jüdischen Mitbürger in Siegen?

Mit freundlichen Grüßen



AfD Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen

Barbara Dylong
Fraktionsvorsitzende

Roland Steffe
stellv. Fraktionsvorsitzender

B. Dylong

Roland d. Steffe

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	20.09.2023
Federführend	GB 1, Abt. 1/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

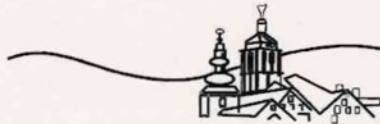
☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Stellenangebote Duales Studium für Bauingenieure
- Antrag der Fraktion B'90/Grüne



Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Bürgermeister
der Stadt Siegen
Herrn S. Mues

Rathaus Siegen
Markt 2
57072 Siegen



Bündnis 90/Die Grünen
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2
57072 Siegen

404-1432
gruene@siegen.de

20.09.2023

Antrag nach § 9 der Geschäftsordnung für den Rat am 18.10.2023

Stellenangebote Duales Studium für Bauingenieure (z.B. orientiert am Beispiel der Stadt Köln oder der Stadt Wetzlar)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mues,

wir bitten Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, Plätze im Rahmen des Dualen Studiums für Bauingenieure anzubieten.

Begründung:

Die Stadt Siegen bemüht sich seit den Haushaltsentscheidungen 2022 verstärkt, die neu beschlossenen Stellen für Bauingenieur*innen zu besetzen. Laut Auskunft der Verwaltung (letztmalig in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 12.9.2023) konnten bislang lediglich ausscheidende Mitarbeiter*innen ersetzt werden. Die neu beschlossenen Stellen sind bisher nicht besetzt.

Aufgrund der sehr angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt ist es daher sinnvoll, in die Beschäftigung von Studierenden im Rahmen eines Dualen Studiengangs für Bauingenieure einzusteigen und solche Stellen auch dauerhaft vorzusehen.

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Siegen

Michael Groß

Michael Groß
Fraktionsvorsitzender

NAJA

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	28.09.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

**Portal zur Partnerstadt
- Antrag der Volt-Fraktion**

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Markt 2

57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
28. Sep. 2023	
GB	
Abt. 2/4	

Siegen, 27.09.2023

Antrag gemäß §9 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Rates am 18.10.2023

Betreff: „Portal zur Partnerstadt“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Fraktion Volt bittet darum, folgenden Antrag in der o. g. Sitzung des Rates zur Abstimmung zu stellen:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt „Portal zur Partnerstadt“ nach dem Vorbild der Städte Vilnius und Lublin¹ im Rahmen der 800-Jahrfeier umzusetzen.

Die Kosten für das Projekt belaufen sich auf ca. 100.000€, eine Finanzierung durch Sponsoring oder durch Fördergelder wird angeregt.

Eine Nutzung über die 800-Jahrfeier hinaus wird angeregt.

Begründung:

Anlässlich der 800-Jahrfeier der Stadt Siegen wäre es eine enorme Bereicherung, für alle Mitglieder der Stadtgemeinschaft nutzbare Brücken in unsere Partnerstädte zu schlagen. Das Projekt "Portal zur Partnerstadt", inspiriert durch das beeindruckende Beispiel der Städte Vilnius und Lublin, verkörpert genau diese Idee des Zusammenkommens und des kulturellen Austauschs.

Das Portal, welches zwei Städte mittels Video-Konferenztechnologie verbindet, ermöglicht es Bürgerinnen und Bürger beider Städte, auf unkomplizierte Weise miteinander in Kontakt zu treten und so einen direkten Einblick in das Leben der jeweils anderen Stadt zu gewinnen. Es fördert das gegenseitige Verständnis, baut Vorurteile ab und stärkt das Gefühl einer gemeinsamen, vernetzten Gemeinschaft.

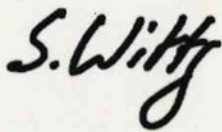
Für Siegen bietet dieses Portal die Chance, im Rahmen der 800-Jahrfeier eine moderne und innovative Facette in die Feierlichkeiten einzubringen. Es ist nicht nur eine Hommage an unsere Vergangenheit, sondern auch ein Blick in die Zukunft und auf die Möglichkeiten, die moderne Technologie für die Völkerverständigung bietet.

¹ https://en.wikipedia.org/wiki/Vilnius%E2%80%93Lublin_Portal

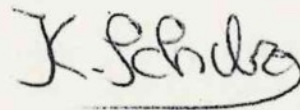
Dabei soll dieses Portal nicht als statisch verstanden werden, sondern als dynamisches "Pop-Up-Projekt". Im Jahr 2024 soll es zwischen unseren Partnerstädten wandern und so einen ständig wechselnden kulturellen Austausch ermöglichen. Das bietet die Chance, den direkten Austausch mit verschiedenen Kulturen und Gemeinschaften immer wieder neu zu erleben.

Die Umsetzung des "Portals zur Partnerstadt" im Rahmen unserer 800-Jahrfeier ist somit nicht nur ein Zeichen für den Fortschritt und die Modernität unserer Stadt, sondern auch für die Wertschätzung, die wir unseren Partnerstädten entgegenbringen und das gemeinsame Streben nach Verständigung und Gemeinschaft.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "S. Wittenburg" in a cursive style.

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender Volt

A handwritten signature in black ink, reading "K. Schulz" in a cursive style.

Kenny Schulz
stellv. Fraktionsvorsitzender Volt

A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	mehrere Fraktionen
Eingang	29.09.2023
Federführend	GB 2, Abt. 2/3

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Digitales Bürgerbüro

- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, FDP, GfS, Linke und Volt



CDU FRAKTION SIEGEN

Freie Demokraten
FDP



DIE LINKE.

Fraktion im Rat
der Stadt Siegen



GEMEINSAM
FÜR
SIEGEN

EINGANG BÜRGERMEISTER	
29. Sep. 2023	
GB 2	PR
Abt. 013	DATE

111
Datum:

29.09.2023

An die Universitätsstadt Siegen
Herrn Bürgermeister
Steffen Mues
Rathaus Siegen
Markt 2

57072 Siegen

**Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
zur nächsten Sitzung des Rates am 18.10.2023**

Digitales Bürgerbüro

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die diesen Antrag unterstützenden Fraktionen verfolgen das Ziel, den Bereich „Bürgerservice“ in unserer Stadt weiter zu verbessern.

Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung erachten wir es als geboten, den Bürgerinnen und Bürgern die Serviceleistungen der Stadtverwaltung digital, auch außerhalb der Öffnungszeiten und unserem Zeitalter entsprechend zur Verfügung zu stellen. Daher bitten wir folgenden Antrag auf die Tagesordnung der oben genannten Sitzung zu setzen:

Beschlussvorschlag:

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, bis Mitte des Jahres 2024 eine Planung für ein digitales Bürgerbüro zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. In der Planung sind die grundsätzlichen und zeitlichen Umsetzungsmöglichkeiten darzustellen. Von den Bürgerinnen und Bürgern sollen möglichst alle Angebote, welche derzeit in den vier Bürgerbüro-Standorten zur Verfügung stehen, online und medienbruchfrei von einem selbst gewählten Standort abzuwickeln sein.
- b) Darüber hinaus wird eine Dokumenten-Ausgabebox eingerichtet, in der ebenfalls möglichst alle Dokumente unabhängig von Behördenöffnungszeiten abgeholt werden können. Die Möglichkeiten des §25 EGovG NRW sind zu prüfen.
- c) Die Digitalisierung einzelner Dienstleistungen soll mit einer Prozessoptimierung innerhalb der Verwaltung verbunden werden.
Wir möchten herausstellen, dass das Ziel der Digitalisierung den gesamten Prozess eines Geschäftsvorfalles vom Erstkontakt mit Bürgerinnen und Bürgern über die Arbeitsschritte in der Verwaltung bis zum Abschluss eines Vorganges meint.
- d) In dem Digitalen Bürgerservice wird berücksichtigt, dass Dokumente als beschreibbare PDF-Formate zur Verfügung stehen.



CDU FRAKTION
SIEGEN

Freie
Demokraten
FDP



DIE LINKE.

Fraktion im Rat
der Stadt Siegen

GEMEINSAM
FÜR
SIEGEN



Mit freundlichen Grüßen

Marc Klein
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

Detlef Rujanski
Vorsitzender der
SPD-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

Samuel Wittenburg
Vorsitzender der
Volt-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

Markus Nüchtern
Vorsitzender der
FDP-Fraktion
im Rat der Universitätsstadt Siegen

Christian Sonderrmann
Vorsitzender der
Fraktion Gemeinsam für Siegen
im Rat der Universitätsstadt Siegen

Henning Klein
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Rat der Universitätsstadt Siegen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Personal
Bearbeitet von: Michaela Welticke

Siegen, 23.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **18.10.2023**

Kurzbezeichnung:

Wiederbesetzung Stellen nach Renteneintritt

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der Sitzung des Rates vom 03.06.2020 wurde beschlossen, dass für alle absehbar auscheidenden Mitarbeitende (Renteneintritt) 12 Monate vor diesem Renteneintritt das Wiederbesetzungsverfahren für die jeweiligen Stellen eingeleitet wird. Zusätzlich soll spätestens 4 Wochen vor dem Renteneintritt die Wiederbesetzung abgeschlossen sein, damit eine Einarbeitung erfolgen kann.

Im Jahr 2022 sind insgesamt 21 Beschäftigte altersbedingt ausgeschieden. In 7 Fällen wurde das Stellenbesetzungsverfahren ca. 12 Monate vorher begonnen und mindestens einen Monat vorher abgeschlossen. Bei weiteren 4 Fällen erfolgte die Ausschreibung ca. 4 bis 6 Monate vorher, aber auch in diesen Fällen ist die Wiederbesetzung rechtzeitig erfolgt.

In 6 Fällen wurden die Stellen ohne Ausschreibung durch interne Umsetzungen (oftmals innerhalb derselben Arbeitsgruppe/Abteilung) nachbesetzt. In diesen Fällen war eine entsprechende Einarbeitung gewährleistet.

Eine Stelle wurde aufgrund von externer Aufgabenverlagerung nicht wiederbesetzt. Die Stellenbesetzungsverfahren der 3 übrigen Stellen wurden nicht rechtzeitig begonnen und waren erst nach Ausscheiden des/der vorherige/n Stelleninhabers/in abgeschlossen. In einem Fall (Küchenhilfe Schulmensa) musste zunächst geklärt werden, in welchem Umfang

die Nachbesetzung erfolgen kann. In einem weiteren Fall kam es durch die späte Zusendung des Ausschreibungstextes durch die Fachabteilung zu Verzögerungen.

Den Ausführungen ist zu entnehmen, dass ein Großteil der Stellenbesetzungsverfahren von freierwerden Stellen aufgrund des Eintritts in den Ruhestand frühzeitig begonnen und auch abgeschlossen wird.

Wie bereits in der Vorlage 2022 erläutert, ist ein Beginn des Wiederbesetzungsverfahrens von freierwerdenden Stellen 12 Monate vor Renteneintritt nicht bei jeder Stelle sinnvoll und auch notwendig. Die zuständigen Personalsachbearbeiter/innen prüfen zusammen mit der Fachabteilung, zu welchem Zeitpunkt die Ausschreibung sinnvoll ist.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	--	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro Bürgermeister und Abteilung 1/1 Personal und Organisation
Bearbeitet von Herrn Werthenbach, Herrn Helmes, Herrn Hof

Siegen, 25.09.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Kurzbezeichnung:

Interkommunale Zusammenarbeit

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Beschluss vom 22.03.2023 hat der Rat die Verwaltung aufgefordert, Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit zu prüfen und Stellung zu verschiedenen Fragen aus diesem Kontext zu nehmen. Dies geschieht mit dieser Vorlage.

Grundsätzliches:

Städte und Gemeinden praktizieren seit Jahrzehnten in verschiedenen Aufgabenbereichen kommunale Zusammenarbeit, sei es über die Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete, in Zweckverbänden oder in der gemeinsamen Organisation des Brandschutzes. Auch die Universitätsstadt Siegen verfügt über verschiedene Formen der interkommunalen Zusammenarbeit, was weiter unten näher beschrieben wird.

Treiber dieser Formen der Zusammenarbeit waren nicht nur, aber vor allem monetäre Überlegungen. Die Zusammenarbeit sollte eine effizientere Leistungserbringung ermöglichen und Synergien, vor allem im sogenannten "Overhead", also den allgemeinen Verwaltungskosten, wie z.B. für die Personalsachbearbeitung, bringen. Durchaus mitgedacht wurden aber auch Vorteile zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger, wie beispielsweise Gebührenstabilität bei der Abfallentsorgung.

In der Praxis kommt interkommunale Zusammenarbeit aber schnell an ihre Grenzen. In der Theorie als wesentliches Instrument von Haushaltskonsolidierungsrunden gefordert, brachte die Praxis schnell Ernüchterung, auch in Siegen. Wegen eines dreistelligen Betrages im Jahr

die eigene Volkshochschule und damit viel Einfluss auf Programmgestaltung und pädagogische Ausrichtung aufgeben? Die Antwort war eindeutig.

Aus Sicht der Verwaltung ist interkommunale Zusammenarbeit nötiger denn je, nur sollte sie unter anderen Gesichtspunkten als dem reinen monetären Effekt betrachtet und vollzogen werden. Die Herausforderungen, vor denen Kommunen in Deutschland stehen, können nur bewältigt werden, wenn die Erledigung kommunaler Aufgaben bewusst auf höheren Ebenen erfolgt, auch bei Verlust an direkter Einflussnahme.

Im Folgenden soll dies dargestellt und begründet werden. Außerdem werden verschiedene Modelle interkommunaler Zusammenarbeit bewertet, dabei jedoch auf dem besonderen geopolitischen Hintergrund der Universitätsstadt Siegen. Weiter werden die Fragen aus dem o.g. Antrag beantwortet. Zur interkommunalen Zusammenarbeit und den Herausforderungen, die sich auch mit den Erfahrungen der Stadt Siegen decken, wird überdies auf den Bericht der gpaNRW verwiesen. Dieser wird aktuell mit der Vorlage [VL 1479/2023](#) beraten.

Formen der interkommunalen Zusammenarbeit:

1. (Rück-)Übertragung von Aufgaben auf den Kreis

Prioritär kommen hier die Aufgaben in Betracht, die vom Land NRW der Stadt Siegen als Große kreisangehörige Stadt als Pflichtaufgabe übertragen wurden, während für die übrigen Kommunen des Kreises der Kreis Siegen-Wittgenstein die gleiche Aufgabe wahrnimmt. Dies sind die bekannten Optionen, wie die

- Zusammenlegung der VHS,

aber auch Projekte, die neu in der Überlegung sind:

- Ausländerbehörde (hier laufen Vorüberlegungen)
- Vermessung (aufgrund von Einflussverlust verworfen).

Der einfachste Weg ist dabei die (Rück)Übertragung der städtischen Aufgabe auf den Kreis durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung. Problem dabei ist jedoch stets die bisherige Finanzierung durch die Stadt Siegen der eigenen Kosten als auch über die Kreisumlage der Kosten für die übrigen Kommunen und die damit verbundene Erwartung aller außer der Stadt Siegen, dass dies bei Vereinbarung des finanziellen Ausgleichs für die Aufgabenübernahme so bleibt. Interkommunale Zusammenarbeit braucht Offenheit bei allen Beteiligten.

Die Option der Übertragung auf den Kreis als geeignete originäre Verwaltung für die gemeindeübergreifende Wahrnehmung von Aufgaben kommt natürlich auch in Betracht, wenn bisher alle Kommunen die Aufgabe selbst wahrgenommen haben. Hierzu bedarf es jedoch der Einigung aller beteiligten Kommunen. Die Finanzierung würde über die Kreisumlage erfolgen. In Frage kommen Aufgaben, die eher weniger örtliche Nähe erfordern. Hierbei gilt es zu bedenken, dass dies mit der fortschreitenden Digitalisierung auf eine Vielzahl von derzeit noch kommunalen Aufgaben zutrifft. Hier ist ein großes Potential zu sehen (z.B. soziale Leistungen oder die Bürgerdienste). Als positives Beispiel ist die Prüfung der delegierten Sozialhilfe durch den Kreis zu nennen.

2. Kommunen untereinander

Es ist der Klassiker der interkommunalen Zusammenarbeit: Zwei oder mehr Kommunen vereinbaren, dass eine Kommune die Aufgabenwahrnehmung mit finanziellem Ausgleich übernimmt (Beispiel: Zusammenarbeit von Wilnsdorf und Freudenberg) oder dass die Aufgaben gemeinsam in einer zu gründenden Einrichtung wahrgenommen werden.

Leider ist dies für die Stadt Siegen nicht möglich, da alle Umlandkommunen deutlich kleiner sind. Die gewonnenen Synergien durch Einsparungen im allgemeinen Verwaltungsanteil sind damit deutlich zu gering, denn Fallzahl bleibt nun einmal Fallzahl. Eine Vereinbarung zwischen Stadt Siegen über eine Aufgabenübertragung mit einer oder mehreren umliegenden Kommunen wird aufgrund der Größe bzw. Leistungsfähigkeiten der Stadtverwaltung Siegen wohl nur eine Chance haben, wenn die Stadt Siegen die Aufgabe übernimmt. Das Interesse daran bzw. die Vorteile sind eher auf der Seite der kleineren Vertragspartner zu finden. Rechtfertigen die relativ geringen finanziellen Vorteile dann die zusätzliche Belastung der Personalbedarfsdeckung? Aus Sicht der Verwaltung nicht. Dennoch gibt es mit dem Förder-schulverbund ein gutes Beispiel für die interkommunale Zusammenarbeit zwischen zwei Kommunen, hier Siegen und Freudenberg.

Anders sieht dies bei einer Vereinbarung über eine Aufgabenübertragung zwischen Stadt Siegen und Kreis als zwei in etwa gleich große Verwaltungen mit vergleichbaren Strukturen aus. Dies kommt jedoch nur bei der Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben in Betracht, so z.B. geschehen mit der gemeinsamen Hausdruckerei.

3. Gründung einer gemeinsamen Einrichtung

Die Gründung einer gemeinsamen Einrichtung, wie z.B. eine GmbH für den Bäderbetrieb oder die Abfallentsorgung, ist im Vergleich zu allen anderen Optionen eine komplexe Form der Zusammenarbeit und sollte aufgrund der damit verbundenen Risiken eher nachrangig betrachtet werden. Hier wird aktuell auf die Verwaltungsvorlage [VL 1343/2023](#) verwiesen.

4. Die Zukunft der interkommunalen Zusammenarbeit

Auch wenn es sich hierbei (noch) nicht um eine anerkannte Kategorie interkommunaler Zusammenarbeit handelt, soll sie Einzug in diese Vorlage finden. Denn aus Sicht der Verwaltung ist hier das größte Potential verborgen. Konkret geht es um die konsequente Rückverlagerung von Aufgaben auf das Land und den Bund.

Ein großer Teil der von Kommunalverwaltungen zu erbringenden Leistungen sind Auftragsangelegenheiten und Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung, die vom Bund und dem Land Nordrhein-Westfalen vor allem mit Ziel der örtlichen Nähe zu den Einwohnerinnen und Einwohnern den Kreisen oder den Städten bzw. den Gemeinden übertragen wurden. Die öffentliche Verwaltung aller föderalen Ebenen Deutschlands befindet sich im Zuge der Digitalisierung in einem tiefgreifenden Umwandlungsprozess. Ein Ziel ist unter anderem, durch Online-Zugänge die Geschäftsprozesse sowohl für die Leistungsempfänger als auch für die Verwaltung zu vereinfachen. Folge wird sein, dass der ehemals in den Vordergrund gestellte Aspekt der örtlichen Nähe an Bedeutung verliert. *Ich kann den Service von jedem Ort aus in Anspruch nehmen, der Weg in das "Heimat-Rathaus" fällt weg.*

Hinzu kommt die im bisherigen Verlauf der Digitalisierung gewonnene Erkenntnis, dass nicht jede Kommune zur Wahrnehmung der Pflichtaufgaben die Prozesse und IT-Verfahren selbst gestaltet und die hierzu notwendigen Ressourcen beschafft, sondern durch zunehmende Standardisierung und vielleicht auch Rückdelegation auf übergeordnete Verwaltungsebenen (Kreis, Land, Bund) entlastet werden sollte. Die Kommunalverwaltungen können so ihre Ressourcen verstärkt für ihre originären Selbstverwaltungsaufgaben einsetzen (vgl. "Dresdner Forderungen" des Deutschen Städtetages von 2021).

5. Zusammenstellung Umfrage Interkommunale Zusammenarbeit

Umfrage Abteilung 1/1 per E-Mail am 14.04.2023 an Leitungsebene der Bereiche gemäß Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Siegen am 22.03.2023:

1. Welche Aufgaben werden aktuell und aus welchen Gründen in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht?
2. Welche aktuell eigenständig wahrgenommenen Aufgaben bieten aus Sicht der Verwaltung das Potenzial für eine zukünftig verstärkte Interkommunale Zusammenarbeit?
3. Welche eigenständig wahrgenommenen Aufgaben kommen aus Sicht der Verwaltung nicht für eine Interkommunale Zusammenarbeit infrage? Welche Gründe liegen nach Einschätzung der Verwaltung zugrunde?

Antworten der Bereiche:

Bereich	1. Welche Aufgaben werden aktuell und aus welchen Gründen in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht?
Gleichstellungsstelle	Alleinerziehenden-Netzwerk: Kooperation mit Gleichstellungsstelle Kreis-Siegen-Wittgenstein, Kostenteilung
Büro BM	Im Wesentlichen steht die Bearbeitung kommunalrechtlicher Aspekte im Raum, die individuell beantwortet und eingeordnet werden müssen. Im Bereich des Ehrenamtsservice besteht eine Zusammenarbeit mit dem Kreis und den anderen kreisangehörigen Kommunen.
Personalrat	1. bis 3. Der Personalrat meldet Fehlanzeige, bis auf das große Thema Ausbildung.
Abteilung 1/1 Personalentwicklung	Personal- und Organisationsentwicklung-Themen haben auch immer wieder Teilfacetten, die durchaus kompetitiven Charakter aufweisen. Wir versuchen uns nicht zuletzt durch Instrumente der P&O-Entwicklung Wettbewerbsvorteile in Sachen Arbeitgeberattraktivität zu verschaffen.
Arbeitsgruppe 1/1-1 Organisation und IT	Im Bereich der Informationstechnik gibt es aufgrund der hohen Gesamtkomplexität, der erforderlichen technischen Spezialkenntnisse, der hohen erforderlichen Investitionen und der starken Synergieeffekte bei der Bündelung von Aufgaben seit vielen Jahren eine intensive interkommunale Zusammenarbeit. Die Organisation der Zusammenarbeit und die Übernahme gemeinsamer Aufgaben erfolgt durch einen von den Mitgliedern gegründeten und ausgestatteten Zweckverband. Bis 2008 erfolgte dies auf Ebene der damaligen KDZ Westfalen-Süd für Verbandsmitglieder aus den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe. Seit 2008 bilden über 70 Verbandsmitglieder den Zweckverband Südwestfalen-IT (SIT), welcher sich mit allen Aspekten der kommunalen IT beschäftigt. So wird als eine wesentliche Aufgabe die Bereitstellung ausreichender Server- und Netzkapazitäten mit einer hohen Verfügbarkeit, die Sicherstellung eines angemessenen Schutzes der Systeme und der dort gespeicherten Daten vor Missbrauch, Manipulation und Zerstörung in einem gemeinsamen Rechenzentrum der SIT erbracht. Der SIT obliegt außerdem die umfassende Unterstützung der Verbandsmitglieder in allen Belangen der IT im

Bereich	1. Welche Aufgaben werden aktuell und aus welchen Gründen in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht?
	<p>Rahmen eines Qualifizierungs-, Software- Beschaffungs- und Produktionsverbundes. Über die SIT bestehen außerdem Möglichkeiten, Angebote überregionaler Institutionen wie beispielsweise dem Dachverband kommunaler IT-Dienstleister (KDN) und der ProVitako (Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG) rechtssicher in Anspruch nehmen zu können.</p> <p>Darüber hinaus wird geprüft, ob IT-Aufgaben in Kooperationsprojekten mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein mit einer vergleichbaren Größe und Struktur wahrgenommen werden können. Derzeit werden in einem gemeinsamen Projekt die Druck- und Scansysteme für die nächsten Jahre beschafft.</p>
Arbeitsgruppe 1/1-2 Personal	Derzeit werden keine Aufgaben im Personalmanagement gemeinsam mit anderen Kommunen erbracht. Einzelfragen werden allerdings mit anderen Kommunen erörtert oder auch mit dem Kreis wegen ähnlicher Größenordnung, vergleichbarer Fragestellungen etc.
Rechnungsprüfungsamt	<p>Prüfung der delegierten Sozialhilfaufgaben und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz durch den Kreis (erstmalig 2021) gemäß öffentlich-rechtlicher Vereinbarung.</p> <p>Der Kreis als örtlicher Träger der Sozialhilfe verfügt über sehr gut geschultes Personal im Prüfgebiet, während sich bei der Stadt Siegen nach mehreren Personalwechseln die Gewinnung von geschultem Personal in diesem Bereich als äußerst schwierig bis unmöglich erwies. Der Bereich der Sozialhilfe erfordert rechtliche Spezialkenntnisse und basiert in weiten Teilen auf Bearbeitungsvorgaben des örtlichen Sozialhilfeträgers (Kreis Siegen-Wittgenstein).</p>
Entsorgungsbetrieb	Entsprechend der geographischen Gegebenheiten wird gemeinsam mit den Städten/ Gemeinden Freudenberg, Kreuztal, Netphen und Kirchen Abwasser aus einzelnen Ortsteilen in einem gemeinsamen von der Stadt Siegen auf dem Gebiet der Verbandsgemeinde Kirchen betriebenen Klärwerk gesammelt und gereinigt. Für den Abwasserverband Hellertal übernimmt ESi zeitweise die Ingenieurrufbereitschaft. Der Klärschlamm der Stadt Kreuztal wird auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bei ESi getrocknet und verwertet. Maßgeblich sind in diesen Fällen die günstigen Kosten.
Stabsstelle Klimaschutz	<p><i>Allgemein:</i></p> <p>Im Bereich Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und dem Mobilitätsmanagement gibt es gewollte Überschneidungen in den Strukturen, insbesondere zur Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Klimaschutz und Mobilität des Kreises Siegen-Wittgenstein. Jedoch ist der Kreis weitgehend übergeordnet und konzeptionell tätig und die Umsetzung auf das Stadtgebiet bezogen erfolgt dann über die Stabsstelle Klimaschutz der Stadt Siegen, falls die personellen Kapazitäten vorhanden sind und die Umsetzung zielführend.</p> <p>Neben einem gemeinsamen Arbeitskreis aller Kommunen und Kreis zum Thema Klimaschutz und Klimafolgenanpassung gibt es einen Arbeitskreis zur Mobilität. Hier erfolgen vor allem Abstimmungen und Abgrenzung. Gemeinsame Aktionen und Formate sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtradeln, Europäische Mobilitätswoche ▪ Bürgerinnen- und Bürgerberatung über den kreisweiten Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V. (aktuell personell allein durch die Stadt Siegen) ▪ RegionalForum für Unternehmen ▪ Bewerbung von Förderprogrammen wie Dach- und Fassadenbegrünung (Richtlinie zur Klimawandelvorsorge) ▪ Energie- und CO₂-Bilanz (Datenzulieferung der jeweiligen Kommune) ▪ projektbezogene Projektunterstützung seitens der Stadt in Richtung des Kreises (WaldAktiv, Evolving Regions, KlimaSicher, ÖkoProfit, Global nachhaltige Kom-

Bereich	1. Welche Aufgaben werden aktuell und aus welchen Gründen in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht?
	mune etc.), Hausmeisterschulung
Zentrale Vergabestelle	<p>Es gibt gelegentlich Vergabeverfahren, die in Zusammenarbeit mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein ausgeschrieben werden, z.B. die Bereitstellung von Kopiergeräten für die Stadtverwaltung Siegen.</p> <p>Auch andere Kooperationen, z.B. in der Einkaufsgemeinschaft Kommunalen Verwaltungen im Deutschen Städtetag, haben bereits stattgefunden. Am 30.11.2016 hat der Rat der Stadt Siegen den Austritt aus der Einkaufsgemeinschaft beschlossen. Gründe hierfür waren u.a., dass die Beschaffungen über die EKV eG aus Sicht der Fachdienststellen einen höheren zeitlichen Abstimmungsaufwand verursachten und sich nur geringfügige Einsparpotentiale ergeben.</p>
Abteilung 2/1 Recht und Versicherungen	Bisher gibt es bei den Aufgaben von 2/1 keine interkommunale Zusammenarbeit.
Abteilung 2/2 Ordnung und Stadtreinigung	Aktuell existiert ein Prüfauftrag zur IKZ im Abfallbereich, jedoch ohne die Abfallfraktionen Haus-, Bio- und Papier sowie Sperrmüll. Vgl. Beschluss zur VL 1343/2023.
Abteilung 2/3 Bürgerdienste	Aktuell beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema "Zusammenlegung der Ausländerbehörde der Stadt und des Kreises Siegen"; das Ergebnis bleibt noch abzuwarten.
Arbeitsgruppe 2/4-1 Kulturförderung und -veranstaltungen	<p>Die Stadt Siegen ist Mitglied im Kulturring des Kreises Siegen-Wittgenstein. In diesem Kreis werden Termine koordiniert. Außerdem werden gemeinsame Marketing-Aktivitäten geplant und durchgeführt (z.B. Homepage www.buehnen-suedwestfalen.de).</p> <p>Die Stadt Siegen gewährt dem Kreis Siegen-Wittgenstein, Kulturbüro, einen Zuschuss für das Festival KulturPur sowie für das Literaturfestival „vielSeitig“.</p> <p>Unterstützung gewährt 2/4-1 durch die Ausleihe von Material (z. B. Bühnentische und Bestuhlung.)</p> <p>Bei der Umsetzung des Programms „Kultur und Schule“ kooperiert 2/4-1 mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein, Kulturbüro.</p>
Arbeitsgruppe 2/4-2 Institut Museen	1. bis 3. Nach interner Prüfung besteht derzeit keine interkommunale Zusammenarbeit für den Museumsbereich. Wir sehen jedoch Potenziale in der überkommunalen touristischen Bewerbung mit anderen uns verbundenen Museen und Institutionen (zu den Themengebieten: Bergbau, Nassau-Oranien, Rubens etc.).
Arbeitsgruppe 2/4-3 Institut Musikschule	Von der Musikschule keine Erteilung von Unterricht in den Umlandkommunen, Ausnahme ist die Durchführung des Wettbewerbes Jugend musiziert, die finanziell auch vom Kreis Siegen-Wittgenstein unterstützt wird in den Jahren, in denen Siegen für die Durchführung zuständig ist. Es gibt einen jeweils alle drei Jahre wechselnden Turnus zwischen dem Hochsauerlandkreis, den Musikschulen des Kreises Olpe und Siegen für die Durchführung und Finanzierung. Diese Regelung erfolgt so aufgrund einer getroffenen Vereinbarung.
Arbeitsgruppe 2/4-4 Institut Stadtarchiv	<p>Das Stadtarchiv ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Stadtarchive im Städtetag Nordrhein-Westfalen sowie dem Arbeitskreis Archive in Siegen-Wittgenstein, die der Kontaktpflege, dem Austausch und bei Bedarf der gemeinschaftlichen Bearbeitung von Fachfragen dienen.</p> <p>Im Bereich der digitalen Langzeitarchivierung beteiligt sich das Stadtarchiv am Arbeitskreis Langzeitarchivierung der Kommunalarchive in Südwestfalen. Zudem wird der Test der Schnittstelle zur Aussonderung aus dem Ratsinformationssystem SD.Net durchgeführt. Denn gerade die Archivierung von Daten aus Fachverfahren ist relativ komplex und ist am besten übergreifend durch die Archivcommunity zu</p>

Bereich	1. Welche Aufgaben werden aktuell und aus welchen Gründen in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht?
	<p>bewältigen. Zudem werden Kosten für die Erstellung/ Programmierung von Aussonderungsschnittstellen reduziert.</p> <p>Ebenso partizipiert das Stadtarchiv am DiPS.kommunal-Nutzerkreis zur Abstimmung in Sachen digitaler Langzeitarchivierung allgemein sowie dem Austausch von Knowhow.</p> <p>Zwecks Archivnutzung wird an Onlineportalen partizipiert (Archive in Nordrhein-Westfalen, Zeitungsportal NRW, Archivportal-D), um Findmittel und Digitalisate fachgerecht online zur Recherche und Nutzung bereitzustellen. Hier fallen keine Kosten an und Benutzerinnen und Benutzer können archivübergreifend recherchieren.</p>
Arbeitsgruppe 2/4-6 Institut Volkshochschule	<p>1. bis 3. Die VHS Siegen und die VHS Siegen-Wittgenstein bieten regelmäßig Veranstaltungen in Kooperation an, um so die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass die Veranstaltung auch stattfindet. Darüber hinaus sehe ich kein Potential zur interkommunalen Zusammenarbeit, zumal Weiterbildung eine gesetzliche Pflichtaufgabe ist.</p> <p>Langjährige Verhandlungen zur Fusionierung der beiden VHS in der Vergangenheit haben nur ergeben, dass eine Fusion keinen Sinn macht, da es weder zu einer Verbesserung des Angebots noch Einsparungen käme. An dieser Einschätzung hat sich aus meiner Sicht nichts geändert.</p>
Abteilung 2/5 Sport und Bäder	<p>Eine echte Kooperation mit anderen Gemeinden gibt es hier mit der Stadt Kreuztal bei der Ausbildung eines FAB. Da Kreuztal kein Hallenbad hat, wird ein Teil der Ausbildung hier vor Ort gemacht. Für uns hat das den Vorteil, dass wir in gewissem Umfang eine personelle Verstärkung haben.</p> <p>Zu erwähnen ist natürlich auch die Nutzung unserer Hallenbäder durch Schulen aus dem Umland. Das ist dem Sinne keine Kooperation, sondern eine kostenpflichtige Nutzung. -</p>
Abteilung 3/1 Kämmerei	Fehlanzeige.
Abteilung 3/2 Stadtkasse, Steuern	Fehlanzeige.
Feuerschutz und Rettungsdienst	<p>1. bis 3. Die Fragen bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit lassen sich im Bereich Feuerschutz und Rettungsdienst nicht einzeln beantworten. Alle Aufgaben des FSRD sind gesetzliche Aufgaben, die im BHKG und RettG NRW beschrieben werden. Die Standardaufgaben im Brandschutz und der technischen Hilfeleistung werden auf kommunaler Ebene, den örtlichen Gegebenheiten entsprechend, abgebildet. Dies ist auch gut und wichtig so, da die individuellen Gefährdungsunterschiede zwischen einzelnen Kommunen recht deutlich sind (§ 3 BHKG). Alle Aufgaben über den „täglichen“ Bedarf hinaus, also besondere Fähigkeiten (z.B. im Bereich ABC) oder bei großflächigen Lagen, werden die Einsätze in der „nachbarschaftlichen Hilfeleistung“ unter den Kommunen bewältigt. Dies ist im gesetzlichen Rahmen so vorgesehen und wird zum Teil unter Kreis- oder Landesverantwortung so auch organisiert. Diese kommunale Zusammenarbeit schließt insbesondere auch die Ausbildung von Einsatzkräften und die Führungskräfteausbildung insgesamt ein.</p>
Statistik und empirische Forschung	Gemeinsame Bürgerbefragung "Lebensqualität in deutschen Städten" alle 5 bis 6 Jahre mit den im "Verband der deutschen Städtestatistik" angegliederten Kommunen.
Abteilung 4/1 Straße und Verkehr	Übernahme der Planung kommunenübergreifender Radwege wie bspw. Radweg von Langenholdinghausen nach Oberholzklau

Bereich	1. Welche Aufgaben werden aktuell und aus welchen Gründen in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht?
<p>Abteilung 4/2 Vermessung und Geoinformation</p>	<p>Bei 4/2 werden keine Aufgaben in Kooperation erbracht.</p> <p>Bei der Abteilung Vermessung und Geoinformation handelt es sich um eine sog. Kommunale Vermessungsstelle nach § 2 Vermessungs- und Katastergesetz die u.a. Liegenschaftsvermessungen <u>nur für eigene, städtische Angelegenheiten ausführen darf</u>. Durch diese gesetzliche Vorgabe ist eine Kooperation bzw. eine Aufgabenerledigung bei der Ausführung von Vermessungsleistungen für Dritte (auch andere Kommunen) außerhalb städtischer Einrichtungen ausgeschlossen.</p> <p>Gleiches gilt für den Gutachterausschuss der per Gesetz eine unabhängige Einrichtung des Landes NRW ist. Es bestehen aufgrund des definierten Zuständigkeitsbereichs für das Gebiet der Stadt Siegen, <u>keine Kooperationen mit anderen Kommunen</u>. Derzeit erfolgen für einige Teilaufgaben des Gutachterausschusses fachliche Abstimmungen mit dem Gutachterausschuss im Kreis Siegen-Wittgenstein.</p> <p>Auf Landesebene erfolgt langjährig ein reger fachlicher Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden der Gutachterausschüsse (AGVGA-NRW).</p> <p>Der städtischen Kommunalen Bewertungsstelle obliegt die Wertermittlung <u>ausschließlich eigener Immobilien</u> zum Zwecke des An- und Verkaufs. Es besteht daher auch hier <u>keine interkommunale Zusammenarbeit</u>.</p> <p>Die Stadt Siegen ist für den Bereich GIS und Geodaten, vertreten durch die Abteilung 4/2, Mitglied in der „Anwendergemeinschaft GIS“ und in der „Geodateninfrastruktur-Südwestfalen (GDI-SW)“ bei der SIT (Südwestfalen IT) in Hemer; Mitglieder sind die südwestfälischen Kreise und die Städte Siegen, Olpe, Arnsberg, Soest, u.a.</p> <p><u>Es handelt sich hierbei jedoch nicht um interkommunale Zusammenarbeit sondern um einen nicht fest organisierten Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Katasterbehörden der Kreise und kreisangehörigen Städten bezüglich einer gleichartigen, strukturierten inhaltlichen Zusammenarbeit in der Geoinformationstechnologie unter dem Dach der SIT.</u></p>
<p>Abteilung 4/4 Zentrale Gebäudewirtschaft</p>	<p>Flüchtlingsunterbringung in Kooperation mit Kreis und Stadt Kreuztal (Krankenhaus Kredenbach). Jedoch ausgelaufen zum 30.09.2023.</p>
<p>Abteilung 4/5 Stadtentwicklung/ -planung, Liegenschaften</p>	<p>In Bereich der Stadtentwicklung, -planung, Liegenschaften wird keine Aufgabe in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht.</p>
<p>Abteilung 4/6 Grünflächen</p>	<p>Keine Aufgabenwahrnehmung in Kooperation mit anderen Kommunen; Zusammenarbeit lediglich im Austausch von Informationen, zum Beispiel im AK Kommunales Friedhofswesen beim Städtetag NRW.</p>
<p>Abteilung 4/7 Umwelt</p>	<p>Die Aufgabengebiete der Umweltabteilung beziehen sich ausschließlich auf das Stadtgebiet. Selbst bei artenschutzrechtlichen Themen (beispielsweise Amphibien-schutz) ist eine interkommunale Abstimmung meist nicht erforderlich. Ebenso sind unsere Förderprogramme (Gründach) oder unsere Aktionen (Blütenzauber, Saubere Landschaft) auf das Stadtgebiet begrenzt. Allerdings erhalten wir viele Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb des Stadtgebiets, die gerne etwas von den Fördertöpfen abgreifen würden.</p> <p>Interkommunale Zusammenarbeit gibt es selbstverständlich in einem fachlichen Austausch.</p>
<p>Abteilung 5/1 Soziale Leistungen</p>	<p>Die Abteilung 5/1 arbeitet in verschiedenen Aufgabenbereichen mit anderen Kommunen zusammen, ob dies immer als förmliche interkommunale Zusammenarbeit zu sehen ist, ist fraglich:</p> <p>a) <i>Interkommunale Einrichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen in Kredenbach (förmliche Interkommunale Zusammenarbeit)</i></p>

Bereich	1. Welche Aufgaben werden aktuell und aus welchen Gründen in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht?
	<p>Im Rahmen des erhöhten Aufnahmebedarfs geflüchteter Menschen wurde zunächst zum 01.04.2022 das ehemalige Krankenhaus in Kredenbach, Dr.-Stelbrink-Straße 47, 57223 Kreuztal, durch den Kreis Siegen-Wittgenstein angemietet und als interkommunale Einrichtung betrieben. Zum 01.10.2022 wurde diese Einrichtung durch die Stadt Siegen „übernommen“ und wurde weiter betrieben bis zum 30.09.2023.</p> <p>Aktuell sind der interkommunalen Vereinbarung die Gemeinde Erndtebrück und die Stadt Bad Laasphe angeschlossen. Eine Kooperation erfolgt vor dem Hintergrund bestehender Unterbringungsengpässe in den Kommunen. Die Einrichtung in Kredenbach bietet die Möglichkeit einer größeren Aufnahme von Flüchtlingen.</p> <p>Wesentliche Aufgabe ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen.</p> <p>Eine schriftliche Ausarbeitung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung befindet sich weiter in Ausarbeitung.</p> <p><i>b) Arbeitskreis Asyl und Solidarfond (Interkommunale Zusammenarbeit im Sinne der Anfrage)</i></p> <p>Dem Arbeitskreis Asyl unter aktueller Federführung der Stadt Siegen gehören die kreisangehörigen Kommunen des Kreises Siegen-Wittgenstein an. Ziel des Arbeitskreises ist die kreisweite Abstimmung in rechtlicher Angelegenheit und Austausch von Erfahrungen.</p> <p>Aus der Mitte dieses Arbeitskreises ist im Jahr 1999 eine Verwaltungsvereinbarung hervorgegangen, mit welcher ein kreisweiter Solidarfonds gegründet wurde (siehe Anhang). Verwaltet wird der Solidarfonds grundsätzlich vom Kreis Siegen-Wittgenstein.</p> <p><i>c) Kommunales Integrationsmanagement (verm. keine Interkommunale Zusammenarbeit im Sinne der Anfrage, da landesweites Förderprojekt)</i></p> <p>Bei dem Kommunalen Integrationsmanagement handelt es sich grundsätzlich um eine landesweite Fördermaßnahme, welche beim Kreis Siegen-Wittgenstein angesiedelt ist. Ziel ist es, alle Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte oder Neuzugewanderte zu beraten und Angebote in den verschiedenen Lebenslagen zu unterbreiten. Das landesseitige Förderprogramm ermöglicht eine Einbindung von Kommunen und Trägern der freien Wohlfahrtspflege. Die Universitätsstadt Siegen beteiligt sich hier mit eigenen Stellenanteilen, aber auch im Rahmen der Schließung von Weiterleitungsverträgen mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege.</p> <p><i>d) Arbeitskreis „Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Soziales in NRW“ (bisher lediglich Arbeitskreis)</i></p> <p>Der Arbeitskreis beschäftigt sich mit der Bewältigung aktueller Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Digitalisierung, OZG-Leistungen und standardisierter Vorgehensweisen im Bereich Soziales und befindet sich derzeit noch im Aufbau. Federführung ist bei der Stadt Dortmund angesiedelt.</p>
Abteilung 5/2 Kinder-, Jugend- und Familienförderung	<p>Folgende Leistungen und Angeboten, welche sowohl die Stadt Siegen als auch der Kreis Siegen-Wittgenstein erbringen, werden regelmäßig im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit miteinander abgestimmt:</p> <p><i>Kindertagesbetreuung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ (bisher) Öffentlich-rechtliche Vereinbarung Kindertagesstättenplätze ▪ Arbeitsgruppe „regionale Kindertagespflege“ (mit den Kreisen Siegen-Wittgenstein, Olpe und Altenkirchen) ▪ Abstimmung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege ▪ Gegenseitige Kostenerstattungen ▪ Kooperation zur Qualifizierung der Kindertagespflegepersonen <p><i>Bereich Familienbüro/ Frühe Hilfen</i></p>

Bereich	1. Welche Aufgaben werden aktuell und aus welchen Gründen in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht?
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zusammenarbeit der Netzwerke Frühe Hilfen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelmäßige Austauschtreffen zur Umsetzung der Willkommensbesuche mit Kreis Siegen-Wittgenstein und Kreuztal ▪ Netzwerktreffen ▪ Abstimmung der Schwerpunktsetzung im Fachgebiet Frühe Hilfen (z.B. Lotsendienst in Kinderarztpraxen Stadt Siegen: Lotsendienst in Geburtskliniken Kreis Si-Wi) ▪ Umsetzung §9 Landeskinderschutzgesetz: Aufbau eines gemeinsamen Netzwerk Kinderschutz <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abstimmung Verfahren zum Kinderschutz ▪ Netzwerkbildung ▪ Gemeinsame Fortbildungsangebote für Netzwerkpartner*innen ▪ Arbeitskreis Kindergesundheit (Federführung Kreisgesundheitsamt, Beteiligung Stadt Siegen) ▪ Austausch der Familienbüros in der Region ▪ Runder Tisch gegen Gewalt (Federführung Kreis Si-Wi, Beteiligung Stadt Siegen) <p><i>Fachberatung/ Kostenbeiträge</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Interkommunaler Ausgleich (Abrechnung gemeindefremder Kinder mit zuständigem Jugendamt) <p><i>Kinder- und Jugendförderung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Medien Scouts: 2019 wurden 40 Medienscouts aus zehn weiterführenden Schulen in der Stadt Siegen und im Kreis Siegen-Wittgenstein ausgebildet. Bei der Landesanstalt für Medien NRW wurde gemeinsam mit dem Kreis ein Antrag auf Neuqualifizierung gestellt (Kinder- und Jugendbüro). ▪ Regelmäßiger Austausch über die Themen des Kinder- und Jugendschutzes (Kinder- und Jugendbüro) ▪ Fachtag Jugendarbeit „Zurück in die Zukunft“ am 20.09.2022 mit Kreis Siegen Wittgenstein, Lahn-Dill-Kreis, Kreis Olpe, Kreis Altenkirchen, Universität Siegen etc. ▪ Vernetzung auf Landesebene und daher kollegiale Abstimmung vor Ort der Kinder- und Jugendförderung (Jahrestagung Kinder- und Jugendförderung, Kulturrucksack NRW u.a.) ▪ Beteiligung am gemeinsamen Praxisseminar „Training for the job“ für Studierende des Bachelor-Studiengangs Sozialen Arbeit an der Uni Siegen (Mitarbeitende der Kinder- und Jugendarbeit gestalten ein Praxisseminar an Orten der Kinder- und Jugendarbeit - auch im städtischen Kinder- und Jugendtreff Eiserfeld) ▪ Beteiligung an der Ausbildung zum Projektleiter Erlebnispädagogik (Federführung Kreis) durch ein Modul im Hochseilgarten Fischbacherberg
Abteilung 5/3 Soziale Dienste	<p>Interkommunale Zusammenarbeit mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein in den Bereichen</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Inobhutnahme Ziel: ausreichendes Platzangebot; gemeinsame (Teil-) Finanzierung zur Platzverhaltung ▪ Stationäre Hilfen zur Erziehung: AG gemäß § 78 SGB VIII Ziel: abgestimmte Planung mit den freien Trägern und Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes an stationären Plätzen ▪ Pflegekinderhilfe: AG gemäß § 78 SGB VIII Ziel: Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Standards der Pflegekinderhilfe mit den freien Trägern und Abstimmung von gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte und Pflegeeltern

Bereich	1. Welche Aufgaben werden aktuell und aus welchen Gründen in Kooperation mit anderen Kommunen erbracht?
	<ul style="list-style-type: none"> Jugendgerichtshilfe: Gemeinsamer Vertrag zur Finanzierung der ambulanten Leistungen des Brücke Siegen e.V. nach dem gerichtlichen Verfahren Eingliederungshilfe: Gemeinsame Verträge mit den freien christlichen Schulen und der Montessori-Schule Siegen zur Finanzierung von Poollösungen im Rahmen der Eingliederungshilfe zur Optimierung des Ressourceneinsatzes Betreuungsbehörde: Gemeinsam organisierte und durchgeführte Informationsveranstaltungen für ehrenamtliche Betreuer.
Abteilung 5/4 Schulen	<p>In Trägerschaft der Universitätsstadt Siegen befinden sich der Förderschulverbund Pestalozzischule und das Weiterbildungskolleg, welches ebenfalls im Verbund geführt wird.</p> <p><i>Pestalozzischule:</i> Die Pestalozzischule umfasst den Standort in Siegen sowie in Freudenberg. Mit der Fortführung der seinerzeit eigenständigen Schulen als eine Schule konnte das Förderschulangebot für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung in den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung für das gesamte südliche Kreisgebiet (Burbach, Freudenberg, Netphen, Neunkirchen, Siegen und Wilnsdorf) sichergestellt werden.</p> <p>Zwischen der Stadt Freudenberg und der Stadt Siegen gibt es eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung, in welcher u.a. der Betrieb der Schulgebäude und der Einsatz von Schulsekretariat und Hausmeisterdienst geregelt ist.</p> <p><i>Weiterbildungskolleg:</i> Vor dem Hintergrund, dass das Weiterbildungskolleg des Kreises Olpe die erforderliche Mindestanzahl an Studierenden nicht mehr erreichte, ist der Kreis auf die Stadt Siegen zugekommen, inwiefern der Standort in Olpe als Teilstandort des Siegener Weiterbildungskollegs fortgeführt werden könnte. Ab dem Schuljahr 2022/2023 wird das städtische Weiterbildungskolleg als Schule im Verbund mit einem Teilstandort in Olpe geführt. Durch das Weiterbildungskolleg kann erwachsenen Studierenden aus den Kreisen Olpe, Siegen und teils weit darüber hinaus ein Beschulungsangebot im zweiten Bildungsgang geboten werden.</p> <p>Es wurde eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung u.a. zu Räumlichkeiten, Personal sowie Lehr- und Lernmitteln geschlossen.</p>

Bereich	2. Welche aktuell eigenständig wahrgenommenen Aufgaben bieten aus Sicht der Verwaltung das Potenzial für eine zukünftig verstärkte Interkommunale Zusammenarbeit?
Gleichstellungsstelle	./.
Büro BM	Fehlanzeige.
Personalrat	1. bis 3. Der Personalrat meldet Fehlanzeige, bis auf das große Thema Ausbildung.
Arbeitsgruppe 1/1-1 Organisation und IT	Fehlanzeige.
Arbeitsgruppe 1/1-2 Personal	2. und 3. Geeignet wären alle Aufgaben von 1/1-2 von ihrer Art her. Natürlich könnte es beispielsweise einen Zweckverband geben, der das komplette Personalmanagement etc. für mehrere Kommunen übernimmt. Hier war allerdings die Frage, ob sich dies "anbietet", ob also Vorteile zu erwarten sind. Vorteile könnten

Bereich	2. Welche aktuell eigenständig wahrgenommenen Aufgaben bieten aus Sicht der Verwaltung das Potenzial für eine zukünftig verstärkte Interkommunale Zusammenarbeit?
	Synergieeffekte, höhere Spezialisierung, bessere Vertretung, bessere Ansatzpunkte für Prozessoptimierung, wirtschaftlicher Softwareeinsatz oder Mitteleinsatz generell, Personalgewinnung, Karrierewege sein. Nachteile wären aufgrund der aktuellen Konkurrenzsituation die Frage, wer bekommt das knappe Personal, welches angeworben wurde, wer setzt Schwerpunkte in der Arbeit, beispielsweise in der Personalentwicklung, Fortbildung oder im BGM; wer entscheidet beispielsweise, wie Recruiting erfolgen soll, welche Akzente in der Öffentlichkeitsarbeit gesetzt werden sollen, welche Software angeschafft wird. Wie würde beispielsweise aktuell ausdiskutiert, ob das 49-Euro-Ticket gefördert wird? Oder würde dies von Verwaltung zu Verwaltung anders entschieden, was dann individuell abgerechnet würde? Als erheblicher Nachteil wird auch der Verlust der Anbindung an eine konkrete Gebietskörperschaft gesehen. Kontinuierlich wird der Versuch unternommen, intern die Anbindung von 1/1-2 an andere Verwaltungsstandorte und möglichst alle Fachabteilungen zu verbessern, weil wir Dienstleister für alle sind. Diese persönliche Anbindung ist insgesamt auch aufgrund der räumlichen Entfernung nicht einfach. Seit Jahren wird zudem offensichtlich ein gemeinsames Rathaus, ein kürzerer Weg zu zentralen Dienstleistern wie der Personalverwaltung gewünscht. Zentrale Aufgabenwahrnehmung würde noch mehr entkoppeln, welches auch als Verlust der Bindung an die Arbeitgeberin Stadt Siegen angesehen würde.
Rechnungsprüfungsamt	Fehlanzeige.
Entsorgungsbetrieb	Mit einigen Gemeinden und Städten im Kreisgebiet wäre eine gemeinsame Abwasserbeseitigung im Rahmen eines Zweckverbandes (z.B. obere Sieg) denkbar und sicherlich auch kostengünstig machbar; alle Bestrebungen dazu sind in den vergangenen Jahren bisher gescheitert.
Stabsstelle Klimaschutz	<ul style="list-style-type: none"> Wärmeleitplanung; jedoch Erarbeitung auf Stadtebene, im Anschluss dann gebietsübergreifende Betrachtung von Stromnetz und Wärmequellen und Senken Ausbau ÖPNV Ausbau Radwegeinfrastruktur und Verzahnung übergreifende Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten (finanziell) für EE Projekte
Zentrale Vergabestelle	Bei der Ausschreibung von Leistungen ist eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit grundsätzlich denkbar. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass die Stadt Siegen über zwei Vergabestellen verfügt. Neben der Zentralen Vergabestelle gibt es eine Sondervergabestelle beim Entsorgungsbetrieb.
Abteilung 2/1 Recht und Versicherungen	Grundsätzlich könnten Rechtsangelegenheiten (insbesondere Prozessverfahren) und wohl auch die Versicherungsangelegenheiten zentral bearbeitet werden. Potential wird in dieser Form der Aufgabenerledigung jedoch nicht gesehen, siehe dazu auch Antwort zu Frage 3.
Abteilung 2/2 Ordnung und Stadtreinigung	Keine.
Abteilung 2/3 Bürgerdienste	Weitere Aufgaben kommen derzeit nicht für eine interkommunale Zusammenarbeit in Betracht.
Arbeitsgruppe 2/4-1 Kulturförderung und -veranstaltungen	Marketing und Materialentleihe sind die Bereiche, in denen die Zusammenarbeit intensiviert werden kann. Eine enge Zusammenarbeit ist konzeptionell bei der Erweiterung und Modernisierung des Siegerlandmuseums vorgesehen.
Arbeitsgruppe 2/4-2	1. bis 3. Nach interner Prüfung besteht derzeit keine interkommunale Zusammena-

Bereich	2. Welche aktuell eigenständig wahrgenommenen Aufgaben bieten aus Sicht der Verwaltung das Potenzial für eine zukünftig verstärkte Interkommunale Zusammenarbeit?
Institut Museen	arbeit für den Museumsbereich. Wir sehen jedoch Potenziale in der überkommunalen touristischen Bewerbung mit anderen uns verbundenen Museen und Institutionen (zu den Themengebieten: Bergbau, Nassau-Oranien, Rubens etc.).
Arbeitsgruppe 2/4-3 Institut Musikschule	Aus Sicht der Musikschule keine, da dann noch mehr Unterrichtsstätten, Fahrzeiten und fest angestelltes Personal benötigt würden, an deren Kosten sich die Umlandkommunen aber nicht bereit sind, zu beteiligen. Die derzeitigen Kapazitäten der Fritz-Busch-Musikschule lassen eine Ausweitung und Kooperation mit den Kommunen im Umland nicht zu.
Arbeitsgruppe 2/4-4 Institut Stadtarchiv	Die Mitarbeit an Projekten der Arbeitsgemeinschaft der Stadtarchive im Städtetag Nordrhein-Westfalen oder im Rahmen des digitalen Archivs NRW könnten perspektivisch verstärkt betrieben werden, sofern personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Dies betrifft dann vermutlich am ehesten die Ausweitung an der Konzeption von Aussonderungsschnittstellen für die „digitale Langzeitarchivierung“ und Fragen der Überlieferungsbildung (Mitwirkung an der Erstellung von Bewertungsmodellen).
Arbeitsgruppe 2/4-6 Institut Volkshochschule	<p>1. bis 3. Die VHS Siegen und die VHS Siegen-Wittgenstein bieten regelmäßig Veranstaltungen in Kooperation an, um so die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass die Veranstaltung auch stattfindet. Darüber hinaus sehe ich kein Potential zur interkommunalen Zusammenarbeit, zumal Weiterbildung eine gesetzliche Pflichtaufgabe ist.</p> <p>Langjährige Verhandlungen zur Fusionierung der beiden VHS in der Vergangenheit haben ergeben, dass eine Fusion keinen Sinn macht, da es weder zu einer Verbesserung des Angebots noch Einsparungen käme. An dieser Einschätzung hat sich bisher nichts geändert.</p>
Abteilung 2/5 Sport und Bäder	<p>Auch hierzu fällt das Thema Nutzung Bäder ein bspw. bei der (überregionalen) Aufgabe Sicherstellung Schwimmunterricht. Dieses Thema wurde bereits ohne Ergebnis in der BMK behandelt.</p> <p>Zu Coronazeiten wäre eine engere Zusammenarbeit mit den Kommunen bzw. dem Kreis wünschenswert gewesen. Hier gab es großen Abstimmungsbedarf und Auslegungsprobleme, so dass im Prinzip jede Kommune eigene Regelungen getroffen hat und vor allem sich in jeder Kommune jemand intensiv mit dem Thema beschäftigen musste.</p> <p>Durch interkommunale Zusammenarbeit hätten einige Ressourcen eingespart werden können.</p>
Abteilung 3/1 Kämmerei	<p>Man könnte sich grundsätzlich vorstellen, z.B. Teile der Buchhaltung oder auch das Liquiditätsmanagement für andere (kleinere) Kommunen zu machen. Dann stellt sich zunächst das Problem, dass dies mit dem vorhandenen Personal nicht möglich ist. Es würde also einen gewissen Personalmehrbedarf geben.</p> <p>Die Stadt würde zudem auch in diesem Bereich dann unternehmerisch (z.B. in Konkurrenz zu Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern) tätig, was zu einer Steuerpflicht (UST) führt.</p>
Abteilung 3/2 Stadtkasse, Steuern	<p>2. und 3. Grundsätzlich könnten die Arbeiten im Bereich Vollstreckung, Zahlungsabwicklung und Steuern für kleine Kommunen getätigt werden.</p> <p>Allerdings müsste das Personal aufgestockt werden. Zudem müsste die Systematik der Kassenzettel angepasst werden, da der Aufbau in jeder Kommune gleich ist und so eine Zuordnung nicht möglich ist. Daher werden Tätigkeiten der Abteilung 3/2 für eine IKZ als nicht geeignet angesehen.</p>
Feuerschutz und	1. bis 3. Die Fragen bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit lassen sich im

Bereich	2. Welche aktuell eigenständig wahrgenommenen Aufgaben bieten aus Sicht der Verwaltung das Potenzial für eine zukünftig verstärkte Interkommunale Zusammenarbeit?
Rettungsdienst	Bereich Feuerschutz und Rettungsdienst nicht einzeln beantworten. Alle Aufgaben des FSRD sind gesetzliche Aufgaben, die im BHKG und RettG NRW beschrieben werden. Die Standardaufgaben im Brandschutz und der technischen Hilfeleistung werden auf kommunaler Ebene, den örtlichen Gegebenheiten entsprechend, abgebildet. Dies ist auch gut und wichtig so, da die individuellen Gefährdungsunterschiede zwischen einzelnen Kommunen recht deutlich sind (§ 3 BHKG). Alle Aufgaben über den „täglichen“ Bedarf hinaus, also besondere Fähigkeiten (z.B. im Bereich ABC) oder bei großflächigen Lagen, werden die Einsätze in der „nachbarschaftlichen Hilfeleistung“ unter den Kommunen bewältigt. Dies ist im gesetzlichen Rahmen so vorgesehen und wird zum Teil unter Kreis- oder Landesverantwortung so auch organisiert. Diese kommunale Zusammenarbeit schließt insbesondere auch die Ausbildung von Einsatzkräften und die Führungskräfteausbildung insgesamt ein.
Statistik und empirische Forschung	Keine.
Abteilung 4/2 Vermessung und Geoinformation	Bei 4/2 stehen derzeit keine derartigen Aufgaben an, die in Kooperation erbracht werden könnten (siehe Ausführungen zu 1.).
Abteilung 4/4 Zentrale Gebäudewirtschaft	Klimaschutz bzw. Zielerreichung „klimaneutraler Gebäudebestand“, Einkauf von Energie, Unterbringung von Flüchtlingen.
Abteilung 4/5 Stadtentwicklung/ -planung, Liegenschaften	Aus Sicht der Fachabteilung gibt es keine Aufgaben, die interkommunal wahrgenommen werden können. Vor vielen Jahren hat es mal Überlegungen für einen gemeinsamen, kreisweiten Flächennutzungsplan Windenergie gegeben, der aber aufgrund unterschiedlichster Interessenlagen, politischer Zielrichtungen und differierender Ausgangslagen nicht weiterverfolgt wurde. Im Einzelfall gibt es interkommunale Planungen für Gewerbegebiet, bei denen Synergien genutzt werden können. Für Siegen ist das derzeit kein Thema, da sehr spezifische (kostenintensive) Gebiete in Rede stehen, die sich nicht für eine gemeinsame Entwicklung anbieten.
Abteilung 4/6 Grünflächen	Keine Aufgabenwahrnehmung; Zusammenarbeit in einer Art Maschinenring für spezielle Maschinen (mit Einschränkungen) denkbar.
Abteilung 4/7 Umwelt	Hier wird nur das Thema „Hochwasserschutz“ genannt. Leider fehlt dazu bisher der Einblick, ob ein interkommunaler Austausch dazu bisher stattfindet.
Abteilung 5/1 Soziale Leistungen	<p>Fehlanzeige.</p> <p><i>Arbeitsgruppe 5/1-1:</i></p> <p>Hier hat es bereits ein Schreiben von GBL 5 an Herrn Cavelius gegeben, welches die Zusammenhänge zutreffend beschreiben. Auszug:</p> <p><i>„Teile der Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII hat der Kreis Siegen-Wittgenstein per Satzung auf die Kommunen übertragen. Hierbei ist geregelt, dass der Kreis die Sozialhilfeleistungen trägt. Die hier entstehenden werden für Leistungen nach Kapitel 4 komplette vom Bund an den Kreis erstattet. Die Leistungen nach Kapitel 3 (Hilfe zum Lebensunterhalt) trägt die Kreiskasse und müsste im dortigen Haushalt ausgewiesen sein. Die Personalkosten verbleiben bei der Stadt Siegen. Die Delegation ist durch das SGB XII und Landesrecht NRW abgedeckt. U.a. greift das Landesausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) - Sozialhilfe - für das Land Nordrhein-Westfalen.“</i></p> <p>Eine Interkommunale Zusammenarbeit kann bei ohnehin delegierten Aufgaben nicht möglich sein. Vielmehr müsste der Kreis lediglich auf sein Delegationsrecht verzichten. Dann wäre alles in einer Hand.</p> <p><i>Arbeitsgruppe 5/1-2:</i></p>

Bereich	2. Welche aktuell eigenständig wahrgenommenen Aufgaben bieten aus Sicht der Verwaltung das Potenzial für eine zukünftig verstärkte Interkommunale Zusammenarbeit?
	<p>Zuständig für die Erbringung von Leistungen nach dem AsylbLG sind nach § 10 AsylbLG in Verbindung mit § 1 des Gesetzes zur Ausführung des AsylbLG NRW grundsätzlich die Gemeinden. Auch die entsprechenden Erstattungen bzw. die durch das FüAG NRW gesetzlich normierte finanzielle Beteiligung des Landes wird durch die Kommunen direkt abgerechnet.</p> <p>Einzelne Teilaufgaben, wie zum Beispiel gemeinsame Unterbringungseinrichtungen werden - wie unter Ziffer 1 a) beschrieben - bereits betrieben (Puffereinrichtung Kredenbach).</p> <p><i>Arbeitsgruppe 5/1-3:</i></p> <p>Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz sind per Verordnung durch das Land NRW auf die Kommunen übertragen. Nach summarischer Prüfung würden von einer Interkommunalen Zusammenarbeit voraussichtlich die umliegenden Kommunen profitieren. Angesichts der Größenordnung der Stadt Siegen zu den umliegenden kreisangehörigen Kommunen stellt sich jedoch die Frage, ob dies für die Stadt Siegen gewinnbringend sein könnte.</p> <p>Die Unterbringung von Obdach- und Wohnungslosen obliegt als Maßnahme der Gefahrenabwehr ebenfalls der jeweiligen Kommune. Gemeinsame Sammelunterkünfte für diesen Personenkreis dürften jedoch aus rechtlichen Gründen schwierig sein, da keine Zuweisung oder ähnliches besteht und mit Wechsel des Wohnorts die Zuständigkeit auf die Behörde des tatsächlichen/ gewöhnlichen Aufenthaltsorts übergehen würde. Folglich geht diese Überlegung fehl.</p> <p>Zu beachten ist ferner, dass für den Fall einer interkommunalen Zusammenarbeit in den großen, kommunalen Aufgabengebieten Leistungen nach dem AsylbLG oder Wohngeld, die dezentralen Anlaufstellen bestehen bleiben müssten (mindestens für Antragsannahme, Weiterleitung usw.). Lediglich die Einzelfallprüfung könnte theoretisch an eine zentrale Stelle ausgegliedert werden.</p>
Abteilung 5/2 Kinder-, Jugend- und Familienförderung	In Abteilung 5/2 werden zum aktuellen Zeitpunkt keine eigenständigen Aufgaben ausgeführt, die der Kreis Siegen-Wittgenstein nicht auf ähnliche Weise auch anbietet.
Abteilung 5/3 Soziale Dienste	<p><i>Adoptionsvermittlung:</i></p> <p>Hier wird zur Zeit mit einer Ausnahmegenehmigung des Landesjugendamtes gearbeitet, da die gesetzliche Mindestanforderung an Personalstärke zum Betrieb einer Adoptionsvermittlungsstelle nicht erfüllt ist (und noch nie erfüllt war). Beim Kreis Siegen-Wittgenstein verhält es sich genauso. Aus meiner Sicht wäre insofern der Betrieb einer gemeinsamen ADV-Stelle anzustreben.</p>
Abteilung 5/4 Schulen	<p>2. und 3. Derzeit werden bei den durch den Schulträger wahrzunehmenden Aufgaben (Kernaufgabe ist die Verpflichtung, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen und zu unterhalten sowie das für die Schulverwaltung notwendige Personal und eine am allgemeinen Stand der Technik und Informationstechnologie orientierte Sachausstattung zur Verfügung zu stellen), die sich grundsätzlich auf die Schulen in eigener Trägerschaft beziehen, keine Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit gesehen - es sei denn, Angebote zur gemeinsamen Beschaffung oder der Bezug aus Rahmenvereinbarungen, wie sie z.B. die SIT bietet, fielen unter die interkommunale Zusammenarbeit und würden sowohl von Vergabestelle als auch von Seiten des Rechnungsprüfungsamtes als zulässig eingestuft.</p>

Bereich	3. Welche eigenständig wahrgenommenen Aufgaben kommen aus Sicht der Verwaltung nicht für eine Interkommunale Zusammenarbeit infrage? Welche Gründe liegen nach Einschätzung der Verwaltung zugrunde?
Gleichstellungsstelle	./.
Büro BM	Fehlanzeige
Personalrat	1. bis 3. Der Personalrat meldet Fehlanzeige, bis auf das große Thema Ausbildung.
Arbeitsgruppe 1/1-1 Organisation und IT	Von einer im Jahre 2022 ins Auge gefassten Zusammenarbeit mit den Kommunen des Kreises Siegen-Wittgenstein bei der Bewertung der Stellen für tariflich Beschäftigte und Beamtinnen/Beamte wurde aus den folgenden Gründen abgesehen. Zum einen hat die Stadtverwaltung Siegen aufgrund Ihrer Größe im Zuge der Geschäftsverteilung eine Stellenbildung mit den daraus folgenden bewertungsrelevanten Stellenbeschreibungen, die von den kleineren Umlandkommunen überwiegend deutlich abweicht. Einige Aufgaben werden dort auch überhaupt nicht wahrgenommen. Zum anderen ist Ziel jeder Stellenbewertung, dass sie nicht nur den tarifvertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen entspricht, sondern sich auch mit dem Ergebnis in das Gesamtbild der örtlichen Stellenbewertungen einfügt.
Arbeitsgruppe 1/1-2 Personal	2. und 3. Geeignet wären alle Aufgaben von 1/1-2 von ihrer Art her. Natürlich könnte es beispielsweise einen Zweckverband geben, der das komplette Personalmanagement etc. für mehrere Kommunen übernimmt. Hier war allerdings die Frage, ob sich dies „anbietet“, ob also Vorteile zu erwarten sind. Vorteile könnten Synergieeffekte, höhere Spezialisierung, bessere Vertretung, bessere Ansatzpunkte für Prozessoptimierung, wirtschaftlicher Softwareeinsatz oder Mitteleinsatz generell, Personalgewinnung, Karrierewege sein. Nachteile wären aufgrund der aktuellen Konkurrenzsituation die Frage, wer bekommt das knappe Personal, welches angeworben wurde, wer setzt Schwerpunkte in der Arbeit bspw. in der Personalentwicklung, Fortbildung oder im BGM; wer entscheidet beispielsweise, wie Recruiting erfolgen soll, welche Akzente in der Öffentlichkeitsarbeit gesetzt werden sollen, welche Software angeschafft wird. Wie würde bspw. aktuell ausdiskutiert, ob das 49-Euro-Ticket gefördert wird? Oder würde dies von Verwaltung zu Verwaltung anders entschieden, was dann individuell abgerechnet würde? Als erheblicher Nachteil wird auch der Verlust der Anbindung an eine konkrete Gebietskörperschaft gesehen. Kontinuierlich wird der Versuch unternommen, intern die Anbindung von 1/1-2 an andere Verwaltungsstandorte und möglichst alle Fachabteilungen zu verbessern, weil wir Dienstleister für alle sind. Diese persönliche Anbindung ist insgesamt auch aufgrund der räumlichen Entfernung nicht einfach. Seit Jahren wird zudem offensichtlich ein gemeinsames Rathaus, ein kürzerer Weg zu zentralen Dienstleistern wie der Personalverwaltung gewünscht. Zentrale Aufgabenwahrnehmung würde noch mehr entkoppeln, welches auch als Verlust der Bindung an die Arbeitgeberin Stadt Siegen angesehen würde.
Rechnungsprüfungsamt	Fehlanzeige, siehe Hinweis oben.
Entsorgungsbetrieb	Im Rahmen der Abwasserbeseitigung gibt es keine Gründe gegen eine Kooperation.
Stabsstelle Klimaschutz	siehe oben.
Zentrale Vergabestelle	Die Vorbereitung von Vergabeverfahren und die Prüfung der Angebote hinsichtlich der Bieterreignung, der Angemessenheit des Preises sowie die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes sind Aufgaben, die von den Kommunen auch bei einer interkommunalen Zusammenarbeit im Vergabewesen selbst wahrgenommen werden.
Abteilung 2/1 Recht und Versicherungen	Für die Bearbeitung von Versicherungsangelegenheiten und auch den Rechtsangelegenheiten ist es sinnvoll und zweckmäßig, dass diese Aufgaben im eigenen Haus erledigt werden. Es sind Kenntnisse der jeweiligen städtischen Verhältnisse, Zuständigkeiten und Abläufe erforderlich. Hinzu kommt, dass in den Gemeinden zu

Bereich	3. Welche eigenständig wahrgenommenen Aufgaben kommen aus Sicht der Verwaltung nicht für eine Interkommunale Zusammenarbeit infrage? Welche Gründe liegen nach Einschätzung der Verwaltung zugrunde?
	manchen Themen auch unterschiedliche Ansätze und Zielrichtungen verfolgt werden. Insbesondere im Beratungsbereich macht also eine interkommunale Zusammenarbeit keinen Sinn. Die Abteilung 2/1 ist ein klassisches Querschnittsamt, lebt aber eben auch davon, dass es in die einzelnen Abteilungen vernetzt ist und die juristische Beratung inhouse, und deshalb auch kurzfristig und bedarfsgerecht, sicherstellen kann. Hinzu kommt, dass auch bei einer interkommunalen Erledigung durch eine zentrale Stelle die notwendigen Informationen zusammengestellt werden müssten. Außerdem müsste die Bearbeitung auch überwacht bzw. begleitet werden, ebenso wie dies auch bei der Inanspruchnahme externer Büros erfolgt. Es wird dadurch also auch kein nennenswerter Entlastungseffekt eintreten.
Abteilung 2/2 Ordnung und Stadtreinigung	Sämtliche eigenständig wahrgenommenen Aufgaben kommen für eine IKZ nicht infrage. <i>Begründung:</i> In dem Bereich Ordnung und Stadtreinigung ist eine Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) nicht zielführend. Das Ordnungsamt muss Gefahren und Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung immer schnellstmöglich und vor allem am Ort des Geschehens abwehren (können). Dafür benötige ich Personal und Arbeitsmittel in der Kommune, die auch ortskundig sind. Die Stadtreinigung beweist mit der in Siegen sehr gut funktionierenden und auch seit Jahren sehr gebührenfreundlichen schwarzen und braunen Tonne (vs. der nicht gut funktionierenden extern vergebenen gelben Tonne), dass auch hier IKZ nicht (immer) ausreichend funktioniert. * Davon abgegrenzt ist alternativ die Public Private Partnership (PPP) zu betrachten. Durch die Bereitstellung finanzieller Mittel kann sich die Kommune ggf. und punktuell der Arbeitsleistung aus der Privatwirtschaft bedienen, um Aufgaben dort schneller, besser und günstiger anzubieten, wo sie das selber nicht so gut kann. Als ein Beispiel, dass sich in der Praxis sehr gut entwickelt hat, wird die Fundbüroverwaltung genannt (Anlage). Diese ist 2014/2015 an eine externe Firma vergeben worden, welche uns seither eine Fundbürosoftware zur Verfügung stellt und die Auktion der Fundsachen verwaltet. Die Stadt Siegen bezahlt einen Fixbetrag für die Software, die Erträge aus den Auktionen werden 50/50 geteilt. Die Software stellt seitdem eine deutliche Arbeitserleichterung dar, zudem spart sich die Verwaltung -neben Kosten- seither dauerhaft Stellenanteile im Fundbüro ein. Hinzu kommen jene Stellenanteile, die früher zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Auktionen an Wochenenden in der Bismarckhalle aufgewendet werden mussten.
Abteilung 2/3 Bürgerdienst	Weitere Aufgaben kommen nicht für eine interkommunale Zusammenarbeit in Betracht.
Arbeitsgruppe 2/4-1 Kulturförderung und -veranstaltungen	Nicht in Frage kommen das Zuschusswesen, sofern eine kommunale Kulturförderung aufrechterhalten bleiben soll. Nicht in Frage kommen weiterhin Veranstaltungsformate, die gezielt der Profilierung des Kulturstandortes Siegen dienen sowie die damit verbundene Nutzung von Einrichtungen und Plätzen (Haus Seel, Schlossplatz, Schlosspark).
Arbeitsgruppe 2/4-2 Institut Museen	1. bis 3. Nach interner Prüfung besteht derzeit keine interkommunale Zusammenarbeit für den Museumsbereich. Wir sehen jedoch Potenziale in der überkommunalen touristischen Bewerbung mit anderen uns verbundenen Museen und Institutionen (zu den Themengebieten: Bergbau, Nassau-Oranien, Rubens etc.).
Arbeitsgruppe 2/4-3 Institut Musikschule	Die Durchführung von Musikschulunterricht in den Nachbarkommunen. <i>Welche Gründe liegen nach Einschätzung der Verwaltung zugrunde?</i> Zu hohe Zusatzkosten durch mehr Personaleinsatz und Verwaltung von noch mehr Standorten.
Arbeitsgruppe 2/4-4 Institut Stadtarchiv	Dateifragen zur Bewertung/ Überlieferungsbildung, archivische Erschließung, Bestandserhaltung, Nutzung (analog) und Auskunftserteilung, Bildungsarbeit sind nicht interkommunal zu bearbeiten. Material und Inhalte sind zu speziell für eine

Bereich	3. Welche eigenständig wahrgenommenen Aufgaben kommen aus Sicht der Verwaltung nicht für eine Interkommunale Zusammenarbeit infrage? Welche Gründe liegen nach Einschätzung der Verwaltung zugrunde?
	<p>übergreifende, gemeinschaftliche Bearbeitung.</p> <p><i>Allgemeine Anmerkung:</i> Neben „interkommunaler“ Zusammenarbeit ist im Archivbereich vor allem auch die Kooperation innerhalb der Archivcommunity sehr wichtig, was das Landesarchiv sowie Archive anderer Träger und den Berufsverband VdA umfasst. Dies wird auch aus den Antworten deutlich. Nicht immer ist daher von rein interkommunaler Zusammenarbeit auszugehen, weil die Kooperationen des Stadtarchivs in Bezug auf die Partner „fließend“ sind.</p>
Arbeitsgruppe 2/4-6 Institut Volkshochschule	<p>1. bis 3. Die VHS Siegen und die VHS Siegen-Wittgenstein bieten regelmäßig Veranstaltungen in Kooperation an, um so die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass die Veranstaltung auch stattfindet. Darüber hinaus sehe ich kein Potential zur interkommunalen Zusammenarbeit, zumal Weiterbildung eine gesetzliche Pflichtaufgabe ist.</p> <p>Langjährige Verhandlungen zur Fusionierung der beiden VHS in der Vergangenheit haben nur ergeben, dass eine Fusion keinen Sinn macht, da es weder zu einer Verbesserung des Angebots noch Einsparungen käme. An dieser Einschätzung hat sich bisher nichts geändert.</p>
Abteilung 2/5 Sport und Bäder	<p>Kernaufgabe ist die Bereitstellung von Sportanlagen insbesondere für Siegener Vereine. In Einzelfällen wird auch Vereinen von Umlandkommunen eine Sportstätte zur Verfügung gestellt.</p> <p>Aber grundsätzlich sehe ich bei den Kernaufgaben keine großen Möglichkeiten der Zusammenarbeit.</p>
Abteilung 3/1 Kämmerei	<p>Die Aufstellung des Haushalts verbunden mit allen strategischen Entscheidungen (z.B. Beteiligungsmanagement, wird sich eine Kommune nicht aus der Hand geben lassen - von daher kommen viele Aufgaben nicht in Frage. Auch herrscht z.B. bei der Generierung von Fördergeldern teilweise eine Art Wettbewerb.</p> <p>Grundsätzlich besteht die Auffassung, dass das Aufgabenspektrum der Kämmerei nicht für interkommunale Zusammenarbeit geeignet ist.</p>
Abteilung 3/2 Stadtkasse, Steuern	<p>2. und 3. Grundsätzlich könnten die Arbeiten im Bereich Vollstreckung, Zahlungsabwicklung und Steuern für kleine Kommunen getätigt werden.</p> <p>Allerdings müsste das Personal aufgestockt werden. Zudem müsste die Systematik der Kassenzahlen angepasst werden, da der Aufbau in jeder Kommune gleich ist und so eine Zuordnung nicht möglich ist. Daher werden die Tätigkeiten der Abteilung 3/2 für eine IKZ als nicht geeignet angesehen.</p>
Feuerschutz und Rettungsdienst	<p>1. bis 3. Die Fragen bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit lassen sich im Bereich Feuerschutz und Rettungsdienst nicht einzeln beantworten. Alle Aufgaben des FSRD sind gesetzliche Aufgaben, die im BHKG und RettG NRW beschrieben werden. Die Standardaufgaben im Brandschutz und der technischen Hilfeleistung werden auf kommunaler Ebene, den örtlichen Gegebenheiten entsprechend, abgebildet. Dies ist auch gut und wichtig so, da die individuellen Gefährdungsunterschiede zwischen einzelnen Kommunen recht deutlich sind (§ 3 BHKG). Alle Aufgaben über den „täglichen“ Bedarf hinaus, also besondere Fähigkeiten (z.B. im Bereich ABC) oder bei großflächigen Lagen, werden die Einsätze in der „nachbarschaftlichen Hilfeleistung“ unter den Kommunen bewältigt. Dies ist im gesetzlichen Rahmen so vorgesehen und wird zum Teil unter Kreis- oder Landesverantwortung so auch organisiert. Diese kommunale Zusammenarbeit schließt insbesondere auch die Ausbildung von Einsatzkräften und die Führungskräfteausbildung insgesamt ein.</p>
Statistik und empirische Forschung	<p>Da sich die Aufgaben der SeFo auf Daten der Stadt Siegen bzw. auf deren kleinräumige Gliederungen bezieht, ist eine Zusammenarbeit mit anderen Kommunen in dieser Hinsicht nicht zielführend und in den meisten Fällen (weil niedrige Aggre-</p>

Bereich	3. Welche eigenständig wahrgenommenen Aufgaben kommen aus Sicht der Verwaltung nicht für eine Interkommunale Zusammenarbeit infrage? Welche Gründe liegen nach Einschätzung der Verwaltung zugrunde?
	gationsebene) datenschutzrechtlich auch nicht möglich.

Bereich	3. Welche eigenständig wahrgenommenen Aufgaben kommen aus Sicht der Verwaltung nicht für eine Interkommunale Zusammenarbeit infrage? Welche Gründe liegen nach Einschätzung der Verwaltung zugrunde?
Abteilung 4/2 Vermessung und Geoinformation	Für alle in der Abteilung 4/2 zu erledigenden Aufgaben kommen interkommunale Zusammenarbeiten nicht infrage (siehe Ausführungen zu 1.).
Abteilung 4/4 Zentrale Gebäudewirtschaft	Fehlanzeige.
Abteilung 4/5 Stadtentwicklung/ -planung, Liegenschaften	Alle eigenständig wahrgenommenen Aufgaben kommen nicht für eine interkommunale Zusammenarbeit infrage, da es bei den Prozessen um Siegenspezifische Interessen geht, die oftmals mit denen der jeweiligen anderen Kommune konkurrieren.
Abteilung 4/6 Grünflächen	Kooperationen machen nur da Sinn, wo tatsächliche Synergieeffekte erzielt werden können; deshalb ist Informationsaustausch, sind Vergleichsringe etc. sinnvoll („das Rad muss ja nicht immer neu erfunden werden“); bei den Aufgaben von 4/6 sehe ich eher mögliche Reibungsverluste und ungleiche Kosten-Nutzeneffekte.
Abteilung 4/7 Umwelt	Ein Großteil der Arbeit der Umweltabteilung eignet sich nicht zur interkommunalen Arbeit. Themen wie Baumschutzsatzung, artenschutzrechtliche Prüfungen o.ä. sind und sollten auf das Stadtgebiet begrenzt bleiben.
Abteilung 5/1 Soziale Leistungen	Siehe Beantwortung zu Ziffer 2. Ergänzend muss eine mögliche interkommunale Zusammenarbeit in kleineren Teilbereichen noch einmal kritisch geprüft werden.
Abteilung 5/2 Kinder-, Jugend- und Familienförderung	In allen in Frage 1 genannten Themenfeldern von Abteilung 5/2, wo sich veränderte Rahmenbedingungen sowohl bei Stadt und Kreis gleich auswirken, besteht weiter Bedarf zur interkommunalen Zusammenarbeit, welche zukünftig eher noch intensiviert werden wird (Beispiele: Themen Fachkräftegewinnung/Personalmangel in der Kindertagesbetreuung oder Abstimmung von Richtlinien, wie aktuell z.B. Kostenbeitragssatzung).
Abteilung 5/3 Soziale Dienste	Grundsätzlich könnte in fast allen Aufgaben interkommunal zusammengearbeitet werden oder Abstimmungen erfolgen. Allerdings gibt es ja aus gutem Grund eine Kommunalordnung, kommunale Zuständigkeitsregelungen und die kommunale Selbstverwaltung. Insofern werden die gesetzlichen Aufgaben von Kommune zu Kommune unterschiedlich ausgestaltet, welches meistens historische und/ oder politische Hintergründe hat oder auf fachlichen Einschätzungen beruht.
Abteilung 5/4 Schulen	2. und 3. Derzeit werden bei den durch den Schulträger wahrzunehmenden Aufgaben (Kernaufgabe ist die Verpflichtung, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen und zu unterhalten sowie das für die Schulverwaltung notwendige Personal und eine am allgemeinen Stand der Technik und Informationstechnologie orientierte Sachausstattung zur Verfügung zu stellen), die sich grundsätzlich auf die Schulen in eigener Trägerschaft beziehen, keine Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit gesehen - es sei denn, Angebote zur gemeinsamen Beschaffung oder der Bezug aus Rahmenvereinbarungen, wie sie z.B. die SIT bietet, fielen unter die interkommunale Zusammenarbeit und würden sowohl von Vergabestelle als auch von Seiten des Rechnungsprüfungsamtes als zulässig eingestuft.

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez. Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: ESi

Siegen, 29.08.2023

Bearbeitet von: Herrn Quandel

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss

22.09.2023

Rat

18.10.2023

Kurzbezeichnung:

Jahresabschluss 2022

Beschlussvorschlag:

1. Der Betriebsausschuss empfiehlt, der Rat beschließt den Jahresabschluss zum 31.12.2022 mit Anhang und Lagebericht (Anlage1, incl. Bestätigungsvermerk), festzustellen, den Jahresüberschuss in Höhe von 1.690.205,89 € zu 205,89 € auf neue Rechnung vorzutragen und 1.690.000 € in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen.
2. Der Betriebsausschuss beschließt, der Betriebsleitung Entlastung zu erteilen (§ 5 Abs. 5 EigVO NRW).
3. Der Rat beschließt, dem Betriebsausschuss Entlastung zu erteilen (§ 4, S. 1 c EigVO NRW).

Sachverhalt / Begründung:

Weiterer Vortrag erfolgt bei Bedarf mündlich in der Sitzung.

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

Stephan Roth

Betriebsleitung

gez.

Christof Quandel

**Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)
Siegen**

**Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses und des Lageberichts
zum: 31. Dezember 2022**

INHALTSVERZEICHNIS

A. Prüfungsauftrag	3
B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung	5
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	7
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	10
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
2. Jahresabschluss	11
3. Lagebericht	12
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen	13
E. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG	14
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	15

A. Prüfungsauftrag

Aufgrund unserer Wahl zum Abschlussprüfer durch den Betriebsausschuss erteilte uns der

**Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi),
Siegen,**

- im Folgenden auch kurz "ESi" oder "Betrieb" genannt -

den Auftrag, den Jahresabschluss des ESi für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für dieses Wirtschaftsjahr zu prüfen.

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung im Sinne von § 107 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) geführt. Der Betrieb ist in entsprechender Anwendung der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) verpflichtet, einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen, prüfen zu lassen und dem Rat der Stadt Siegen zur Feststellung vorzulegen. Die Prüfungspflicht gründet sich auf § 103 GO NRW.

Gemäß § 103 Abs. 3 GO NRW hatte sich unsere Prüfung auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte im Sinne von § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) zu erstrecken.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n. F.) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. bis E. im Einzelnen dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss - bestehend aus der Bilanz (**Anlage 3**), der Gewinn- und Verlustrechnung (**Anlage 4**) und dem Anhang (**Anlage 5**) - sowie den geprüften Lagebericht (**Anlage 6**) beigefügt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als **Anlage 7** beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017" zugrunde.

B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung Stellung.

Die Betriebsleitung hat insbesondere im Lagebericht (**Anlage 6**) und daneben im Jahresabschluss (**Anlagen 3 - 4**) und im Anhang (**Anlage 5**) die **wirtschaftliche Lage des Betriebes** beurteilt. Folgende Kernaussagen der Betriebsleitung sind hervorzuheben:

- (a) Der Betrieb verfolgt nach § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht. Durch die Bildung von Gebührenausgleichsverbindlichkeiten ist dem Rechnung getragen. Mehrerlöse und Kosteneinsparungen fließen den Gebührenzahlern durch die Gebührenaussgleiche in späteren Jahren wieder zu.
- (b) Die Betriebsleitung sieht die Erwartungen an den Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2022 erfüllt. Es wurde ein über dem Planergebnis von TEUR 1.544 liegender Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.690 (Vorjahr: TEUR 2.552) erwirtschaftet.
- (c) Es wurden TEUR 18.624 für Investitionen aufgewendet. Die Abweichung zur geplanten Investitionssumme von TEUR 22.302 ist im Wesentlichen durch geringere Investitionen im Kanalbereich bedingt.
- (d) Die Nettokreditaufnahme bei Kreditinstituten (abzüglich Tilgungen) fiel im Wirtschaftsjahr mit TEUR 4.043 statt der geplanten TEUR 9.675 entsprechend niedriger aus.
- (e) Die Liquidität des Betriebes war zu jeder Zeit ausreichend. Zum Ausgleich von Liquiditätslücken wurden Kassenkredite beschafft.
- (f) Für die zukünftige Entwicklung des Betriebes sieht die Betriebsleitung Chancen in ausreichenden regelmäßigen Investitionen in das Kanalnetz und in die Kläranlagen sowie in vorausschauender Unterhaltung der Anlagen, um eine dauerhaft niedrige Abwasserabgabe und die Vermeidung von größeren Einmalinvestitionen zu erreichen. Als Risiko werden hauptsächlich neue gesetzliche Vorgaben eingestuft, die kurzfristige Investitionen erfordern können.

- (g) Das bis 2027 geplante jährliche Investitionsvolumen liegt zwischen EUR 13,9 Mio. und EUR 19,3 Mio. Es soll - wie bisher - weitgehend durch Darlehen finanziert werden.
- (h) Für die folgenden Wirtschaftsjahre sind weiterhin positive Jahresergebnisse geplant; für das Wirtschaftsjahr 2023 geht die Betriebsleitung von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 723 aus.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Betriebes einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die **Buchführung**, der nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256a HGB), den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften (§§ 264 bis 288 HGB), den rechtsformspezifischen Vorschriften der EigVO NRW, den weiteren landesspezifischen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebsatzung aufgestellte **Jahresabschluss** für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, und der **Lagebericht** für das Wirtschaftsjahr 2022.

Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht tragen die gesetzlichen Vertreter des Betriebes.

Unsere Aufgabe war es, die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen einer Prüfung dahingehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen der Betriebsatzung beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Betriebes vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Unsere Jahresabschlussprüfung war auftragsgemäß gemäß **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** erweitert. Wir haben hierzu den vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet.

Unsere Prüfung hatte sich nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Betriebes oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung zugesichert werden kann (§ 317 Abs. 4a HGB). Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war ebenfalls nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Unsere **Prüfung** haben wir im Juni 2023 im Verwaltungsgebäude des Betriebes und in unserem Büro durchgeführt.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 20. Juli 2022 versehene **Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2021**.

Bei **Durchführung der Prüfung** haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB, § 103 GO NRW und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebes wesentlich auswirken, erkennen konnten.

Gegenstand unseres Auftrags waren nicht die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Unterschlagungen oder sonstige Untreuehandlungen, und außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden.

Die gesetzlichen Vertreter des Betriebes sind für die Einrichtung und Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten verantwortlich; die Überwachung obliegt dem Betriebsausschuss und dem Rat der Stadt Siegen, die dabei auch das Risiko der Umgehung von Kontrollmaßnahmen berücksichtigen.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung des Betriebes und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Auf Basis der von uns festgestellten und beurteilten Fehlerisiken haben wir ein Risikoprofil für die Angaben in der Rechnungslegung erstellt. Zu diesem Zweck haben wir Prüfungshandlungen zur Risiko-beurteilung durchgeführt und uns zunächst ein Verständnis vom Betrieb und dessen rechtlichen und wirtschaftlichen Umfeld verschafft, um die Geschäftsrisiken zu bestimmen, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Unter Berücksichtigung des Risikoprofils haben wir, soweit wir es für erforderlich hielten, Funktionsprüfungen zur Wirksamkeit des auf die Rechnungslegung bezogenen internen Kontrollsystems sowie aussagebezogene Prüfungshandlungen in Form von analytischen Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungen durchgeführt.

Aufgrund der bei der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereiche haben wir folgende **Prüfungsschwerpunkte** gesetzt:

- periodengerechte Erfassung der Umsatzerlöse,
- Kreditwesen/Finanzwirtschaft einschließlich Bilanzierung derivativer Finanzgeschäfte,
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen,
- Bewertung der Gebührenaussgleichsverpflichtungen,
- Ansatz und Bewertung des Anlagevermögens.

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der **Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen** die Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet. Die Kenntnisse über die Betriebstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Betriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler wurden berücksichtigt. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur **Prüfung des Nachweises** der Vermögens- und Schuldposten des Betriebes haben wir u. a. Liefer- und Leistungsverträge, Darlehensverträge und Eingangsrechnungen, Bestandsverzeichnisse sowie sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen. Bankbestätigungen und Rechtsanwaltsbestätigungen wurden vollständig und Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten in bewusst ausgewählten Stichproben eingeholt.

An der Inventur der Vorräte haben wir im Hinblick auf die Geringfügigkeit der Bestände nicht teilgenommen. Die Bestände wurden uns durch geeignete Aufzeichnungen nachgewiesen.

Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen haben uns versicherungsmathematische Berechnungen der Heubeck AG für die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe, Münster, vorgelegen, deren Ergebnisse wir verwerten konnten.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren **Arbeitspapieren** festgehalten.

Alle von uns erbetenen **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** sind uns von der Betriebsleitung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Betriebsleitung in der berufsüblichen **Vollständigkeitserklärung** schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Betriebes wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (**Finanz- und Anlagenbuchhaltung**) des Betriebes erfolgt unter Verwendung des Programms Rechnungswesen kommunal pro der DATEV eG, Nürnberg.

Das vom Betrieb im Rahmen der Buchführung eingerichtete rechnungslegungsbezogene **interne Kontrollsystem (IKS)** sieht dem Betriebszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor.

Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Die **Organisation der Buchführung**, das rechnungslegungsbezogene IKS und der Datenfluss ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der **Kontenplan** ist ausreichend gegliedert, das **Belegwesen** ist klar und übersichtlich geordnet.

Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der (von uns geprüften) Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt ordnungsgemäß geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Organisation des Rechnungswesens ist den Verhältnissen des Betriebes angemessen.

Die Informationen, die aus den **weiteren geprüften Unterlagen** entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Der Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - wurde gemäß §§ 21 bis 24 EigVO NRW i. V. m. den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögens- und Finanzlage hat der Betrieb das Gliederungsschema nach § 266 HGB zulässigerweise und stetig um folgende Posten erweitert:

- Unter den Immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden geleistete "Baukostenzuschüsse" und "Baukostenzuschüsse für Anlagen im Bau" gesondert aufgeführt.
- Die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Siegen / anderen Eigenbetrieben, gegenüber der städtischen Eigengesellschaft Siegener Versorgungsbetrieb GmbH (SVB), gegenüber dem Tochterunternehmen ESi GmbH sowie gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen werden jeweils gesondert ausgewiesen.
- Im Eigenkapital sind die Rücklagen kommunalspezifisch weiter untergliedert in "Allgemeine Rücklage" und "Zweckgebundene Rücklagen". "Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter" werden daneben in einem gesonderten Posten dargestellt.
- Nach dem Eigenkapital ist ein Sonderposten für die empfangenen Investitionszuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens eingefügt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften, den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung.

3. Lagebericht

Der Lagebericht entspricht § 25 EigVO NRW i. V. m. § 289 HGB. Er steht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang. Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebes. Nach unserer Auffassung sind im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht die vorgeschriebenen Angaben enthält und die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts beachtet worden sind.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. als **Gesamtaussage des Jahresabschlusses** - wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebes vermittelt.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

In dem Jahresabschluss der ESi wurden folgende **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** zugrundegelegt:

- Es erfolgten lineare Abschreibungen über die geschätzte betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, sofern deren Nutzung zeitlich begrenzt ist.
- Empfangene Zuschüsse für Investitionen in das Anlagevermögen wurden in einem Sonderposten für Investitionszuschüsse passiviert und über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögens ertragswirksam aufgelöst. Die Auflösungserträge für Kanalanchlussbeiträge wurden in Posten "Umsatzerlöse" ausgewiesen. Für die anderen Zuschüsse erfolgte der Ausweis der Auflösungserträge im Posten "sonstige betriebliche Erträge".
- Der Posten "Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen" beinhaltet dienstzeitanteilig dem Betrieb zugeordnete Versorgungs- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber Beamten und Pensionären. Sie wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" von Klaus Heubeck gemäß § 22 Abs. 3 EigVO NRW nach der Teilwertmethode unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 5 % bewertet. Mit der Stadt Siegen wurde am 14. Juli 2017 eine Freistellung des ESi von der Verpflichtung zur Zahlung von Beihilfen an Pensionäre vereinbart. Die Inanspruchnahme der Beihilfen-Rückstellungen des ESi erfolgt im Zeitpunkt der Pensionierung durch eine einmalige Ausgleichszahlung an die Stadt.
- Alle zum 31. Dezember 2022 bestehenden Zinsswapverträge wurden mit variabel verzinslichen Darlehen gegenüber Kreditinstituten zu Bewertungseinheiten im Sinne von § 254 HGB zusammengefasst. Die gegenläufigen Wertänderungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts werden im Jahresabschluss durch Anwendung der „Einfrierungsmethode“ nicht ausgewiesen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden **unverändert** zum Vorjahr angewendet.

Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (**Anlage 5**).

E. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir gemäß § 103 Abs. 3 GO NRW die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handels- und landesrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung, geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht in Abschnitt B. (Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung) und in Anlage 2 (Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

Vorjahresbeanstandungen waren nicht zu berücksichtigen.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 (Anlagen 3 bis 5) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022 (Anlage 6) des Entsorgungsbetriebs der Stadt Siegen (ESi), unter dem Datum vom 11. Juli 2023 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Entsorgungsbetriebs der Stadt Siegen (ESi),

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Entsorgungsbetriebs der Stadt Siegen (ESi), Siegen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Entsorgungsbetriebs der Stadt Siegen (ESi), für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) i.V.m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Betriebs zum 31. Dezember 2022 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht § 25 EigVO NRW i.V.m § 289 HGB und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 103 der Gemeindeordnung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Betrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Betriebsausschusses für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften EigVO NRW i.V.m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Betriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, dem § 25 EigVO NRW i.V.m. § 289 HGB entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit § 25 EigVO NRW i.V.m. § 289 HGB zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Betriebsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Betriebs zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Betriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, dem § 25 EigVO NRW i.V.m. § 289 HGB entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 103 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Betriebs abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Betriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Betrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Betriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Betriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."


Wir erstatten diesen Prüfungsbericht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n. F. (10.2021)).

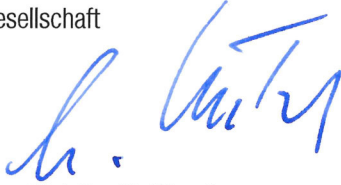
Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Siegen, 11. Juli 2023



8P Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Dipl.-Kfm. U. Koch
Vereidigter Buchprüfer


Dipl.-Bw. M. Künzel
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Anlagen:

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	1
Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720)	2
Bilanz zum 31. Dezember 2022	3
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022	4
Anhang zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2022	5
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022	6
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017	7

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Name:	Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi).
Sitz:	Siegen.
Rechtsform, Aufgaben:	<p>Eigenbetriebsähnliche Einrichtung (gemäß § 107 Abs. 2 GO NRW) der Stadt Siegen für die Abwasserbeseitigung und damit in Zusammenhang stehende Aufgaben.</p> <p>Der Betrieb wurde zum 1. Januar 1997 durch Ausgliederung des Amtes für Stadtentwässerung und Wasserbau aus dem allgemeinen städtischen Haushalt gebildet.</p> <p>Der Betrieb verfolgt nach § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht.</p>
Wesentliche Satzungen:	<ul style="list-style-type: none">• Betriebssatzung für den Eigenbetrieb der Stadt Siegen für Entwässerung vom 7. März 1997 in der Fassung der 4. Änderungssatzung gemäß Ratsbeschluss vom 19. Juni 2019 gilt seit dem 01. Januar 2020 unverändert.• Seit dem 01. Januar 2022 gilt die Neufassung der Satzung der Stadt Siegen über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Abwassersatzung) vom 24. November 2021.• Die Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen, Abwassergebühren und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse und Verwaltungsgebühren (Gebührensatzung) galt im Berichtsjahr in der Fassung vom 24. November 2021. Zum 01. Januar 2023 trat eine Neufassung der Gebührensatzung vom 21. Dezember 2022 in Kraft.

- Allgemeine Regelungen der Stadt:
- Hauptsatzung der Stadt Siegen.
 - Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Siegen und seine Ausschüsse.
 - Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates.
 - Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Siegen.
 - Richtlinien der Stadtverwaltung Siegen zur Verhinderung von Manipulation und Korruption.
 - Dienstanweisung der Stadt Siegen über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen.
 - Dienstanweisung zum Datenschutz in der Stadtverwaltung Siegen.

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr.

Stammkapital: EUR 2.000.000,00
(gemäß § 11 der Betriebssatzung).

Rat der Stadt Siegen: Oberstes Organ des Betriebes.

Zuständigkeit gemäß GO NRW, § 4 EigVO NRW und § 5 der Betriebssatzung.

Bürgermeister der Stadt Siegen: Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Mitarbeiter des Betriebes.

Betriebsausschuss: Zuständigkeit gemäß § 5 EigVO NRW und § 4 der Betriebssatzung.

Bestehend aus 13 Mitgliedern, die im Anhang namentlich benannt werden.

Wichtige Beschlüsse:

Der Betriebsausschuss hat der Betriebsleitung mit Beschluss vom 16. September 2022 für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Mit Beschlüssen des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 19. Oktober 2022 wurden

- der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2021 festgestellt,
- der Jahresüberschuss 2021 in Höhe von EUR 2.552.286,62 zu EUR 52.286,62 zusammen mit dem Gewinnvortrag auf neue Rechnung vorgetragen und EUR 2.500.000,00 in eine zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung eingestellt und
- dem Betriebsausschuss für das Wirtschaftsjahr 2021 Entlastung erteilt.

Am 21. Dezember 2022 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen

- den Wirtschaftsplan 2023,
- die Gebührenkalkulation 2023 sowie
- die Neufassung der Gebührensatzung ab dem 01. Januar 2023

beschlossen.

Wirtschaftsplan:

Der Wirtschaftsplan besteht gemäß §§ 14 - 18 EigVO NRW aus Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung.

Die Abweichungen zwischen den für das Berichtsjahr geplanten und den getätigten Investitionen sowie dem Erfolgsplan und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr werden im Lagebericht (Anlage 6) im Abschnitt "Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage" dargestellt.

Der **Wirtschaftsplan 2023** sieht im Erfolgsplan einen Jahresüberschuss von TEUR 723 vor. Investitionen sind für das Jahr 2023 mit TEUR 19.301 veranschlagt. Die Finanzierung soll im Wesentlichen mittels Kreditaufnahmen und aus Mittelzuflüssen der laufenden Geschäftstätigkeit erfolgen. Neben der Vereinnahmung von Zuschüssen in Höhe von TEUR 100 ist eine Nettokreditaufnahme bei Banken in Höhe von TEUR 11.767 geplant.

Die **Gebührensätze** wurden für 2023 im Wesentlichen beibehalten.

Betriebsleitung/Vertretung:

Gemäß § 9 Abs. 1 der Betriebssatzung wird die Stadt Siegen unbeschadet der anderen Organen zustehende Entscheidungsbefugnisse in den Angelegenheiten des Betriebes durch die Betriebsleitung vertreten.

Technischer Betriebsleiter ist Herr Stephan Roth.

Kaufmännischer Betriebsleiter ist Herr Christof Quandel.

Stellvertreter der Betriebsleiter ist Herr Daniel Scheidt.

Abwasserverband
Siegen-Kirchen:

Wasser- und Bodenverband gemäß des Wasserverbandsgesetzes (Körperschaft des öffentlichen Rechts) der Stadt Siegen und der Verbandsgemeinde Kirchen mit Sitz in Siegen, 1972 gegründet.

Verbandsgegenstand:

Insbesondere Reinigung der Abwässer aus dem Verbandsgebiet einschließlich Zuleitung der Abwässer zu der Verbandskläranlage Büdenholz, wobei die Abwassersammlung Aufgabe der Verbandsmitglieder ist.

Mitglieder und Verbandsgebiet:

- Stadt Siegen hinsichtlich Eiserfeld, Eisern, Niederschelden, Gosenbach und Oberschelden (rd. 22.000 angeschlossene Einwohnerwerte),
- Verbandsgemeinde Kirchen hinsichtlich Niederschelderhütte, Birken, Mudersbach und Brachbach (rd. 16.000 angeschlossene Einwohnerwerte).

Verbandssatzung vom 18. September 2007, in Kraft getreten zum 1. Januar 2008.

Geschäftsführung: Gemäß § 20 der Verbandssatzung in Verbindung mit § 1 Abs. 3 der ESi-Betriebssatzung obliegt ESi die kaufmännische und technische Geschäftsführung des Abwasserverbandes.

Verbandsfinanzierung: Vollständig im Umlageverfahren.

Wichtige Verträge:

Vertrag der Stadt Siegen mit der Siegenger Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) vom 28. Dezember 1987 über die **Erhebung und den Einzug der Schmutzwassergebühren** im Namen und auf Rechnung der Stadt Siegen. Mit Änderungsvereinbarung vom 11. Juli 2017 wurde eine am Verbraucherpreisindex orientierte jährliche Vergütungsfortschreibung vereinbart.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein vom 14./15. Dezember 1995 über die **Mitbehandlung des Sickerwassers aus der Abfalldéponie Fludersbach** in der Kläranlage Siegen.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Freudenberg, neu gefasst am 14. Juni 2016, über die **Ableitung und Reinigung von Abwässern aus den Freudenger Stadtteilen Alchen, Bühl, Nieder- und Oberholzklau** durch das Kanalnetz der Stadt Siegen bzw. in der Kläranlage Siegen.

Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die **Abwasserbeseitigung des Stadtteils Netphen-Dreis-Tiefenbach** mit der Stadt Netphen vom 10./17. November 2003 .

Die **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Abwasserbeseitigung mit der Stadt Kreuztal** vom 01. Dezember 2021 trat am 01. Januar 2022 in Kraft und hat eine Mindestlaufzeit bis zum 31. Dezember 2027. Geregelt ist

a) eine Mitbenutzung der Kläranlage Buschhütten der Stadt Kreuztal für Abwässer aus den Siegenger Stadtteilen Niedersetzen und Obersetzen und

b) eine Übernahme der in den Kreuztaler Klärwerken anfallenden Klärschlämme durch ESi zur weiteren Entwässerung.

Nach der Mindestlaufzeit verlängert sich die Vereinbarung um jeweils 5 Jahre. Die Kündigungsfrist beträgt 5 Jahre für a) und 1 Jahr für b) zum jeweiligen Laufzeitende.

Die vorgenannte Vereinbarung wird ergänzt durch eine **Ausführungsvereinbarung** dem 25. November 2021, in der die Einzelheiten gesondert geregelt sind.

Abwasserbeseitigungskonzept:

Nach § 53 LWG NRW besteht die Verpflichtung zur Aufstellung eines Abwasserbeseitigungskonzeptes, zu seiner Vorlage bei der oberen Wasserbehörde und zu seiner Umsetzung in Abstimmung mit dieser.

Jeweils im Abstand von sechs Jahren ist das ABK erneut vorzulegen (Fortschreibung). Die 7. Fortschreibung für den Zeitraum 2018 bis 2023 wurde vom Rat der Stadt Siegen am 20. Dezember 2017 beschlossen.

Steuerliche Verhältnisse:

Der Betrieb unterliegt mit seiner Haupttätigkeit keiner Steuerpflicht, da die Abwasserbeseitigung nach derzeitiger Rechtslage keinen Betrieb gewerblicher Art darstellt, sondern aufgrund ihrer öffentlich-rechtlichen Aufgabenstellung ein Hoheitsbetrieb (insbesondere auf den Gebieten des Gesundheitswesens, des Umweltschutzes und der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) ist.

Satzungsmäßige Entgelte:

Kanalbenutzungsgebühren

Seit dem 01. Januar 2022 gelten folgende Gebührensätze:

EUR 2,20 je m³ Schmutzwasser,

EUR 0,84 je m² bebauter/befestigter Fläche.

Kanalanschlussbeitrag

EUR 2,50 je m² Veranlagungsfläche

(davon 60 % bei einem Anschluss nur für Schmutzwasser und 40 % bei einem Anschluss nur für Niederschlagswasser).

Gebühren für die Entleerung von Kleinkläranlagen

EUR 71,31 (ab 2023: EUR 74,68)

je m³ abgefahrenen Klärschlamm.

Gebühr für die Entleerung von abflusslosen Gruben

EUR 63,31 (ab 2023: EUR 67,68)

je m³ ausgepumpte/abgefahrte Menge.

Kostenersatz für Anschlusskanäle

Abrechnung des Aufwands für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung und Unterhaltung auf der Grundlage der tatsächlichen Kosten.

Betriebsanlagen:

Eine Übersicht über die wichtigsten Betriebsanlagen enthält der Anhang (Anlage 5).

FRAGENKATALOG ZUR PRÜFUNG NACH § 53 HGrG (IDW PS 720)

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Entsprechende Regelungen sind in der Betriebssatzung, im Organisationsplan und in der "Konzeption des Finanzmanagements im ESi" (vgl. Fragenkreis 5) enthalten und stellen in Bezug auf die Betriebsgröße ein Mindestmaß dar.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr 2022 haben vier Sitzungen des Betriebsausschusses stattgefunden. Die Sitzungsniederschriften haben wir eingesehen und zu den Akten genommen.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Betriebsleiter sind angabegemäß in keinem Kontrollgremium tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Ja. Die Gesamtbezüge jedes Betriebsleiters werden im Anhang angegeben. Es handelt sich um fest vereinbarte Bezüge, so dass eine Aufteilung nach den genannten Komponenten nicht erforderlich war.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses haben vom Betrieb Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen gemäß Entschädigungsverordnung erhalten. Die Gesamtbeträge werden je Mitglied bzw. stellvertretendem Mitglied im Anhang angegeben.

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind, wird danach verfahren und erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ja. Der Betrieb hat seinen Organisationsplan zuletzt an die zum 1. Januar 2020 geänderte Satzung angepasst.

Der kaufmännische Betriebsleiter ist für den Bereich Finanz- und Rechnungswesen sowie für den Bereich Verwaltung und Bürgerservice zuständig.

Der technische Betriebsleiter ist für die Bereiche Kanalbetrieb, Kläranlagen, Planung und Bauleitung zuständig.

Der Organisationsplan wird bei Bedarf aktualisiert.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung ergaben sich keine Hinweise auf eine Nichtbeachtung des Organisationsplans.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Allgemein gelten für den Betrieb die kommunalrechtlich vorgegebenen Regelungen/Vorkehrungen und die speziellen Bestimmungen der Stadt Siegen zur Korruptionsprävention.

Neben dem Korruptionsbekämpfungsgesetz (KorruptionsbG) des Landes NRW vom 16. Dezember 2004 und dem hierzu - für den kommunalen Bereich mit Anwendungsempfehlung - ergangenen Runderlass des Innenministeriums vom 26. April 2005 sind hier insbesondere der Runderlass "Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung" des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 20. August 2014 sowie die "Dienstweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen" der Stadt Siegen zu nennen.

Gemäß Organisationsverfügung des Bürgermeisters vom 2. November 2006 besteht seit 1. Dezember 2006 bei ESi eine Sondervergabestelle "für alle förmlichen sowie die nicht-förmlichen (freihändigen) Vergaben aus dem Zuständigkeitsbereich des Entsorgungsbetriebes" unter der unmittelbaren Dienst- und Fachaufsicht der Betriebsleitung, so dass seit diesem Zeitpunkt die bei der Stadt Siegen eingerichtete "Zentrale Vergabestelle" nicht für den Betrieb zuständig ist.

Die Betriebsleitung sieht ein reduziertes Risiko für Korruption bei ESi auch durch folgende Maßnahmen:

Die Sondervergabestelle ist dem kaufmännischen Betriebsleiter unterstellt. Dies sichert eine gewisse Unabhängigkeit; denn die Vergaben betreffen weitestgehend den technischen Bereich.

Bei 90% der Aufträge sind Ingenieurbüros als unabhängige Dritte mit der Rechnungsprüfung betraut.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Es bestehen für den Betrieb allgemeine kommunale und branchenmäßige Verordnungen und Vorgaben sowie Dienstanweisungen der Stadt Siegen im obigen Sinne.

Zu Vergaben vergleiche Antwort c).

Für das Personalwesen ist das Tarifvertragsrecht des öffentlichen Dienstes und das Beamtenrecht anzuwenden, wobei die Personalverwaltung im Wesentlichen zentral von der Stadt Siegen durchgeführt wird, die sich für die Lohn- und Gehaltsabrechnungen des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe in Lemgo bedient.

Des Weiteren ist auf die Vorgaben des Wirtschaftsplanes und durch Rats- und Betriebsausschussbeschlüsse zu verweisen.

Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte auf abweichende Verfahrensweisen ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verwaltung und Aufbewahrung der Verträge erfolgt nach den üblichkeiten in der Kommunalverwaltung. Darüber hinaus wird derzeit ein elektronisches Dokumenten-Managementsystem aufgebaut, in dem alle Verträge abgelegt sind und eine automatische Fristen- und Zahlungsüberwachung erfolgt.

Für jedes an die Kanalisation angeschlossene Grundstück wird beim Betrieb eine separate Akte geführt.

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Ja. Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Betriebes. Es werden jährlich Wirtschaftspläne samt mittelfristiger Investitions- und Finanzplanung gemäß §§ 14 - 18 EigVO NRW erstellt. Des Weiteren erfolgt eine wöchentliche Liquiditätsplanung sowie eine jährliche Gebührenbedarfsberechnung. Ein aktuelles Abwasserbeseitigungskonzept gemäß § 53 LWG NRW liegt vor. Die sachlichen und zeitlichen Zusammenhänge von Projekten sind bei den Investitionsplanungen erkennbar.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Ja. Es erfolgt eine laufende Projektüberwachung bei Baumaßnahmen. In den Quartalsberichten und im jährlichen Lagebericht werden die Planabweichungen dargestellt und deren Ursachen erläutert.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Ja. Es liegt eine DATEV-Finanzbuchhaltung mit integrierter Kostenstellenrechnung und Anlagenbuchhaltung vor. Die einzelnen Zweige des Rechnungswesens entsprechen der Größe und den besonderen Anforderungen des Betriebes.

Gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG NRW erfolgt jährlich eine Gebühreennachkalkulation. Die betriebswirtschaftlich ansatzfähigen Kosten werden dazu strukturiert den Gebührenarten zugerechnet. Die dabei festgestellten Kostenüberdeckungen durch Gebühren werden periodengerecht zu Lasten der Gebührenerträge des Wirtschaftsjahres (Umsatzerlöse) verbucht und in der Bilanz als sonstige Verbindlichkeit (gegenüber den Gebührenzahlern) ausgewiesen.

Die Nachkalkulationen für das Wirtschaftsjahr 2022 ergaben folgende Beträge: EUR

Schmutzwassergebühr	Unterdeckung	-97.625,00
Niederschlagswassergebühr	Überdeckung	420.030,00

Die sonstigen Verbindlichkeiten aus Gebührenüberdeckungen betragen zum 31. Dezember 2022: EUR

Schmutzwassergebühr	1.391.363,00
Niederschlagswassergebühr	1.129.147,00

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Ja. Das Finanzmanagement erfolgt durch die kaufmännische Abteilung.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Es gilt eine Cash-Pooling-Vereinbarung zwischen dem Betrieb und dem Abwasserverband Siegen-Kirchen. Da die Buchhaltung für beide zentral von ESi erledigt wird, ist die einheitliche Einhaltung der Regelungen (insbesondere zur Verzinsung) sichergestellt.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Ja. Der Betrieb erhebt im Wesentlichen Gebühren und Beiträge auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW). Die Schmutzwassergebühren werden aufgrund eines entsprechenden Vertrages von der SVB GmbH, der die Trinkwasserversorgung im Gebiet der Stadt Siegen obliegt, im Namen und für Rechnung der Stadt erhoben. Die Niederschlagswassergebühr wird von der Stadt Siegen zusammen mit den übrigen Grundbesitzabgaben erhoben. Das Mahnwesen obliegt bei diesen Gebühren bei der SVB GmbH bzw. der Stadt. Es werden angemessene Abschlagszahlungen eingefordert und an den Betrieb weitergeleitet.

Im Übrigen werden Kanalanschlussbeiträge, Gebühren für die Entleerung von Kleinkläranlagen, Genehmigungsgebühren, Kostenerstattungen von der Stadt Siegen und den Städten Freudenberg und Netphen vom Betrieb selbst abgerechnet und zeitnah und effektiv abgewickelt.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Ja. Das Controlling entspricht den Anforderungen des Unternehmens und umfasst alle wesentlichen Unternehmensbereiche.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Ja. Die Geschäftsführung und seit dem 10. September 2021 auch die Liquidation der einzigen Tochtergesellschaft des Betriebes, der ESi GmbH, wurde durch den kaufmännischen Betriebsleiter wahrgenommen. Die Finanzbuchhaltung der ESi GmbH erfolgte beim Entsorgungsbetrieb.

4. Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?
- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?
- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?
- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Zu a) bis d) insgesamt

Der Betrieb hat ein Risikofrüherkennungssystem im Sinne von § 10 Abs. 1 EigVO NRW eingerichtet und dies mit den vier Quartalsberichten des Risikomanagements dokumentiert. Bei dem Risikofrüherkennungssystem wurde auf zahlreiche bereits in diesem Sinne vorhandene und angewendete Organisationsregeln und -strukturen und Maßnahmen-Vorgaben aufgebaut.

Die Risikoarten wurden von der Betriebsleitung und dem Controller identifiziert und in Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitern und Fachverantwortlichen kommuniziert, diskutiert und bewertet. Insbesondere wurden die fünf Punkte des § 10 Abs. 1 EigVO NRW, Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation, Risikoüberwachung/Risikofortschreibung und Risikodokumentation herausgearbeitet. Da es sich bei ESi um eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung handelt, die die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung erfüllt, liegen bestandsgefährdende Risiken der für die Marktwirtschaft typischen Arten nicht vor. Insgesamt wurden unterhalb der Ebene der bestandsgefährdenden Risiken vier - ihrer Einflussnahme zugängliche - Haupt-Risikoarten identifiziert und bewertet. Sofern möglich wurden Maßnahmen entwickelt, um diese Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird kontinuierlich überprüft.

Die Berichterstattung und Beurteilung der Risiken erfolgt derzeit im Rahmen des Risikomanagements bei den langfristig eintretenden Risiken jährlich, bei denen die kurzfristig eintreten können, quartalsweise.

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
 - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
 - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
 - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?
- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?
- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf
- Erfassung der Geschäfte
 - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
 - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
 - Kontrolle der Geschäfte?
- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?
- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Zu Fragen a) bis f) insgesamt:

Die Geschäfte dienen ausschließlich der Zinsaufwandsoptimierung. Zur Anzahl und zum Umfang der Geschäfte sowie zu deren bilanzieller Behandlung verweisen wir auf den Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" im Anhang (Anlage 5).

Die derivativen Finanzgeschäfte werden durch den kaufmännischen Betriebsleiter vorbereitet und dann gemeinsam mit dem technischen Betriebsleiter abgeschlossen. Im letzten Jahr wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen.

Für die einzelnen Geschäfte werden grundsätzlich Angebote von mehreren Kreditinstituten eingeholt.

Der Betriebsausschuss wird in seiner jeweils nächsten Sitzung über die abgeschlossenen Derivatgeschäfte informiert (mit Protokollierung in der Sitzungsniederschrift) und erhält viermal jährlich eine tabellarische Übersicht über sämtliche schwebende Derivatgeschäfte und deren Wertentwicklung und Risikoeinschätzung.

Die Verantwortlichen der Stadtverwaltung Siegen werden durch die Beschlussvorlagen und die Niederschriften über die Sitzungen des Betriebsausschusses über die derivativen Finanzgeschäfte informiert.

Die abgeschlossenen Verträge werden laufend auf ihre Marktwertentwicklung hin überwacht.

6. Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?
- b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?
- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?
- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?
- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?
- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Zu a) bis f) insgesamt:

Eine eigene interne Revision besteht aufgrund der Betriebsgröße nicht.

Es erfolgen stattdessen Prüfungen des Betriebes durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen und durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen.

Im Rahmen unserer Prüfungsplanung haben wir uns über die Prüfungen im Berichtsjahr informieren lassen. Eine vorherige Abstimmung war nicht erforderlich.

Das Rechnungsprüfungsamt hat nach eigenen Angaben im Berichtsjahr für ESi 80 Vergaben nach VOL, VOB, VgV, UVgO und ohne Vergabeordnung im Gesamtauftragswert von EUR 10,6 Mio. vor der jeweiligen Auftragsvergabe geprüft. Auftragsvergaben unter EUR 2.500 wurden gemäß "Dienstabweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen" nicht geprüft.

Beanstandungen wurden auskunftsgemäß im Einzelfall unmittelbar ausgeräumt und uns nicht berichtet.

7. **Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Bei unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Den oben genannten Personen sind keine Kredite gewährt worden.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Bei unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Verstöße gegen Gesetz, Betriebssatzung und Beschlüsse des Rates der Stadt Siegen und des Betriebsausschusses sind uns nicht bekannt geworden.

8. **Durchführung von Investitionen**

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Unter Berücksichtigung des Betriebszieles einer flächendeckenden Abwasserentsorgung ergaben sich nach unseren Erkenntnissen keine Anhaltspunkte dafür, dass die Planung und Abwägung der Investitionsvorhaben nicht sachgerecht erfolgt sind.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Nein. Bei unserer Prüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Ja. Es erfolgten derartige Projektüberwachungen und Meldungen an die Betriebsleitung.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Nein. Für das Wirtschaftsjahr 2022 waren laut Wirtschaftsplan Investitionen in Höhe von TEUR 22.302 geplant. Tatsächlich investiert wurden TEUR 18.624. Auch in der Einzelbetrachtung liegen auskunftsgemäß keine wesentlichen Überschreitungen von Einzelbudgets vor. In den von uns geprüften Einzelmaßnahmen im Bau wurden absehbare Planüberschreitungen von den Projektleitern rechtzeitig der Betriebsleitung und ggf. dem Betriebsausschuss zur Genehmigung vorgelegt.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Bei unserer Abschlussprüfung haben sich keine derartigen Anhaltspunkte ergeben.

9. Vergaberegelnungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelnungen (z.B. VOB, EU-Regelnungen) ergeben?

Auftragsvergaben bis TEUR 150 (netto) erfolgten durch die Betriebsleitung.

Ein großer Teil der Auftragsvergaben über TEUR 150 (netto) erfolgten aufgrund von Dringlichkeitsentscheidungen mit anschließender Genehmigung durch den Betriebsausschuss.

Das Vergabewesen ist regelmäßig Gegenstand von Prüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Siegen; vgl. Fragenkreis 6.

Andere offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelegungen haben wir im Zuge unserer Prüfung nicht festgestellt.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelnungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Das Auftragsvergabewesen des Betriebes entspricht den Üblichkeiten in der Kommunalverwaltung auf der Grundlage der entsprechenden Verdingungsordnungen.

Für Kreditaufnahmen auf dem Kapitalmarkt werden in angemessenem Umfang Konditionsangebote eingeholt.

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Ja. Es wurden vierteljährliche Zwischenberichte gemäß § 20 EigVO NRW erstellt und auskunftsgemäß an die Mitglieder des Betriebsausschusses verschickt.

Der Betriebsausschuss wird zudem in jeder Sitzung über die wesentlichen Betriebsangelegenheiten informiert. Weitere Berichterstattungen erfolgen im Zuge der Beratungen von Wirtschafts- und Finanzplanung, Entgeltskalkulationen, Jahresabschluss und Auftragsvergaben und durch fallweise Sachstandsberichte, Auskünfte oder Mitteilungen aufgrund von Anfragen der Gremiumsmitglieder oder ausgehend von der Betriebsleitung sowie im Rahmen von Besichtigungen von Betriebsanlagen und Baumaßnahmen.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Soweit aus den Zwischenberichten, Sitzungsvorlagen und -niederschriften des Betriebsausschusses ersichtlich, ist ein zutreffender Eindruck gemäß der Fragestellung vermittelt worden.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Nach den Sitzungsniederschriften des Betriebsausschusses erfolgte die Berichterstattung über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah. Im Rahmen unserer Abschlussprüfung haben wir keine nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäftsvorfälle, erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen festgestellt. Ungewöhnliche oder risikoreiche Geschäfte lagen im Wirtschaftsjahr nicht vor.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Besondere Berichtswünsche des Betriebsausschusses gab es im Berichtsjahr nicht.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nein.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Nein. Eine Directors&Officers-Versicherung (Organ- oder Managerhaftpflichtversicherung) ist nicht abgeschlossen.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Uns sind keine Meldungen von Interessenkonflikten bekannt geworden.

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Nein. Ermittlungen zum Zeitwert bzw. Verkehrswert insbesondere des Anlagevermögens liegen nicht vor.

12. Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die Bilanz zum 31. Dezember 2022 weist rund 47 % Eigenkapital, 2 % Sonderposten für Investitionszuschüsse und 51 % Fremdkapital aus.

Die zukünftigen Investitionen müssen wie bisher in hohem Maße aus Kreditaufnahmen finanziert werden, da die verdienten Abschreibungen zum weitaus größten Teil für Darlehenstilgungen benötigt werden.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt, weil uns diese Informationen im Rahmen der beauftragten Einzelabschlussprüfung nicht zugänglich sind. Wir verweisen auf den Gesamtabschluss der Stadt Siegen.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Im Berichtsjahr hat der Betrieb zinsverbilligte Förderdarlehen in Höhe von TEUR 9.500 erhalten.

Anhaltspunkten für eine Nicht-Beachtung der Verpflichtungen und Auflagen der Mittelgeber haben sich im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung nicht ergeben.

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Nein. Die Eigenkapitalquote des Betriebes beträgt rund 47 % der Bilanzsumme und liegt damit deutlich über der Größenordnung von 30 bis 40 %, die bei derartigen öffentlichen Betrieben allgemein als wünschenswert angesehen wird.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Vorschlag der Betriebsleitung lautet, aus dem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 1.690.205,89 einen Teilbetrag in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen. Dies ist mit der wirtschaftlichen Lage des Betriebes vereinbar.

14. Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Entfällt, da es sich um einen reinen Abwasserentsorgungsbetrieb handelt.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein. Die Struktur der Komponenten des Jahresüberschusses stellt sich wie folgt dar:

	2022	2021
	TEUR	TEUR
Erlöse zur Abdeckung kalkulatorischer (Mehr-)zinsen	1.355	1.895
Erträge aus der vorzeitigen Ablösung eines Zinsswaps	600	0
Erträge aus der Auflösung von Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	478	478
Schadenersatz	22	184
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	13	2
Erträge aus Verwarentgelten	9	5
Gewinne aus Abgang von Anlagevermögen	2	56
Sonstige neutrale Erträge (periodenfremde Erträge inkl. Auflösung von Rückstellungen und Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen)	136	108
Verluste aus Anlagenabgängen	-616	-63
Unterdeckung Schmutzwassergebühren	-98	0
Aufwand aus der vorzeitigen Ablösung eines Zinsswaps	-66	0
Abschreibungen auf Anteile an verbundener ESi GmbH	0	-8
Sonstige neutrale Aufwendungen (periodenfremde Aufwendungen und Forderungsverluste)	-145	-105
Jahresüberschuss	1.690	2.552

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Nein. Anhaltspunkte für eindeutig unangemessene Konditionen bei den Leistungsbeziehungen zur Stadt Siegen, zu der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und zur ESi GmbH haben sich nicht ergeben. Alle Vergütungen werden jährlich überprüft und ggf. anhand nachvollziehbarer Größen oder Indizes an die aktuelle Kostenentwicklung angepasst.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt, da keine konzessionsabgabepflichtigen Geschäfte getätigt wurden.

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nein.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt, vgl. a).

16. Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt, weil ein Jahresüberschuss erzielt wurde.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Entfällt, weil ein Jahresüberschuss erzielt wurde.

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi), 57080 Siegen

B I L A N Z zum 31. Dezember 2022

A K T I V A

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	42.911,00	46.570,00
2. Baukostenzuschüsse	5.317.763,89	5.802.642,60
3. Baukostenzuschüsse für Anlagen im Bau	0,00	8.406,32
	5.360.674,89	5.857.618,92
II. <u>Sachanlagen</u>		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	37.527.896,71	29.748.387,59
2. Technische Anlagen und Maschinen	178.766.809,00	183.774.912,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.648.392,00	1.976.837,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.583.074,69	23.022.594,77
	247.526.172,40	238.522.731,36
III. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	238.228,13
2. Sonstige Ausleihungen	300,00	300,00
	300,00	238.528,13
	252.887.147,29	244.618.878,41
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. <u>Vorräte</u>		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	790.346,81	623.646,65
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.162.345,93	1.952.823,58
2. Forderungen gegen den Abwasserverband Siegen-Kirchen	0,00	74.066,37
3. Forderungen gegen die Stadt Siegen / andere Eigenbetriebe	96.271,52	486.401,98
4. Forderungen gegen das verbundene Unternehmen ESi GmbH	0,00	2.044,72
5. Forderungen gegen Siegenger Versorgungsbetriebe GmbH	165.505,02	0,00
6. Sonstige Vermögensgegenstände	4.217,07	159.258,97
	1.428.339,54	2.674.595,62
III. <u>Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</u>	468.347,02	625.162,57
	2.687.033,37	3.923.404,84
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	58.468,07	64.778,85
	255.632.648,73	248.607.062,10

P A S S I V A

	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. <u>Stammkapital</u>	2.000.000,00	2.000.000,00
II. <u>Rücklagen</u>		
1. Allgemeine Rücklage	56.402.847,39	56.402.847,39
2. Zweckgebundene Rücklagen	8.150.000,00	5.650.000,00
	64.552.847,39	62.052.847,39
III. <u>Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter</u>	50.425.828,28	50.330.101,68
IV. <u>Gewinnvortrag</u>	1.604.067,69	1.551.781,07
V. <u>Jahresüberschuss</u>	1.690.205,89	2.552.286,62
	120.272.949,25	118.487.016,76
	4.985.261,00	5.524.614,00
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE		
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.541.972,00	1.437.731,00
2. Sonstige Rückstellungen	3.397.552,20	3.183.505,00
	4.939.524,20	4.621.236,00
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	116.508.962,42	112.559.867,32
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.921.493,52	3.101.102,76
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Siegenger Versorgungsbetriebe GmbH	0,00	1.186.026,65
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen	347.738,06	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	3.656.720,28	2.984.536,11
- davon aus Steuern: EUR 41.416,90 (Vorjahr: EUR 38.042,94)		
	125.434.914,28	119.831.532,84
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	0,00	142.662,50
	255.632.648,73	248.607.062,10

	2022 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	24.349.595,73	25.012.176,68
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	754.000,00	861.000,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	893.602,09	457.447,34
4. Materialaufwand		
a. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-3.663.352,49	-3.105.733,02
b. Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-2.065.914,87</u>	<u>-2.000.078,70</u>
	-5.729.267,36	-5.105.811,72
5. Personalaufwand		
a. Löhne und Gehälter	-3.994.762,89	-4.076.859,65
b. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.193.097,35	-1.127.877,35
- davon für Altersversorgung: EUR 405.455,53 (Vorjahr: EUR 381.057,52)	<u> </u>	<u> </u>
	-5.187.860,24	-5.204.737,00
6. Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.501.832,02	-9.951.515,71
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.418.525,80	-1.832.069,94
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.648,28	7.622,35
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	-7.689,62
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-1.491.154,79</u>	<u>-1.684.135,76</u>
11. Jahresüberschuss	<u>1.690.205,89</u>	<u>2.552.286,62</u>

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi), Siegen

Anhang zum Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2022

I. Allgemeine Angaben

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi) ist eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Siegen gemäß § 107 Abs. 2 GO NRW mit Sitz in Siegen.

Der vorliegende Jahresabschluss wurde gemäß §§ 21 bis 24 EigVO NRW i. V. m. den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Gemäß § 265 Abs. 5 und 6 HGB wurden Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung an die Besonderheiten des Betriebes angepasst.

Die Angaben und Erläuterungen im Anhang erfolgen in der Reihenfolge der Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Das **Sachanlagevermögen** und die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** (einschließlich der Baukostenzuschüsse) sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und werden, soweit abnutzbar, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert. Zugänge und Abgänge des Wirtschaftsjahres werden grundsätzlich zeitanteilig abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten (vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag) 250,00 € nicht übersteigen, werden im Anschaffungsjahr voll abgesetzt. Für abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 250,00 €, aber nicht 1.000,00 € übersteigen, wird ein Sammelposten gebildet, der im Wirtschaftsjahr der Bildung und den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Fremdkapitalzinsen sind nicht aktiviert.

Die Nutzungsdauer der aktivierten Baukostenzuschüsse an den Abwasserverband Siegen-Kirchen richtet sich nach der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen. Sie liegt wie bei ESi zwischen 5 und 60 Jahren.

Für die wesentlichen Sachanlagen sind die aus der nachfolgenden Tabelle hervorgehenden betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern festgesetzt.

	Nutzungsdauer in Jahren	
	Zugang ab 01.01.2022	Altbestand
Kanalleitungen		
Steinzeug	60	80
Guss, Stahl, Duktulguss	50	67
Beton, Fertigbeton, Stahlbeton	50	56
Kunststoff, Asbestzement	50	48
Sonderbauwerke		
Baulicher Teil	40	56
Maschinentechnik	12,5	14
Elektrotechnik	8	14
Arbeitsmaschinen	5 - 8	8
Kläranlagen		
Gebäude	40	40
Sonstige Bauwerke	40	40
Maschinentechnik	8 - 12,5	8 - 12,5
Elektrotechnik	8	8

Die **Finanzanlagen** sind mit den Nennwerten bzw. zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Bewertung der **Vorräte** erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zu niedrigeren beizulegenden Werten.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** wurden unter Berücksichtigung des Ausfallrisikos zum Nennwert angesetzt. Uneinbringliche Forderungen wurden abgeschrieben. Für das generelle Ausfallrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung von 2 % auf den nicht einzelwertberichtigten Forderungsbestand gebildet.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nennwerten bewertet.

Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** werden vorausgezahlte Beamtenbezüge, Software- und andere Wartungsvertragsaufwendungen und Kraftfahrzeugsteuer ausgewiesen.

Das **Eigenkapital** ist zum Nennbetrag angesetzt. Das Stammkapital entspricht der Betriebssatzung.

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** enthält die passivierten Kanalanschlussbeiträge (Baukostenzuschüsse) und wird mit 3,0 % p.a. ertragswirksam über den Posten Umsatzerlöse aufgelöst, dann enthält der Sonderposten die passivierten Verrechnungen mit der Abwasserabgabe gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz (AbwAG), welche je nach Laufzeit des bezuschussten Anlagevermögens mit 5,56 % p.a. für die Kläranlagen und mit 1,82 % p.a. für das Kanalvermögen ertragswirksam über den Posten sonstige betriebliche Erträge aufgelöst wird. Der Sonderposten enthält Zuschüsse des Landes und des Bundes für die Beschaffung von Elektro- und Wasserstofffahrzeugen, welche nach der Nutzungsdauer der Fahrzeuge mit 12,5% bis 20% erfolgswirksam über den Posten sonstige betriebliche Erträge aufgelöst wird. Den Bilanzansätzen liegen die Nominalwerte zugrunde.

Die **Pensionsrückstellungen** beinhalten dem Betrieb dienstzeitanteilig zugeordnete Versorgungsansprüche von Beamten und Pensionären sowie die Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen an Pensionäre. Bei Eintritt in den Ruhestand werden gemäß der Vereinbarung mit der Universitätsstadt Siegen die Beihilferückstellung zur Ablösung der Verpflichtung an die Universitätsstadt Siegen gezahlt, welche die Verpflichtung zur Gewährung von Beihilfen übernimmt. Sie sind entsprechend § 22 Abs. 3 Eig-VO NRW nach der Teilwertmethode unter Zugrundelegung der "Richttafeln 2018 G" von Klaus Heubeck unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 5,0 % gebildet worden. Die Bewertung der Beihilferückstellungen erfolgte auf Basis der Wahrscheinlichkeitstafeln 2018 mit Einschluss der Pflegestatistiken und anteiliger Berücksichtigung von Angehörigen und Hinterbliebenen. Besoldungstrends und zukünftige Kostensteigerungen wurden nicht berücksichtigt.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Der Betrieb sichert Zinsrisiken aus variabel verzinsten Darlehen mit geeigneten Zinsswapgeschäften ab. Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 bestanden folgende Derivatgeschäfte:

	Nominal- volumen	Marktwert/ beizulegender Zeitwert	
		positiv	negativ
	€	€	€
Zinsbezogene Geschäfte	220.212,76	0	-2.599,06

Die folgenden zinsbezogenen Geschäfte in Euro bilden zusammen mit dem Grundgeschäft jeweils eine Bewertungseinheit:

Art des Geschäftes	Vertrags- abschluss	Laufzeit	Volumen 31.12.2022	Marktwert 31.12.2022
			T€	T€
Zinsbezogene Geschäfte				
a) Zinssatz-Swap	21.11.2001	2001 - 2023	220	-3
			220	-3

Die gegenläufigen Wertänderungen des Grund- und Sicherungsgeschäfts werden im Jahresabschluss durch Anwendung der „Einfrierungsmethode“ nicht ausgewiesen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Zur Entwicklung des **Anlagevermögens** wird auf die Anlage 1 zum Anhang verwiesen.

Die unter den Immateriellen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Baukostenzuschüsse sind an den Abwasserverband Siegen-Kirchen zur Mitfinanzierung von dessen Investitionen gezahlt worden, vgl. Abschnitt V.

Das Grundvermögen und der Bestand und die Leistungsfähigkeit der wichtigsten Anlagen des Betriebes zeigen folgende Entwicklung:

	Stand 01.01.2022	Zugang Abgang	Stand 31.12.2022
Grundstücke und Bauten (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten)	67.951 T€	10.350 T€ -4.093 T€	74.208 T€
Kläranlagen (EW = Einwohnerwerte)			
Kläranlage Siegen	175.000 EW		175.000 EW
Kläranlage Weidenau	75.000 EW		75.000 EW
	250.000 EW		250.000 EW
Kanäle			
Mischwasserkanäle	516,0 km	-1,0 km	515,0 km
Schmutzwasserkanäle	38,5 km	-1,0 km	37,5 km
Regenwasserkanäle	58,8 km	-0,3 km	58,5 km
	612,6 km	+0,7 km	613,3 km
Sonderbauwerke			
Regenrückhaltevolumen gesamt	43.280 m³		43.280 m³
Regenüberlaufbecken	19 St.		19 St.
Stauraumkanäle	12 St.		12 St.
Regenüberläufe	49 St.		52 St.
Regenklärbecken	2 St.		2 St.
Regenrückhaltebecken	2 St.		2 St.
Pumpwerke	14 St.		14 St.

Zur Ausnutzung der Betriebsanlagen vgl. die Mengenangaben zu den Umsatzerlösen unter Abschnitt V.

Die **Anlagen im Bau** setzen sich zum 31.12.2022 wie folgt zusammen:

	gesamt	davon größte Einzelposten
	T€	T€
Kanäle und Sonderbauwerke (Neubau und Sanierung)	9.940	
Kanal Memeler Str.		4.451
Kanal Bergstraße		1.721
Kanal Gärtnerstr.- Austr.		920
Kanal Im Neuenhof		823
Kläranlagen	19.594	
Kläranlage Siegen		19.473
Kläranlage Weidenau		121
Sonstiges	49	
	29.583	

Die **Investitionsplanung** für den Zeitraum 2023 bis 2027 stellt sich wie folgt dar:

	2023	2024-2027	gesamt
	T€	T€	T€
Sonderbauwerke / Kanäle / Erschließungen	4.644	35.594	40.238
Kläranlage / Baukostenzuschüsse Abwasserverb.SK	13.851	19.471	33.322
Sonstige / Fuhrpark	806	7.880	8.686
gesamt	19.301	62.945	82.246

Alle **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Auf ausfallgefährdete Forderungen wurden angemessene Einzelwertberichtigungen und im Übrigen eine Pauschalwertberichtigung von 2% vorgenommen.

Die **Forderungen an die Universitätsstadt Siegen / andere Eigenbetriebe** von 96 T€ (Vorjahr 486 T€) ergeben sich als Saldo aus jeweils kurzfristigen Forderungen von 193 T€ und Verbindlichkeiten von 97 T€.

Die **flüssigen Mittel** betreffen im Wesentlichen frei verfügbare Guthaben bei mehreren Kreditinstituten und den Kassenbestand.

Das **Eigenkapital** hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2021	Zu-/Abgang	31.12.2022
	€	€	€
Stammkapital	2.000.000,00	0,00	2.000.000,00
Rücklagen			
Allgemeine Rücklage	56.402.847,39	0,00	56.402.847,39
Kapitalzuschüsse und andere Zuwendungen Dritter (Erschließungen)	50.330.101,68	95.726,60	50.425.828,28
Zweckgebundene Rücklage (zur realen Kapitalerhaltung)	5.650.000,00	2.500.000,00	8.150.000,00
Gewinnvortrag	1.551.781,07	52.286,62	1.604.067,69
Jahresüberschuss	2.552.286,62	-862.080,73	1.690.205,89
	118.487.016,76	1.785.932,49	120.272.949,25

Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich durch die ertragswirksamen Auflösungen in Höhe von 539 T€ von insgesamt 5.525 T€ zum 01.01.2022 auf 4.985 T€ zum Bilanzstichtag 31.12.2022.

Die Zusammensetzung und Entwicklung der **Rückstellungen** ist in der Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** beinhalten Darlehen in Höhe von 116.242 T€ (Vorjahr 111.299 T€), Tilgungs- und Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 267 T€ (Vorjahr 361 T€) und einen Kassenkredit in Höhe von 0 T€ (Vorjahr 900 T€).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB)** betreffen weitestgehend die zum Stichtag bestehende Überzahlung durch erhaltene Abschläge auf Schmutzwassergebühren, die die SVB im Namen und auf Rechnung der Stadt Siegen (ESi) erhebt und einzieht.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen** in Höhe von 348 T€ (Vorjahr Forderung 74 T€) setzen sich im Wesentlichen aus den Forderungen für die Umlagerückerstattung und Klärschlamm-trocknung von 108 T€, einem erhaltenen Kassenkredit in Höhe von 400 T€ und den Verbindlichkeiten für die zu leistenden Baukostenzuschüsse in Höhe von 76 T€ zusammen.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten mit 2.521 T€ (Vorjahr 2.626 T€) im Wesentlichen Gebührenausschleissverpflichtungen nach § 6 Abs. 2 KAG NRW; vgl. auch Erläuterungen zum Posten Umsatzerlöse. Überzahlungen von Kunden sind in dem Posten mit 999 T€ (Vorjahr 185 T€) enthalten.

Zu den Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten siehe nachfolgenden **Verbindlichkeitspiegel**:

	Gesamt- betrag	Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr	davon über 5 Jahre
	€	€	€	€
Stand 31.12.2022				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	116.508.962,42	17.834.045,71	98.674.916,71	79.477.091,18
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.921.493,52	4.921.493,52	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber SVB	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen	347.738,06	347.738,06	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der ESi GmbH	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber der Universitätsstadt Siegen	0,00	0,00	0,00	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	3.656.720,28	2.581.631,28	1.075.089,00	0,00
	125.434.914,28	25.684.908,57	99.750.005,71	79.477.091,18
Stand 31.12.2021				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	112.559.867,32	19.256.775,59	93.303.091,73	74.758.927,48
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.101.102,76	3.101.102,76	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber SVB	1.186.026,65	1.186.026,65	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber dem Abwasserverband Siegen-Kirchen	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber ESi GmbH	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	2.984.536,11	1.478.016,11	1.506.520,00	0,00
	119.831.532,84	25.021.921,11	94.809.611,73	74.758.927,48

Mit Ausnahme des üblichen Eigentumsvorbehalts liegen keine Sicherheitsgewährungen für Verbindlichkeiten vor.

IV. Sonstige - nicht bilanzierte - finanzielle Verpflichtungen

Zur Erfüllung der tarifvertraglichen Versorgungspflichten gegenüber den Beschäftigten hat der Betrieb Umlagen von 4,5 % des umlagepflichtigen Bruttoarbeitsentgeltes (3.896 T€) zuzüglich 3,25 % Sanierungsgeld an die Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe - Zusatzversorgung (kvw) in Münster abgeführt. Sollten die Deckungsmittel der kvw für die Erfüllung der Versorgungsverpflichtungen nicht ausreichen, besteht eine Einstandspflicht des Betriebes. Dabei handelt es sich um eine **mittelbare Pensionsverpflichtung**, die zurzeit betragsmäßig nicht ermittelbar ist.

Es besteht eine Vielzahl von Gestattungsverträgen für Kanalleitungsverlegungen sowie Verträge mit Straßenbaulastträgern, die jeweils zu finanziellen Folgepflichten des Betriebes führen können, wofür jedoch eine Bezifferung nicht möglich ist.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen (sofern bedeutend)	< 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre
	€	€	€
aus Lieferungen und Leistungen	2.916 T€	3.526 T€	0 T€
aus Miet- und Leasingverträgen	74 T€	86 T€	0 T€
aus Wartungsverträgen	216 T€	46 T€	0 T€
aus Versicherungsverträgen	116 T€	0 T€	0 T€
aus begonnenen Investitionsvorhaben	13.317 T€	8.083 T€	0 T€
aus sonstigen Verpflichtungen	39 T€	0 T€	0 T€
Gesamt	16.678 T€	11.741 T€	0 T€

Das Bestellobligo liegt im betriebsüblichen Rahmen.

Die Stadt Siegen betreibt zusammen mit der Verbandsgemeinde Kirchen (Rheinland-Pfalz) den **Abwasserverband Siegen-Kirchen**, der insbesondere Abwasserreinigungsaufgaben (Kläranlage Büdenholz) für die beiden Verbandsmitglieder erfüllt. Die Finanzierung des Verbandes erfolgt vollständig im Umlageverfahren, indem sowohl die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen durch Beiträge/Umlagen erhoben werden, als auch die nicht durch öffentliche Zuschüsse finanzierten Investitionen des Verbandes in voller Höhe durch Baukostenzuschusszahlungen der beiden Verbandsmitglieder bzw. ihrer Abwasserwerke aufgebracht werden.

V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Nähere Einzelheiten zu den **Umsatzerlösen** zeigt die nachfolgende Aufstellung:

	Tarif / Grundlage	Menge	Erlöse T€ 2022	Erlöse T€ 2021
Schmutzwassergebühren	2,20 €/m³	5.253 Tm³	T€ 11.557	T€
	2,10 €/m³	5.496 Tm³		11.541
Niederschlagswassergebühren	0,84 €/m²	7.510 Tm²	6.308	
	0,88 €/m²	7.428 Tm²		6.506
Straßenentwässerung	Kostenanteil		3.163	3.342
Gebührenausgleichsverbindlichkeiten	§ 6 (2) KAG NRW			
Verbrauch			526	1.574
Zuführung			-420	-641
Erlöse Klärschlamm-trocknung			607	170
Erlöse von der Stadt Netphen	Vereinbarung		417	344
Erlöse von der Stadt Freudenberg	Vereinbarung		253	208
Erlöse Hausanschlüsse	Satzung		191	287
Erlöse Abwasserverband Siegen-K.			171	166
Erlöse a.d. Auflösung v. Sonderposten für Investitionszuschüsse			401	400
Erlöse aus früheren Jahren			84	62
Erlöse Wasserbau			525	532
Erlöse Sinkkästenreinigung			410	369
Sonstige Umsatzerlöse			157	152
			24.350	25.012

Die **Gebühreennachkalkulation** nach § 6 Abs. 2 KAG NRW schließt bei der Schmutzwasserbeseitigung mit einer Kostenunterdeckung in Höhe von 98 T€ und bei der Niederschlagswasserbeseitigung mit einer Kostenüberdeckung in Höhe von 420 T€, die in den sonstigen Verbindlichkeiten passiviert wurde.

Von den **sonstigen betrieblichen Erträgen** entfallen 49 T€ (Vorjahr 43 T€) auf die Auflösung von Rückstellungen und von Wertberichtigungen zu Forderungen, die früheren Wirtschaftsjahren zuzuordnen sind. Der Posten enthält Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse betreffend verrechneter Abwasserabgaben nach § 10 Abs. 3 AbwAG mit 78 T€ (Vorjahr 78 T€) und betreffend bezuschusster Fahrzeuge mit 61 T€ (Vorjahr 55 T€). Des Weiteren sind Erträge aus Schadensersatzleistungen und Anlagenabgängen enthalten. Weiterhin sind 600 T€ Erträge aus der Auflösung von Derivaten enthalten (Vorjahr 0 €).

Der **Personalaufwand** setzt sich wie folgt zusammen:

	2022 T€	2021 T€
	T€	T€
Löhne und Gehälter		
Vergütungen Arbeitnehmer	3.818	3.791
Beamtenbezüge	177	286
	3.995	4.077
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Beiträge zur Sozialversicherung	779	738
Beiträge zu Versorgungskassen	348	340
Zuführung zur Pensionsrückstellung	57	41
Beihilfen	5	8
Freiwillige soziale Leistungen	4	1
	1.193	1.128
	5.188	5.205

Die **Belegschaft** entwickelte sich wie folgt:

	Jahres- durchschnitt 2022	Jahres- durchschnitt 2021
Beamte		
Sachbearbeitung	2	3
Arbeitnehmer		
Betriebsleiter	2	2
Sachbearbeitung + Betrieb	73	71
Summe ohne Auszubildende	77	76
Auszubildende	1	3
Summe mit Auszubildenden	78	79

Von den **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind sonstige Posten von 129 T€ (Vorjahr 67 T€) früheren Wirtschaftsjahren zuzuordnen.

Außerdem sind Verluste aus Anlagenabgängen in Höhe von 616 T€ (Vorjahr: 67 T€) sowie Aufwendungen für Softwarenutzung und –wartung in Höhe von 109 T€ (Vorjahr: 102 T€) enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind sonstige Steuern in Höhe von 5 T€ (Vorjahr 6 T€) enthalten.

In den **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen** sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von 13 T€ (Vorjahr 2 T€) und negative Kapitalüberlassungsentgelte in Höhe von 9 T€ (Vorjahr 6 T€) enthalten.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** enthalten Zinsaufwand in Höhe von 76 T€ (Vorjahr 89 T€) aus der Aufzinsung von Rückstellungen, sowie Aufwendungen für die Auflösung von Derivaten in Höhe von 66 T€ (Vorjahr 0 €).

VI. Sonstige Angaben

Rat der Stadt Siegen

Oberstes Organ des Betriebes ist der Rat der Universitätsstadt Siegen unter dem Vorsitz von Bürgermeister Steffen Mues.

Betriebsausschuss im Wirtschaftsjahr 2022

Maik Harnacke, Beamter, Vorsitzender (5.955,00 €)
Torsten Schoew, Maschinenbautechniker, Stellvertretender Vorsitzender (75,00 €)
Verena Böcking, BA Soziale Arbeit (75,00 €)
Joachim Boller, Elektroingenieur (100,00 €)
Yilmaz Dil, Anlagenbediener (100,00 €)
Klaus Eckhardt, Pensionär (75,00 €)
Franz Englert, Kfz-Technikermeister (50,00 €)
Rüdiger Heupel, Architekt und Bauingenieur, ab 06.04.2022 (50,00 €)
Olaf Jagielski, Bauingenieur (220,00 €)
Karl-Wilhelm Kirchhöfer, Industriekaufmann i.R. (220,00 €)
Bernd Mäckeler, Verkäufer (105,00 €)
Christa Schlenther, Sekretärin i.R., bis 06.04.2022 (0,00 €)
Michael Schwarzer, Pressesprecher (25,00 €)
Jürgen Stinner, Rentner (100,00 €)

Stellvertretende Mitglieder mit Bezügen

Ansgar Cziba (25,00 €)
Barabra Dylong (25,00 €)
Jacob Kammann (55,00 €)
Oswald Schulz (55,00 €)
Timo Stunz-Sondermann (55,00 €)
Harold Solms (55,00 €)
Hartmut Spies (110,00 €)
Markus Nüchtern (25,00 €)

Der Betriebsausschuss ist im Wirtschaftsjahr 2022 zu vier Sitzungen zusammengetreten.

Die Gesamtbezüge des Betriebsausschusses (Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen) haben im Wirtschaftsjahr 2022 8 T€ betragen. Die einzelnen Bezüge werden in Klammern hinter den einzelnen Mitgliedern des Betriebsausschusses angegeben; die stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses sind angegeben, sofern sie Bezüge erhalten haben. Beratende Mitglieder sind angegeben, sofern sie Bezüge erhalten haben.

Betriebsleitung

Technischer Betriebsleiter Stephan Roth, Dipl.-Ingenieur

Kaufmännischer Betriebsleiter Christof Quandel, Bilanzbuchhalter und Steuerfachwirt

Die Gesamtbezüge der Betriebsleitung betrugen 192.541,37 €. Davon entfallen auf den Technischen Betriebsleiter 104.515,88 € und auf den Kaufmännischen Betriebsleiter 88.026,49 €.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder der Betriebsleitung aus dem Anteil ESi (neben dem Anteil der Stadt Siegen) an den Pensionszahlungen durch die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände und Beihilfeleistungen betragen 20 T€. Für frühere Mitglieder der Betriebsleitung des ESi sind zum 31. Dezember 2022 Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von 181 T€ gebildet.

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das für das Wirtschaftsjahr 2022 von dem Abschlussprüfer berechnete oder als Rückstellungszuführung erfasste Gesamthonorar gem. § 285 Nr. 17 HGB beträgt (einschließlich Umsatzsteuer) 32 T€ für Abschlussprüfungsleistungen.

Gewinnverwendung

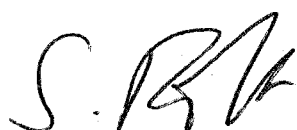
Die Betriebsleitung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 1.690.205,89 € zu 205,98 € auf neue Rechnung vorzutragen und 1.690.000 € in die zweckgebundene Rücklage zur realen Kapitalerhaltung einzustellen.

Nachtragsbericht

Zwischen Abschlussstichtag und Aufstellung des Jahresabschlusses sind keine wesentlichen Geschäftsvorfälle zu berichten.

Die Pandemie durch den COVID 19 – Virus beeinträchtigt die Geschäftstätigkeit des ESi bisher nur geringfügig. Umsatzeinbrüche sind nicht zu erwarten, durch umfangreiche Infektionsschutzmaßnahmen beim Personal wird die Aufgabenerledigung erschwert, wobei die Maßnahmen seit Anfang des Jahres 2023 nahezu aufgehoben sind. Der Betrieb ist der kritischen Infrastruktur zuzurechnen, dem entsprechend muss der Betrieb arbeitsfähig bleiben, diesem Ziel sind alle anderen Ziele unterzuordnen. Durch die anhaltend gestörten Lieferketten und ab 24.02.2022 den Krieg in der Ukraine, sowie Sanktionen gegen Russland sind deutliche Preisaufschläge für Energie, Chemikalien und einige Baumaterialien eingetreten, die sich im Jahr 2023 auswirken werden. Durch langfristige Lieferverträge sind die Auswirkungen derzeit noch begrenzt.

Siegen, den 31. März 2023



Stephan Roth
Technischer Betriebsleiter



Christof Quandel
Kaufmännischer Betriebsleiter

Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2022

Posten des Anlagevermögens	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte	
	01.01.2022 €	Zugang €	Abgang €	Umbuchungen €	31.12.2022 €	01.01.2022 €	Zugang €	Abgang €	Umbuchungen €	31.12.2022 €	31.12.2022 €	31.12.2021 €
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	503.637,47	23.927,93	-7.709,88	0,00	519.855,52	457.067,47	27.586,93	-7.709,88	0,00	476.944,52	42.911,00	46.570,00
2. Baukostenzuschüsse	15.687.599,77	75.749,27	-88.801,79	8.406,32	15.682.953,57	9.884.957,17	569.034,29	-88.801,78	0,00	10.365.189,68	5.317.763,89	5.802.642,60
3. Baukostenzuschüsse für Anlagen im Bau	8.406,32	0,00	0,00	-8.406,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.406,32
	16.199.643,56	99.677,20	-96.511,67	0,00	16.202.809,09	10.342.024,64	596.621,22	-96.511,66	0,00	10.842.134,20	5.360.674,89	5.857.618,92
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke und Bauten	67.951.275,37	4.046.273,27	-4.093.439,05	6.304.217,57	74.208.327,16	38.202.887,78	1.956.933,84	-3.479.391,17	0,00	36.680.430,45	37.527.896,71	29.748.387,59
2. Technische Anlagen und Maschinen	394.132.109,01	814.082,53	-452.988,05	636.287,92	395.129.491,41	210.357.197,01	6.458.085,45	-452.600,05	0,00	216.362.682,41	178.766.809,00	183.774.912,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.689.244,70	163.123,51	-44.285,96	0,00	5.808.082,25	3.712.407,70	490.191,51	-42.908,96	0,00	4.159.690,25	1.648.392,00	1.976.837,00
4. Anlagen in Bau	23.022.594,77	13.500.985,41	0,00	-6.940.505,49	29.583.074,69	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.583.074,69	23.022.594,77
	490.795.223,85	18.524.464,72	-4.590.713,06	0,00	504.728.975,51	252.272.492,49	8.905.210,80	-3.974.900,18	0,00	257.202.803,11	247.526.172,40	238.522.731,36
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	300.000,00	0,00	300.000,00-	0,00	0,00	61.771,87	6.883,05	68.654,92-	0,00	0,00	0,00	238.228,13
2. Sonstige Ausleihungen	300,00	0,00	0,00	0,00	300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	300,00	300,00
	300.300,00	0,00	300.000,00-	0,00	300,00	61.771,87	6.883,05	68.654,92-	0,00	0,00	300,00	238.528,13
Insgesamt	507.295.167,41	18.624.141,92	-4.987.224,73	0,00	520.932.084,60	262.676.289,00	9.508.715,07	-4.140.066,76	0,00	268.044.937,31	252.887.147,29	244.618.878,41

Entwicklung der Rückstellungen im Wirtschaftsjahr 2022

Posten der Rückstellungen	Stand ohne Abzinsung 01.01.2022 T€	Stand Abzinsung 01.01.2022 T€	Stand mit Abzinsung 01.01.2022 T€	Verbrauch T€	Auflösung T€	Zuführung T€	Abzinsung Ertrag T€	Aufzinsung Aufwand T€	Stand ohne Abzinsung 31.12.2022 T€	Stand Abzinsung 31.12.2022 T€	Stand mit Abzinsung 31.12.2022 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen											
Rückstellungen für Pensionen			1.210	-25	0	45		62			1.292
Rückstellungen für Beihilfen			227	0	0	12		11			250
Summe Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			1.437	-25	0	57		73			1.542
Sonstige Rückstellungen											
Abwasserabgabe	656	0	656	-315	-5	335	0	0	671	0	671
Drohende Verluste Derivate	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalkosten(Urlaub, Über- stunden, Altersteilzeit)	858	-14	844	-495	0	525	-2	4	888	-12	876
Prozessrisiken	56	0	56	-7	-1	0	0	0	48	0	48
Jahresabschlusserstellung	61	0	61	-61	0	63	0	0	63	0	63
Jahresabschlussprüfung	31	0	31	-29	-2	34	0	0	34	0	34
Aufbewahrungspflichten	20	-2	18	-4	0	4	0	0	20	-2	18
Rückbauverpflichtungen	1.500	-18	1.482	0	0	175	-11	0	1.675	-29	1.646
Übrige	35	0	35	-3	0	9	0	0	41	0	41
Summe sonstige Rückstellungen	3.217	-34	3.183	-914	-8	1.145	-13	4	3.440	-43	3.397
Gesamtsumme Rückstellungen			4.620	-939	-8	1.202	-13	77			4.939

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi), Siegen

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022

A. Grundlagen des Unternehmens

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen wird als eigenbetriebsähnliche Einrichtung für die Abwasserbeseitigung und damit in Zusammenhang stehende Aufgaben gemäß § 107 Abs 2 GO NRW geführt.

Der Betrieb wurde zum 1. Januar 1997 durch Ausgliederung des Amtes für Stadtentwässerung und Wasserbau aus dem allgemeinen städtischen Haushalt gebildet.

Oberstes Organ des Betriebes ist der Rat der Stadt Siegen (Zuständigkeit gemäß GO NRW, § 4 EigVO NRW und § 5 der Betriebssatzung).

Aufgrund der Betriebsgröße wird keine nennenswerte eigene Forschung und Entwicklung betrieben; mit der Universität Siegen werden sporadisch Forschungsprojekte abgewickelt.

Der Betrieb verfolgt nach § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht. Durch die Bildung von Gebührenausschleichverbindlichkeiten und die Verrechnungen von Kostenunterdeckungen aus Vorjahren ist dem Rechnung getragen. Mehrerlöse und Kosteneinsparungen fließen den Gebührenzählern durch die Gebührenausschleiche in späteren Jahren wieder zu.

B. Wirtschaftsbericht

1. Entwicklung des Unternehmens

Der Geschäftsverlauf des ESi hat die Erwartungen erfüllt. Der Überschuss des Wirtschaftsjahres 2022 beträgt 1.690.205,89 €.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Im Wirtschaftsjahr 2022 wurden 18.624 T€ für Investitionen aufgewendet, im Wirtschaftsplan des Jahres war eine Investitionssumme von 22.302 T€ geplant, was eine Plan-Ist-Abweichung von 3.678 T€ ergibt. Diese Abweichung ist im Wesentlichen durch geringere Investitionen im Kanalbereich bedingt. Weitere Angaben zu Investitionen und Anlagen im Bau können dem Anhang entnommen werden.

Die Nettodarlehensaufnahme bei Kreditinstituten (abzüglich Tilgungen) fiel im Wirtschaftsjahr mit 4.043 T€ statt der geplanten 9.675 T€ entsprechend niedriger aus.

Zentraler finanzieller Leistungsindikator ist die Eigenkapitalquote.

Das Eigenkapital stieg im Jahr 2022 durch erhaltene Kapitalzuschüsse und den Jahresüberschuss um insgesamt 1.785.932,49 T€. Die Eigenkapitalausstattung wird mit einer Eigenkapitalquote von 47,1 % (Vorjahr 47,7 %) als ausreichend angesehen.

Auf der folgenden Seite werden die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung 2022 dem Erfolgsplan 2022 gegenübergestellt. Das im Vergleich zum Wirtschaftsplan abweichende Ergebnis vor Gebührenausgleichsverbindlichkeiten resultiert hauptsächlich aus den folgenden Veränderungen:

Die Erlöse aus der Schmutzwassergebühr sind durch geringere Wasserbezugsmengen um ca. 424 T€ niedriger ausgefallen als geplant.

Die aktivierten Eigenleistungen sind durch geringeren Personaleinsatz bei der Erstellung von Bauleistungen um 188 T€ niedriger ausgefallen, als geplant.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge sind um ca. 763 T€ höher ausgefallen als geplant, da insbesondere ein Ertrag aus der Auflösung eines Derivates (600 T€) erzielt wurde.

Die Materialaufwendungen und bezogenen Leistungen fielen im Wesentlichen durch höhere Energiekosten (+ 358 T€) und durch höhere Deponiekosten (+ 141 T€) insgesamt höher aus als geplant. Demgegenüber stehen im Wesentlichen geringere Aufwendungen durch Unterhaltung (- 311 T€).

Die Personalaufwendungen sind im Wirtschaftsjahr um 610 T€ niedriger ausgefallen als geplant, da Mitarbeiterabgänge nicht sofort wiederbesetzt werden konnten.

Die Abschreibungen sind im Wirtschaftsjahr um 1.027 T€ niedriger ausgefallen als geplant, da sich die Fertigstellung verschiedener Anlagenteile auf der Kläranlage Siegen und Kanalbaumaßnahmen verzögert hat.

Der sonstige betriebliche Aufwand ist im Wirtschaftsjahr um ca. 597 T€ höher ausgefallen als geplant, da insbesondere hohe Anlagenabgänge durch den Umbau und die Sanierung der Kläranlage Siegen zu verzeichnen sind.

<u>Ertragslage 2022</u>	GuV	Wirtschaftsplan	Änderung Gewinn
	T€	T€	T€
<u>Erträge</u>			
Schmutzwassergebühr	11.557	11.981	-424
Straßenentwässerungsanteil	3.162	3.163	-1
Niederschlagswassergebühr	6.308	6.203	105
Sonstige Erlöse	3.216	3.877	-661
	24.243	25.224	-981
Gebührenausgleichsverbindlichkeit			
Verbrauch (Entnahme)			
Schmutzwasser	359	359	0
Niederschlagswasser	167	167	0
Zuführung			
Schmutzwasser	0	0	0
Niederschlagswasser	-420	0	-420
Umsatzerlöse	24.349	25.750	-1.401
Aktivierte Eigenleistungen	754	942	-188
Sonstige betriebliche Erträge	894	131	763
	25.997	26.823	-826
<u>Aufwendungen</u>			
Materialaufwand, bezogene Leistungen	-5.729	-5.634	-95
Personalaufwand	-5.188	-5.798	610
Abschreibungen	-9.502	-10.529	1.027
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-2.419	-1.822	-597
	-22.838	-23.783	945
Finanzergebnis			
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.491	-1.486	-5
Abschr. a. Finanzanlagen, verb. Untern.	0	-10	10
Zinsen und ähnliche Erträge	22	0	22
	-1.469	-1.496	27
	-24.307	-25.279	972
Jahresergebnis	1.690	1.544	146

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognose

In unserer Ergebnis- und Finanzplanung sind für das Wirtschaftsjahr 2023 ein Jahresüberschuss von 723 T€ und mittelfristig für die Wirtschaftsjahre 2024 bis 2027 jeweils positive Jahresergebnisse von durchschnittlich 1.600 T€ veranschlagt. Die jährlichen Investitionen belaufen sich auf einen Betrag von ca. 19,3 Mio. € im Jahr 2023, ca. 17,8 Mio. € im Jahr 2024, ca. 17,1 Mio. € im Jahr 2025, ca. 14,1 Mio. € im Jahr 2026 und ca. 13,9 Mio. € im Jahr 2027. Die planmäßigen Darlehenstilgungen liegen jährlich zwischen 4,5 Mio. € und 5,0 Mio. € und die Darlehensaufnahmen sind zwischen 11,8 Mio. € und 4,6 Mio. € jährlich veranschlagt.

Aufgrund der Planung für 2023 wird sich eine Veränderung der Eigenkapitalquote von 47,1% auf 45,9% ergeben, wesentlich bedingt durch die temporär erhöhten Investitionen denen geringere Abschreibungen entgegen stehen bei nahezu halbierten Gewinnen. Ab dem Jahr 2026 ist, nach Abschluss der erhöhten Investitionen, ein Anstieg der Eigenkapitalquote zu erwarten.

2. Chancen und Risiken

Die anhaltend hohe Inflation birgt das Risiko weiter steigender Zinsen und damit steigender Kapitalbeschaffungskosten, sowie das Risiko weiter steigender Beschaffungs- und Baukosten, verstärkt durch die Krise auf den Beschaffungsmärkten, insbesondere Energie-, Chemie- und Baustoffmärkten.

Durch ausreichende regelmäßige Investitionen in das Kanalnetz und die Kläranlagen sowie eine vorausschauende Unterhaltung der Anlagen bietet sich die Chance, die Abwasserabgabe dauerhaft niedrig zu halten und größere Einmalinvestitionen zu vermeiden. Risiken können in diesem Bereich aus neuen gesetzlichen Vorgaben erwachsen, die kurzfristig größere Investitionen erfordern können.

Die Liquidität des Betriebes war zu jeder Zeit ausreichend. Wenn vereinbart, wurden die Eingangsrechnungen weitgehend unter Abzug von Skonto beglichen. Zum Ausgleich von Liquiditätslücken wurden Kassenkredite beschafft. Kurzfristige Liquiditätsüberschüsse wurden nicht angelegt, da im kurzfristigen Bereich keine Zinserträge zu generieren waren.

Da es sich bei ESi um einen öffentlichen Betrieb handelt, gilt für die gesamte Belegschaft der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) bzw. für die eingesetzten Beamten das Landesbeamtengesetz und die Landesbesoldungsordnung.

Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung wird regelmäßig eine Prüfung des Betriebes nach § 53 HGrG durchgeführt. Im Rahmen der Prüfung des Vorjahresabschlusses wurden keine Anmerkungen oder Empfehlungen ausgesprochen bzw. im Prüfungsbericht aufgeführt.

Siegen, den 31. März 2023



Stephan Roth
Technischer Betriebsleiter



Christof Quandel
Kaufmännischer Betriebsleiter

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagensersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagensersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: ESi

Siegen, 21.08.2023

Bearbeitet von: Herrn Quandel

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

ESi Entsorgungsbetrieb Betriebsausschuss

22.09.2023

Rat

18.10.2023

Kurzbezeichnung:

Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2022 und Grundlage der Gebührenkalkulation

Beschlussvorschlag:

1. Der Erläuterungsbericht zur Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsabrechnungsbogen (BAB) 2022 wird festgestellt und den Gebührenkalkulationen 2024 – 2026 zugrunde gelegt.

Sachverhalt / Begründung:

Weiterer Vortrag erfolgt bei Bedarf mündlich in der Sitzung.

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Stephan Roth

Betriebsleitung

gez.

Christof Quandel

Betriebsabrechnung Abwasserbeseitigung 2022



mit
Erläuterungsbericht

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. 26. Jahr Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)	4
1. Betriebsbeschreibung, Organisation und Grundlagen des Betriebes	4
1.1 Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	4
1.2 Betriebsbeschreibung	5
1.3 Aufbau und Struktur des Betriebes	6
1.4 Kaufmännisches Rechnungswesen	7
1.5 Betriebsgröße und technische Struktur	8
1.6 Besonderheiten	8
2. Jahresergebnis	11
2.1 Analyse des Jahresergebnisses	11
II. Kostenrechnung	12
1. Gebührenrelevante Kosten und Erträge	12
1.1 Betriebsabschluss – Abwasserbeseitigung	12
1.2 Erläuterung des Abrechnungssystems	15
1.2.1 Abrechnungsspezifische Ziele	15
1.2.2 Erläuterung der Kostenarten und Kostenstellenrechnung	15
1.2.3 Grundsätze der Kostenermittlung und -verteilung	15
2. Erläuterung der Abgrenzungsrechnung	16
2.1 Abstimmung des Jahresergebnisses mit der Wirtschaftsrechnung	16
2.2 Ausgliederung in der neutralen Rechnung	16

3. Kostenstrukturanalyse	17
3.1 Zeitvergleich der Kostenartenanteile	17
3.2 Fremdkapitalzinsen	19
3.3 Abschreibungen	19
4. Einnahmen	20
4.1 Abgrenzung der Einnahmen	20
4.2 Haupteinnahmen – Kanalbenutzungsgebühren	20
4.3 Entwicklung der Kanalbenutzungsgebühren	21
5. Ergebnis der Kostenrechnung	22
5.1 Ergebnisrechnung – Erfolgsplan	22
5.2 Jahresergebnis – Gewinn- und Verlustrechnung	22
5.3 Gebührenrechnung	22
5.4 Kostendeckung Nebenkostenstellen	23

III. Betriebsabrechnungsbogen 24/25

I. 26. Jahr Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi)

1. Betriebsbeschreibung, Organisation und Grundlagen des Betriebes

1.1 Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 18.12.1996 die Bildung einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen“ - ESi - (ehemals Amt für Stadtentwässerung/Wasserbau) zum 01.01.1997 beschlossen. Die Betriebssatzung gemäß §§ 7 und 114 GO in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) wurde in der Ratssitzung am 12.02.1997 beschlossen und trat am 11.03.1997 in Kraft. Die Betriebssatzung wurde zuletzt durch Beschluss des Rates vom 19.06.2019 mit Wirkung ab 01.01.2020 geändert. Der Sitz des Betriebes ist Siegen. Die Abteilungen des ESi sind auf dem Gelände der Kläranlage Siegen im Goldammerweg 30 untergebracht, der Einsatzbereich Kläranlage Weidenau liegt in der Bismarckstraße 85 in Weidenau.

Betriebsleitung

Technischer Betriebsleiter

Stephan Roth

Dipl.-Ing.

Kaufmännischer Betriebsleiter

Christof Quandel

Bilanzbuchhalter / Steuerfachwirt

Betriebsausschuss

Bestehend aus 13 Mitgliedern, vom Rat gewählt am 04.11.2020

(Stand: 31.12.2022)

Vorsitzender:

Maik Harnacke (Stv.)

Stellv. Vorsitzender:

Torsten Schoew (Stv.)

CDU-Fraktion:

Ordentliche Mitglieder

Maik Harnacke (Stv.)

Jürgen Stinner (Stv.)

Olaf Jagielski (s.B.)

Stellvertreter

Dr. Christian Zybill (Stv.)

Sonja-Melanie Koch (s.B.)

Timo Stunz-Sondermann (s.B.)

SPD-Fraktion:

Ordentliche Mitglieder

Verena Böcking (Stv.)

Klaus Eckhardt (Stv.)

Karl-Wilhelm Kirchhöfer (s.B.)

Stellvertreter

Ingmar Schiltz (Stv.)

Felix Hof (Stv.)

Harold Solms (s.B.)

Fraktion BÜNDNIS 90

/ DIE GRÜNEN:

Joachim Boller (Stv.)

Bernd Mäckeler (s.B.)

Ansgar Cziba (Stv.)

Eckard Wüst (s.B.)

UWG-Fraktion:

Franz Englert (Stv.)

Robert Grisse (Stv.)

FDP-Fraktion:

Torsten Schoew (Stv.)

Markus Nüchtern (Stv.)

DIE LINKE - Fraktion

Yilmaz Dil (Stv.)

Runu Frank Knips (s.B.)

AfD-Fraktion

Michael Schwarzer (Stv.)

Annette Six (Stv.)

1.2 Betriebsbeschreibung

Aufgrund des § 53 LWG obliegt der Stadt Siegen die Abwasserbeseitigung. Zu diesem Zweck betreibt und unterhält die Stadt Siegen öffentliche Abwasseranlagen.

Für alle Aufgaben der öffentlichen Abwasserbeseitigung und -reinigung wurde das gesamte Vermögen zum 01.01.1997 auf den Eigenbetrieb zum Teilwert (Wiederbeschaffungs-Restbuchwert) übertragen.

Die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung wird seit dem 01.01.1997 vom ESi für die Stadt Siegen als eigenbetriebsähnliche Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Form eines Sondervermögens durchgeführt.

Zielsetzung der Gründung des ESi war, neben der wirtschaftlichen und ökologischen Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes, eine größere Kostentransparenz zu erzielen. Maßgeblich sind laut Betriebssatzung die Interessen der Gebührenzahlerinnen und -zahler zu berücksichtigen, und zwar ohne Gewinnerzielungsabsicht.

1.3 Aufbau und Struktur des Betriebes

Aufgaben des ESi im Einzelnen:

1. Abwasserableitung; Planung, Bau, Unterhaltung, Betrieb und Verwaltung von Anlagen zum Erfassen und Ableiten von Abwässern
2. Abwasserreinigung; Planung, Bau, Unterhaltung, Betrieb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserreinigung sowie Klärschlammverwertung
3. Mitwirkung bei der Bauleitplanung sowie sonstigen Planungen, soweit Belange der Stadtentwässerung berührt werden
4. Mitwirkung bei Baugenehmigungen
5. Technische und kaufmännische Betreuung des Abwasserverbandes Siegen-Kirchen
6. Technische Beratung von abwasserrelevanten Industrie- und Gewerbebetrieben bei Planung und Betrieb von Abwasserbehandlungsanlagen
7. Service und Beratung für die Bürginnen und Bürger der Stadt Siegen in allen Fragen der Abwasserbeseitigung

Zusätzlich zu der gesetzlichen Verpflichtung nach § 53 LWG (Landeswassergesetz) werden in Geschäftsbesorgung für die Stadt Siegen folgende Aufgaben wahrgenommen:

1. Wasserbau; Planung, Bau, Unterhaltung, Betrieb und Verwaltung von Anlagen des Wasserbaus und der Wasserwirtschaft
2. Reinigung der Regeneinlässe in den öffentlichen Straßen der Stadt Siegen

1.4 Kaufmännisches Rechnungswesen

Der Entsorgungsbetrieb erstellt nach den Maßgaben der Eigenbetriebsverordnung und des Handelsgesetzbuches einen Jahresabschluss mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang und Lagebericht. Dem internen Rechnungswesen liegen die Werte des externen Rechnungswesens zugrunde. Das kaufmännische Rechnungswesen mit dem Prinzip der periodengerechten Abgrenzung der Aufwendungen und Erträge führt intern zu bestmöglicher Transparenz von Mittelherkunft und -verwendung. Die im Rahmen der Innenfinanzierung erwirtschafteten Abschreibungen können so zweckentsprechend für Investitionen im Rahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes verwendet werden.

Neben der autonomen Finanz- und Betriebsbuchhaltung lässt ESi den Gebühreneinzug für die Niederschlagswassergebühr und die Personalverwaltung als Dienstleistung von der Stadtverwaltung Siegen erbringen. Die Kanalbenutzungsgebühren (Schmutzwasser) werden nach den Frischwasser-verbrauchsdaten im Namen von ESi durch die SVB (Siegener Versorgungsbetriebe GmbH) veranlagt und von den Nutzern eingezogen.

Die kaufmännische und technische Verwaltung des Abwasserverbandes Siegen-Kirchen wird durch den ESi wahrgenommen.

Der Jahresabschluss wird von der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen nach den üblichen internen Modalitäten erstellt. Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung ist gewährleistet und wird von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „8P Treuhand GmbH, Siegen“ testiert. Die Abschreibungen der Betriebsabrechnung werden entsprechend der Wiederbeschaffungszeitwerte des Anlagevermögens berechnet und zum Teil in die Betriebsabrechnung eingestellt. Zinsen werden nicht in die Betriebsabrechnung übernommen.

1.5 Betriebsgröße und technische Struktur

Gesamt

Beschäftigte 2022

ESi Ø

78

beim Abwasserverband Siegen-Kirchen Ø

5

Alle Arbeitsplätze sind leistungsfähig und zeitgemäß ausgestattet. Der Betrieb verfügt über eine virtualisierte Serverstruktur und virtualisierte EDV-Arbeitsplätze. Über die Südwestfalen-IT (SIT) werden verschiedene Onlineverfahren der Stadtverwaltung genutzt.

	<u>2022</u>	<u>2022 geplant</u>	<u>Differenz</u>	<u>in %</u>
<u>Gesamtinvestitionen</u>	18.624.141,92 €	22.302.000,00 €		
<u>Sonstige Investitionen</u>	126.351,54 €	1.280.000,00 €	- 1.153.648,46 €	-90,13%
<u>Ableitung</u>	<u>2022</u>	<u>2021</u>	<u>Differenz</u>	<u>in %</u>
Mischwasserkanäle	515,0 km	516,0 km	-1,0 km	-0,19%
Schmutzwasserkanäle - Trennsystem	37,5 km	38,5 km	-1,0 km	-2,60%
Regenwasserkanäle - Trennsystem	58,5 km	58,8 km	-0,3 km	-0,51%
Kanäle gesamt	611,0 km	613,3 km	-2,3 km	-0,38%
Regenüberläufe	52	49	3	
Regenüberlaufbecken	19	19	0	
Pumpwerke	14	14	0	
Stauraumkanäle	12	12	0	
Regenklärbecken	2	2	0	
Regenrückhaltebecken	2	2	0	
Schächte	ca. 20.400	ca. 20.400	0	
Betriebshof	1	1	0	
Wasserläufe	ca. 155 km	ca. 155 km	0 km	
	<u>2022</u>	<u>2022 geplant</u>	<u>Differenz</u>	<u>in %</u>
Investitionen (Ableitung)	5.065.483,39 €	8.228.000,00 €	- 3.162.516,61 €	-38,44%

Reinigung

Kläranlage Siegen

Investitionen

2022	2022 geplant	Differenz	in %
13.268.456,85 €	12.270.000,00 €	998.456,85 €	8,14%

Bereits seit 1908 besteht an dieser Stelle eine Kläranlage. Die Kläranlage wurde zuletzt in den Jahren 1992 bis 1996 grundlegend saniert, dabei wurde die 3. Reinigungsstufe installiert. Die Kläranlage entspricht dem derzeit vorgeschriebenen Stand der Technik. Im Zuge der Überleitung der Kläranlage Weidenau wird die Kläranlage Siegen erweitert und teilsaniert.

Kläranlage Weidenau

Investitionen

2022	2022 geplant	Differenz	in %
88.100,87 €	210.000,00 €	- 121.899,13 €	

Die letzte grundlegende Sanierung der Kläranlage wurde in 1996 abgeschlossen, durch diese Sanierung und dem damit verbundenen Einbau der 3. Reinigungsstufe werden die bestehenden gesetzlichen Vorschriften erfüllt. Die Kläranlage Weidenau wurde durch Übernahme des Zweckverbandes Klärwerk Hüttental-Netphen zum 01.01.2004 in den ESi eingegliedert. An den Kosten der Kläranlage Weidenau ist die Stadt Netphen mit 13 % beteiligt. In den nächsten Jahren wird die Überleitung der Abwässer zur Kläranlage Siegen realisiert, anschließend wird die Kläranlage Weidenau, nach einem Um- und Rückbau, zu einem Regenüberlaufbecken und Zwischenspeicher umgewidmet.

Kläranlage Büdenholz

des Abwasserverbandes Siegen-Kirchen

Mitglieder

Stadt Siegen (ESi) (Anteil an den ungedeckten Ausgaben)

63,6%

63,6%

Verbandsgemeinde Kirchen (Anteil an den ungedeckten Ausgaben)

36,4%

36,4%

Investitionen (Anteil ESi)

2022	2022 geplant	Differenz	in %
75.749,27 €	314.000,00 €	- 238.250,73 €	-75,88%

Seit 01.01.2002 wird die gesamte Verwaltung durch ESi vorgenommen. Die letzte grundlegende Sanierung der Kläranlage wurde in 2001 abgeschlossen, durch diese Sanierung und dem damit verbundenen Einbau der 3. Reinigungsstufe, werden die bestehenden gesetzlichen Vorschriften erfüllt.

Kläranlage Kreuztal-Buschhütten der Stadt Kreuztal

Die Kläranlage wird von der Stadt Kreuztal betrieben. An die Kläranlage sind die Siegener Stadtteile Nieder- und Obersetzen angeschlossen. Diese Stadtteile werden ausschließlich im Trennsystem entwässert. Die Kostenverteilung ist basierend auf dem Einwohner-Anschlussverhältnis vertraglich geregelt. Die Vorauszahlungen auf das Benutzungsentgelt für die städtischen Anschlussnehmer betrugen 240.000,-- € im Jahr 2022. Die Endabrechnung steht noch aus. Für das Jahr 2021 hat die Endabrechnung eine Nachzahlung in Höhe von 3.534,00 € ergeben, die Gesamtkosten für das Jahr 2021 beliefen sich damit auf 243.534,00 €.

1.6 Besonderheiten

1. Durch die Corona-Pandemie, welche sich im gesamten Jahr 2022 auswirkte, wurden die Betriebsabläufe erschwert. Aus Coronaschutzgründen wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen (Homeoffice, versetzte Schichten, Schichtbetrieb usw.), welche zu einem effektiven Schutz der Mitarbeiter und einer unterbrechungsfreien Fortführung des Betriebes geführt haben. Insgesamt ist festzustellen, dass die Auswirkungen der Pandemie auf den Betrieb verkraftbar erscheinen.
2. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat insbesondere bei den Energiekosten, aber auch bei anderen Kosten zu wesentlichen Verteuerungen geführt, weiterhin waren Lieferketten unterbrochen oder Lieferungen haben sich verzögert. Der Betrieb wurde dadurch erschwert und teilweise stark verteuert.

2. Jahresergebnis 2022

2.1 Analyse des Jahresergebnisses 2022

Das geplante Jahresergebnis war ein Gewinn von 1.539.688 €

Aufwand

Kosten lt. Erfolgsplanung	24.734.399 €	
Kosten lt. Jahresergebnis	- 24.566.869 €	
Minderaufwand (+) / Mehraufwand (-)	167.530 €	167.530 €
<u>davon</u> Geplanter neutraler Aufwand	260.000 €	
Neutraler Aufwand lt. Jahresergebnis	- 1.064.859 €	
Neutraler Minderaufwand (+) / Mehraufwand (-)	- 804.859 €	

Erlöse

Erträge lt. Erfolgsplanung	- 26.274.087 €	
Erträge lt. Jahresergebnis	26.677.105 €	
Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	403.018 €	
<u>davon</u> Geplante neutrale Erträge	- 2.500 €	
Neutrale Erträge lt. Jahresergebnis	1.018.851 €	
Neutrale Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	1.016.351 €	
Gebührenausgleichsverbindlichkeit	- 420.030 €	
Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)	- 17.012 €	- 17.012 €
Erwirtschaftetes Jahresergebnis (Gewinn)		1.690.206 €

Zusammensetzung des Gesamtergebnisses lt. BAB

Neutrales Ergebnis	432.678 €
Ein-/Ausgliederung (Ausgliederung Zinsen, Eingliederung kalkulatorische Abschreibungen)	1.355.174 €
Unterdeckung Schmutzwasser	- 97.625 €
Überdeckung Niederschlagswasser	420.030 €
Verrechnung Unterdeckung aus Vorjahren	0 €
Nebenkostenstelle Entsorgung privater Kleinkläranlagen	- 21 €
Unterdeckung Nebenkostenstelle Hausanschlüsse	0 €
Verbindlichkeiten für Gebührenüberdeckungen	- 420.030 €
Gesamtergebnis	1.690.206 €

II. Kostenrechnung

1. Gebührenrelevante Kosten und Erträge

1.1 Betriebsabschluss – Abwasserbeseitigung – in €

a) Kosten- und Ertragsarten – Übersicht mit Vorjahresvergleich

Kosten	Wirtschaftsrechnung 2022 gebührenpflichtig		Wirtschaftsrechnung 2021 gebührenpflichtig		Differenz	
	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser
Spalten des BAB	19	20	19	20	19	20
Personalkosten	1.530.533	1.086.636	1.564.904	1.147.470	-34.371	-60.834
Unterhaltungen	866.734	476.423	767.334	464.660	99.400	11.763
Betriebskosten	1.753.033	437.807	1.240.394	325.345	512.639	112.462
Erfassung Kanalzustand/Planungsk. Zentralabwasserplan	0	0	0	0	0	0
Abwasserabgabe nach Landeswassergesetz	320.000	15.000	320.179	15.000	-179	0
Geschäftsausgaben/Rechts- und Beratungskosten	100.587	61.958	116.834	52.654	-16.247	9.304
Abschreibungen	5.285.396	5.952.771	4.450.814	4.555.089	834.582	1.397.682
Zinsen	0	0	1.485.206	1.951.631	-1.485.206	-1.951.631
Benutzungsgebühr für Kläranlage Kreuztal	240.000	0	240.000	0	0	0
Umlage Abwasserverband Siegen-Kirchen	651.767	227.810	822.035	287.324	-170.268	-59.514
Anteilskosten für Leistungen der Stadt Siegen	0	0	0	0	0	0
Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Aufgelöste Vorkostenstellen/innere Verrechnung	1.438.938	1.066.189	1.320.661	1.052.933	118.277	13.256
Umgliederung Klärschlamm-trocknung	604.974	119.546	829.021	163.819	-224.047	-44.273
Umgliederung Stadt Netphen	-343.528	-65.936	-283.227	-52.320	-60.301	-13.616
Endsumme Kosten	12.448.434	9.378.204	12.874.155	9.963.605	-425.721	-585.401

Erträge	Wirtschaftsrechnung 2022		Wirtschaftsrechnung 2021		Differenz	
	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser	Schmutz- wasser	Nieder- schlags- wasser
Spalten des BAB	19	20	19	20	19	20
Kanalbenutzungsgebühren (Schmutzwasser)	11.557.345	0	11.540.967	0	16.378	0
Kanalbenutzungsgebühren (Niederschlagswasser)	0	6.308.146	0	6.505.699	0	-197.553
Erstattung Straßenentwässerungsanteil	0	3.162.639	0	3.342.242	0	-179.603
Bestandsveränderung Gebührenaussgleich.	358.932	166.873	1.121.671	451.925	-762.739	-285.052
Kostenanteil anderer Gemeinden	213.194	40.006	175.304	32.896	37.890	7.110
Verwaltungskostenbeiträge	114.190	59.880	112.813	59.158	1.377	722
Sonstige Erträge	76.311	55.033	59.781	43.826	16.530	11.207
Innerstädt. Einnahmen	30.837	5.657	27.718	5.084	3.119	573
Auflösung von Ertragszuschüssen	0	0	0	0	0	0
Aktivierte Eigenleistung	0	0	0	0	0	0
Neutrale Erträge	0	0	0	0	0	0
Endsumme Erträge	12.350.809	9.798.234	13.038.254	10.440.830	-687.445	-642.596

Kosten:	12.448.434	9.378.204	12.874.155	9.963.605	-425.721	-585.401
Erträge:	12.350.809	9.798.234	13.038.254	10.440.830	-687.445	-642.596
Über-/Unterdeckung:	- 97.625	+ 420.030	+ 164.099	+ 477.225	- 261.724	- 57.195
Verrechnungen Vorjahre:	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0	+ 0
Über-/Unterdeckung nach Verrechnung:	- 97.625	+ 420.030	+ 164.099	+ 477.225	- 261.724	- 57.195
Verbindlichkeiten für Überdeckungen:	+ 0	+ 420.030	+ 164.099	+ 477.225	- 164.099	- 57.195
Über-/Unterdeckung n. Verrechnung u. Verbindlichkeiten:	- 97.625	+ 0	+ 0	+ 0	- 97.625	+ 0

b) Analyse der Über- und Unterdeckung - Zeitvergleich der Kosten und Erträge

Der gebührenpflichtige Teil der Wirtschaftsrechnung weist im Bereich der Abwasserbeseitigung für das Jahr 2022 eine 99,2 %-ige Kostendeckung im Bereich Schmutzwasser und eine 104,5 %-ige Kostendeckung im Bereich Niederschlagswasser aus. Aus Vorjahren waren keine Unterdeckungen zu verrechnen.

Wirtschaftsjahr		Kosten	Erträge	Unter-/Überdeckung	
		€	€	€	%
2018	SW	11.040.783	11.943.171	+ 902.388	+8,17%
2018	NW	8.920.116	9.485.919	+ 565.803	+6,34%
2019	SW	10.925.975	12.480.800	+ 1.554.825	+14,23%
2019	NW	9.346.055	9.648.501	+ 302.446	+3,24%
2020	SW	12.526.119	12.876.082	+ 349.963	+2,79%
2020	NW	9.874.555	9.935.279	+ 60.724	+0,61%
2021	SW	12.874.155	13.038.254	+ 164.099	+1,27%
2021	NW	9.963.605	10.440.830	+ 477.225	+4,79%
2022	SW	12.448.434	12.350.809	- 97.625	-0,78%
2022	NW	9.378.204	9.798.234	+ 420.030	+4,48%

Jahresergebnis 2022 der gebührenpflichtigen Kosten

	Schmutzwasser		Niederschlagswasser		Gesamt €
	€	%	€	%	
Kosten	12.448.434	57,03%	9.378.204	42,97%	21.826.638

1.2 Erläuterung des Abrechnungssystems

1.2.1 Abrechnungsspezifische Ziele

Ziele der Betriebsabrechnung sind:

- Vollständige Erfassung und verursachungsgerechte Zuordnung der Kosten/Erträge auf Kostenstellen
- Ermittlung der zur Kostendeckung notwendigen Gebühren
- Überprüfung der Wirtschaftlichkeit durch interne Kosten-/Leistungsvergleiche

1.2.2 Erläuterung der Kostenarten und Kostenstellenrechnung

Die einzelnen Kostenarten sind weiter nach Kostenartengruppen in Personal- und Betriebskosten, sowie Zinsen und Abschreibungen gegliedert.

Die Hauptkostenstellen 11 - 18 sind die Einrichtungen, die unmittelbar bei der Ableitung und Klärung mitwirken.

Die Nebenkostenstellen 21 - 26 sind aus organisatorischen bzw. fachtechnischen Gründen im Entsorgungsbetrieb eingegliedert. Die hier zugeordneten Kosten sind dem Gebührenzahler als gebührenrelevante Kosten nicht anzulasten.

Die Vorkostenstellen 27 - 33 geben Auskunft, in welchen spezifischen Bereichen entsprechende Kosten angefallen sind.

1.2.3 Grundsätze der Kostenermittlung und -verteilung

Die Kosten werden verursachungsgerecht auf die Kostenstellen 11 - 18 und 21 - 33 verteilt. Alle Rechnungen werden von den veranlassenden Sachbearbeitern kontiert, damit die korrekte Zuordnung auf die kostenverursachende Kostenstelle gewährleistet ist. Die Kosten der Hauptkostenstellen werden den Endkostenstellen 19 und 20 direkt zugeordnet.

Mit Hilfe von Verteilungsschlüsseln werden die Kosten von den Spalten 27 - 33 auf die Haupt- und Nebenkostenstellen in den Spalten 11 - 18 und 21 - 26 verteilt.

2. Erläuterung der Abgrenzungsrechnung

2.1 Abstimmung des Jahresergebnisses mit der Wirtschaftsrechnung – siehe Betriebsabrechnungsbogen

Erfolgsrechnung (GuV) und Betriebs- bzw. Wirtschaftsrechnung können voneinander abweichen. Nicht richtig gebuchte Ausgaben und Einnahmen sind korrekt zuzuordnen. Besondere Sachverhalte sind entsprechend ein- oder auszugliedern. Von den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Posten zur Betriebsrechnung ein- und ausgegliedert worden:

Kosten (GuV) (Spalte 4)				24.566.869 €
Eingliederung	Zeile 5	2.534 €	(Sandwäsche Kläranl. Weid.)	Ein-, Aus-, Umgliederungen (Spalte 5)
	Zeile 9	2.780.578 €	(Zusätzliche kalk. Abschreibungen)	
Ausgliederung	Zeile 4	- €	(Hausanschlüsse)	
	Zeile 5	- 49.917 €	(Sachaufwand Personal Kraftstoffe)	
	Zeile 8	- 512 €	(Sachaufwand Personal Telefon, Bürobedarf)	
	Zeile 9	- 60.667 €	(Zuschüsse für Fahrzeuge)	
	Zeile 10	- 1.425.404 €	(Zinsaufwendungen)	
Betriebsrechnung (Spalte 6)				25.813.481 €
				1.246.612 €

2.2 Ausgliederung in der neutralen Rechnung

Bei den zu neutralisierenden Ausgaben und Einnahmen kann es sich um betriebsfremde oder außerordentliche Kosten und Erlöse handeln. Betriebsfremde Kosten und Erlöse sind Aufwendungen und Leistungen, die nicht durch den eigentlichen Betriebszweck entstanden sind. Neutrale Aufwendungen sind periodisch abgegrenzte Kosten, die das aktuelle Wirtschaftsjahr nicht betreffen. Insbesondere sind hier Kosten und Erlöse neutralisiert worden, die nicht gebührenwirksam werden dürfen oder sollen.

Neutrale Rechnung (Spalte 7)

Neutrale Aufwendungen (Zeile14)	-	1.064.859 €
Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse		478.686 €
Neutrale Erträge		1.018.851 €
Neutrales Ergebnis		432.678 €

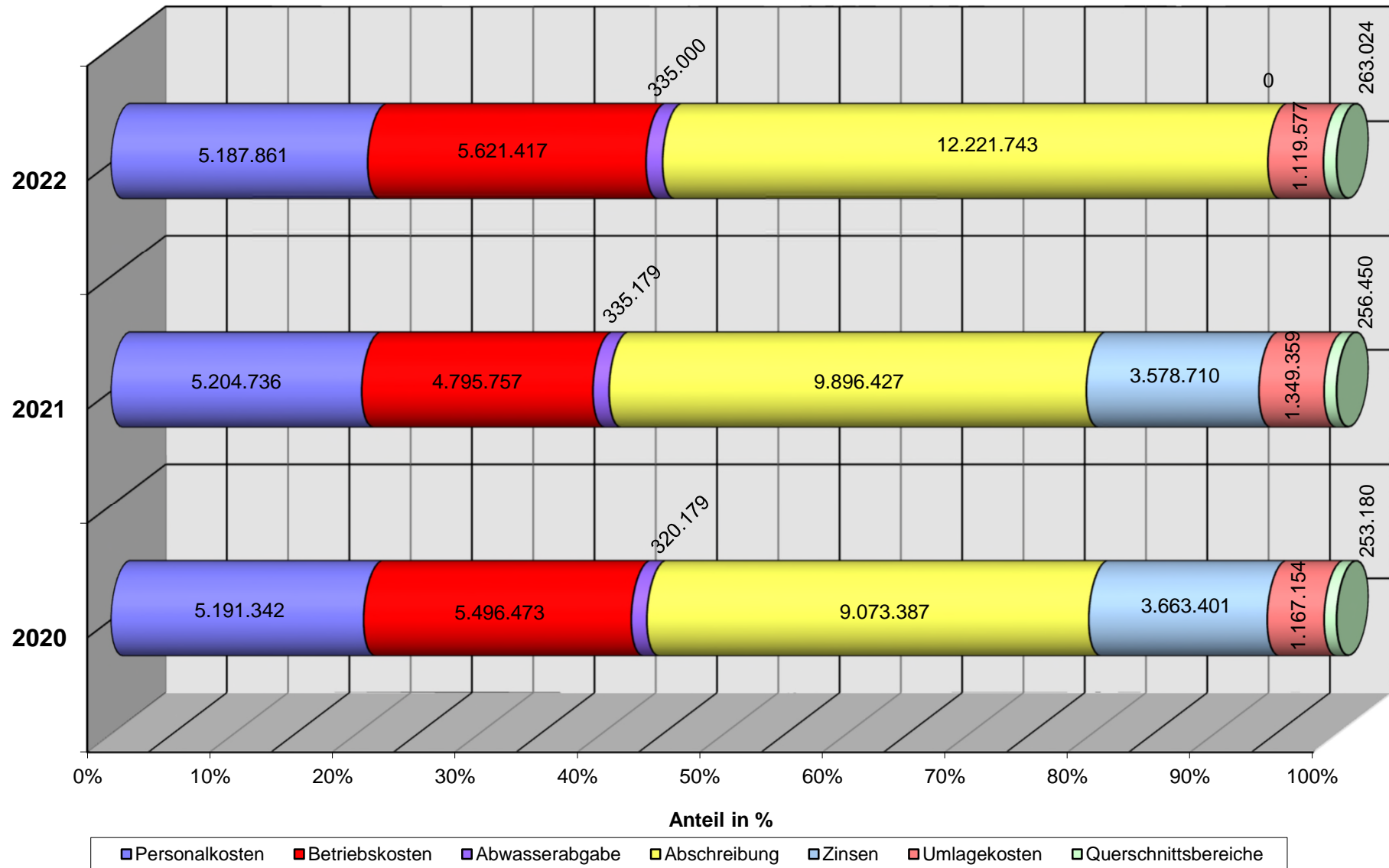
3. Kostenstrukturanalyse

3.1 Zeitvergleich der Kostenartenanteile

Jahr	Personalkosten		Betriebskosten		Abwasserabgabe		Abschreibungen		Zinsen		Umlagekosten		Anteilstkosten Querschnitts- bereiche Stadt Siegen		Gesamt	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
2018	4.860.809	22,0%	4.503.119	20,3%	402.000	1,8%	8.429.733	38,1%	2.664.125	12,0%	1.039.030	4,7%	233.632	1,1%	22.132.448	100%
2019	5.022.886	22,3%	4.511.693	20,0%	348.000	1,5%	8.309.030	36,8%	2.992.754	13,3%	1.128.843	5,0%	241.225	1,1%	22.554.431	100%
2020	5.191.342	20,6%	5.496.473	21,8%	320.179	1,3%	9.073.387	36,1%	3.663.401	14,6%	1.167.154	4,6%	253.180	1,0%	25.165.116	100%
2021	5.204.736	20,5%	4.795.757	18,9%	335.179	1,3%	9.896.427	38,9%	3.578.710	14,1%	1.349.359	5,3%	256.450	1,0%	25.416.618	100%
2022	5.187.861	21,0%	5.621.417	22,7%	335.000	1,4%	12.221.743	49,4%	0	0,0%	1.119.577	4,5%	263.024	1,0%	24.748.622	100%

Die aufgeführten Kostenartenanteile wurden an den Gesamtkosten der Wirtschaftsrechnung gemessen.

Kostenartenanteile 2020 bis 2022



3.2 Entwicklung der Fremdkapitalzinsen

0 € (3.578.710 € Vorjahr)

Seit dem Jahr 2022 werden keine kalkulatorischen Zinsen, auch keine Nominalzinsen, mehr in die Kalkulation eingestellt. Die tatsächlich angefallenen Zinsen betragen im Jahr 2022 insgesamt 1.425.404 €.

3.3 Entwicklung der Abschreibungen

12.221.743 € (9.896.427 € Vorjahr)

3.3.1	Die Abschreibungen der Finanzbuchführung betragen für das Wirtschaftsjahr insgesamt	9.501.832 €
3.3.2	abzüglich Zuschüsse, direkt zugeordnet	-60.667 €
3.3.3	zuzüglich zusätzliche Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerte	2.780.578 €
Gesamt		<u>12.221.743 €</u>

Dabei werden lediglich 85% der möglichen Abschreibungen auf die Wiederbeschaffungszeitwerte im Bereich Schmutzwasser und 95% der möglichen Abschreibungen auf die Wiederbeschaffungszeitwerte im Bereich Niederschlagswasser berücksichtigt, dadurch wird die beschlossene Vorgabe aus der Gebührenkalkulation eingehalten.

4. Einnahmen

4.1 Abgrenzung der Einnahmen

Erträge und Einnahmen lt. GuV	26.677.105 €
-------------------------------	--------------

Umgliederungen (Spalte 5)

Sandwäsche Kläranlage Weidenau, Sonstiges	2.534 €	
Erstattung Sachaufwand Personal (Telefon, Büromaterial, Kraftstoffe, usw.)	-50.429 €	
Auflösung von Ertragszuschüssen (Fahrzeuge)	-60.667 €	
	<hr/>	
	-108.562 €	-108.562 €

Neutrale Rechnung (Spalte 7)

Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	478.686 €	
Neutrale Erträge	1.018.851 €	
	<hr/>	
	1.497.537 €	-1.497.537 €

Vermögensveränderungsrechnung (Spalte 8)

Aktiviertete Eigenleistung		<hr/>
		-754.000 €

Wirtschaftsrechnung (Spalte 9)	24.317.006 €
--------------------------------	--------------

4.2 Haupteinnahmen – Kanalbenutzungsgebühren (Schmutz- und Niederschlagswasser)

Seit dem 01. Januar 1996 wird die Abwassergebühr als Niederschlagswasser- und Schmutzwassergebühr (differenzierter Gebührenmaßstab) getrennt erhoben. Grundlage für die Berechnung des Niederschlagswassers (Regenwasser) ist die angeschlossene versiegelte Fläche (m²) der Grundstücke. Grundlage für die Berechnung des Schmutzwassers ist der Frischwasserbezug (m³).

4.3 Entwicklung der Kanalbenutzungsgebühren (Schmutz- und Niederschlagswasser) seit 1976

Einheitliche Gebühr bis 31.12.1995			Einheitliche Gebühr		(Ø pro Haushalt)
1976		bis 1982	von 0,82 €/m³		(164,00 €)
1983	Gebührenerhöhung	ab 1983	auf 1,02 €/m³		(204,00 €)
1984	Gebührenerhöhung	ab 1984	auf 1,07 €/m³		(214,00 €)
1987	Gebührenerhöhung	ab 1987	auf 1,33 €/m³		(266,00 €)
1988	Gebührenerhöhung	ab 1988	auf 1,43 €/m³		(286,00 €)
1989	Gebührenerhöhung	ab 1989	auf 1,48 €/m³		(296,00 €)
1990	Gebührenerhöhung	ab 1990	auf 1,71 €/m³		(342,00 €)
1991	Gebührenerhöhung	ab 1991	auf 2,06 €/m³		(412,00 €)
1992	Gebührenerhöhung	ab 1992	auf 2,36 €/m³		(472,00 €)
1993	Gebührenerhöhung	ab 1993	auf 2,62 €/m³		(524,00 €)
1994	Gebührenerhöhung	ab 1994	auf 2,91 €/m³		(582,00 €)
Gebührentrennung ab 01.01.1996			Schmutzwasser	Regenwasser	(Ø pro Haushalt)
1996	Trennung	ab 01.01.1996	auf 1,76 €/m³	auf 1,06 €/m² und Jahr	(489,80 €)
1998	Änderung	ab 01.01.1998	auf 2,12 €/m³	auf 0,95 €/m² und Jahr	(547,50 €)
1999	Änderung	ab 01.01.1999	auf 2,02 €/m³	auf 0,89 €/m² und Jahr	(519,70 €)
2002	Änderung	ab 01.01.2002	weiter 2,02 €/m³	auf 0,88 €/m² und Jahr	(518,40 €)
2005	Änderung	ab 01.01.2005	weiter 2,02 €/m³	auf 0,90 €/m² und Jahr	(521,00 €)
2008	Änderung	ab 01.01.2008	auf 1,98 €/m³	weiter 0,90 €/m² und Jahr	(513,00 €)
2009	Änderung	ab 01.01.2009	weiter 1,98 €/m³	auf 0,88 €/m² und Jahr	(510,40 €)
2011	Änderung	ab 01.01.2011	weiter 1,98 €/m³	auf 0,94 €/m² und Jahr	(518,20 €)
2012	Änderung	ab 01.01.2012	auf 2,06 €/m³	auf 1,02 €/m² und Jahr	(544,60 €)
2013	Änderung	ab 01.01.2013	weiter 2,06 €/m³	auf 0,96 €/m² und Jahr	(536,80 €)
2014	Änderung	ab 01.01.2014	auf 2,12 €/m³	auf 0,88 €/m² und Jahr	(538,40 €)
2015	Änderung	ab 01.01.2015	weiter 2,12 €/m³	auf 0,80 €/m² und Jahr	(528,00 €)
2016	Änderung	ab 01.01.2016	auf 2,10 €/m³	auf 0,76 €/m² und Jahr	(518,80 €)
2018	Änderung	ab 01.01.2018	auf 2,00 €/m³	auf 0,82 €/m² und Jahr	(506,60 €)
2019	Änderung	ab 01.01.2019	auf 1,98 €/m³	auf 0,82 €/m² und Jahr	(502,60 €)
2020	Änderung	ab 01.01.2020	auf 2,06 €/m³	auf 0,84 €/m² und Jahr	(521,20 €)
2021	Änderung	ab 01.01.2021	auf 2,10 €/m³	auf 0,88 €/m² und Jahr	(534,40 €)
2022	Änderung	ab 01.01.2022	auf 2,20 €/m³	auf 0,84 €/m² und Jahr	(549,20 €)
2023	unverändert (nachrichtlich)				

(Pro Haushalt werden durchschnittlich 200 m³ Frischwasserverbrauch und 130 m² versiegelte Fläche angenommen)

5. Ergebnis der Kostenrechnung

5.1 Ergebnisrechnung – Wirtschaftsplan

Kosten	24.734.399 €
Erträge	26.274.087 €
Überdeckung	1.539.688 €
Kostendeckungsgrad	106,22%

5.2 Jahresergebnis – Gewinn- und Verlustrechnung

Kosten	24.566.869 €
Verbindlichkeiten für Überdeckungen	420.030 €
Erträge	26.677.105 €
Überdeckung	1.690.206 €
Kostendeckungsgrad	106,88%

5.3 Gebührenrechnung

		Schmutzwasser	Kosten- deckungsgrad	Niederschlags- wasser	Kosten- deckungsgrad
Gebührenpflichtige Ausgaben		12.448.434 €		9.378.204 €	
Gebührenpflichtige Einnahmen (netto)		11.991.877 €		9.631.361 €	
Auflösung Gebührenausgleichsverbindlichkeiten	2020	24.497 €		4.251 €	
	2019	108.838 €		21.171 €	
	2018	225.597 €		141.451 €	
Gebührenpflichtige Einnahmen		12.350.809 €		9.798.234 €	
Überdeckung/Unterdeckung		-97.625 €	99,22%	420.030 €	104,48%
Verrechnungen aus Vorjahren (Unterdeckungen)	2020	0 €		0 €	
	2019	0 €		0 €	
	2018	0 €		0 €	
Überdeckung/Unterdeckung nach Verrechnungen		-97.625 €	99,22%	420.030 €	104,48%
Verbindlichkeiten für Gebührenüberdeckungen		0 €		420.030 €	
Gesamtergebnis		-97.625 €		0 €	

5.4 Kostendeckung Nebenkostenstellen

Neben der Hauptaufgabe der Abwasserbeseitigung obliegen dem ESi noch Nebenaufgaben, z. T. gegen Entgelt, die zu folgendem Ergebnis führten:

Nebenkostenstelle	Ausgaben	Einnahmen	Unterdeckung(-) / Überdeckung (+)	Kostendeckungsgrad
Entsorgung privater Kleinkläranlagen	17.532 €	17.511 €	-21 €	99,88%
Hausanschlüsse	191.278 €	191.278 €	0 €	100,00%
Gewässerunterhaltung	525.640 €	525.000 €	-640 €	99,88%
Regeneinlassreinigung	409.695 €	441.000 €	31.305 €	107,64%
Klärschlamm Trocknung	606.955 €	602.961 €	-3.994 €	99,34%
Stadt Netphen	416.884 €	359.352 €	-57.532 €	86,20%

Über- (+) und Unterdeckungen (-) der Nebenkostenstellen Gewässerunterhaltung, der Regeneinlassreinigung und Stadt Netphen werden zwischen Stadt Siegen bzw. Stadt Netphen und ESi ausgeglichen und sind in der Bilanz als Verbindlichkeiten oder Forderungen enthalten.

Die Kosten der Klärschlamm Trocknung werden zunächst verursachungsgemäß auf die Hauptkostenstellen verteilt, die übrigen Kosten werden durch Erlöse ausgeglichen.

III. Betriebs- abrechnungsbogen 2022

Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen																																		
Betriebsabrechnungsbogen 2022		Plan-/Ist-Werte		Zahlen der Betriebsbuchhaltung					Hauptkostenstellen								Beseitigung und Klärung gesamt		Nebenkostenstellen							Vorkostenstellen								
Kosten- und Erlösarten	Zahlen des Erfolgsplanes	Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung	Abgrenzungsrechnung				Wirtschaftsrechnung	in %	Kläranlage Siegen		Kläranlage Weidenau		Verbände/andere Kläranlagen		Kanäle und Sonderbauwerke				Schmutzwasser	Niederschlagswasser	Entsorgung privater Kleinkläranlagen	Hausanschlüsse	Gewässerunterhaltung Stadt Siegen	Regenentlässe und Reinigung	Klärschlamm-trocknung	Stadt Netphen	Geräte, Werkzeuge, Transportmittel, Werkstatt	Neubauplanung und Bauleitung	Fuhrpark	Technische Verwaltung	Kaufmänn. Verwaltung	Verwaltungsgebäude	Geschäftsausgaben, Querschnittsbereiche	
			Ein-, Aus- und Umgliederung	Betriebsrechnung	Neutrale Rechnung	Vermögensveränd.-rechnung			Schmutzwasser	Niederschlagswasser	Schmutzwasser	Niederschlagswasser	Schmutzwasser	Niederschlagswasser	Schmutzwasser	Niederschlagswasser																		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	1	
2	Kosten / Aufwendungen																																2	
3	Personalkosten	5.417.520	5.187.861	0	5.187.861	0	0	5.187.861	21,6%	626.318	123.764	479.531	94.758	0	0	424.684	868.114	1.530.533	1.086.636	0	0	393.550	236.599	53.323	7.420	111.042	742.862	7.200	403.324	610.572	4.800	0	3	
4	Unterhaltungen	1.243.400	1.525.048	0	1.525.048	0	0	1.525.048	6,4%	299.935	59.269	401.542	79.347	0	0	165.257	337.807	866.734	476.423	0	0	0	2.681	81.669	0	22.793	0	19.217	2.710	72	52.749	0	4	
5	Betriebskosten	3.298.500	3.390.120	-47.383	3.342.737	0	0	3.342.737	13,9%	1.098.195	217.008	605.340	119.618	0	0	49.498	101.181	1.753.033	437.807	16.194	191.278	424	23.152	648.780	0	1.822	0	202.256	2.105	35.079	30.807	0	5	
6	Erf. d. Kanalzustandes/Kosten Zentralabwasserpl.	0	0	0	0	0	0	0	0,0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6	
7	Abwasserabgabe nach Landeswassergesetz	335.500	335.000	0	335.000	0	0	335.000	1,4%	178.000	0	142.000	0	0	0	0	15.000	320.000	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7
8	Geschäftsausgaben/Rechts- und Beratungskosten	735.600	754.144	-512	753.632	0	0	753.632	3,1%	55.174	10.903	22.624	4.471	0	0	22.789	46.584	100.587	61.958	0	0	1.743	0	1.586	0	58	0	159	65.650	519.799	2.092	0	8	
9	Abschreibungen	10.529.447	9.501.832	2.719.911	12.221.743	0	0	12.221.743	50,9%	1.926.730	425.523	562.845	124.306	519.788	203.054	2.276.033	5.199.888	5.285.396	5.952.771	0	0	0	0	460.509	0	3.958	0	326.741	7.904	101.704	82.760	0	9	
10	Zinsen	1.485.591	1.425.404	-1.425.404	0	0	0	0	0,0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10	
11	Benutzungsgebühr für Kläranlage Kreuztal	240.000	240.000	0	240.000	0	0	240.000	1,0%	0	0	0	0	240.000	0	0	0	240.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11
12	Umlage Abwasserverband SK	925.316	879.577	0	879.577	0	0	879.577	3,7%	0	0	0	0	651.767	227.810	0	0	651.767	227.810	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12	
13	Anteilskosten für Leistungen der Stadt Siegen	263.525	263.024	0	263.024	0	0	263.024	1,1%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	263.024	13	
14	Neutrale Aufwendungen	260.000	1.064.859	0	1.064.859	1.064.859	0	0	0,0%	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	14	
15	Zwischensumme	24.734.399	24.566.869	1.246.612	25.813.481	1.064.859	0	24.748.622	103,1%	4.184.352	836.467	2.213.882	422.500	1.411.555	430.864	2.938.261	6.568.574	10.748.050	8.258.405	16.194	191.278	395.717	262.432	1.245.867	7.420	139.673	742.862	555.573	481.693	1.267.226	173.208	263.024	15	
16	Vorkosten:																																16	
17	Geschäftsausgaben/Querschnittsbereiche									31.757	6.275	24.356	4.813	0	0	21.881	43.770	77.994	54.858	0	0	19.990	12.020	2.709	0	5.629	37.718	368	20.490	31.011	237	-263.024	17	
18	Verwaltungsgebäude									21.073	4.164	16.061	3.174	0	0	14.429	28.863	51.563	36.201	0	0	13.182	7.926	1.786	0	3.712	24.872	243	13.511	20.449	-173.445	0	18	
19	Kaufmännische Verwaltung									379.413	74.974	135.546	26.784	0	0	179.983	360.019	694.942	461.777	923	0	22.418	14.901	17.703	0	6.330	43.780	1.846	54.066	-1.318.686	0		19	
20	Technische Verwaltung									183.437	36.248	58.564	11.573	0	0	77.765	155.552	319.766	203.373	399	0	9.686	6.438	7.649	0	2.735	18.916	798	-569.760	0			20	
21	Fuhrpark									33.643	6.648	7.979	1.577	0	0	93.501	187.031	135.123	195.256	0	0	63.092	105.954	0	0	0	59.403	-558.828	0				21	
22	Neubauplanung und Bauleitung					754.000	-754.000	-3,1%	41.286	8.158	8.724	1.724	0	0	37.337	76.322	87.347	86.204	0	0	0	0	0	0	0	0	-927.551	0					22	
23	Geräte, Werkzeuge, Transportmittel, Werkstatt									58.810	11.621	5.487	1.084	0	0	7.906	15.815	72.203	28.520	16	0	1.555	24	55.761	0	-158.079	0						23	
24	Zwischensumme	24.734.399	24.566.869	1.246.612	25.813.481	1.064.859	754.000	23.994.622	100,0%	4.933.771	984.555	2.470.599	473.229	1.411.555	430.864	3.371.063	7.435.946	12.186.988	9.324.594	17.532	191.278	525.640	409.695	1.331.475	7.420	0							24	
25	Umgliederung Klärschlamm-trocknung									420.199	83.033	184.775	36.513					604.974	119.546					-724.520									25	
26	Zurechnungen Kläranlage Weidenau											802	158																				26	
27	Abrechnungen Kläranlage Weidenau											-13.653	-2.698																				27	
28	Zwischensumme																																	

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2
Bereich: Kultur
Bearbeitet von: Astrid Schneider

Siegen, 27.9.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Kurzbezeichnung:

Sachstandsbericht zum Stadtjubiläum 2024

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Mit der Vorlage VL 566/2021 hat der Rat der Stadt Siegen einen ersten Sachstandsbericht zu den Planungen des Stadtjubiläums 2024 erhalten. Erläutert wurde hier der prinzipielle Ansatz, die Organisations- und die Veranstaltungsstruktur.

Wenige Monate vor Beginn des Jubiläumsjahres kann das Koordinierungsteam (bestehend aus Dr. Sabine Schutz, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Werthenbach, Büro Bürgermeister, Katja Teixeira, Stadtmarketinggesellschaft Siegen, sowie Martin Horne und Astrid Schneider, KulturSiegen) eine konkrete Planung vorlegen. Auf die Übersicht der Themen und Termine mit Stand 27.9.2023, die als Anlage beigefügt ist, wird verwiesen. Die Tabelle hat insofern einen vorläufigen Charakter, als hier lediglich die bereits fest terminierten Projekte aufgeführt sind. Weitere befinden sich in Planung und werden nach und nach ergänzt.

Deutlich wird jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt, dass die Zielsetzung des 2021 vorgestellten Veranstaltungskonzepts erreicht wird, die da lautet: Das Jubiläum möge der Siegener Stadtgesellschaft die Gelegenheit geben, sich auf vielfältigste Weise zu reflektieren und sich und ihre Leistungen gemeinsam mit Gästen zu feiern.

Programm

Im Einzelnen auf die Programmpunkte einzugehen würde den Rahmen sprengen. Deshalb in Kürze nur folgende Erläuterungen:

Zentrale Veranstaltung des Jubiläums wird das Stadtfest am Wochenende des 30. August bis 1. September sein. Im Jubiläumsjahr wird das Veranstaltungsgelände um den Schlosspark erweitert, der der Unterhaltung von Familien gewidmet sein wird. Genutzt wird auch der bis dahin fertiggestellte Herrengarten. Hier lautet das Motto „Green City“ mit Informationen und Aktionen zum Thema Nachhaltigkeit. Zeitlich wird das Stadtfest um den Freitagvormittag und –nachmittag erweitert. Zwischen 10.00 und 18.00 Uhr soll die Stadtfestfläche mit Programm für Kindern und Jugendliche unter deren aktiver Einbindung bespielt werden. Auf dem Schlossplatz wird sich die Hauptbühne befinden. Lediglich an einem Abend findet hier die Techno-Party „Willer Watz“ statt. Für die Veranstaltungen am Samstag und Sonntag wird der Platz bestuhlt. Das Unterhaltungsprogramm wird darauf ausgerichtet, eine angenehme Aufenthaltsqualität für alle Altersgruppen zu schaffen.

Zu den in Planung befindlichen Terminen gehören beispielsweise Vorschläge aus dem Sportbereich. Diese wurden bei mehreren Treffen mit Mitgliedern des Stadtsportverbands gesammelt und können alsbald veröffentlicht werden.

Nicht eigens aufgeführt sind in der vorliegenden Übersicht Stadtführungen aus dem Programm der Stadtmarketinggesellschaft sowie Alternative Stadtrundgänge in Verantwortung des Aktiven Museums. Auch Führungen des Siegerlandmuseums im Oberen Schloss und in der Fürstengruft gehören zum Jubiläumsprogramm und werden über das Jahr verteilt stattfinden.

In Planung befindet sich die Beteiligung der Siegener Wirtschaft unter dem Motto „Mit Siegener Unternehmen in die Zukunft“. Betriebe aus den Bereichen Industrie, Handwerk, Dienstleistung und Handel wurden eingeladen, ihre Tore zu öffnen und verteilt über das Jahr, je nach betrieblichen Rahmenbedingungen, ihr Unternehmen und ihre Arbeitswelt vorzustellen. Dieses Angebot richtet sich an die allgemeine Öffentlichkeit, jedoch auch und insbesondere an Schulklassen. Ein besonderer Fokus soll bei den Betriebsbesichtigungen auf der Vorstellung von Berufs- und Ausbildungschancen liegen.

In Kooperation mit der Jugendkunstschule Siegen-Wittgenstein soll ein Kreativwettbewerb für Schülerinnen und Schüler, unterteilt nach Altersklassen ausgeschrieben werden, der in einer Prämierung und Ausstellung der Arbeiten mündet.

Evangelische Kirche, katholische Kirche und der Runde Tisch der Religionen sind dabei, Veranstaltungsformate zu entwickeln, die Aspekte der sozialen und spirituellen Gemeinschaft sichtbar machen und zur Diskussion einladen.

Nachhaltige Projekte

Abgesehen von termingebundenen Veranstaltungen, befindet sich eine Vielzahl von Projekten in Vorbereitung, die der Stadt Siegen über das Jubiläumsjahr hinaus erhalten bleiben.

Hierzu gehört an erster Stelle die „Siegener Stadtgeschichte“. Das Buch, konzipiert von einem Redaktionsteam unter Leitung des Siegener Stadtarchivs, wird in 15 Beiträgen wissenschaftlicher Autoren die Historie von der frühesten Besiedelung bis zur jüngsten Geschichte abhandeln. Die Veröffentlichung ist für die zweite Jahreshälfte 2024 vorgesehen.

Bereits in Kürze wird ein sogenanntes „Wimmelbuch“ mit Suchbildern in Siegener Szenerie erscheinen und im Handel erhältlich sein. Herausgeberin ist der Verlag Vorländer, der den Wunsch der Stadt Siegen nach einem Kinderbuch zum Jubiläum aufgegriffen hat.

Anders als bei der 750-Jahrfeier der Stadt Siegen wird es 2024 keine nachgebauten Stadttore geben. Dafür hat sich dank eines großzügigen Sponsorings der Sparkasse Siegen die Möglichkeit aufgetan, eine virtuelle Rekonstruktion des Kölner Tors in Auftrag zu geben. Das 3-dimensionale Bild des Tores kann vor Ort von jedermann und auf Dauer auf den Bildschirm des mobilen Endgerätes geholt werden und vermittelt so einen realistischen Eindruck des untergegangenen Bauwerks. Umsetzungsreif ist das Vorhaben in der 2. Jahreshälfte 2024.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Beteiligung und Repräsentanz von Frauen im Jubiläumsprogramm gelegt.

Anknüpfend an den vom Rat beschlossenen Bürgerantrag, Frauen im Stadtbild sichtbar zu machen, befinden sich drei Projekte in Planung:

- die Schaffung einer Statur, die den Beitrag von Frauen zur Siegener und Siegerländer Arbeitswelt würdigt,
- die Anbringung von Gedenktafeln für Frauen mit besonderen Verdiensten für die Siegener Stadtgesellschaft,
- ein großformatiges Fotokunstwerk an der Fabrikwand der Fa. Flender zum Thema „Frauen zeigen Stärke“.

Die beiden erstgenannten Projekte bedürfen einer Prüfung und Beschlussfassung durch die städtischen Gremien. Vorlagen hierzu werden von der Verwaltung in Kürze vorgelegt.

Dem historischen Charakter der Oberstadt soll Rechnung getragen werden durch wappengeschmückte, gusseiserne Kanaldeckel in den Hauptstraßenzügen. Hier engagiert sich der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi).

Sonderbriefmarke zum Stadtjubiläum

Bereits seit 2016 sind durch den Bürgermeister Anstrengungen unternommen worden, um eine Herausgabe einer Sonderbriefmarke anlässlich des Stadtjubiläums 2024 zu erreichen. Ab dem Jahr 2022 wurden die Gespräche intensiviert und zusammen mit einem Netzwerk aus Stadtverwaltung, den örtlichen Briefmarkenvereinen und den heimischen Bundestagsabgeordneten konnte schließlich der Erfolg gefeiert werden – im Mai 2023 wurde durch das Bundesfinanzministerium bekannt gegeben, dass Siegen eine Sonderbriefmarke erhält. Darauf zu sehen sein wird ein Kupferstich mit einer historischen Stadtansicht Siegens. Der Wert der Briefmarke steht aktuell noch nicht fest. Die Auflage wird voraussichtlich zwischen 3 und

5 Millionen Stück betragen. Geplant ist im Rahmen der Südwestfalenbörse am 1. Aprilwochenende 2024 das Sonderpostwertzeichen öffentlich vorzustellen und herauszugeben. Hierzu laufen seitens der Stadt die Gespräche mit dem Bundesfinanzministerium.

Marketing

Hauptinstrument des Marketings zum Jubiläumsjahr wird die Homepage www.siegen800.de sein, flankiert von laufender redaktioneller Begleitung über die sozialen Medien.

Es wird kein gedrucktes Jahresprogramm geben, dafür Sonderbeilagen, die 1 x pro Quartal erscheinen und die Kreise Siegen-Wittgenstein, Olpe und Altenkirchen abdecken.

Im öffentlichen Raum geworben wird auf den Plakatierungsflächen und digitalen Anzeigetafeln der Stroeer Medien GmbH im Stadtgebiet sowie auf Flächen in einem Radius von 40 km darüber hinaus.

Ein weiteres Instrument ist schließlich die Buswerbung, die das Jubiläumsmotiv im Liniennetz der VWS verbreitet.

Finanzen

In der Vorlage von 2021 wurde ein Budgetrahmen von 700.000 Euro genannt. Eine Summe von 100.000 Euro aus städtischen Mitteln wurde beschlossen und auf die Haushaltspläne 2022, 2023 und 2024 verteilt.

Die Budgetplanung, die 2021 vorgelegt wurde, hat sich seither dynamisch entwickelt. Das Einnahme- und Ausgabesoll befinden sich derzeit bei rd. 570.000 Euro.

Das Einnahmesoll setzt sich zusammen aus

- 356.000 Euro Sponsoring
 - davon 51.000 Euro- zweckgebunden
- 121.000 Euro Einnahmen aus Ticketverkauf
- 100.000 Euro Eigenanteil Stadt Siegen aus Jubiläumsbudget

Auf der kalkulierten Ausgabeseite befinden sich

- 416.500 Euro für Jubiläumprogramm und –projekte
- 70.000 Euro für Marketing
- 30.000 Euro für Repräsentation
- 50.000 Euro für Unvorhergesehenes

Folgendes ist dabei zu erläutern:

Die Ausgaben für die „Siegener Stadtgeschichte“ sind in der Rechnung nicht enthalten. Sie laufen über das entsprechende Produktkonto des Stadtarchivs.

Die Ausgaben für das Siegener Stadtfest sind lediglich mit 50.000 Euro eingerechnet. Weitere 250.000 Euro sind im entsprechenden Produktkonto von KulturSiegen enthalten, wobei

davon ausgegangen wird, dass alleine 50.000 Euro für die Bereitstellung eines kostenlosen ÖPNV zu veranschlagen sind.

Die Kosten für die Marketingmaßnahmen Print- und Buswerbung sind nicht enthalten, da sie über das Budget der Stadtmarketinggesellschaft abgewickelt werden.

Nicht dargestellt sind die Kosten der Schmuckkanaldeckel, da sie über den Etat von ESi abgewickelt werden.

Die Gesamtausgaben des Jubiläumsprogramms belaufen sich einschließlich der zuletzt genannten Positionen auf rd. 1,1 Mio Euro. Über Sponsoring zu finanzieren verbleiben rd. 100.000 Euro. Der vorgesehene Betrag von 50.000 Euro für Unvorhergesehenes ist hoch angesetzt wegen der noch zu erreichenden Fremdfinanzierung sowie der Tatsache, dass die Einnahmekalkulation aus Ticketverkauf risikobehaftet ist.

Ausblick

Die Akquisegespräche mit Sponsoren befinden sich auf einem guten Weg, sind aber noch nicht abgeschlossen. Hervorzuheben ist an dieser Stelle das außerordentliche Engagement der Sparkasse Siegen.

Für Vorhaben, die nachträglich gemeldet werden und zum jetzigen Zeitpunkt nicht in der Kalkulation enthalten sind, ist der Spielraum für eine finanzielle Unterstützung aus dem Jubiläumsetat äußerst gering und bewegt sich im vierstelligen Bereich.

Gleichwohl sind Vorschläge aus der Bürgerschaft weiterhin willkommen. Initiativen, die einen klaren Bezug zum Stadtjubiläum haben, können in das Programm aufgenommen und über die Jubiläumswerbung bekannt gemacht werden. Insbesondere beim Stadtfest 2024 ist die Bürgerbeteiligung ausdrücklich gewünscht. Die konkrete Planung für diese zentrale Veranstaltung beginnt im November. Vorschläge zu Informations- und Aktionsangeboten können an die Verwaltung, KulturSiegen, gerichtet werden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. V.

gez.

Arne Fries
 Stadtrat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Übersicht Projekte Chronologisch.xlsx](#)

Stadtjubiläum 2024

	Termin	Projekt	Ort
Januar			
BM	11.1.	Ausstellung Fotokreis Siegen	Städt. Galerie Haus Seel
	18.1.	Vortrag Stadtgeschichte	Ratssaal
	19.1.	VHS Filmabend "Die 700 Jahrfeier der Stadt Siegen 1924"	
BM	26.1.	Festkonzert Philharmonie	Siegerlandhalle
Februar			
	2.2.	VHS Filmabend Siegen-Wittgenstein von oben	
	15.2.	Vortrag Stadtgeschichte	wie oben
	19.2.	Literatur-Workshop	KC
BM	29.2.	Kinder feiern Siegen	Siegerlandhalle
März			
	7.3.	Vorlesestunde Heimatstadt	KC
BM	8.3.	Ausstellung "Frauen formen die Stadt"	KC
	15.3.	Führung durch die Ausstellung "Frauen formen die Stadt Siegen"	
	21.3.	Vortrag Stadtgeschichte	wie oben
	22.3.	Führung durch die Ausstellung "Frauen formen die Stadt Siegen"	
April			
BM	4.4.	Südwestfälische Briefmarkenbörse	Leonhard-Gläser-Saal ggf. zu
	5.4.	Finissage Ausstellung "Frauen formen die Stadt Siegen"	
BM	13.4.	Konzert Musikschule / Si Blasorchester	Siegerlandhalle
	16.4.	VHS Ausstellung Der Siegener Marktplatz im Wandel	
	18.4.	Vortrag Stadtgeschichte	wie oben
	20.4.	Konzert Marinekameradschaft	Weißtalhalle
	27.4.	Talk unterm Krönchen	Nikolaikirch

	28.4.	Kantatengottesdienst	Nikolaikirche
Mai			
BM	3.5.	Einweihung Ausgrabungsstätte Gerhardseifen	
BM	4.5.	Ausstellung "Siegen. Fremde Heimat"	Siegerlandmuseum
	11. + 12.5.	Schnauferl Rallye	Schlossplatz und Region
	14.5.	VHS Vortrag zu Adolf Diesterweg	
	15.5.	Wie einst im Mai	Siegerlandhalle
BM	24.4.	3 Rathäuser, 3 Tage	diverse Verwaltungsstand.
BM	25.5.	3. Rathäuser, 3 Tage	
BM	25. Mai	Tag der Begegnung	Siegen-Mi, Unterstadt
BM	25.5.	Westfalentag	Siegerlandhalle
BM	26.5.	3 Tage, 3 Rathäuser	
Juni			
	3.6.	VHS Ausstellung Wiederaufbau Siegen	
	7.- 9.6.	Open-Air-Konzerte	Leimbachstadion
	12.6.	Betriebsbesichtigung Westenergie	Westenergie
BM	13.6.	800 Jahre - 800 Kinder	Markt Oberstadt
BM	15.6.	Freundschaftsfest	Schlosspark
	20.6.	Vortrag Stadtgeschichte	wie oben
BM	22.6.	Tag der Technik	Siegen-Mi, Unterstadt
	23.6.	Konzert Frisch gestrichen	Siegerlandhalle
	28.6.	Performance Herchenröder Hallenbad	Löhrtorbad
BM	30.6.	Verleihung Rubensförderpreis	MGK
Juli			
	3.7.	Nacht der 1000 Lichter	Schlosspark

	4.7.		
	5.7.		
	6.7.		
BM	11.7. - 25.8.	Ausstellung Otto Arnold Fotografien	Haus Seel
BM	13.7.	Ehrenamtsmesse	Bismarckplatz
	18.7.	Vortrag Stadtgeschichte	wie oben
	18.7. - 25.8.	Open Air Kino	Schlosspark
August	30.8.	Stadtfest	Si-Innenstadt
BM	31.8.	Stadtfest	
September	1.9.	Stadtfest	
		Apollo-Produktion Schiller-Balladen	Scheinerplatz
	5.9.	Vorlesestunde Stadtbib.	KC
		Eigenproduktion Junges Theater	Spiegelzelt
	6.9.	Eigenproduktion Junges Theater	wie oben
	7.9.	Eigenproduktion Junges Theater	wie oben
BM	15.9.	Altstadtfest	Oberstadt / Altstadt
	17.9.	VHS Ausstellung VHS meets Siegen800	
	19.9.	Vortrag Stadtgeschichte	wie oben
Oktober	17.10.	Vortrag Stadtgeschichte	wie oben
	26.10.	Disco 44	Siegerlandhalle
November	7.11.	Junges Theater Eigenproduktion	LYZ Kleines Theater
	8.11.	Junges Theater	
	9.11.	Junges Theater	
BM	9. od. 10.11.	Gedenken an die Zerstörung der Synagoge Aktives Mues	
	16.11.	Nacht der Musik	Oberstadt

	21.11.	Vortrag Stadtgeschichte	wie oben
	?	Eigenproduktion Apollo und Bruchwerk	Apollo + Bruchwerk
Dezember			
BM	16.12.	Gedenkkonzert	Siegerlandhalle
	19.12.	Vortrag Stadtgeschichte	wie oben
	31.12.	Silvesterparty	Schlossplatz

sätzlich Spandauer Saal

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: Heiko Erner

Siegen, 10.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rechnungsprüfungsausschuss 26.09.2023

Rat 18.10.2023

Kurzbezeichnung:

Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Siegen durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (gpaNRW)

Beschlussvorschlag:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW) vom 30.11.2022 einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis und unterrichtet den Rat über das Ergebnis seiner Beratungen.
2. Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Ergebnis der Fachausschussberatungen zur Kenntnis und bestätigt die Stellungnahmen zu den Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW.
3. Der Rat der Stadt Siegen erklärt das formelle Beratungsverfahren zum Bericht der gpaNRW vom 30.11.2022 für erledigt.

Sachverhalt / Begründung:

Die gpaNRW hat in der Zeit von September 2021 bis September 2022 die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Siegen geprüft. Geprüft wurden die Bereiche

- Finanzen,
- Beteiligungen,
- Hilfe zur Erziehung,
- Bauaufsicht sowie

➤ Verkehrsflächen.

Mit Verwaltungsvorlage Nr. 1211/2023 vom 06.01.2023 wurde der Prüfbericht der gpaNRW dem Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 08.02.2023 zur Beratung vorgelegt. Die gpaNRW hat den Prüfbericht bzw. die Prüfungsfeststellungen in dieser Sitzung auch präsentiert.

Wie bereits in der Vergangenheit praktiziert, wurde der Bericht sodann in den zuständigen Fachausschüssen beraten.

Die Beratungen in den Fachausschüssen haben zwischenzeitlich wie folgt stattgefunden:

geprüfter Bereich	Fachgremium	Sitzung am	Vorlage Nr.
Finanzen	HFA	26.04.2023	1345/2023
Hilfe zur Erziehung für Kinder	JHA	14.03.2023	1264/2023
Verkehrsflächen	BauA	19.04.2023	1353/2023
Bauaufsicht	BauA	19.04.2023	1289/2023

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die v. g. Gremien die ihre Zuständigkeit tangierenden Prüfbereiche sowie die dazu erfolgten Ausführungen der Verwaltung beraten und zur Kenntnis genommen haben.

Mit der nunmehr erfolgten Unterrichtung des Rates über das Ergebnis der Fachausschussberatungen ist das Beratungsverfahren zum Prüfbericht der GPA NRW vom 30.11.2022 beendet.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Stadt Siegen Gesamtbericht Bericht 2021 Anlage 1](#)
2. [Stellungnahme Teilberichte Finanzen und Beteiligungen, Anlage 2](#)
3. [Stellungnahme Teilbericht Hilfe zur Erziehung, Anlage 3](#)
4. [Stellungnahme Teilbericht Bauaufsicht, Anlage 4](#)
5. [Stellungnahme Teilbericht Verkehrsflächen, Anlage 5](#)



ÜBERÖRTLICHE PRÜFUNG

*der Stadt Siegen im Jahr
2021*

Gesamtbericht

INHALTSVERZEICHNIS

Gesamtbericht	1
0. Vorbericht	5
0.1 Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Siegen	5
0.1.1 Managementübersicht	5
0.2 Ausgangslage der Stadt Siegen	8
0.2.1 Strukturelle Situation	8
0.2.2 Umgang mit Feststellungen und Handlungsempfehlungen aus vergangenen Prüfungen	9
0.3 Interkommunale Zusammenarbeit	10
0.3.1 IKZ - Ergebnisse	10
0.3.2 Situation und Handlungsperspektiven für die Stadt Siegen	18
0.4 Überörtliche Prüfung	19
0.4.1 Grundlagen	19
0.4.2 Prüfungsbericht	19
0.5 Prüfungsmethodik	21
0.5.1 Kennzahlenvergleich	21
0.5.2 Strukturen	21
0.5.3 Konsolidierungsmöglichkeiten	22
0.5.4 gpa-Kennzahlenset	22
0.6 Prüfungsablauf	22
0.7 Anlage: Ergänzende Tabellen	24
1. Finanzen	32
1.1 Managementübersicht	32
1.1.1 Haushaltssituation	32
1.1.2 Haushaltssteuerung	33
1.2 Inhalte, Ziele und Methodik	33
1.3 Haushaltssituation	34
1.3.1 Haushaltsstatus	36
1.3.2 Ist-Ergebnisse	38
1.3.3 Plan-Ergebnisse	41
1.3.4 Eigenkapital	45
1.3.5 Schulden und Vermögen	47
1.4 Haushaltssteuerung	56
1.4.1 Informationen zur Haushaltssituation	56
1.4.2 Wirkung der kommunalen Haushaltssteuerung	58
1.4.3 Ermächtigungsübertragungen	61

1.4.4	Fördermittelmanagement	65
1.5	Anlage: Ergänzende Tabellen	68
2.	Beteiligungen	76
2.1	Managementübersicht	76
2.2	Inhalte, Ziele und Methodik	76
2.3	Beteiligungsportfolio	78
2.3.1	Beteiligungsstruktur	78
2.3.2	Wirtschaftliche Bedeutung	81
2.4	Beteiligungsmanagement	83
2.4.1	Organisation des Beteiligungsmanagements	84
2.4.2	Berichtswesen	86
2.4.3	Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien	88
2.5	Prüfung der Einflussnahme der Stadt bei ausgewählten Beteiligungen	90
2.5.1	Rechtliche Sicherstellung der Einflussnahme	91
2.5.2	Einflussnahme auf die Ergebnisverwendung	93
2.6	Anlage: Ergänzende Tabellen	99
3.	Hilfe zur Erziehung	101
3.1	Managementübersicht	101
3.2	Inhalte, Ziele und Methodik	102
3.3	Strukturen	103
3.3.1	Strukturkennzahlen	104
3.3.2	Umgang mit den Strukturen	105
3.3.3	Präventive Angebote	106
3.4	Organisation und Steuerung	108
3.4.1	Organisation	108
3.4.2	Gesamtsteuerung und Strategie	109
3.4.3	Finanzcontrolling	110
3.4.4	Fachcontrolling	111
3.5	Verfahrensstandards	112
3.5.1	Prozess- und Qualitätsstandards	112
3.5.2	Prozesskontrollen	119
3.6	Personaleinsatz	120
3.6.1	Allgemeiner Sozialer Dienst	121
3.6.2	Wirtschaftliche Jugendhilfe	122
3.7	Leistungsgewährung	122
3.7.1	Fehlbetrag und Einflussfaktoren	122
3.7.2	Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII	132
3.7.3	Unbegleitete minderjährige Ausländer	143
3.8	Anlage: Ergänzende Tabellen	145
4.	Bauaufsicht	150

4.1	Managementübersicht	150
4.2	Inhalte, Ziele und Methodik	151
4.3	Baugenehmigung	152
4.3.1	Strukturelle Rahmenbedingungen	152
4.3.2	Rechtmäßigkeit	154
4.3.3	Geschäftsprozesse	158
4.3.4	Prozess des einfachen Baugenehmigungsverfahrens	160
4.3.5	Digitalisierung	165
4.3.6	Personaleinsatz	167
4.3.7	Bauberatung	170
4.3.8	Dauer der Genehmigungsverfahren	173
4.3.9	Transparenz und Steuerung	176
4.4	Anlage: Ergänzende Tabellen	178
5.	Verkehrsflächen	181
5.1	Managementübersicht	181
5.2	Inhalte, Ziele und Methodik	182
5.3	Steuerung	182
5.3.1	Datenlage	183
5.3.2	Straßendatenbank	183
5.3.3	Kostenrechnung	185
5.3.4	Strategische Ausrichtung und operatives Controlling	186
5.4	Prozessbetrachtung	187
5.4.1	Aufbruchmanagement	187
5.4.2	Schnittstelle Finanz- und Verkehrsflächenmanagement	189
5.5	Ausgangslage für die Verkehrsflächenerhaltung	191
5.5.1	Strukturen	191
5.5.2	Bilanzkennzahlen	193
5.6	Erhaltung der Verkehrsflächen	193
5.6.1	Alter und Zustand	194
5.6.2	Unterhaltung	196
5.6.3	Reinvestitionen	197
5.7	Anlage: Ergänzende Tabellen	198
6.	gpa-Kennzahlenset	201
6.1	Inhalte, Ziele und Methodik	201
6.2	Aufbau des gpa-Kennzahlensets	201
6.3	gpa-Kennzahlenset	203
	Kontakt	211

0. Vorbericht

0.1 Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Siegen

0.1.1 Managementübersicht

Als Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Stadt Siegen stellt die gpaNRW nachfolgend die Haushaltssituation sowie die wesentlichen Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Handlungsfelder dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Die überörtliche Prüfung der gpaNRW erfolgte zum Zeitpunkt der Corona-Pandemie. Die verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben Auswirkungen auf zahlreiche Lebens- und Gesellschaftsbereiche und auch auf die Kommunen. Sie belastet die kommunalen Haushalte und beeinflusst unter anderem auch die Arbeit der in dieser überörtlichen Prüfung betrachteten Jugendämter und Bauaufsichten. Soweit möglich, haben wir diese Auswirkungen in den Teilberichten thematisiert.

Der Handlungsbedarf der Stadt Siegen zur Verbesserung der **Haushaltssituation** ist nach wie vor hoch. Seit dem Jahr 2009 unterliegt die Stadt den Vorschriften der Haushaltssicherung. Der für das Jahr 2022 vorgesehene Haushaltsausgleich kann in der Haushaltsplanung allerdings nur mit Hilfe eines außerordentlichen Ertrages gemäß NKF-CIG¹ dargestellt werden. Die schwierige Haushaltssituation wird auch durch das in einer Modellrechnung ermittelte „strukturelle Ergebnis“ für das Jahr 2019 deutlich. Dieses liegt um rund 16 Mio. Euro unter dem tatsächlichen Jahresergebnis.

Die **Haushaltsplanung** sieht neben dem Jahr 2022 auch für die Jahre 2023 bis 2025 positive Jahresergebnisse vor. Diese können aber nur durch die Isolierung der Corona-bedingten Aufwendungen und den Ausgleich durch außerordentliche Erträge erreicht werden. Daneben sehen wir ein zusätzliches haushaltswirtschaftliches Risiko bei den Personalaufwendungen.

Das **Eigenkapital** der Stadt hat sich aufgrund der defizitären Jahresergebnisse 2015 bis 2019 um rund 59 Mio. Euro auf 180 Mio. Euro verringert. Sofern die Ergebnisse gemäß den Planungen der Jahre 2020 bis 2025 eintreten, wird sich das Eigenkapital um acht Mio. Euro verbessern. Bei der zukünftigen Entwicklung ist zu beachten, dass die Stadt für die Jahre 2021 bis 2025 Corona-bedingte Belastungen von insgesamt 41,8 Mio. Euro eingeplant hat. Diese verbessern zwar die Jahresergebnisse, müssen aber ab 2025 entweder komplett gegen das Ei-

¹ Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nord-rhein-Westfalen

genkapital ausgebucht werden oder über 50 Jahre abgeschrieben werden. Dies belastet entweder das Eigenkapital einmalig in Form einer Buchung gegen die allgemeine Rücklage oder den Haushaltsausgleich aufgrund der zusätzlichen jährlichen Abschreibungen.

Die einwohnerbezogenen **Schulden** der Stadt Siegen sind im interkommunalen Vergleich aller großen kreisangehörigen Kommunen überdurchschnittlich. Geprägt sind sie von den Rückstellungen und Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung. Siegen hat die dritthöchsten Liquiditätskredite aller verglichenen Kommunen (Stand 31. Dezember 2019: 230 Mio. Euro), was mit einem hohen Zinsänderungsrisiko verbunden ist.

Als Indikator für den Zustand des **Anlagevermögens** betrachten wir die bilanzielle Altersstruktur. Bei den Gebäuden ergeben sich im Rahmen der bilanziellen Betrachtung fortgeschrittene Abnutzungsgrade. Ausnahmen bilden hier die Tageseinrichtungen für Kinder sowie die Feuerwehrgerätehäuser. Auch bei dem Verkehrsinfrastrukturvermögen ist der Bilanzwert deutlich gesunken. Die Stadt muss mittelfristig mit einem höheren Investitionsbedarf rechnen.

Seit 2009 ist in Siegen ein kontinuierlicher Vermögensverzehr bei den **Verkehrsflächen** von inzwischen 81 Mio. Euro bzw. 34 Prozent des ursprünglichen Bilanzwertes zu verzeichnen. Die Reinvestitionsquote von 47 Prozent reicht nicht aus, um den Werteverlust aufzufangen. Die Unterhaltungsaufwendungen konnten wegen der fehlenden Höhe der Eigenleistungen nicht beziffert werden. Die vorliegenden Informationen deuten jedoch darauf hin, dass die Unterhaltungsaufwendungen unterhalb der für eine wirtschaftliche Unterhaltung angesetzten Richtwerte liegen.

Basierend auf den regelmäßig durchgeführten Zustandserfassungen und -bewertungen sollte die Stadt ein strategisches und langfristig ausgerichtetes Erhaltungskonzept für die Verkehrsflächen aufbauen. Eine Differenzierung nach Straßenarten (z.B. nach Hauptverkehrs- und Anliegerstraßen) und den verschiedenen Erhaltungsmaßnahmen ermöglicht eine genauere Analyse und einen zielgerichteten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel. Hierzu ist es auch erforderlich, eine Gesamtstrategie zu entwickeln, wie und nach welchen Zielvorgaben die Verkehrsflächen erhalten werden sollen.

Bei der Betrachtung der **Ermächtigungsübertragungen** ist aufgefallen, dass sich sowohl der Haushaltsansatz für investive Auszahlungen wie auch die Ermächtigungsübertragungen im Eckjahresvergleich 2015 bis 2019 deutlich erhöht haben. Das von der Stadt Siegen angestrebte Ziel, die Ermächtigungsübertragungen deutlich zu reduzieren, wird bisher nicht erreicht. Wesentliche investive Auszahlungsermächtigungen sollten daher noch restriktiver auf eine Übertragung hin überprüft werden.

Die Akquise und Verwaltung von **Fördermitteln** erfolgt in Siegen durch die eigens eingerichtete Zentrale Zuschussstelle in der Kämmerei. Auch die Bewirtschaftung und das Controlling der Fördermittel ist dort angesiedelt. Strategische Vorgaben sollten schriftlich formuliert werden. Dadurch ist ein geregelter, standardisierter Ablauf möglich.

Die Stadt Siegen ist zum 31. Dezember 2019 an insgesamt 32 Unternehmen beteiligt, die sich auf zwei Beteiligungsebenen verteilen. Auf fünf dieser **Beteiligungen** kann die Stadt einen beherrschenden und auf fünf weitere einen maßgeblichen Einfluss ausüben. Die wirtschaftliche Bedeutung der Beteiligungen befindet sich auf mittlerem Niveau. Insgesamt wird der Haushalt der Stadt Siegen durch die Beteiligungen im Jahr 2019 mit 1,6 Mio. Euro entlastet. Bürgschaften wurden im Jahr 2019 in Höhe von 9,6 Mio. Euro übernommen.

Aus der Sicht der gpaNRW ergeben sich daraus insgesamt mittlere Anforderungen an das Beteiligungsmanagement der Stadt. Optimierungsmöglichkeiten sehen wir noch beim Berichtswesen sowie bei der Unterstützung ihrer Gremienvertreter und Gremienvertreterinnen. Außerdem sollte eine Beteiligungsrichtlinie erstellt und das unterjährige Berichtswesen verbessert werden.

Bei der **Hilfe zur Erziehung** weist die Stadt Siegen einen überdurchschnittlichen Fehlbetrag für die Hilfe zur Erziehung (HzE) je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren auf. Verursacht wird diese Position hauptsächlich durch die hohen Transferaufwendungen, eine hohe Falldichte sowie hohe fallbezogene Aufwendungen für die ambulanten Hilfen. Die erzieherischen Hilfen werden überwiegend von Sozialraumträgern erbracht, die pro Hilfeplanfall eine Fallpauschale erhalten. Aus Sicht der gpaNRW stellt die konkrete Vereinbarung von Fachleistungsstunden im individuellen Einzelfall ein großes Steuerungspotenzial bei der Hilfestellung dar und sollte das Ergebnis einer Einzelfallentscheidung sein. Die Stadt Siegen schöpft diese Steuerungsmöglichkeit mit der Gewährung der Fallpauschale nicht aus.

Das Finanzcontrolling sollte die Stadt weiter ausbauen. Hierzu sollte der Prozess der steuerungsrelevanten Kennzahlenbildung weiterverfolgt werden. Fachleistungsstunden sollten individuell festgelegt und fortlaufend überprüft werden. Das Fachcontrolling sollte fallübergreifende Auswertungen, wie zum Beispiel zur Zielerreichung, zu Laufzeiten, zu Abbrüchen oder trägerbezogene Auswertungen durchführen. Positiv sehen wir das Qualitätshandbuch für den Allgemeinen Sozialdienst. Dies bietet eine gute Grundlage für eine qualifizierte und einheitliche Sachbearbeitung.

Bei der Betrachtung des Baugenehmigungsverfahrens in der **Bauaufsicht** konnte ein höheres Fallaufkommen je Vollzeit-Stelle als in den meisten anderen Vergleichskommunen festgestellt werden. Allerdings hat im Betrachtungszeitraum die Anzahl der noch unerledigten Fälle zugenommen. Ein beschleunigtes Baugenehmigungsverfahren könnte dazu beitragen, diese wieder zu verringern. Ein Beitrag dazu kann die bereits beabsichtigte Umstellung der heutigen Papierakte in ein vollständiges digitales Baugenehmigungsverfahren leisten. Die digitale Bauakte ermöglicht eine vollumfängliche Bearbeitung der Genehmigungsverfahren, wie es das Onlinezugangsgesetz bis Ende 2022 verlangt.

Die Stadt Siegen sollte mit ihrer eingesetzten Fachsoftware in der Lage sein, automatisiert Gesamt- und Laufzeiten zu ermitteln. Dies ist aktuell nicht möglich. Die Stadt sollte Vorgaben für eine einheitliche Datenerfassung erlassen, damit entsprechende Auswertungen vorgenommen werden können. Erfolge der genutzten Optimierungspotenziale lassen sich an ermittelten Laufzeiten ablesen.

0.2 Ausgangslage der Stadt Siegen

0.2.1 Strukturelle Situation

Das folgende Balkendiagramm zeigt die strukturellen Rahmenbedingungen der Stadt Siegen. Diese prägen die Ausgangslage der Kommune. Die Strukturmerkmale ermitteln wir aus allgemein zugänglichen Datenquellen². Das Diagramm enthält als Y-Achse den Median der Kommunen im jeweiligen Prüfsegment, hier der großen kreisangehörigen Kommunen. Eine Ausnahme bildet das Merkmal Bevölkerungsentwicklung. Hier ist der Indexwert der heutige Bevölkerungsstand der abgebildeten Kommune.

Strukturmerkmale Stadt Siegen 2021



Ein Ausschlag des Balkens nach rechts zeigt einen Wert über und nach links unter dem Median aller großen kreisangehörigen Kommunen des Landes NRW (Ausnahme: Bevölkerungsentwicklung, siehe einführender Text).

Bereits in der vorherigen Prüfung im Jahr 2016 haben wir uns mit den Strukturmerkmalen der Stadt Siegen beschäftigt. Ein Vergleich der damaligen Ausschläge mit den in der obigen Grafik abgebildeten Ausschlägen zeigt überwiegend positive Entwicklungen.

Die Prognose für die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Siegen durch IT.NRW zeigt - entgegen dem prognostizierten Rückgang bei der vorherigen Prüfung - nun eine Bevölkerungszunahme. Bis zum Jahr 2040 wird eine Zunahme auf über 107.000 Personen prognostiziert. Das entspricht gegenüber dem Bevölkerungsstand zum 31. Dezember 2020 von 101.943 Personen einer Bevölkerungszunahme von über 5.000 Personen.

² IT.NRW, Bertelsmann-Stiftung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK)

Die Altersstruktur der Stadt hat sich gegenüber der vorherigen Prüfung nur geringfügig verschoben. Der Jugendquotient³ ist von 28,77 aus dem Jahr 2015 auf 29,74 Prozent im Jahr 2020 gestiegen, der Altenquotient⁴ von 32,75 auf 34,02 Prozent.

Die SGB II-Quote⁵ ist von 10,37 auf 11,63 Prozent angestiegen. Damit stellt dieser Wert den Median im Vergleich der großen kreisangehörigen Kommunen dar.

Die Kaufkraft⁶, die Deckungsmittel⁷ und das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen⁸ sind alle gegenüber der vorhergehenden Prüfung angestiegen. Die Kaufkraft von 20.298 auf 21.987 Euro, die Deckungsmittel von 1.471 auf 1.848 Euro je Einwohner und das Bruttoinlandsprodukt von 64.933 auf 69.852 Euro.

0.2.2 Umgang mit Feststellungen und Handlungsempfehlungen aus vergangenen Prüfungen

Der Prüfungsbericht der gpaNRW über die vorhergehende überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Siegen wurde in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadt Siegen vom 13. Februar 2018 beraten.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Rat der Stadt Siegen in der Sitzung vom 21. März 2018 über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichtes sowie über das Ergebnis seiner Beratungen unterrichtet.

Der Rat der Stadt hat in dieser Sitzung den Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis genommen. Außerdem hat der Rat beschlossen, die einzelnen Prüfungsbereiche den jeweils zuständigen Fachausschüssen sowie zusätzlich dem Arbeitskreis „Finanzen“ zur Beratung vorzulegen und den Rat anschließend über die Ergebnisse dieser Beratungen zu unterrichten.

Die Fachausschüsse und der Arbeitskreis „Finanzen“ haben die ihre Zuständigkeit tangierenden Prüfbereiche sowie die dazu erfolgten Ausführungen der Verwaltung beraten und, entsprechend den erfolgten Beschlussvorschlägen, zur Kenntnis genommen haben. Es wurden keine Beschlüsse gefasst, den Empfehlungen der gpaNRW nachzukommen.

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung vom 06. März 2019 das Ergebnis der Fachausschussberatungen zur Kenntnis genommen und das formelle Beratungsverfahren für erledigt erklärt.

³ Jugendquotient: Anzahl der unter 20-Jährigen im Verhältnis zu der Anzahl der 20- bis unter 65-Jährigen

⁴ Altenquotient: Anzahl der Personen ab 65 Jahre im Verhältnis zu der Anzahl der 20- bis unter 65-Jährigen

⁵ Quelle Basisdaten: Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service West, amtliche SGB II-Quoten der NRW-Kommunen

⁶ Kaufkraft: Quelle Basisdaten: 'GfK Kaufkraft Deutschland 2020' (Veröffentlichungsjahr)

⁷ Aus der Summe der Grund- und Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer sowie den Schlüsselzuweisungen der Stadt pro Einwohner wird der Mittelwert der Jahre 2017 - 2020 als Strukturmerkmal berechnet.

⁸ Bruttoinlandsprodukt: Mittelwert der Daten für 2016-2019

0.3 Interkommunale Zusammenarbeit

Im strategisch bedeutsamen Handlungsfeld „Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ)“ erhebt die gpaNRW landesweit die interkommunalen Aktivitäten im gesamten Segment der großen kreisangehörigen Kommunen. IKZ bietet sich z. B. für eine wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung durch Nutzung von Synergieeffekten und Größenvorteilen an. Vor allem aber der demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel werden dazu führen, dass die Aufgabenerfüllung zumindest teilweise nur mithilfe von IKZ gesichert werden kann. Unsere Zielsetzung ist es daher, das Bewusstsein und das Interesse für vorhandene und denkbare Möglichkeiten der IKZ zu stärken. Zudem wollen wir zusätzliche Impulse für einen erfolgreichen Ausbau der örtlichen IKZ-Aktivitäten geben.

An dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass es sinnvoll ist, dass bereits bei ersten Überlegungen zu einer interkommunalen Zusammenarbeit auch die steuer- und vergaberechtlichen Aspekte⁹ in den Blick genommen werden. Eine möglichst umfassende und rechtsverbindliche Klärung in einem frühen Stadium der Überlegungen ist hier empfehlenswert. Ob die beabsichtigte Art der späteren Kooperationsvereinbarung z.B. ausschreibungsfrei erfolgen kann und welche vergaberechtlichen Besonderheiten¹⁰ dabei zu beachten sind, sollte ebenso frühzeitig geklärt sein wie die Frage der steuerrechtlichen Behandlung einer Zusammenarbeit. Letztere ist insbesondere in Zusammenhang mit der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der zukünftigen Kooperation von Bedeutung.

Über einen Online-Fragebogen sowie ein standardisiertes, ergänzendes Interview sammeln wir die örtlichen Erfahrungen und Praxisbeispiele. Die gpaNRW wertet die Informationen aus und bereitet sie auf. Wenn alle Rückmeldungen vorliegen, fassen wir die Ergebnisse in einem Abschlussbericht zusammen. Wir werden zum Ende der Prüfungsrunde für das gesamte Segment der großen kreisangehörigen Kommunen landesweit darstellen, wo die Aufgabenschwerpunkte liegen und wo wir noch Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit sehen.

Nachfolgend geben wir der Stadt Siegen einen Überblick über die bisher gewonnenen Erkenntnisse und leiten daraus ggf. weitere Handlungsmöglichkeiten und/ oder -perspektiven ab.

0.3.1 IKZ - Ergebnisse

Wir haben die 35 großen kreisangehörigen Kommunen vollständig geprüft und stellen nachfolgend die Ergebnisse der Bestandsaufnahme dar. In unseren Auswertungen sind die Rückmeldungen der Kommunen als Prozentanteile dargestellt. Zu beachten ist, dass mögliche Mehrfachnennungen in einigen der nachfolgenden Grafiken zu einem höheren Wert als 100 Prozent führen.

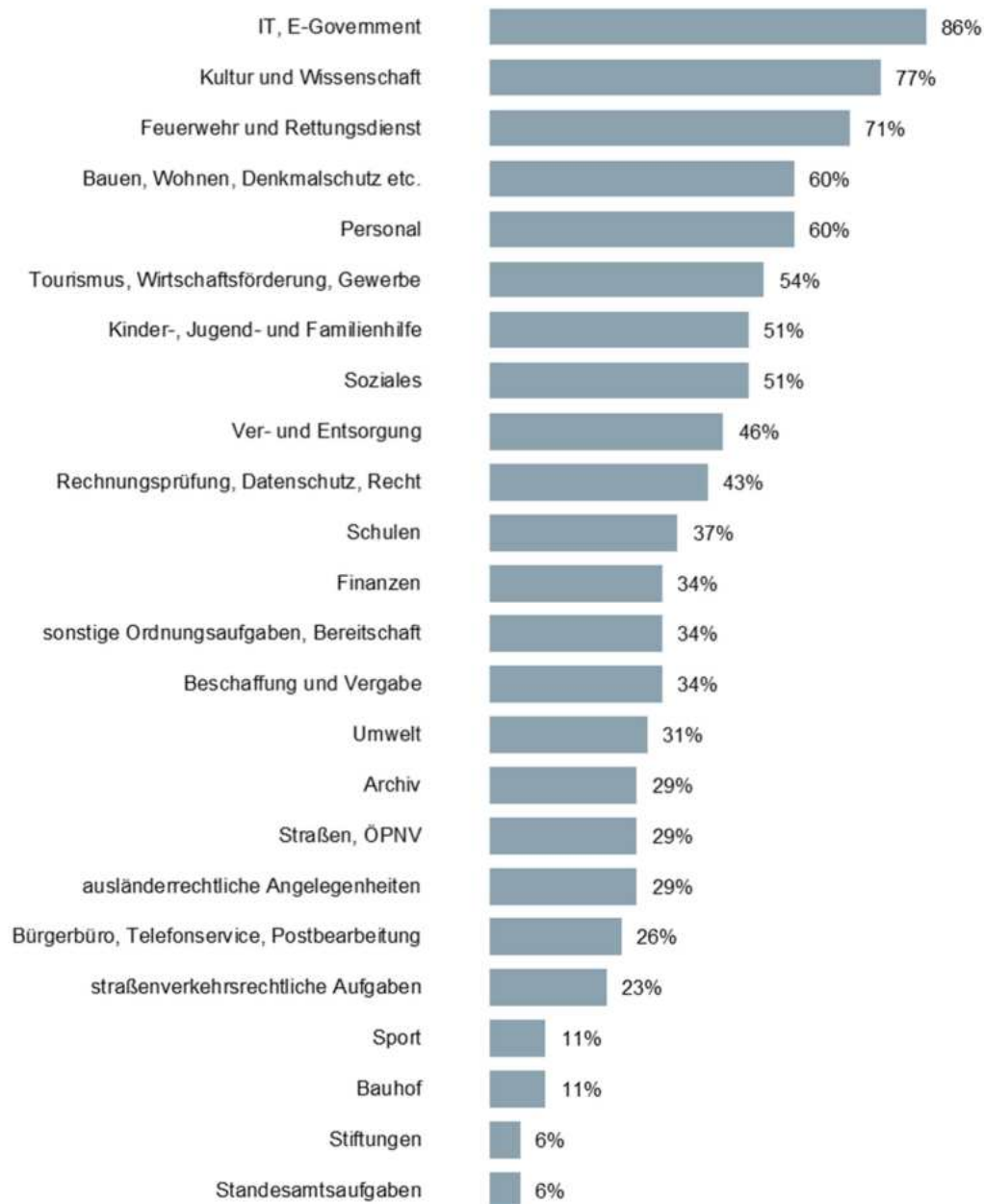
⁹ Interkommunale Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen - Stand und Perspektiven (mhkbg.nrw), S. 34f

¹⁰ Vgl. aktuelle Rechtsprechung zu § 108 Abs.6 GWB (z.B.: EuGH, Urteil vom 04.06.2020 – Rs. C-429/19; EuGH, Urteil vom 28.05.2020, Rs. C-796/18)

0.3.1.1 Aktuelle Aufgabenfelder bereits umgesetzter IKZ-Projekte

Der nachfolgenden prozentualen Auswertung liegen als Basis die Rückmeldungen der bislang befragten Kommunen zu den Aufgabenfeldern, in denen aktuell bereits IKZ-Projekte umgesetzt worden sind, zugrunde.

Aktuelle Aufgabenfelder IKZ 2021



Die befragten Städte setzen IKZ-Projekte sowohl zu internen Querschnitts- als auch für Fachthemen um. Dabei dominieren interkommunale Kooperationen in den Aufgabengebieten IT und E-Government sowie im Bereich Kultur und Wissenschaft. Neben formell vereinbarten

Grundlagen zur dauerhaften gemeinsamen Aufgabenerfüllung bilden auch einzelne, teils zeitlich befristete Projekte, die Basis einer Kooperation.

Eher untergeordnete Bedeutung haben nach den Auswertungen gemeinschaftliche Aufgabewahrnehmungen im Bereich des Sports, des Bauhofs, bei den Stiftungen sowie den Standesamtsaufgaben.

0.3.1.2 Aufgabenfelder künftig geplanter IKZ-Projekte

Geplante Aufgabenfelder IKZ



Auffällig ist, dass die großen kreisangehörigen Kommunen deutlich mehr Möglichkeiten der IKZ für die Zukunft sehen, als dies bei den mittleren kreisangehörigen Kommunen der Fall ist. Die Ergebnisse der mittleren kreisangehörigen Kommunen hat die gpaNRW, im Rahmen ihrer Prüfungen, ebenfalls erhoben.

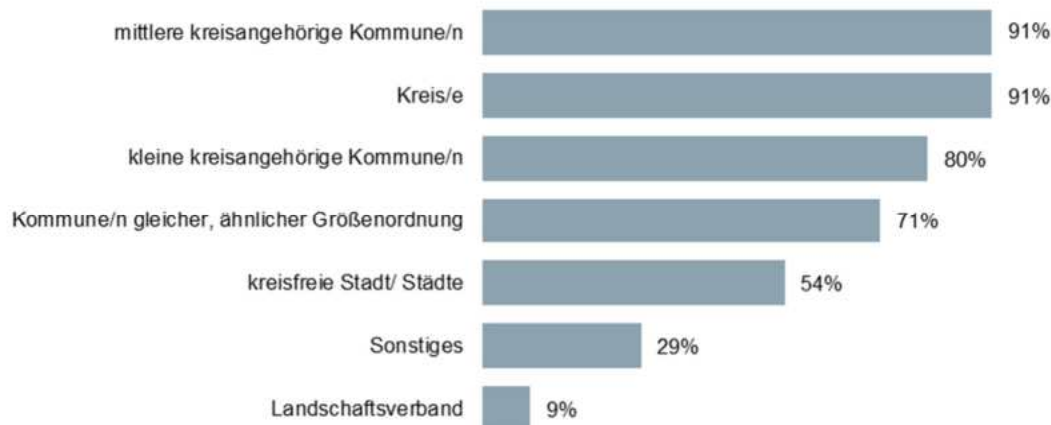
Bei den geplanten Aufgabenfeldern sind die Bereiche Beschaffung und Vergabe sowie Feuerwehr und Rettungsdienst dominierend. Als weitere wesentliche Aufgabenfelder wurden die Bereiche Bauen, Wohnen, Denkmalschutz, Ver- und Entsorgung sowie Kultur und Wissenschaft genannt.

Auch die Bereiche IT und E-Government werden weiterhin als wichtige mögliche Kooperationsmöglichkeiten eingestuft. Dies überrascht nicht, da mittlerweile doch alle Kommunen gefordert sind, die Digitalisierung ihrer Verwaltungen aktiv voranzutreiben. Diesbezüglicher Handlungsbedarf hat sich aktuell auch in der Pandemie-Situation offenbart. Da dies die einzelne Kommune oftmals vor große Herausforderungen stellt, sind vermehrt Bestrebungen, beispielsweise auch auf Kreisebene, wahrnehmbar, gemeinsame Lösungen zu entwickeln (z.B. gemeinsame, kreisweite E-Governmentstrategie). Auch im Bereich der internen Dienstleistungen eröffnet die Digitalisierung neue, ortsunabhängige Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit und zum schnellen Datenaustausch. Viele Kommunen sehen hier noch Effizienzpotenziale, gerade in Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels. Zu den meistgenannten Aufgaben gehören hier u.a. die Bereiche Beschaffung/ Vergabe, Personal, Finanzen, aber auch das Archivwesen.

0.3.1.3 Kooperationspartner

Die nachfolgende Grafik bildet die unterschiedlichen Konstellationen interkommunaler Partnerschaften ab. Die Ergebnisse bzw. die prozentuale Verteilung basieren auf den Rückmeldungen aller bislang befragten Kommunen.

Kooperationspartner IKZ 2021



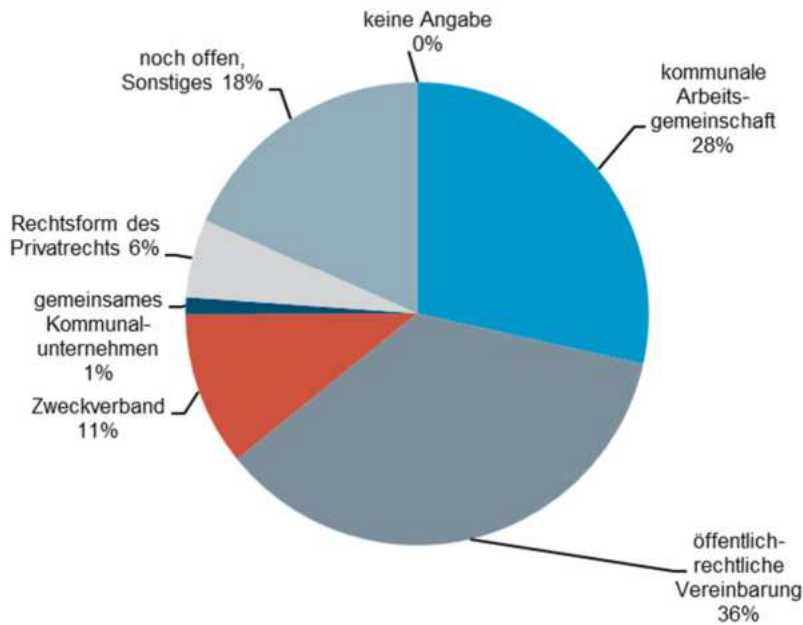
Die großen kreisangehörigen Kommunen arbeiten weit überwiegend mit Partnern aus dem kreisangehörigen Raum und den Kreisen zusammen. Die Größenunterschiede scheinen hier nur eine untergeordnete Rolle zu spielen.

0.3.1.4 Rechtsformen

Die Kommunen arbeiten im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit in unterschiedlichen Rechtsformen zusammen. Die nachfolgende Auswertung bzw. die prozentuale Verteilung

basieren auf den Rückmeldungen zur Anzahl der bislang umgesetzten IKZ-Projekte bzw. der hierfür jeweils gewählten Rechtsformen¹¹.

Rechtsformen IKZ 2021



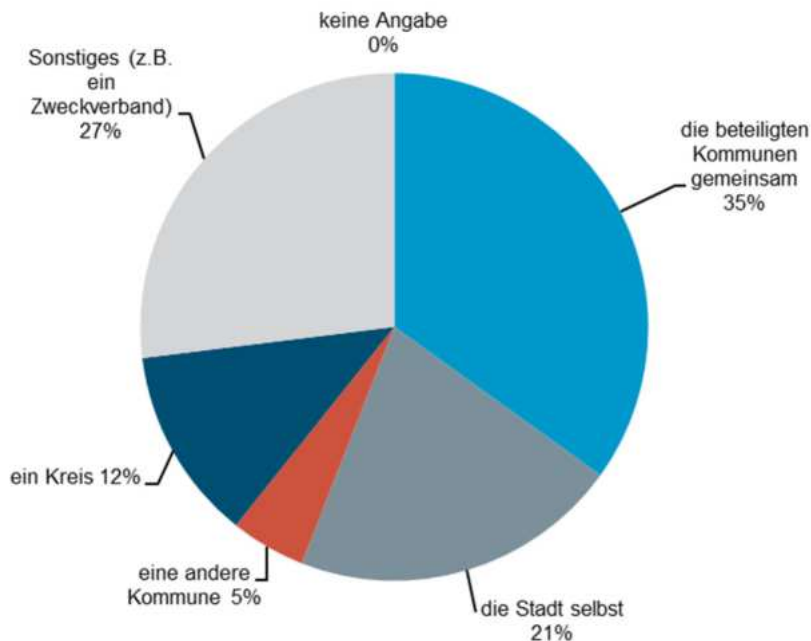
Etwas mehr als ein Drittel der interkommunalen Zusammenarbeit basiert auf öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen. Für knapp 30 Prozent aller Kooperationen sind kommunale Arbeitsgemeinschaften gebildet worden. Zusammen mit der Gründung eines Zweckverbandes sind dies die rechtlichen Grundlagen für rund drei Viertel aller IKZ-Projekte. Mit diesen Rechtsformen sind ganz offensichtlich praktikable formelle Konstruktionen geschaffen worden, die sich in der Praxis etabliert und bewährt haben. Gerade in der kommunalen Arbeitsgemeinschaft und der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sehen die Kommunen offenbar größere Gestaltungsmöglichkeiten sowie den weiteren Vorteil, dass kein neuer Aufgabenträger geschaffen werden muss, der überdies zusätzliche Kosten und Gremienstrukturen verursacht.

0.3.1.5 Aufgabendurchführung

Die nachfolgende Grafik macht deutlich, wer in vereinbarten IKZ-Partnerschaften für die konkrete Aufgabenwahrnehmung zuständig ist. Die Grafik bildet die prozentuale Verteilung der Anzahl der jeweiligen Durchführungsvarianten der bislang befragten Kommunen ab.

¹¹ Wir beschränken uns bei dieser Erhebung auf die unterschiedlichen Formen der formellen Zusammenarbeit (öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, Kommunale Arbeitsgemeinschaften, Zweckverbände, gemeinsame Kommunalunternehmen, privatrechtliche Verträge). Formen der informellen Zusammenarbeit (z.B. Arbeitsgruppen, Arbeitskreise) sind nicht abgefragt worden.

Aufgabendurchführung IKZ 2021



Bemerkenswert ist aus unserer Sicht, dass mehr als ein Drittel der Kooperationsprojekte die beteiligten Kommunen die Aufgaben gemeinsam durchführen. Denn dies setzt insbesondere eine gute behördenübergreifende Aufgabenverteilung und -abgrenzung sowie klare Prozess- und Schnittstellenregelungen voraus. Bei deutlich weniger Kooperationen mit einem Anteil von insgesamt 26 Prozent liegt die Aufgabendurchführung entweder komplett bei der Stadt selbst oder vollständig bei der/ den beteiligten Kommune/n. Immerhin gut ein Viertel der Kommunen setzt bei der Aufgabendurchführung auf Organisationseinheiten und -modelle außerhalb der klassischen Behördenstruktur. Der Anteil der Kreise, die in vereinbarten IKZ-Partnerschaften für die Aufgabenwahrnehmung zuständig sind, ist demgegenüber deutlich geringer.

0.3.1.6 Ziele zur Initiierung und Umsetzung von IKZ-Projekten

Abgebildet sind nachfolgend die unterschiedlichen, genannten Zielsetzungen zur Initiierung und Umsetzung von IKZ-Projekten.

Ziele IKZ



Alle Beteiligten zielen mit ihren IKZ-Aktivitäten auf eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ab.

Die Sicherung der Aufgabenerfüllung sowie die Verbesserung sowohl der Qualität der Aufgabenerfüllung als auch der Service- und Bürgerorientierung sind weitere wesentliche Ziele, die Kommunen mit der Initiierung und Umsetzung ihrer IKZ-Projekte verfolgen. Die weiteren genannten Ziele sind demgegenüber von deutlich geringerer Bedeutung bei der Zusammenarbeit.

0.3.1.7 Erfolgsfaktoren

Nach einem vereinbarten Zeitraum ist zu evaluieren, ob und inwiefern die erwarteten Ziele auch alle erreicht wurden. Dies gilt insbesondere, wenn mit der IKZ wirtschaftliche Effekte erwartet wurden. Die Frage, ob eine IKZ für die Beteiligten erfolgreich war, hängt - wie die bisherigen Rückmeldungen zeigen - von mehreren Erfolgsfaktoren ab.

Die gpaNRW hat nachfolgend speziell ausgewertet, welche Erfolgskriterien die Kommunen jeweils für sich priorisiert und konkret den Rängen 1 bis 3 zugeordnet haben.

Erfolgsfaktoren IKZ



Gegenseitiges Vertrauen und klare Zielvorgaben sind für mehr als die Hälfte aller Kommunen wichtigstes Erfolgskriterium für eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit. Der gleichgelagerte Handlungsdruck ist ebenfalls für viele Kommunen ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

Auch die Art der Erledigung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. So sehen viele Kommunen eine Kooperation auf Augenhöhe und den unbedingten Rückhalt durch die Verwaltungsführung als wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Offene und ehrliche Zusammenarbeit mit den Partnern, aktiv gestützt und gefördert durch die Verwaltungsspitze sind aus Sicht der befragten Städte somit notwendige entscheidende Voraussetzungen für das Gelingen interkommunaler Kooperationen.

Bemerkenswert ist dabei, dass z.B. die Faktoren Vertrauen, gleicher Handlungsdruck und Kooperation auf Augenhöhe eine deutlich höhere Priorität besitzen bzw. erfolgskritischer gesehen werden als z. B. die Unterstützung durch die Verwaltungsspitze oder die Bereitschaft der Politik zur interkommunalen Zusammenarbeit.

Auffällig ist auch, dass - zumindest zum jetzigen Stand der Umfrage - die Akzeptanz durch die Bürgerschaft kaum von Bedeutung für eine erfolgreiche Umsetzung von IKZ-Projekten ist.

0.3.1.8 Hindernisse

Die Kommunen, die IKZ-Projekte zwar geprüft, aber nicht umgesetzt haben, haben wir nach den Hindernissen gefragt, die in der Regel für das Scheitern von IKZ-Projekten verantwortlich sind.

Hindernisse IKZ



Korrespondierend zur Zielpriorität (vgl. Abschnitt 0.3.1.6) ist hier der meistgenannte Hinderungsgrund zur Umsetzung von IKZ die offensichtlich mangelnde Wirtschaftlichkeit.

Auffällig ist, dass von mehr als der Hälfte der befragten Kommunen auch organisatorische Probleme als Hemmnis für die erfolgreiche Realisierung von IKZ-Vorhaben genannt wurden. Ebenfalls sehr häufig werden interne Widerstände genannt. Bei den befragten mittleren kreisangehörigen Kommunen lagen die Werte für diese beiden Gründe deutlich niedriger.

Ebenso verhält es sich mit den politischen Widerständen und den rechtlichen Hindernissen. Auch hier ist der Anteil höher als bei den mittleren kreisangehörigen Kommunen.

Insgesamt wird aber deutlich, dass nach den drei am häufigsten genannten Hindernissen, die übrigen Hindernisse weit weniger von Bedeutung sind, wenn es um eine erfolgreiche Umsetzung von IKZ-Projekten geht bzw. diese Hindernisse zu überwinden sind.

0.3.2 Situation und Handlungsperspektiven für die Stadt Siegen

Die Stadt Siegen arbeitet nach eigener Auskunft in acht Aufgabenfeldern mit anderen Partnern zusammen. Bei den Aufgabenfeldern handelt es sich z. B. um die Prüfung der delegierten Sozialhilfe, dem Förderschulverbund oder der Mitgliedschaft in einem Abwasserverband. Besonders bewährt haben sich laut Stadt der Förderschulverbund und die Prüfung der Sozialhilfe.

Bei der rechtlichen Form der interkommunalen Zusammenarbeit überwiegen die öffentlich-rechtliche Vereinbarung und die Mitgliedschaft in einem Zweckverband.

Als wichtigste Erfolgsfaktoren nennt die Stadt: Kooperation auf Augenhöhe, einfache, schlanke Strukturen, gegenseitiges Vertrauen und unbedingter Rückhalt durch die Verwaltungsführung. Mit dieser Einschätzung werden drei der fünf meistgenannten Erfolgsfaktoren der anderen großen kreisangehörigen Kommunen genannt (siehe Ziffer 0.3.1.7).

Als wesentliche Ziele der interkommunalen Zusammenarbeit hat die Stadt Siegen für sich benannt: Die wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung, die Sicherung der Aufgabenerledigung und den

Erhalt der lokalen Handlungsfähigkeit. Bis auf den Erhalt der lokalen Handlungsfähigkeit handelt es sich um die meistgenannten Ziele der bisher geprüften Städte (siehe Ziffer 0.3.1.6).

Die Stadt Siegen steht weiteren Projekten der interkommunalen Zusammenarbeit positiv gegenüber. Weitere Aktivitäten sind geplant, befinden aber noch in einem sehr frühen Status, so dass ein mögliches Zustandekommen noch nicht abzusehen ist. In den Themenfeldern „Mobilität, Umsetzung OZG, Smart City“ sieht die Stadt für die Zukunft mögliches Potenzial.

Allerdings gilt es auch bei der Anbahnung von IKZ-Projekten mögliche Hindernisse zu überwinden. Hierzu zählen laut Stadt unterschiedliche kommunale Voraussetzungen (Größe und Struktur der Kommune), Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger oder „Kirchturmdenken“. Um die Umsetzung von IKZ-Projekten zu erleichtern, müssten neben diesen Hindernissen auch Widerstände in der Politik (Kontrollverlust) abgebaut werden.

0.4 Überörtliche Prüfung

0.4.1 Grundlagen

Zu den Aufgaben der gpaNRW gehört es zu prüfen, ob die Kommunen des Landes NRW rechtmäßig, sachgerecht und wirtschaftlich handeln. Die finanzwirtschaftliche Analyse steht dabei im Vordergrund. Grund dafür ist die äußerst schwierige Finanzlage der Kommunen und die gesetzliche Vorgabe, den kommunalen Haushalt stets auszugleichen¹². Schwerpunkt unserer Prüfung sind Vergleiche von Kennzahlen. Die Prüfung stützt sich auf § 105 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW).

Bei der Auswahl der Prüfungsschwerpunkte lässt sich die gpaNRW von ihren Zielen leiten, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten, die strategische und operative Steuerung zu unterstützen sowie auf Risiken hinzuweisen. Dabei sind wir bestrebt, einerseits die ganze Bandbreite der kommunalen Aufgaben und andererseits deren finanzielle Bedeutung zu berücksichtigen. Die Auswahl der Prüfungsschwerpunkte stimmt die gpaNRW vor der Prüfung mit kommunalen Praktikern ab.

Der Prüfungsbericht richtet sich an die Verantwortlichen der Kommunen in Rat und Verwaltung. Er zielt darauf ab, diesen Personenkreis - insbesondere in Haushaltskonsolidierungsprozessen - zu unterstützen und so einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Kommune zu leisten.

0.4.2 Prüfungsbericht

Der Prüfungsbericht besteht aus dem Vorbericht, den Teilberichten und dem gpa-Kennzahlen-set:

- Der Vorbericht informiert in der Managementübersicht über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung. Zudem enthält er Informationen über die strukturellen Rahmenbedingungen

¹² § 75 Abs. 2 Satz 1 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

der Kommune, eine Übersicht über die in der überörtlichen Prüfung getroffenen Feststellungen und Empfehlungen, zum Prüfungsablauf sowie zur Prüfungsmethodik. Als Schwerpunktthema haben wir ein Kapitel zur Interkommunalen Zusammenarbeit mit in den Bericht aufgenommen.

- Die Teilberichte beinhalten die ausführlichen Ergebnisse der einzelnen Prüfgebiete.
- Das gpa-Kennzahlenset enthält eine Zusammenstellung aller wesentlichen Kennzahlen und eine Erläuterung, wie das Kennzahlenset aufgebaut ist.

Die in dem Bericht genannten **Rechtsgrundlagen** haben wir in der Fassung angewendet, die zum Zeitpunkt des geprüften Sachverhaltes galten.

In den verschiedenen Handlungsfeldern berechnet die gpaNRW **Personalaufwendungen** auf Basis von KGSt-Durchschnittswerten¹³. Soweit die gpaNRW in einzelnen Handlungsfeldern davon abweicht, weisen wir im Teilbericht darauf hin.

0.4.2.1 Struktur der Berichte

Der Aufbau unserer Teilberichte folgt einer festen Struktur:

Wertung: Einleitend treffen wir eine wertende Aussage zu unserem Prüfungsergebnis innerhalb eines Abschnitts. Wertungen, die eine Stellungnahme nach § 105 Abs. 6 und 7 GO NRW der Kommune notwendig machen, bezeichnen wir als **Feststellung**.

Sollvorstellung: Die Sollvorstellung stellt die Inhalte und das Prüfungsziel im folgenden Abschnitt dar. Sie ist allgemein formuliert und grundsätzlich für alle Kommunen gültig, z. B. auf Basis der aktuell geltenden Gesetzeslage. Die Sollvorstellung ist *kursiv* gedruckt.

Analyse: Im Anschluss an die Sollvorstellung analysiert die gpaNRW die individuelle Situation in der geprüften Kommune.

Empfehlungen: Letztlich weisen wir dann die bei der Prüfung erkannten Verbesserungspotenziale als Empfehlung aus.

Feststellungen, die eine Stellungnahme der Kommune während des Prüfungsverfahrens erfordern (z. B. ein festgestellter Rechtsverstoß) werden im Prüfungsbericht mit einem Zusatz gekennzeichnet.

0.4.2.2 Verfahren nach Prüfungsabschluss

Die Kommune nimmt zu allen Feststellungen und Empfehlungen des Prüfungsberichts nach § 105 Abs. 6 und 7 GO NRW Stellung.

Die Berichte der überörtlichen Prüfungen werden auf der Internetseite der gpaNRW veröffentlicht.

¹³ KGSt-Bericht Nr.13/2019 „Kosten eines Arbeitsplatzes“ (2019/2020) und Nr. 07/2020 „Kosten eines Arbeitsplatzes“ (2020/2021)

0.5 Prüfungsmethodik

0.5.1 Kennzahlenvergleich

Der Kennzahlenvergleich ist die prägende Prüfungsmethodik der gpaNRW. Dazu errechnen wir Kennzahlen in den Kommunen und vergleichen diese landesweit. Für den Vergleich ist eine einheitliche Ausgangsbasis erforderlich. Es gibt jedoch keine landeseinheitliche Festlegung unterhalb der Produktbereichsebene, so dass die Produktgruppen häufig unterschiedliche Produkte und die Produkte unterschiedliche Leistungen enthalten. Daher ist der Vergleich nicht unmittelbar aus den Daten der Jahresrechnungen heraus möglich. Wir haben deshalb Aufgabenblöcke mit den dazu gehörenden Grunddaten einheitlich definiert und erheben diese vor Ort.

Die Kommune soll ihren Kennzahlenwert gut einordnen können. Deshalb stellen wir folgende Werte dar:

- die Extremwerte, also das Minimum und das Maximum, und
- drei Viertelwerte.

Viertelwerte teilen eine nach Größe geordnete statistische Reihe in vier Viertel. Der erste Viertelwert teilt die vorgefundenen Werte so, dass 25 Prozent darunter und 75 Prozent darüber liegen. Der zweite Viertelwert entspricht dem Median und liegt in der Mitte der statistischen Reihe, d.h. 50 Prozent der Werte liegen unterhalb und 50 Prozent oberhalb dieses Wertes. Der dritte Viertelwert teilt die vorgefundenen Werte so, dass 75 Prozent darunter und 25 Prozent darüber liegen.

Ebenfalls nennen wir die Anzahl der Werte, die in den Vergleich eingeflossen sind. In den interkommunalen Vergleich hat die gpaNRW die Werte aller großen kreisangehörigen Kommunen einbezogen.

Im Prüfgebiet Finanzen erfassen und analysieren wir die wichtigsten materiellen und formellen Rahmenbedingungen der Haushaltswirtschaft. Wir machen den haushaltsbezogenen Handlungsbedarf transparent. Die Prüfung setzt dabei auf den Ergebnissen der örtlichen Prüfung auf.

Nicht immer kann eine Kommune alle Grundzahlen erheben. Ebenso sind aus unterschiedlichsten Gründen einzelne Kennzahlen nicht mit den Kennzahlen anderer Kommunen vergleichbar. In beiden Fällen kennzeichnet die gpaNRW in Grafiken und Tabellen den Wert der Kommune mit „k.A.“. Sollte die Kennzahl der Kommune nicht mit den Kennzahlen der Vergleichskommunen vergleichbar sein, so erläutert die gpaNRW textlich den Grund hierfür. Die Angabe „k.A.“ deutet somit nicht automatisch auf eine mangelnde Datenlieferung der Kommune hin.

0.5.2 Strukturen

Die Haushaltswirtschaft in den Kommunen hängt von verschiedenen externen und internen Einflussfaktoren ab. Diese können zum Teil unmittelbar gesteuert werden. Es gibt jedoch auch Einflüsse, die struktureller Natur und somit nicht oder nur langfristig beeinflussbar sind. Unter Strukturmerkmalen versteht die gpaNRW verschiedene, von außen auf die Kommune einwirkende, Einflussfaktoren. Faktoren, die Ergebnisse kommunalpolitischer Beschlüsse sind,

zählen nicht dazu, da diese ausdrücklich der Willensbildung unterliegen. Dennoch beeinflussen sie das Gesamtbild einer Kommune. Wir gehen darauf - soweit möglich und erforderlich – in den Teilberichten sowie unter „Ausgangslage der Kommune“ ein.

0.5.3 Konsolidierungsmöglichkeiten

Die gpaNRW macht den unterschiedlichen Ressourceneinsatz durch den Vergleich der Kommunen transparent und zeigt Ansätze für Veränderungen auf.

Der in den Kommunen festgestellte Ressourceneinsatz ist im interkommunalen Vergleich sehr unterschiedlich. Die gpaNRW zeigt in einzelnen Handlungsfeldern auf, wie dieser reduziert werden kann. Orientierung bieten Richtwerte oder der Überblick über die Streuung der Werte, insbesondere im Vergleich zu den Viertelwerten.

Der Prüfung liegt keine vollständige Betrachtung von Kernverwaltung, Sondervermögen und Beteiligungen zugrunde. Es ist daher möglich, dass in anderen Bereichen weitere Verbesserungsmöglichkeiten bestehen, die über in diesem Prüfungsbericht beschriebene Handlungsmöglichkeiten hinausgehen.

0.5.4 gpa-Kennzahlenset

Steuerungsrelevante Kennzahlen der von der gpaNRW betrachteten kommunalen Handlungsfelder stellen wir im gpa-Kennzahlenset dar. Die Übersicht enthält Kennzahlen aus Handlungsfeldern, die in vorangegangenen Prüfungen betrachtet wurden. Ergänzt wird das gpa-Kennzahlenset durch Kennzahlen, die wir erstmalig in der aktuellen Prüfung der großen kreisangehörigen Kommunen erhoben haben.

Die Fortschreibung der örtlichen Kennzahlen sowie der interkommunalen Vergleichswerte ermöglicht den Kommunen eine aktuelle Standortbestimmung. Zusammen mit den aus früheren Prüfungen bekannten Analysen, Handlungsempfehlungen sowie Hinweisen auf mögliche Konsolidierungsmöglichkeiten können die Kommunen diese für ihre interne Steuerung nutzen.

0.6 Prüfungsablauf

Die Prüfung in der Stadt Siegen wurde in der Zeit von September 2021 bis September 2022 durchgeführt.

Zunächst hat die gpaNRW die erforderlichen Daten und Informationen zusammengestellt und mit der Stadt Siegen hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Richtigkeit abgestimmt. Auf dieser Grundlage haben wir die Daten analysiert.

Für den interkommunalen Vergleich verwenden wir in der Stadt Siegen überwiegend das Jahr 2019, bei aktuelleren Daten das Jahr 2020. Basis in der Finanzprüfung sind die festgestellten Jahresabschlüsse 2015 bis 2019 sowie die Haushaltsplanung 2022 einschließlich der bis 2025 reichenden mittelfristigen Planung.

Neben den Daten früherer Jahre haben wir ebenfalls aktuelle Entwicklungen und Besonderheiten der Stadt Siegen berücksichtigt, um Aussagen für die Zukunft machen zu können.

Geprüft haben:

Leitung der Prüfung	Heinrich Josef Baltes
Finanzen	Martina Schneider
Beteiligungen	Antonina Silberkuhl
Hilfe zur Erziehung	Britta Wetter
Bauaufsicht	Andreas Pickhard
Verkehrsflächen	Marie-Kristin Klincker

Das Prüfungsergebnis haben die Prüfenden mit den beteiligten Beschäftigten in den betroffenen Organisationseinheiten erörtert. Dem Verwaltungsvorstand wurden die Ergebnisse in der Besprechung vom 02. November 2022 vorgestellt.

Herne, den 30. November 2022

gez.

Dagmar Klossow

Abteilungsleiterin

gez.

Heinrich Josef Baltes

Projektleiter

0.7 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Handlungsfelder

Feststellung		Empfehlung	
Haushaltssteuerung			
F1	Die gesetzlichen vorgesehenen Fristen aus der GO NRW, zur Feststellung der Haushalte und der Jahresabschlüsse, hält die Stadt Siegen nicht ein. Dennoch liegen der Stadt die wesentlichen Informationen zur Haushaltssituation vor.	E1.1	Die Stadt sollte sich als Ziel setzen, die Entwürfe der Jahresabschlüsse und Haushaltssatzungen fristgerecht aufzustellen und an den Rat weiterzuleiten.
		E1.2	Die Stadt Siegen sollte das Finanzcontrolling und besonders das Finanzberichtsweisen weiterentwickeln und als Instrumente für eine aktive, unterjährige Haushaltssteuerung nutzen. Ebenso sollte die Politik weiterhin regelmäßig über die Entwicklung und Prognosen zum Haushalt informiert werden.
F2	Einige der Konsolidierungsmaßnahmen aus dem HSK wurden umgesetzt, reichen aber nicht aus, die steigenden Aufwendungen zu decken. Insgesamt ist die Entwicklung der Haushaltssituation fast ausschließlich von äußeren Einflüssen wie die Entwicklung des Steueraufkommens und der Kreisumlage abhängig.	E2	Die Stadt Siegen sollte mit geeigneten Konsolidierungsmaßnahmen einer dauerhaften Verringerung der allgemeinen Rücklage entgegenwirken. Ziel sollte es sein, einen nachhaltigen Haushaltsausgleich und eine stabile Haushaltslage zu erzielen.
F3	Die Stadt Siegen überträgt Ermächtigungsübertragungen sowohl im konsumtiven wie auch im investiven Bereich im steigenden Maße. Dieses fördert die Haushaltsgrundsätze der Transparenz und Klarheit nicht.	E3	Die Stadt Siegen sollte wesentliche investive Auszahlungsermächtigungen noch restriktiver auf eine Übertragung hin prüfen. Ziel sollte es sein, nur Maßnahmen in den Haushaltsplan aufzunehmen, die die Anforderungen des § 13 KomHVO NRW erfüllen und deren Umsetzung im Planjahr realistisch möglich ist.
F4	Das Fördermittelmanagement der Stadt Siegen wird federführend von der Zuschussstelle in der Kämmerei geführt. Sie nutzt bereits vielfältige Möglichkeiten der Fördermittelakquise. Verschriftlichte, strategische Vorgaben und Ziele hat Siegen nicht.	E4	Die Stadt Siegen sollte strategische Vorgaben schriftlich formulieren. Dadurch ist ein geregelter, standardisierter Ablauf möglich.
F5	Die Stadt Siegen musste nach eigener Aussage bisher nur geringfügig Fördermittel zurückzahlen. Die Fördermittelbewirtschaftung und das -controlling erfolgt durch den Mitarbeiter der Zentralen Zuschussstelle.	E5	Die Stadt Siegen sollte Entscheidungsträger, wie Verwaltungsleitung, Fachausschüsse und den Rat regelmäßig über den Stand wichtiger Förderprojekte informieren. Die Berichte sollten sich anlassbezogen am Projektfortschritt orientieren.

Feststellung		Empfehlung	
Beteiligungen			
F1	Die Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Siegen entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen ergeben.	E1.1	Die Stadt Siegen sollte verbindliche Standards mindestens in Form einer Beteiligungsrichtlinie schriftlich formulieren.
		E1.2	Die Stadt Siegen sollte ihre Bemühungen intensivieren, eine digitale Akte einzuführen. Das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die städtischen Beteiligungen ihre Unterlagen und Daten digital zur Verfügung stellen. Übergangsweise sollten zukünftig erhaltene Unterlagen eingescannt und in digitaler Form vorgehalten werden.
F2	Das Berichtswesen entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Portfolio der Stadt Siegen ergeben.	E2	Die Stadt Siegen sollte die Politik unterjährig standardisiert über den wirtschaftlichen Verlauf der bedeutenden Beteiligungen informieren. Dies kann in Form des noch aufzubauenden Berichtswesens erfolgen. Dabei könnte eine Beteiligungsrichtlinie unterstützen, die die Mindeststandards hinsichtlich der Inhalte, des Aufbaus und des Berichtsrhythmus sowohl für die Berichterstattung der Beteiligungsgesellschaften an die Stadtverwaltung als auch für das Berichtswesen der Verwaltung an die städtischen politischen Gremien festlegt.
F3	Die Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter entspricht teilweise den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen ergeben.	E3.1	Die Stadt Siegen sollte mindestens einmal in jeder Wahlperiode eine Schulung über die Rechte und Pflichten von Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter anbieten. Darüber hinaus können Schulungen zu fachlichen Themen sinnvoll bzw. notwendig sein.
		E3.2	Um die Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Gremien über die Sichtweise der Stadt und eventuelle finanzielle Auswirkungen zu informieren, sollte das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen die Tagesordnungen der Gremiensitzungen strukturiert untersuchen und zu kommunal bedeutenden Tagesordnungspunkten Stellungnahmen und Beschlussempfehlungen verfassen.
F4	Die Stadt Siegen nimmt angemessenen Einfluss auf die Wirtschaftsplanung sowie auf die Ergebnisverwendung der Siegerner Versorgungsbetriebe GmbH und der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft mbH. Bei den beiden Gesellschaften bestehen noch Optimierungspotenziale hinsichtlich der Etablierung bzw. Fortführung eines standardisierten unterjährigen Berichtswesens.	E4.1	Aus Transparenzgründen sollte die Stadt Siegen darauf hinwirken, dass die unterjährige schriftliche standardisierte Berichterstattung um weiterführende Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Siegerner Versorgungsbetrieb GmbH, z.B. in Form von Erläuterungen von Abweichungen, ergänzt wird. Des Weiteren wäre es hilfreich, Quartalsberichte für die städtischen Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat zu kommentieren.

Feststellung		Empfehlung	
		E4.2	Die Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die Beschlussfassung des Wirtschaftsplans mit der fünfjährigen Finanzplanung in der Gesellschafterversammlung der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH zukünftig vor Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres erfolgt.
		E4.3	Die Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH ihre regelmäßige unterjährige Berichterstattung in Form von Quartalsberichten wiederaufnimmt. Aus der Sicht der gpaNRW sollte der Rat darüber informiert werden, ob der Wirtschaftsplan unterjährig eingehalten wird.
Hilfe zur Erziehung			
F1	Die Stadt Siegen verfügt bislang über keine formulierte Gesamtstrategie für die erzieherischen Hilfen. Mit dem Leitbild für den ASD und benannten Zielen im Haushalt hat sie bereits Grundlagen einer Gesamtstrategie geschaffen.	E1	Die Stadt Siegen sollte für eine Gesamtsteuerung der Hilfen zur Erziehung eine Gesamtstrategie mit konkreten, messbaren Zielen und darauf ausgerichteten Maßnahmen entwickeln. Die Zielerreichung sollte regelmäßig geprüft und Maßnahmen ggf. angepasst werden.
F2	Die Stadt Siegen erstellt jährlich einen Controllingbericht für den Bereich der erzieherischen Hilfen. Darin werden auch Kennzahlen abgebildet. Derzeit findet eine Überarbeitung der Kennzahlen gemeinsam mit Politik und Verwaltung statt.	E2	Die Stadt Siegen sollte den Prozess der steuerungsrelevanten Kennzahlenbildung weiterführen. Hierzu können beispielsweise einige Kennzahlen aus diesem Prüfbericht fortgeschrieben werden. Die Kennzahlen sollten regelmäßig ausgewertet werden. Dies kann dazu dienen, die Steuerung zu unterstützen, Ursachen für gestiegene Aufwendungen zu analysieren und die Wirksamkeit von Maßnahmen transparenter zu machen. Dabei sollte sie auch konkrete Maßnahmen entwickeln und darstellen, um negativen Entwicklungen gegenzusteuern.
F3	Die Stadt Siegen bewertet die Zielerreichung der Hilfen im Einzelfall mit allen Beteiligten. Ein fallübergreifendes Bewertungsverfahren zur Wirksamkeit und Zielerreichung gibt es nicht. Ebenfalls gibt es bislang keine trägerbezogenen Auswertungen zu Fachleistungsstunden- und Kosten.	E3	Die Stadt Siegen sollte Auswertungen zur Wirksamkeit und Zielerreichung fallübergreifend vornehmen. Diese sollte sie träger- und hilfeartbezogen durchführen. Außerdem sollte sie die Laufzeiten der Hilfen sowie die Anzahl der Fachleistungsstunden und Kosten je Träger auswerten und analysieren. Die gewonnenen Erkenntnisse sollten in einem Controllingbericht zusammengeführt werden. Im Hinblick auf den vergleichsweise hohen Fehlbetrag sollten die Auswertungen zu Steuerungszwecken genutzt werden.
F4	Die Stadt Siegen hat für den ASD die Verfahrensstandards und Prozessabläufe in einem Qualitätshandbuch verschriftlicht. Darüber hinaus bestehen weitere ergänzende Informationen und Standards in einem ergänzenden Handbuch. Diese verbindlichen Verfahrensstandards bieten eine gute Grundlage für eine einheitliche Fallbearbeitung. Für den Bereich der WiJu sind bisher keine entsprechenden Verfahrensstandards verschriftlicht.	E4	Ergänzend zu dem bereits vorhandenen Qualitätshandbuch für den Bereich des ASD, sollte die Stadt Siegen auch die Verfahrensstandards für die WiJu verschriftlichen.

Feststellung		Empfehlung	
F5	Im Jugendamt der Stadt Siegen gibt es eine strukturierte fachliche Zugangssteuerung. Im Hinblick auf die konkrete Fallsteuerung im Einzelfall sind aus Sicht der gpaNRW noch Optimierungsmöglichkeiten gegeben.	E5	Die Stadt Siegen sollte die derzeitige Leistungsgewährung auf der Grundlage der einheitlichen Fallpauschale eingehend überprüfen und überdenken. Für eine gut strukturierte und wirtschaftliche Fallsteuerung ist eine individuelle Festlegung und fortlaufende Überprüfung der erbrachten Fachleistungsstunden unabdingbar.
F6	Die WiJu prüft frühzeitig mögliche Kostenerstattungsansprüche und macht diese umgehend geltend. Schriftliche Verfahrensstandards für diese Prüfung gibt es nicht.	E6	Die Stadt Siegen sollte Kernprozesse für die Prüfung der Zuständigkeit und von Kostenerstattungsansprüchen durch die WiJu in die Verfahrensstandards aufnehmen.
F7	Es finden prozessintegrierte Kontrollen durch die Fachsoftware und im Rahmen der Fallüberprüfung durch die Arbeitsgruppenleitung statt. Für die WiJu gibt es ein internes Kontrollsystem welches stichprobenhafte Einzelfallprüfungen vorsieht. Im Bereich der automatisierten Wiedervorlagen bestehen aus Sicht der gpaNRW noch Optimierungspotenziale.	E7	Die Stadt Siegen sollte über die laufenden Fälle allgemeine Wiedervorlagen führen, damit sichergestellt ist, dass eine rechtmäßige Aufgabenerledigung erfolgt.
F8	Die Stadt Siegen hat im Bereich der erzieherischen Hilfen höhere fallbezogene Aufwendungen als die meisten anderen Kommunen. Dies belastet den Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung.	E8	Die Stadt Siegen sollte die Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII stärker in den Blick nehmen und dazu Fallzahlen, Aufwendungen sowie die Laufzeiten, auch trägerbezogen, analysieren und regelmäßig auswerten.
F9	Die Stadt Siegen weist erhöhte einwohnerbezogene Aufwendungen sowie eine erhöhte Falldichte im Bereich der Heimerziehung auf. Sie hat sich bereits intensiv mit der Rückführungsarbeit auseinandergesetzt. Eine Auswertung der Rückführungen in die Herkunftsfamilie erfolgt bislang nicht.	E9	Die Stadt Siegen sollte die Rückführungsarbeit weiterhin intensiv verfolgen und stetig die eigenen Standards weiterentwickeln. Erfolgte Rückführungen sollten zukünftig ausgewertet werden, um die Ergebnisse der Rückführungsarbeit transparent zu machen. Die Ergebnisse könnten Bestandteil eines zukünftigen Controllingberichtes sein.
F10	Die Stadt Siegen hat im interkommunalen Vergleich hohe ambulante Aufwendungen je Hilfefall bei der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Einen Spezialdienst gibt es aktuell noch nicht.	E10	Die Stadt Siegen sollte wie geplant einen Spezialdienst für die Bearbeitung der Hilfefälle nach § 35a SGB VIII einrichten.
F11	Die fallbezogenen Aufwendungen für die Integrationshelfer sind in Siegen ebenfalls hoch. Bislang werden Hospitationen im Rahmen der Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung nur teilweise durchgeführt.	E11	Um den steigenden Fallzahlen und Aufwendungen im Bereich der Integrationshelfer zu begegnen, sollte die Stadt Siegen im Rahmen der Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung regelmäßige Hospitationen durchführen.
F12	Die Aufwendungen je Hilfefall für die Hilfen der jungen Volljährigen sind in Siegen vergleichsweise hoch. Im ambulanten Bereich bildet die Stadt Siegen den Maximalwert im interkommunalen Vergleich ab.	E12	Die Stadt Siegen sollte die Hilfen der jungen Volljährigen stärker in den Blick nehmen und dazu Aufwendungen, Laufzeiten und Fachleistungsstunden analysieren. Zusätzlich sollte sie eigene Standards zur Verselbständigung verschriftlichen.

Feststellung		Empfehlung	
Bauaufsicht			
F1	Die Bauaufsicht der Stadt Siegen überschreitet bei den Baugenehmigungsverfahren häufig die gesetzlich vorgegebenen Fristen. Für Ermessensentscheidungen hat sie noch keine eindeutigen und nachvollziehbaren Kriterien erlassen. Sie bildet noch keinen Kostendeckungsgrad ab und verzichtet teilweise auf Gebühreneinnahmen. Die Rechtssicherheit könnte durch weitere Dokumentationen verbessert werden.	E1.1	Die Stadt Siegen sollte für die Nachbesserung von Antragsunterlagen angemessene Fristen setzen, die die Genehmigungsverfahren nicht unnötig verlängern. Die gesetzlichen Vorgaben der Rücknahmefiktion sind zu beachten.
		E1.2	Die Stadt Siegen sollte zur Verbesserung der Rechtssicherheit die Inanspruchnahme der Verlängerungsmöglichkeit nach § 64 Abs. 2 BauO NRW 2018 schriftlich dokumentieren.
		E1.3	Die Stadt Siegen sollte die erforderlichen Beteiligungsverfahren gleichzeitig durchführen. Sie sollte zu diesem Zweck digitale Unterlagen nutzen. In Papier eingehende Anträge sollten zu einem möglichst frühen Zeitpunkt eingescannt werden.
		E1.4	Die Stadt Siegen sollte für ihre Bauaufsicht einen Kostendeckungsgrad ermitteln, der als Indikator für Rahmengebühren nutzbar ist. Ziel sollten weitgehend kostendeckende Gebühren sein.
		E1.5	Die Stadt Siegen sollte für eine einheitliche und rechtssichere Ausübung von Ermessensentscheidungen klare und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen, beispielsweise in Form eines Kriterienkataloges, erstellen.
F2	Die Stadt Siegen hat bisher noch keine Checklisten erstellt, um eine rechtssichere und einheitliche Bearbeitung der Genehmigungsverfahren zu fördern. Es fehlen zum Teil klare Vorgaben für Verantwortungs- und Entscheidungsbefugnisse. Die Abwicklung des Genehmigungsverfahrens mittels der Papierakte lässt keine medienbruchfreie Bearbeitung zu.	E2.1	Die Stadt Siegen sollte für die Bearbeitung der Baugenehmigungsverfahren Checklisten bzw. Arbeitsanleitungen erstellen. Sie sollte diese idealerweise in die eingesetzte Fachsoftware integrieren.
		E2.2	Die Stadt Siegen sollte alle Voraussetzungen schaffen, um eine medienbruchfreie Bearbeitung der Verfahren zu ermöglichen. Die händische Erfassung von Daten in die Fachsoftware sollte zukünftig entbehrlich sein.
		E2.3	Die Stadt Siegen sollte nachvollziehbare und eindeutige Regelung über Verantwortungsbereiche und Entscheidungsbefugnisse durch eine Dienstanweisung oder Organisationsverfügung festlegen.

Feststellung		Empfehlung	
F3	Der abgebildete Prozess des einfachen Baugenehmigungsverfahrens ist durch zahlreiche Schnittstellen gekennzeichnet. Mehrstufige und umfangreiche Beteiligungsverfahren und zahlreiche Zuständigkeitswechsel erschweren ein beschleunigtes Verfahren. Das Vier-Augen-Prinzip wendet die Bauaufsicht nur bei Ablehnungen konsequent an.	E3.1	Die Stadt Siegen sollte die zahlreichen Schnittstellen reduzieren. Beteiligungen sollte sie gleichzeitig und digital vornehmen. Einzelne Arbeitsschritte sollten von der zuständigen Stelle vollständig abgeschlossen werden. Damit lassen sich die zahlreichen Zuständigkeitswechsel verringern. Das Vieraugenprinzip sollte die Bauaufsicht konsequent anwenden. Den erforderlichen Aufwand kann sie durch dokumentierte Teilergebnisse in Checklisten reduzieren.
		E3.2	Die Stadt Siegen sollte die Beteiligungen interner Stellen auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren. Durch erweiterte Informationsgrundlagen für die Bauaufsicht können teilweise zeit- und arbeitsintensive Beteiligungsverfahren vermieden werden.
F4	Die Stadt Siegen nutzt noch nicht alle digitalen Möglichkeiten ihrer eingesetzten Fachsoftware. Sie beabsichtigt eine vollständige digitale Bearbeitung der Genehmigungsanträge mit Unterstützung des Bauportals NRW einzuführen. Einheitliche Dateneingaben könnten weitere automatisierte Auswertungen ermöglichen. Die aktuelle hybride Aktenführung erschwert ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren.	E4.1	Die Stadt Siegen sollte ihre vorhandene Software dazu nutzen, die Bearbeitung der Genehmigungsverfahren vollständig digital durchzuführen und zu erfassen. Es sollte möglich sein, Genehmigungsanträge digital anzunehmen. Sie sollte die digitalen Möglichkeiten der vorhandenen Software ausschöpfen, um die Verfahrensabläufe zu vereinfachen und zu beschleunigen. Auf eine hybride Aktenführung sollte verzichtet werden.
		E4.2	Die Stadt Siegen sollte Vorgaben für die einheitliche Erfassung von Daten erstellen. So sind automatisierte Auswertungen möglich und die Funktionen der Bearbeitungssoftware sind vollumfänglich nutzbar.
F5	Das Fallaufkommen wie auch die Anzahl der erteilten Bescheide ist in der Stadt Siegen je Vollzeit-Stelle höher als in den meisten anderen Vergleichskommunen. Dies deutet auf eine hohe Belastung der Bediensteten hin. Mit der Nutzung bestehender Optimierungspotenziale könnte die Bauaufsicht die Mitarbeiter entlasten. Dieses wird helfen, die eingehenden Anträge zeitnah zu bearbeiten und den Anteil unerledigter Fälle zu verringern.	E5.1	Die Stadt Siegen sollte die Personalkennzahlen weiter fortschreiben. Bei einem anhaltenden Trend der Zunahme der unerledigten Fälle sollten gegensteuernde Maßnahmen ergriffen werden. Die in diesem Bericht aufgezeigten Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren sollten umgesetzt werden, um die Sachbearbeitung zu entlasten.
		E5.2	Die Stadt Siegen sollte auch die Entwicklung der Fallzahlen der förmlichen Bauvoranfragen zur Personalbemessung fortschreiben um mögliche Fehlentwicklung frühzeitig zu erkennen und entgegenwirken zu können.
F6	Die Stadt Siegen hat mit der Einrichtung der Servicestelle Bauberatung gute Möglichkeiten geschaffen, sich umfassend rund ums Thema Bauen zu informieren. Der Schwerpunkt der Beratung betrifft den bauplanungsrechtlichen Bereich. Teils wirken die technischen Bediensteten der Bauaufsicht bei der Klärung bauordnungsrechtlicher Fragen mit.	E6	Die Stadt Siegen sollte die gebildeten Kennzahlen zu den Ablehnungen und zurückgenommenen Anträgen weiter fortschreiben und analysieren. Die Anzahl erfolgloser Anträge sollte möglichst geringgehalten werden.

Feststellung		Empfehlung	
F7	Durch uneinheitlich und unvollständige Datenerfassungen in der genutzten Software sind Gesamt- und Laufzeiten der Genehmigungsverfahren für die Bauaufsicht Siegen nicht abbildbar. Die Nutzung dieser Daten als Indikator für effektive Genehmigungsverfahren ist so nicht möglich. Die gesetzliche Berichtspflicht erfordert die durchschnittliche Verfahrensdauer zu ermitteln.	E7	Die Stadt Siegen sollte mit ihrer eingesetzten Fachsoftware in der Lage sein, automatisierte Gesamt- und Laufzeiten zu ermitteln. Damit erhält sie die Grundlagen für die gesetzliche Berichtspflicht sowie Indikatoren für notwendige Steuerungsmaßnahmen. Sie sollte Vorgaben für eine einheitliche Datenerfassung erlassen. Erfolge der genutzten Optimierungspotenziale lassen sich an ermittelten Laufzeiten ablesen.
F8	Die Stadt Siegen hat bisher auf die Bildung von Kennzahlen und Festlegungen von Zielwerten verzichtet. Damit fehlen zum Teil Indikatoren für notwendige Steuerungsmaßnahmen.	E8	Die Stadt Siegen sollte Zielwerte schriftlich definieren und deren Einhaltung mittels Kennzahlen in Form eines Soll-Ist-Vergleichs überprüfen. Dazu sollte sie mindestens die im Rahmen dieser Prüfung verwandten Kennzahlen fortschreiben. Für die automatisierte Auswertung sind einheitliche Dateieingaben notwendig.
Verkehrsflächen			
F1	Die Stadt Siegen verfügt über Daten zu ihren Verkehrsflächen, mit denen sie ein Erhaltungsmanagement zielgerichtet aufbauen kann. Positiv ist die regelmäßige Zustandserfassung und Bewertung der Straßen.	E1	Die bisherige Planung von Straßenbau-Programmen sollte die Stadt Siegen um konkrete Erhaltungsstrategien bezogen auf die unterschiedlichen Straßenkategorien ergänzen. Sie sollte die Aufwendungen nach diesen Straßenkategorien getrennt erfassen, um so noch gezielter steuern zu können.
F2	Die Stadt Siegen führt eine funktionsfähige Straßendatenbank. Somit verfügt sie über die notwendige Ausstattung, um den Erhalt der Verkehrsflächen zielgerichtet zu steuern. Durch die Integration weiterer Informationen kann sie die Planung der Erhaltung noch weiter optimieren.	E2.1	Die Stadt Siegen sollte prüfen, welche Daten sie zukünftig noch für die Planung der Straßenunterhaltung in der Straßendatenbank berücksichtigen möchte. Denn eine möglichst umfassende Kenntnis der Einflussfaktoren auf die Verkehrsflächen ermöglicht es, eine zukunftsfähige Erhaltungsstrategie zu entwickeln.
		E2.2	Die Stadt Siegen sollte ein vollständiges Erhaltungsmanagement aufbauen, um die nach Schadensbild der Verkehrsflächen geeigneten und dabei wirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt ergreifen zu können. Auch bei begrenzten Mitteln wird hiermit Transparenz über deren zielgerichteten Einsatz und die weitere Entwicklung der Verkehrsflächen geschaffen.
F3	Die Stadt Siegen hat bislang keine Kostenrechnung für die Verkehrsflächen eingeführt.	E3	Um auf weitere steuerungsrelevanten Daten für Erhaltungsmaßnahmen zugreifen zu können, sollte die Stadt eine Kostenrechnung einführen. Hierzu sollte die notwendige Genauigkeit auch unter dem Gesichtspunkt des Bearbeitungsaufwandes festlegen.
F4	Die Stadt Siegen hat für die Verkehrsflächen Ziele mit begleitendem Controlling definiert. Eine langfristige Strategie zum Erhalt der Verkehrsflächen ist noch nicht aufgestellt.	E4.1	Die Stadt Siegen sollte den bestehenden Planungszeitraum nach Möglichkeit ausweiten, um ein strategisches Erhaltungsmanagement aufzubauen. Hierzu sollte sie die gesamten Lebenszyklen der Verkehrsflächen berücksichtigen.

Feststellung		Empfehlung	
		E4.2	Die Stadt Siegen sollte die systematische Steuerung der Verkehrsflächen ausbauen, indem sie strategische und operative Ziele festlegt und deren Erreichung anhand eines Controllings überprüft. Zu diesem internen Controlling zählen auch Kennzahlen und ein Berichtswesen.
F5	Die Stadt Siegen hat das Aufbruchmanagement mit den erforderlichen Prozessen gut strukturiert. Die Stadt koordiniert die Aufbrüche regelmäßig gemeinsam mit den Versorgungsträgern. Die Kontrollen der Aufbrüche führt die Stadt sowohl während der Bauphase als auch bei Mängeln und bei der Gewährleistungsabnahme stichprobenhaft durch. Mit der Integration von Informationen aus den Aufbrüchen in die Straßendatenbank können die Prozesse weiter digitalisiert und optimiert werden.	E5	Die Stadt Siegen sollte prüfen, ob sie die Vorhabenträger mit der Genehmigung verpflichtet, den Ausgangszustand und die Phasen während der Ausführung mit schriftlichen Aufzeichnungen, Protokollen und Fotos zu dokumentieren. Dies bietet den Vorteil, dass bei allen Aufbrüchen die für die Abnahme und Gewährleistung erforderlichen Informationen vorliegen.
F6	In der Stadt Siegen stimmen sich das Finanz- und Verkehrsflächenmanagement gut untereinander ab. Durch eine Schnittstelle von Anlagenbuchhaltung und Straßendatenbank kann die Abstimmung noch weiter verbessert werden.	E6	Durch eine Verknüpfung der Straßendatenbank mit der Anlagebuchhaltung kann die Stadt den Ablauf der Arbeiten positiv unterstützen. Daher sollte sich prüfen, in welcher Form sie die Systeme miteinander verbinden kann.
F7	In der Stadt Siegen ist das Verhältnis von älteren Verkehrsflächen zu noch jüngem Vermögen noch weitgehend ausgewogen. Nach der Zustandseinteilung befinden sich in Siegen aktuell der überwiegende Teil der Straßen in einem sehr guten bis mittleren Zustand. Der Anteil schlechter Straßen konnte ebenfalls reduziert werden.	E7	Die Erkenntnisse aus nachfolgenden Zustandserfassungen sollte die Stadt Siegen weiterhin in die aktuelle Maßnahmenplanung einbeziehen.
F8	Die Stadt Siegen kann die Unterhaltungsaufwendungen für die Verkehrsflächen nicht benennen. Somit fehlt ihr eine wichtige Information und Steuerungsgrundlage.	E8	Siegen sollte zukünftig die in Eigenleistung erbrachten Unterhaltungsarbeiten dokumentieren, um die Unterhaltungsaufwendungen insgesamt beziffern zu können.
F9	Die Höhe der Reinvestitionen liegt deutlich unter den Abschreibungen. Eine dauerhaft niedrige Reinvestitionsquote kann für die Stadt Siegen ein Risiko darstellen.	E9	Um einen Reinvestitionsstau zu vermeiden, sollte die Stadt Siegen regelmäßig die maßgeblichen Einflussfaktoren wie Zustände der Verkehrsflächen oder Höhe der Unterhaltungsaufwendungen analysieren und bei Bedarf die Reinvestitionen anpassen. Diese Informationen sollten in das Erhaltungsprogramm einfließen und mit einer langfristigen Investitionsstrategie verknüpft werden.

1. Finanzen

1.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der **Stadt Siegen** im Prüfgebiet Finanzen stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen hat die gpaNRW tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

1.1.1 Haushaltssituation

	gering	Handlungsbedarf	hoch
Haushaltssituation			▲

Die Stadt Siegen unterliegt seit 2009 aufsichtsrechtlichen Maßnahmen. Sie ist zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) nach § 76 GO NRW verpflichtet. Die Planung sieht erst ab 2022 positive Jahresergebnisse vor. Die im HSK festgelegte Frist zur Erreichung des Haushaltsausgleiches im Jahr 2022 ist damit gewährleistet. Allerdings gelingt der Stadt dieser Ausgleich nur unter Berücksichtigung der außerordentlichen Erträge nach dem NKF-CIG.¹⁴ In Summe plant Siegen von 2021 bis 2025 mit außerordentlichen Erträgen von 41,8 Mio. Euro.

Die **Eigenkapitalausstattung** der Stadt Siegen ist unterdurchschnittlich und hat sich aufgrund der negativen Jahresabschlüsse seit 2015 um 15 Prozent verringert. Durch die in den Jahren 2020 und 2021 geplanten Fehlbeträge wird sich das Eigenkapital weiter verringern. Auch die ab 2025 bis zu 50 Jahre abzuschreibenden außerordentlichen Erträge werden die Jahresergebnisse und somit das Eigenkapital zusätzlich belasten.

Die einwohnerbezogenen **Schulden** der Stadt Siegen sind im interkommunalen Vergleich aller großen kreisangehörigen Kommune überdurchschnittlich. Geprägt sind sie von den Rückstellungen und Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung. Siegen hat die dritthöchsten Liquiditätskredite aller verglichenen Kommunen, dies birgt ein hohes Zinsänderungsrisiko. Einschließlich der Mehrheitsbeteiligungen zeigt der interkommunale Vergleich 2019 mit 4.718 Euro Gesamtverbindlichkeiten je Einwohner ebenfalls einen überdurchschnittlichen Wert.

Beim **Gebäudevermögen** ergeben sich im Rahmen einer rein bilanziellen Betrachtung bereits fortgeschrittene Abnutzungsgrade. Ausnahme bilden hier lediglich die Tageseinrichtungen für Kinder sowie die Feuerwehr-Gerätehäuser. Auch bei dem Verkehrsinfrastrukturvermögen ist der Bilanzwert deutlich gesunken. Die Stadt muss hier mittelfristig mit einem höheren Investitionsbedarf rechnen. Die Schuldenlast wird sich durch die Investitionsplanung perspektivisch stetig

¹⁴ Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen

verschlechtern. Bezüglich der Verschuldung ergibt sich ein erhöhter Handlungsbedarf. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollte die Stadt umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen.

1.1.2 Haushaltssteuerung

Der Stadt Siegen gelingt es, die wesentlichen Informationen zur **Steuerung ihrer Haushaltswirtschaft** bereitzustellen. Sie hält zwar die Fristen für die Anzeige der Haushaltssatzung und die Aufstellung der Jahresabschlüsse nicht ein, nähert sich diesen aber an. Controllingberichte informieren den Verwaltungsvorstand und den Rat über die aktuellen Entwicklungen. Dem Rat und der Verwaltung liegen alle wichtigen Information zur Haushaltssteuerung vor und sie können darauf basierend Entscheidungen treffen, wenn die Ziele der Haushaltswirtschaft gefährdet sind.

Die **Wirkung der Haushaltssteuerung** zeigt, dass vor allem konjunkturell stark abhängige Positionen wie die Gewerbesteuer und die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern maßgeblich für die Jahresergebnisse sind. Die Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Siegen zeigen Wirkung, werden aber nicht ausreichen. Allein durch direkt von der Stadt beeinflussbare Erträge und Aufwendungen können weitere Aufwandssteigerungen ab 2017 nicht mehr kompensiert werden. Eine zunehmende Belastung sind dabei die Fehlbeträge in den Bereichen Soziales sowie Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Eigene Anstrengungen sind daher erforderlich, um die in der mittelfristigen Haushaltsplanung angestrebten Haushaltsausgleiche zu realisieren. Die Stadt kann sich dabei nicht alleine auf die Entwicklung der Steuererträge und der Erträge aus dem kommunalen Finanzausgleich verlassen.

Die Stadt überträgt im interkommunalen Vergleich nicht ausgeschöpfte **Haushaltsermächtigungen** in deutlich höherem Umfang. Diese nimmt Siegen - mit Ausnahme 2015 - nicht in Anspruch, da bereits die Haushaltsansätze mehr als ausreichend geplant sind. Die gpaNRW sieht das kritisch. Siegen sollte in Zukunft mit investiven Ermächtigungsübertragungen zurückhalten, umgehen und nur Maßnahmen in den Haushaltsplan aufnehmen, die auch wirklich umgesetzt werden können. Der Rat der Stadt Siegen hat mit Wirkung 27. Juni 2013 die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer von Ermächtigungsübertragungen verbindlich festgelegt.

Die Akquise und Verwaltung von **Fördermitteln** erfolgt in Siegen durch die eigens eingerichtete Zentrale Zuschussstelle in der Kämmerei. Vorgaben und Ziele zur Rekrutierung von Fördermitteln hat die Stadt bisher nicht festgelegt. Das Fördermittelcontrolling mit entsprechendem Berichtswesen obliegt der Zentralen Zuschussstelle. Eine zentrale Datei wird bereits geführt. Zukünftig ist zudem eine zentrale Datenbank für einen schnellen und umfassenden Überblick über alle Förderprojekte geplant.

1.2 Inhalte, Ziele und Methodik

Im Prüfgebiet Finanzen beantwortet die gpaNRW folgende Fragen:

- Haushaltssituation: Inwieweit besteht ein Handlungsbedarf, die Haushaltssituation zu verbessern?
- Haushaltswirtschaftliche Steuerung:
 - Liegen der Kommune die wesentlichen Informationen zur Steuerung ihrer Haushaltswirtschaft vor?
 - Hat die Kommune ein adressatenorientiertes Finanzcontrolling?
 - Wie wirkt sich die haushaltswirtschaftliche Steuerung aus?
 - Wie geht die Kommune mit dem Instrument der Ermächtigungsübertragungen um?
 - Wie hat die Kommune als Zuwendungsnehmerin ihr Fördermittelmanagement organisiert?

Die gpaNRW analysiert hierzu die Haushaltspläne, Jahresabschlüsse und Gesamtabschlüsse. Zusätzlich bezieht sie die Berichte der örtlichen Prüfung der Jahresabschlüsse und Gesamtabschlüsse sowie verwaltungsinterne Dokumente ein.

Die Prüfung stützt sich auf Kennzahlen zur Bewertung der Haushaltswirtschaft, auch im Vergleich zu anderen Kommunen. In der Analyse und Bewertung berücksichtigt die gpaNRW die individuelle Situation der Kommune.

In der Anlage dieses Teilberichtes liefern zusätzliche Tabellen ergänzende Informationen. Diese zeigen neben der Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen das NKF-Kennzahlenset NRW, die Zusammensetzung und Entwicklung einzelner (Bilanz-)Posten und ergänzende Berechnungen.

1.3 Haushaltssituation

Die Haushaltssituation bestimmt den Handlungsspielraum der Kommune zur Gestaltung ihres Leistungsangebots. Sie zeigt, ob und in welcher Intensität ein Handlungsbedarf für die Kommune zu einer nachhaltig ausgerichteten Haushaltskonsolidierung besteht.

Die gpaNRW bewertet die Haushaltssituation nach rechtlichen und strukturellen Gesichtspunkten:

- Haushaltsstatus,
- Ist- und Plan-Daten zur Ergebnisrechnung,
- Eigenkapitalausstattung,
- Schulden- und Vermögenssituation.

Um den unterschiedlichen Ausgliederungsgraden Rechnung zu tragen, beziehen wir in den interkommunalen Vergleich die Schulden-, Finanz- und Ertragslage der verbundenen Unterneh-

men, Sondervermögen und Mehrheitsbeteiligungen ein. In den jeweiligen Kapiteln zur Haushaltssituation vergleicht die gpaNRW daher die Kennzahlen aus den Gesamtabschlüssen, sofern diese vorliegen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie führen im Jahr 2020 zu Mindererträgen, insbesondere bei der Gewerbesteuer und den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie zu Mehraufwendungen in verschiedenen Aufgabenbereichen. Diese Belastungen haben Bund und Land im Jahr 2020 zum Teil abgefedert, zum Beispiel durch Gewerbesteuerausgleichszahlungen. Zudem gibt es haushaltsrechtliche Regelungen des Landes zur Isolierung der Corona-bedingten Belastungen in der Ergebnisrechnung und in der Bilanz. Es ist noch unklar, inwieweit coronabedingte Effekte die kommunalen Haushalte in den kommenden Jahren belasten werden. Die gpaNRW geht in den betreffenden Kapiteln auf die Auswirkungen der Pandemie auf den Haushalt der **Stadt Siegen** ein.

Die gpaNRW hat die Haushaltssituation auf folgenden Grundlagen analysiert:

Haushaltspläne, Jahresabschlüsse und Gesamtabschlüsse Siegen 2015 bis 2022

Haushaltsjahr	Haushaltsplan (HPI)	Jahresabschluss (JA)	Gesamtabschluss (GA)	In dieser Prüfung berücksichtigt
2015	bekannt gemacht	festgestellt	bestätigt	HPI / JA / GA
2016	bekannt gemacht	festgestellt	aufgestellt	HPI / JA / GA
2017	bekannt gemacht	festgestellt	aufgestellt	HPI / JA / GA
2018	bekannt gemacht	festgestellt	bestätigt	HPI / JA / GA
2019	bekannt gemacht	festgestellt	nicht erforderlich	HPI / JA
2020	bekannt gemacht		nicht erforderlich	HPI
2021	bekannt gemacht			HPI
2022	beschlossen (noch nicht bekannt gemacht)			HPI

Die im Haushalt 2022 enthaltene mittelfristige Ergebnisplanung bis einschließlich 2025 hat die gpaNRW ebenfalls berücksichtigt.

Das Vergleichsjahr der letzten überörtlichen Prüfung durch die gpaNRW war 2014. Diese Prüfung beginnt daher mit dem Jahr 2015.

Seit dem 01. Januar 2019 ist eine Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses in dem neu in die Gemeindeordnung NRW eingefügten § 116a geregelt. Bei Vorliegen der dort genannten Voraussetzungen ist eine Gemeinde von der Pflicht, einen Gesamtabschluss und einen Gesamtlagebericht aufzustellen, befreit. Sollte die Gemeinde von dieser Befreiungsmöglichkeit Gebrauch machen wollen, hat der Rat über das Vorliegen der Voraussetzungen für jedes Haushaltsjahr zu entscheiden. Die Stadt Siegen macht von der größenabhängigen Befreiung gemäß § 116a GO NRW Gebrauch und stellt ab 2019 keinen Gesamtabschluss mehr auf.

1.3.1 Haushaltsstatus

- Die Stadt Siegen unterliegt bereits zu Zeiten der Kameralistik aufsichtsrechtlichen Restriktionen. Die kommunale Selbstverwaltung wird durch das Haushaltssicherungskonzept eingeschränkt.

Der Haushaltsstatus soll nicht die Handlungsfähigkeit einer Kommune einschränken. Dies wäre der Fall, wenn eine Kommune aufsichtsrechtlichen Maßnahmen unterworfen ist. Hierzu zählt die Genehmigung eines Haushaltssanierungsplanes oder Haushaltssicherungskonzeptes sowie einer geplanten Verringerung der allgemeinen Rücklage. Damit aufsichtsrechtliche Maßnahmen nicht erforderlich werden oder beendet werden können, bedarf es rechtlich ausgeglichener Haushalte nach § 75 Abs. 2 GO NRW.

Haushaltsstatus Siegen 2015 bis 2022

Haushaltsstatus	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgeglichener Haushalt								
Fiktiv ausgeglichener Haushalt								
Genehmigungspflichtige Verringerung der allgemeinen Rücklage								
Haushaltssicherungskonzept genehmigt	X	X	X	X	X	X	X	X

Die Stadt Siegen unterliegt seit 2009 der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) nach § 76 GO NRW. Nach dem HSK ist der Haushaltsausgleich im Jahr 2022 wiederherzustellen. Dies gelingt Siegen nur mit Hilfe der Einrechnung eines außerordentlichen Ertrags gemäß NKF-CIG¹⁵. Allerdings endet die Verpflichtung zur Aufstellung des HSK erst dann, wenn auch im Jahresabschluss 2022 ein originärer Haushaltsausgleich erreicht wird. Der Haushaltsplan 2022 ist mit Verfügung vom 03. Juni 2022 durch die Kommunalaufsicht genehmigt.

Jahresergebnisse und Rücklagen Siegen 2015 bis 2019 (IST)

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019
Jahresergebnis in Mio. Euro	-30,49	-13,81	-6,82	-6,82	-1,22
Ausgleichsrücklage in Mio. Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Allgemeine Rücklage in Mio. Euro	208	191	185	178	180
Veränderung der allgemeinen Rücklage durch das Jahresergebnis in Mio. Euro	-30,49	-13,81	-6,82	-6,82	-1,22
Veränderung der allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO NRW bzw. § 39 Abs. 3 KomHVO NRW (Verrechnungssaldo) in Mio. Euro*	-5,54	-3,27	1,48	0,02	3,14

¹⁵ Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nord-rhein-Westfalen

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019
Sonstige Veränderung der allgemeinen Rücklage in Mio. Euro	0,02	0,07	-0,22	0,07	0
Fehlbetragsquote in Prozent	12,5	6,6	3,6	3,7	0,7

* Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen aus Anlagenabgängen, Wertveränderung von Finanzanlagen, Aktivierung und Ausbuchung von Anlagevermögen und Korrekturbuchungen

Die gpaNRW nimmt den Beschluss über die Verwendung der Jahresergebnisse vorweg und verrechnet die Jahresergebnisse direkt mit der Ausgleichsrücklage bzw. der allgemeinen Rücklage. Bei der Höhe der allgemeinen Rücklage werden neben den Jahresergebnissen die ergebnisneutralen Änderungen berücksichtigt.

Jahresergebnisse und Rücklagen Siegen in Mio. Euro 2020 bis 2025 (PLAN)

Kennzahlen	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Jahresergebnis in Mio. Euro*	-6,81	-3,89	0,34	1,94	2,51	3,25
Ausgleichsrücklage in Mio. Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,90	4,15
Allgemeine Rücklage in Mio. Euro	174	170	170	172	174	174
Veränderung der Ausgleichsrücklage durch das Jahresergebnis in Mio. Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,90	3,25
Sonstige Veränderung der Ausgleichsrücklage in Mio. Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderung der allgemeinen Rücklage gem. § 43 Abs. 3 GemHVO NRW bzw. § 39 Abs. 3 KomHVO NRW (Verrechnungssaldo) in Mio. Euro	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderung der allgemeinen Rücklage durch das Jahresergebnis in Mio. Euro	-6,81	-3,89	0,34	1,94	1,61	0,00
Verringerung der allgemeinen Rücklage des Vorjahres durch das Jahresergebnis in Prozent	3,8	2,2	positive Ergebnisse			
Fehlbetragsquote in Prozent	3,8	2,2	keine Verringerung			

*Die gpaNRW nimmt den Verwendungsbeschluss vorweg und ordnet die Jahresergebnisse direkt der Ausgleichsrücklage bzw. der allgemeinen Rücklage zu

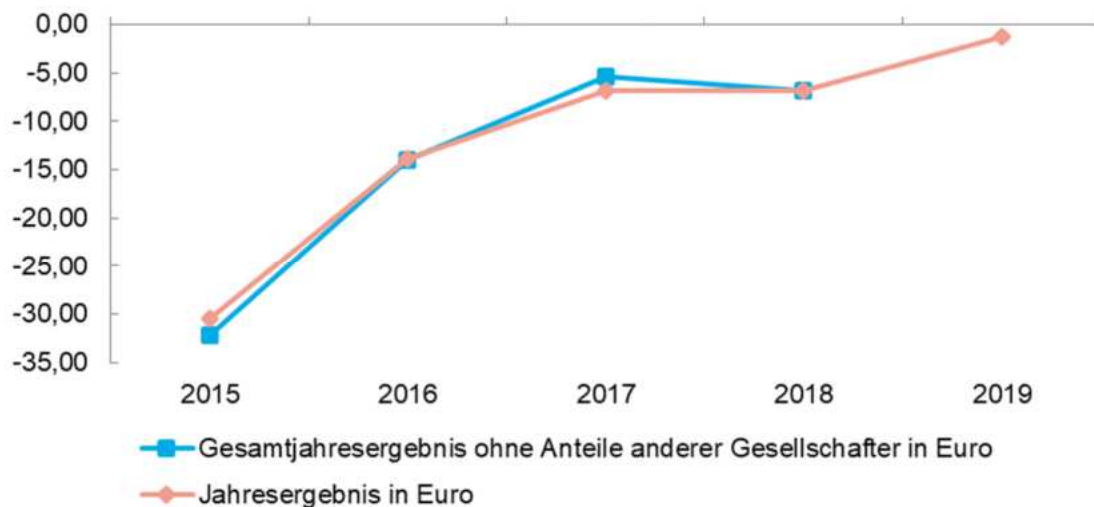
Zum 01. Januar 2019 sind Änderungen der GO NRW in Kraft getreten. Diese haben auch Auswirkungen auf die Regelungen bezüglich der Zuführung von Jahresüberschüssen zu den Rücklagen. Ab 2019 können die Jahresüberschüsse komplett der Ausgleichsrücklage zugeführt werden, soweit die allgemeine Rücklage einen Bestand in Höhe von mindestens drei Prozent der Bilanzsumme des Jahresabschlusses der Gemeinde aufweist. Darüber hinaus ist ein Jahresüberschuss zunächst der allgemeinen Rücklage zuzuführen, soweit in den Jahresabschlüssen der letzten drei vorhergehenden Haushaltsjahre aufgrund entstandener Fehlbeträge der Ergebnisrechnung die allgemeine Rücklage reduziert wurde. Die gpaNRW hat diese Regelung in der vorstehenden Tabelle berücksichtigt.

1.3.2 Ist-Ergebnisse

- Die Jahresabschlüsse sind durchweg negativ, zeigen aber eine positive Entwicklung. Die Stadt Siegen profitiert hierbei wie die meisten Kommunen von der Gewerbesteuer und den Gemeindeanteilen an den Gemeinschaftssteuern. Nach dem Jahresabschluss 2019 ist der Haushalt strukturell defizitär.

Der Haushalt muss gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn die Erträge die Aufwendungen decken. Das Jahresergebnis sollte positiv sein.

Jahres- und Gesamtjahresergebnisse Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2019



Die Stadt Siegen hat Gesamtabrechnungen bis 2018 auf- und festgestellt. Ab 2019 liegt die Befreiung zur Aufstellung des Gesamtabrechnungen gemäß § 116a GO NRW vor. Zum Vollkonsolidierungskreis gehören die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH, die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH, die ESi GmbH und der Eigenbetrieb Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen.

Die gpaNRW hat im Teilbericht „Finanzen“ die Gesamtabrechnungen zur Bildung von Kennzahlen auf Konzernebene berücksichtigt, jedoch keine Analyse der Beteiligungsstruktur vorgenommen. Weitere Informationen und Analysen zum Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen und deren Auswirkung auf den Kernhaushalt sind im Teilbericht „Beteiligungen“ zu finden.

Die Resultate der vorliegenden Gesamtergebnisrechnungen bewegen sich in etwa auf dem Niveau der Jahresergebnisse des Kernhaushaltes. Das lässt den Schluss zu, dass die Ertragskraft der verselbstständigten Aufgabenbereiche insgesamt betrachtet bislang weder erkennbar positiv noch negativ das Gesamtergebnis beeinflusst hat.

Im Eckjahresvergleich 2015 bis 2019 verläuft das Jahresergebnis der Stadt Siegen kontinuierlich steigend, aber immer noch negativ. 2015 betrug das Jahresdefizit noch rund 30 Mio. Euro, 2019 nur noch eine Mio. Euro, das ist eine Verbesserung von 29 Mio. Euro. Im diesem Zeitraum sind die Erträge um knapp 65 Mio. Euro gestiegen. Maßgeblich beeinflusst werden die Jahresergebnisse von der guten Konjunkturlage, insbesondere den jährlich steigenden Gewerbesteuern und den Gemeindeanteilen an Gemeinschaftssteuern. Neben vielen anderen Positionen ist

- die Gewerbesteuer um 9,2 Mio. Euro auf 60 Mio. Euro,
- der Gemeindeanteil an Gemeinschaftssteuern um 13,2 Mio. Euro auf 61 Mio. Euro und
- Schlüsselzuweisungen um 23,5 Mio. Euro auf 61,5 Mio. Euro gestiegen.

Trotz der deutlich besseren Erträge kann die Stadt Siegen die steigenden Aufwendungen im Bereich

- Personalaufwendungen plus elf Mio. Euro,
- Versorgungsaufwendungen plus 2,2 Mio. Euro,
- Transferaufwendungen plus 24,9 Mio. Euro, davon alleine für die Kreisumlage plus zehn Mio. Euro

nicht kompensieren.

Jahresergebnis je Einwohner in Euro 2019



In den interkommunalen Vergleich sind 29 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Bei den Jahresergebnissen je Einwohner aller geprüften Jahre positioniert sich die Stadt Siegen oberhalb des Minimums. Siegen hat im interkommunalen Vergleich damit schlechtere Ergebnisse als 75 Prozent aller großen kreisangehörigen Kommunen.

Die Jahresergebnisse geben nur bedingt einen Hinweis auf die strukturelle Haushaltssituation. Sie werden oft durch die schwankenden Erträge und Aufwendungen der Gewerbesteuer, der

allgemeinen Kreisumlage und des Finanzausgleichs beeinflusst. Zudem können Sondereffekte die strukturelle Haushaltsituation überlagern.

Aus diesem Grund hat die gpaNRW in einer Modellrechnung Folgendes betrachtet: Wie wäre das Jahresergebnis 2019, wenn Schwankungen nivelliert und Sondereffekte bereinigt wären? Anstelle der tatsächlichen Erträge und Aufwendungen der Gewerbesteuer, der allgemeinen Kreisumlage und des Finanzausgleichs hat die gpaNRW Durchschnittswerte der Jahre 2015 bis 2019 eingerechnet. Hierbei haben wir auch die Gewerbesteuerausgleichszahlung des Jahres 2020 in die Durchschnittswertberechnung einbezogen. Zudem haben wir Sondereffekte bereinigt, die das Jahresergebnis 2019 wesentlich beeinflusst haben.

Folgende Sondereffekte haben wir 2019 bereinigt:

- Erträge aus Auflösung von Pensionsrückstellungen,
- Aufwendungen für Zuführung zu Pensionsrückstellungen,
- Zuführungen zu Beihilferückstellungen und
- Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen

Das Ergebnis dieser Modellrechnung bezeichnet die gpaNRW als **strukturelles Ergebnis**.

Die Berechnungsgrundlagen stehen in der Anlage 3 dieses Teilberichtes.

Modellrechnung „strukturelles Ergebnis in Mio. Euro 2019“

Siegen	
Jahresergebnis	-1,22
Bereinigungen Gewerbesteuer, Kreisumlage und Finanzausgleich	-116
Bereinigungen Sondereffekte	4,43
= bereinigtes Jahresergebnis	-112
Hinzurechnungen (Durchschnittswerte Gewerbesteuer, Kreisumlage und Finanzausgleich)	94,94
= strukturelles Ergebnis	-17,42

Das strukturelle Ergebnis liegt rund 16 Mio. Euro unter dem festgestellten Ergebnis. Ursächlich hierfür sind vor allem die Schlüsselzuweisungen, der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern und die Gewerbesteuer. Die tatsächlich in 2019 geflossenen Mittel liegen deutlich über dem ermittelten Durchschnittsbetrag:

- Schlüsselzuweisungen sind um 12,3 Mio. Euro höher als der Durchschnittswert,
- Gemeindeanteil an der Gemeinschaftssteuer sind um sieben Mio. Euro höher und
- Gewerbesteuer um 5,5 Mio. Euro höher.

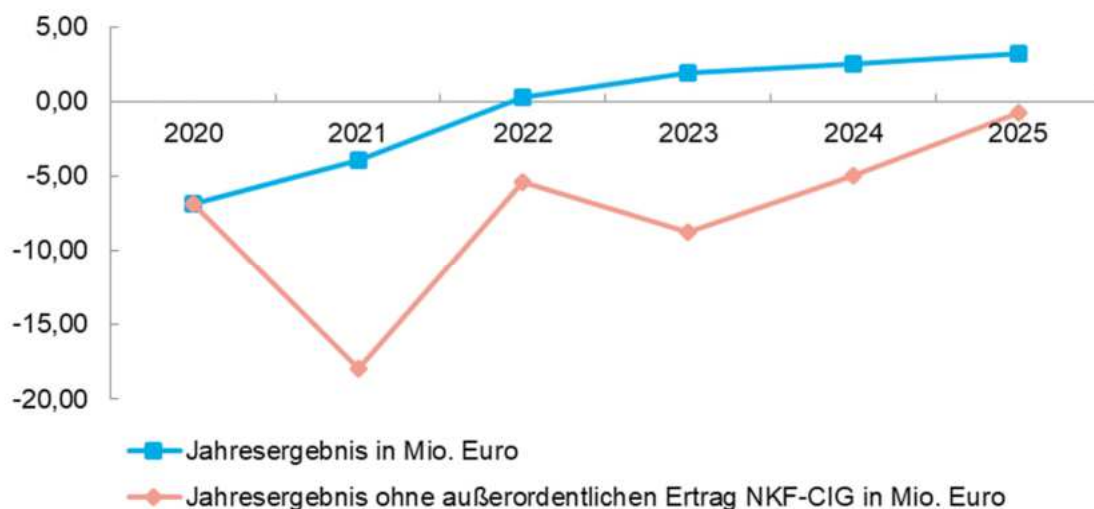
Gleichzeitig ist die allgemeine Kreisumlage mit 65 Mio. Euro um 4,6 Euro höher als der Durchschnittswert von 60,4 Mio. Euro.

1.3.3 Plan-Ergebnisse

- ➔ Nach Defiziten in den Jahren 2020 und 2021 geht die Stadt Siegen in der mittelfristigen Planung von durchweg positiven Ergebnissen aus. Diese werden aber nur durch die Isolierung der Corona-bedingten Schäden und den Ausgleich durch außerordentliche Erträge erreicht. Die mittelfristige Finanzplanung ist nachvollziehbar. Ein zusätzliches haushaltswirtschaftliches Risiko sieht die gpaNRW bei den Personalaufwendungen.

Eine Kommune ist gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW verpflichtet, dauerhaft einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Nur dann kann sie eigene Handlungsspielräume wahren oder wiedererlangen. Ist ein Haushalt defizitär, muss eine Kommune geeignete Maßnahmen für den Haushaltsausgleich finden und umsetzen.

Jahresergebnisse Siegen in Mio. Euro 2020 bis 2025



Die **Stadt Siegen** plant nach dem aktuellen Haushaltsplan 2022 für 2025 einen Überschuss von 3,2 Mio. Euro.

Siegen hat bei der Aufstellung der Haushaltssatzungen 2021 und 2022 jeweils die Summe der auf das Haushaltsjahr entfallenden Haushaltsbelastungen durch Mindererträge bzw. Mehraufwendungen infolge der COVID-19 Pandemie prognostiziert. Diese sind als außerordentliche Erträge in die Ergebnisrechnung aufgenommen (§ 4 NKF-CIG). In Summe sind das rund 42 Mio. Euro, die die Jahresergebnisse verbessern.

Ohne die Berücksichtigung der Bilanzierungshilfe nach NKF-CIG fällt das Defizit beim Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit (roter Graph) in den Jahren 2021 bis 2025 deutlich höher aus.

Um haushaltswirtschaftliche Risiken und Chancen erkennen zu können, hat die gpaNRW zunächst das um Sondereffekte und Schwankungen bereinigte letzte Ist-Ergebnis mit dem Ergebnis des letzten Planjahres der mittelfristigen Finanzplanung verglichen und anschließend die Entwicklungen analysiert.

Vergleich Ist-Ergebnis 2019 und Plan-Ergebnis 2025 - wesentliche Veränderungen

Kennzahlen	2019 (Durchschnitt 2015 bis 2019)* in Mio. Euro	2025 in Mio. Euro	Differenz in Mio. Euro	Jährliche Änderung in Prozent
Erträge				
Gewerbesteuer	60,44 (54,89)	73,50	13,06 (21,60)	3,3 (5,1)
Gemeindeanteil an Gemeinschaftssteuer	61,23 (54,21)	72,20	10,97 (17,99)	2,8 (4,9)
Schlüsselzuweisungen	61,51 (49,23)	69,30	7,79 (20,07)	2,0 (5,9)
öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	25,89	28,49	2,60	1,6
Übrige Erträge	108	115	7,82	1,2
Aufwendungen				
Personalaufwendungen	77,88	83,60	5,71	1,2
Versorgungsaufwendungen	9,83	10,28	0,45	0,8
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41,15	47,81	6,66	2,5
Steuerbeteiligungen	8,02 (7,87)	5,20	-2,82 (-2,67)	-7,0 (-6,7)
Kreisumlage	65,10 (60,46)	77,00	11,90 (16,54)	2,8 (4,1)
übrige Aufwendungen	116	132	15,86	2,2

* Für schwankungsanfällige Positionen hat die gpaNRW im Klammerzusatz den Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2019 ergänzt.

Die gpaNRW unterscheidet allgemeine und zusätzliche haushaltswirtschaftliche Risiken und Chancen. Allgemeine haushaltswirtschaftliche Risiken und Chancen sind auf generelle Unsicherheiten bei Planwerten zurückzuführen. Zusätzliche haushaltswirtschaftliche Risiken entstehen durch fehlerhafte, nicht nachvollziehbare oder offensichtlich sehr optimistische Planungsdaten. Das ist der Fall, wenn sich die Planwerte nicht oder nur unzureichend auf Erfahrungswerte bzw. Ist-Daten, Umsetzungskonzepte sowie sonstige zurzeit objektiv absehbare Entwicklungen stützen.

In ihren Analysen konzentriert die gpaNRW sich vorrangig auf zusätzliche haushaltswirtschaftliche Risiken bzw. Chancen. Diese bezieht sie in die Bewertung der Plan-Ergebnisse ein.

Erträge:

Die Stadt Siegen plant deutliche Steigerungen bei der Gewerbesteuer, den Gemeindeanteilen an der Gemeinschaftssteuer sowie bei den Schlüsselzuweisungen ein. In Summe ergibt sich zwischen dem Ist-Ergebnis 2019 und dem Plan-Ergebnis 2025 eine Steigerung von rund 30 Mio. Euro. Prozentual steigen die einzelnen Positionen um zwei bis drei Prozent. Legt man den Durchschnittswert der letzten fünf Jahre zugrunde, sind die Steigerungen deutlich höher.

- Die Stadt Siegen hat die **Gewerbesteuer** unter Beachtung der örtlichen Begebenheiten und der Annahme einer weiteren Erholung in 2022 (lt. Orientierungsdaten des Landes NRW¹⁶) geplant. In der mittelfristigen Planung hat Siegen Steigerungen unterhalb der Orientierungsdaten angesetzt.
- Die Basis bei der Planung der **Gemeindeanteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer** bildet das tatsächliche Aufkommen 2021. Die weitere Veranschlagung erfolgt leicht unterhalb der Orientierungsdaten des Landes.
- Die Höhe der **Schlüsselzuweisungen** basiert auf der Modellrechnung zum GFG¹⁷ 2022. Beachtung für die weitere Planung findet auch die atypisch hohe Gewerbesteuerereinzahlung in 2021.
- Die geplante Steigerung bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** ergibt sich bei den Baugenehmigungsgebühren, den Beiträgen in Kindertageseinrichtungen sowie durch die Neukalkulation der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge im Bereich Straßen.

Bei den stichprobenartig geprüften geplanten Erträgen haben sich keine Hinweise auf zusätzliche haushaltswirtschaftliche Risiken ergeben.

Plan-Daten unterliegen naturgemäß allgemeinen haushaltswirtschaftlichen Risiken. Bei den Erträgen bestehen diese insbesondere durch Unsicherheiten in der weiteren konjunkturellen Entwicklung. Dies hat auch die Corona-Pandemie gezeigt. Verschärft wird die Risikoanfälligkeit der Plan-Daten durch die noch nicht abschätzbaren Auswirkungen des Ukraine-Krieges. Weitere allgemeine haushaltswirtschaftliche Risiken ergeben sich bei den Erträgen insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen. Die verteilbare Schlüsselmasse und die Entwicklung der fiktiven Hebesätze nach dem GFG sind ungewiss. Das Land hat die verteilbare Finanzausgleichsmasse zunächst mit Kreditmitteln gestützt. Außerdem bestehen Unsicherheiten bezüglich der geänderten Methodik der Ermittlung der fiktiven Hebesätze, von der die kreisangehörigen Kommunen gegenüber den kreisfreien Städten profitieren, da die kreisfreien Städte hiergegen geklagt haben.

¹⁶ Runderlass des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17. August 2021 Az. 304-46.05.01-264/21

¹⁷ Städte- und Gemeindebund NRW, Schnellbrief 431/2021, Arbeitskreisrechnung GFG 2022, GFG = Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzierungsgesetz - GFG)

Aufwendungen

- Die Stadt Siegen kalkuliert die **Personalaufwendungen** ausgehend von den erwarteten besetzten Stellen des Vorjahres. Anpassungen des Stellenplans wurden ebenso eingeplant wie Stufenaufstiege. Tarif- und Besoldungsanpassungen wurden, soweit diese bereits bekannt waren, ebenfalls in der Planung berücksichtigt. Die Planung sieht für 2022 eine Steigerung von rund 5,97 Prozent vor. Ursächlich sind die in den Personalaufwendungen beinhalteten Pensions- und Beihilferückstellungen. Ab 2023 plant Siegen mit einer jährlichen Steigerung von einem Prozent. Dies entspricht der in den Orientierungsdaten ausgewiesenen Steigerungsraten. Die Orientierungsdaten des Landes stellen lediglich eine Zielgröße dar, die nur mithilfe zusätzlicher Konsolidierungsmaßnahmen erreicht werden kann.
- Bei den **Versorgungsaufwendungen** erfolgt die Bewertung mit dem durch § 36 Abs. 1 GemHVO NRW (alte Fassung) vorgegebenen Rechnungszins von fünf Prozent auf Basis der Richttafeln von Klaus Heubeck in der jeweils gültigen Fassung. Für die Höhe der Versorgung werden die zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres maßgeblichen Werte gem. BesVersAnpG 2015/2016 NRW¹⁸ berücksichtigt.
- Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** enthalten sämtlich Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des städtischen Vermögens, Kosten für die Lehr- und Lernmittel sowie die Schülerbeförderung. Die Planung 2020 und 2021 geht, im Gegensatz zu 2022 bis 2025, von deutlich über den Orientierungsdaten des Landes liegenden Werten aus.
- Die Stadt Siegen hat bei den **Steuerbeteiligungen** die nach derzeitiger Rechtslage ab 2020 wegfallende Beteiligung „Fonds Deutscher Einheit“ entsprechend eingeplant. Bei der Gewerbesteuerumlage plant die Stadt Steigerungsraten entsprechend der geplanten Gewerbesteuer der Referenzperioden ein.
- Bei der **allgemeinen Kreisumlage** berücksichtigt die Stadt Siegen in ihrer Planung die Umlagegrundlagen und den Umlagesatz laut dem Eckdatenpapier des Haushaltsplanentwurfes des Kreises Siegen-Wittgenstein.

Auch bei den Aufwendungen bestehen allgemeine haushaltswirtschaftliche Risiken. Die Entwicklung der Kreisumlage ist aufgrund der individuellen Steuerkraft und der der anderen Kommunen im Kreisgebiet sowie der Entwicklung des Finanzbedarfs des Kreises schwer planbar. Die Entwicklung der Kreisumlage zeigt deutlich die finanzielle Belastung seitens des Kreises, so gehört Siegen bereits 2019 im interkommunalen Vergleich zu den Kommunen mit der höchsten Kreisumlage.

Allgemeine Kreisumlage Siegen in Mio. Euro 2019

Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
65,10	-38,09	38,80	48,99	62,57	93,20	29

¹⁸ Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für die Jahre 2019 und 2020 vom 5. September 2019

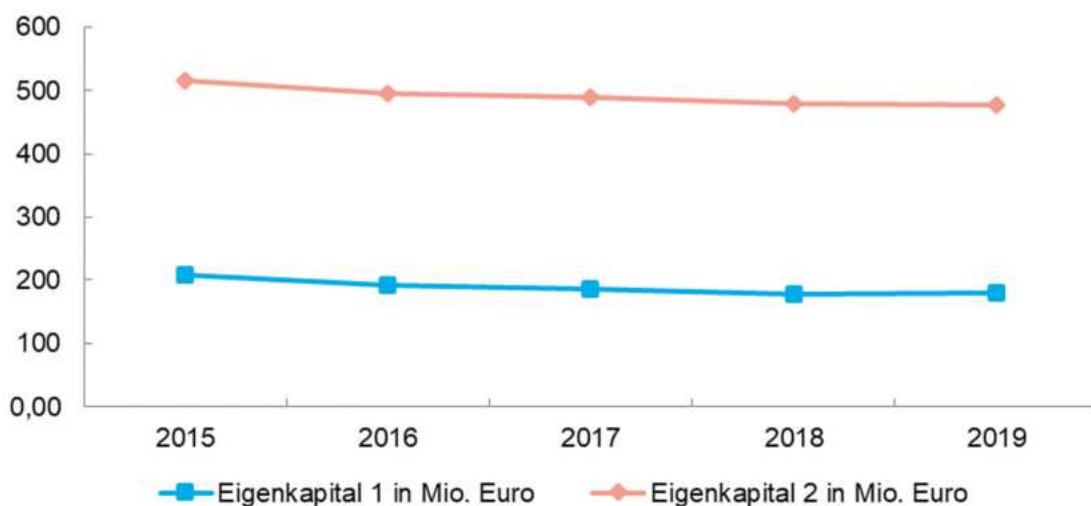
Ebenso haben Tarif- und Besoldungsanpassungen sowie Preissteigerungen in verschiedenen Bereichen unter Umständen große Auswirkungen auf den Haushalt. Auch hier sind die Auswirkungen des Ukraine-Krieges nicht bekannt. Ein zusätzliches Risiko besteht bei den Personalaufwendungen. Sollte es Siegen nicht gelingen durch personelle Veränderungen Einsparungen zu erzielen, werden die Steigerungen in der mittelfristigen Planung so nicht auskömmlich sein.

1.3.4 Eigenkapital

- Die defizitären Jahresergebnisse der Stadt Siegen haben das Eigenkapital deutlich verringert und stellen eine erhebliche Haushaltsbelastung dar. Auch die mittelfristige Planung geht von einem weiteren Eigenkapitalverzehr aus.

Eine Kommune sollte positives Eigenkapital haben und darf gemäß § 75 Abs. 7 GO NRW nicht überschuldet sein. Je mehr Eigenkapital sie hat, desto weiter ist sie von der gesetzlich verbotenen Überschuldung entfernt.

Eigenkapital Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2019



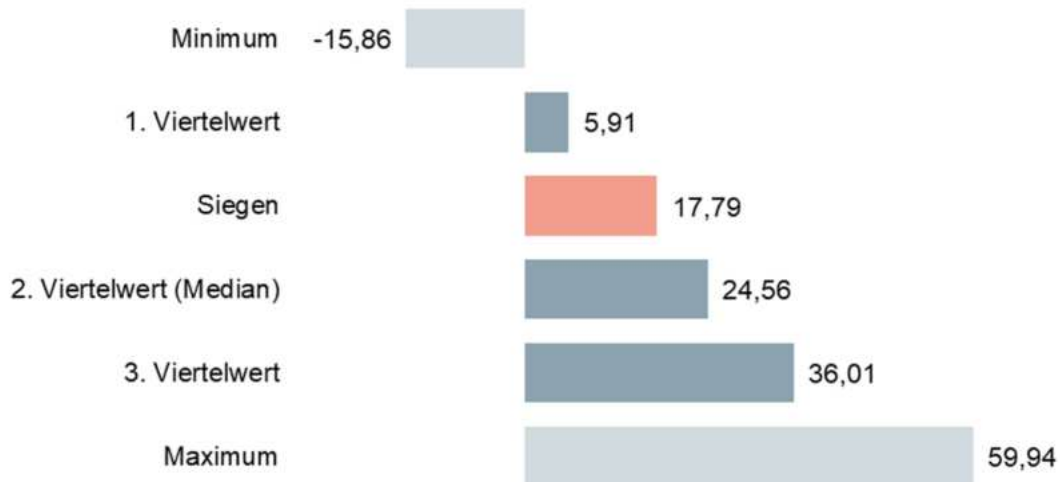
Die einzelnen Positionen des Eigenkapitals stehen in der Anlage 4 dieses Teilberichtes.

Das Eigenkapital 1 der Stadt Siegen ist seit 2015 um 27 Mio. Euro auf nunmehr 180 Mio. Euro gesunken. Ursächlich waren die durchgängig defizitären Jahresabschlüsse. Werden die Ergebnisse gemäß den Planungen der Jahre 2020 bis 2025 eintreten, wird sich das Eigenkapital um acht Mio. Euro verbessern.

Hinsichtlich der zukünftigen Eigenkapitalausstattung ist auf die haushaltsmäßige Isolierung der Corona-bedingten Belastungen zu verweisen. Der Ansatz als außerordentlichen Ertrag nach NKF-CIG vermindert die Plandefizite und stützt somit die allgemeine Rücklage. Diese Corona-bedingten Schäden werden im Jahresabschluss aktiviert und bilden einen Posten in der Bilanz. Allerdings ist gemäß § 6 NKF-CIG ab 2025 die gebildete Bilanzposition gegen das Eigenkapital auszubuchen oder bis zu 50 Jahren abzuschreiben. In Summe plant Siegen für 2021 bis 2025 mit einer Belastung von 41,8 Mio. Euro. Die Abschreibung der Bilanzierungshilfe 2021 bis 2025

wird den Haushalt der Stadt zukünftig zusätzlich jährlich mit 900.000¹⁹ Euro belasten. Eine nachhaltige Konsolidierung und die weiter konsequente Umsetzung der im HSK beschlossenen Maßnahmen ist daher unumgänglich.

Eigenkapitalquote 1 in Prozent 2019



In den interkommunalen Vergleich sind 31 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Im interkommunalen Vergleich positioniert sich die Stadt Siegen in allen Jahren nahe bzw. unterhalb des Median und hat somit eine schlechtere Eigenkapitalausstattung als 50 Prozent der Vergleichskommunen.

Bezieht man auch die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge in die Berechnung mit ein, bezeichnet man dies als Eigenkapital 2. Im Jahr 2019 beträgt die Eigenkapitalquote 2 47,16 Prozent. Im Vergleich mit anderen großen kreisangehörigen Kommunen kann sich Siegen in allen geprüften Jahren über dem Median positionieren.

Bei der Gesamtkapitalquote 1 weist Siegen ein ebenfalls nicht zufriedenstellendes Bild auf. In den Vergleichsjahren 2015 bis 2018 ist die Gesamteigenkapitalquote 1 bis auf 2015 interkommunal erkennbar niedrig.

¹⁹ Abschreibung = 41.848.000 Euro / 46,49 Jahre; Angabe des geplanten Abschreibungsbetrages in Ergebnisplanung der Stadt

Gesamteigenkapitalquote 1 Siegen

Jahr	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
2015	17,92	-17,95	-0,17	14,70	23,13	35,02	19
2016	16,67	-17,38	6,01	17,67	25,64	41,45	21
2017	16,46	-16,89	5,01	17,01	24,22	39,73	21
2018	15,99	-17,03	5,15	20,17	26,16	39,61	20

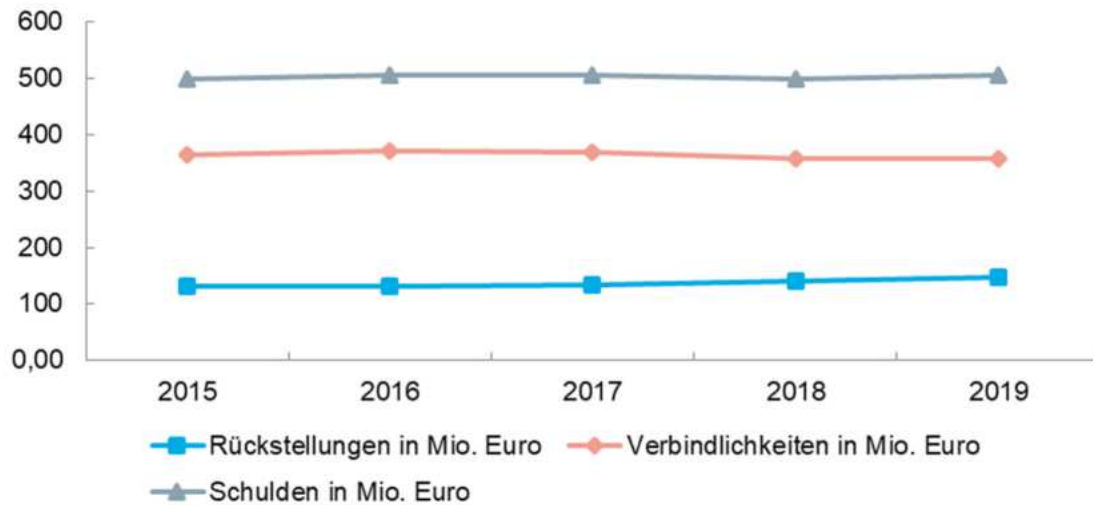
1.3.5 Schulden und Vermögen

- Die Verbindlichkeiten des Kernhaushalts sind im Eckjahresvergleich 2015 bis 2019 zwar gesunken. Die dauerhaft benötigten, hohen Liquiditätskredite sind allerdings ein Risiko für den Haushalt der Stadt. Siegen gehört zum Viertel der Vergleichskommunen mit überdurchschnittlicher Verschuldung.
- Die Stadt Siegen plant, mit Ausnahme des Jahres 2021, mit einem positiven Saldo aus Verwaltungstätigkeit. Die Selbstfinanzierungskraft wird aber nicht ausreichend um die geplanten Investitionen zu finanzieren.
- Die Altersstruktur des Gebäudevermögens zeigt ein tendenziell kritisches Bild. Viele Gebäude haben mehr als die Hälfte der angestrebten Nutzungsdauer überschritten. Dies deutet auf einen Reinvestitionsbedarf hin.

Schulden und hohe Reinvestitionsbedarfe begrenzen aktuelle und zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten und können dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit widersprechen. Je niedriger sie ausfallen, desto größer sind die Handlungsspielräume der Haushaltswirtschaft einer Kommune.

Zu den Schulden gehören die Verbindlichkeiten, die Rückstellungen und die Sonderposten für den Gebührenausschlag. Um den unterschiedlichen Ausgliederungsgraden Rechnung zu tragen, bezieht die gpaNRW die Schulden aus dem Gesamtabschluss ein.

Schulden Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2019

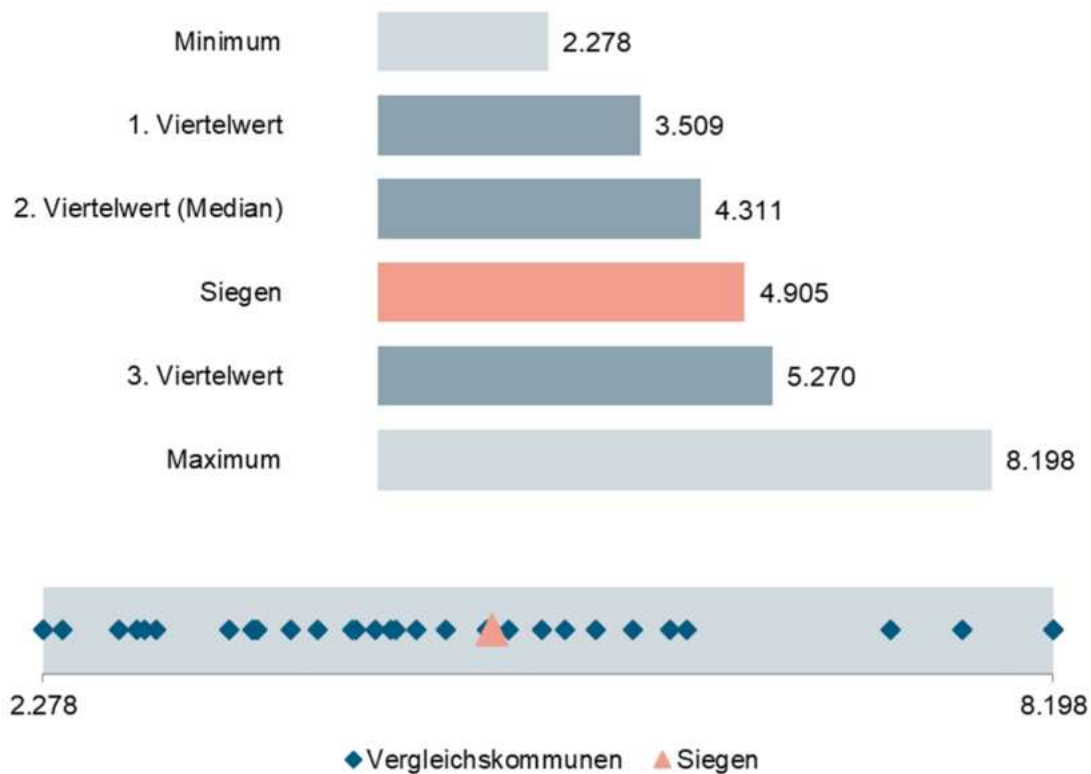


Die Schulden der **Stadt Siegen** sind geprägt von Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung und Rückstellungen. Positiv ist, dass die Liquiditätskredite im Eckjahresvergleich 2015 bis 2019 um rund sechs Mio. Euro gesenkt werden konnten. Auch bei den Verbindlichkeiten für Investitionen ist der gleiche Trend zu verfolgen. Zu beachten ist aber, dass die Höhe der Liquiditätskredite im interkommunalen Vergleich mit insgesamt 230 Mio. Euro zu den dritthöchsten gehört. Dies birgt bei Zinsänderungen ein hohes Risiko. Bereits bei einer Zinsänderung von 0,5 Prozent wird die Belastung um rund 1,15 Mio. Euro jährlich steigen.

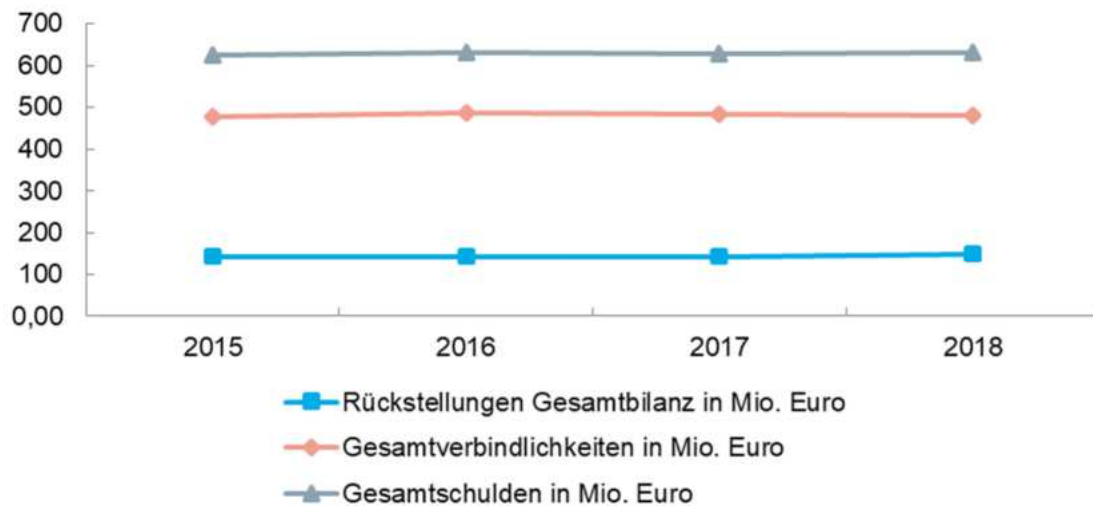
Die Sonderposten für den Gebührenausschlag sind seit 2015 kontinuierlich gesunken. In Summe macht das knapp zwei Mio. Euro. Allerdings führt der gleichzeitige Anstieg der Rückstellungen um 15,8 Mio. Euro (vgl. 1.3.5.3 Rückstellungen) und der Verbindlichkeiten aus Transferleistung in Höhe von 2,2 Mio. Euro in Summe zu einer Erhöhung der Schulden um 5,6 Mio. Euro. Mit 504 Mio. Euro hat Siegen deutlich mehr Schulden als 75 Prozent der Vergleichskommunen.

In den interkommunalen Vergleich sind 31 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

Schulden Siegen je Einwohner in Euro 2019



Gesamtschulden Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2018

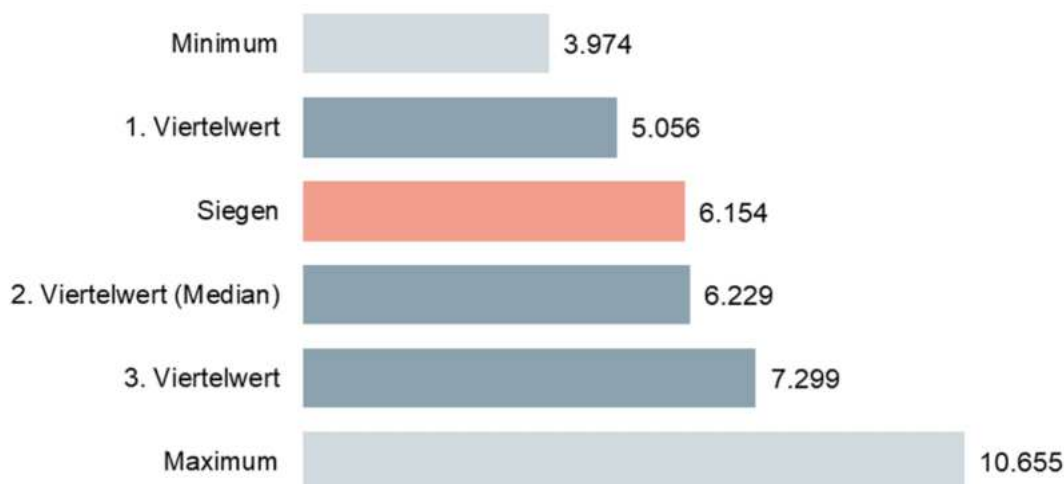


Da die Gesamtabschlüsse lediglich bis 2018 vorliegen, werden hier die Gesamtschulden des Konzerns für das Jahr 2018 dargestellt.

Die Gesamtschulden des Konzerns sind im Eckjahresvergleich 2015 bis 2018 um knapp vier Mio. Euro auf rund 630 Mio. Euro gestiegen. Ursächlich waren gleich mehrere Gründe, so sind

z. B. die Rückstellungen um fünf Mio. Euro angewachsen (vgl. 1.3.5.3 Rückstellungen). Gleichzeitig haben sich die Sonderposten für den Gebührenaussgleich um 1,8 Mio. Euro reduziert. Auch die Veränderungen bei den Verbindlichkeiten (vgl. 1.3.5.1 Verbindlichkeiten) und die dadurch bedingte geringfügige Steigerung um eine Mio. Euro haben dazu beigetragen, dass die Gesamtschulden nur marginal gestiegen sind.

Gesamtschulden je Einwohner in Euro 2018



In den interkommunalen Vergleich sind 20 Werte eingeflossen.

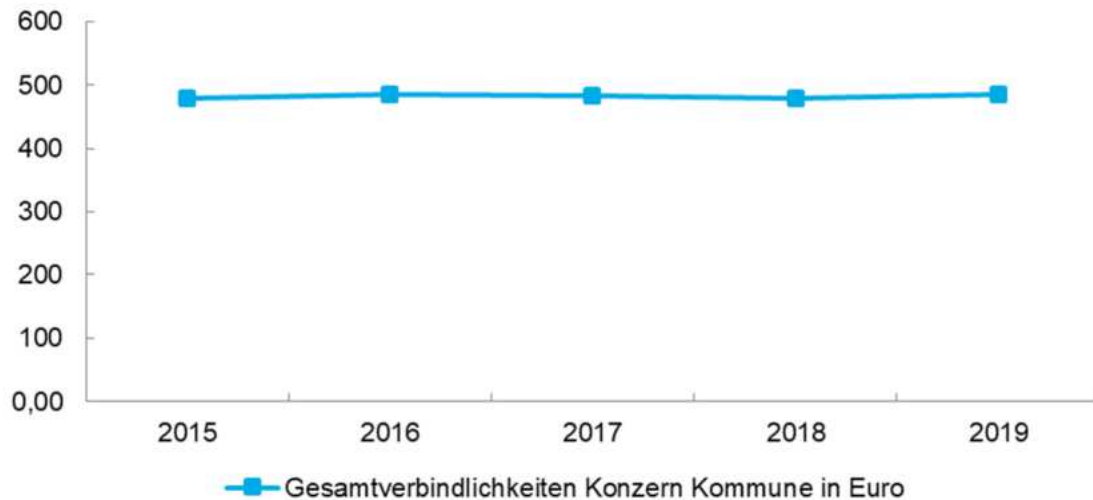


Die einwohnerbezogenen Gesamtschulden zeigen im Eckjahresvergleich eine leichte Verbesserung. Belaufen sie sich 2015 noch auf 6.237 Euro je Einwohner, konnten sie 2018 auf 6.154 Euro je Einwohner gesenkt werden. In allen Jahren hat Siegen im interkommunalen Vergleich eine weitgehend unauffällige Verschuldung im Bereich des Medians.

1.3.5.1 Verbindlichkeiten

Bei den Gesamtverbindlichkeiten 2015 bis 2018 hat die gpaNRW die Daten aus den Gesamtabschlüssen der **Stadt Siegen** verwendet. Für das Jahr 2019 hat die gpaNRW die Verbindlichkeiten des Kernhaushaltes mit denen der Mehrheitsbeteiligungen unter Berücksichtigung wesentlicher Verflechtungen saldiert. Die so ermittelten Verbindlichkeiten hat die gpaNRW mit den Gesamtverbindlichkeiten anderer Kommunen verglichen. Soweit von anderen Kommunen ebenfalls nur hilfsweise errechnete Verbindlichkeiten des Konzerns vorlagen, hat die gpaNRW diese Verbindlichkeiten in den Vergleich einbezogen.

Gesamtverbindlichkeiten Konzern Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2019



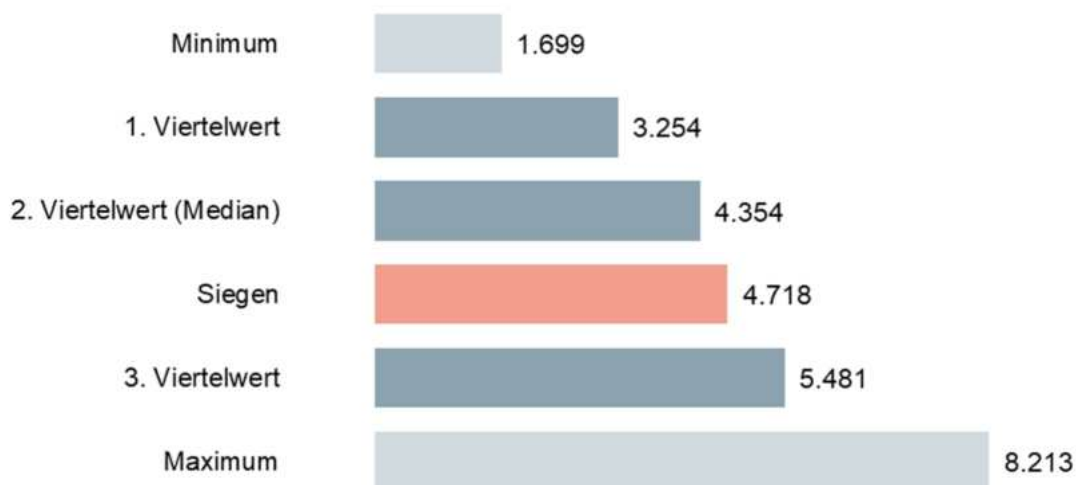
Die Gesamtverbindlichkeiten betragen zu Beginn des Betrachtungszeitraumes 479 Mio. Euro. Nach den bis 2018 vorliegenden Gesamtabschlüssen sind sie, nach Steigerungen in 2016 und 2017, mit 480 Mio. Euro nur geringfügig gestiegen.

Der Anteil des Kernhaushaltes an den Gesamtverbindlichkeiten für Investitionskredite liegt bei 41,6 Prozent. Dagegen sind 100 Prozent der Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung dem Kernhaushalt der Stadt Siegen zuzuordnen.

Die grundsätzliche Ermittlung der zwischen dem Kernhaushalt und den Mehrheitsbeteiligungen zu konsolidierenden Beträge hat für 2019 noch zu erfolgen. Im Betrachtungszeitraum betragen die durchschnittlichen jährlichen Konsolidierungsbeträge 13,4 Mio. Euro. Nach den vorläufigen, nicht abschließenden Daten dürften für Siegen die Gesamtverbindlichkeiten aus Konzernsicht für 2019 circa 485 Mio. Euro betragen. Damit würden sie leicht über dem Niveau der beiden Vorjahre liegen. Hauptursächlich sind steigende Verbindlichkeiten der Entsorgungsbetriebe der Stadt Siegen.

Die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten steht in den Anlagen 7 und 8 dieses Teilberichtes.

Gesamtverbindlichkeiten Konzern je Einwohner in Euro 2019



In den interkommunalen Vergleich sind 22 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Die Gesamtverbindlichkeiten Konzern je Einwohner bewegen sich in den Jahren 2015 bis 2019 zwischen 4.690 Euro und 4.753 Euro. Die Stadt Siegen weist in allen Jahren höhere einwohnerbezogene Gesamtverbindlichkeiten auf als 50 Prozent der Vergleichskommunen.

1.3.5.2 Salden der Finanzrechnung (künftiger Finanzierungsbedarf)

Salden der Finanzrechnung Siegen in Mio. Euro 2020 bis 2025

Kennzahlen	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	3,21	-6,56	3,76	5,48	8,97	14,04
+ Saldo aus Investitionstätigkeit	-20,80	-13,15	-21,96	-26,22	-28,85	-9,00
= Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	-17,59	-19,71	-18,20	-20,74	-19,88	5,04
+ Saldo aus Finanzierungstätigkeit	14,63	6,63	18,20	20,74	19,88	-5,04
= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	-2,96	-13,08	0,00	0,00	0,00	0,00

Die Stadt Siegen plant, mit Ausnahme des Jahres 2021, mit einem positiven Saldo aus Verwaltungstätigkeit. In Summe ergibt das einen Überschuss von rund 28,9 Mio. Euro. In Siegen fallen 2020 bis 2025 ordentliche Tilgungen von annähernd 38,2 Mio. Euro an. Der Saldo aus Verwaltungstätigkeit ist somit nicht auskömmlich, um alle Ausgaben zu decken.

Zur Finanzierung investiver Auszahlungen reicht die Selbstfinanzierungskraft nicht. Es ergibt sich bis 2024 ein Finanzmittelfehlbetrag. Die Stadt Siegen hat in den Jahren 2020 bis 2025 umfassende Investitionen in Höhe von 240,2 Mio. Euro geplant. Davon entfallen jährlich durchschnittlich 30,8 Mio. Euro auf Baumaßnahmen, wie Deckschichternewerungen Straßen, Zentralisierung der Bauhöfe, Neubau Ufermauern sowie Erweiterungsbauten Schulen.

Der geplante investive Mittelzufluß aus Zuwendungen, Beiträgen und Verkaufserlösen beläuft sich von 2020 bis 2025 auf 120, 2 Mio. Euro. Das Delta von 120 Mio. Euro ist der nicht refinanzierte Anteil der Investitionen, der zu steigenden Kreditaufnahmen führt. Die daraus resultierenden Zinsen werden zu steigenden Liquiditätskrediten führen. Inwieweit diese allerdings in Anspruch genommen werden, bleibt abzuwarten. Bereits in den vergangenen Jahren konnten geplante Investitionen nicht in dem erwarteten Umfang umgesetzt werden. Von 2015 bis 2019 beläuft sich der durchschnittliche Saldo aus Investitionstätigkeit auf rund 17 Mio. Euro. Die nicht genutzten Haushaltsmittel überträgt die Stadt regelmäßig als investive Auszahlungsermächtigung auf die Folgejahre. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Ausführungen im Kapitel „1.4.3 Ermächtigungsübertragungen“.

1.3.5.3 Rückstellungen

Die Rückstellungen haben mit 29 Prozent neben den Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten (46 Prozent) den größten Anteil an den Schulden. Im Betrachtungszeitraum seit 2015 sind sie um insgesamt 16 Mio. Euro gestiegen. Die erfolgten Zuführungen zu Pensionsrückstellungen belasten den Haushalt der Stadt Siegen deutlich. Mit Rückstellungen in Höhe von 146 Mio. Euro gehört die Stadt Siegen zu den Vergleichskommunen mit durchschnittlichen Rückstellungen. Die Rückstellungsquote²⁰ mit 14,37 Prozent bildet dagegen das Minimum ab.

Die Stadt Siegen hat für die zukünftigen Pensionslasten Rückstellungen gebildet. Die Pensionsrückstellungen werden bei entstehenden Pensionszahlungen hauptsächlich die Aufwandsseite über die Inanspruchnahme kompensieren. Die Zahlungsverpflichtungen werden die zukünftige Selbstfinanzierungskraft der Stadt belasten und gegebenenfalls Kreditmittel zur Finanzierung erfordern.

Instandhaltungsrückstellungen hat Siegen nur im geringen Umfang gebildet.

Unter den sonstigen Rückstellungen bildet die Stadt in erster Linie folgende Rückstellungen ab: für Unterhaltungsmaßnahmen Gebäude – Außenverpflichtungen - (2019 rund 3,4 Mio. Euro), Drohverlustrückstellungen Derivate (rund 1,9 Mio. Euro), Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und Inanspruchnahme Altersteilzeit sowie weitere geringere Rückstellungen, etwa für nicht in Anspruch genommen Überstunden, Dienstherrnwechsel und Treueprämie Freiwillige Feuerwehr.

1.3.5.4 Reinvestitionsbedarfe beim Gebäude- und Infrastrukturvermögen

Die Höhe der Verbindlichkeiten und des Vermögens stehen üblicherweise in Beziehung zueinander. Investitionsmaßnahmen werden in der Regel durch Kreditaufnahmen finanziert. Kom-

²⁰ (Rückstellungen/Gesamtkapital) * 100 Prozent

munen, die in der Vergangenheit viel investiert haben, haben dadurch tendenziell höhere Verbindlichkeiten gegenüber Kommunen, die vergleichsweise wenig investiert haben, aufgebaut. Nicht durchgeführte Investitionen können hingegen zu geringeren Verbindlichkeiten führen.

Ein schlechter Zustand des Anlagevermögens deutet auf einen Sanierungsbedarf und damit auf anstehende Investitionsmaßnahmen hin. Absehbare Reinvestitionen müssen finanziert werden. Je schlechter der Zustand des Anlagevermögens ist, umso höher ist das Risiko zukünftiger Haushaltsbelastungen.

Als Indikator für den Zustand des Anlagevermögens zieht die gpaNRW die Altersstruktur heran. Die Altersstruktur schätzt die gpaNRW anhand der Kennzahl Anlagenabnutzungsgrad ein. Den Anlagenabnutzungsgrad errechnen wir aus Daten der Anlagenbuchhaltung. Dazu setzt die gpaNRW die Restnutzungsdauer der einzelnen Anlagegüter ins Verhältnis zur Gesamtnutzungsdauer. Hieraus ergibt sich, zu welchem Anteil die Vermögensgegenstände bereits abgenutzt sind.

Sofern uns genauere Informationen über den Zustand des Vermögens zur Verfügung stehen, zieht die gpaNRW diese heran. So haben wir Informationen zur Altersstruktur und zum Zustand des Straßenvermögens aus der Prüfung der Verkehrsflächen übernommen.

Das Kanalvermögen ist in Siegen in den Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen (ESi) ausgegliedert. Eine Betrachtung dieser Vermögensgegenstände erfolgt daher nicht.

Anlagenabnutzungsgrade in Prozent 2019

Vermögensgegenstand	GND* nach Anlage 16 von bis		GND Kommune	./ RND Kommune 31.12.2019	Anlagenabnutzungsgrad
Wohnbauten	50	80	80	26	67
Verwaltungsgebäude	40	80	80	27	66
Gemeindehäuser, Bürgerhäuser, Saalbauten	40	80	80	30	63
Feuerwehrgerätehäuser	40	80	80	39	51
Schulen - keine Differenzierung in Schulformen	40	80	80	37	53
Schulsporthallen	40	60	80	37	53
Tageseinrichtungen für Kinder	40	80	80	50	38
Sporthallen	40	60	80	15	81
Hallenbäder	40	70	60	19	68
Straßen und Wirtschaftswege	30	60	50	24	51

*GND=Gesamtnutzungsdauer, RND=Restnutzungsdauer

Grundsätzlich hat sich die Stadt Siegen eher an den längeren Gesamtnutzungsdauern der Rahmentabelle orientiert. Buchhalterisch belasten lange Gesamtnutzungsdauern aufgrund geringerer Abschreibungen die Ergebnisrechnung weniger. Allerdings trägt die Stadt Siegen gegenüber kurzen Nutzungsdauern ein entsprechend höheres Risiko außerplanmäßiger Abschreibungen.

Die gpaNRW nimmt lediglich eine bilanzielle Betrachtung vor. Somit kann der tatsächliche Zustand der Vermögensgegenstände vom errechneten Anlagenabnutzungsgrad abweichen. Jedoch ist ein hoher Anlagenabnutzungsgrad ein Indiz, dass der Vermögensgegenstand ein Risiko beinhaltet. Für die Ermittlung des Anlageabnutzungsgrades arbeiten wir mit Durchschnittswerten. Siegen hat bei den einzelnen Gebäuden unterschiedliche Nutzungsdauern angegeben. Bei einem Anlagenabnutzungsgrad von bis zu 50 Prozent geht die gpaNRW von einer ausgewogenen Altersstruktur der Vermögensgegenstände aus. Der durchschnittliche Anlagenabnutzungsgrad der Gebäude indiziert einen Reinvestitionsbedarf. Mit Ausnahme der Tageseinrichtungen für Kinder ist er überdurchschnittlich.

Die Investitionsquote stellt das Verhältnis von bilanziellen Abschreibungen und Vermögensabgängen einerseits zu den Investitionen andererseits dar. Den Abschreibungen sollten grundsätzlich, soweit das Vermögen zukünftig benötigt wird, Investitionen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Die Stadt unterliegt als HSK-Kommune finanziellen Einschränkungen. Aus diesem Grund sind Investitionen in den letzten Jahren nur im geringen Umfang erfolgt. Dies spiegelt auch die Investitionsquote wieder, sie schwankt zwischen 50 und 92 Prozent, im Durchschnitt liegt sie bei 63 Prozent. Lediglich im Jahr 2019 erreichte Siegen eine Investitionsquote von 92 Prozent. Eine dauerhaft unter 100 Prozent liegende Investitionsquote führt zum Substanzverlust des Anlagevermögens. Die Quote ist zudem abhängig von bewilligten Fördermitteln durch das Land und der Realisierung der geförderten Projekte und Maßnahmen. Die Stadt Siegen profitiert vom Kommunalinvestitionsförderungsgesetz I und II (KIn-vFöG) und kann dadurch mit geringen Eigenmitteln modernisieren. Gleichzeitig bedient sich Siegen verschiedener Förderprogramme, wie z. B.:

- Gute Schule 2020,
- DigitalPakt NRW.

Allein 2022 sind Investitionsmaßnahmen von rund 46,7 Mio. Euro im städtischen Haushalt geplant. Neben vielen kleineren Investitionen sind dies:

- Erweiterung Jung-Stilling-Schule und Albert-Schweitzer-Schule,
- Kreisverkehr Schleifmühlen,
- Maßnahmen Digitalpakt Gymnasium und Gesamtschulen sowie
- Erweiterung und Sanierung Hallenbad Weidenau.

Die Investitionen werden nicht nur die Kreditverbindlichkeiten erhöhen (vgl. 1.3.5.1 Verbindlichkeiten), sie werden auch die künftigen Haushalte mit höheren Abschreibungen belasten.

Der Bilanzwert der Position „Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen“ hat sich seit 2015 um rund 13,4 Mio. Euro (ca. sechs Prozent) verringert. Die Investitionen (Investitionsquote 2019 von 47 Prozent) waren in diesem Bereich nicht auskömmlich, um einen

Werteverzehr zu verhindern. Im „Teilbericht –Verkehrsflächen“ analysiert die gpaNRW detailliert die Strategie zur Erhaltung des Straßenvermögens.

1.4 Haushaltssteuerung

Im folgenden Abschnitt stellt die gpaNRW fest, ob der **Stadt Siegen** die wesentlichen Informationen zur Steuerung ihrer Haushaltswirtschaft vorliegen. Zudem analysiert die gpaNRW, wie sich die haushaltswirtschaftliche Steuerung der Verwaltung auswirkt. Des Weiteren betrachtet sie, wie die Kommune mit dem Instrument der Ermächtigungsübertragungen und mit Fördermitteln umgeht.

1.4.1 Informationen zur Haushaltssituation

→ Feststellung

Die gesetzlichen vorgesehenen Fristen aus der GO NRW, zur Feststellung der Haushalte und der Jahresabschlüsse, hält die Stadt Siegen nicht ein. Dennoch liegen der Stadt die wesentlichen Informationen zur Haushaltssituation vor.

Eine Kommune sollte stets über aktuelle Informationen zur Haushaltssituation verfügen. Die gpaNRW hält es daher für wichtig, dass Kommunen die Fristen für die Anzeige der Haushaltssatzung nach § 80 Abs. 5 S. 2 GO NRW sowie für die Aufstellung und Feststellung der Jahresabschlüsse (§ 95 Abs. 5 S. 2 GO NRW, § 96 Abs. 1 GO NRW) einhalten.

Unabhängig hiervon sollten die Führungskräfte einer Kommune für ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche über den Stand der Haushaltsbewirtschaftung informiert sein. Darauf aufbauend sollten die Organisationseinheiten der Bürgermeisterin bzw. dem Bürgermeister und der Kämmerin bzw. dem Kämmerer über den jeweiligen Teilplan berichten. Zudem sollten sie über die voraussichtliche Entwicklung bis zum Ende des Haushaltsjahres informiert sein.

Darüber hinaus sollte eine Bürgermeisterin bzw. ein Bürgermeister sowie eine Kämmerin bzw. ein Kämmerer den Verwaltungsvorstand und die politischen Entscheidungsträger über den Stand der Haushaltsbewirtschaftung und über die voraussichtliche Entwicklung bis zum Ende des Haushaltsjahres informieren. Die Entscheidungsträger müssen in der Lage sein, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, wenn Ziele der Haushaltsplanung gefährdet sind.

Die Stadt Siegen hält die gesetzlichen Fristen zur Anzeige der beschlossenen Haushaltssatzungen nicht ein. Diese fällt auf den 01. Dezember des Vorjahres (§ 80 Abs. 5 GO NRW). Der Rat beschließt die Haushaltssatzung seit 2015 zwischen Dezember und Februar und zeigt sie dann im 1. Vierteljahr des Folgejahres bei der Kommunalaufsicht an. Bis zur anschließenden Bekanntmachung der Haushaltssatzung befindet sich die Stadt in der vorläufigen Haushaltsführung und unterliegt damit den entsprechenden gesetzlichen Beschränkungen.

Die Haushaltssatzung 2021 ist am 01. Februar 2021 dem Rat zugeleitet worden. Die Verzögerungen hängen mit den noch unsicheren finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie zusammen. Der Gesetzgeber gewährt den Kommunen deshalb gemäß § 4 Abs. 6 NKF-CIG NRW für 2021 eine verlängerte Anzeigefrist bis 01. März 2021. Die Haushaltssatzung 2022

ist am 06. April 2022 im Rat der Stadt Siegen beschlossen worden und wurde der Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 26. April 2021 zur Genehmigung vorgelegt. Genehmigt mit Verfügung vom 03. Juni 2022.

Der vom Bürgermeister bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses ist gemäß § 95 Abs. 3 Satz 2 GO NRW bis zum 31. März des auf das Haushaltsjahr folgende Jahr dem Rat zuzuleiten. Diese Frist konnte Siegen bis jetzt noch nicht einhalten. Auch die Feststellung durch den Rat (31. Dezember) erfolgte erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt. So ist der Jahresabschluss 2018 am 03. März 2021 dem Rat vorgelegt worden. Ziel der Stadt Siegen ist es, die Jahresabschlüsse 2020 und 2021 noch in 2022 fertigzustellen.

→ **Empfehlung**

Die Stadt sollte sich als Ziel setzen, die Entwürfe der Jahresabschlüsse und Haushaltssatzungen fristgerecht aufzustellen und an den Rat weiterzuleiten.

Die Stadt Siegen hat die aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwürfe der Gesamtabchlüsse 2016 und 2017 gemäß dem Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabchlüsse dem Gesamtabschluss 2018 „lediglich“ beigefügt. Der Gesamtabchluss 2018 ist am 19. Dezember 2021 vom Rat der Stadt festgestellt worden. Ab 2019 und für die folgenden Jahre wird die Stadt Siegen von der Befreiung gemäß § 116a GO NRW Gebrauch machen und keine Gesamtabchlüsse mehr aufstellen.

Der Verwaltungsführung liegen die wesentlichen Informationen zur laufenden Haushaltsbewirtschaftung und -steuerung vor. Das Finanzcontrolling und das Berichtswesen zeigen Optimierungsmöglichkeiten. Die unterjährige Information der Politik über den Stand und die Entwicklung der Haushaltsbewirtschaftung ist bisher lediglich einmal im Jahr zum 30. Juni in Form eines Zwischenberichtes mit Hochrechnung auf das Jahresergebnis erfolgt. Durch die Corona-Pandemie und ihre negativen finanzwirtschaftlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt hat sich dieses in 2020 nennenswert verändert. Der Rat oder der Haupt- und Finanzausschuss sind auskunftsgemäß vierteljährlich über die aktuelle Entwicklung informiert worden. Dieses ist auch für die Zukunft geplant. Ein strukturiertes Berichtswesen ist in Siegen bisher nicht installiert. Ansätze eines Berichtswesens sind jedoch vorhanden. Hierfür werden von der Finanzabteilung Auswertungen aus der bestehenden Finanzsoftware genutzt. Berichte über die Ergebnisrechnung, die Liquiditätssituation sowie den Stand der Investitionen werden nicht erstellt. Auch Kennzahlen und Ziele werden nicht beleuchtet. Insoweit besteht derzeit nur eine partielle Einbindung der mittelbewirtschaftenden Fachbereiche und Abteilungen.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte das Finanzcontrolling und besonders das Finanzberichtswesen weiterentwickeln und als Instrumente für eine aktive, unterjährige Haushaltssteuerung nutzen. Ebenso sollte die Politik weiterhin regelmäßig über die Entwicklung und Prognosen zum Haushalt informiert werden.

Die Verwaltungsführung nutzt die Informationen des Kämmerers und der Finanzabteilung zur Haushaltssteuerung. Haushaltswirtschaftliche Sperren nach § 25 KomHVO sind bei der Stadt Siegen im Betrachtungszeitraum nicht praktiziert worden.

1.4.2 Wirkung der kommunalen Haushaltssteuerung

→ Feststellung

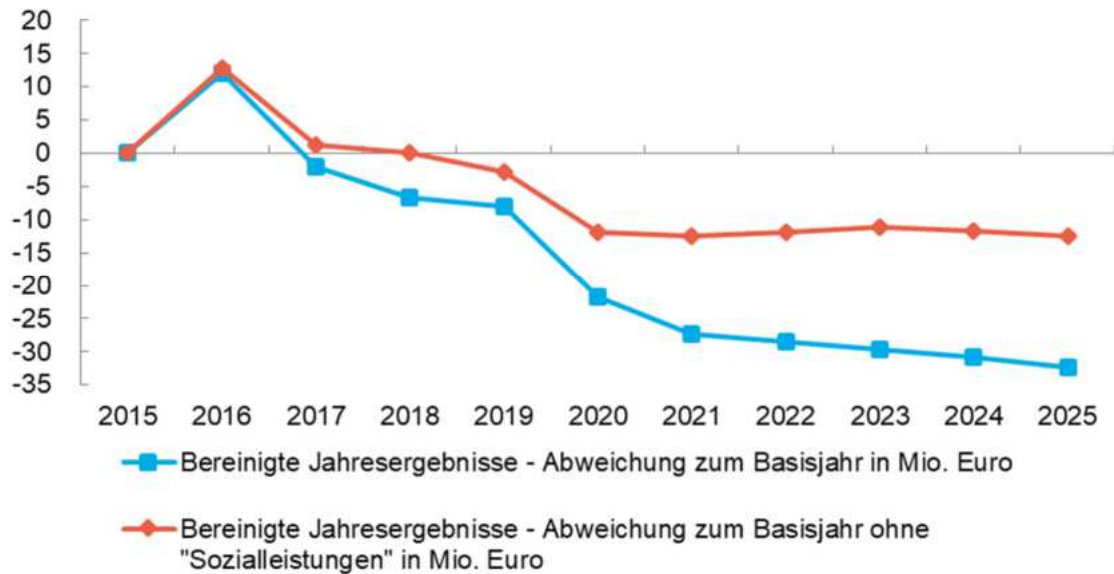
Einige der Konsolidierungsmaßnahmen aus dem HSK wurden umgesetzt, reichen aber nicht aus, die steigenden Aufwendungen zu decken. Insgesamt ist die Entwicklung der Haushaltssituation fast ausschließlich von äußeren Einflüssen wie die Entwicklung des Steueraufkommens und der Kreisumlage abhängig.

Eine Kommune hat nach § 75 Abs. 1 Satz 1 GO NRW ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Insofern ist es für sie eine dauernde Aufgabe, ihre finanzielle Leistungskraft und den Umfang ihres Aufgabenbestandes in Einklang zu bringen. Eine Kommune sollte daher durch (Konsolidierungs-)Maßnahmen ihren Haushalt entlasten. So kann sie eigene Handlungsspielräume langfristig erhalten oder wiedererlangen.

Die Jahresergebnisse werden wesentlich durch schwankende Erträge und Aufwendungen der Gewerbesteuer, der allgemeinen Kreisumlage und des Finanzausgleichs beeinflusst. Die Jahresergebnisse geben im Zeitverlauf damit nur bedingt einen Hinweis auf die Erfolge von eigenen Konsolidierungsmaßnahmen. Die Wirkung der kommunalen Haushaltssteuerung auf die Jahresergebnisse wird überlagert. Um diese wieder offenzulegen, bereinigt die gpaNRW die Jahresergebnisse um die Erträge und Aufwendungen der Gewerbesteuer, der allgemeinen Kreisumlage und des Finanzausgleichs sowie um Sondereffekte. Ab dem Haushaltsjahr 2020 sollen die Kommunen die Corona-bedingten Haushaltsbelastungen als außerordentlichen Ertrag buchen bzw. planen. Die gpaNRW hat sowohl die von der **Stadt Siegen** ermittelten Corona-bedingten Belastungen, als auch die entsprechenden außerordentlichen Erträge bereinigt. Die Corona-bedingten Effekte sind somit nicht mehr in den bereinigten Jahresergebnissen enthalten.

Die folgende Grafik zeigt, wie sich die bereinigten Jahresergebnisse ausgehend vom Basisjahr 2015 entwickeln. Die Tabellen 10 und 11 der Anlage enthalten die Berechnungen hierzu.

Bereinigte Jahresergebnisse Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2025



Dem Kurvenverlauf ist zu entnehmen, dass die Stadt Siegen in der Vergangenheit Konsolidierungsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt hat. Deutlich zu sehen ist dies 2016. Durch die Erhöhung

- der Hebesätze der Grundsteuer B von 475 auf 525 Hebesatzpunkte,
- Mehreinnahmen bei den 2015 eingeführten Wettbürosteuern,
- Anhebung des Steuersatzes bei der Vergnügungssteuer um 25 Prozent

steigt die Kurve deutlich an. Die negative Entwicklung ab 2019 zeigt, dass die Konsolidierungsbemühungen alleine nicht ausreichen, um die steigenden Aufwendungen insbesondere aus dem Bereich Transfer und Personal zu kompensieren.

Die Verschlechterungen zum Basisergebnis 2015 (blaue Linie) ergeben sich dabei aus den stetig gestiegenen Personalaufwendungen, welche sich allein bis 2019 um rund elf Mio. Euro erhöht haben. Zudem ergeben sich auch nennenswerte Aufwandssteigerungen im Bereich der sonstigen Transferaufwendungen (ohne Kreisumlage und Steuerbeteiligungen). Diese sind im Berichtszeitraum (2015 bis 2019) um 15,5 Mio. Euro gestiegen.

Diese Aufwandssteigerungen können durch die Ertragssteigerungen im Bereich der öffentlichen Leistungsentgelte oder auch Zuwendungen und Zuweisungen nicht kompensiert werden. So zeigt sich an dieser Stelle deutlich die Abhängigkeit der Stadt von Erträgen aus Gewerbe- und Einkommensteuer. Diese Ertragsgrößen können von der Stadt Siegen nicht gesteuert werden und sind konjunkturabhängig und damit risikobehaftet.

Die Teilergebnisse der Produktbereiche Soziale Leistungen sowie Kinder-, Jugend- und Familienhilfe haben einen maßgeblichen Einfluss auf die Jahresergebnisse. Diese Positionen stehen im Zusammenhang mit der Finanzierung sozialer Leistungen und können von der Stadt nur eingeschränkt beeinflusst werden. Die gpaNRW stellt deshalb das bereinigte Jahresergebnis differenziert dar.

Bei Herausrechnung der „Sozialleistungen“ beträgt die Abweichung 2025 zum Basisjahr 2015 minus 19,9 Mio. Euro. Die herausgerechneten Positionen haben daran folgenden Anteil:

- Produktbereich 05 – Soziale Leistungen: zwei Mio. Euro,
- Produktbereich 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe: 17,9 Mio. Euro.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte mit geeigneten Konsolidierungsmaßnahmen einer dauerhaften Verringerung der allgemeinen Rücklage entgegenwirken. Ziel sollte es sein, einen nachhaltigen Haushaltsausgleich und eine stabile Haushaltslage zu erzielen.

1.4.2.1 Auswirkungen der Realsteuern

Im Vorbericht stellt die gpaNRW die strukturellen Rahmenbedingungen der **Stadt Siegen** dar. Die Grafik zu den Strukturmerkmalen zeigt, dass die allgemeinen Deckungsmittel der Stadt durchschnittlich sind. Einen wesentlichen Anteil an den allgemeinen Deckungsmitteln haben die Steuererträge. Durch die Wahl der Hebesätze kann die Kommune die Höhe ihrer Steuererträge unmittelbar beeinflussen.

Im Betrachtungszeitraum hat die Stadt zur Haushaltskonsolidierung unter anderem in 2016 nennenswerte Hebesatzerhöhungen vorgenommen. Sie betragen bei der Grundsteuer B 50 Punkte und bei der Gewerbesteuer 15 Punkte. Bei der Gewerbesteuer haben nach dem Rückgang in 2016 auf 49,7 Mio. Euro die Konjunktur, die gute Entwicklung bei den Gewerbesteuerpflichtigen sowie die Hebesatzerhöhung zu deutlichen Ertragssteigerungen in den Folgejahren geführt. Diese sind mitverantwortlich für die Verbesserung der städtischen Haushaltssituation.

Nach der seit dem Haushaltsjahr 2022 geltenden Hebesatzsatzung sowie der Haushaltsplanung sind für 2022 und den mittelfristigen Zeitraum bis 2025 keine Hebesatzerhöhungen bei den Grundsteuer A kalkuliert. Der Hebesatz steigt 2022 für die:

- Grundsteuer B um 60 Punkte auf 585,
- Gewerbesteuer um 10 Punkte auf 495.

Bei den Planungen sind die negativen Auswirkungen aus der Corona-Pandemie berücksichtigt.

Es bleibt festzuhalten, dass in Siegen die Erträge bei der Grundsteuer B und insbesondere die der Gewerbesteuer wesentlich zu der bis 2019 eingetretenen Verbesserung der städtischen Haushalts- und Finanzsituation beigetragen haben.

Im Vergleich positioniert sich die **Stadt Siegen** mit ihren gewählten Hebesätzen wie folgt:

IKO-Vergleich Hebesätze 2020

	Stadt Siegen	Kreis Siegen-Wittgenstein*	Regierungsbezirk Arnsberg	gleiche Größenklasse**	fiktiver Hebesatz
Grundsteuer A	225	322	321	310	223
Grundsteuer B	525	519	630	573	443

	Stadt Siegen	Kreis Siegen-Wittgenstein*	Regierungsbezirk Arnsberg	gleiche Größenklasse**	fiktiver Hebesatz
Gewerbesteuer	485	452	470	459	418

* gewogener Mittelwert

** Kreisangehörige Gemeinden mit 60.000 und mehr Einwohnern

Die Hebesätze der Stadt Siegen für die Grundsteuer B sowie der Gewerbesteuer liegen oberhalb des fiktiven Hebesatzes 2020. Der Ertragsanteil, der aus dieser Überschreitung resultiert, wird weder bei der zu zahlenden Kreisumlage noch bei den Schlüsselzuweisungen angerechnet. Er verbleibt vollständig bei der Stadt Siegen.

1.4.3 Ermächtigungsübertragungen

→ Feststellung

Die Stadt Siegen überträgt Ermächtigungsübertragungen sowohl im konsumtiven wie auch im investiven Bereich im steigenden Maße. Dieses fördert die Haushaltsgrundsätze der Transparenz und Klarheit nicht.

- Die Stadt Siegen hat am 27. Juni 2013 eine Regelung zu Art, Umfang und Dauer von Ermächtigungsübertragungen getroffen.

Eine Kommune sollte ihre Aufwendungen sowie ihre Ein- und Auszahlungen in ihrer voraussichtlich dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Höhe planen. Die jeweiligen Ansätze sollten Kommunen sorgfältig schätzen, soweit sie sie nicht errechnen können. Diese allgemeinen Planungsgrundsätze sind in § 11 Abs. 1 KomHVO NRW geregelt. Eine Kommune kann Aufwendungen im Ergebnisplan und Auszahlungen im Finanzplan unter bestimmten Voraussetzungen auf das nachfolgende Haushaltsjahr übertragen (Ermächtigungsübertragung). Hierdurch können sich die Haushaltsansätze erhöhen.

Nach § 22 Abs. 1 KomHVO NRW hat eine Kommune Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen zu regeln.

Bereits am 27. Juni 2013 hat der Bürgermeister der Stadt Siegen eine Regelung über Art, Umfang und Dauer von Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 Absatz 1 GemHVO NRW erlassen. Für den konsumtiven Bereich sind nur in begründeten Ausnahmefällen bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres Übertragungen möglich. Für Auszahlungen bei Investitionen gilt, dass diese bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck übertragbar sind. Zudem muss im alten Haushaltsjahr eine verbindliche Zahlungsverpflichtung eingegangen worden sein.

Des Weiteren regelt die Dienstanweisung, dass die Fachbereiche und ähnliche Organisationseinheiten feststellen, welche Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen ins nächste Jahr zu übertragen sind. Die Übertragung mit entsprechender Begründung ist bei der Kämmerei zu beantragen. Die Entscheidung über die Übertragung trifft der Stadtkämmerer der Stadt Siegen. Die Frist und Form der Beantragung setzt der Stadtkämmerer im Rahmen der jährlichen Verfügung zum Jahresabschluss fest und gibt sie den Budgetverantwortlichen damit zur Kenntnis.

Der Rat erhält in jedem Jahr mit dem Entwurf des Jahresabschlusses eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzplan des Folgejahres.

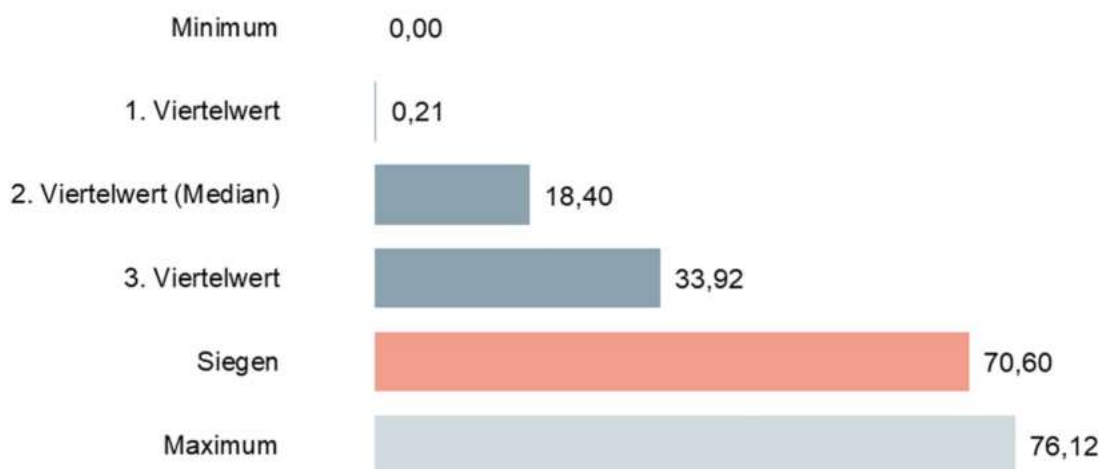
Ordentliche Aufwendungen Siegen 2015 bis 2019

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019
Haushaltsansatz in Mio. Euro	257	276	285	298	309
Ermächtigungsübertragungen in Mio. Euro	2,48	2,46	3,78	6,06	7,26
Ansatzerhöhungsgrad in Prozent	0,96	0,89	1,33	2,03	2,35
Fortgeschriebener Ansatz in Mio. Euro	260	279	289	304	317
Anteil der Ermächtigungsübertragungen am fortgeschriebenen Ansatz in Prozent	0,96	0,88	1,31	1,99	2,29
Ist-Ergebnis in Mio. Euro	272	281	292	300	310
Grad der Inanspruchnahme fortgeschriebener Ansatz in Prozent	105	101	101	99	98

Die **Stadt Siegen** plant ihre Aufwendungen und Auszahlungen lediglich im Jahr 2019 in nahezu ausreichender Höhe. Der Grad der Inanspruchnahme zeigt deutlich, dass nur durch die Fortschreibung der Ermächtigungsübertragungen die Ansätze ausreichen. In den Jahren 2015 bis 2017 hat die Stadt sogar mehr Aufwendungen geleistet, als sie im Haushalt zuzüglich Ermächtigungsübertragungen veranschlagt hat. Nach Aussage der Stadt Siegen stehen den übertragenen Aufwandsermächtigungen auch im konsumtiven Bereich nennenswerte Erträge zur Finanzierung gegenüber, die sich aus konsumtiven Fördermaßnahmen (Gute Schule, Kommunalinvestitionsförderung, Städtebauförderung) ergeben. Im Ertragsbereich werden jedoch keine „Reste“ übertragen. Der Überschreitung der fortgeschriebenen Aufwandsermächtigungen in den Jahren 2017 bis 2019 in Höhe von zwölf, zwei und drei Mio. Euro stehen Mehrerträge von 14, 13 und 18 Mio. Euro gegenüber. Demzufolge wurde eine „unechte Deckung“ i. H. v. 13,2, 9,5 und 7,9 Mio. Euro gebucht. In 2017 wurde beispielsweise eine erhöhte KIBIZ-Landeszuweisung zur Deckung erhöhter Betriebskostenzuschüsse für Kitas i. H. v. 2,6 Mio. Euro verwendet.

Die Haushaltsansätze werden durch die Ermächtigungsübertragungen im Durchschnitt um 1,51 Prozent erhöht. Gleichwohl überträgt Siegen im interkommunalen Vergleich mit 16 Kommunen die zweithöchsten konsumtiven Ansätze je Einwohner ins folgende Haushaltsjahr.

Ermächtigungsübertragungen (ordentliche Aufwendungen) je Einwohner in Euro



Investive Auszahlungen Siegen 2015 bis 2019

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019
Haushaltsansatz in Mio. Euro	22,55	21,06	20,98	24,25	29,16
Ermächtigungsübertragungen in Mio. Euro	13,82	11,11	13,83	19,64	23,76
Ansatzerhöhungsgrad in Prozent	61,24	52,78	65,90	81,03	81,48
Fortgeschriebener Ansatz in Mio. Euro	36,37	32,17	34,81	43,89	52,92
Anteil der Ermächtigungsübertragungen am fortgeschriebenen Ansatz in Prozent	37,98	34,54	39,72	44,76	44,90
Ist-Ergebnis in Mio. Euro	25,07	18,62	11,23	12,13	19,40
Grad der Inanspruchnahme fortgeschriebener Ansatz in Prozent	68,94	57,88	32,27	27,64	36,65

Die Stadt Siegen hat mit Ausnahme des Jahres 2015 die investiven Auszahlungsermächtigungen in ausreichender Höhe geplant. Auffällig ist, dass sich sowohl der Haushaltsansatz wie auch die Ermächtigungsübertragungen im Eckjahresvergleich 2015 bis 2019 deutlich erhöht haben. Die Ermächtigungsübertragungen zur Deckung von investiven Auszahlungen waren in den restlichen Jahren nicht notwendig. Das von der Stadt Siegen angestrebte Ziel, die Ermächtigungsübertragungen deutlich zu reduzieren, wird nicht erreicht.

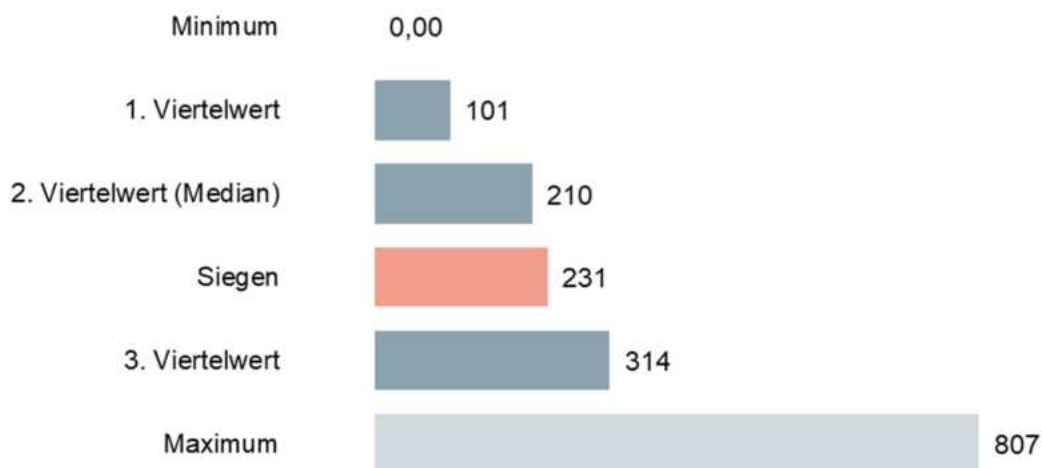
Ursächlich für die hohen Übertragungen waren nach Aussage der Stadt insbesondere folgende Maßnahmen:

- Straßenbaumaßnahmen (7,83 Mio. Euro),
- sonstige Hochbaumaßnahmen ZGW (2,57 Mio. Euro) und Baumaßnahmen ESi (2,29 Mio. Euro),
- Maßnahmen Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (2,04 Mio. Euro) sowie

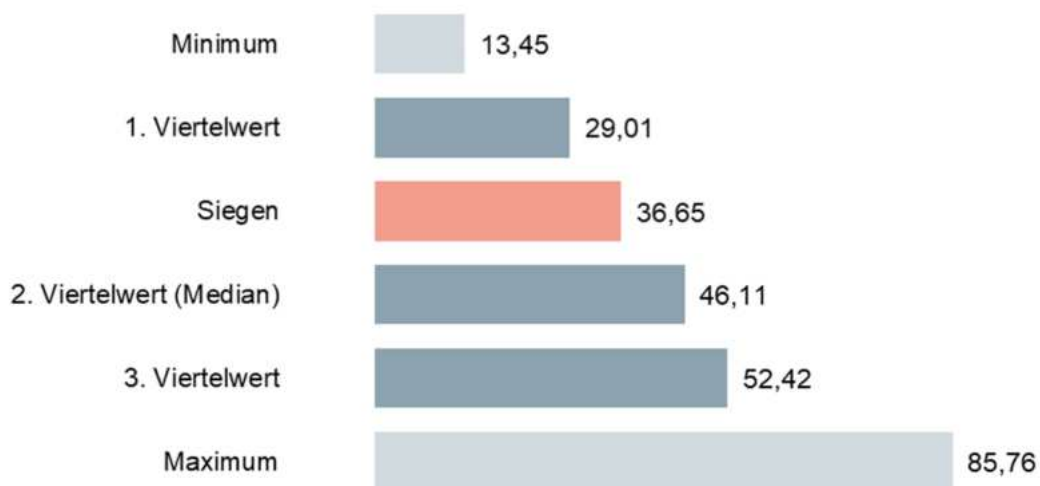
- Maßnahmen „Gute Schule 2020“ (1,92 Mio. Euro).

In den Jahren 2016 bis 2019 sind die investiven Ermächtigungen im Vergleich zu den anderen Kommunen in Siegen immer überdurchschnittlich. Lediglich das Jahr 2015 bildet mit einem Wert unterhalb des Median eine Ausnahme. Der aktuelle Vergleich für das Jahr 2019 mit 16 Vergleichswerten stellt sich wie folgt dar:

Ermächtigungsübertragungen (Investive Auszahlungen) je Einwohner in Euro



Grad der Inanspruchnahme fortgeschriebener Ansatz investive Auszahlungen in Prozent 2019



Im interkommunalen Vergleich mit anderen großen kreisangehörigen Kommunen positioniert sich die Stadt unter den 50 Prozent mit der geringsten Inanspruchnahme.

Im Schnitt wurden durchschnittlich nur 45 Prozent ausgeschöpft. 2019 sogar nur 36,65 Prozent. Auffällig ist, dass die Höhe der Ermächtigungsübertragungen im Zeitverlauf steigen, die Inanspruchnahme dagegen bis 2018 rückläufig ist.

Nach Aussage der Stadt Siegen ist der ursächliche Grund dafür, dass zahl- und umfangreiche städtebauliche Maßnahmen in den vergangenen Jahren begonnen wurden. Aufgrund der mehrjährigen Bauzeitenplanung können diese nicht innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Auch fehlendes Personal und die Auftragslage am Markt - Handwerker sind schwer zu bekommen - erschweren oftmals die zeitnahe Fertigstellung innerhalb eines Jahres.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte wesentliche investive Auszahlungsermächtigungen noch restriktiver auf eine Übertragung hin prüfen. Ziel sollte es sein, nur Maßnahmen in den Haushaltsplan aufzunehmen, die die Anforderungen des § 13 KomHVO NRW erfüllen und deren Umsetzung im Planjahr realistisch möglich ist.

1.4.4 Fördermittelmanagement

Fördermittel erweitern den Handlungs- und Entscheidungsspielraum einer Kommune. Ein gezielter Einsatz von Fördermitteln leistet einen positiven Beitrag zur Haushaltssituation. Eine Kommune kann mit Fördermitteln Investitionen auch bei einer angespannten Haushaltslage realisieren und ihren Eigenanteil mindern.

Dazu muss sie erfolgreich Fördermittel akquirieren und Rückforderungen von Fördermitteln vermeiden.

1.4.4.1 Fördermittelakquise

→ **Feststellung**

Das Fördermittelmanagement der Stadt Siegen wird federführend von der Zuschussstelle in der Kämmerei geführt. Sie nutzt bereits vielfältige Möglichkeiten der Fördermittelakquise. Verschriftlichte, strategische Vorgaben und Ziele hat Siegen nicht.

Eine Kommune sollte strategische Festlegungen haben, die eine erfolgreiche Fördermittelakquise unterstützen. Dazu sollte sie die Fördermittelrecherche standardisiert im Prozess der Planung von Unterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen vorsehen. Sie sollte einen Überblick über mögliche Förderungen haben und verschiedene Quellen zur Fördermittelrecherche nutzen. Zudem sollte sie einen Überblick über die förderfähigen Maßnahmen der eigenen Verwaltung haben, um diese bei Bedarf zu kombinieren.

Die **Stadt Siegen** hat eigens eine Stelle für das Fördermittelmanagement – Zentrale Zuschussstelle – in der Kämmerei eingerichtet. Diese ist federführend für die Akquise von Fördermitteln zuständig. Anregungen und Anstöße hierzu kommen aus den Fachabteilungen. Gleichzeitig werden allgemeine Förderprogramme (Gute Schule, Kommunalinvestitionsförderungsgesetz) bearbeitet. Bedarfsorientiert wird geprüft, ob für Maßnahmen Förderprogramme in Frage kommen. Schriftliche Regelungen oder Dienstanweisungen zu Prozessabläufen liegen nicht vor. Durch eine entsprechende strategische Vorgabe, z. B. in Form einer Dienstanweisung, wird der Akquise von Fördermitteln eine größere Bedeutung eingeräumt und eine gewisse Verbindlichkeit geschaffen.

Die Regelungen sollten mindestens folgende Punkte enthalten:

- Notwendigkeit einer Fördermittelrecherche vor Beginn einer Maßnahme.
- Dokumentation der erfolgten Fördermittelrecherche.
- Prüfung, ob weitere Fachbereiche einzubinden sind (z. B. der Fachbereich Finanzen oder Fachbereiche, mit denen eine Fördermaßnahme kombiniert werden könnte).
- Regelungen zu standardisierten Verfahrensschritten bei der Fördermittelbewirtschaftung, um das Rückforderungsrisiko zu reduzieren.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte strategische Vorgaben schriftlich formulieren. Dadurch ist ein geregelter, standardisierter Ablauf möglich.

Über mögliche Förderprogramme ist die Stadt Siegen informiert. Das Fördermittelmanagement nutzt regelmäßig die Förderdatenbanken, die Newsletter der Ministerien, Suchseiten im Internet, aber auch die Erfahrungen anderer Kommunen. Aufgrund der Haushaltssicherung liegt der Schwerpunkt auf der Beantragung von Fördermitteln die technisch, wirtschaftlich oder rechtlich erforderlich sind. Allerdings scheitert die Bewilligung teilweise daran, dass die Konkurrenz anderer Kommunen sehr hoch ist und Fördermaßnahmen überzeichnet sind.

1.4.4.2 Fördermittelbewirtschaftung und förderbezogenes Controlling

→ **Feststellung**

Die Stadt Siegen musste nach eigener Aussage bisher nur geringfügig Fördermittel zurückzahlen. Die Fördermittelbewirtschaftung und das -controlling erfolgt durch den Mitarbeiter der Zentralen Zuschussstelle.

Die Rückforderung von Fördermitteln sollte eine Kommune vermeiden, indem sie die Förderbestimmungen und Auflagen aus dem Förderbescheid umsetzt. Dazu sollte sie ein Fördercontrolling etablieren, das auch nach Projektabschluss die Einhaltung der Förderbedingungen gewährleistet und Entscheidungsträger anlassbezogen über die Förderprojekte informiert.

Die Einhaltung der Förderrichtlinien, Auflagen, Bedingungen und Fristen sowie der rechtzeitige Mittelabruf wird von der zentralen Organisationseinheit, in Abstimmung mit den Fachämtern, überwacht. Ebenso obliegen die Dokumentationen und die Nachweise über die Verwendung der Mittel der Zuschussstelle in der Kämmerei. Hier wird auch eine zentrale Datei geführt. Für die Zukunft ist eine zentrale Datenbank geplant. Eine Abstimmung zwischen Fachämtern und Kämmerei erfolgt regelmäßig.

Das Fördermittelcontrolling bildet die Grundlage, um Fördermittel aufzubereiten und zu analysieren. Auf dieser Basis kann die Stadt geeignete Steuerungsmaßnahmen einleiten, um das Förderziel zu erreichen und die ordnungsgemäße Abwicklung der Fördermaßnahme sicherzustellen.

Die Berichtserstattung erfolgt überwiegend über die Städtebauförderung, den Straßenbau, sowie über Maßnahmen im Bereich Schule und Kultur. Der Rat und die politischen Gremien werden bedarfsorientiert ohne feste Terminierung informiert.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte Entscheidungsträger, wie Verwaltungsleitung, Fachausschüsse und den Rat regelmäßig über den Stand wichtiger Förderprojekte informieren. Die Berichte sollten sich anlassbezogen am Projektfortschritt orientieren.

Rückzahlungen von Fördermitteln konnte die Stadt Siegen nach eigener Aussage nicht vermeiden. Ursächlich für Rückzahlungen waren geringere Kosten, Nichteinhaltung der Fristen gemäß Verwendungsnachweis und teilweise nach Prüfung durch den Fördergeber.

1.5 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Haushaltssteuerung

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
Haushaltssteuerung					
F1	Die gesetzlichen vorgesehenen Fristen aus der GO NRW, zur Feststellung der Haushalte und der Jahresabschlüsse, hält die Stadt Siegen nicht ein. Dennoch liegen der Stadt die wesentlichen Informationen zur Haushaltssituation vor.	56	E1.1	Die Stadt sollte sich als Ziel setzen, die Entwürfe der Jahresabschlüsse und Haushaltssatzungen fristgerecht aufzustellen und an den Rat weiterzuleiten.	57
			E1.2	Die Stadt Siegen sollte das Finanzcontrolling und besonders das Finanzberichtswesen weiterentwickeln und als Instrumente für eine aktive, unterjährige Haushaltssteuerung nutzen. Ebenso sollte die Politik weiterhin regelmäßig über die Entwicklung und Prognosen zum Haushalt informiert werden.	57
F2	Einige der Konsolidierungsmaßnahmen aus dem HSK wurden umgesetzt, reichen aber nicht aus, die steigenden Aufwendungen zu decken. Insgesamt ist die Entwicklung der Haushaltssituation fast ausschließlich von äußeren Einflüssen wie die Entwicklung des Steueraufkommens und der Kreisumlage abhängig.	58	E2	Die Stadt Siegen sollte mit geeigneten Konsolidierungsmaßnahmen einer dauerhaften Verringerung der allgemeinen Rücklage entgegenwirken. Ziel sollte es sein, einen nachhaltigen Haushaltsausgleich und eine stabile Haushaltslage zu erzielen.	60
F3	Die Stadt Siegen überträgt Ermächtigungsübertragungen sowohl im konsumtiven wie auch im investiven Bereich im steigenden Maße. Dieses fördert die Haushaltsgrundsätze der Transparenz und Klarheit nicht.	61	E3	Die Stadt Siegen sollte wesentliche investive Auszahlungsermächtigungen noch restriktiver auf eine Übertragung hin prüfen. Ziel sollte es sein, nur Maßnahmen in den Haushaltsplan aufzunehmen, die die Anforderungen des § 13 KomHVO NRW erfüllen und deren Umsetzung im Planjahr realistisch möglich ist.	65
F4	Das Fördermittelmanagement der Stadt Siegen wird federführend von der Zuschussstelle in der Kämmerei geführt. Sie nutzt bereits vielfältige Möglichkeiten der Fördermittelakquise. Verschriftlichte, strategische Vorgaben und Ziele hat Siegen nicht.	65	E4	Die Stadt Siegen sollte strategische Vorgaben schriftlich formulieren. Dadurch ist ein geregelter, standardisierter Ablauf möglich.	66

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
F5	Die Stadt Siegen musste nach eigener Aussage bisher nur geringfügig Fördermittel zurückzahlen. Die Fördermittelbewirtschaftung und das -controlling erfolgt durch den Mitarbeiter der Zentralen Zuschussstelle.	66	E5	Die Stadt Siegen sollte Entscheidungsträger, wie Verwaltungsleitung, Fachausschüsse und den Rat regelmäßig über den Stand wichtiger Förderprojekte informieren. Die Berichte sollten sich anlassbezogen am Projektfortschritt orientieren.	67

Tabelle 2: NKF-Kennzahlenset NRW in Prozent 2019

Kennzahlen	Kommune	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation							
Aufwandsdeckungsgrad	101	96,14	100	102	104	110	29
Eigenkapitalquote 1	17,79	-15,86	5,91	24,56	36,01	59,94	31
Eigenkapitalquote 2	47,16	3,67	35,61	46,90	54,38	72,92	31
Fehlbetragsquote	0,69	Siehe Anmerkung im Tabellenfuß					
Vermögenslage							
Infrastrukturquote	29,79	0,00	24,47	28,66	33,87	46,18	31
Abschreibungsintensität	7,18	0,47	4,19	5,77	6,87	8,49	29
Drittfinanzierungsquote	42,75	39,14	48,01	55,74	67,25	81,16	30
Investitionsquote	92,07	33,42	80,68	95,36	131	368	31
Finanzlage							
Anlagendeckungsgrad 2	73,22	54,31	74,92	84,55	92,93	110	31
Liquidität 2. Grades	20,66	11,18	35,70	49,49	105	541	31
Dynamischer Verschuldungsgrad (Angabe in Jahren)	30,20	Siehe Anmerkung im Tabellenfuß					
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	14,11	2,12	6,55	9,67	15,81	28,73	31

Kennzahlen	Kommune	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Zinslastquote	2,42	0,23	0,98	1,30	2,17	3,66	29
Ertragslage							
Netto-Steuerquote	46,08	33,08	45,58	49,86	55,49	62,38	24
Zuwendungsquote	33,28	12,68	22,82	26,61	31,20	44,03	27
Personalintensität	25,09	17,18	19,73	21,51	25,03	29,69	29
Sach- und Dienstleistungsintensität	13,26	6,22	12,61	15,90	18,46	28,48	29
Transferaufwandsquote	47,03	38,59	43,37	46,25	48,02	53,07	29

Die Fehlbetragsquote berechnet die gpaNRW nur, wenn eine Kommune tatsächlich einen Fehlbetrag ausweist. Weist sie einen Überschuss aus, lässt sich die Kennzahl nicht sinnvoll berechnen.

Dynamischer Verschuldungsgrad: Bei Kommunen, die einen negativen Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ausweisen oder die keine Effektivverschuldung haben, lässt sich die Kennzahl nicht sinnvoll berechnen.

Die Aussagekraft des Vergleichs beider Kennzahlen ist insofern eingeschränkt und führt zu Fehlinterpretationen. Aus diesem Grund weist die gpaNRW keinen Vergleich bei diesen beiden Kennzahlen aus.

Tabelle 3: Berechnung Durchschnittswerte (strukturelles Ergebnis) Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2019

Ergebnisse der Vorjahre	2015	2016	2017	2018	2019	Durchschnittswerte
Jahresergebnis	-30,49	-13,81	-6,82	-6,82	-1,22	
Gewerbesteuern	51,21	49,73	53,59	59,47	60,44	54,89
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	39,96	41,26	43,64	46,41	47,94	43,84
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8,02	8,26	10,29	11,99	13,29	10,37
Ausgleichsleistungen	4,01	4,08	4,29	4,40	4,56	4,27
Schlüsselzuweisungen	38,07	42,30	48,23	56,03	61,51	49,23

Ergebnisse der Vorjahre	2015	2016	2017	2018	2019	Durchschnitts- werte
Erstattung aus der Abrechnung Solidarbeitrag	0,35	0,23	1,41	0,41	0,94	0,67
Summe der Erträge	142	146	161	179	189	163
Steuerbeteiligungen	8,47	7,11	7,27	8,47	8,02	7,87
Allgemeine Kreisumlagen	55,27	58,35	60,12	63,47	65,10	60,46
Summe der Aufwendungen	63,74	65,46	67,38	71,93	73,12	68,33
Saldo	77,88	80,40	94,07	107	116	94,94

Tabelle 4: Eigenkapital Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2019

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019
Eigenkapital	208	191	185	178	180
Eigenkapital 1	208	191	185	178	180
Sonderposten für Zuwendungen	269	266	265	263	261
Sonderposten für Beiträge	39,32	39,07	38,06	37,72	37,25
Eigenkapital 2	516	496	489	479	478
Bilanzsumme	1.043	1.031	1.023	1.009	1.014

Tabelle 5: Schulden Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2019

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019
Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	92,67	88,05	87,18	84,12	86,44
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	236	249	244	239	230

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	11,48	11,40	11,31	11,21	11,11
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8,08	5,69	4,36	6,35	6,59
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,96	0,88	2,40	2,60	3,19
Sonstige Verbindlichkeiten	5,60	4,19	7,89	4,13	4,98
Erhaltene Anzahlungen	10,52	12,89	12,18	10,63	15,06
Verbindlichkeiten	366	372	370	358	357
Rückstellungen	130	131	133	140	146
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	3,40	2,49	2,01	1,69	1,41
Schulden	499	506	505	500	504

Tabelle 6: Gesamtschulden Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2018

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018
Verbindlichkeiten	479	485	484	480
Rückstellungen	143	143	142	148
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	3,40	2,49	2,01	1,69
Gemamtschulden	625	630	628	629

Tabelle 7: Gesamtverbindlichkeiten Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2018

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018
Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	207	202	202	202
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	236	249	244	239

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11,22	9,91	6,83	11,53
Sonstige Verbindlichkeiten	13,73	11,82	18,67	16,42
Erhaltene Anzahlungen	10,54	12,92	12,31	10,78
Gesamtverbindlichkeiten	479	485	484	480

Tabelle 8: Gesamtverbindlichkeiten Konzern Siegen in Mio. Euro 2019

Grunddaten Kernhaushalt	2019
Verbindlichkeiten Kernhaushalt	357
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von verbundenen Unternehmen	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen	0,00
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Sondervermögen	0,00
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00
Ausleihungen an Sondervermögen	0,00
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00
Forderungen gegenüber Sondervermögen	0,00
Grunddaten Beteiligungen*	
Verbindlichkeiten Mehrheitsbeteiligungen	141
Gibt es zu eliminierende Verbindlichkeiten der Beteiligungen untereinander?	ja
Wenn ja, in welcher Höhe?**	13,37

Grunddaten Kernhaushalt	2019
Verbindlichkeiten Konzern Kommune	485

*Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH, Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen, ESI GmbH, Siegener Versorgungsbetriebe GmbH

**hilfsweise ermittelt, da Daten noch nicht vorliegen

Tabelle 9: Rückstellungen Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2019

	2015	2016	2017	2018	2019
Pensionsrückstellungen	119	121	123	129	133
Instandhaltungsrückstellungen	0,42	0,47	0,27	0,86	0,90
sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO	10,29	9,99	9,63	9,94	11,72
Summe der Rückstellungen	130	131	133	140	146

Tabelle 10: Berechnung bereinigte Jahresergebnisse (Wirkungen der kommunalen Haushaltssteuerung) Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2025

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Jahresergebnis	-30,49	-13,81	-6,82	-6,82	-1,22	-6,81	-3,89	0,34	1,94	2,51	3,25
Gewerbesteuer	51,21	49,74	53,59	59,47	60,44	63,00	55,00	69,00	70,50	72,00	73,50
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	39,96	41,26	43,64	46,41	47,94	49,68	47,00	50,70	53,00	56,00	59,00
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8,02	8,26	10,29	11,99	13,29	14,40	13,50	12,50	12,80	13,00	13,20
Ausgleichs- und Erstattungsleistungen (Gewerbesteuerausgleichs- zahlung, Abrechnung Einheitslasten, Ausgleichsleistungen)	4,36	4,31	5,70	4,81	5,50	5,34	4,88	4,20	4,35	4,45	4,55
Schlüsselzuweisungen vom Land	38,08	42,29	48,23	56,03	61,52	59,57	65,81	65,21	53,35	66,20	69,30
Summe der Erträge	141	146	161	179	189	192	186	202	204	212	220
Steuerbeteiligungen	8,47	7,11	7,27	8,47	8,02	4,55	3,97	4,88	4,99	5,09	5,20

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Allgemeine Kreisumlage	55,27	58,35	60,12	63,47	65,10	68,02	66,21	67,31	72,50	75,00	77,00
Summe der Aufwendungen	63,74	65,46	67,38	71,93	73,12	72,57	70,18	72,19	77,49	80,09	82,20
Saldo der Bereinigungen	77,88	80,40	94,07	106,77	115	119	116	129	127	132	137
Saldo der Sondereffekte	-4,01	-1,98	5,44	-2,64	-4,43	-0,11	11,82	3,74	9,37	6,17	2,63
Bereinigtes Jahresergebnis	-104	-92,23	-106	-111	-112	-126	-132	-133	-134	-135	-137
Abweichung vom Basisjahr	0	12,13	-1,98	-6,59	-7,99	-21,77	-27,36	-28,47	-29,58	-30,87	-32,38

Tabelle 11: Berechnung bereinigte Jahresergebnisse ohne „Sozialleistungen“ Siegen in Mio. Euro 2015 bis 2025

Kennzahlen	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Bereinigtes Jahresergebnis	-104	-92,23	-106	-111	-112	-126	-132	-133	-134	-135	-137
Teilergebnis Produktbereich Soziale Leistungen	-6,63	-6,80	-6,95	-6,62	-5,02	-6,81	-7,14	-7,46	-8,37	-8,50	-8,62
Teilergebnis Produktbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	-36,23	-35,85	-38,06	-41,90	-42,10	-44,84	-49,63	-50,90	-51,96	-52,48	-53,19
Bereinigtes Jahresergebnis ohne „Sozialleistungen“	-62,50	-49,58	-61,33	-62,43	-65,54	-74,48	-74,96	-74,48	-73,61	-74,25	-74,93
Abweichung vom Basisjahr ohne „Sozialleistungen“	0	12,92	1,17	0,07	-2,73	-11,97	-12,46	-11,97	-11,11	-11,75	-12,43

2. Beteiligungen

2.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Siegen im Prüfgebiet Beteiligungen stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Beteiligungen

Die Stadt Siegen ist zum 31. Dezember 2019 an insgesamt 32 Unternehmen beteiligt, die sich auf zwei Beteiligungsebenen verteilen. Auf fünf dieser Beteiligungen kann die Stadt einen beherrschenden und auf fünf weitere einen maßgeblichen Einfluss ausüben. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Aufgaben weist die Beteiligungsstruktur eine mittlere Komplexität auf.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Beteiligungen befindet sich auf mittlerem Niveau. Insgesamt wird der Haushalt der Stadt Siegen durch die Beteiligungen im Jahr 2019 mit 1,6 Mio. Euro entlastet. Das Sachanlagevermögen, die Verbindlichkeiten und die Erträge der Beteiligungen liegen deutlich unter denen des Kernhaushaltes. Die Stadt Siegen hat im Jahr 2019 Bürgschaften in Höhe von 9,6 Mio. Euro für ihre Beteiligungsgesellschaften übernommen.

Aus der Sicht der gpaNRW ergeben sich daraus insgesamt mittlere Anforderungen an das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen. Die Stadt Siegen erfüllt diese Anforderungen überwiegend. In einzelnen Bereichen bestehen noch Optimierungsmöglichkeiten. So sieht die gpaNRW noch Verbesserungspotenziale beim Berichtswesen sowie bei der Unterstützung ihrer Gremienvertreter und Gremienvertreterinnen. Des Weiteren empfiehlt die gpaNRW, eine Beteiligungsrichtlinie zu etablieren.

Die gpaNRW hat am Beispiel der Beteiligungen Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH geprüft, wie die Stadt Siegen ihren Einfluss auf die eigenen Beteiligungen sichert. Positiv hervorzuheben ist die rechtliche Einflussnahme der Stadt auf die beiden Beteiligungsgesellschaften durch entsprechende Regelungen im Gesellschaftsvertrag bzw. in der Satzung. Das standardisierte unterjährige Berichtswesen der beiden Beteiligungsgesellschaften könnte jedoch verbessert werden.

2.2 Inhalte, Ziele und Methodik

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben haben Kommunen regelmäßig einen Teil ihrer öffentlichen Aufgaben in Unternehmen und Einrichtungen des öffentlichen oder privaten Rechts ausgegliedert. Diese Ausgliederungen verfügen einerseits über einen nicht unerheblichen Teil des kommunalen

len Vermögens. Andererseits weisen sie nicht selten eine hohe Verschuldung aus. Darüber hinaus ergeben sich teils umfangreiche Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Kommune und ihren Beteiligungen, die sich direkt auf den kommunalen Haushalt auswirken. Folglich sind die Beteiligungen für die Kommunen von wirtschaftlicher Bedeutung. Umfangreiche kommunalrechtliche Vorschriften in Bezug auf die wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Betätigung von Kommunen sind zu beachten.

Jede Kommune ist gehalten, die kommunalrechtlichen Vorschriften einzuhalten und die Beteiligungen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu beobachten. Daneben sollten die Beteiligungen entsprechend der kommunalen Zielsetzungen geführt und gesteuert werden. Die Entscheidungsträger der Kommune (Rat und Verwaltungsführung) tragen diesbezüglich die Verantwortung.

Vor diesem Hintergrund kommt dem kommunalen Beteiligungsmanagement eine besondere Bedeutung zu. Ein leistungsfähiges und dem Beteiligungsportfolio angemessenes Beteiligungsmanagement ist notwendig, um auf Grundlage steuerungsrelevanter Informationen die öffentlichen Aufgaben effektiv, wirtschaftlich und nachhaltig steuern zu können.

Wir untersuchen in diesem Prüfgebiet, wie die Kommunen ihr Beteiligungsmanagement ausgestaltet haben und in welchem Umfang das Beteiligungsmanagement ausgewählte Aufgaben, wie z.B. Berichtswesen oder Unterstützung der Gremienvertreter und Gremienvertreterinnen, wahrnimmt. Außerdem prüfen wir die Einflussnahme der Kommune auf Gewinnausschüttungen bzw. Verlustübernahmen einzelner ausgewählter Beteiligungen.

Die Prüfung der gpaNRW

- schafft Transparenz hinsichtlich des Beteiligungsportfolios sowie der Bedeutung der kommunalen Beteiligungen und vorhandener Risiken,
- stellt die gegenwärtige Situation im Bereich des Beteiligungsmanagements dar,
- gibt Empfehlungen zu den Instrumenten der Beteiligungssteuerung an die Hand und
- zeigt konkrete Lücken und mögliche Stellschrauben hinsichtlich der Einflussnahme der Kommune auf.

Dazu analysiert die gpaNRW zunächst das Beteiligungsportfolio der Kommune. Ausgehend von den daraus abgeleiteten Anforderungen an das Beteiligungsmanagement untersucht die gpaNRW mithilfe einer standardisierten Checkliste bzw. eines Interviews, wie die Kommune das Beteiligungsmanagement organisiert hat. Neben der organisatorischen Ausgestaltung wird betrachtet, ob durch konzernweite Regelungen eine Einbindung des Beteiligungsmanagements als Schnittstelle zwischen Unternehmen, Verwaltung und Rat sichergestellt ist. Hierbei wird untersucht in welchem Umfang die Kommune die Aufgaben des Berichtswesens sowie der Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien wahrnimmt. Ergänzend wird die tatsächliche Einflussnahme der Kommune auf ihre Beteiligungen anhand von ausgewählten einzelnen Beteiligungen nachvollzogen.

Wir stellen bei der Prüfung auf den Stand der Beteiligungen zum 31. Dezember 2019 ab. Dies waren zum Zeitpunkt der Prüfung die aktuellsten Daten. Ausgehend von diesem Stichtag liegen

der Analyse – je nach Datenlage – Daten von mindestens drei Jahren zugrunde. Sofern sich wesentliche Änderungen nach 2019 ergeben haben, wurden diese ebenfalls berücksichtigt.

2.3 Beteiligungsportfolio

- Aufgrund der vorliegenden Beteiligungsstruktur und der wirtschaftlichen Bedeutung der Beteiligungen ergeben sich aus Sicht der gpaNRW mittlere Anforderungen an das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen.

Die gpaNRW beurteilt die Anforderungen an das kommunale Beteiligungsmanagement und differenziert dabei zwischen niedrigen, mittleren und hohen Anforderungen. Dazu prüfen wir

- die Beteiligungsstruktur und
- die wirtschaftliche Bedeutung der Beteiligungen.

Die einzelnen zur Beurteilung herangezogenen Parameter werden in den nachfolgenden Abschnitten erläutert. Neben diesen Parametern fließen stets die Gesamtsituation und individuelle Besonderheiten bei der Stadt in die Beurteilung ein.

2.3.1 Beteiligungsstruktur

- Aufgrund der vorliegenden Beteiligungsstruktur ergeben sich aus der Sicht der gpaNRW mittlere Anforderungen an das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen.

Die Beteiligungsstruktur ist durch die Anzahl der Beteiligungen und Beteiligungsebenen und die Rechtsformen der Beteiligungen gekennzeichnet. Die Anforderungen an das Beteiligungsmanagement steigen mit der Anzahl der Beteiligungen, da mehr Beteiligungen gesteuert und betreut werden und sich im Regelfall auch das Aufgabenspektrum der Beteiligungen vergrößert. Je weiter eine Beteiligung von der Kommune entfernt ist, desto schwieriger werden die Kontrolle und die Steuerung der Beteiligung durch die Kommune. Neben den inhaltlichen Anforderungen je nach Betätigungsfeld der Beteiligungen (z.B. Strommarkt) sind auch die unterschiedlichen Rechtsformen mit unterschiedlichen Vorschriften zu berücksichtigen. Beispielsweise sind die unterschiedlichen Rechnungslegungsvorschriften nach HGB und NKF oder auch spezielle Vorschriften wie z. B. bei Krankenhäusern zu beachten. Insoweit steigen auch die Anforderungen an das Beteiligungsmanagement, das über Fachkompetenz in vielen verschiedenen Bereichen verfügen muss.

Die **Stadt Siegen** ist zum 31. Dezember 2019 an insgesamt 32 Unternehmen²¹ in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form beteiligt. Diese verteilen sich auf zwei Beteiligungsebenen, wobei die meisten Beteiligungen unmittelbar gehalten werden. Die Beteiligungen werden in acht verschiedenen Rechtsformen geführt. Die Stadt Siegen ist unter anderem an einer Aktiengesellschaft, fünf eingetragenen Genossenschaften und neun Waldgenossenschaften beteiligt. Darüber hinaus ist Siegen Mitglied in drei Zweckverbänden.

²¹ Mittelbar gehaltene Kleinstbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote von unter fünf Prozent wurden nicht berücksichtigt.

Anhand der durchgerechneten Beteiligungsquote teilen sich die Beteiligungen der Stadt Siegen wie folgt auf:

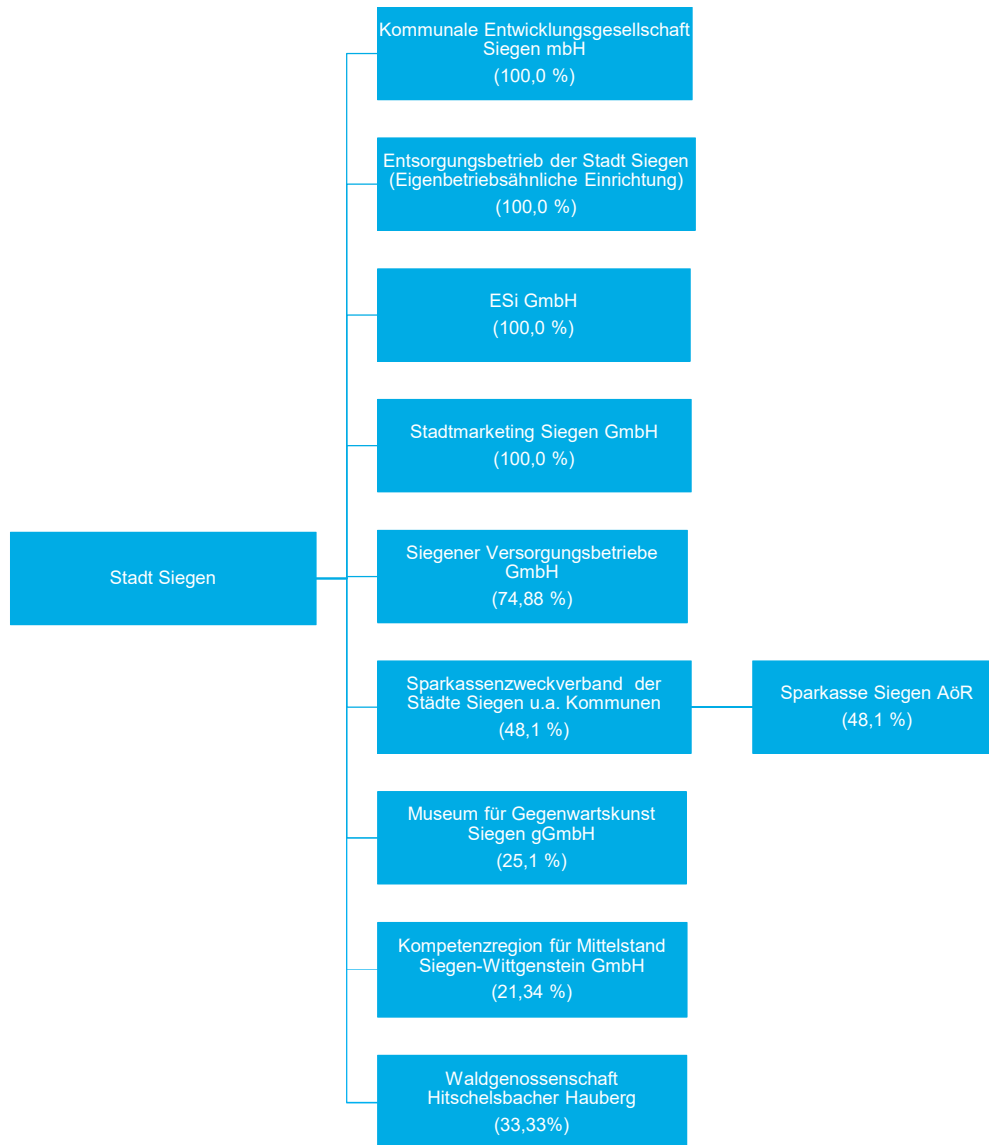
Anzahl der Beteiligungen nach Beteiligungsquote zum 31. Dezember 2019



Grundsätzlich sind durch die Stadt bei der Beteiligungssteuerung alle Beteiligungen in den Blick zu nehmen. Bei einer Beteiligungsquote von mindestens 20,0 Prozent kann die Stadt einen maßgeblichen oder beherrschenden Einfluss ausüben. Dadurch hat sie bei diesen Beteiligungen höhere Einflussmöglichkeiten, um die städtischen Interessen zu vertreten. Ebenso sind diese Beteiligungen regelmäßig ausschlaggebend im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt. Daher untersuchen wir nachfolgend diejenigen Beteiligungen, an denen die Stadt mit mindestens 20,0 Prozent beteiligt ist.

Bei der Stadt Siegen handelt es sich zum 31. Dezember 2019 hier um folgende Beteiligungen:

Beteiligungen mit einer Beteiligungsquote²² von mindestens 20,0 Prozent zum 31. Dezember 2019



Die Stadt Siegen liegt im Siegerland und ist von großen Waldflächen umgeben. Diese sind teilweise im Eigentum von historisch gewachsenen Waldgenossenschaften, an denen die Stadt Anteile hält. Nur bei einer von neun Waldgenossenschaften, der Waldgenossenschaft Hirschelsbacher Hauberg, liegt der Anteil der Stadt Siegen über 20,0 Prozent.

Die im Jahr 2019 gegründete Stadtmarketing Siegen GmbH hat ihr operatives Geschäft erst im Jahr 2020 aufgenommen.

²² Bei den mittelbar gehaltenen Beteiligungen ist die effektive Beteiligungsquote angegeben. Diese wurde, ausgehend von der Stadt, multiplikativ nach unten durchgerechnet.

Die Stadt Siegen hat zum 01. Januar 2020 einen Kommanditanteil an der Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co. KG erworben. Zum Zeitpunkt der Prüfung durch die gpaNRW ist die Stadt mit 74,9 Prozent an dieser Gesellschaft beteiligt.

Des Weiteren ist die Stadt Siegen zum 01. Januar 2020 der d-NRW AöR beigetreten und hält einen Anteil in Höhe von 0,1 Prozent.

Seit Dezember 2020 ist die Stadt Siegen mit 1,0 Prozent an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH beteiligt.

2.3.2 Wirtschaftliche Bedeutung

➔ Neben dem Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen sind insbesondere die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH von wirtschaftlicher Bedeutung für die Stadt. Die wirtschaftliche Bedeutung der städtischen Beteiligungen insgesamt liegt auf einem mittleren Niveau.

Durch Gewinnausschüttungen und Dividenden tragen die Beteiligungen zur Entlastung des kommunalen Haushaltes bei. Verlust- und Zuschussbetriebe hingegen führen zu einer Belastung des kommunalen Haushaltes. Darüber hinaus stellen Gesellschafterdarlehen und Bürgschaften, die die Kommune ihren Beteiligungen gewährt, zusätzliche Risiken für den kommunalen Haushalt dar. Beispielsweise kann im Falle einer Insolvenz der Beteiligung die Rückzahlung von Gesellschafterdarlehen ausfallen bzw. die Kommune kann zu Verpflichtungen aus Bürgschaften herangezogen werden. Je höher die Risiken und Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt sind, desto höher sind die Anforderungen an das Beteiligungsmanagement im Hinblick auf die Kontrolle und die Steuerung der Beteiligungen.

Neben diesen direkten wirtschaftlichen Auswirkungen für den kommunalen Haushalt sind auch die Jahresabschlussdaten für die Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung der Beteiligungen relevant. Kommunale Beteiligungen halten im Vergleich zum städtischen Haushalt oft hohe Verbindlichkeiten. Die wirtschaftliche Bedeutung von Beteiligungen steigt zudem mit der Höhe der dorthin ausgelagerten Sachanlagen bzw. Vermögenswerten. Neben ertragsstarken Beteiligungen gibt es auch Beteiligungen, die durch hohe Aufwendungen belastet sind. Auch dies ist in die Betrachtung der wirtschaftlichen Bedeutung einzubeziehen. Denn auch ohne bzw. nur mit geringen Gewinnausschüttungen oder Verlustübernahmen können Beteiligungen für die Kommune von Bedeutung sein. Häufig sind in kommunalen Konzernstrukturen beispielsweise steuerliche Querverbünde vorzufinden. Gewinne eines Unternehmens (z.B. Stadtwerke) werden zur Deckung von Verlustbetrieben (z.B. Bäderbetrieb) genutzt.

Die Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt der **Stadt Siegen** stellen sich wie folgt dar:

Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt der Stadt in Tausend Euro

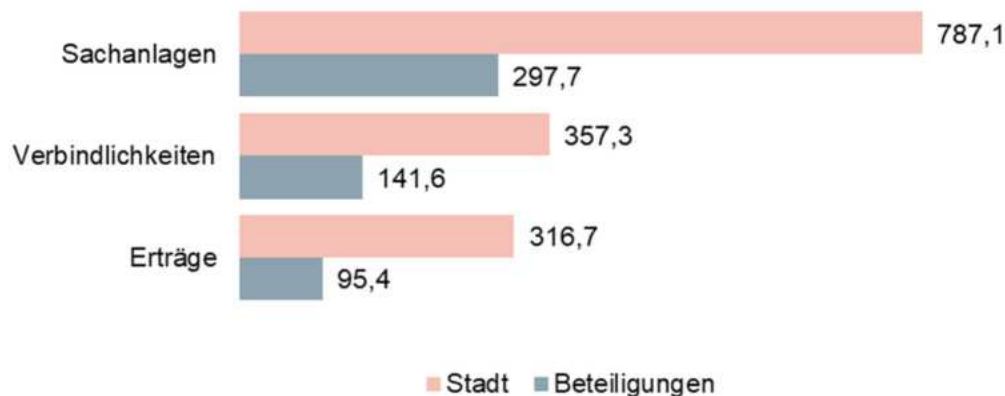
Art der Erträge und Aufwendungen	2017	2018	2019
Erträge aus Gewinnausschüttungen und Dividenden	3.614	4.321	3.747
- Aufwendungen aus Zuschüssen, Umlagen und Verlustübernahmen	1.976	1.849	2.096
= Ergebnisbelastung/-entlastung	1.638	2.471	1.635

Insgesamt überwiegen die Erträge die Aufwendungen. Infolgedessen entlasten die Beteiligungen den städtischen Haushalt im Jahr 2019 mit rund 1,6 Mio. Euro. Mit 2,9 Mio. Euro steuert die Siegerner Versorgungsbetriebe GmbH die meisten Gewinnausschüttungen bei, gefolgt von der Sparkasse Siegen AöR sowie der RWE AG. Bei den Aufwendungen handelt es sich im Wesentlichen um die Umlagen an den Zweckverband Südwestfalen-IT.

Weitere Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt ergeben sich aus Bürgschaften. Die Stadt Siegen leistet zum 31. Dezember 2019 Bürgschaften in Höhe von 9,6 Mio. Euro. Der größte Betrag von 9,5 Mio. Euro fällt dabei für die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH an. Im Prüfungszeitraum haben sich die gewährten Bürgschaften planmäßig im gleichen Umfang reduziert, wie die von der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH aufgenommenen Darlehen. Die Stadt Siegen beabsichtigt im Bedarfsfall auch in Zukunft Bürgschaften zugunsten der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH zu vergeben. Nach Angaben der Stadt Siegen überwiegt der hiermit verbundene Zinsvorteil etwaige Risiken eines Bürgschaftsausfalls.

Neben den direkten Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt wird die wirtschaftliche Bedeutung der Beteiligungen der Stadt Siegen anhand der Jahresabschlussdaten nachfolgend dargestellt. Es handelt sich um die Werte aus den Jahresabschlüssen zum 31. Dezember 2019. Hierbei lässt die gpaNRW den Sparkassenzweckverband der Städte Siegen, Freudenberg, Hilchenbach, Kreuztal, Netphen und der Gemeinde Wilnsdorf sowie die Sparkasse Siegen AöR außer Acht. Die Sparkassenzweckverbände unterliegen einer gesonderten überörtlichen Prüfung durch die gpaNRW. Eine Einbeziehung dieser Beteiligungen würde die Ergebnisse verzerren. Dies begründet sich darin, dass Sparkassen eine abweichende Struktur von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung aufweisen. Ebenfalls werden die Waldgenossenschaften in die nachfolgende Betrachtung nicht einbezogen, da die Waldgenossenschaften eine jährliche Einnahmeüberschussrechnung erstellen. Jahresabschlüsse nach doppelten Grundsätzen und damit Werte für das Anlagevermögen, die Verbindlichkeiten und die Erträge sind bei diesen Beteiligungen nicht vorhanden.

Ausgewählte Jahresabschlusspositionen²³ in Mio. Euro zum 31. Dezember 2019



Das Sachanlagevermögen, die Verbindlichkeiten und die Erträge der Stadt Siegen sind höher als die Werte der städtischen Beteiligungen. Wie oben beschrieben entlasten die Beteiligungen den Kernhaushalt im Jahr 2019 mit ihren Gewinnausschüttungen und Dividenden von 3,1 Mio. Euro spürbar. Die Stadt Siegen übernimmt hohe Bürgschaften für ihre Beteiligungsgesellschaften und geht damit Risiken ein. Infolgedessen liegt die wirtschaftliche Bedeutung der Beteiligungen der Stadt Siegen auf einem mittleren Niveau.

Beinahe die gesamten in den Beteiligungen bilanzierten Verbindlichkeiten und Sachanlagevermögen sowie 96 Prozent der erwirtschafteten Erträge verteilen sich auf die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH sowie auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen.

2.4 Beteiligungsmanagement

Die Funktion des Beteiligungsmanagements besteht darin, die wirtschaftlichen Ziele und den öffentlichen Zweck der städtischen Beteiligungen zueinander in Beziehung zu setzen. Des Weiteren ist es Aufgabe des Beteiligungsmanagements Transparenz zu schaffen und die politische Steuerung durch den Rat als gewähltes Organ wirksam werden zu lassen. Das Beteiligungsmanagement ist dabei als Oberbegriff zu verstehen und untergliedert sich in die Beteiligungsverwaltung, die Mandatsträgerbetreuung und das Beteiligungscontrolling. Darüber hinaus wird als Beteiligungsmanagement die Organisationseinheit bezeichnet, die die damit verbundenen Aufgaben operativ wahrnimmt. Die Prüfung der gpaNRW nimmt dabei ausgewählte Teilbereiche des Beteiligungsmanagements in den Blick.

Wie in dem vorangegangenen Kapitel aufgezeigt, ist unter anderem der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen für das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen von Bedeutung. Generell sind Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen aufgrund ihrer rechtlichen Stellung stark an die Kommune gebunden. Konkret ergibt sich dies aus den Regelungen der Eigenbetriebsverordnung NRW. Demnach ist beispielsweise der Rat der Kommune zuständig für die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses sowie die Bestellung und Abberufung

²³ nur Beteiligungen mit einer Beteiligungsquote von mindestens 20 Prozent

der Betriebsleitung. Außerdem bestehen Informationspflichten der Betriebsleitung gegenüber der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister und der Kämmerin oder dem Kämmerer. Die Eigenbetriebsverordnung NRW konkretisiert somit bereits verschiedene Steuerungsinstrumente. Deshalb prüfen wir bei Eigenbetrieben lediglich, ob das Berichtswesen so ausgestaltet ist, dass eine effektive Steuerung möglich ist.

2.4.1 Organisation des Beteiligungsmanagements

➔ Feststellung

Die Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Siegen entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen ergeben.

Ein effektives Beteiligungsmanagement setzt eine organisatorische Zuordnung innerhalb der Verwaltung mit klaren Zuständigkeiten voraus. Hilfreich ist eine gewisse Nähe zur Verwaltungsleitung, um diese bei ihren Aufgaben zu unterstützen. Unter Berücksichtigung des Beteiligungsportfolios ist eine ausreichende Personalausstattung entsprechend den sich hieraus ergebenden Anforderungen an das Beteiligungsmanagement Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Beteiligungsmanagement und eine effektive Beteiligungssteuerung.

Um die Aufgaben des Beteiligungsmanagements wirksam erfüllen zu können, sind konzernweite Regelungen hinsichtlich der Einbindung des Beteiligungsmanagements in die Entscheidungen und Strategien der Unternehmen erforderlich. Zudem sollte das Beteiligungsmanagement die Voraussetzungen einer guten Unternehmensführung innerhalb des Konzerns schaffen. Hierzu sind eine Richtlinie zur guten Führung öffentlicher Unternehmen (Public Corporate Governance Kodex) sowie eine Beteiligungsrichtlinie notwendig.

Das Beteiligungsmanagement sollte ein umfassendes Management der relevanten Daten der Beteiligungen betreiben. Hierzu zählen u.a. grundlegende Unternehmensdaten der Beteiligungen, Wirtschaftspläne, Jahresabschlüsse sowie Sitzungsvorlagen und Niederschriften der Gremiensitzungen. Die Daten sollten zentral und digital vorgehalten werden, um steuerungsrelevante Informationen für die Verwaltungsführung oder die politischen Vertreterinnen und Vertreter kurzfristig bereitstellen zu können. Die Datenvorhaltung ist eine Voraussetzung für ein funktionierendes Beteiligungsmanagement.

Das Beteiligungsmanagement der **Stadt Siegen** ist in der Abteilung 3/1 Kämmerei innerhalb des Geschäftsbereiches des Stadtkämmerers (Geschäftsbereich 3) angesiedelt. Im Stellenplan sind 0,7 vollzeitverrechnete Stellen für diese Aufgaben vorgesehen. Das Beteiligungsmanagement ist zentral organisiert. Die Aufgaben des Beteiligungsmanagements werden anteilig von einem Sachbearbeiter, einer Arbeitsgruppenleitung sowie bei Bedarf von der Abteilungsleitung wahrgenommen.

Viele Abläufe haben sich in der Stadt Siegen als gelebte gängige Praxis verfestigt, schriftlich sind sie jedoch nicht festgehalten. Die Stadt verfügt nicht über eine Beteiligungsrichtlinie oder einen Public Corporate Governance Kodex (PCGK).

Ein PCGK richtet sich direkt an die Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane der Unternehmen und formuliert Grundsätze verantwortungsvoller Führung öffentlicher Unternehmen sowie Wertmaßstäbe. Grundsätzlich ist eine übersichtliche und widerspruchsfreie Konzeption des PCGK

erforderlich. Eine Beteiligungsrichtlinie ergänzt den PCGK durch weitergehende interne Regelungen. Die Verantwortlichkeiten des Beteiligungsmanagements und das Zusammenwirken des Beteiligungsmanagements und der Beteiligungen bzw. der Organe der Beteiligungen sollten darin geregelt werden. Die Beteiligungsrichtlinie kann das Beteiligungsmanagement vereinfachen, indem den Beteiligungen zum Beispiel klare Vorgaben zur Übersendung von Unterlagen und der Ausgestaltung des Berichtswesens gemacht werden. Andererseits können die Berichtspflichten des Beteiligungsmanagements an die kommunalen Gremien in der Beteiligungsrichtlinie festgehalten werden. Die Zuständigkeiten und Aufgaben des Beteiligungsmanagements sollten benannt werden. Aber auch andere administrative Angelegenheiten können mit Hilfe einer Beteiligungsrichtlinie geregelt werden.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte verbindliche Standards mindestens in Form einer Beteiligungsrichtlinie schriftlich formulieren.

Die Stadt Siegen hält alle relevanten beteiligungsbezogenen Unterlagen, wie Satzungen, Gesellschaftsverträge, Wirtschaftspläne, Jahresabschlüsse, Prüfberichte, Einladungen und Niederschriften für Sitzungen des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung für die Beteiligungen vor, die für die Stadt Siegen fiskalisch relevant sind und in den städtischen Gesamtabschluss einfließen. Für weitere Gesellschaften liegen die genannten Unterlagen teilweise oder gar nicht vor. Aufgrund spezieller Thematik verwaltet die Abteilung 4/5 Stadtentwicklung/-planung, Liegenschaften alle Daten der Waldgenossenschaften.

Die Unterlagen zu den städtischen Beteiligungen werden zentral im Beteiligungsmanagement vorgehalten. Sie werden teilweise digital verwaltet, somit ist der Datenzugriff auf diese Unterlagen gesichert. Das Beteiligungsmanagement hat die Dokumente im digitalen Format nur dann, wenn auch die Datenlieferung der Beteiligung digital erfolgt. Einige Unterlagen werden nach wie vor in Form einer Papierakte vorgehalten. Die Papierakten werden im Büro des entsprechenden Sachbearbeiters aufbewahrt. In Vertretungsfällen können befugte Personen auf die Unterlagen zugreifen.

Aktuell führt die Stadt eine verwaltungsweite digitale Akte ein. Zum Zeitpunkt der Prüfung durch die gpaNRW ist nicht bekannt, wann genau die digitale Akte in der Kämmerei und somit im Beteiligungsmanagement aufgebaut wird.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte ihre Bemühungen intensivieren, eine digitale Akte einzuführen. Das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die städtischen Beteiligungen ihre Unterlagen und Daten digital zur Verfügung stellen. Übergangsweise sollten zukünftig erhaltene Unterlagen eingescannt und in digitaler Form vorgehalten werden.

Neben der reinen Beteiligungsverwaltung übernimmt das Beteiligungsmanagement auch umfangreiche weitere Aufgaben im Zusammenhang mit den städtischen Beteiligungen. Dazu zählen insbesondere die Erstellung des Beteiligungsberichts und Fragestellungen im Zusammenhang mit Gesellschafts- und Unternehmensverträgen.

2.4.2 Berichtswesen

→ Feststellung

Das Berichtswesen entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Portfolio der Stadt Siegen ergeben.

Das Berichtswesen hat die Aufgabe, die kommunalen Entscheidungsträger rechtzeitig und ausreichend über den Geschäftsverlauf der Beteiligungen zu informieren. Voraussetzung hierfür ist ein zeitnaher und ausreichender Informationsfluss zwischen den Beteiligungen und der Kommune sowie der Informationsfluss von der Verwaltung zum Rat.

Nach den gesetzlichen Vorgaben muss eine jährliche Berichterstattung an den Rat durch den Beteiligungsbericht oder den Gesamtabschluss spätestens bis zum Ende des Folgejahres erfolgen. Diese Berichterstattung soll dem Rat einen ausreichenden Überblick über alle Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung geben.

Daneben sollte auch ein unterjähriges Berichtswesen implementiert sein. Hierzu ist es erforderlich, dass die bedeutenden Beteiligungen unterjährig das Beteiligungsmanagement über Planaabweichungen und bestehende Risiken unter Berücksichtigung von aktuellen Prognosen unterrichten. Das Beteiligungsmanagement sollte auf Basis dieser Berichte der Beteiligungen den Rat über die unterjährige Entwicklung und Risiken der Beteiligungen in einem angemessenen Turnus informieren. Hierfür ist ein Bericht an den Rat unter Angabe der Auswirkungen und Risiken für die Kommune erforderlich. Dadurch wird der Verwaltungsführung und dem Rat als abschließendem Entscheidungsgremium ermöglicht, rechtzeitig geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Beteiligungsbericht

Der Rat der **Stadt Siegen** hat gemäß § 116a GO NRW Befreiungen von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für die Jahre 2019 und 2020 beschlossen. Es ist geplant, auch in den kommenden Jahren einen entsprechenden jährlichen Beschluss zu fassen. Damit ist die Stadt Siegen weiterhin verpflichtet, einen jährlichen Beteiligungsbericht zu erstellen und in den Rat einzubringen.

Die Stadt hat die Beteiligungsberichte bis einschließlich 2019 im vierten Quartal des Folgejahres in den Rat eingebracht. Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2020 wurde aufgrund von Personalengpässen erst im Juni 2022 verfasst und dem Rat der Stadt Siegen vorgelegt. Dieser Beteiligungsbericht wurde erstmals nach dem neuen Muster gemäß Anlage 32 des Runderlasses „Muster für das doppelte Rechnungswesen sowie zu Bestimmungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (VV Muster zur GO NRW und KomHVO NRW)“ erstellt.

Neben der grafischen und tabellarischen Übersicht der Beteiligungen umfasst der Beteiligungsbericht unter anderem Übersichten über wichtige Unternehmensdaten und über wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Stadt Siegen. Die aus der städtischen Sicht wesentlichen Beteiligungen werden im Bericht einzeln dargestellt. Als wesentlich betrachtet die Stadt Siegen diejenigen Beteiligungen, an denen die Stadt mehr als 50 Prozent der Anteile hält und die auch für den Gesamtabschluss relevant wären. Dazu gehören die Beteiligungsgesellschaften Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH, die ESi GmbH, die Stadtmarketing Siegen GmbH, die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH, die

Stromnetzgesellschaft Siegen GmbH & Co. KG sowie die eigenbetriebliche Einrichtung Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen.

Unterjähriges Berichtswesen

Die Stadt Siegen verfügt noch nicht über ein vollständiges unterjähriges Berichtswesen. Es gibt keine konkreten Regelungen für die unterjährige Berichterstattung der Beteiligungen an die Stadt und vom Beteiligungsmanagement an den Rat.

Jedoch erstellen der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen, die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH und die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH unterjährige Berichte. Diese werden von der jeweiligen Beteiligung den Mitgliedern der Aufsichtsgremien, der Verwaltungsführung und dem Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen zur Kenntnis gegeben. Die Berichtsinhalte dieser drei Beteiligungen unterscheiden sich erheblich.

Für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen werden quartalsweise Zwischenberichte gemäß § 20 EigVO NRW erstellt. Die Zwischenberichte unterrichten über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie die Abwicklung des Vermögens- und Finanzplanes. Neben den Soll-Ist-Vergleichen wird eine Prognose für das laufende Jahr erstellt. Die dabei entstehenden Abweichungen werden erläutert. Zusätzlich erhalten die Zwischenberichte Informationen zu den von dem Entsorgungsbetrieb eingesetzten Finanzderivaten.

Auch die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH informiert quartalsweise über die prognostizierte wirtschaftliche Entwicklung und erläutert einzelne Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung im Vergleich zum Vorjahr und zum Wirtschaftsplan. Das Zahlenwerk wird von verbalen Erläuterungen begleitet. Ergänzend bietet der Bericht Informationen zu Investitionen, soweit welche im betreffenden Zeitraum getätigt wurden²⁴.

Die Quartalsberichte der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH enthalten neben den Positionen der Ergebnisrechnung Investitionen sowie die Daten zum Erdgas-, Wasser und Strombezug. Im Gegensatz zur unterjährigen Berichterstattung des Entsorgungsbetriebs Siegen und der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH werden Abweichungen von der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH nicht kommentiert²⁵.

Auf Veranlassung des Rates erstellt das Beteiligungsmanagement seit 2016 einen jährlichen Bericht zur städtischen Beteiligung am RWE-Konzern für den Rat. Darin werden u.a. das Konzernergebnis des Vorjahres, die daraus resultierende Dividende der Stadt Siegen und die prognostizierte Dividende für das laufende Jahr dargestellt. Des Weiteren fasst das Beteiligungsmanagement die Entwicklung des vergangenen und des laufenden Jahres sowie die zu erwartende zukünftige Entwicklung des RWE-Konzerns zusammen. Des Weiteren enthält dieser Bericht eine Stellungnahme zur weiteren Beteiligung der Stadt Siegen an RWE.

Für die übrigen Beteiligungsgesellschaften der Stadt Siegen erfolgt keine unterjährige Berichterstattung.

²⁴ zur unterjährigen Berichterstattung der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH s.a. Kapitel 2.5.2.2

²⁵ zur unterjährigen Berichterstattung der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH s.a. Kapitel 2.5.2.1

Der Rat und seine Ausschüsse werden anlassbezogen informiert. Zu solchen Anlässen gehören z.B. Satzungsänderungen, Kapitalerhöhungen, Aufgabe von Beteiligungen, Erteilung von Weisungen an die vom Rat entsandten Mitglieder in den Beteiligungsgremien. Über die laufende unterjährige wirtschaftliche Entwicklung der städtischen Beteiligungen erfolgt keine Berichterstattung des Beteiligungsmanagements an den Rat. Bei gravierenden Änderungen des zu erwartenden Ergebnisses der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH wird der Rat im Rahmen der unterjährigen Finanzberichterstattung informiert.

Die unterjährige Berichterstattung ist aus Sicht der gpaNRW notwendig, um die politischen Vertreter und Vertreterinnen auch unterjährig über eventuelle wirtschaftliche Veränderungen regelmäßig zu informieren. Nur so liegen der Politik ausreichende Informationen vor, um gegebenenfalls frühzeitige Gegensteuerungsmaßnahmen zu beschließen. Dies könnte in Form eines komprimierten Gesamtberichtes über die wesentlichen städtischen Beteiligungsgesellschaften geschehen. Der Bericht sollte standardisiert sein und alle wichtigen Informationen übersichtlich und einfach lesbar für die Ratsmitglieder enthalten. Wesentliche Kernaussagen sollten direkt für die Ratsmitglieder erkennbar sein.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte die Politik unterjährig standardisiert über den wirtschaftlichen Verlauf der bedeutenden Beteiligungen informieren. Dies kann in Form des noch aufzubauenden Berichtswesens erfolgen. Dabei könnte eine Beteiligungsrichtlinie unterstützen, die die Mindeststandards hinsichtlich der Inhalte, des Aufbaus und des Berichtsrhythmus sowohl für die Berichterstattung der Beteiligungsgesellschaften an die Stadtverwaltung als auch für das Berichtswesen der Verwaltung an die städtischen politischen Gremien festlegt.

2.4.3 Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien

→ **Feststellung**

Die Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter entspricht teilweise den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen ergeben.

Die Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung und Politik in den Gremien der Beteiligungen müssen über ein ausreichendes Wissen zur Ausübung ihrer Aufgabe verfügen. Fehlendes Wissen und Informationen kann neben haftungsrechtlichen Konsequenzen für einzelne Vertreterinnen und Vertreter auch zu Fehlentscheidungen der Vertreterinnen und Vertreter führen. In der Folge kann dies negative wirtschaftliche Auswirkungen für die Beteiligung haben und/oder dazu führen, dass Zielsetzungen der Kommune keine Beachtung finden. Schließlich kann dies auch finanzielle Auswirkungen für die Kommune durch beispielsweise geringere Gewinnausschüttungen und höhere Verlustübernahmen oder Zuschüsse haben.

Die Gremienvertreter und -vertreterinnen (aus Verwaltung und Politik) sollten über ein ausreichendes Wissen über ihre Aufgabe (z.B. Rechte und Pflichten ihrer Mandatsausübung) und notwendiges Fachwissen (z.B. Aufgabe der Gremien, rechtliche Hintergründe, wirtschaftliche Kenntnisse, branchenspezifische Kenntnisse etc.) verfügen. Durch das Beteiligungsmanagement sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Gremienvertreterinnen und -vertreter sich dieses notwendige Wissen aneignen können. Hierzu sollten durch das Beteiligungsmanagement regelmäßige Schulungen der Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter angeboten werden. Für fachliche und inhaltliche Fragen, auch zu einzelnen Beteiligungen, sollte das Beteiligungsmanagement als Servicestelle zur Verfügung stehen.

Die Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien haben bei ihrer Entscheidungsfindung gemäß § 113 GO NRW die Interessen der Kommune zu berücksichtigen. Hierfür ist es notwendig, dass das Beteiligungsmanagement die Vertreterinnen und Vertreter inhaltlich auf die Gremiensitzungen vorbereitet. Das Beteiligungsmanagement sollte zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der Gremiensitzungen Kommentierungen und gegebenenfalls Beschlussempfehlungen verfassen. So kann sichergestellt werden, dass die Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien die Sichtweise der Kommune kennen und in ihre Entscheidungen einfließen lassen.

Die **Stadt Siegen** organisiert keine regelmäßigen Schulungen der Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter. Die letzte Schulung für kommunale Aufsichtsratsmitglieder fand im November 2014 statt. Zu den Inhalten dieser Schulung gehörten Rechte und Pflichten kommunaler Gremienvertreter und Gremienvertreterinnen, rechtliche Grundlagen der Kommunalwirtschaft, betriebliche Themenbereiche und spartenbezogene Fachthemen.

Die Gremienvertreter und Gremienvertreterinnen bringen unterschiedliches Vorwissen für ihre Tätigkeit mit. Um ein einheitliches Wissensniveau sicherzustellen ist es sinnvoll, mindestens einmal in jeder Wahlperiode eine Schulung für die Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter anzubieten, in der sie über ihre Rechte und Pflichten unterrichtet werden. Neben den Mitgliedern von Aufsichtsgremien betrifft es auch die Vertreter und Vertreterinnen in den anderen Gremien der Beteiligungen. Im Fall komplexer Fachthemen kann es notwendig sein, auch spezielle Schulungen zu fachlichen Themen anzubieten.

Insbesondere zu Rechten und Pflichten von Vertreterinnen und Vertretern in den Gremien sowie zu Grundlagenkenntnissen der Gremientätigkeit gibt es kompakte Fachliteratur²⁶, die durch die Stadt den Gremienvertreter und Gremienvertreterinnen zur Verfügung gestellt werden kann. Dies stellt eine Alternative zur Durchführung von Schulungen dar, um die Gremienvertreter in die Lage zu versetzen, sich im Selbststudium notwendiges Wissen über ihre Aufgaben anzueignen.

Regelmäßige Hinweise an alle Gremienvertreter und Gremienvertreterinnen auf Schulungsangebote von Drittanbietern sind eine zusätzliche Möglichkeit, Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter bei der Fortbildung für die Wahrnehmung ihrer Aufgabe zu unterstützen.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte mindestens einmal in jeder Wahlperiode eine Schulung über die Rechte und Pflichten von Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter anbieten. Darüber hinaus können Schulungen zu fachlichen Themen sinnvoll bzw. notwendig sein.

Die Stadt Siegen ist in einigen Gremien der Beteiligungen durch ihre Verwaltungsführung vertreten. Des Weiteren entsendet der Rat der Stadt Siegen seine Mitglieder in diverse Aufsichtsräte. Damit diese ihre Verpflichtungen ihrem Mandat entsprechend erfüllen können, ist es notwendig, dass sie auch die Interessen der Stadt kennen. Das Beteiligungsmanagement analysiert regelmäßig Tagesordnungen der anstehenden Gremiensitzungen und fertigt bedarfsorientiert Stellungnahmen für die Verwaltungsführung. Dies betrifft vor allem Tagesordnungspunkte, die das Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen wesentlich tangieren oder finanzielle Auswirkungen

²⁶ z.B. Taschenbuch „Plötzlich Aufsichtsrat – was nun?“, Das Taschenbuch für Aufsichtsräte in öffentlichen Unternehmen, Institut für den öffentlichen Sektor

gen haben. Ergänzend hinzu erstellt das Beteiligungsmanagement im Bedarfsfall Stellungnahmen zu Jahresabschlüssen und Wirtschaftsplänen ausgewählter Beteiligungen für den Bürgermeister und den Stadtkämmerer. Diese Stellungnahmen gehen den Ratsvertretern und Ratsvertreterinnen nicht zu. Aufgrund der Besetzung der Gremien auch durch eine Vertreterin oder einen Vertreter des Verwaltungsvorstandes ist zwar sichergestellt, dass bei Bedarf entsprechende Informationen in der jeweiligen Sitzung weitergegeben werden können. Jedoch verfügen die Ratsvertreter und Ratsvertreterinnen nicht zeitig genug über alle Informationen, um sich auf die Gremiensitzung vorbereiten zu können.

Die Stadt Siegen verfasst Beschlussvorlagen für den Rat für Beschlüsse, die einer vorherigen Zustimmung des Rates bedürfen, z.B. Änderungen bei Beteiligungen wie Gründung oder Aufgabe einer Beteiligung sowie Änderungen von Beteiligungsverhältnissen. Für diese Zustimmung fertigt das Beteiligungsmanagement Beschlussvorlagen an. Des Weiteren verfasst das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen bei Bedarf Stellungnahmen für Weisungsbeschlüsse für den Rat. Die Entscheidung, wann es sich um einen Bedarf handelt, trifft der Stadtkämmerer. Solche Stellungnahmen werden überwiegend für die drei bedeutenden Beteiligungen, die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH, den Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen und die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH gefertigt.

Darüber hinaus verfasst das Beteiligungsmanagement keine Stellungnahmen zu den Tagesordnungen der Gremien der Beteiligungen mit Beschlussempfehlung. Infolgedessen ist nicht unmittelbar sichergestellt, dass die Vertreterinnen und Vertreter in den Gremien die Sichtweise der Stadt und eventuelle finanzielle Auswirkungen kennen.

Nach Angaben der Stadt hat der Rat jedoch die Möglichkeit, z.B. über Anfragen der Fraktionen Beteiligungsangelegenheiten zu thematisieren.

→ **Empfehlung**

Um die Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Gremien über die Sichtweise der Stadt und eventuelle finanzielle Auswirkungen zu informieren, sollte das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen die Tagesordnungen der Gremiensitzungen strukturiert untersuchen und zu kommunal bedeutenden Tagesordnungspunkten Stellungnahmen und Beschlussempfehlungen verfassen.

Die Beteiligungssteuerung hat kein Gastrecht in den Gesellschafterorganen. Sie erhält jedoch, wie im Kapitel „2.4.1 Organisation des Beteiligungsmanagements“ beschrieben, Niederschriften sämtlicher Gremiensitzungen.

2.5 Prüfung der Einflussnahme der Stadt bei ausgewählten Beteiligungen

Nach § 107 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW darf sich eine Kommune u.a. nur wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Kommune steht. Auch Art und Umfang der energiewirtschaftlichen Betätigung wird ausdrücklich von der Leistungsfähigkeit der Kommune abhängig gemacht (§ 107a Abs. 1 GO NRW). Bei Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts

darf sich die Kommune nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichten (§ 108 Abs. 1 Nr. 5 GO NRW). Insoweit sind auch Gewinnausschüttungen, Verlustübernahmen und Zuschüsse unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Kommune regelmäßig zu überprüfen und ggfls. anzupassen.

Anhand ausgewählter Beteiligungen wird in diesem Kapitel nachvollzogen, wie die konkrete Beteiligung seitens der Kommune gesteuert bzw. die Einflussnahme im Hinblick auf Gewinnausschüttungen, Verlustübernahmen und Zuschüsse unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Kommune sichergestellt wird. Einbezogen werden hierbei auch vorhandene Regelungen im Public Corporate Governance Kodex und der Beteiligungsrichtlinie.

Die Auswahl der nachfolgend betrachteten Beteiligungen orientiert sich an den im Kapitel 2.3.2 benannten wirtschaftlich bedeutenden Beteiligungen. Näher betrachtet werden

- Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und
- Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH.

2.5.1 Rechtliche Sicherstellung der Einflussnahme

- Die Stadt Siegen stellt ihre Einflussnahme auf die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH durch entsprechende Regelungen im Gesellschaftsvertrag bzw. in der Satzung rechtlich sicher.

Die Kommune sollte rechtlich sicherstellen, dass sie bei ihren Beteiligungen einen angemessenen Einfluss erhält. Im Falle öffentlich-rechtlicher Beteiligungen ergeben sich gesetzliche Vorgaben aus der GO NRW, der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW) und dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW (GkG NRW). Im Falle von Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform hat die Kommune ihren Einfluss nach § 108 Abs. 1 Nr. 6 GO NRW insbesondere in einem Überwachungsorgan sicherzustellen. Dazu sollte sie entsprechende Regelungen im Gesellschaftsvertrag, in der Satzung oder in sonstiger Weise treffen.

2.5.1.1 Siegener Versorgungsbetriebe GmbH

Die **Stadt Siegen** ist unmittelbar mit 74,88 Prozent an der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) beteiligt. Die anderen Gesellschafter sind die rhenag Rheinische Energie AG mit 24,92 Prozent und die Bethmann Bank AG mit 0,20 Prozent. Damit kann die Stadt Siegen einen beherrschenden Einfluss auf die Gesellschaft ausüben, soweit dieser nicht durch Regelungen in dem Gesellschaftsvertrag eingeschränkt wird.

Gegenstand der SVB ist

- die Energie-, Wärme- und Wasserversorgung sowie alle in diesem Zusammenhang stehenden versorgungswirtschaftlichen Aufgaben und Dienstleistungen,
- die Errichtung, das Halten, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb, die Betriebsführung sowie das Betreiben der dazugehörigen Anlagen und Werke und damit zusammenhängender Infrastruktur.

Gesellschaftsorgane

Die Gesellschaftsorgane bestehen nach § 5 des Gesellschaftsvertrages aus der Geschäftsführung, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Der Aufsichtsrat setzt sich aus 17 Mitgliedern zusammen. Die Stadt Siegen entsendet 14 Mitglieder, dabei ist der Bürgermeister der Stadt Siegen geborenes Aufsichtsratsmitglied. Acht Mitglieder werden von den Ausschüssen der Stadt Siegen bestellt. Fünf weitere Mitglieder wählt die Belegschaft der SVB. Die rhenag Rheinische Energie AG entsendet drei Mitglieder.

In der Gesellschafterversammlung wird die Stadt Siegen durch die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses des Rates vertreten, mit der Maßgabe, dass das Stimmrecht für alle Geschäftsanteile einheitlich ausgeübt wird. Die rhenag AG und die Bethmann Bank AG entsenden eine ihrer Beteiligung entsprechende Anzahl von Vertreterinnen und Vertretern. Auch hier wird das Stimmrecht für jeden Geschäftsanteil einheitlich ausgeübt.

Zustimmungsvorbehalte

Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages darf die Geschäftsführung bestimmte Handlungen und Geschäfte nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates vornehmen. Dazu zählen unter anderem die Festsetzung und Änderung der Preise für die Trinkwasserversorgung, die Festlegung und Änderung einer generellen Beschaffungsstrategie für Energie, Wärme und Wasser, die Aufnahme und Hingabe von Darlehen sowie die Errichtung, der Erwerb, die Veräußerung und die Pachtung von Unternehmen und Beteiligungen. Im § 9 der „Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH“ sind Wertgrenzen für die zustimmungspflichtigen Geschäfte der Geschäftsführung definiert.

Wirtschaftsplan, Jahresabschluss und Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung hat gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages einen Wirtschaftsplan und eine fünfjährige Finanzplanung aufzustellen. Der aufgestellte Wirtschaftsplan bedarf der Genehmigung des Aufsichtsrates. Der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung sind den Gesellschaftern zur Kenntnis vorzulegen. Es ist vertraglich festgelegt, dass die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Verwendung des Jahresergebnisses beschließt. Sie werden zuvor vom Aufsichtsrat beraten und mit Beschlussempfehlungen an die Gesellschafterversammlung versehen.

Damit wird den Vorgaben nach § 108 Abs. 5 GO NRW vollumfänglich Rechnung getragen.

2.5.1.2 Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH

Die Stadt Siegen ist mit 100 Prozent an der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH (KEG) beteiligt. Sie ist alleinige Gesellschafterin und kann somit einen beherrschenden Einfluss auf die KEG ausüben.

Gegenstand der KEG ist die Wahrnehmung städtebaulicher und wohnungswirtschaftlicher Aufgaben sowie Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, insbesondere der Standortentwicklung und der Strukturpolitik, soweit diese Aufgaben und Maßnahmen einem öffentlichen Zweck dienen sollen.

Gesellschaftsorgane

Die Gesellschaftsorgane bestehen nach § 6 der Satzung aus der Geschäftsführung, dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung.

Der Aufsichtsrat setzt sich aus mindestens zehn Mitgliedern zusammen, wobei neun Mitglieder vom Rat der Stadt Siegen zu benennen sind. Die Fraktionen des Rates, die auf diesem Wege keinen Sitz erhalten, haben das Recht, ein stimmberechtigtes Mitglied in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Gesellschafterversammlung wählt nach diesem Vorschlag die Mitglieder des Aufsichtsrates. Der Bürgermeister der Stadt Siegen ist geborenes Mitglied des Aufsichtsrates der KEG.

Die Gesellschafterversammlung besteht aus den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Siegen. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist gleichzeitig Vorsitzender der Gesellschafterversammlung.

Die Geschäftsführung der KEG wird vom Kämmerer der Stadt Siegen in Personalunion wahrgenommen. Das sichert zusätzlich den städtischen Einfluss auf die KEG.

Zustimmungsvorbehalte

Nach § 10 der Satzung kann der Aufsichtsrat in seiner Geschäftsordnung zustimmungspflichtige Geschäfte für die Geschäftsführung festlegen. Die Geschäftsführung darf Handlungen und Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen, nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates vornehmen. Dazu zählen unter anderem der Erwerb, die Veräußerung und Belastung von Grundstücken, die Aufnahme und Hingabe von Darlehen sowie die Übernahme von Bürgschaften und der Abschluss von Verträgen. Im § 8 der „Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH“ sind Wertgrenzen für die zustimmungspflichtigen Geschäfte der Geschäftsführung definiert.

Wirtschaftsplan, Jahresabschluss und Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung hat gemäß § 13 der Satzung einen Wirtschaftsplan und einen fünfjährigen Finanzplan aufzustellen. Nach § 14 der Satzung ist die Geschäftsführung verpflichtet, den Jahresabschluss und den Lagebericht dem Aufsichtsrat vorzulegen. Des Weiteren hat die Geschäftsführung den Prüfungsbericht unverzüglich nach seinem Eingang an die Stadt Siegen als Gesellschafterin zu senden. Es ist vertraglich festgelegt, dass die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses beschließt sowie dem Wirtschafts- und Finanzplan ihre Zustimmung erteilt. Sowohl der Wirtschaftsplan als auch der Jahresabschluss werden zuvor vom Aufsichtsrat beraten und mit Beschlussempfehlungen an die Gesellschafterversammlung versehen.

Damit wird den Vorgaben nach § 108 Abs. 5 GO NRW vollumfänglich Rechnung getragen.

2.5.2 Einflussnahme auf die Ergebnisverwendung

→ Feststellung

Die Stadt Siegen nimmt angemessen Einfluss auf die Wirtschaftsplanung sowie auf die Ergebnisverwendung der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und der Kommunalen Entwick-

lungsgesellschaft mbH. Bei den beiden Gesellschaften bestehen noch Optimierungspotenziale hinsichtlich der Etablierung bzw. Fortführung eines standardisierten unterjährigen Berichtswesens.

Zur Sicherstellung der Einflussnahme sollte die Kommune in wesentliche Entscheidungsprozesse bei den Unternehmen eingebunden werden. Insbesondere die Gewinnausschüttungen, Verlustübernahmen und Zuschüsse müssen dabei in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune stehen. Daher sollte die Kommune insbesondere bei der Erstellung der Wirtschaftspläne und der Verwendung der Jahresergebnisse angemessen Einfluss nehmen. Dies kann beispielsweise durch die direkte Einbindung des Beteiligungsmanagements oder des Verwaltungsvorstandes geschehen. Darüber hinaus sollte die unterjährige Überprüfung der Einhaltung der Wirtschaftspläne durch ein schriftliches Berichtswesen oder regelmäßige Gespräche unter der Vorlage von Soll-/Ist-Abgleichen und Prognosen erfolgen.

2.5.2.1 Siegener Versorgungsbetriebe GmbH

Wirtschaftliche Situation

In den geprüften Jahren 2017 bis 2019 hat die SVB Jahresergebnisse zwischen 4,3 und 5,0 Mio. Euro erwirtschaftet. In der Regel werden die Ergebnisse zum größten Teil bis vollständig an die Gesellschafter ausgeschüttet. Im Prüfungszeitraum sind zwischen 3,9 und 5,0 Mio. Euro an die Gesellschafter ausgeschüttet worden. Die verbleibenden Beträge wurden in die Rücklagen der Gesellschaft eingestellt. Diese bilden aktuell 13 Prozent des gesamten Eigenkapitals. Im Jahr 2020 hat die SVB neben dem Ergebnis auch ein Teil der nicht mehr benötigten Rücklagen ihren Gesellschaftern zur Verfügung gestellt.

Die SVB ist an der SE Sauber Energie GmbH & Co. KG, der SE Verwaltungs-GmbH und der Energie für Geisweid GmbH beteiligt. Im Jahr 2019 hat die SVB Erträge aus ihren Beteiligungen in Höhe von rund 62.000 Euro erwirtschaftet.

Die Gesellschaftsanteile werden im Betrieb gewerblicher Art Bäder der Stadt Siegen (BGA) gehalten. Die Gewinne der SVB fließen an den BGA und werden im nächsten Schritt mit den Verlusten aus der Bädersparte verrechnet. Auf diese Art werden die von der Dividende zuerst einbehaltenen Kapitalertragssteuern im Folgejahr erstattet.

Durch die aktuelle Entwicklung auf den Energiemärkten könnte es für die Stadt Siegen in Zukunft problematischer werden, die Verluste der Bädersparte mit voraussichtlich rückläufigen Überschüssen der Versorgungssparte auszugleichen.

Einbindung in die Erstellung der Wirtschaftspläne

Nach § 12 des Gesellschaftsvertrages ist die SVB verpflichtet, einen Wirtschaftsplan und eine fünfjährige Finanzierungsplanung zu erstellen. Der Wirtschaftsplan beinhaltet einen Erfolgsplan, einen Stellenplan und einen Finanzplan.

Das geplante Jahresergebnis liegt in der Regel Ende Oktober / Anfang November vor und bildet die Grundlage für die Berechnung der Ausschüttung in der Haushaltsplanung der Stadt. In der Haushaltsplanung geht die Stadt Siegen von einer Vollausschüttung aus.

Der Wirtschaftsplan ist gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrages von dem Aufsichtsrat zu beschließen.

Die oben beschriebene wirtschaftliche Entwicklung macht die Einbindung der Stadt Siegen in die Wirtschaftsplanung der SVB besonders wichtig. Die Stadt Siegen ist in die Erstellung des Wirtschaftsplanes nicht unmittelbar involviert. Ein bis zweimal jährlich finden jedoch Strategiesitzungen unter der Beteiligung des Bürgermeisters, Stadtkämmerers und der Geschäftsführung der SVB statt. Das Beteiligungsmanagement erhält die Unterlagen zur Wirtschaftsplanung erst mit der Einladung zur Aufsichtsratssitzung und kommentiert sie in der Regel für den Bürgermeister und den Kämmerer. Im Jahr 2021 erfolgte krankheitsbedingt keine Kommentierung. Die Stadt beabsichtigt jedoch, diese in der Zukunft wieder aufzugreifen.

Der Rat der Stadt Siegen wird vor der Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes im Aufsichtsrat der SVB nicht beteiligt.

Überprüfung der Einhaltung des Wirtschaftsplans

Die Geschäftsführung ist nach § 12 des Gesellschaftsvertrages verpflichtet, den Aufsichtsrat laufend über die Entwicklung des Geschäftsjahres zu informieren. Weitere Regelungen zur Ausgestaltung des unterjährigen Berichtswesens sind im Gesellschaftsvertrag nicht enthalten.

Die SVB erstellt unterjährige Quartalsberichte zur wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft. Der Adressat ist der Aufsichtsrat der Gesellschaft. Die Berichte ließen bis zum Jahr 2021 keine Rückschlüsse zu, ob der Wirtschaftsplan erreicht wird. Mit der neuen Geschäftsführung hat sich die Vergleichsbasis geändert, so dass eine aktuelle Ergebnisprognose in der unterjährigen Berichterstattung enthalten ist und mit den Plandaten verglichen wird. Die Abweichung sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft insgesamt werden in den Quartalsberichten der SVB nicht kommentiert. Über einzelne Punkte der Geschäftsentwicklung, wie z.B. die Situation auf den Energiemärkten, berichtet die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat in mündlicher Form in den Aufsichtsratssitzungen.

Das Beteiligungsmanagement erhält die Quartalsberichte der SVB zusammen mit den Einladungen zu den entsprechenden Aufsichtsratssitzungen. Diese gehen in Papierform ein. Eine digitalisierte Zusendung des unterjährigen Berichtswesens könnte aus der Sicht der gpaNRW die Arbeitsprozesse des Beteiligungsmanagements verschlanken. So könnte ein größerer Personenkreis auf die Unterlagen zugreifen und auch im Vertretungsfall könnte der Zugriff einfacher sichergestellt werden.

Das Beteiligungsmanagement kommentiert die Berichte für die städtischen Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat nicht. Es nimmt auch keinen Einfluss hinsichtlich Gegensteuerungsmaßnahmen.

→ Empfehlung

Aus Transparenzgründen sollte die Stadt Siegen darauf hinwirken, dass die unterjährige schriftliche standardisierte Berichterstattung um weiterführende Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Siegener Versorgungsbetrieb GmbH, z.B. in Form von Erläuterungen von Abweichungen, ergänzt wird. Des Weiteren wäre es hilfreich, Quartalsberichte für die städtischen Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat zu kommentieren.

Es gibt keine formalisierte schriftliche unterjährige Berichterstattung des Beteiligungsmanagements über die unterjährige wirtschaftliche Entwicklung der SVB an die Ausschüsse oder den Rat der Stadt Siegen. Sollten jedoch Abweichungen vom geplanten Ergebnis der SVB zu erwarten sein, informiert das Beteiligungsmanagement den Rat im Rahmen der unterjährigen Finanzberichterstattung. Diese erfolgt in der Regel zweimal jährlich und befasst sich unter anderem mit Abweichungen über 100.000 Euro.

Beschluss über die Ergebnisverwendung

Nach § 13 des Gesellschaftsvertrages hat die Geschäftsführung den Jahresabschluss und den Lagebericht unverzüglich nach Prüfung durch die Abschlussprüfer dem Aufsichtsrat vorzulegen. Des Weiteren ist die Geschäftsführung verpflichtet, den Prüfungsbericht unverzüglich nach seinem Eingang den Gesellschaftern und dem Aufsichtsrat zur Verfügung zu stellen.

Die SVB erfüllt diese Vorgaben und beschließt regelmäßig bereits in der ersten Jahreshälfte über die Feststellung des Jahresabschlusses des vergangenen Geschäftsjahres und die Ergebnisverwendung. Der Aufsichtsrat prüft den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie den Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Jahresergebnisses und berichtet darüber der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung beschließt anschließend über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresergebnisses. Die Gesellschafterversammlung besteht aus den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Siegen. Auf diese Weise wird der Rat der Stadt Siegen indirekt in diesen Prozess eingebunden. Nach der Erstellung des Jahresabschlusses findet ein Gespräch zwischen der Geschäftsführung, dem Bürgermeister und dem Kämmerer zum Jahresabschluss statt. Im Mittelpunkt des Gespräches steht die Höhe der Gewinnausschüttung. Der Prüfungsbericht wird in der Regel durch das Beteiligungsmanagement nicht kommentiert, er wird lediglich zur Kenntnis genommen. Der Verwaltungsführung und den städtischen Vertretern und Vertreterinnen im Aufsichtsrat fehlen damit notwendige Informationen.

Durch das gewählte Verfahren ist sichergestellt, dass die Stadt Siegen ihren Einfluss bei der Erstellung des Wirtschaftsplans und bei der Verwendung des Jahresergebnisses der SVB ausreichend geltend macht. Bei der Überprüfung der Einhaltung des Wirtschaftsplanes bestehen aus der Sicht der gpaNRW noch Optimierungspotenziale. Darüber hinaus ergeben sich keine Hinweise, dass die Ergebnisverwendung nicht in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune steht.

2.5.2.2 Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH

Wirtschaftliche Situation

Die Jahresüberschüsse der KEG lagen in den Jahren 2017 bis 2019 zwischen 0,2 und 0,7 Mio. Euro. In der Regel verzichtet die Stadt Siegen auf die Ausschüttungen der KEG. Nach städtischen Angaben werden die von der KEG erwirtschafteten Ergebnisse reinvestiert. Die Ausnahme von dieser Regel bildet das Jahr 2018. Die KEG hat das Ergebnis des Jahres 2018 in Höhe von 160.000 Euro an die Stadt Siegen im Jahr 2020 ausgeschüttet.

Wie im Kapitel „2.3.2 Wirtschaftliche Bedeutung“ dargestellt, hat die Stadt Siegen für die KEG Bürgschaften übernommen. Deren Umfang hat sich in den geprüften Jahren planmäßig reduziert und liegt am 31. Dezember 2019 bei 9,5 Mio. Euro.

Einbindung in die Erstellung der Wirtschaftspläne

Nach § 13 der Satzung ist die KEG verpflichtet, einen Wirtschaftsplan sowie eine fünfjährige Finanzplanung zu erstellen. Diese sollen so rechtzeitig erstellt werden, dass die Gesellschafterversammlung vor Beginn des betreffenden Geschäftsjahres ihre Zustimmung erteilen kann. Der Wirtschaftsplan besteht aus einem Erfolgs- und einem Finanzplan. Der Finanzplan beinhaltet einen Investitions-, Modernisierungs- und Instandhaltungsplan, einen Vermögensplan, einen Stellenplan sowie einen Liquiditätsplan.

Da der Kämmerer der Stadt Siegen in Personalunion Geschäftsführer der KEG ist, ist er in die Erstellung eines Wirtschaftsplanentwurfs eng eingebunden. Der Kämmerer tauscht sich in dieser Funktion regelmäßig mit dem Bürgermeister aus, der seinerseits Mitglied des Aufsichtsrates der KEG ist. Nach diesen Abstimmungen wird der offizielle Entwurf des Wirtschaftsplans dem Aufsichtsrat der KEG vorgelegt. Dieser berät über den Wirtschaftsplan und versieht ihn mit der Beschlussempfehlung für die Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung beschließt den Wirtschaftsplan und die fünfjährige Finanzplanung. Da die Gesellschafterversammlung aus den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Siegen besteht, ist nach Auskunft der Stadt Siegen eine ausreichende Beteiligung der städtischen Gremien sichergestellt. In der Regel erfolgt die Beschlussfassung vor Beginn des Wirtschaftsjahres. Pandemiebedingt weicht die Gesellschaft seit der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2021 davon ab. Der Gesellschafterbeschluss für das Jahr 2021 wurde nicht gefasst. Die Gesellschafterversammlung zur Wirtschaftsplanung 2022 fand erst im zweiten Quartal des Jahres 2022 statt.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die Beschlussfassung des Wirtschaftsplans mit der fünfjährigen Finanzplanung in der Gesellschafterversammlung der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH zukünftig vor Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres erfolgt.

Überprüfung der Einhaltung des Wirtschaftsplans

Gemäß § 13 der Satzung ist die Geschäftsführung der KEG verpflichtet, den Aufsichtsrat über die Entwicklung der Gesellschaft laufend zu informieren. Weitere Regelungen zur Ausgestaltung des unterjährigen Berichtswesens sind in der Satzung nicht enthalten.

Die unterjährige Berichterstattung der KEG fand bis 2019 in Form von Quartalsberichten statt. Die Grundlage für die Berichterstattung sind die Ist-Zahlen, denen die Wirtschaftsplanung und die Vorjahreszahlen gegenübergestellt werden. Die Veränderungen werden detailliert erläutert. Des Weiteren gibt die Geschäftsführung ihre Einschätzung ab, ob der Wirtschaftsplan erreicht wird. Der Adressat des unterjährigen Berichtswesens ist der Aufsichtsrat. Die unterjährigen Berichte werden dem Beteiligungsmanagement zusammen mit der Einladung zu entsprechenden Aufsichtsratssitzungen zugeleitet. Das Beteiligungsmanagement erstellt keine Stellungnahmen für den Verwaltungsvorstand. Da der Kämmerer der Stadt Siegen in Personalunion auch Geschäftsführer der KEG ist, ist diese Vorgehensweise für die gpaNRW nachvollziehbar. Im Jahr 2021 wurde ein Halbjahresbericht erstellt. Für das Jahr 2022 ist aktuell (August 2022) noch keine unterjährige Berichterstattung erfolgt.

Die Gesellschafterversammlung wird über die unterjährige wirtschaftliche Entwicklung der KEG nicht informiert. Insoweit erhält der Haupt- und Finanzausschuss keine Kenntnis über die unter-

jährige Entwicklung der KEG. Auch dem Rat stellt das Beteiligungsmanagement keine unterjährigen Informationen zum Geschäftsverlauf zur Verfügung. Auf die Notwendigkeit des unterjährigen Berichtswesens an den Rat wird im Abschnitt „2.4.2. Berichtswesen“ eingegangen.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH ihre regelmäßige unterjährige Berichterstattung in Form von Quartalsberichten wieder aufnimmt. Aus der Sicht der gpaNRW sollte der Rat darüber informiert werden, ob der Wirtschaftsplan unterjährig eingehalten wird.

Beschluss über die Ergebnisverwendung

Nach § 14 der Satzung hat die Geschäftsführung einen Jahresabschluss und einen Lagebericht aufzustellen und zur Abschlussprüfung vorzulegen. Nach der Abschlussprüfung hat die Geschäftsführung den Jahresabschluss und den Lagebericht unverzüglich dem Aufsichtsrat zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren ist der Prüfungsbericht unverzüglich an die Stadt Siegen als Gesellschafterin zu übersenden.

Die Unterlagen werden dem Aufsichtsrat in der Regel im dritten Quartal des Jahres zur Verfügung gestellt. Dieser berät über den Jahresabschluss und erstellt eine Beschlussempfehlung für die Gesellschafterversammlung. Anschließend beschließt die Gesellschafterversammlung auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Aufsichtsrates. Da sich die Gesellschafterversammlung aus den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Siegen zusammensetzt, werden die städtischen Gremien aus der Sicht der Stadt Siegen ausreichend in die Entscheidungen über die Ergebnisverwendung eingebunden. In der Regel kommentiert das Beteiligungsmanagement den Prüfungsbericht für die Gremienvertreter und Gremienvertreterinnen nicht.

Durch das gewählte Verfahren ist sichergestellt, dass die Stadt Siegen ihren Einfluss bei der Erstellung des Wirtschaftsplans und bei der Verwendung des Jahresergebnisses der KEG ausreichend geltend macht. Bei der Überprüfung der Einhaltung des Wirtschaftsplanes bestehen aus der Sicht der gpaNRW noch Optimierungspotenziale. Darüber hinaus ergeben sich keine Hinweise, dass die Ergebnisverwendung nicht in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune steht.

Es gibt aktuell keine schriftlichen Vereinbarungen, die diese Prozesse zwischen der Stadt und den Beteiligungen verbindlich regeln. Eine Beteiligungsrichtlinie könnte die Stadt Siegen und ihre Beteiligungen dabei unterstützen, die Abläufe klar zu definieren und auch bei Personalwechsel oder Vertretungen sicherzustellen. Auf die Notwendigkeit einer Beteiligungsrichtlinie zur Ausgestaltung der Beteiligungssteuerung wird im Kapitel „2.4.1 Organisation des Beteiligungsmanagements“ hingewiesen.

2.6 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2022 - Beteiligungen

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
Beteiligungsmanagement					
F1	Die Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Siegen entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen ergeben.	84	E1.1	Die Stadt Siegen sollte verbindliche Standards mindestens in Form einer Beteiligungsrichtlinie schriftlich formulieren.	85
			E1.2	Die Stadt Siegen sollte ihre Bemühungen intensivieren, eine digitale Akte einzuführen. Das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die städtischen Beteiligungen ihre Unterlagen und Daten digital zur Verfügung stellen. Übergangsweise sollten zukünftig erhaltene Unterlagen eingescannt und in digitaler Form vorgehalten werden.	85
F2	Das Berichtswesen entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Portfolio der Stadt Siegen ergeben.	86	E2	Die Stadt Siegen sollte die Politik unterjährig standardisiert über den wirtschaftlichen Verlauf der bedeutenden Beteiligungen informieren. Dies kann in Form des noch aufzubauenden Berichtswesens erfolgen. Dabei könnte eine Beteiligungsrichtlinie unterstützen, die die Mindeststandards hinsichtlich der Inhalte, des Aufbaus und des Berichtsrhythmus sowohl für die Berichterstattung der Beteiligungsgesellschaften an die Stadtverwaltung als auch für das Berichtswesen der Verwaltung an die städtischen politischen Gremien festlegt.	88
F3	Die Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter entspricht teilweise den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen ergeben.	88	E3.1	Die Stadt Siegen sollte mindestens einmal in jeder Wahlperiode eine Schulung über die Rechte und Pflichten von Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter anbieten. Darüber hinaus können Schulungen zu fachlichen Themen sinnvoll bzw. notwendig sein.	89

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
			E3.2	Um die Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Gremien über die Sichtweise der Stadt und eventuelle finanzielle Auswirkungen zu informieren, sollte das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen die Tagesordnungen der Gremiensitzungen strukturiert untersuchen und zu kommunal bedeutenden Tagesordnungspunkten Stellungnahmen und Beschlussempfehlungen verfassen.	90
Prüfung der Einflussnahme der Stadt bei ausgewählten Beteiligungen					
F4	Die Stadt Siegen nimmt angemessen Einfluss auf die Wirtschaftsplanung sowie auf die Ergebnisverwendung der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft mbH. Bei den beiden Gesellschaften bestehen noch Optimierungspotenziale hinsichtlich der Etablierung bzw. Fortführung eines standardisierten unterjährigen Berichtswesens.	93	E4.1	Aus Transparenzgründen sollte die Stadt Siegen darauf hinwirken, dass die unterjährige schriftliche standardisierte Berichterstattung um weiterführende Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Siegener Versorgungsbetrieb GmbH, z.B. in Form von Erläuterungen von Abweichungen, ergänzt wird. Des Weiteren wäre es hilfreich, Quartalsberichte für die städtischen Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat zu kommentieren.	95
			E4.2	Die Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die Beschlussfassung des Wirtschaftsplans mit der fünfjährigen Finanzplanung in der Gesellschafterversammlung der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH zukünftig vor Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres erfolgt.	97
			E4.3	Die Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH ihre regelmäßige unterjährige Berichterstattung in Form von Quartalsberichten wiederaufnimmt. Aus der Sicht der gpaNRW sollte der Rat darüber informiert werden, ob der Wirtschaftsplan unterjährig eingehalten wird.	98

3. Hilfe zur Erziehung

3.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Siegen im Prüfgebiet Hilfe zur Erziehung stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Die überörtliche Prüfung der gpaNRW erfolgte zum Zeitpunkt der Corona-Pandemie. Die verhängten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben Auswirkungen auf zahlreiche Lebens- und Gesellschaftsbereiche. Auch die Kinder- und Jugendhilfe ist hiervon betroffen. Die Einschätzungen und Erfahrungen der Jugendämter zum Umgang und zu den Auswirkungen der Pandemie sind unterschiedlich. Die Corona-Pandemie stellt seit dem Frühjahr 2020 die Jugendämter vor neue Herausforderungen in der Organisation und Steuerung der Hilfen zur Erziehung. Die Arbeitsweise im Bereich der Hilfen zur Erziehung hat sich u.a. durch eine eingeschränkte persönliche Zusammenarbeit mit den Familien und den Leistungsanbietern sowie fehlende Frühwarnsysteme aufgrund von geschlossenen Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder verändert. Das zeigen auch verschiedene Untersuchungen und Befragungen.

Es ist derzeit nicht abzuschätzen und zu beurteilen, wie sich die Auswirkungen der Pandemie künftig auf die Fallzahlen und Aufwendungen in der Hilfe zur Erziehung auswirken werden. In der Prüfung werden die Daten der Jahre 2017 bis 2020 abgefragt. Hierdurch kann im Rahmen der Prüfung dargestellt werden, wie sich die Kennzahlen im ersten Pandemie-Jahr 2020 im Vergleich zu den Vorjahren positionieren.

Hilfe zur Erziehung

Die Stadt Siegen erreicht im Jahr 2020 einen überdurchschnittlich hohen Fehlbetrag für Hilfe zur Erziehung je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren. Der absolute Fehlbetrag liegt bei rund 20,4 Mio. Euro.

Der Fehlbetrag wird vor allem durch die hohen Transferaufwendungen für die Hilfen zur Erziehung geprägt. Hier fließen insbesondere die Aufwendungen für die Leistungserbringung der Hilfen durch die freien Träger ein. Auf die Aufwendungen wirken sich wiederum die Anzahl der Hilfeplanfälle (Falldichte) und die Aufwendungen je Hilfeplanfall aus. Die Falldichte sowie die Aufwendungen je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren sind in Siegen überdurchschnittlich hoch. Die Stadt Siegen weist hohe fallbezogene Aufwendungen für die ambulanten Hilfen auf. Im interkommunalen Vergleich bildet Siegen den Maximalwert ab. In der Stadt Siegen werden ambulante Hilfen allgemein als erzieherische Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII verbucht. Eine Ausnahme davon bildet die ambulante Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Eine vertiefende Differenzierung nach einzelnen ambulanten Hilfeformen erfolgt nicht. Die erzieherischen Hilfen werden überwiegend von sogenannten Sozialraumträgern erbracht, die pro Hilfeplanfall

eine Fallpauschale erhalten. Aus Sicht der gpaNRW stellt die konkrete Festlegung von Fachleistungsstunden im individuellen Einzelfall ein großes Steuerungspotenzial bei der Hilfestellung dar und sollte das Ergebnis einer Einzelfallentscheidung in Abhängigkeit vom konkreten Hilfefall sein. Die Stadt Siegen schöpft diese Steuerungsmöglichkeit mit der Gewährung der Fallpauschale nicht aus.

Ein umfassendes Finanzcontrolling gibt es in Siegen noch nicht. Die Stadt hat sich aber bereits intensiv mit dem Prozess der steuerungsrelevanten Kennzahlenbildung auseinandergesetzt. Insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Fehlbetrages für die erzieherischen Hilfen, sollte die Betrachtung des Ressourceneinsatzes in Siegen noch stärker fokussiert und der Prozess der steuerungsrelevanten Kennzahlenbildung weiterverfolgt werden.

Im Rahmen des Fachcontrollings betrachtet das Jugendamt der Stadt Siegen innerhalb eines Hilfefalles die Wirksamkeit der Hilfe. Einzelfallbezogen werden die Wirksamkeit und auch die qualitative Zielerreichung bei der Hilfeplanfortschreibung und auch bei Beendigung der Hilfen bewertet. Fallübergreifende Auswertungen, wie zum Beispiel zur Zielerreichung, zu Laufzeiten, zu Abbrüchen oder trägerbezogene Auswertungen erfolgen bisher nicht. Durch diese übergreifenden Auswertungen werden die Ergebnisse und Wirkungen transparenter. Zusätzlich können sowohl die Wirkungen der bereits erfolgten Maßnahmen beurteilt als auch weitere Maßnahmen entwickelt werden.

Positiv hervorzuheben ist, dass die Stadt Siegen für den Bereich des Allgemeinen Sozialdienstes ein Qualitätshandbuch erstellt hat. Darin ist u. a. der Ablauf des Hilfeplanverfahrens sowie die Fallsteuerung standardisiert und ausführlich beschrieben. Dies bietet eine gute Grundlage für eine qualifizierte und einheitliche Sachbearbeitung.

Im Hinblick auf die Kennzahlenwerte und die vergleichsweise hohen Aufwendungen sollte die Stadt Siegen ihre Steuerungsmöglichkeiten ausschöpfen und das Finanzcontrolling weiter ausbauen. Voraussetzung für eine gut strukturierte und wirtschaftliche Fallsteuerung ist eine individuelle Festlegung und fortlaufende Überprüfung der erbrachten Fachleistungsstunden. Die Stadt Siegen sollte daher die Leistungsgewährung auf der Grundlage der einheitlichen Fallpauschale eingehend überprüfen und überdenken.

3.2 Inhalte, Ziele und Methodik

Das Prüfgebiet Hilfe zur Erziehung umfasst nach der Definition der gpaNRW die Hilfen nach dem Zweiten Kapitel, Vierten Abschnitt SGB VIII §§ 27 bis 35, 35a, 41 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII).

Die Hilfe zur Erziehung ist in der Finanzstatistik²⁷ der Produktgruppe 363 „Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und Familien“ zugeordnet. Nicht betrachtet werden die eigenen Einrichtungen der Erziehungshilfe der Produktgruppe 367.

Wesentliche Rechtsgrundlage für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung ist das SGB VIII in Verbindung mit den dazu ergangenen landesrechtlichen Ausführungsgesetzen. Auf Hilfe zur Erziehung besteht für die Personensorgeberechtigten und ihr Kind nach § 27 Abs. 1 SGB VIII ein

²⁷ nach den Vorschriften über die Zuordnung von Aufgaben und Leistungen zu den Produktgruppen (ZOVPg)

Rechtsanspruch, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.

Ziel der Prüfung ist es, auf Steuerungs- und Optimierungspotenziale hinzuweisen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die das finanzwirtschaftliche Ergebnis perspektivisch verbessern können.

Dazu analysiert die gpaNRW die Erträge und Aufwendungen sowie die Fallzahlenentwicklung und Personalausstattung.

Im Fokus der Betrachtung steht ein wirtschaftlicher Ressourceneinsatz unter Berücksichtigung fachlicher Standards der Aufgabenerfüllung.

Mittels interkommunalen Kennzahlenvergleichen steigt die gpaNRW in die Analyse ein. Für die tiefergehende Analyse werten wir örtliche Unterlagen und Ergebnisse aus Gesprächen aus. Darüber hinaus bezieht die gpaNRW Besonderheiten der Leistungsorganisation, der Leistungserbringung und der Angebotssteuerung des Jugendamtes in ihre Betrachtung ein.

Die Erträge und Aufwendungen beziehen sich auf das Haushaltsjahr. Die Falldaten ermittelt die gpaNRW schwerpunktmäßig über einen Jahresdurchschnittswert, der den Anteil des Falles im Kalenderjahr abbildet. Abweichende Zählweisen gelten für die Erfassung von Verweildauer und Betreuungsdauer. Dort werden die Anzahl der Monate vom Beginn bis zur Beendigung der Hilfefewährung, für die im jeweiligen Jahr beendeten Hilfefälle, berücksichtigt. Bei der Erfassung zu Rückführungen in die Herkunftsfamilie wird die absolute Fallzahl im jeweiligen Kalenderjahr abgebildet.

3.3 Strukturen

Soziostrukturelle Rahmenbedingungen können die Gewährung von Hilfen zur Erziehung beeinflussen. Die Stadt Siegen ist dem Jugendamtstyp acht und der Belastungsklasse zwei nach der Statistik der AKJ TU Dortmund²⁸ zugeordnet. Damit gehört die Stadt Siegen zu den 17 kreisangehörigen Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohner, die eine hohe Kinderarmut aufweisen. Elf Jugendämter dieser Größenordnung weisen eine sehr hohe Kinderarmut auf.

Für eine weitere Betrachtung der Strukturen der **Stadt Siegen** stellt die gpaNRW nachfolgend weitere strukturelle Rahmenbedingungen im interkommunalen Vergleich dar.

²⁸ Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund

3.3.1 Strukturkennzahlen

- Insgesamt weichen die soziostrukturellen Rahmenbedingungen in der Stadt Siegen jeweils nur leicht vom Median ab.

Soziostrukturelle Rahmenbedingungen der Stadt Siegen im Jahr 2020

Kennzahlen	Stadt Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil der Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren an der Gesamtbevölkerung in Prozent	19,39	17,88	19,28	19,93	21,00	21,99	35
Anteil Arbeitslose SGB II von 15 bis unter 25 Jahren bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen dieser Altersgruppe in Prozent	3,70	0,60	2,65	3,30	4,00	7,50	35
Anteil Alleinerziehende Bedarfsgemeinschaften SGB II an den Bedarfsgemeinschaften SGB II gesamt in Prozent	17,33	15,61	17,27	18,23	19,61	21,82	35
Schulabgänger ohne Abschluss je 100 Schulabgänger allgemeinbildende Schulen in Prozent	5,24	1,42	4,32	5,34	7,18	10,46	35

Anteil der 0 bis unter 21-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Prozent

Die Stadt Siegen hat einen Anteil an Einwohnern von 0 bis unter 21 Jahren an der Gesamtbevölkerung, der niedriger als bei der Hälfte der Vergleichskommunen ist. Mehr als die Hälfte der großen kreisangehörigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben einen höheren Anteil. Rein rechnerisch wirkt sich der niedrigere Anteil belastend auf die einwohnerbezogenen Kennzahlen in diesem Bericht aus.

Jugendarbeitslosenquote

Die Jugendarbeitslosenquote der Stadt Siegen liegt mit 3,70 Prozent im interkommunalen Vergleich leicht über dem Median. Die Jugendarbeitslosigkeit und die damit verbundene Perspektivlosigkeit kann sich negativ auf die zu leistenden Hilfen zur Erziehung auswirken. Allerdings betrifft die Jugendarbeitslosenquote lediglich die über 15 bis 24-Jährigen und somit nur einen Teil der Altersgruppe, die Adressat der Hilfen zur Erziehung ist.

Anteil alleinerziehende Bedarfsgemeinschaften an den Bedarfsgemeinschaften SGB II

Die Stadt Siegen hat einen geringeren Anteil an Alleinerziehenden in Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II als die meisten großen kreisangehörigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Dies kann einen positiven Einfluss auf die Hilfen zur Erziehung haben.

Die gpaNRW konnte in ihren Jugendprüfungen bislang keinen direkten Zusammenhang zwischen soziostrukturellen Rahmenbedingungen und dem Fehlbetrag je Einwohner unter 21 Jahren feststellen. Dennoch können die soziostrukturellen Rahmenbedingungen einer Stadt Einfluss auf die Hilfe zur Erziehung nehmen. So sieht beispielsweise der Arbeitskreis Jugend (AKJ)

der TU Dortmund, in seinem auf Basis der Daten des Jahres 2017 verfassten HzE-Bericht 2019, einen Zusammenhang zwischen dem Bezug von Transferleistungen und der Inanspruchnahme von Leistungen der Hilfe zur Erziehung²⁹.

Schulabgänger ohne Abschluss

In Siegen gibt es einen geringen Anteil an Schulabgängern, die ohne Abschluss die allgemeinbildenden Schulen verlassen. In den meisten anderen Vergleichskommunen ist der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss höher. Dieser Faktor kann sich begünstigend auf das Leistungsspektrum des Jugendamtes und die Hilfen zur Erziehung auswirken. Allerdings ist auch hier mit den über 15jährigen Kindern und Jugendlichen nur ein Teil der für die Hilfen zur Erziehung maßgeblichen Zielgruppe betroffen.

3.3.2 Umgang mit den Strukturen

→ Die Stadt Siegen verfügt über ein sozialräumliches Monitoring. Dabei werden unterschiedlichste Indikatoren erfasst, so dass soziostrukturelle Rahmenbedingungen bekannt sind. Örtliche Unterschiede sowie höhere Belastungsfaktoren können identifiziert und dort gezielt präventive Maßnahmen verstärkt werden.

Die **Stadt Siegen** wertet die strukturellen Rahmenbedingungen aus. Die Sozial-, Jugendhilfe- und Bildungsplanung der Stadt Siegen veröffentlicht in regelmäßigen Abständen einen Sozialbericht in Form eines Sozialmonitorings mit dem Schwerpunkt Armut und Armutsgefährdung. Das Stadtgebiet ist in sechs Stadtbezirke und 36 Sozialstatistikbezirke eingeteilt. U.a. wurden Indikatoren zu den folgenden Bereichen aufgenommen und ausgewertet:

- Bevölkerungsstruktur
- Arbeitsmarkt und Transferleistungen
- Haushalte
- Gesundheit – Daten der Schuleingangsuntersuchungen.

In der Berichterstattung wurden anhand der Berechnung eines Armutsindex seit dem Jahr 2013 wiederkehrend bestimmte Räume in Siegen identifiziert, für welche besondere Bedarfe aufgrund der sozialen Lebenslagen der dort lebenden Menschen festgestellt wurden. Dies sind u.a. "Siegen-Fischbacherberg, Siegen-Geisweid, Siegen-Lindenberg". Nach Angaben der Stadt Siegen ist in diesen Bezirken seit vielen Jahren ein vergleichsweise größerer Bedarf an Beratung, erzieherischen Hilfen und Kinderschutz gegeben als in ländlicheren Bezirken von Siegen. In den Bericht fließen auch die in den einzelnen Stadtbezirken bereits eingesetzten Maßnahmen und Angebote für die jeweiligen Zielgruppen ein. Die Berichterstattung zum Sozialmonitoring erfolgt regelmäßig, letztmalig im April 2021.

Differenzierte Grunddaten zur Bevölkerungsentwicklung der Einwohner nach Altersklassen in der Stadt Siegen stellt die gpaNRW in der Tabelle 2 im Anhang dieses Teilberichtes dar.

²⁹ LWL: HzE Bericht 2019, S. 7, HzE-Bericht 2019, Stand 05. September 2020

3.3.3 Präventive Angebote

- Die präventiven Angebote des Jugendamtes schaffen gute Voraussetzungen für ein sicheres Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Siegen.

Ein direkter Zusammenhang zwischen präventiven Angeboten und dem Umfang an Leistungen für Hilfe zur Erziehung ist weder messbar noch nachweisbar. Dennoch können präventive Angebote und eine Netzwerkarbeit einen positiven Einfluss auf die Lebensbedingungen, das Aufwachsen und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen haben. Deshalb sollte die Stadt bedarfsgerechte präventive Angebote entwickeln und die hierfür erforderlichen Strukturen aufbauen. Dabei sollte sie die maßgeblichen örtlichen Akteure und freien Träger der Jugendhilfe miteinbeziehen und alle Angebote steuern und koordinieren.

Ein Gesamtkonzept kommunaler Prävention gibt es in der **Stadt Siegen** bislang noch nicht. Aber die Stadt hat bereits einige wichtige Bausteine eines Gesamtkonzeptes etabliert.

Seit 2012 gibt es in Siegen eine Koordinierungsstelle "Frühe Hilfen". Im Netzwerk Frühe Hilfen kooperieren die Stadt Siegen und die DRK Kinderklinik sowie der Kinderschutzbund als Träger der sogenannten Willkommensbesuche. Diese Willkommensbesuche sind ein Angebot der Stadt, nach der Geburt eines Kindes, von einer Mitarbeiterin des Familienbüros der Stadt Siegen, der DRK-Kinderklinik oder des Kinderschutzbundes besucht zu werden. Das Angebot gilt auch für Eltern, die neu nach Siegen gezogen sind und ein Kind unter drei Jahren im Haushalt haben. Ziel ist es, Eltern in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu stärken und über Service- und Förderleistungen in der Stadt Siegen zu informieren. Daneben gibt es weitere Einzelmaßnahmen wie der Einsatz von Familienhebammen und Familien-Gesundheits-Kinderkrankenpfleger, Elterncafes oder Lotsendienste in Kinderarztpraxen. Zusätzlich gibt es in Siegen die Familienbroschüre "Familien in Siegen". Diese bietet zahlreiche Informationen über die Angebote und Dienstleistungen für Familien der Stadtverwaltung Siegen als auch der zahlreichen freien Träger, Vereine, Initiativen und Kirchen. Von der Kinderbetreuung über schulische und berufliche Bildung, Wohnungen und Baugrundstücke, familienunterstützende Angebote bis hin zur gesundheitlichen Vorsorge und Beratung. Außerdem gibt es ein Elternbegleitbuch in dem Tipps zur Gesundheit, Ernährung, Entwicklung und Förderung des Kindes so wie eine Adressensammlung mit wichtigen Anlaufstellen in Siegen enthalten sind.

Seit 2020 ist die Stadt Siegen eine der Kommunen des Landesprogramms "Aufbau einer kommunalen Präventionskette - kinderstark NRW". Zielgruppe ist hier zunächst die Gruppe der 3 bis 6jährigen Kinder. Zur Planung und Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Landesprogrammes wurde eine kommunale Steuerungsgruppe eingerichtet. Diese besteht aus allen Abteilungsleitungen des Geschäftsbereiches 5 der Stadt Siegen (mit Ausnahme der ESI), dem Sozialdezernenten, Leitung des Jugendamtes, Jugendhilfeplanung und Koordinierung Frühe Hilfen und kinderstark NRW. Nach Angaben der Stadt Siegen liegt der Schwerpunkt für die Jahre 2021 und 2022 auf der Begleitung von Familien mit Kindern von null bis sechs Jahren, die die Regelangebote der Kindertagesbetreuung nicht oder nur schwer erreicht und für die andere Zugangswege eröffnet werden müssen. Ziel ist ein gleichberechtigter Zugang zu Förderung und Bildung. Vielfach handelt es sich dabei um Familien mit Migrationshintergrund.

Darüber hinaus gibt es in der Stadt Siegen auch zahlreiche Angebot für ältere Kinder und Jugendliche in den Bereichen Übergang Schule-Beruf, Schulabsentismus etc., sowie eine Jugendberufsagentur. Durch den Träger Katholisches Jugendwerk FÖRDERBAND Siegen-Wittgenstein werden nachfolgende Projekte und Angebote für Kinder und Jugendliche durchgeführt:

- Das Projekt „BUS - BETRIEB UND SCHULE“ ist ein präventives Angebot, das dazu beiträgt, dass junge Menschen nicht aus dem Regelsystem von Schule, Ausbildung und Beschäftigung herausfallen. Es richtet sich an Schülerinnen und Schüler, die sich im letzten Schulbesuchsjahr befinden und die Schule voraussichtlich ohne Schulabschluss verlassen werden. Ziel ist die Entwicklung einer dauerhaften Motivation und die Stabilisierung der Jugendlichen. Dies wird durch eine Mischung aus praktischem Arbeiten (Praktika in geeigneten Ausbildungsbetrieben), gezielter schulischer Förderung in Kleingruppen und sozialpädagogischer Betreuung erreicht.
- Das Projekt „Die 2. Chance“. Zielgruppe sind Schüler/innen ab zwölf Jahren, deren Schulabschluss gefährdet ist, weil sie eine Distanz zur Schule und zum Lernen entwickelt haben.
- Ein weiteres Angebot ist die „Jugendwerkstatt“. Die Jugendwerkstatt richtet sich an junge Menschen im Alter von 15 bis ca. 25 Jahren, die den Zugang zu beruflicher Bildung und zum 1. Arbeitsmarkt noch nicht meistern können.
- Zusätzlich gibt es die „Kompetenzagentur“. Diese ist für junge Menschen ab dem letzten Schulbesuchsjahr bis 27 Jahre ausgerichtet, die Unterstützung bei der sozialen und beruflichen Integration benötigen.
- Darüber hinaus gibt es ein das Projekt „Just“ für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 - 26 Jahren. Ziel der aufsuchenden Arbeit bzw. Streetworker sind Jugendliche, die sich nicht mehr von bestehenden Angeboten in Jugendtreffs, Beratungsstellen etc. erreichen lassen und viel Zeit an ihren informellen (oft wechselnden) Treffpunkten verbringen.
- Das Projekt „Wegweiser“ unterstützt junge Menschen im Rahmen von schulbegleitender Jugendsozialarbeit bei ihrer sozialen und beruflichen Integration.
- Die „Zukunftswerkstatt; Stellwerk“ ist eine Themenunabhängige Beratungsstelle für junge Menschen und deren Angehörige oder Betreuer. Hier gibt es Kurzberatungen, Weitervermittlung an andere Beratungsangebote, Mobile Angebote.
- Das Angebot „Hafen 57“ richtet sich an junge Menschen von 15 bis 25 Jahre, die Unterstützungsbedarf bei dem Aufbau einer geregelten Tagesstruktur haben und aktuell keine Leistungen des Jobcenters in Anspruch nehmen, aber grundsätzlich anspruchsberechtigt sind. Hierzu gehört ein Café-Betrieb und "offenes Haus" um Wäsche zu waschen, zur Ruhe zu kommen sowie als Austausch und Treffpunkt.

Darüber hinaus gibt es Angebote der Jugendsozialarbeit für junge Menschen mit Migrationshintergrund von unterschiedlichen Trägern. Dazu gehören Multiprofessionelle Teams zur Integration durch Bildung für neuzugewanderte Schüler und Schülerinnen, Jugendmigrationsdienst, Erwerbslosenberatung, Work Space (für Personen mit dem Aufenthaltsstatus einer Duldung sowie Personen mit einer Aufenthaltsgestattung).

3.4 Organisation und Steuerung

Die Aufgabenerledigung und das Ergebnis der Hilfe zur Erziehung werden durch die angestrebten Ziele, die Intensität der Steuerung, die Form der Organisation und den aufgewendeten Ressourceneinsatz geprägt.

3.4.1 Organisation

In der **Stadt Siegen** gibt es die Abteilung Soziale Dienste (5/3), die dem Geschäftsbereich 5 zugeordnet ist. Die Abteilung Soziale Dienste ist in folgende Arbeitsgruppen untergliedert:

- 5/3-1 Wirtschaftliche Jugendhilfe
- 5/3-2 Beistand, Vormundschaften, Unterhaltsvorschuss, Betreuungen
- 5/3-3 ASD Regionalteam Nord
- 5/3-4 ASD Regionalteam Süd/Ost
- 5/3-5 ASD Regionalteam Mitte/West.

Zusätzlich sind die Jugendgerichtshilfe und die Adoptionsvermittlung als Teilbereiche in der Abteilung Soziale Dienste angesiedelt. Im Geschäftsbereich 5 sind außerdem die Abteilungen Soziale Leistungen sowie Kinder-, Jugend und Familienförderung und die Abteilung Schulen vertreten. Da alle Abteilungen stellenweise dieselbe Zielgruppe ansprechen, sind gemeinsame Maßnahmen sowie Vernetzungen und Synergien möglich.

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) ist in Siegen sozialräumlich organisiert. Es gibt eine Außenstelle, die historisch gewachsen ist und derzeit eher der Raumnot geschuldet ist. Die Außenstelle befindet sich im Stadtteil Fischbacherberg. Dort ist der ASD Mitte West untergebracht. Langfristig ist vorgesehen, alle ASD Fachkräfte zentral unterzubringen und auf die Außenstelle zu verzichten.

Innerhalb der drei ASD-Teams gibt es jeweils noch zwei Unterteams. So ist zum Beispiel das Team Nord in die beiden Unterteams Geisweid und Weidenau untergliedert.

Der Abteilungsleitung „Soziale Dienste“ obliegt die uneingeschränkte Dienst- und Fachaufsicht aller ASD-Kräfte und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WiJu). Die jeweiligen Arbeitsgruppenleitungen übernehmen ebenfalls Personalverantwortung sowie mit der Abteilungsleitung abgestimmte fach- und dienstrechtliche Aufgaben.

Es finden zweiwöchentlich regelmäßige Besprechungen mit den Arbeitsgruppenleitungen und der Abteilungsleitung statt. Diese werden genutzt um sich über neue Entwicklungen, gesetzliche Änderungen, anstehende Termine und eventuelle personelle Fluktuation auszutauschen sowie ein allgemeines Stimmungsbild einzufangen. Diese Leitungssitzungen werden protokolliert. Auch die einzelnen ASD Teams führen wöchentliche Teamsitzungen durch. Dazu erhalten Sie auch die Protokolle der Leitungssitzungen. Zusätzlich finden anlassbezogen auch ASD-Gesamtsitzungen statt. Daran nehmen alle ASD Teams gemeinsam sowie die Abteilungsleitung teil.

3.4.2 Gesamtsteuerung und Strategie

→ Feststellung

Die Stadt Siegen verfügt bislang über keine formulierte Gesamtstrategie für die erzieherischen Hilfen. Mit dem Leitbild für den ASD und benannten Zielen im Haushalt hat sie bereits Grundlagen einer Gesamtstrategie geschaffen.

Eine Kommune sollte über eine von Politik, Verwaltungsführung und Jugendamt getragene Gesamtstrategie für den Aufgabenbereich Hilfe zur Erziehung verfügen. Die Entwicklung der Gesamtstrategie sollte die gesamte Kinder-, Jugend- und Familienhilfe und weitere angrenzende Aufgabenbereiche einbeziehen. Am Gesamtziel ist zu messen, welche Ressourcen erforderlich sind, um das vereinbarte Ziel und die gewünschten Wirkungen zu erreichen. Die Gesamtsteuerung sollte sicherstellen, dass eine Kommune ihre gesetzten Ziele durch geeignete Maßnahmen erreicht. Bei Abweichungen muss sie zeitnah nachsteuern und Maßnahmen anpassen.

Die **Stadt Siegen** hat bisher keine Gesamtstrategie und darauf ausgerichtete Ziele und Maßnahmen für den Bereich der Hilfen zur Erziehung verschriftlicht. Die Stadt Siegen hat aber für den Bereich des ASD ein Leitbild entwickelt und damit einen Baustein einer Gesamtstrategie gelegt. Mit dem formulierten Leitbild hat sie ihr Verständnis und ihre Zielvorstellungen für die Erfüllung des Aufgabenbereiches der erzieherischen Hilfen verschriftlicht.

Nach Angaben der Stadt Siegen sollen die Hilfen bedarfsgerecht, effektiv und effizient unter Beachtung der gesetzlichen Grundlagen erbracht werden. Ressourcen des Sozialraumes sollen Berücksichtigung finden und einfließen. Präventive Angebote sollen bedarfsentsprechend entwickelt werden.

Auch hat die Stadt Siegen für den Bereich der erzieherischen Hilfen bereits die nachfolgend aufgeführten Ziele im Haushalt benannt:

- „Die Hilfen zur Erziehung werden vorrangig in ambulanter Form erbracht: das Verhältnis der HzE ambulant-stationär (Minderjährige ohne Pflegekinder) ist mindestens 60 % zu 40 % (monetärer Indikator), das Verhältnis der ambulant und stationär betreuten Kinder (Minderjährige mit Pflegekindern) ist mindestens 57 % zu 43 % (fachlicher Indikator)“
- „Kinder (v.a. mit langfristiger Unterbringungsperspektive) werden vorrangig im familialen Kontext (Pflegefamilien, Erziehungsstellen) untergebracht: das Verhältnis Familienunterbringung (Minderjährige in Pflegefamilien und Erziehungsstellen) zu sonstiger stationärer Unterbringung ist mindestens 60 % zu 40 %“
- „die stationäre Unterbringung von jungen Menschen erfolgt möglichst ortsnah (bis max. 50 km Entfernung zu Siegen): mindestens 70 % der stationären Unterbringungen (Minderjährige und Volljährige) in Heimeinrichtungen erfolgt ortsnah (Umkreis max. 50 km).“

Aufgrund zum Teil abweichender Berechnungsgrundlagen sind die definierten Kennzahlen der Stadt Siegen nicht mit den Kennzahlen der gpaNRW in diesem Bericht vergleichbar.

Mit Blick auf das Leitbild wird deutlich, dass sich die Stadt Siegen und die politischen Gremien ausführlich mit dem Aufgabenbereich der Hilfe zur Erziehung auseinandergesetzt haben und die Entwicklung gemeinsam vorantreiben möchten.

Die Stadt Siegen hat zur Thematik der Kennzahlen im ASD einen Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses eingerichtet. Ziel ist es, entlang des Leitbildes des Jugendamtes Teilziele für Aufgabenbereiche und Ziele in denen das Jugendamt als Ganzes abgebildet ist, zu formulieren. Auch soll der Grad der Zielerreichung anhand von Kennzahlen abgebildet und transparent dargestellt werden.

Konkrete Konzepte und Maßnahmen zur Erreichung der genannten Ziele im Kontext einer Gesamtstrategischen Ausrichtung der erzieherischen Hilfen, die auch die angrenzenden Bereiche einbezieht, liegen in Siegen aber noch nicht vor.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte für eine Gesamtsteuerung der Hilfen zur Erziehung eine Gesamtstrategie mit konkreten, messbaren Zielen und darauf ausgerichteten Maßnahmen entwickeln. Die Zielerreichung sollte regelmäßig geprüft und Maßnahmen ggf. angepasst werden.

3.4.3 Finanzcontrolling

→ **Feststellung**

Die Stadt Siegen erstellt jährlich einen Controllingbericht für den Bereich der erzieherischen Hilfen. Darin werden auch Kennzahlen abgebildet. Derzeit findet eine Überarbeitung der Kennzahlen gemeinsam mit Politik und Verwaltung statt.

Ein produktorientiertes Finanzcontrolling sollte Transparenz in der Entwicklung von Finanz-, Fall- und Stellendaten herstellen und diese anhand von aussagefähigen Kennzahlen und Berichten für die Steuerungsebenen aufbereiten. Anhand von steuerungsrelevanten Kennzahlen sollte gemessen werden, ob die vereinbarten Ziele erreicht werden. Auf Basis der Kennzahlen sollten als Grundlage für die Steuerung regelmäßige Auswertungen und Controllingberichte erstellt werden. Hierdurch wird Transparenz zum Ressourceneinsatz und –verbrauch und zur Entwicklung der Aufwendungen und Fallzahlen geschaffen. Abweichungen von den gesetzten Zielen können durch einen Soll-Ist-Vergleich erkannt und es kann zeitnah gegengesteuert werden. Die Steuerung anhand von Zielen und Kennzahlen ist ein wichtiger Faktor für eine wirtschaftliche Steuerung der Hilfen zur Erziehung. Auswirkungen von Maßnahmen und Entwicklungen auf den Fehlbetrag können transparent dargestellt werden. Ein wirksames Finanzcontrolling setzt einen eng verzahnten Austausch zwischen dem Fachamt und der Finanzabteilung sowie eine Schnittstelle zwischen Fachsoftware und Finanzsoftware voraus.

Das Finanzcontrolling des Jugendamtes der **Stadt Siegen** ist in der Abteilung 5/3-1 Wirtschaftliche Jugendhilfe angesiedelt. Die Arbeitsgruppenleitung der WiJu und die Abteilungsleitung Soziale Dienste erstellen gemeinsam einen jährlichen Bericht für die Hilfen zur Erziehung. Der Bericht enthält Fallzahlen und Aufwendungen getrennt nach Hilfearten. Auch eine Zeitreihe, die die Entwicklung der letzten Jahre aufzeigt ist enthalten. Ebenso sind durchschnittliche Fallkosten pro Monat sowie die prozentualen Veränderungen der Aufwendungen zum Vorjahr enthalten sowie ergänzende Informationen zu einzelnen Hilfen.

Nach Angaben der Stadt Siegen wurden die im Haushaltsplan genannten Kennzahlen anhand theoretischer Überlegungen entwickelt. Bislang fußen diese nicht auf einer mit Politik und Verwaltung vereinbarten strategischen Zielsetzung.

Wie bereits im Kapitel 4.4.2 zuvor beschrieben, wird die Thematik der Kennzahlen im ASD in einem Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses behandelt. Neben der Verbindung von Zielen und Kennzahlen soll auch der Grad der Zielerreichung anhand von Kennzahlen abgebildet und transparent dargestellt werden.

Aus Sicht der gpaNRW bieten u.a. folgende Kennzahlen eine gute Steuerungsgrundlage: Aufwendungen HzE je Hilfefall und je Einwohner unter 21 Jahre sowie Aufwendungen je Hilfefall für einzelne Hilfearten. Auch die Entwicklung der Anzahl der Hilfefälle bezogen auf die Einwohner unter 21 Jahre oder des Anteils ambulanter Hilfen gemessen an den gesamten Hilfefällen kann wichtige Steuerungsinformationen liefern. Durch regelmäßige Auswertungen von steuerungsrelevanten Kennzahlen sind von der Planung abweichende negative Entwicklungen ebenso wie die Wirksamkeit getroffener Maßnahmen schneller auszumachen. Diese Entwicklungen können dann analysiert, in einem Berichtswesen aufbereitet und zusammengefasst werden und als Grundlage zur Gegensteuerung oder Entwicklung zusätzlicher Maßnahmen dienen. In den Berichten sollten die Verantwortlichen konkrete Maßnahmen darstellen, mit denen man bestimmten Entwicklungen (z.B. Fallzahlensteigerungen), entgegenwirken kann. Derzeit fehlen aus Sicht der gpaNRW die konkrete Darstellung von gezielten Maßnahmen um negativen Entwicklungen entgegenzuwirken.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte den Prozess der steuerungsrelevanten Kennzahlenbildung weiterführen. Hierzu können beispielsweise einige Kennzahlen aus diesem Prüfbericht fortgeschrieben werden. Die Kennzahlen sollten regelmäßig ausgewertet werden. Dies kann dazu dienen, die Steuerung zu unterstützen, Ursachen für gestiegene Aufwendungen zu analysieren und die Wirksamkeit von Maßnahmen transparenter zu machen. Dabei sollte sie auch konkrete Maßnahmen entwickeln und darstellen, um negativen Entwicklungen gegenzusteuern.

3.4.4 Fachcontrolling

→ **Feststellung**

Die Stadt Siegen bewertet die Zielerreichung der Hilfen im Einzelfall mit allen Beteiligten. Ein fallübergreifendes Bewertungsverfahren zur Wirksamkeit und Zielerreichung gibt es nicht. Ebenfalls gibt es bislang keine trägerbezogenen Auswertungen zu Fachleistungsstunden- und Kosten.

Eine Kommune sollte ein Fachcontrolling für die Hilfen zur Erziehung eingerichtet haben. Dieses soll die Wirksamkeit der Hilfen und die qualitative Zielerreichung sowie die Einhaltung von Verfahrens- und Qualitätsstandards überprüfen. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für eine kontinuierliche Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung.

Das Fachcontrolling erfolgt in der **Stadt Siegen** durch die Abteilungsleitung Soziale Dienste sowie in Abstimmung mit der Abteilungsleitung durch die Arbeitsgruppenleitungen ASD. Beim Hilfeplangespräch werden konkrete Ziele der Hilfe festgelegt. Im Vorfeld der Fortschreibung des Hilfeplanes wird ein sogenannter Vorbericht durch den jeweiligen Leistungsanbieter aufgrund eines einheitlichen Vordruckes zur Zielerreichung erstellt. Dies dient einer einheitlichen Berichtserstellung zu vorgegebenen Inhalten. In dem Gespräch zur Hilfeplanfortschreibung wird dann die Erreichung der Ziele mit allen Beteiligten besprochen und ggf. neue Ziele festgelegt.

Fallübergreifende Auswertungen im Rahmen des Fachcontrollings zur Zielerreichung und Wirksamkeit der Hilfen erfolgen nicht. Auch weitere Auswertungen zu Laufzeiten, Abbruchquoten und Anzahl der benötigten Fachleistungsstunden sowie trägerbezogene Auswertungen werden nicht erstellt.

Im Rahmen des Fachcontrollings sollte auch die fallübergreifende qualitative Zielerreichung überprüft werden. Es sollten die Bewertungen der Zielerreichung aus den einzelnen Hilfefällen an einer Stelle zusammengeführt und ausgewertet werden. Es könnte ein übergreifender Zielerreichungsgrad ermittelt werden und Auswertungen zum Beispiel nach Trägern differenziert erstellt werden. Auch Abbruchquoten könnten dargestellt und analysiert werden. Durch diese übergreifenden Auswertungen werden die Ergebnisse und Wirkungen transparent und es können sowohl die Wirkungen der bereits erfolgten Maßnahmen beurteilt werden als auch weitere Maßnahmen entwickelt werden. Die Ergebnisse dieses fallübergreifenden Fachcontrollings sollten in einem regelmäßigen Berichtswesen dokumentiert werden. Dabei sollten die Ergebnisse des Fachcontrollings mit dem Finanzcontrolling verknüpft werden, damit die finanziellen Auswirkungen, der auf Grundlage des Fachcontrollings vorgenommenen Entscheidungen und Maßnahmen, transparent werden. Die Ergebnisse könnten auch für die Qualitätsdialoge mit den Trägern verwendet werden.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte Auswertungen zur Wirksamkeit und Zielerreichung fallübergreifend vornehmen. Diese sollte sie träger- und hilfeartbezogen durchführen. Außerdem sollte sie die Laufzeiten der Hilfen sowie die Anzahl der Fachleistungsstunden- und Kosten je Träger auswerten und analysieren. Die gewonnenen Erkenntnisse sollten in einem Controllingbericht zusammengeführt werden. Im Hinblick auf den vergleichsweise hohen Fehlbetrag sollten die Auswertungen zu Steuerungszwecken genutzt werden.

3.5 Verfahrensstandards

3.5.1 Prozess- und Qualitätsstandards

→ **Feststellung**

Die Stadt Siegen hat für den ASD die Verfahrensstandards und Prozessabläufe in einem Qualitätshandbuch verschriftlicht. Darüber hinaus bestehen weitere ergänzende Informationen und Standards in einem ergänzenden Handbuch. Diese verbindlichen Verfahrensstandards bieten eine gute Grundlage für eine einheitliche Fallbearbeitung. Für den Bereich der WiJu sind bisher keine entsprechenden Verfahrensstandards verschriftlicht.

Verbindliche Verfahrensstandards helfen, die Prozessqualität zu sichern. Sie sind eine zwingende Voraussetzung für eine strukturierte, zielgerichtete und nachvollziehbare Fallsteuerung durch die Fachkräfte im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD).

Eine Stadt sollte Standards und Abläufe der Aufgabenerfüllung schriftlich beschreiben. Hierzu gehören Prozesse, Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten sowie Fristen. Diese Prozess- und Qualitätsstandards sollten allen Beschäftigten zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2020 hat die **Stadt Siegen** durch ein beauftragtes Unternehmen eine Organisationsuntersuchung für den Bereich der erzieherischen Hilfen durchgeführt. Im Rahmen dieser Organisationsuntersuchung wurde neben einer Personalbemessung auch ein Qualitätshandbuch für den Bereich des ASD erstellt. Das Handbuch beschreibt unter anderem Kernprozesse zur Abwehr einer Kindeswohlgefährdung, zu Beratungen, den Hilfen zur Erziehung und den Inobhutnahmen. Es beschreibt die Kern- und Teilprozesse mit zugehörigen Zielen, Aktivitäten, Schnittstellen, Instrumenten und Dokumenten, sowie den Zeitbedarf und die verbindlichen Fristen. Der Aufbau der Verfahrensstandards ist im QM-Handbuch für alle Bereiche einheitlich gestaltet. Zunächst wird anhand eines Ablaufdiagrammes veranschaulicht, aus welchen Teilprozessen der Kernprozess besteht und wo Schnittstellen zu anderen Kernprozessen gegeben sind. Im Anschluss werden die einzelnen Teilprozesse tabellarisch näher erläutert. Dabei werden folgende Punkte im Detail dargestellt: „Ziel / Ergebnis“, „Aktivitäten“, „Prozessbeteiligte“, „Schnittstellen“, „Instrumente / Dokumente“, „Zeitbedarf + Frist“ und „Anmerkungen“. Es folgen ergänzende Checklisten sowie Handlungsleitfäden (z. B. Leitfaden Eingangsbearbeitung, Erstgespräch) oder weitere Dokumente. Insgesamt bildet das Qualitätshandbuch somit eine übersichtliche Darstellung aller Abläufe, Prozessbeteiligten und Fristen der Abteilung „Hilfen für Familien“ ab.

Zusätzlich dazu verfügt die Stadt Siegen bereits seit einigen Jahren über ein Handbuch ASD, welches noch vertiefende und ergänzende Regelungen und Ausführungen für den Bereich der erzieherischen Hilfen enthält. Beide Handbücher stehen den Fachkräften in digitaler Form zur Verfügung und werden regelmäßig aktualisiert.

Eine vollständige elektronische Aktenführung gibt es für den Bereich der erzieherischen Hilfen in der Stadt Siegen bislang noch nicht. Bereits jetzt werden über die Fachsoftware die Bereiche Antragsverfahren, Hilfeplanung und Bewilligung abgedeckt. Darüber hinaus auch die finanzielle Abwicklung der Fälle durch die WiJu. Die im Qualitätshandbuch festgelegten Prozesse sollen zukünftig in der eingesetzten Jugendamtssoftware noch besser dargestellt werden können. Derzeit wird die Software in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Stadt Siegen auf deren Bedürfnisse und Arbeitsabläufe angepasst. Künftig soll es auch möglich sein, eine Personalbemessung aufgrund der individuell angelegten Prozessschritte durch die Software zu erstellen. Im Ergebnis soll die Software künftig alle Arbeitsschritte der Antragsbearbeitung, des Hilfeplanverfahrens und der Bewilligung analog zum Qualitätshandbuch abdecken. Einhergehend mit diesen Änderungen ist langfristig auch die Einführung der E-Akte vorgesehen.

→ **Empfehlung**

Ergänzend zu dem bereits vorhandenen Qualitätshandbuch für den Bereich des ASD, sollte die Stadt Siegen auch die Verfahrensstandards für die WiJu verschriftlichen.

3.5.1.1 Ablauf Hilfeplanverfahren

- Die im Qualitätshandbuch verschriftlichten Abläufe zum Hilfeplanverfahren beinhalten die von der gpaNRW skizzierten Standards und schaffen die Voraussetzungen für eine gute fachliche Hilfeplanung.

Für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII ist die Durchführung eines Hilfeplanverfahrens nach § 36 Abs. 2 SGB VIII vorgesehen, in dem die Personensorgeberechtigten und das Kind/der Jugendliche zu beteiligen sind.

Eine schriftliche Prozessbeschreibung des Hilfeplanverfahrens sollte die Zuständigkeiten, die Abläufe, die Fristen, die Fortschreibung des Hilfeplans und die beteiligten Personen verbindlich regeln. Die Einhaltung der Regelungen sollte regelmäßig durch die Vorgesetzten überprüft werden. Die gpaNRW hält für das schriftlich zu dokumentierende Hilfeplanverfahren folgende Mindeststandards für erforderlich:

- *Nach einer Meldung sollte eine zeitnahe Kontaktaufnahme erfolgen und bei Krisen umgehend interveniert werden.*
- *Die Personensorgeberechtigten und Minderjährigen/Volljährigen werden beraten und informiert.*
- *Die fallverantwortliche Fachkraft schätzt den erzieherischen Bedarf ein und ermittelt eine geeignete Hilfe sowie einen passenden Leistungserbringer.*
- *Mehrere Fachkräfte (mindestens drei) reflektieren den erzieherischen Bedarf und die im Einzelfall geeignete und erforderliche Hilfe in einer Teamkonferenz.*
- *Die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme sollte beachtet und die Wirtschaftliche Jugendhilfe in das Hilfeplanverfahren eingebunden werden.*
- *Der Personensorgeberechtigte und der Minderjährige/Volljährige werden über die in der Teamkonferenz ermittelten geeigneten Hilfeangebote informiert.*
- *Zur Ausgestaltung der Hilfe wird gemeinsam mit dem Personensorgeberechtigten und dem Minderjährigen/Volljährigen ein Hilfeplan erstellt.*
- *Eine verbindliche Leistungsentscheidung wird getroffen.*
- *Die Hilfe wird entsprechend der Zielvereinbarung im Hilfeplan durchgeführt.*
- *Die Familie erhält, soweit erforderlich, ergänzende Beratung und Unterstützung zur Verbesserung der Erziehungsbedingungen.*
- *Der Hilfeplan wird regelmäßig und zeitnah überprüft.*
- *Bei stationären Hilfen werden mögliche Rückkehroptionen geprüft.*

Die **Stadt Siegen** hat schriftliche und verbindliche Verfahrensstandards für das Hilfeplanverfahren im Qualitätshandbuch und dem Handbuch für den ASD festgelegt. Neben detaillierten textlichen Prozessbeschreibungen sind auch übersichtliche Ablaufdiagramme zur Prozesssystematik enthalten.

Häufig erfolgt die erste Kontaktaufnahme über den sogenannten Tagesdienst. Der Tagesdienst nimmt das Anliegen mit den entsprechenden Problemstellungen auf und leitet die Informationen dann an das jeweils zuständige ASD-Team weiter. Innerhalb des Teams erfolgt die Fallverteilung in den wöchentlich stattfindenden Teamsitzungen. In der Regel erfolgt innerhalb einer Woche die erste Rückmeldung durch die zuständige Fachkraft.

Im Anschluss erfolgt seitens der zuständigen Fachkraft gemeinsam mit den Personensorgeberechtigten und dem Kind / Jugendlichen bzw. dem jungen Volljährigen die Klärung des Hilfebe-

darfs in Form einer sozialpädagogischen Diagnostik und Bedarfsanalyse. Dazu werden Gespräche mit den Personensorgeberechtigten und den Kindern / Heranwachsenden geführt sowie Hausbesuche durchgeführt und diverse Informationen zum jeweiligen Einzelfall eingeholt.

Die fallzuständige Fachkraft stellt den Fall in der kollegialen Beratung, auch Fachgespräch genannt, vor. Hier beraten mindestens drei Fachkräfte über den Hilfebedarf und stimmen nach Möglichkeit im Einvernehmen darüber ab. Bei Bedarf wird z.B. auch die Erziehungsberatungsstelle oder der Pflegekinderdienst beteiligt. Die jeweilige Arbeitsgruppenleitung ist nicht grundsätzlich an den Gesprächen beteiligt. Sie kann auf eigenen Wunsch oder auf Wunsch der zuständigen Fachkraft teilnehmen. Die Letztverantwortung liegt bei der Arbeitsgruppenleitung, die den Bescheid unterzeichnet und dazu die fachliche Nachvollziehbarkeit der Entscheidung prüft. Die Arbeitsgruppenleitung bekommt dazu die Fallakte mit den hilfebegründeten Dokumenten sowie dem vorbereiteten Bewilligungsbescheid einschl. der sogenannten Generalverfügung. Die Arbeitsgruppenleitung hat an dieser Stelle noch die Möglichkeit die Entscheidung zu hinterfragen und ggf. zu intervenieren. Die Auswahl des Leistungsanbieters trifft in der Regel die fallführende Fachkraft.

Die WiJu nimmt nicht an dem Fachgespräch teil. Zur Prüfung der Zuständigkeit und möglichen Kostenerstattungen wird seitens der ASD-Kräfte eine Generalverfügung angefertigt und an WiJu weitergeleitet. In dieser Generalverfügung sind alle wichtigen Informationen zum Hilfefall enthalten. Hierbei wird zwischen ambulanten und stationären Leistungen unterschieden. Sofern Unsicherheiten bestehen wird bereits nach der ersten Kontaktaufnahme unmittelbar geklärt ob die Zuständigkeit gegeben ist. Der entsprechende Bewilligungsbescheid wird erst erstellt, wenn die Prüfung der Zuständigkeit erfolgt ist.

Für die Hilfeplanung ist in der Regel eine halbjährliche Fortschreibung vorgesehen. Bei Bedarf wird dieser Zeitrahmen individuell angepasst. Vor der Hilfeplanfortschreibung erstellt der Leistungserbringer einen sogenannten Vorbericht, der die aktuelle Situation und Entwicklung im Hinblick auf die vereinbarten Ziele beschreibt. Für diesen Vorbericht hat die Stadt Siegen einen eigenen Vordruck entwickelt. Dieser wird von den ambulanten Trägern durchgehend genutzt. Die Träger der stationären Hilfen greifen häufig auf eigene Vordrucke zurück.

3.5.1.2 Fallsteuerung

→ Feststellung

Im Jugendamt der Stadt Siegen gibt es eine strukturierte fachliche Zugangssteuerung. Im Hinblick auf die konkrete Fallsteuerung im Einzelfall sind aus Sicht der gpaNRW noch Optimierungsmöglichkeiten gegeben.

Jeder Hilfefall sollte in einem strukturierten Prozess gesteuert und betreut werden. Dabei sind unter Berücksichtigung der vorgegebenen Verfahrensstandards folgende Schritte von besonderer Bedeutung:

- *Eine strukturierte fachliche Zugangssteuerung sollte installiert sein.*
- *Die Einbindung der Wirtschaftlichen Jugendhilfe sollte frühzeitig erfolgen, insbesondere zu Fragen der sachlichen Zuständigkeit (Kostenerstattungsansprüche).*

- *Die Auswahl eines passenden Leistungserbringers erfolgt z.B. mit Unterstützung eines Anbieterverzeichnisses, in dem die Leistungserbringer mit Angeboten und Kosten sowie den bisherigen Erfahrungswerten aus einer Zusammenarbeit enthalten sind. Bei mehreren grundsätzlich in Frage kommenden Anbietern wird der wirtschaftlichste ausgewählt.*
- *Es besteht ein enger Kontakt mit dem Leistungserbringer auf der Grundlage der Vereinbarungen in der Hilfeplanung mit dem Ziel, die Wirkung der Hilfe regelmäßig zu evaluieren und einem unplanmäßigen Abbruch der Hilfe entgegenzuwirken. Es erfolgt eine regelmäßige Fortschreibung des Hilfeplanes in nicht zu langen Intervallen.*
- *Die Laufzeit der Hilfe wird auf das notwendige Maß begrenzt und, soweit fachlich vertretbar, eine zeitnahe Anpassung bzw. schrittweise Reduzierung der Hilfe eingeleitet.*

Wie bereits erläutert, werden die Hilfefälle im Jugendamt der **Stadt Siegen** in einem strukturierten Prozess bearbeitet. Die Prozesse sind in einem Handbuch anschaulich dargestellt und zusätzlich textlich beschrieben.

Die Stadt Siegen verfügt für den ambulanten und stationären Bereich über ein Anbieterverzeichnis. Hierin sind die Kosten und Leistungen der Anbieter enthalten und losgelöst vom Fachverfahren auf einem Laufwerk für alle Fachkräfte hinterlegt. Erfahrungen mit den einzelnen Leistungsanbietern werden nach Aussage des Jugendamtes in den regelmäßigen Teamsitzungen ausgetauscht.

Der Leistungsanbieter wird in der Regel von der der fallzuständigen Fachkraft ermittelt. Bei der Auswahl von stationären Unterbringungen wird darauf geachtet, eine möglichst ortsnahe Unterbringung zu ermöglichen, sofern dies die individuelle Fallkonstellation und auch das Angebot von freien Plätzen zu lässt. Bei der Auswahl der ambulanten Träger gibt es in der Stadt Siegen sogenannte Sozialraumträger. Diese Sozialraumträger sind historisch gewachsen. Bis zum Jahr 2015 gab es in der Stadt Siegen noch Sozialraumbudgets. Grundlage dafür war das Arbeitskonzept der Sozialraumorientierung. Das Konzept geht davon aus, dass die hilfeleistende Fachkraft des jeweiligen Trägers sich über den Fallzugang ins Feld (Lebensraum) begibt und von dort wiederum, zuvor und zunächst fallunabhängig ermittelte Ressourcen in den spezifischen Fall eingebracht werden können (vom Fall zum Feld und wieder zurück in den Fall). Durch die Kenntnis des sozialen Raumes und die gute Vernetzung gerade mit Regeleinrichtungen, sollen Problemlagen frühzeitig erkannt und auf diese schnell reagiert werden können. Innerhalb von Siegen waren insgesamt sechs Sozialräume unterteilt. Die freien Träger in diesen Sozialräumen hatten ein zugewiesenes Budget, in dessen Rahmen die notwendigen ambulanten Hilfen erbracht wurden.

Die Finanzierungsform der Sozialraumbudgets hat die Stadt Siegen aufgrund von mehreren Gerichtsurteilen, die eine Unzulässigkeit dieser Sozialraumbudgets festgestellt haben, zum Ende des Jahres 2015 eingestellt.

Die Stadt Siegen hat gemeinsam mit Arbeitsgruppen, Verwaltung und Politik festgelegt, dass sich die freien Träger weiterhin auf Sozialräume fokussieren. Die Finanzierung beruht seit dem 01. Januar 2016 nicht mehr auf Sozialraumbudgets, sondern wurde entsprechend angepasst.

Der ASD entscheidet und begründet über die Beauftragung eines freien Trägers zur Leistungserbringung. Dabei wird nach Angaben der Stadt Siegen davon ausgegangen, dass der sozialraumkompetente Träger am ehesten fachlich in der Lage ist, eine ressourcenorientierte, flexible Hilfe zur Erziehung für diesen Raum zu erbringen.

Konkret sieht die Finanzierung der Sozialraumträger vor, dass die Finanzierung der sozialraumbezogenen Hilfen zur Erziehung im Rahmen des § 77 SGB VIII erfolgt. Dazu legt der freie Träger eine Leistungsbeschreibung vor, die Aussagen zu Inhalt, Umfang und Qualität der angebotenen Leistungen enthält. Daneben enthält diese Aussagen zur Sicherstellung der Qualität der Leistung und zu deren Bewertung. Die Finanzierung der Hilfen zur Erziehung erfolgt mittels monatsbezogener Fallpauschalen auf Basis von Fachleistungsstunden, um eine flexible Fallgestaltung zu ermöglichen. Die Fallpauschale beinhaltet 16 Fachleistungsstunden.

Die genannte Fallpauschale gilt unabhängig vom individuellen Einzelfall. Die Sozialraumträger erbringen keine Nachweise über die geleisteten Fachleistungsstunden. Nach Aussage der Stadt Siegen findet die Fallsteuerung anhand der Ziele, die im Hilfeplan formuliert sind statt und nicht über die Höhe der Fachleistungsstunden.

Aus Sicht der gpaNRW stellen die bewilligten Fachleistungsstunden ein großes Steuerungsinstrument bei der Gewährung der erzieherischen Hilfen dar. Durch eine konkrete und individuell festgelegte Anzahl von Fachleistungsstunden im individuellen Einzelfall, kann die zuständige Fachkraft im ASD die größtmögliche Einflussnahme und Steuerung auf den Hilfeverlauf nehmen. In den regelmäßig stattfindenden Hilfeplangesprächen kann anhand der Überprüfung der Zielerreichung eine Anpassung der FLS zum Erreichen der vereinbarten Ziele jederzeit angepasst werden. Das Heft des Handelns bleibt damit in der Hand der für die Steuerung des Hilfealles verantwortlichen Fachkraft.

Auch bei der Erfassung der erzieherischen Hilfen gibt es in der Stadt Siegen eine Besonderheit. Alle ambulanten Hilfen werden unter den erzieherischen Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII erfasst. Unabhängig davon, um welche Hilfeart es sich handelt. Das gilt sowohl für die Aufwendungen als auch die Hilfefälle. Auch die zuvor erwähnte Fallpauschale der Fachleistungsstunden für die ambulanten Hilfen wird, trotz der unterschiedlichen Intensität der einzelnen Hilfen, unabhängig von der Hilfeart gewährt. Einzige Ausnahme hiervon bildet die ambulante Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Diese wird separat erfasst. Eine vergleichende Prüfung, heruntergebrochen auf die verschiedenen Hilfearten im ambulanten Bereich für die Stadt Siegen, erfolgt daher nicht. Weitere Erläuterungen dazu folgen im Kapitel 4.7.2.1.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte die derzeitige Leistungsgewährung auf der Grundlage der einheitlichen Fallpauschale eingehend überprüfen und überdenken. Für eine gut strukturierte und wirtschaftliche Fallsteuerung ist eine individuelle Festlegung und fortlaufende Überprüfung der erbrachten Fachleistungsstunden unabdingbar.

Nach Angaben des Jugendamtes wurden während der Corona Pandemie Mindestbesetzungszeiten im Jugendamt definiert. Es bestand eine Mischung aus Home-Office und Präsenzzeiten.

Es wurde vermehrt auf digitale Kommunikationswege zurückgegriffen. Hierzu gehören z.B. E-Mail-Verkehr sowie, Video- und Telefonkonferenzen. Notwendige Inaugenscheinnahmen wurden ausnahmslos umgesetzt. Auch notwendige persönliche Kontakte wurden möglichst mit Abstand und/oder im Freien oder in speziell eingerichteten Beratungsbüros der Stadtverwaltung

durchgeführt. Soweit es fachlich vertretbar war, wurden die Kontakte über digitale Medien gestaltet.

Die Standards des Hilfeplanverfahren mit den entsprechenden Prozessabläufen wurde auch in dieser Phase der Pandemie eingehalten. In seltenen Fällen wurde die Hilfeplanfortschreibung verschoben, was aber bei fortschreitender Dauer der Pandemie nicht fortgesetzt wurde.

3.5.1.3 Kostenerstattungsansprüche

→ Feststellung

Die WiJu prüft frühzeitig mögliche Kostenerstattungsansprüche und macht diese umgehend geltend. Schriftliche Verfahrensstandards für diese Prüfung gibt es nicht.

Grundsätzlich ist für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung das örtliche Jugendamt zuständig. Die örtliche Zuständigkeit ist in §§ 86 ff. SGB VIII geregelt. Unter bestimmten Voraussetzungen hat das Jugendamt, das die Hilfen zur Erziehung gewährt, gegenüber einem anderen örtlichen oder überörtlichen Träger der Jugendhilfe gemäß §§ 89 ff. SGB VIII einen Kostenerstattungsanspruch auf Erstattung der Aufwendungen. Die Prüfung und Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen erfolgt in der Regel durch die Wirtschaftliche Jugendhilfe. Diese sollte deshalb möglichst früh in den Hilfeplanprozess einbezogen werden. Für die Prüfung und Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen sollten Prozesse und Standards definiert sein, um zu gewährleisten, dass diese zeitnah und umfassend geltend gemacht werden.

Die Prüfung und Geltendmachung von Kostenerstattungsansprüchen erfolgt im Jugendamt der **Stadt Siegen** grundsätzlich durch die Wirtschaftliche Jugendhilfe (WiJu).

Bei der Gewährung von Hilfen zur Erziehung bedarf es einer reibungslosen Kommunikation zwischen dem ASD und der WiJu. Nur so kann ein fehlerfreier Ablauf sowohl bei der Leistungserbringung aber auch bei der Refinanzierung sichergestellt werden.

Nach Angaben des Jugendamtes wird die örtliche und sachliche Zuständigkeit jährlich überprüft, zusätzlich bei Umzug, Einrichtungen weiterer Hilfen oder Mitteilung durch den ASD, dass eine körperliche oder geistige Beeinträchtigung vorliegt. Die Kostenerstattungsansprüche gem. §§ 89 ff. SGB VIII werden ebenfalls bei Umzug oder Mitteilung durch den ASD geprüft.

Für die Prüfung von Kostenerstattungen und die sich daraus möglicherweise ergebenden Kostenbescheide gibt es keine schriftlichen Verfahrensstandards. Das Jugendamt hat nach eigener Einschätzung vor Ort erfahrene Fachkräfte, die die Geltendmachung der Kostenerstattungen intensiv betreiben. Hierfür werden gesetzliche Grundlagen, Kommentierungen und die Rechtsprechung einbezogen. In der Regel erfolgt die Prüfung und Geltendmachung von Kostenerstattungen vor der Einleitung des Hilfeplanverfahrens. Die Prüfung erfolgt grundsätzlich in allen Fällen, in denen die Zuständigkeit nicht eindeutig ist und auch bei Änderungen im Verlauf des Hilfeplanverfahrens.

Auch wenn diese Prüfung in der Praxis gut und intensiv erfolgt, sollten schriftliche Verfahrensstandards für die Prüfung der Zuständigkeit und von möglichen Kostenerstattungen erarbeitet werden. Dies erleichtert die Einarbeitung neuer Fachkräfte und macht den Arbeitsablauf transparenter.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte Kernprozesse für die Prüfung der Zuständigkeit und von Kostenerstattungsansprüchen durch die WiJu in die Verfahrensstandards aufnehmen.

3.5.2 Prozesskontrollen

→ **Feststellung**

Es finden prozessintegrierte Kontrollen durch die Fachsoftware und im Rahmen der Fallüberprüfung durch die Arbeitsgruppenleitung statt. Für die WiJu gibt es ein internes Kontrollsystem welches stichprobenhafte Einzelfallprüfungen vorsieht. Im Bereich der automatisierten Wiedervorlagen bestehen aus Sicht der gpaNRW noch Optimierungspotenziale.

Für die Aufgabenerledigung im Bereich der Hilfe zur Erziehung sollten prozessintegrierte Kontrollmaßnahmen, technische Plausibilitätsprüfungen und prozessunabhängige Kontrollen vorhanden sein. Mit den Prozesskontrollen sollte erreicht werden, dass die Beachtung und Einhaltung von festgelegten Vorgaben für den Workflow und die Verfahrensstandards sowie die rechtmäßige Aufgabenerledigung nachvollzogen werden können.

Bei der **Stadt Siegen** finden prozessintegrierte Kontrollen in erster Linie über die Verfahrensstandards und die zu verwendenden Vordrucke statt. Das Vier-Augen-Prinzip wird in jedem Fall durch die kollegiale Beratung gewahrt. Wie bereits im Kapitel 4.5.1.1 beschrieben liegt die Letztverantwortung bei der jeweiligen Arbeitsgruppenleitung, die den Bescheid unterzeichnet und die fachliche Nachvollziehbarkeit der Entscheidung prüft. Die Arbeitsgruppenleitung sieht die Fallakte mit den hilfebegründeten Dokumenten sowie dem vorbereiteten Bewilligungsbescheid einschließlich der sogenannten Generalverfügung ein.

Die Jugendamtssoftware prüft während der Eingabe, ob die notwendigen Arbeitsschritte eingehalten wurden. Nur bei vollständiger Datenlage ist eine weitere Fallbearbeitung möglich. Bei Unstimmigkeiten kann keine weitere Dateneingabe erfolgen. Eine automatisierte Wiedervorlage über die Jugendamtssoftware ist vorhanden. Die automatisierten Wiedervorlagen werden aber nur der entsprechend zuständigen Fachkraft bzw. nur beim expliziten Aufrufen des Falles angezeigt. Eine allgemeine Wiedervorlage, die für jeden einsehbar und damit auch über die Vorgesetzten kontrollierbar ist, gibt es bisher nicht.

Die Auszahlung der Leistungen erfolgt über das eingesetzte Fachverfahren. Für die Ermächtigung von Auszahlungen der Leistungen für die erzieherischen Hilfen hat die Stadt Siegen im sogenannten internen Kontrollsystem folgende Staffelungen schriftlich festgelegt:

- Sachbearbeitung bis 5.000 Euro
- Arbeitsgruppenleitung bis 25.000 Euro
- Abteilungsleitung und Stellvertretung bis 50.000 Euro
- Geschäftsbereichsleitung unbegrenzt.

Ebenfalls ist in dem internen Kontrollsystem verschriftlicht, dass in regelmäßigen Abständen vierteljährlich durch die Arbeitsgruppenleitung stichprobenweise Einzelfallprüfungen vorgenommen werden. Diese aktenbezogene Überprüfung erfolgt „themenbezogen“ (stationäre Hilfen,

Pflegekinder, teilstationäre Hilfen, ambulante Hilfen) und „sachbearbeiterbezogen“ durch Überprüfung jeweils einer Akte pro Fachkraft. Die Überprüfung der Arbeitsgruppenleitung erfolgt durch die Abteilungsleitung analog der zuvor beschriebenen Vorgehensweise. Im Rahmen der Überprüfung werden Ergebnisprotokolle gefertigt. Diese Protokolle werden der Abteilungsleitung sowie dem Rechnungsprüfungsamt zur Kenntnis und Verbleib vorgelegt.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte über die laufenden Fälle allgemeine Wiedervorlagen führen, damit sichergestellt ist, dass eine rechtmäßige Aufgabenerledigung erfolgt.

3.6 Personaleinsatz

Zum Personaleinsatz im Handlungsfeld Hilfe zur Erziehung betrachtet die gpaNRW schwerpunktmäßig die Stellenausstattung im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) und in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (WiJu).

- Die Stadt Siegen hat eine Personalbemessung für den ASD und die WiJu durchgeführt. Eine regelmäßige Fortschreibung der Personalbemessung ist vorgesehen.

Eine Kommune sollte die notwendigen Personalressourcen vorhalten, um die Aufgaben im Prüfgebiet Hilfe zur Erziehung qualitativ gut bearbeiten zu können. Dies setzt eine sowohl quantitativ als auch qualitativ ausreichende Personalausstattung voraus. Hierfür ist eine Personalbedarfsplanung notwendig, die geplante und ungeplante Fluktuationen berücksichtigt. Außerdem sollte die Stadt ihr Personal auch qualitativ gut einarbeiten, qualifizieren und fortbilden.

Im Jahr 2020 hat die **Stadt Siegen** eine Personalbemessung für den Bereich des ASD und der Jugendgerichtshilfe durch einen beauftragten Dritten durchgeführt. Auch für den Bereich der WiJu erfolgte bereits 2015 eine Stellenbemessung, diese wurde 2018 fortgeschrieben. Eine Fortschreibung der Personalbemessung des ASD in Eigenregie ist grundsätzlich möglich. Zukünftig ist geplant, die Stellenbemessung durch eine Prozessdokumentation über die im Bereich der Hilfen zur Erziehung eingesetzte Software regelmäßig durchzuführen.

Im Rahmen der durchgeführten Personalbemessung wurden für den Bereich des ASD sechs zusätzliche Stellenanteile geschaffen. Die Stellenbesetzung ist inzwischen abgeschlossen.

Eine Wiederbesetzungssperre für offene Stellen gibt es in Siegen nicht. Aber die Anzahl an Bewerbungen auf offene Stellen ist nach Angaben des Jugendamtes deutlich gesunken. Häufig gehen Bewerbungen von Studienabgängern ein, welche noch über keine bzw. sehr wenig Berufserfahrung verfügen. Eine so genannte Springerstelle für unvorhersehbare Ausfallzeiten, wie z.B. krankheitsbedingte Ausfälle, gibt es nicht. Nach Angaben des Jugendamtes war der ASD in vergangenen Jahren von erheblichen Personalwechseln und Vakanzen betroffen. Bedingt dadurch entstanden zusätzliche Anforderungen für die Beschäftigten.

- Das von der Stadt Siegen durchgeführte Trainee-Konzept für eine systematische Heranführung und Einarbeitung in die Arbeitsfelder der Jugendhilfe wird von der gpaNRW positiv bewertet.

Die Stadt Siegen hat ein Trainee-Konzept entwickelt. Dies ermöglicht Absolventinnen und Absolventen des Studienganges Soziale Arbeit eine systematische Heranführung und Einarbeitung in die Arbeitsfelder der Jugendhilfe. Konkret in den Bereichen Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD) und Kinder- und Jugendförderung in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Es erfolgt eine systematische Einarbeitung auf Grundlage eines Einarbeitungskonzeptes sowie Anleitung und Begleitung durch interne Mentorinnen und Mentoren. Grundsätzlich ist das Trainee-Programm auf die Dauer von zwei Jahren angelegt. Nach dem ersten Jahr wird gemeinsam mit den Absolventen, Mentoren und der Abteilungsleitung eine Beurteilung erstellt und die Entscheidung über die Teilnahme am zweiten Jahr getroffen. Im zweiten Jahr können die Absolventen schon einzelne Aufgaben im ASD übernehmen. Aus Sicht der gpaNRW ist dies ein gelungenes Konzept, welches sowohl für die Stadt Siegen als auch die Absolventinnen und Absolventen Synergieeffekte bietet.

Personaleinsatz 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Hilfeplanfälle je Vollzeit-Stelle ASD	32	18	27	30	33	49	20
Hilfeplanfälle je Vollzeit-Stelle WiJu	138	75	110	135	158	233	20

In der dargestellten Tabelle sind die tatsächlich im Vergleichsjahr besetzten Ist-Stellen berücksichtigt. Diese sind als Vollzeit-Stellen erfasst. Nicht durchgängig besetzte Stellen sind entsprechend der tatsächlichen Anwesenheit eingeflossen. Langzeiterkrankungen sind bereinigt. Eine Langzeiterkrankung liegt dann vor, wenn der Ausfall im Betrachtungsjahr länger als sechs Monate dauert. Vertretungskräfte für krankheitsbedingte Ausfälle sind berücksichtigt.

Wir haben die Aufgabeninhalte der Stellen einheitlich definiert. Sofern zusätzliche Aufgaben durch die Mitarbeitenden erledigt werden, sind diese aus den Stellenanteilen herausgerechnet worden.

3.6.1 Allgemeiner Sozialer Dienst

Für die Stellenausstattung des Allgemeinen Sozialen Dienstes hat die gpaNRW einen Personalrichtwert ermittelt. Der Personalrichtwert ist ein Erfahrungswert aus vorausgegangenen überörtlichen Prüfungen. Dieser liegt bei 30 Hilfeplanfällen nach § 36 SGB VIII je Vollzeit-Stelle. Der Personalrichtwert dient als Orientierung für die Personalausstattung des ASD im interkommunalen Vergleich. Er kann eine eigene Stellenbemessung nicht ersetzen.

Wie bereits zuvor beschrieben, hat die Stadt Siegen für den ASD eine Stellenbemessung durchgeführt. Im Vergleichsjahr 2020 waren 22,20 Stellen im ASD tatsächlich besetzt. Auch die

Spezialdienste sind in diesen Stellen enthalten. Bezogen auf die rund 707 Hilfefälle im Jahresdurchschnitt bearbeitet eine Vollzeit-Stelle demnach 32 Hilfeplanfälle. Damit positioniert sich die Stadt Siegen im interkommunalen Vergleich über dem Median.

3.6.2 Wirtschaftliche Jugendhilfe

Für die Stellenausstattung der Wirtschaftlichen Jugendhilfe hat die gpaNRW einen Personalrichtwert ermittelt. Dieser liegt bei 140 Hilfeplanfällen nach § 36 SGB VIII je Vollzeit-Stelle. Der Personalrichtwert dient als Orientierung für die Personalausstattung der WiJu im interkommunalen Vergleich. Er kann eine eigene Stellenbemessung nicht ersetzen.

Für den Bereich der WJH liegt der Stadt Siegen keine Stellenbemessung vor. Sie legt für den Bereich der WiJu den Personalrichtwert der gpaNRW zu Grunde. Im Jahr 2020 waren 5,14 Vollzeit-Stellen im Einsatz, die rund 707 Hilfeplanfälle bearbeitet haben. Auf eine Vollzeit-Stelle fielen demnach rund 138 Hilfeplanfälle. Damit liegt die Anzahl der Hilfefälle leicht unterhalb des Personalrichtwertes der gpaNRW. Im interkommunalen Vergleich positioniert sich die Stadt Siegen hier über dem Median.

3.7 Leistungsgewährung

3.7.1 Fehlbetrag und Einflussfaktoren

- Der Fehlbetrag für die Hilfe zur Erziehung je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre ist in Siegen überdurchschnittlich hoch. Ursächlich dafür sind eine hohe Falldichte sowie hohe einwohner- und fallbezogene Aufwendungen.

Eine Kommune sollte den Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung unter Berücksichtigung einer bedarfsgerechten Versorgung durch geeignete Steuerungsmaßnahmen so niedrig wie möglich halten.

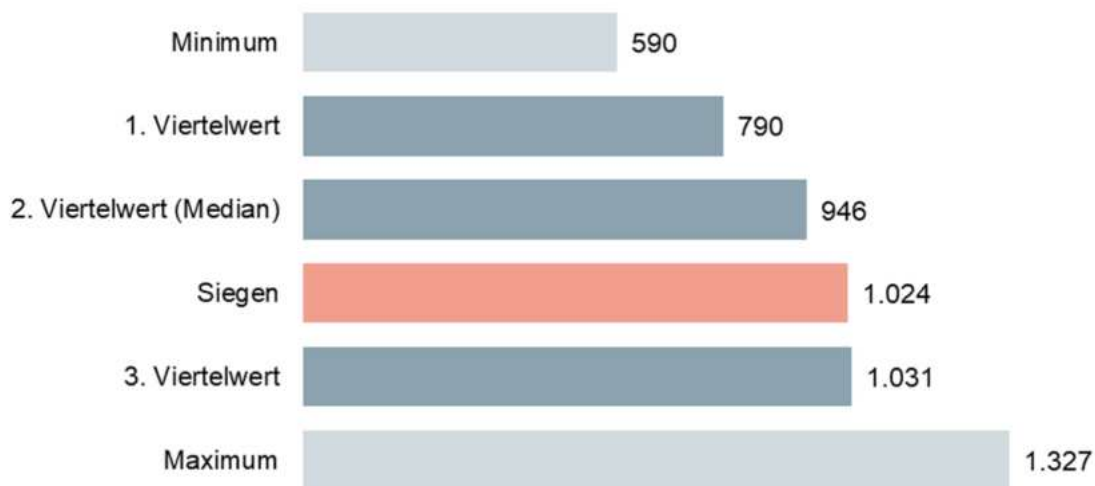
Die gpaNRW hat das Produkt Hilfen zur Erziehung im Rahmen der Datenerfassung einheitlich definiert. Das diesem Bericht zugrundeliegende ordentliche Ergebnis für Hilfen zur Erziehung ist nicht mit dem ordentlichen Ergebnis des Produktes „06.01.01 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien“ des Haushaltsplanes der Stadt Siegen gleichzusetzen. Das Jugendamt hat die Aufwendungen und Erträge entsprechend der Datenanforderung der gpaNRW zusammengestellt und aufbereitet.

Der Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung beinhaltet das ordentliche Ergebnis zuzüglich der internen Leistungsverrechnungen für Gebäudeaufwendungen, sofern diese nicht im ordentlichen Ergebnis enthalten sind.

Der Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung liegt im Jahr 2019 bei rund 19 Mio. Euro. In 2020 steigt der Fehlbetrag auf rund 20 Mio. Euro an. Auf der Aufwandsseite wird der Fehlbetrag vor allem durch die Transferaufwendungen und die Personalaufwendungen beeinflusst. Die Transferaufwendungen sind im Jahr 2020 um rund 250.000 angestiegen, bei etwa konstantem Fallaufkommen von rund 707 Hilfefällen in 2020 gegenüber 709 Hilfefällen in 2019.

Bezogen auf die Altersgruppe der Einwohner von 0 bis unter 21 Jahren, stellt sich der Fehlbetrag für das Jahr 2020 im interkommunalen Vergleich wie folgt dar:

Fehlbetrag HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre in Euro 2020



In den interkommunalen Vergleich sind Werte von 20 Kommunen eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:

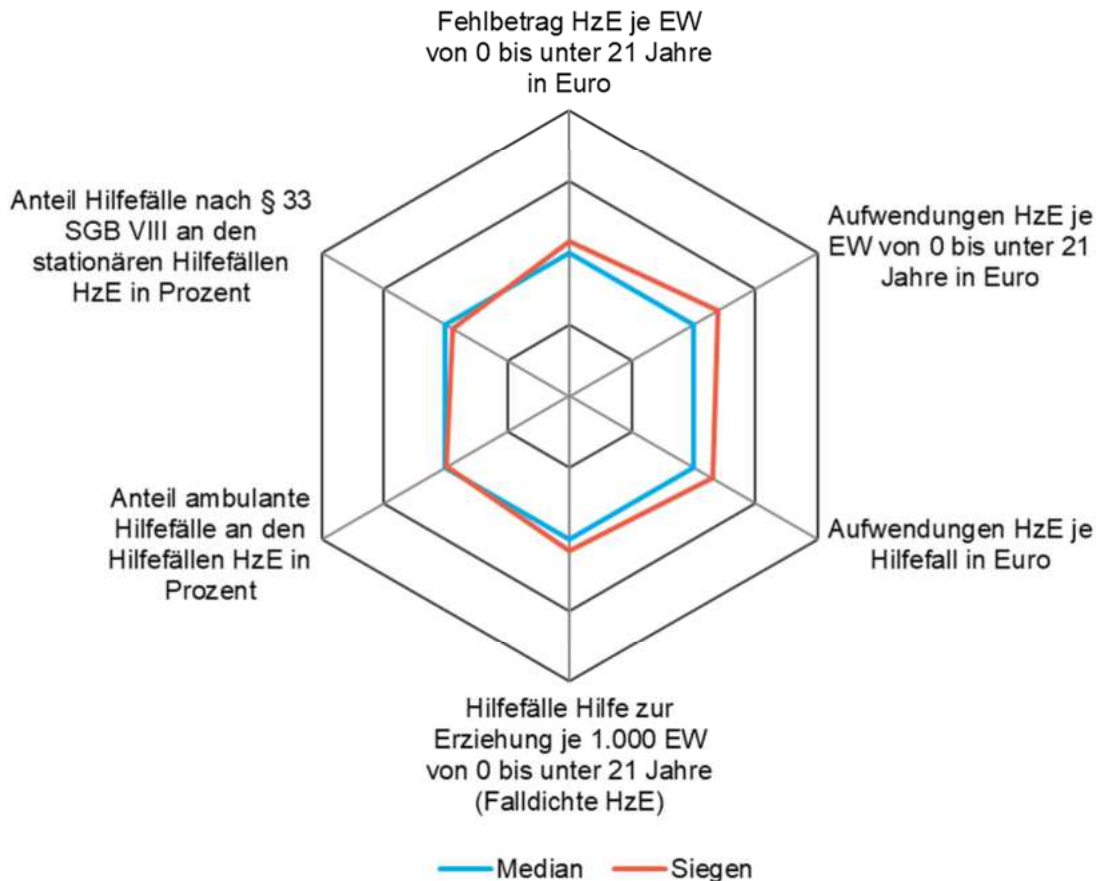


Fehlbetrag HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre in Euro

2017	2018	2019	2020
935	1.021	963	1.024

Der Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die gpaNRW betrachtet sie nachfolgend.

Einflussfaktoren Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung 2020



Der Index (blaue Linie) bildet den Median der obigen Kennzahlen im interkommunalen Vergleich ab. Die rote Linie stellt die Positionierung der Kommune im Verhältnis zum Index dar. Dabei bildet ein Wert der Kommune außerhalb des Index einen höheren und innerhalb einen niedrigeren Wert als der Index ab.

Die Kennzahlen des dargestellten Netzdiagramms weisen deutliche Zusammenhänge auf. Die einwohnerbezogenen Kennzahlen „Fehlbetrag HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre in Euro“ und „Aufwendungen HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre in Euro“ werden von den Kennzahlen „Falldichte HzE“ und „Aufwendungen HzE je Helfefall in Euro“ beeinflusst.

Auf die „Aufwendungen HzE je Helfefall in Euro“ wirken sich wiederum der „Anteil ambulanter Helfefälle an den Helfefällen HzE in Prozent“ und der „Anteil der Helfefälle nach § 33 SGB VIII an den stationären Helfefällen in Prozent“ aus. Die „Falldichte HzE“ ist in erheblichem Maße von den Steuerungsleistungen des Jugendamtes abhängig.

Die Entwicklung der Kennzahlen des Netzdiagrammes in der Zeitreihe der Jahre 2017 bis 2020 wird in Tabelle 3 im Anhang zu diesem Berichtsteil dargestellt.

Die einzelnen Kennzahlen werden im Folgenden näher dargestellt und analysiert.

3.7.1.1 Aufwendungen Hilfe zur Erziehung

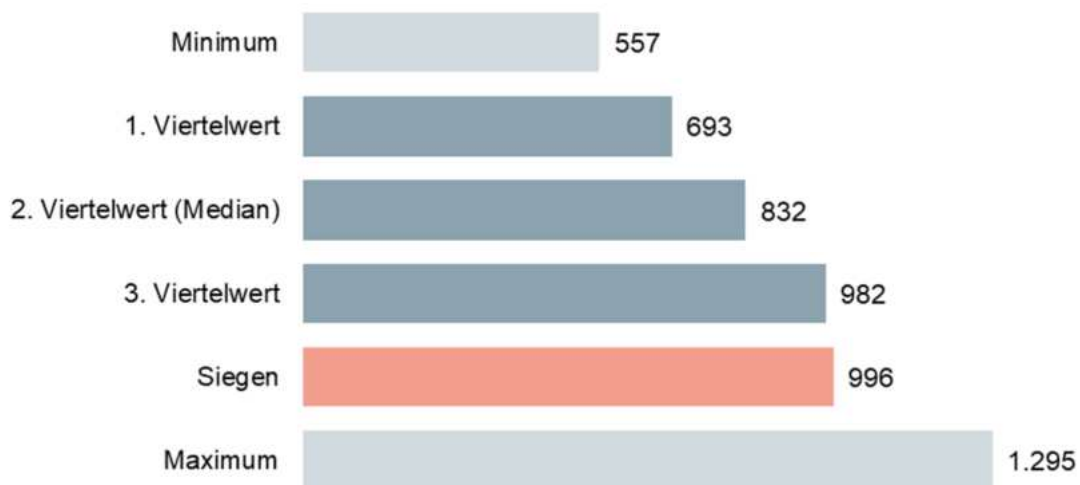
- Die Stadt Siegen hat hohe einwohnerbezogene Aufwendungen und hohe Aufwendungen je Hilfefall. Im ambulanten Bereich bilden die Aufwendungen je Hilfefall den Maximalwert im interkommunalen Vergleich ab. Dies wirkt sich negativ auf den Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung aus.

Die Aufwendungen Hilfe zur Erziehung umfassen die Transferaufwendungen für die ambulanten und stationären Hilfen nach den §§ 27 bis 35, 35a und 41 SGB VIII.

Soweit für ambulante erzieherische Hilfen eigenes Personal für die Leistungserbringung eingesetzt wird (eigener ambulanter Dienst), werden die Personalkosten auf der Grundlage der KGSt-Arbeitsplatzkosten entsprechend der Vollzeit-Stellenanteile und der Entgeltgruppe bzw. Besoldungsgruppe in die Aufwendungen eingerechnet. Soweit Kinder/Jugendliche in eigenen Einrichtungen der Erziehungshilfe der Kommune betreut werden, sind die Aufwendungen für die Betreuungskosten auf der Grundlage der internen Leistungsverrechnungen (iLV) zu berücksichtigen. Sollten keine iLV ausgewiesen sein, wird ersatzweise ein fiktiver Tagessatz analog von in den eigenen Einrichtungen untergebrachten auswärtigen Kindern/Jugendlichen in die Aufwendungen eingerechnet.

Im Jahr 2020 hat die **Stadt Siegen** Aufwendungen in Höhe von rund 19,8 Mio. Euro.

Aufwendungen HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre in Euro 2020



In den interkommunalen Vergleich sind Werte von 24 Kommunen eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



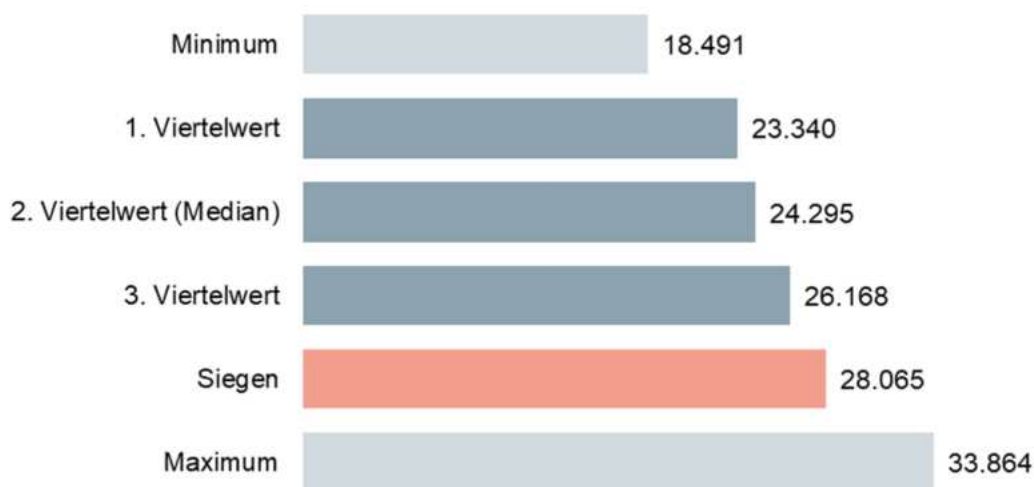
Entwicklungen der Aufwendungen HzE je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre

2017	2018	2019	2020
959	983	982	996

Die einwohnerbezogenen Aufwendungen steigen im Jahr 2020 weiter an. Im interkommunalen Vergleich gehört die Stadt Siegen im Jahr 2020 zu dem Viertel der Kommunen mit den höchsten einwohnerbezogenen Aufwendungen.

Entscheidend für die Beurteilung der Aufwendungen HzE ist neben dem Einwohnerbezug auch die Betrachtung der Aufwendungen HzE je Hilfefall.

Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro 2020



In den interkommunalen Vergleich sind Werte von 24 Kommunen eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Bei der differenzierten Betrachtung wird deutlich, dass die Stadt Siegen sehr hohe Aufwendungen im ambulanten Bereich hat. Im interkommunalen Vergleich bildet Siegen im Jahr 2020 mit 16.855 Euro den Maximalwert ab. Im Bereich der stationären Hilfen liegen die Aufwendungen dagegen leicht unter dem Median.

Aufwendungen HzE je Hilfefall ambulant und stationär 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Ambulante Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	16.855	7.598	9.589	10.901	12.830	16.855	24
Stationäre Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	44.084	34.462	40.946	45.153	47.383	52.910	24

In die Kennzahl „Ambulante Aufwendungen HzE je Hilfefall“ fließen neben den erzieherischen Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII, noch die ambulanten Hilfen nach § 35a SGB VIII sowie die Aufwendungen der teilstationären Hilfen für die Tagesgruppe nach § 32 SGB VIII und die ambulanten Hilfen der jungen Volljährigen ein.

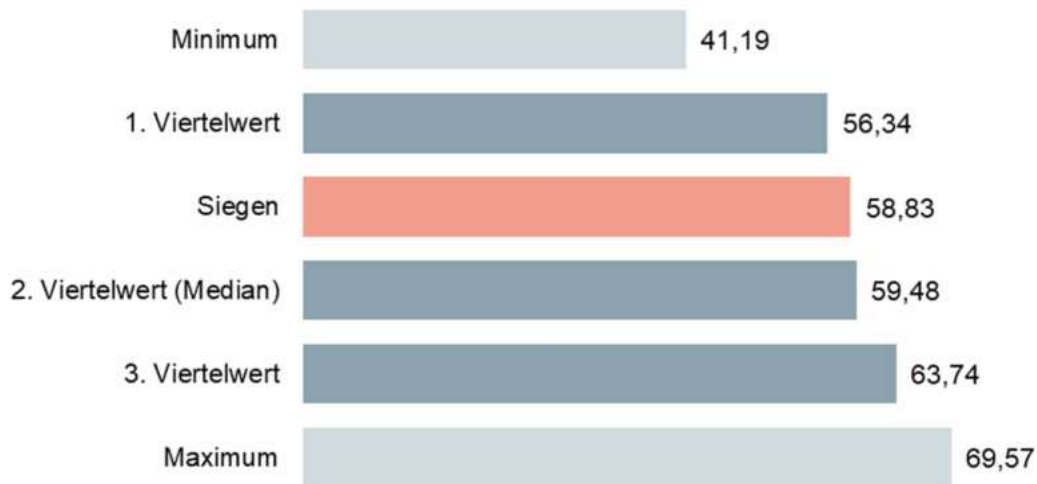
Wie bereits im Kapitel 4.5.1.2 beschrieben, werden in der Stadt Siegen alle ambulanten Hilfen unter den erzieherischen Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII erfasst. Lediglich die ambulante Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII wird separat erfasst. An dieser Stelle wäre eine differenziertere Betrachtung und interkommunaler Vergleich heruntergebrochen auf die verschiedenen ambulanten Hilfearten hilfreich, um mögliche Kostentreiber in der Hilfestellung ausfindig zu machen.

Weitere vertiefende Ausführungen zu den ambulanten Hilfen, insbesondere zur Gewährung der Fachleistungsstunden, folgt im Kapitel 4.7.2.1 zu den Erzieherischen Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII.

3.7.1.2 Anteil ambulanter Hilfefälle

- Die Stadt Siegen hat einen geringeren Anteil ambulanter Hilfefälle als die meisten anderen Kommunen. Dies wirkt sich negativ auf die Aufwendungen je Hilfefall und damit belastend auf den Fehlbetrag aus.

Anteil ambulanter Hilfefälle an den Hilfefällen HzE in Prozent 2020



In den interkommunalen Vergleich sind Werte von 24 Kommunen eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



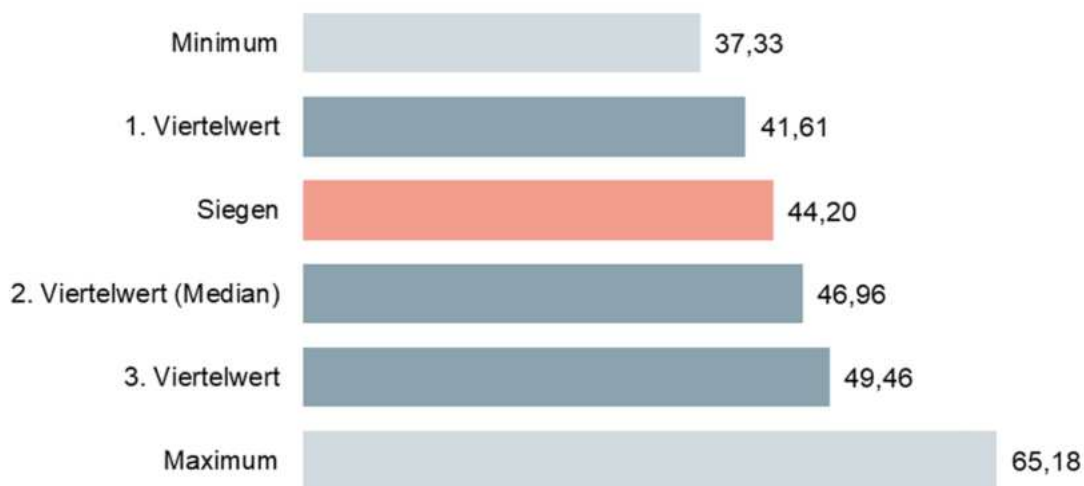
Im Jahr 2019 waren von den 709 Hilfefällen rund 409 ambulant und rund 300 stationär. Auch im Jahr 2020 liegt der Anteil der ambulanten Hilfefälle mit 59 Prozent auf einem ähnlich niedrigen Niveau.

Der niedrige Anteil an ambulanten Hilfefällen und dem analog hohen Anteil an stationären Hilfefällen wirkt sich negativ auf die Aufwendungen je Hilfefall und damit auf den Fehlbetrag der Hilfen zur Erziehung aus. Ein höherer Anteil ambulanter Hilfen bei konstanter bzw. niedriger Fall-dichte ist erstrebenswert, um u. a. kostenintensive stationäre Hilfen zu vermeiden. Das ist in Siegen noch nicht eingetreten.

3.7.1.3 Anteil Vollzeitpflegefälle

- Die Stadt Siegen hat einen geringeren Anteil an Vollzeitpflegefällen als andere Städte. Da Vollzeitpflege deutlich weniger kostet als andere stationäre Hilfen, belastet das den Fehlbetrag der Hilfen zur Erziehung.

Anteil Vollzeitpflegefälle nach § 33 SGB VIII an den stationären Hilfefällen HzE in Prozent 2020



In den interkommunalen Vergleich sind Werte von 24 Kommunen eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Anteil Vollzeitpflegefälle nach § 33 SGB VIII an den stationären Hilfefällen HzE in Prozent 2020

2017	2018	2019	2020
38,30	38,25	38,91	44,20

Betrachtet man die Entwicklung des Anteils der Vollzeitpflegefälle, gemessen an den stationären Hilfen wird deutlich, dass die Stadt Siegen die Vollzeitpflege im Jahr 2020 gegenüber den Vorjahren ausbauen konnte. Dennoch liegt der prozentuale Anteil im interkommunalen Vergleich mit rund 45 Prozent unter dem Median.

Vertiefende Ausführungen erfolgen im Kapitel 3.7.2.3 „Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII – Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII“.

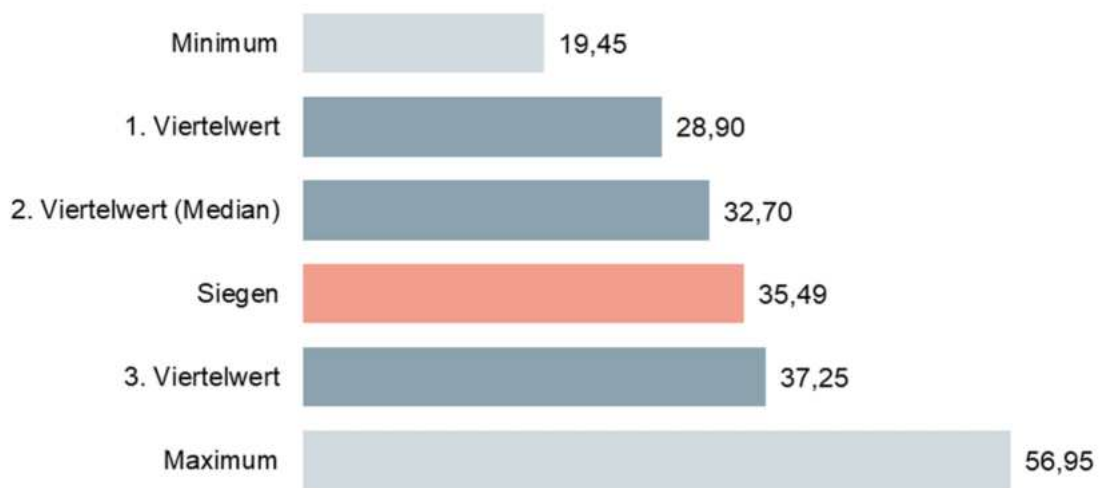
3.7.1.4 Falldichte

- Die Stadt Siegen hat eine überdurchschnittlich hohe Falldichte. Das wirkt sich negativ auf den Fehlbetrag der Hilfen zur Erziehung aus.

Durch präventive Maßnahmen und eine gute Zugangssteuerung und kurze Laufzeiten von Hilfefällen sollte darauf hingewirkt werden, dass die Falldichte niedrig bleibt, um den Fehlbetrag bzw. die Aufwendungen je Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre nicht zu belasten.

Die Falldichte definiert die gpaNRW als Hilfefälle je 1.000 Einwohner bis unter 21 Jahren. Die **Stadt Siegen** hatte 2020 rund 707 Hilfeplanfälle.

Falldichte HzE 2020



In den interkommunalen Vergleich sind Werte von 24 Kommunen eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Im Jahr 2020 liegt die Stadt Siegen mit einer Falldichte von rund 35 Hilfefällen Hilfe zur Erziehung je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre im interkommunalen Vergleich bei der Hälfte der Kommunen mit einem erhöhten Fallaufkommen.

Bei Betrachtung der Entwicklung der Hilfefälle zeigt sich, dass das Fallaufkommen ab 2018 auf einem etwa gleichbleibenden Niveau liegt.

Entwicklung der Hilfeplanfälle im Zeitreihenvergleich

	2017	2018	2019	2020
Ambulante Hilfeplanfälle	373	405	409	416
Stationäre Hilfeplanfälle	307	295	300	291
Hilfeplanfälle gesamt	679	701	709	707

Zur weiteren Analyse stellt die gpaNRW die Fallzahlen der einzelnen Hilfearten für die beiden Jahre differenziert dar:

Entwicklung der Hilfeplanfälle im Zeitreihenvergleich

	2017	2018	2019	2020
Flex. amb. Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII	193,66	199,33	181,42	174,83
Soziale Gruppenarbeit § 29 SGB VIII	./.	./.	./.	./.
Erziehungsbeistand § 30 SGB VIII	./.	./.	./.	./.
Sozialpädagogische Familienhilfe § 31 SGB VIII	./.	./.	./.	./.
Tagesgruppe nach § 32 SGB VIII	43,83	46,42	48,00	45,33
Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII ambulant	117,67	143,17	163,25	182,08
davon Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII ambulant für Integrationshelfer	96,17	116,00	125,42	134,58
ambulante Hilfen für Junge Volljährige § 41 SGB VIII	18,42	16,42	16,42	13,75
ambulante Hilfeplanfälle gesamt	372,58	405,34	409,09	415,99
Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII	108,83	106,25	110,08	121,67
Heimerziehung nach § 34 SGB VIII	139,92	130,33	132,83	125,16
Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII stationär	5,33	1,83	0,25	1,83
Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII stationär	52,67	57,00	56,92	42,42
davon Hilfen für Junge Volljährige in Vollzeitpflege	8,67	6,75	6,67	7,00
davon Hilfen für Junge Volljährige in Heimerziehung	38,08	42,92	40,25	31,00
davon Hilfen für Junge Volljährige in stationärer Eingliederungshilfe	5,92	7,33	10,00	4,42
stationäre Hilfeplanfälle gesamt	306,75	295,41	300,08	291,08
Hilfeplanfälle gesamt	679,33	700,75	709,17	707,07

Im ambulanten Bereich sind die Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII deutlich gestiegen. Im stationären Bereich ist eine leicht positive Tendenz erkennbar. Die Vollzeitpflegefälle sind bei einem leichten Rückgang der Heimerziehungsfälle angestiegen. Auch bei den jungen Volljährigen sind die Heimunterbringungen und die stationäre Eingliederungshilfe in 2020 rückläufig.

Weitere Erläuterungen zu den einzelnen Hilfen finden sich in den Kapitel 3.7.2 Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII.

3.7.2 Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII

Die 707 Hilfeplanfälle der **Stadt Siegen** verteilen sich 2020 auf die einzelnen Hilfearten wie folgt:

Verteilung Hilfeplanfälle nach Hilfearten 2020

Hilfeart	Anzahl Fälle	Anteil an Aufwendungen in Prozent
Flexible erzieherische Hilfen gem. § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII	174,83	13,43
Erziehung in einer Tagesgruppe nach § 32 SGB VIII	45,33	5,45
Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII	121,67	8,26
Heimerziehung gem. § 34 SGB VIII	125,17	44,57
Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII	183,91	16,35
davon ambulant gem. § 35a SGB VIII	182,08	95,63
davon stationär gem. § 35a SGB VIII	1,83	4,37
Hilfe junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII gesamt	56,16	11,94
davon Hilfe junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII ambulant	13,74	6,83
davon Hilfe junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII stationär	42,42	93,17

Bezogen auf die dargestellten Fallzahlen liegt der Schwerpunkt der Aufgabenwahrnehmung des Jugendamtes der Stadt Siegen in 2020 im stationären Bereich bei der Heimerziehung nach § 34 SGB VIII. Im ambulanten Bereich liegt der Schwerpunkt bei der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII gefolgt von den erzieherischen Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII.

Die größten Aufwandspositionen finden sich insbesondere im Bereich der Heimerziehung gefolgt von der Eingliederungshilfe und den erzieherischen Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII.

Vertiefend betrachtet die gpaNRW nachfolgend die beeinflussenden Hilfen.

3.7.2.1 Flexible ambulante erzieherische Hilfen § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII

→ Feststellung

Die Stadt Siegen hat im Bereich der erzieherischen Hilfen höhere fallbezogene Aufwendungen als die meisten anderen Kommunen. Dies belastet den Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung.

Flexible ambulante erzieherische Hilfen sind Hilfen, die im Regelfall auf das einzelne Kind bzw. den Jugendlichen ausgerichtet sein sollten. In der Praxis werden Sie häufig genutzt, um eine Einzelfallhilfe mit einer Familienhilfe zu ergänzen und so die Hilfe aus einer Hand bedarfsgerecht und passgenau zu leisten.

Der Erziehungsbeistand und der Betreuungshelfer gem. § 30 SGB VIII sollen Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen unterstützen und die Verselbständigung fördern. Das soziale Umfeld soll dabei einbezogen werden.

Die Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) gem. § 31 SGB VIII ist eine klassische Familienhilfe und damit die intensivste Form der ambulanten Hilfen. Sie sollte das gesamte Familiensystem in den Blick nehmen. Dies bedeutet, dass alle im Haushalt lebenden Personen, Eltern und Kinder, aber auch getrenntlebende Elternteile, in die Hilfe einbezogen werden können. Ziel der Hilfe soll sein, das Selbsthilfepotential der Familie wiederherzustellen oder zu stärken.

Wie bereits beschrieben, erfolgt in der Stadt Siegen keine konkrete Unterscheidung nach den ambulanten Hilfen, die Hilfen werden allgemein als erzieherischen Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII verbucht. Ausnahme hiervon bildet die ambulante Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII.

Im interkommunalen Vergleich betrachten wir daher die Aufwendungen der Stadt Siegen für die Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII unter Hinzuziehung der interkommunalen Vergleichswerte für die ambulanten Aufwendungen des Erziehungsbeistandes nach § 30 SGB VIII sowie der SPFH nach § 31 SGB VIII.

Umfang der Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3, § 30 und § 31 SGB VIII 2020

Kennzahl	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Aufwendungen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII je Hilfefall in Euro	15.248	2.404	6.067	9.768	13.541	20.960	23
Aufwendungen nach § 30 SGB VIII je Hilfefall in Euro		3.647	5.648	7.273	8.661	11.506	18
Aufwendungen nach § 31 SGB VIII je Hilfefall in Euro		6.744	8.064	9.457	11.151	13.119	20
Falldichte § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII in Promille	8,78	0,00	1,01	2,05	7,00	15,33	24

Mit Blick auf die Kennzahlen wird deutlich, dass die fallbezogenen Aufwendungen für die erzieherischen Hilfen in Siegen vergleichsweise hoch sind. Im interkommunalen Vergleich weisen nur zwei weitere Kommune höhere Aufwendungen je Hilfefall aus.

Betreuungszeiten der Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII

Kennzahl	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil ambulante Hilfen mit einer Betreuungszeit bis 18 Monate an den ambulanten Hilfen in Prozent	64,36	0,00	61,43	67,71	77,72	100	20

Kennzahl	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil ambulante Hilfen mit einer Betreuungszeit über 18 Monate an den ambulanten Hilfen in Prozent	35,64	0,00	22,28	32,29	38,58	100	20

Auch die Falldichte ist in Siegen überdurchschnittlich hoch. Im interkommunalen Vergleich haben nur drei weitere Kommunen eine höhere Falldichte als Siegen. Eine hohe Falldichte kann auch aus langen Laufzeiten der Hilfefälle resultieren. Die Stadt Siegen verzeichnet bei den Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII vergleichsweise lange Laufzeiten. Ein geringerer Anteil Hilfefälle als in anderen Städten hat eine Betreuungszeit von unter 18 Monaten, ein höherer Anteil hat eine Betreuungszeit von mehr als 18 Monaten.

Wie bereits im Kapitel 4.5.1.2 erläutert, wird im Rahmen der Leistungsgewährung in jedem Hilfefall, unabhängig von der jeweils vorliegenden Fallkonstellation, eine einheitliche Fallpauschale gewährt. Die sogenannten Sozialraumträger erhalten danach für die Hilfen gem. § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII eine Fallpauschale von 16 FLS pro Monat. Die Sozialraumträger erbringen keine Nachweise über die tatsächlich geleisteten Fachleistungsstunden. Die einheitlichen Fallpauschalen wirken sich belastend auf die Aufwendungen und damit auf den Fehlbetrag aus.

Laufzeitenbegrenzungen oder Obergrenzen für Fachleistungsstunden sind ein Steuerungsinstrument des Jugendamtes um die Hilfen auf das notwendige Maß zu reduzieren.

Die Stadt Siegen sollte die Laufzeiten für die ambulanten erzieherischen Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII stärker in den Fokus nehmen und regelmäßig auswerten. Wie bereits im Kapitel 4.5.1.2 (Fallsteuerung) empfohlen, sollte die Stadt Siegen die Leistungsgewährung auf der Grundlage der einheitlichen Fallpauschale eingehend überprüfen.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte die Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII stärker in den Blick nehmen und dazu Fallzahlen, Aufwendungen sowie die Laufzeiten, auch trägerbezogen, analysieren und regelmäßig auswerten.

Die Entwicklung der vorstehenden Kennzahl stellen wir in der Zeitreihe der Jahre 2017 bis 2020 in der Tabelle 4 im Anhang zu diesem Berichtsteil dar.

3.7.2.2 Erziehung in einer Tagesgruppe § 32 SGB VIII

Die Erziehung in einer Tagesgruppe ist nach dem SGB VIII eine teilstationäre Hilfe mit dem Ziel des sozialen Lernens in der Gruppe. Sie findet tagsüber in einer sozialpädagogisch betreuten Gruppe statt. Nachmittags bzw. abends kehren die Kinder in die Familie zurück. Die gpaNRW ordnet die Hilfen in einer Tagesgruppe im Rahmen der Prüfung den ambulanten Hilfen zu.

Die **Stadt Siegen** leistet Hilfen nach § 32 SGB VIII in folgendem Umfang:

Umfang der Hilfen nach § 32 SGB VIII 2020

Kennzahl	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Aufwendungen je Hilfefall in Euro	23.860	6.831	24.779	34.736	41.204	62.773	22
Hilfefälle je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte)	2,28	0,00	0,27	0,55	1,18	5,23	24
Anteil Hilfefälle nach § 32 SGB VIII an den Hilfefällen HzE in Prozent	6,41	0,00	0,99	2,07	3,06	15,95	24

Die Aufwendungen je Hilfefall sind in Siegen mit 23.860 Euro niedrig. Damit gehört die Stadt Siegen zu der Hälfte der Kommunen mit den geringeren fallbezogenen Aufwendungen. Die Falldichte hingegen ist sehr hoch. Nur drei weitere Kommunen weisen eine höhere Falldichte im Bereich der Tagesgruppen nach § 32 SGB VIII aus.

In Siegen gibt es eine Kooperation zwischen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Siegen und der Evangelischen Jugendhilfe. Im Rahmen dieser Kooperation finden Gruppenangebote für Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren in den Räumlichkeiten der Kinder- und Jugendtreffs der jeweiligen Stadtteile statt. Dieses Angebot gibt es in den Sozialräumen Siegen-Weidenau, Siegen-Geisweid und Siegen-Eiserfeld.

Die Entwicklung der vorstehenden Kennzahl stellen wir in der Zeitreihe der Jahre 2017 bis 2020 in der Tabelle 4 im Anhang zu diesem Berichtsteil dar.

3.7.2.3 Vollzeitpflege § 33 SGB VIII

- Die Stadt Siegen hat vergleichsweise niedrige Aufwendungen je Hilfefall in Vollzeitpflege. Durch den geringen Anteil an Hilfefällen nach § 33 SGB VIII an den stationären Hilfen wird der positive Einfluss auf den Fehlbetrag abgeschwächt.

Vollzeitpflege umfasst die Unterbringung eines Kindes/Jugendlichen außerhalb des Elternhauses in einer Pflegefamilie. Neben der normalen Pflegefamilie gibt es verschiedene Formen der Vollzeitpflege, z.B. Sonderpädagogische Pflegestellen für verhaltens- und entwicklungsauffällige Kinder/Jugendliche.

Eine Unterbringung kann zeitlich befristet oder auf Dauer angelegt sein. Bei einer auf Dauer angelegten Unterbringung in einer Pflegefamilie außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches wird nach Ablauf von zwei Jahren das Jugendamt der auswärtigen Pflegefamilie örtlich zuständig. Dieses hat gegenüber dem abgebenden Jugendamt einen Kostenerstattungsanspruch nach § 86 Abs. 6 iVm § 37 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII.

Die **Stadt Siegen** wendet im Jahr 2020 rund 1,6 Mio. Euro für die Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII für 122 Hilfeplanfälle auf. Hieraus ergeben sich Aufwendungen je Hilfefall von 13.741 Euro.

Im interkommunalen Vergleich positioniert sich Siegen wie folgt:

Umfang der Hilfen nach § 33 SGB VIII 2020

Kennzahl	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Aufwendungen je Hilfefall in Euro	13.471	13.304	14.623	16.442	18.571	33.082	24
Hilfefälle je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte)	6,11	3,14	4,92	5,87	7,55	9,39	24
Anteil Hilfefälle nach § 33 SGB VIII an den stationären Hilfefällen HzE in Prozent	44,20	37,33	41,61	46,96	49,46	65,18	24

Die fallbezogenen Aufwendungen sind in Siegen im interkommunalen Vergleich niedrig. Wie bereits im Kapitel 3.7.1.3 beschrieben ist der Anteil an Vollzeitpflegefällen, gemessen an den stationären Hilfefällen, vergleichsweise niedrig.

Die Stadt Siegen hat keinen eigenen Pflegekinderdienst. Die Aufgaben, wie die Akquise neuer Pflegefamilien, die Eignungsprüfung, Qualifizierung, Fortbildung, Beratung und Begleitung der Pflegefamilien wird durch freie Träger durchgeführt.

- Die Festlegung gemeinsamer Qualitätsstandards in der Pflegekinderhilfe mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein und freien Trägern in der Pflegekinderhilfe bewertet die gpaNRW positiv.

Die Stadt Siegen und der Kreis Siegen-Wittgenstein haben in der Zeit von November 2015 bis Januar 2017 gemeinsam ein Projekt zur Qualitätsentwicklung der Pflegekinderhilfe umgesetzt. In diesen Prozess wurden die im Bereich der Pflegekinderhilfe tätigen freien Träger und gewerblichen Anbieter einbezogen.

Ziel war es, gemeinsame Standards zur größeren fachlichen Annäherung der Angebote der Pflegekinderhilfe bei Kreis und Stadt zu entwickeln und so ein besonders leistungsfähiges System der regionalen Pflegekinderhilfe zu schaffen und Synergieeffekte zu nutzen. Die Ergebnisse des Projektes wurden in den „Qualitätsstandards in der Pflegekinderhilfe“ verschriftlicht.

Neben Standards zur fachlich fundierten Auswahl von Pflegefamilien sind auch Standards zur Gewinnung neuer vielfältiger Pflegeeltern verschriftlicht worden. Danach soll die Akquise das Bewusstsein der Menschen in Siegen-Wittgenstein für die Bedürfnisse von Pflegekindern und den Gewinn, den Pflegefamilien haben können, wenn sie ein Kind bei sich aufnehmen, geschärft werden. Mit einer gezielten langfristigen, zusammenhängenden und kontinuierlichen Schaffung von Präsenz der zentralen Themen rund um die Pflegekinderhilfe in der Öffentlichkeit soll dies erreicht werden.

Die Entwicklung der vorstehenden Kennzahl stellen wir in der Zeitreihe der Jahre 2017 bis 2020 in der Tabelle 4 im Anhang zu diesem Berichtsteil dar.

3.7.2.4 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform § 34 SGB VIII

→ Feststellung

Die Stadt Siegen weist erhöhte einwohnerbezogene Aufwendungen sowie eine erhöhte Falldichte im Bereich der Heimerziehung auf. Sie hat sich bereits intensiv mit der Rückführungsarbeit auseinandergesetzt. Eine Auswertung der Rückführungen in die Herkunftsfamilie erfolgt bislang nicht.

Heimerziehung kann zeitlich befristet oder auf Dauer angelegt sein. Sie kann auch in speziellen Formen von Wohngruppen/Wohngemeinschaften stattfinden.

Die **Stadt Siegen** leistet Hilfen nach § 34 SGB VIII in folgendem Umfang:

Heimerziehung, sonst. betreute Wohnform nach § 34 SGB VIII 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil Aufwendungen nach § 34 SGB VIII an den Aufwendungen HzE in Prozent	44,57	33,77	41,03	44,17	46,77	55,52	24
Aufwendungen nach § 34 SGB VIII je EW von 0 bis unter 21 Jahren in Euro	444	196	319	367	449	606	24
Aufwendungen nach § 34 SGB VIII je Hilfefall in Euro	70.656	62.167	68.811	70.900	72.735	78.395	24
Falldichte § 34 SGB VIII in Promille	6,28	3,04	4,21	5,16	6,34	8,34	24

Die Stadt Siegen hat bei der Heimerziehung nach § 34 SGB VIII leicht unterdurchschnittliche Aufwendungen je Hilfefall in 2020. Die Aufwendungen je Jugendeinwohner sind dagegen erhöht. Das hängt mit der einwohnerbezogenen Falldichte zusammen. Diese ist im interkommunalen Vergleich ebenfalls leicht überdurchschnittlich. Die Falldichte wird neben dem Fallaufkommen auch von den Laufzeiten der Hilfe beeinflusst. Bei Betrachtung der Laufzeiten für die Heimerziehung zeigen sich im interkommunalen Vergleich keine Auffälligkeiten. Die Laufzeiten für die Heimerziehung liegen in Siegen am Median.

Heimerziehung, sonst. betreute Wohnform nach § 34 SGB VIII 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil stationäre Hilfe-fälle mit einer Verweildauer von über 12 Monate bis 24 Monate an den stationären Hilfe-fällen HzE in Prozent	24,24	12,82	18,32	23,07	27,86	55,88	22

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil Hilfefälle nach § 34 SGB VIII mit einer Verweildauer von über 24 Monate bis 36 Monate an den stationären Hilfen in Prozent	9,09	0,00	7,41	9,21	12,50	42,86	21
Anteil Hilfefälle nach § 34 SGB VIII mit einer Verweildauer von über 36 an den stationären Hilfen in Prozent	18,18	0,00	11,81	18,35	23,56	57,89	20

Bei der Entscheidung welche Einrichtung gewählt wird, wird in Siegen auch die Ortsnähe berücksichtigt. Die Entscheidung ist nach Aussage des Jugendamtes überwiegend von freien Kapazitäten in den Einrichtungen abhängig. Die Situation, bei gleicher Eignung die günstigere Einrichtung zu wählen, findet nach Aussage des Jugendamtes daher kaum statt.

Nach Angaben des Jugendamtes wird in Siegen grundsätzlich die Rückführung angestrebt. Ein Rückführungskonzept gibt es in Siegen bislang nicht. Aber das Jugendamt der Stadt Siegen hat sich bereits intensiv mit dem Thema der Rückführung auseinandergesetzt. Als wichtigen Bestandteil sieht die Stadt die Perspektivklärung. Die Stadt Siegen hat dazu die zwei folgenden Fragen im Hilfeplan implementiert, die im Hilfeplan schriftlich zu dokumentieren sind.

- Warum kann das Kind nicht mehr zu Hause leben?
- Was muss getan werden damit das Kind zu Hause leben kann?

Innerhalb des ASD wurden die Ergebnisse bzw. die Art und Weise der Beantwortung der genannten Fragen bereits zweimal evaluiert. Nach Aussage des Jugendamtes hat dies dazu geführt, dass bei den Fachkräften des ASD das Thema der Rückführung und die ständige, zielgerichtete Abfrage darauf noch mehr in den Fokus der Fallarbeit gerückt ist. Die gpaNRW bewertet dieses intensive Auseinandersetzen mit der Rückführungsarbeit positiv.

Wie erfolgreich die Rückführung im Vergleich der mittleren kreisangehörigen Kommunen ist, kann in Siegen jedoch nicht bewertet werden. Bislang wertete die Stadt Siegen nicht aus, ob eine Rückführung tatsächlich erfolgt ist. Aus Sicht der gpaNRW stellt diese Auswertung eine wichtige Grundlage dar um messen und überprüfen zu können, ob die zuvor beschriebenen Maßnahmen sich positiv auf die Rückführung auswirken.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte die Rückführungsarbeit weiterhin intensiv verfolgen und stetig die eigenen Standards weiterentwickeln. Erfolgte Rückführungen sollten zukünftig ausgewertet werden, um die Ergebnisse der Rückführungsarbeit transparent zu machen. Die Ergebnisse könnten Bestandteil eines zukünftigen Controllingberichtes sein.

Die Entwicklung der vorstehenden Kennzahl stellen wir in der Zeitreihe der Jahre 2017 bis 2020 in der Tabelle 4 im Anhang zu diesem Berichtsteil dar.

3.7.2.5 Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII

→ Feststellung

Die Stadt Siegen hat im interkommunalen Vergleich hohe ambulante Aufwendungen je Hilfefall bei der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Einen Spezialdienst gibt es aktuell noch nicht.

Kinder- und Jugendliche haben einen Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII, wenn ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.

Der Anspruch sollte in einem zweistufigen Verfahren überprüft werden. Dieses sieht zunächst die Stellungnahme eines Facharztes oder Fachtherapeuten, der über besondere Erfahrungen auf dem Gebiet seelischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen verfügt, vor. Zusätzlich sollte durch die fallzuständige Fachkraft des Allgemeinen Sozialen Dienstes geprüft werden, ob durch eine möglicherweise festgestellte seelische Störung eine Beeinträchtigung der Teilhabe vorliegt und ein Anspruch auf Eingliederungshilfe begründet ist.

Die **Stadt Siegen** leistet Hilfen nach § 35a SGB VIII in folgendem Umfang:

Eingliederungshilfe für seel. behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Aufwendungen je Hilfefall in Euro	17.642	8.344	15.062	17.291	22.282	34.313	24
Hilfefälle § 35a SGB VII je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte § 35a SGB VII)	9,23	2,28	4,23	6,01	7,76	11,19	24
Anteil ambulante Hilfefälle an den Hilfefällen nach § 35a SGB VIII in Prozent	99,00	72,68	88,03	93,81	96,59	99,26	24
Ambulante Aufwendungen je Hilfefall in Euro	17.040	6.885	10.838	12.738	15.515	21.175	24
Stationäre Aufwendungen je Hilfefall in Euro	77.484	49.970	70.186	80.598	90.679	145.193	24
Ambulante Aufwendungen für Integrationshelfer/ Schulbegleitung je Hilfefall in Euro	21.733	9.601	12.447	15.917	19.730	31.992	19
Anteil Hilfefälle Integrationshelfer/Schulbegleitung an den ambulanten Hilfefällen § 35a SGB VIII in Prozent	73,91	32,62	37,22	50,98	70,90	80,49	22

Die Stadt Siegen hatte für den Bereich der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII im Jahr 2020 Aufwendungen in Höhe von 3,2 Mio. Euro für rund 184 Hilfefälle. Die Aufwendungen je Hilfefall Eingliederungshilfe sind höher als bei der Hälfte der Vergleichskommunen. Bei den ambulanten Aufwendungen je Hilfefall gehört die Stadt zu den 25 Prozent der Kommunen mit den

höchsten Aufwendungen. Die ambulanten Aufwendungen werden in Siegen differenziert verbucht. So können die Leistungen für Integrationshelfer differenzierter ausgewertet werden. Dies ist unter Steuerungsaspekten positiv zu bewerten. Die Aufwendungen für die Integrationshelfer in Siegen sind ebenfalls hoch. Im interkommunalen Vergleich gibt es nur drei weitere Kommunen, die höhere Aufwendungen ausweisen. Nach Aussage des Jugendamtes gibt es an drei Schulen bereits sogenannte Poolösungen. Bei einer Poolösung werden mehrere Kinder in der Schule durch einen gemeinsamen Integrationshelfer betreut. Die Kinder sind nicht einem Integrationshelfer fest zugeordnet. Es können somit Ausfälle durch Vertretungen leichter kompensiert werden. Außerdem sind bei dieser Lösung nicht mehrere Integrationshelfer gleichzeitig in den Klassen anwesend. Es wird aber für jedes Kind im Rahmen eines Hilfeplanverfahrens die Teilhabebeeinträchtigung geprüft.

Entwicklung der Hilfeplanfälle nach § 35a SGB VIII im Zeitreihenvergleich

	2017	2018	2019	2020
Ambulante Hilfefälle gesamt	117,67	143,17	163,25	182,08
davon Hilfefälle § 35a SGB VIII für Integrationshelfer/Schulbegleitungen	96,17	116,00	125,42	134,58
Stationäre Hilfefälle	5,33	1,83	0,25	1,83
Hilfefälle gesamt	123	145	163,5	183,91

Betrachtet man die Entwicklung der Fallzahlen im Bereich der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII wird deutlich, dass die Fallzahlen im ambulanten Bereich und bei den Integrationshelfern kontinuierlich ansteigen. Damit folgt die Stadt Siegen dem allgemeinen Trend der zunehmenden ambulanten Eingliederungshilfen. Dies spiegelt sich auch in der stetig steigenden Falldichte in Siegen wider.

Einen Spezialdienst für den Bereich der Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII gibt es in Siegen bisher nicht. Nach Angaben des Jugendamtes soll sukzessive ein Spezialdienst für die Eingliederungshilfe aufgebaut werden. Derzeit befinden sich in jedem Team zwei Fachkräfte, die über vertiefende Kenntnisse zur Eingliederungshilfe nach 35a SGB VIII verfügen.

Die gpaNRW befürwortet eine entsprechende Spezialisierung, auch vor dem Hintergrund der steigenden Fallzahlen und den Anforderungen und die komplexen Prüfungen der Teilhabebeeinträchtigung. Aus Erfahrung ist die gpaNRW der Auffassung, dass die Durchführung dieser Aufgaben mit einem Spezialdienst zu einer gezielteren Zugangs- und Verlaufssteuerung führt. Zudem gewährleistet der Spezialdienst eine einheitliche Bearbeitung der Fälle.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte wie geplant einen Spezialdienst für die Bearbeitung der Hilfeplanfälle nach § 35a SGB VIII einrichten.

→ Feststellung

Die fallbezogenen Aufwendungen für die Integrationshelfer sind in Siegen ebenfalls hoch. Bislang werden Hospitationen im Rahmen der Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung nur teilweise durchgeführt.

Die Fallbearbeitung erfolgt nach festgelegten Standards, welche im Qualitätshandbuch verschriftlicht sind. Die Feststellung der (drohenden) seelischen Störung wird von einem Arzt oder Kinder- und Jugendpsychotherapeuten durchgeführt. Die daraus resultierende Teilhabebeeinträchtigung wird von den Fachkräften des ASD ermittelt.

Neben den ärztlichen Gutachten, gibt es standardisierte Diagnosebögen zur Überprüfung der Teilhabebeeinträchtigung. Es erfolgen persönliche Gespräche mit allen Beteiligten und schriftliche Stellungnahmen der Schulen werden einholt.

Einen wesentlichen Verfahrensschritt zur Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung sieht die gpaNRW in der Hospitation im Schulunterricht. Stellen die Sorgeberechtigten einen Antrag auf Schulbegleitung, erfolgt nach Aussage des Jugendamtes zum Teil eine Hospitation am Schulunterricht durch die zuständige ASD-Fachkraft. Insbesondere im Hinblick auf die steigenden Fallzahlen und Aufwendungen im Bereich der Integrationshelfer, sollten die Fachkräfte regelmäßig Hospitationen am Schulunterricht durchführen.

→ **Empfehlung**

Um den steigenden Fallzahlen und Aufwendungen im Bereich der Integrationshelfer zu begegnen, sollte die Stadt Siegen im Rahmen der Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung regelmäßige Hospitationen durchführen.

Die Entwicklung der vorstehenden Kennzahl stellen wir in der Zeitreihe der Jahre 2017 bis 2020 in der Tabelle 4 im Anhang zu diesem Berichtsteil dar.

3.7.2.6 Hilfen für Junge Volljährige nach § 41 SGB VIII

→ **Feststellung**

Die Aufwendungen je Hilfefall für die Hilfen der jungen Volljährigen sind in Siegen vergleichsweise hoch. Im ambulanten Bereich bildet die Stadt Siegen den Maximalwert im interkommunalen Vergleich ab.

Junge Menschen können auch nach Vollendung der Volljährigkeit Leistungen zur Persönlichkeitsentwicklung nach den §§ 28 bis 35a SGB VIII erhalten. Diese werden in der Regel nur bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres gewährt, können aber in begründeten Einzelfällen auch darüber hinaus gewährt werden.

Die **Stadt Siegen** leistet Hilfen nach § 41 SGB VIII in folgendem Umfang:

Hilfe für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Aufwendungen je Hilfefall in Euro	42.182	13.541	25.560	30.521	36.562	48.317	24
Anteil Hilfefälle an den Hilfefällen HzE in Prozent	7,94	3,86	6,99	8,68	11,15	15,29	24

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Hilfefälle § 41 SGB VII je 1.000 EW von 18 bis unter 21 Jahre (Falldichte § 41 SGB VII)	15,34	8,85	13,77	20,46	22,37	35,86	24
Ambulante Aufwendungen je Hilfefall in Euro	11.768	4.317	6.373	7.811	8.871	11.768	23
Anteil ambulanter Hilfefälle nach § 41 in Prozent an den Hilfefällen nach § 41 in Prozent	24,48	20,50	33,98	41,26	48,54	57,41	23
Stationäre Aufwendungen je Hilfefall in Euro	52.031	22.154	39.284	46.640	52.779	59.850	24
Stationäre Aufwendungen nach § 41 SGB VIII in Vollzeitpflege je Hilfefall in Euro	11.197	8.069	13.013	15.987	18.299	25.716	24
Stationäre Aufwendungen nach § 41 SGB VIII in Heimerziehung je Hilfefall in Euro	57.301	11.706	47.606	54.772	60.802	80.297	24
Anteil stationäre Hilfefälle mit einer Verweildauer von über 36 Monate an den stationären Hilfefällen HzE in Prozent	11,54	0,00	0,00	2,86	11,54	44,44	21

In der Stadt Siegen sind im Jahr 2020 Aufwendungen in Höhe von 2,4 Mio. Euro für rund 56 Hilfefälle entstanden. Die Aufwendungen je Hilfefall sind sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich überdurchschnittlich hoch. Bei den ambulanten Aufwendungen je Hilfefall für die jungen Volljährigen bildet die Stadt Siegen im interkommunalen Vergleich den Maximalwert ab. Die hohen stationären und ambulanten Aufwendungen der jungen Volljährigen wirken sich negativ auf die Aufwendungen der erzieherischen Hilfen insgesamt und damit auch negativ auf den Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung aus.

Die stationären Aufwendungen für die jungen Volljährigen liegen über dem Median und werden insbesondere durch die Heimunterbringungen negativ beeinflusst. Auch bei den Aufwendungen für die Heimerziehung der jungen Volljährigen gehört die Stadt Siegen zur Hälfte der Kommunen mit den hohen Aufwendungen im interkommunalen Vergleich. Ebenso sind die Laufzeiten für die stationären Hilfen der jungen Volljährigen im Siegen überdurchschnittlich hoch.

Entwicklungen der Fallzahlen für die Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII

	2017	2018	2019	2020
Anzahl der Hilfefälle nach 41 SGB VIII gesamt	71,08	73,42	73,33	56,16
Anzahl der Hilfefälle nach 41 SGB VIII ambulant	18,42	16,42	16,42	13,75
davon UMA nach § 41 SGB VIII ambulant	6,67	7,25	8,67	2,58
Anzahl der Hilfefälle nach 41 SGB VIII stationär	52,67	57,00	56,92	42,42

	2017	2018	2019	2020
davon UMA nach § 41 SGB VIII stationär	22,75	24,83	21,17	11,17

Mit Blick auf die Fallzahlenentwicklung wird deutlich, dass die Hilfeplanfälle der jungen Volljährigen nach § 41 SGB VIII insbesondere von 2019 nach 2020 stark rückläufig sind. Ursächlich hierfür ist, dass die ab Ende 2015 zugewiesenen UMA älter geworden sind und so nach und nach aus der Hilfeform fallen. Das betrifft sowohl den ambulanten als auch stationären Bereich.

Nach Angaben des Jugendamtes handelt es sich bei den stationären Unterbringungen in der Regel um Jugendliche die bereits zuvor im Rahmen von § 34 SGB VIII stationär untergebracht waren.

Auch für die Hilfen der jungen Volljährigen ist eine Hilfeplanfortschreibung grundsätzlich nach sechs Monaten vorgesehen. Für die Hilfen der jungen Volljährigen sind keine gesonderten Verfahrensstandards vorgesehen. Die Standards entsprechen den Prozessbeschreibungen des Qualitätshandbuchs.

Eine Verselbstständigung wird in Siegen in Abhängigkeit der physischen und psychischen Reife des Jugendlichen ab dem 17. Lebensjahr in den Blick genommen. Auch um die Perspektive im Hinblick auf eine Anschlusshilfe (z.B. § 41 SGB VIII) rechtzeitig zu planen. Ein schriftliches Konzept zur Verselbstständigung gibt es in Siegen nicht.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte die Hilfen der jungen Volljährigen stärker in den Blick nehmen und dazu Aufwendungen, Laufzeiten und Fachleistungsstunden analysieren. Zusätzlich sollte sie eigene Standards zur Verselbstständigung verschriftlichen.

Die Entwicklung der vorstehenden Kennzahl stellen wir in der Zeitreihe der Jahre 2017 bis 2020 in der Tabelle 4 im Anhang zu diesem Berichtsteil dar.

3.7.3 Unbegleitete minderjährige Ausländer

Unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) erhalten im Anschluss an eine vorläufige Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII bzw. sich anschließender Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII entsprechend ihrem „erzieherischen Bedarf“ Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII. Diese Hilfen sind in den zuvor dargestellten Hilfen zur Erziehung berücksichtigt, soweit UMA Hilfen erhalten haben.

Im Jahr 2020 hat die **Stadt Siegen** rund 950.000 Euro für 22 Hilfefälle für UMA aufgewendet. Im Jahr zuvor waren es noch rund 1,4 Mio. Euro für 37 Hilfefälle. Daran ist erkennbar, dass sowohl die Aufwendungen als auch Fallzahlen merkbar zurückgegangen sind. Damit folgt die Stadt dem interkommunalen Trend der rückgängigen Fallzahlen im Bereich der UMA.

Hilfen zur Erziehung für unbegleitete minderjährige Ausländer nach §§ 27 ff. SGB 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Aufwendungen für UMA je Hilfefall in Euro	43.469	12.783	35.930	46.161	56.383	126.243	23

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil Hilfefälle UMA an den Hilfefällen HzE in Prozent	3,09	0,29	1,73	2,58	3,41	5,77	23

Die Aufwendungen für UMA je Hilfefall in Euro bei der Stadt Siegen fallen in 2020 niedrig aus. Mehr als 50 Prozent der Vergleichskommunen haben höhere fallbezogene Aufwendungen. Hinsichtlich des Anteils der Hilfefälle UMA an den Hilfefällen HzE positioniert sich die Stadt Siegen im interkommunalen Vergleich leicht über dem Median.

Die Entwicklung der vorstehenden Kennzahl stellen wir in der Zeitreihe der Jahre 2017 bis 2020 in der Tabelle 4 im Anhang zu diesem Berichtsteil dar.

3.8 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2020 – Hilfe zur Erziehung

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
Organisation und Steuerung					
F1	Die Stadt Siegen verfügt bislang über keine formulierte Gesamtstrategie für die erzieherischen Hilfen. Mit dem Leitbild für den ASD und benannten Zielen im Haushalt hat sie bereits Grundlagen einer Gesamtstrategie geschaffen.	109	E1	Die Stadt Siegen sollte für eine Gesamtsteuerung der Hilfen zur Erziehung eine Gesamtstrategie mit konkreten, messbaren Zielen und darauf ausgerichteten Maßnahmen entwickeln. Die Zielerreichung sollte regelmäßig geprüft und Maßnahmen ggf. angepasst werden.	110
F2	Die Stadt Siegen erstellt jährlich einen Controllingbericht für den Bereich der erzieherischen Hilfen. Darin werden auch Kennzahlen abgebildet. Derzeit findet eine Überarbeitung der Kennzahlen gemeinsam mit Politik und Verwaltung statt.	110	E2	Die Stadt Siegen sollte den Prozess der steuerungsrelevanten Kennzahlenbildung weiterführen. Hierzu können beispielsweise einige Kennzahlen aus diesem Prüfbericht fortgeschrieben werden. Die Kennzahlen sollten regelmäßig ausgewertet werden. Dies kann dazu dienen, die Steuerung zu unterstützen, Ursachen für gestiegene Aufwendungen zu analysieren und die Wirksamkeit von Maßnahmen transparenter zu machen. Dabei sollte sie auch konkrete Maßnahmen entwickeln und darstellen, um negativen Entwicklungen gegenzusteuern.	111
F3	Die Stadt Siegen bewertet die Zielerreichung der Hilfen im Einzelfall mit allen Beteiligten. Ein fallübergreifendes Bewertungsverfahren zur Wirksamkeit und Zielerreichung gibt es nicht. Ebenfalls gibt es bislang keine trägerbezogenen Auswertungen zu Fachleistungsstunden- und Kosten.	111	E3	Die Stadt Siegen sollte Auswertungen zur Wirksamkeit und Zielerreichung fallübergreifend vornehmen. Diese sollte sie träger- und hilfearbeitbezogen durchführen. Außerdem sollte sie die Laufzeiten der Hilfen sowie die Anzahl der Fachleistungsstunden- und Kosten je Träger auswerten und analysieren. Die gewonnenen Erkenntnisse sollten in einem Controllingbericht zusammengeführt werden. Im Hinblick auf den vergleichsweise hohen Fehlbetrag sollten die Auswertungen zu Steuerungszwecken genutzt werden.	112

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
Verfahrensstandards					
F4	Die Stadt Siegen hat für den ASD die Verfahrensstandards und Prozessabläufe in einem Qualitätshandbuch verschriftlicht. Darüber hinaus bestehen weitere ergänzende Informationen und Standards in einem ergänzenden Handbuch. Diese verbindlichen Verfahrensstandards bieten eine gute Grundlage für eine einheitliche Fallbearbeitung. Für den Bereich der WiJu sind bisher keine entsprechenden Verfahrensstandards verschriftlicht.	112	E4	Ergänzend zu dem bereits vorhandenen Qualitätshandbuch für den Bereich des ASD, sollte die Stadt Siegen auch die Verfahrensstandards für die WiJu verschriftlichen.	113
F5	Im Jugendamt der Stadt Siegen gibt es eine strukturierte fachliche Zugangssteuerung. Im Hinblick auf die konkrete Fallsteuerung im Einzelfall sind aus Sicht der gpaNRW noch Optimierungsmöglichkeiten gegeben.	115	E5	Die Stadt Siegen sollte die derzeitige Leistungsgewährung auf der Grundlage der einheitlichen Fallpauschale eingehend überprüfen und überdenken. Für eine gut strukturierte und wirtschaftliche Fallsteuerung ist eine individuelle Festlegung und fortlaufende Überprüfung der erbrachten Fachleistungsstunden unabdingbar.	117
F6	Die WiJu prüft frühzeitig mögliche Kostenerstattungsansprüche und macht diese umgehend geltend. Schriftliche Verfahrensstandards für diese Prüfung gibt es nicht.	118	E6	Die Stadt Siegen sollte Kernprozesse für die Prüfung der Zuständigkeit und von Kostenerstattungsansprüchen durch die WiJu in die Verfahrensstandards aufnehmen.	119
F7	Es finden prozessintegrierte Kontrollen durch die Fachsoftware und im Rahmen der Fallüberprüfung durch die Arbeitsgruppenleitung statt. Für die WiJu gibt es ein internes Kontrollsystem welches stichprobenhafte Einzelfallprüfungen vorsieht. Im Bereich der automatisierten Wiedervorlagen bestehen aus Sicht der gpaNRW noch Optimierungspotenziale.	119	E7	Die Stadt Siegen sollte über die laufenden Fälle allgemeine Wiedervorlagen führen, damit sichergestellt ist, dass eine rechtmäßige Aufgabenerledigung erfolgt.	120
Leistungsgewährung					
F8	Die Stadt Siegen hat im Bereich der erzieherischen Hilfen höhere fallbezogene Aufwendungen als die meisten anderen Kommunen. Dies belastet den Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung.	132	E8	Die Stadt Siegen sollte die Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII stärker in den Blick nehmen und dazu Fallzahlen, Aufwendungen sowie die Laufzeiten, auch trägerbezogen, analysieren und regelmäßig auswerten.	134
F9	Die Stadt Siegen weist erhöhte einwohnerbezogene Aufwendungen sowie eine erhöhte Falldichte im Bereich der Heimerziehung auf. Sie hat sich bereits intensiv mit der Rückführungsarbeit auseinandergesetzt. Eine Auswertung der Rückführungen in die Herkunftsfamilie erfolgt bislang nicht.	137	E9	Die Stadt Siegen sollte die Rückführungsarbeit weiterhin intensiv verfolgen und stetig die eigenen Standards weiterentwickeln. Erfolgte Rückführungen sollten zukünftig ausgewertet werden, um die Ergebnisse der Rückführungsarbeit transparent zu machen. Die Ergebnisse könnten Bestandteil eines zukünftigen Controllingberichtes sein.	138

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
F10	Die Stadt Siegen hat im interkommunalen Vergleich hohe ambulante Aufwendungen je Hilfefall bei der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Einen Spezialdienst gibt es aktuell noch nicht.	139	E10	Die Stadt Siegen sollte wie geplant einen Spezialdienst für die Bearbeitung der Hilfefälle nach § 35a SGB VIII einrichten.	140
F11	Die fallbezogenen Aufwendungen für die Integrationshelfer sind in Siegen ebenfalls hoch. Bislang werden Hospitationen im Rahmen der Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung nur teilweise durchgeführt.	140	E11	Um den steigenden Fallzahlen und Aufwendungen im Bereich der Integrationshelfer zu begegnen, sollte die Stadt Siegen im Rahmen der Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung regelmäßige Hospitationen durchführen.	141
F12	Die Aufwendungen je Hilfefall für die Hilfen der jungen Volljährigen sind in Siegen vergleichsweise hoch. Im ambulanten Bereich bildet die Stadt Siegen den Maximalwert im interkommunalen Vergleich ab.	141	E12	Die Stadt Siegen sollte die Hilfen der jungen Volljährigen stärker in den Blick nehmen und dazu Aufwendungen, Laufzeiten und Fachleistungsstunden analysieren. Zusätzlich sollte sie eigene Standards zur Verselbstständigung verschriftlichen.	143

Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung zum 31.12. nach IT.NRW

Kennzahlen	2017	2018	2019	2020
Einwohner gesamt	101.863	102.337	102.836	102.770
Einwohner von 0 bis unter 18 Jahre	15.694	15.977	16.199	16.262
Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre	19.862	19.913	19.976	19.923

Tabelle 3: Einflussfaktoren Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung

Kennzahlen	2017	2018	2019	2020
Aufwendungen Hilfe zur Erziehung in Euro				
Aufwendungen HzE gesamt in Euro	19.055.782	19.574.075	19.606.868	19.843.742
Aufwendungen HzE je EW von 0 bis unter 21 Jahre in Euro	959	983	982	996

Kennzahlen	2017	2018	2019	2020
Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	28.051	27.933	27.648	28.065
Ambulante Aufwendungen HzE gesamt in Euro	6.058.887	6.625.680	6.603.427	7.011.838
Ambulante Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	15.759	13.431	14.116	15.248
Stationäre Aufwendungen HzE gesamt in Euro	12.996.895	12.948.395	13.003.441	12.831.904
Stationäre Aufwendungen HzE je Hilfefall in Euro	42.370	43.830	43.333	44.084
Falldichte HzE				
Hilfefälle je 1.000 Einwohner von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte HzE)	34,20	35,19	35,50	35,49
Anteil ambulanter Hilfen in Prozent				
Anteil ambulante Hilfefälle an den Hilfefällen HzE in Prozent	54,85	57,84	57,69	58,83
Anteil der Vollzeitpflegefälle in Prozent				
Anteil Vollzeitpflegefälle nach § 33 SGB VIII an den stationären Hilfefällen HzE in Prozent	38,30	38,25	38,91	44,20

Tabelle 4: Hilfen zur Erziehung §§ 27 ff. SGB VIII

Kennzahlen	2017	2018	2019	2020
Flexible erzieherische Hilfen § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII				
Aufwendungen flexible erzieherische Hilfen gesamt in Euro	3.036.056	2.677.292	2.560.892	2.665.737
Hilfefälle	193	199	181	175
Sozialpädagogische Familienhilfen § 31 SGB VIII				
Aufwendungen sozialpädagogische Familienhilfen gesamt in Euro	./.	./.	./.	./.
Hilfefälle	./.	./.	./.	./.
Erziehung in einer Tagesgruppe § 32 SGB VIII				

Kennzahlen	2017	2018	2019	2020
Aufwendungen Erziehung in einer Tagesgruppe gesamt in Euro	903.239	990.609	1.067.278	1.081.579
Hilfefälle	44	46	48	45
Vollzeitpflege § 33 SGB VIII				
Aufwendungen Vollzeitpflege gesamt in Euro	1.345.175	1.426.282	1.505.346	1.638.999
Hilfefälle	109	106	110	122
Heimerziehung, sonst. betreute Wohnform § 34 SGB VIII				
Aufwendungen Heimerziehung gesamt in Euro	8.844.375	8.795.471	8.716.955	8.843.970
Hilfefälle	140	130	133	125
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung § 35 SGB VIII				
Aufwendungen INSPE gesamt in Euro	./.	./.	./.	./.
Hilfefälle	./.	./.	./.	./.
Eingliederungshilfe für seel. behinderte Kinder und Jugendliche § 35a SGB VIII				
Aufwendungen Eingliederungshilfe für seel. behinderte Kinder und Jugendliche gesamt in Euro	2.222.783	2.770.571	2.745.449	3.244.512
Hilfefälle	123	145	164	184
Hilfe für junge Volljährige § 41 SGB VIII				
Aufwendungen Hilfe für junge Volljährige gesamt in Euro	2.704.154	2.913.850	3.010.947	2.368.944
Hilfefälle	71	73	73	56
Hilfefälle § 41 SGB VII je 1.000 EW von 18 bis unter 21 Jahre (Fall-dichte § 41 SGB VII)	17,05	18,65	19,41	15,34
Hilfe zur Erziehung für unbegleitete minderjährige Ausländer				
Aufwendungen für UMA in Euro	3.100.343	2.298.497	1.367.296	948.938
Hilfefälle	67	54	37	22

4. Bauaufsicht

4.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Stadt Siegen im Prüfgebiet Bauaufsicht stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Ob und inwieweit sich die Corona-Pandemie auf die Bautätigkeit in 2020 ausgewirkt hat, berücksichtigen wir individuell auf Basis der Besprechungsergebnisse mit der jeweiligen Kommune in unseren Ausführungen.

Bauaufsicht

Die Stadt Siegen verfügt über ein höheres Fallaufkommen je Vollzeit-Stelle als die meisten anderen Vergleichskommunen. Dieses belegt die Fallzahl je Vollzeitstelle, die in Siegen höher ist als bei der Hälfte der anderen bisher erfassten Kommunen. Trotz dieses guten Ergebnisses sieht die gpaNRW Optimierungspotenzial.

Der abgebildete Prozessablauf des einfachen Baugenehmigungsverfahrens zeigt zahlreiche Schnittstellen. Aufwendige und mehrstufige Beteiligungsverfahren sowie späte Vollständigkeitsprüfungen führen dazu, dass die vorgegebenen Fristen häufig nicht eingehalten werden. Die Bauaufsicht wendet noch nicht konsequent das Vier-Augen-Prinzip an. Teils fehlende bzw. unvollständige Erfassungen in der Bearbeitungssoftware lassen keine automatisierten Auswertungen zu. Das gilt beispielsweise für die Laufzeiten der Genehmigungsverfahren. Diese könnten durch die im Bericht aufgezeigten Optimierungspotenziale verkürzt werden.

Ein Beitrag dazu kann die bereits beabsichtigte Umstellung der heutigen Papierakte in ein vollständige digitale Baugenehmigungsverfahren leisten. Dabei sollten die Angebote des Bauportals des Landes NRW berücksichtigt werden. Beteiligungsverfahren könnten dann unabhängig von der Anzahl der vorliegenden Antragsausfertigungen parallel vorgenommen werden. Die Bauaufsicht könnte die Genehmigungsverfahren medienbruchfrei bearbeiten. Auf die heutige hybride Aktenführung könnte verzichtet werden. Personalressourcen für aufwendiges Archivieren und spätere Einsichtnahmen würden eingespart. Die digitale Bauakte ermöglicht eine vollumfängliche Bearbeitung der Genehmigungsverfahren, wie es das Onlinezugangsgesetz bis Ende 2022 verlangt.

Die Bauaufsicht der Stadt Siegen hat für ihre Bediensteten noch keine Checklisten und Arbeitsanleitungen erstellt. Mit derartigen Grundlagen könnten einheitliche und sichere Bearbeitungen der Genehmigungsverfahren gefördert werden. Das gilt auch für Kriterienkataloge für Ermessensentscheidungen und klare Vorgaben für Unterschriften- und Entscheidungsbefugnisse. Diese Grundlagen, die rechtssichere Verfahren gewährleisten, erleichtern zudem die Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die im Bericht aufgezeigten Möglichkeiten um die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen helfen dabei, den Anteil noch unerledigter Fälle zu verringern. Dieser hat im Betrachtungszeitraum zugenommen. Ein Grund dafür ist das hohe Fallaufkommen je Vollzeit-Stelle. Dieses ist höher als in der Hälfte der anderen Kommunen. Die in Siegen nicht auswertbaren Daten über die Anteile der einzelnen Verfahrensarten erschweren weitere Analysen. Wenn die Stadt die im Bericht abgebildeten Personalkennzahlen fortschreibt, können Über- und Unterlastungen des Personal frühzeitig erkannt und mit gegensteuernden Maßnahmen begegnet werden.

Die Stadt Siegen bietet Bauwilligen umfangreiche Vorabinformation durch ihre Servicestelle Bauberatung. Dort erhalten die Interessierten ausführliche Informationen insbesondere über bauplanungsrechtliche Belange. Die Bauaufsicht unterstützt bei der Beratung zu bauordnungsrechtlichen Fragen. Diese Unterbrechungen erschweren zum Teil die laufende Bearbeitung komplexer Antragsverfahren.

Die Bauaufsicht der Stadt Siegen hat bisher auf die Bildung und Entwicklung von Kennzahlen und Zielwerten verzichtet. Sie sollte mit einheitlichen Datengrundlagen Möglichkeiten schaffen, automatisierte Auswertungen mit ihrer Bearbeitungssoftware anzustoßen. Mit der Fortschreibung der in diesem Bericht genutzten Kennzahlen erhält die Bauaufsicht Indikatoren für notwendige Steuerungsmaßnahmen.

4.2 Inhalte, Ziele und Methodik

In dem Handlungsfeld Bauaufsicht befassen wir uns hauptsächlich mit den Baugenehmigungen. Daneben beziehen wir auch die Freistellungsverfahren sowie die förmlichen Bauvoranfragen und Vorbescheide mit ein. Ziel der gpaNRW ist es, auf Steuerungs- und Optimierungspotenziale hinzuweisen und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Für die Analyse arbeitet die gpaNRW unterstützend mit Kennzahlen. Der Kennzahlenvergleich schafft den notwendigen Überblick und ermöglicht eine Standortbestimmung innerhalb der großen kreisangehörigen Kommunen in NRW. Die Daten erheben wir für die Jahre 2019 und 2020, dabei ist 2020 unser interkommunales Vergleichsjahr.

Den Prozessablauf im einfachen Baugenehmigungsverfahren stellen wir transparent dar und vergleichen diesen mit anderen Bauaufsichten. Ergeben sich Optimierungsansätze, weisen wir darauf hin.

Darüber hinaus hat die gpaNRW mit den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Kommune im Handlungsfeld Bauaufsicht die Themen Rechtmäßigkeit, Geschäftsprozesse, Digitalisierung, Personaleinsatz und Bauberatung sowie Transparenz erörtert. Um Anhaltspunkte zu erhalten, inwieweit die Kommunen in diesen Bereichen die Vorgaben erfüllen, hat die gpaNRW in allen Kommunen im Rahmen eines Interviews einheitliche Fragen gestellt.

Für die Ermittlung der Kennzahlen zum Personaleinsatz hat die gpaNRW die tatsächliche unterjährige Ist-Situation der Stellenbesetzung in der Sachbearbeitung erfasst. Dabei erheben wir alle vollzeitverrechneten Stellenanteile, die für die definierte Aufgabe eingesetzt sind.

4.3 Baugenehmigung

Mittelpunkt unserer Betrachtung sind die gestellten Anträge und das Genehmigungsverfahren.

4.3.1 Strukturelle Rahmenbedingungen

Die Anzahl der „Fälle“ setzt sich in diesem Kapitel aus den Fällen zusammen, die dem/der Antragstellenden eine Bautätigkeit ermöglichen. Die Anteile der einzelnen Arten stellen wir verteilt auf die unterschiedlichen Verfahren dar. Berücksichtigt werden hier somit die Anträge im normalen Genehmigungsverfahren, Anträge im einfachen Genehmigungsverfahren und die Vorlagen im Freistellungsverfahren.

Die Stadt Siegen hat eine Gebietsfläche von knapp 115 qkm. Mit dieser Größe gehört sie zu dem Viertel der Vergleichskommunen mit der größeren Fläche. Mit einem Anteil von 51,3 Prozent stellt der Wald den größten Anteil der Fläche dar. Ein Anteil von 12,7 Prozent der Gesamtfläche nutzt die Landwirtschaft. Diese Flächen liegen fast ausschließlich im planungsrechtlichen Außenbereich und sind so einer Bebauung im Allgemeinen entzogen.

Als Wohnbau-, Industrie- und Gewerbeflächen sind knapp 19 Prozent der Gebietsfläche ausgewiesen. Sie sind grundsätzlich baulich nutzbar. Dieser Anteil ist fast doppelt so groß wie im Durchschnitt aller Kommunen des Landes NRW, der gut zehn Prozent beträgt³⁰.

Zum Stand 31. Dezember 2020 lebten in der Stadt Siegen 101.943 Einwohner³¹. Damit gehört Siegen zu dem Viertel der Vergleichskommunen mit der größeren Einwohnerzahl. Die Gemein-demodellrechnung prognostiziert eine Bevölkerungszunahme von knapp fünf Prozent auf insgesamt 107.292 Einwohner zum 01. Januar 2040.

Siegen besteht aus 23 Stadtteilen, wovon die Kernstadt knapp 40.000 Einwohner aufweist. Die nächstgrößeren Orte sind Geisweid mit knapp 14.000 Einwohner und Weidenau mit rd. 16.000 Einwohner. Zahlreiche gewerblich nutzbare Bauflächen befinden sich in den Talbereichen.

Strukturkennzahlen Bauaufsicht 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Fälle je 10.000 EW	59	33	46	51	59	97	33
Fälle je qkm	5,32	2,41	3,50	4,98	5,87	9,00	33
Anteil der Vorlagen im Freistellungsverfahren an den Fällen in %	2,62	0,00	1,32	2,62	7,14	36,89	33

³⁰ Kommunalprofil Stadt Siegen, Landesdatenbank IT.NRW, Stand 15. Februar 2022

³¹ Kommunalprofil Stadt Siegen, Landesdatenbank IT.NRW, Stand: 15. Februar 2022

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil der Anträge im einfachen Genehmigungsverfahren an den Fällen in %	k.A.	50,46	76,22	85,13	90,30	96,58	22
Anteil der Anträge im normalen Genehmigungsverfahren an den Fällen in %	k.A.	2,93	7,48	10,92	13,27	18,57	22

Der hohe Anteil der bebaubaren Flächen spiegelt sich bei der Betrachtung der Fallzahlen der Stadt Siegen wider. Bezogen auf die Einwohnerzahl werden in Siegen mehr Bauanträge gestellt, als in drei Viertel der anderen Vergleichskommunen. Der Wert von Siegen stellt den 3. Viertelwert dar. Ähnlich positioniert sich die Stadt Siegen auch bei der Kennzahl der Anträge bezogen auf die Fläche. Hier gehört Siegen zu der Hälfte der Vergleichskommunen mit den höheren Fallzahlen. Beide Kennzahlen weisen auf eine rege Bautätigkeit in Siegen hin.

Für Wohnbauvorhaben, die in einem Gebiet mit einem Bebauungsplan ausgeführt werden sollen, kann das zeitsparende Freistellungsverfahren angewandt werden. Siegen bearbeitet häufig derartige Vorlagen. Die Fallzahl der Stadt Siegen bildet den Median. Ein Freistellungsverfahren ist nicht mit einem gesetzlichen Prüfauftrag verbunden. Es ist daher gewöhnlich mit einem geringeren Prüfumfang abzuwickeln.

Für die überörtliche Prüfung fragt die gpaNRW die Fallzahlen der einfachen und normalen Baugenehmigungsverfahren ab. Das normale Genehmigungsverfahren ist für große Sonderbauten anzuwenden. Dazu gehören beispielsweise größere gewerbliche Vorhaben, Schulen oder Gaststätten mit mehr als 200 Sitzplätzen. Der Prüfumfang für normale Verfahren ist umfassender und daher in der Regel auch zeitaufwendiger.

Die Stadt Siegen konnte nur die Gesamtanzahl der Bauanträge ermitteln. Eine Differenzierung auf einzelne Verfahrensarten war ihr nicht möglich. Sie erfasst die einzelnen Verfahrensarten nicht separat. Für weitere Auswertungen und Analysen fehlen so notwendige Datengrundlagen. Wir müssen uns daher im Zuge der weiteren Betrachtungen auf die Gesamtfälle der Genehmigungsverfahren beschränken. Auf eine gebotene einheitliche Datenerfassung geht die gpaNRW im Kapitel 5.3.5 zum Thema Digitalisierung näher ein.

Trotz dieser fehlenden Datengrundlage sind nach Aussage der Stadt Siegen häufig aufwendige und schwierige Baugenehmigungsverfahren abzuwickeln. Der dortige Einzelhandel habe ein Einzugsgebiet von rd. 600.000 Menschen. Dieses schlage sich auch in der Ausstattung und Dimension des Einzelhandels nieder. Zudem ist Siegen eine Universitätsstadt. Neben den rd. 2.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern studieren dort mittlerweile rd. 18.000 Personen. Das sind fast doppelt so viele Studenten bzw. Studentinnen als noch 2010. Die Universität habe ein Sanierungs- und Neubauprogramm mit einem Finanzvolumen von rd. 500 Millionen Euro erstellt. Dafür seien zahlreiche bauordnungsrechtliche Prüfungen und Genehmigungsverfahren erforderlich, die in der Bauaufsicht der Stadt Siegen abzuwickeln seien. Zudem seien aktuell größere Sanierungsmaßnahmen in den Kliniken und in den Schulen in der Stadt Siegen geplant bzw. in der Umsetzung, die aufwendige Baugenehmigungsverfahren auslösen.

Entwicklung der Fallzahlen der Stadt Siegen

Grundzahlen	2019	2020
Vorlagen im Freistellungsverfahren	10	30
Summe Bauanträge (einfache und normale Verfahren)	607	594

Im Betrachtungszeitraum ist das Fallaufkommen der Freistellungsverfahren um 20 Fälle gestiegen. Die Anzahl der Bauantragsverfahren hat geringfügig um 13 Fälle bzw. etwas mehr als zwei Prozent abgenommen. Im Betrachtungszeitraum hat sich das Fallaufkommen mit Ausnahme der Freistellungsverfahren nicht signifikant geändert.

Aktuell werden in der Stadt Siegen nach Auskunft der Bauaufsicht zahlreiche Bestandsgebäude saniert bzw. umgebaut. Im Zuge von Baugenehmigungsverfahren seien daher häufig über baurechtliche Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen zu entscheiden.

Für Bauinteressierte hat die Stadt Siegen auf Ihrer Homepage Informationen zu Grundstücksausschreibungen und Baugebieten aufgenommen. Neben der Möglichkeit zur Bewerbung für ein Grundstück sind dort bebaubare Flächen im Bauflächenkataster gekennzeichnet. Mit einem Klick auf die gewünschte Fläche erhält der Interessent bzw. die Interessentin Angaben zum Planungsrecht, dem Kaufpreis und Informationen zur Kontaktaufnahme. Eine weitere Folienebene gibt Informationen über die bauplanungsrechtliche Situation der Baulandfläche. Zusätzlich sind die Zuständigkeitsbereiche der Bauaufsicht und die jeweiligen Kontaktdaten der Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerinnen integriert.

Interessenten für gewerbliche Vorhaben steht noch der Layer „Gewerbeimmobilienangebote“ zur Verfügung. Dort ist die Suche nach bestimmten gewerblichen Objekttypen möglich, wie beispielsweise Bürogebäude, Einzelhandelsflächen oder Gewerbehallen sowie Gewerbeflächenangebote.

Nach Aussage der Stadt Siegen ist die Nachfrage an Baulandflächen aktuell sehr hoch. Die Homepage der Stadt weist momentan darauf hin, dass keine Grundstücksausschreibungen stattfinden³². Aktuell ist die Stadt Siegen dabei, neue Wohnbaugebiete zu entwickeln, unter anderem am Bürbacher Giersberg, am Wellersberg und am Geisweider Schießberg. Es handelt sich dabei nach Aussage der Arbeitsgruppe Liegenschaften der Stadt Siegen um komplexe Bauleitplanungen, die voraussichtlich in zwei bis fünf Jahren abgeschlossen werden können. Für das weitere Baugebiet „Breslauer Straße“ am Fischbacherberg plant die Stadt die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes noch bis Mitte 2022 durchzuführen und die Grundstücksausschreibung zeitnah zu veröffentlichen.

4.3.2 Rechtmäßigkeit

→ Feststellung

Die Bauaufsicht der Stadt Siegen überschreitet bei den Baugenehmigungsverfahren häufig die gesetzlich vorgegebenen Fristen. Für Ermessensentscheidungen hat sie noch keine ein-

³² Stand 07. Oktober 2022

deutigen und nachvollziehbaren Kriterien erlassen. Sie bildet noch keinen Kostendeckungsgrad ab und verzichtet teilweise auf Gebühreneinnahmen. Die Rechtssicherheit könnte durch weitere Dokumentationen verbessert werden.

Eine rechtmäßige Aufgabenerfüllung zeichnet sich durch die Einhaltung der gesetzlichen Frist- und Prüfvorgaben sowie eine verursachungsgerechte Aufwandsdeckung aus. Zudem sollte das eingesetzte Personal rechtssicher agieren können.

Um das rechtmäßige Handeln der Bauaufsicht der **Stadt Siegen** beurteilen zu können, wurde mit der dortigen Bauaufsicht ein standardisiertes Interview geführt. Darin wurden unter anderem Fragen zum fristgerechten Bearbeiten bauaufsichtlicher Verfahren, das Vorhandensein nachvollziehbarer Regelungen zur Ausübung von Ermessensentscheidungen, zu Angrenzerbeteiligungen und zu Gebührenerhebungen gestellt.

Entsprechend der BauO NRW 2018³³ hat die Bauaufsicht die eingehenden Anträge innerhalb einer Frist von zwei Wochen auf Vollständigkeit und Mangelfreiheit zu prüfen. Die Bauaufsicht der Stadt Siegen hält diese Frist nur selten ein. Sie beteiligt zunächst einige am Genehmigungsverfahren Beteiligte, bevor sie die Vorprüfung vornimmt. Das ist auch ein Grund, warum sie die „Zwei-Wochen-Frist“ nach § 71 Abs. 1 BauO NRW 2018 nur selten einhält.

Der längere Zeitraum für die Vorprüfung des Antrages führt auch dazu, dass die Bauaufsicht die Frist nach § 68 Abs. 2 BauO NRW 2018 nur selten einhält. Danach ist über einfache Baugenehmigungsverfahren mit vollständigen Unterlagen innerhalb eines Zeitraumes von sechs Wochen zu entscheiden. Das setzt voraus, dass das Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes liegt oder bereits ein Vorbescheid mit wesentlichen Prüfinhalten für das Bauvorhaben erlassen wurde.

Stellt sich heraus, dass für die Genehmigungsprüfung der Antrag vervollständigt werden muss, fordert die Stadt Siegen die fehlenden Unterlagen nach. Diese Vorgehensweise ergibt sich aus § 71 Abs. 1 BauO NRW 2018. Danach fordert die Bauaufsichtsbehörde die Bauherrschaft auf, die Mängel des Antrages innerhalb einer angemessenen Frist zu beheben.

Nach den Vorgaben der BauO NRW 2018 gilt der Bauantrag als zurückgenommen, falls die Mängel nicht innerhalb der angemessenen Frist behoben werden. Diese gesetzliche Vorgabe bezeichnet man als Rücknahmefiktion. Abweichend von dieser gesetzlichen Regelung werden bei der Bauaufsicht der Stadt Siegen vereinzelt auch nach Ablauf dieser Frist noch Unterlagen angenommen, obwohl dieses gesetzlich nicht vorgesehen ist.

Wenn auch diese Verwaltungspraxis auf den ersten Blick bürgerfreundlich erscheint, führt sie doch letztendlich zur erheblichen Mehraufwand für die Bauaufsichtsbehörde. Die Sachbearbeitung muss sich mehrfach mit dem Antrag befassen. Das verbraucht unnötige Personalressourcen. Zudem ist diese Vorgehensweise nicht gesetzeskonform. Rechtsfolge von nicht fristgerechter Mangelbeseitigung ist die gesetzliche Rücknahmefiktion als einzige mögliche Rechtsfolge. Dabei kann sich die Stadt nach Ansicht der gpaNRW sehr wohl entgegenkommend zeigen, wenn

³³ Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 – BauO NRW 2018)

- nachvollziehbare Gründe vorliegen,
- eine Fristverlängerung angemessen ist sowie
- die zunächst eingeräumte Frist noch nicht abgelaufen ist.

Nach Ansicht der gpaNRW bestehen strukturelle Probleme, die zu den Fristüberschreitungen führen. Die häufig wechselnden Zuständigkeiten der Bearbeitung des Genehmigungsantrages führen nicht selten zu Fristüberschreitungen. Dieses beginnt bereits zu Anfang des Verfahrens. Werden dann noch großzügige Fristen zur Vervollständigung des Antrages eingeräumt, führt dieses zwingend zu langen Gesamtlaufzeiten und großem Einsatz von Personalressourcen.

Auf die grafische Darstellung des einfachen Baugenehmigungsverfahrens auf Grundlage der BauO NRW 2018 in Kapitel 5.3.4 dieses Berichtes und die dazu gemachten Ausführungen wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

Durch das Überschreiten der gesetzlich vorgegebenen Fristen erzeugt die Stadt Siegen Angriffspunkte für mögliche Klagen. Es ist daher notwendig, mit geeigneten Steuerungsmaßnahmen die Einhaltung der Fristen zu gewährleisten und so die Rechtssicherheit zu verbessern.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte für die Nachbesserung von Antragsunterlagen angemessene Fristen setzen, die die Genehmigungsverfahren nicht unnötig verlängern. Die gesetzlichen Vorgaben der Rücknahmefiktion sind zu beachten.

Die BauO NRW 2018 hält für die Bauaufsichtsbehörden die Option bereit, die gewöhnliche Bearbeitungsfrist von sechs Wochen um bis zu weitere sechs Wochen zu verlängern. Das setzt voraus, dass das Beteiligungsverfahren mehr Zeit in Anspruch nimmt oder über Abweichungen oder Befreiungen entschieden werden muss. Diese Möglichkeit nimmt die Bauaufsicht der Stadt Siegen häufig in Anspruch. Sie kommuniziert die Inanspruchnahme der zusätzlichen Bearbeitungszeit mündlich mit dem Antragsteller bzw. Antragstellerin. Auf eine schriftliche Dokumentation verzichtet sie im Regelfall.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte zur Verbesserung der Rechtssicherheit die Inanspruchnahme der Verlängerungsmöglichkeit nach § 64 Abs. 2 BauO NRW 2018 schriftlich dokumentieren.

Die Bauaufsicht der Stadt Siegen holt Stellungnahmen und Entscheidungen nacheinander und mehrstufig ein. Erst nach Abschluss eines umfangreichen internen Abstimmungsprozesses beginnt sie mit den externen Beteiligungen. Sie erfolgen mittels Papierakte, von der nach der Bau-PrüfVO³⁴ drei Ausfertigungen verlangt werden. Der Bauaufsicht fehlt auf Grund der anlog stattfindenden Beteiligungsverfahren häufig eine ausreichende Anzahl an Papierausfertigungen.

Wöchentlich findet die sogenannte „Baugesuchskonferenz“ statt. Insgesamt 13 interne Stellen nehmen an dieser Konferenz teil. Die Liste der zu behandelnden Anträge wird an 51 Einzelempfänger der Stadt Siegen per Mail versandt. Die Genehmigungsanträge werden dort einzeln vorgestellt, bevor die internen Stellen ihre endgültigen Stellungnahmen abgeben. Es ist gelebte

³⁴ Verordnung über bautechnische Prüfungen (BauPrüfVO)

Verwaltungspraxis, die zusammengefassten Stellungnahmen innerhalb einer Frist von 14 Kalendarntagen den Genehmigungsvorgängen zuzuordnen. Erst danach beteiligt die Bauaufsicht externe Stellen. So sind keine beschleunigten Beteiligungen möglich.

Die zu beteiligenden Stellen legt der Bedienstete in jedem Einzelfall individuell fest. Die nacheinander stattfindenden Beteiligungsverfahren mit der Papierakte verlängern die Bearbeitungszeiten unnötig.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte die erforderlichen Beteiligungsverfahren gleichzeitig durchführen. Sie sollte zu diesem Zweck digitale Unterlagen nutzen. In Papier eingehende Anträge sollten zu einem möglichst frühen Zeitpunkt eingescannt werden.

Die digitale Bearbeitung bringt gegenüber der Bearbeitung mittels Papierakte deutliche Vorteile. Darauf geht die gpaNRW noch im Kapitel 5.3.5 „Digitalisierung“ näher ein.

Im Rahmen der Genehmigungsverfahren kommt es vor, dass über Abweichungen oder Befreiungen zu entscheiden ist. Berühren diese die öffentlich-rechtlich geschützten nachbarlichen Belange, soll der betroffene Angrenzer im Genehmigungsverfahren beteiligt werden. Diese Beteiligungen nehmen zumeist die Antragstellerinnen oder Antragsteller oder deren Entwurfsverfasser selbst vor. Sie entlasten dadurch die Bauaufsichtsbehörde. Nur selten muss die Bauaufsicht Angrenzer beteiligen. In diesen Fällen erhebt die Stadt Gebühren nach der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes NRW.

Die Bauaufsichtsbehörden innerhalb des Kreises Siegen-Wittgenstein haben sich gemeinsam abgestimmt, in welcher Höhe sie Verwaltungsgebühren erheben. Das gemeinsame Ziel ist es, auf Kreisebene einheitliche Gebührensätze anzuwenden. Diesen Vorgaben hat sich die Stadt Siegen angeschlossen. Sie ermittelt bisweilen nicht, inwieweit die eingenommenen Gebühren ihren Aufwand decken. Sie bildet bisher noch keinen Kostendeckungsgrad ab. Dieser könnte als Indikator für die Höhe der Rahmengebühren genutzt werden.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte für ihre Bauaufsicht einen Kostendeckungsgrad ermitteln, der als Indikator für Rahmengebühren nutzbar ist. Ziel sollten weitgehend kostendeckende Gebühren sein.

Die Gültigkeit von Baugenehmigungen beträgt nach § 75 BauO NRW drei Jahre. Die Baugenehmigung verliert ihre Gültigkeit, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Genehmigung mit dem Bauvorhaben begonnen worden ist oder die Bauausführung länger als ein Jahr unterbrochen wird.

Die Bauaufsicht der Stadt Siegen führt eine Liste über die noch gültigen Baugenehmigungen. Die Aktualität bewahrt sie durch regelmäßige Wiedervorlagen der Genehmigungsakten und deren Überprüfung. Bei einem drohenden Erlöschen der erteilten Baugenehmigung informiert die Bauaufsicht den Genehmigungsinhaber bzw. die Genehmigungsinhaberin. Diese können bis zum Ablauf der Genehmigung beantragen, die Gültigkeit zu verlängern. Die Bauaufsicht kann dann im Regelfall ohne viel Aufwand einer Verlängerung zustimmen. So sind zeitaufwendige neue Genehmigungsverfahren entbehrlich. Zudem ist die Vorgehensweise bürgerfreundlich.

- Die Information der Genehmigungsinhaber über den drohenden Ablauf macht aufwendige neue Genehmigungsverfahren entbehrlich.

In den Bauaufsichtsbehörden sind häufig Ermessensentscheidungen zu treffen. Ziel muss es dabei sein, diese Entscheidungen einheitlich und rechtssicher zu treffen. Diesem Anspruch kann eine Bauaufsicht mit nachvollziehbaren Regelungen, beispielsweise in Form eines Kriterienkataloges, gerecht werden. Dem einzelnen Mitarbeiter steht durch diese Vorgaben eine gute Handlungsgrundlage zur Verfügung. Er erhält damit Handlungssicherheit für den schmalen Grat zwischen geforderter Ermessensausübung und rechtmäßigem Handeln. Grundlagen für Ermessensentscheidungen tragen damit letztendlich zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren bei.

Die Stadt Siegen hat noch keine Grundlagen für Ermessensentscheidungen erarbeitet. Vielmehr entscheidet der zuständige Sachbearbeiter bzw. die Sachbearbeiterin im Einzelfall. Damit ist nicht gewährleistet, dass Ermessensentscheidung einheitlich und rechtssicher getroffen werden. Besonders neuen Bediensteten fehlt es an guten Handlungsgrundlagen.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte für eine einheitliche und rechtssichere Ausübung von Ermessensentscheidungen klare und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen, beispielsweise in Form eines Kriterienkataloges, erstellen.

4.3.3 Geschäftsprozesse

→ **Feststellung**

Die Stadt Siegen hat bisher noch keine Checklisten erstellt, um eine rechtssichere und einheitliche Bearbeitung der Genehmigungsverfahren zu fördern. Es fehlen zum Teil klare Vorgaben für Verantwortungs- und Entscheidungsbefugnisse. Die Abwicklung des Genehmigungsverfahrens mittels der Papierakte lässt keine medienbruchfreie Bearbeitung zu.

Die klare Regelung von Arbeitsabläufen und Entscheidungsbefugnissen beeinflusst den Prozess. Für das Genehmigungsverfahren sollte die Bauaufsichtsbehörde deshalb eindeutige Prozessschritte festlegen. In diesen Prozessschritten sollten die Schnittstellen auf das notwendige Maß beschränkt sein, da dies die Bearbeitungsdauer optimiert. Dabei sollte der Gesamtprozess möglichst ohne Medienbrüche durchlaufen werden können.

Eine Möglichkeit um einheitliche Prozessschritte festzulegen ist die Erstellung von Checklisten für die jeweiligen Genehmigungsverfahren. So wird sichergestellt, dass keine Verfahrens- und Prüfschritte übersehen werden. Sie gewährleisten zudem die Einhaltung von Fristen und fördern die einheitliche und rechtssichere Bearbeitung der Genehmigungsverfahren. Die Checklisten führen die Bediensteten Schritt für Schritt durch das Genehmigungsverfahren. Idealerweise sind die Checklisten bzw. Arbeitsanleitung zentral in der eingesetzten Fachsoftware integriert.

Die **Stadt Siegen** hat bisher keine Checklisten oder Arbeitsanleitungen für die Bearbeitung der Genehmigungsverfahren erstellt. Vielmehr arbeitet die Sachbearbeitung die Fälle eigenverantwortlich und individuell ab. Teils profitieren langjährig Beschäftigte von ihrem umfassenden Wissensschatz. Dagegen führt die individuelle Bearbeitung für neue Mitarbeiter zu Unsicherheiten. Ihnen fehlt es an der Handlungssicherheit, da Grundlagen für die Bearbeitung fehlen. Sie können nicht auf Entscheidungsgrundlagen wie Checklisten oder Arbeitsanleitungen zurückgreifen.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte für die Bearbeitung der Baugenehmigungsverfahren Checklisten bzw. Arbeitsanleitungen erstellen. Sie sollte diese idealerweise in die eingesetzte Fachsoftware integrieren.

Wie bereits im vorhergehenden Kapitel dargestellt, bearbeitet die Bauaufsicht den Genehmigungsantrag mit der Papierakte. Die eingesetzte Software kann daher nur eingeschränkt unterstützen. Der Einsatz der Papierakte und der begleitenden Fachsoftware im Paralleleinsatz verlangt zum Teil doppelten Erfassungsaufwand. Medienbruchfrei können die Verfahren nicht abgewickelt werden. Gleichzeitige Beteiligungsverfahren erfordern eine ausreichende Anzahl an Ausfertigungen in Papierform. Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren müssen noch händisch in die Bearbeitungssoftware nacherfasst werden. Dies läuft konträr zur Zielsetzung einer Digitalakte, die die Verfahrensabwicklung erheblich beschleunigen kann, beispielsweise durch eine medienbruchfreie Datenübernahme.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte alle Voraussetzungen schaffen, um eine medienbruchfreie Bearbeitung der Verfahren zu ermöglichen. Die händische Erfassung von Daten in die Fachsoftware sollte zukünftig entbehrlich sein.

Eine Stadt sollte für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eindeutige Verantwortungs- und Zuständigkeitsbereiche festgelegt haben. Dieser Grundsatz gilt für die Bauaufsicht im besonderen Maße. Denn nur mit klaren Vorgaben, wer beispielsweise Unterschriftsbefugnis hat oder wer bestimmte Entscheidungen treffen darf, ist eine einheitliche und rechtssichere Bearbeitung gewährleistet.

Die Stadt Siegen hat für Ihre Bediensteten die Allgemeine Geschäftsweisung vom 01. August 2018 erlassen. Sie regelt die allgemeinen Dienstangelegenheiten, um den Ablauf der Verwaltungsgeschäfte einheitlich, zweckmäßig, wirtschaftlich und kundenorientiert zu gestalten. Unterschriftenregelungen sind im Kapitel 7 behandelt. Die Regelungen sind jedoch eher allgemein gehalten, so dass die Regelungstiefe für eine konkrete Vorgabe nicht ausreichend ist.

Das Gebiet der Stadt Siegen hat die Bauaufsicht in 16 Teilgebiete aufgeteilt und jeweils Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern der Bauaufsicht zugeordnet. Diese räumlichen Zuständigkeiten sind mittels eines Stadtplanes grafisch dargestellt und auf der Homepage der Stadt veröffentlicht. Es fehlen dort die Kontaktdaten der Ansprechpartner. Die Stadt Siegen hat noch keine schriftlichen Regelungen für Entscheidungsbefugnisse und Verantwortungsbereiche getroffen. So fehlen beispielsweise klare Vorgaben, wann Abstimmungen mit der Abteilungsleitung notwendig sind. Auch wenn den langjährigen Beschäftigten die Vorgehensweisen vertraut sind, erhalten besonders neue Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit derartigen Regelungen Handlungssicherheit. Sie erleichtern die Einarbeitungsphase erheblich. Die Vorgaben tragen letztendlich zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren bei.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte nachvollziehbare und eindeutige Regelung über Verantwortungsbereiche und Entscheidungsbefugnisse durch eine Dienstweisung oder Organisationsverfügung festlegen.

4.3.4 Prozess des einfachen Baugenehmigungsverfahrens

Die gpaNRW hat den Prozess des einfachen Baugenehmigungsverfahrens für alle Kommunen nach einem einheitlichen Layout dargestellt. Dadurch zeigen wir die verwaltungsinternen Abläufe transparent auf und vereinfachen den Vergleich mit anderen Kommunen. Unterschiede sind bei der Betrachtung so leichter erkennbar.

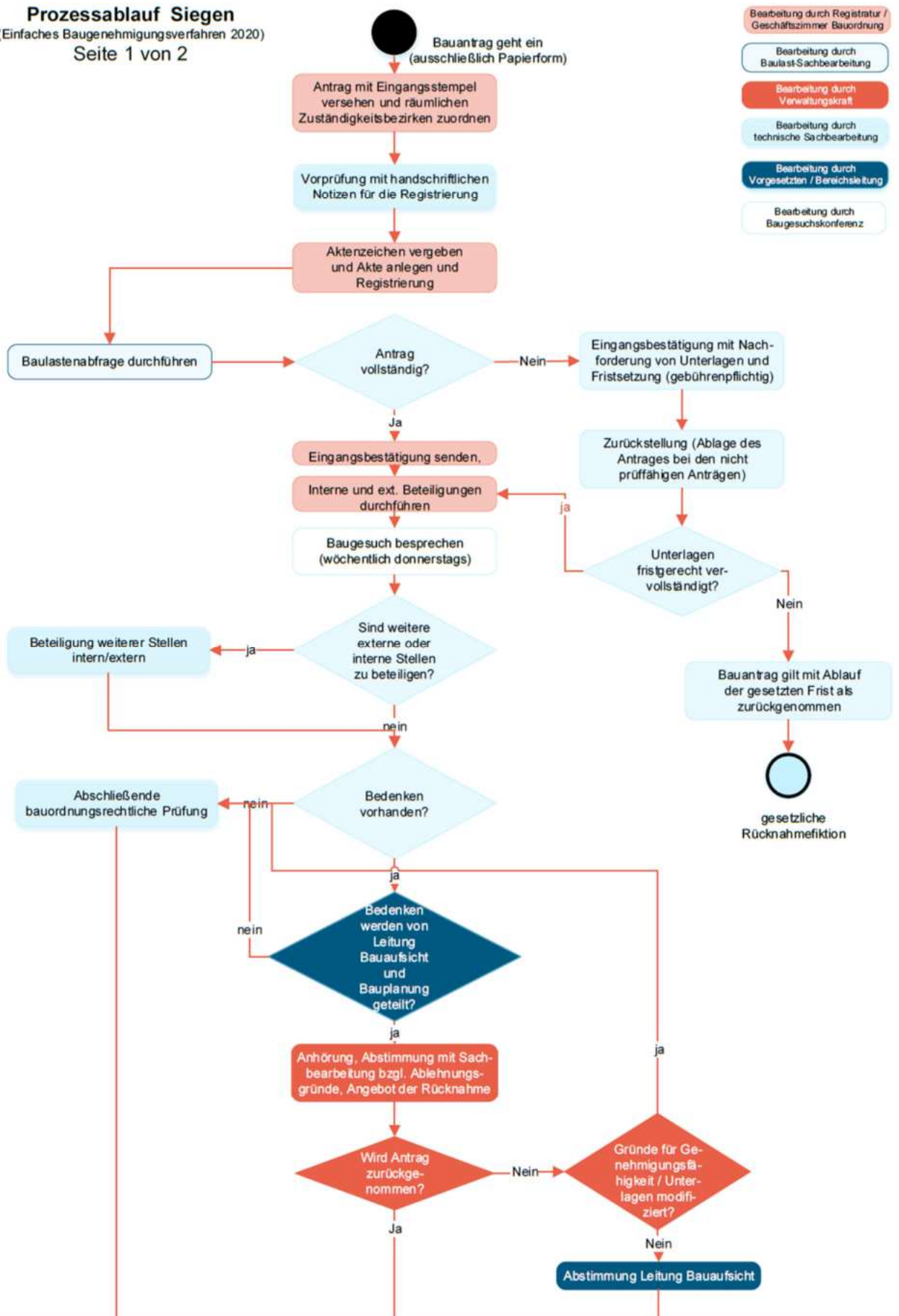
→ **Feststellung**

Der abgebildete Prozess des einfachen Baugenehmigungsverfahrens ist durch zahlreiche Schnittstellen gekennzeichnet. Mehrstufige und umfangreiche Beteiligungsverfahren und zahlreiche Zuständigkeitswechsel erschweren ein beschleunigtes Verfahren. Das Vier-Augen-Prinzip wendet die Bauaufsicht nur bei Ablehnungen konsequent an.

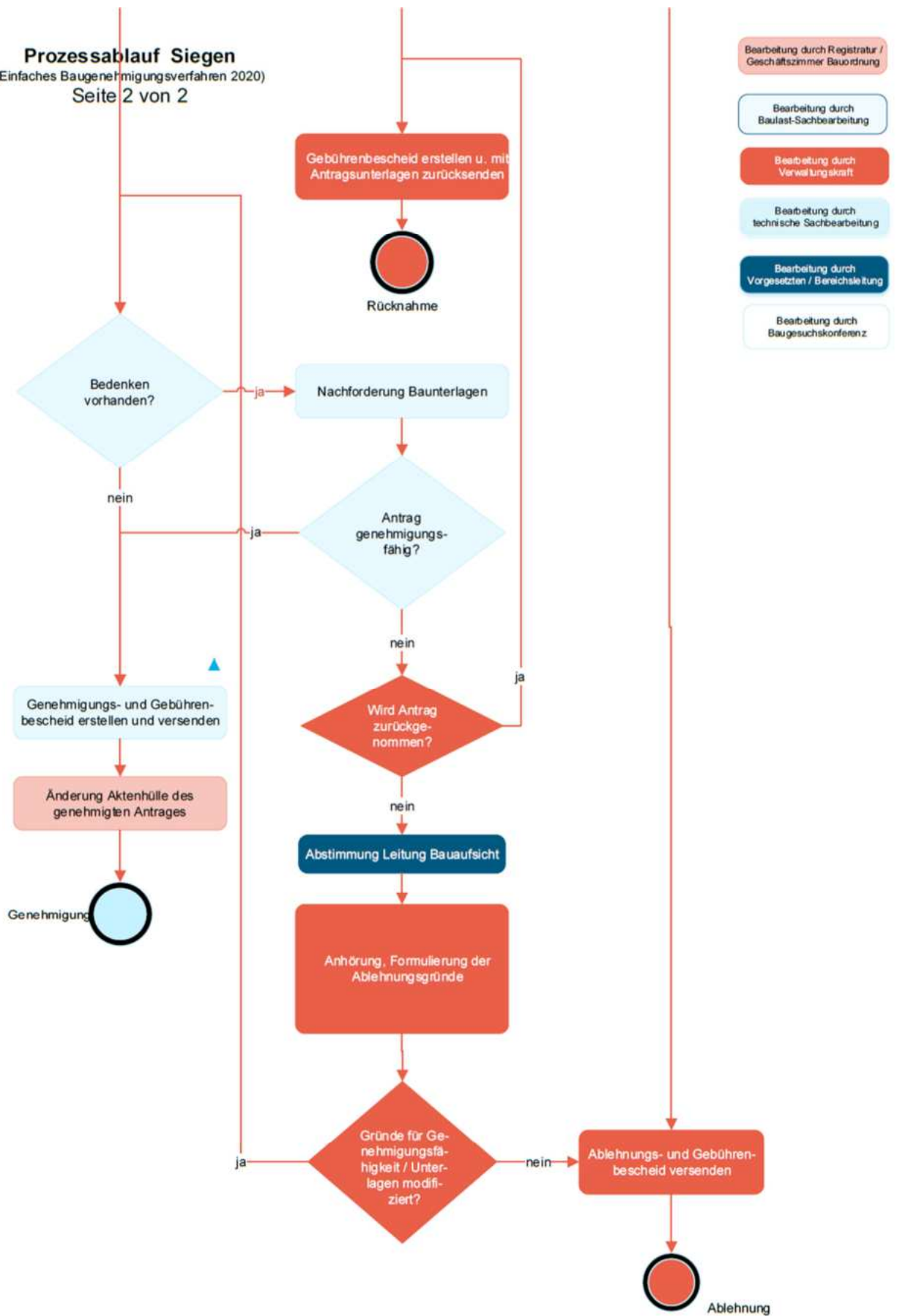
Im Baugenehmigungsverfahren sollte eine Kommune ein einheitliches Vorgehen sicherstellen und die Beschäftigten im Wege der Korruptionsprävention schützen, damit diese die Verfahren rechtssicher abwickeln können. Schnittstellen sollte eine Kommune auf ein Minimum reduzieren und notwendige Beteiligungen in möglichst kurzer Zeit abschließen. Zudem sollte sie mehrfache Vollständigkeitsprüfungen oder unnötige Beteiligungen vermeiden, um das Verfahren zu beschleunigen.

Im Gespräch mit der Bauaufsicht der Stadt Siegen bildete die gpaNRW nach einheitlichen Mustern den nachfolgenden Prozess des einfachen Baugenehmigungsverfahrens ab. Das Verfahren basiert auf der BauO NRW 2018, die für das einfache Baugenehmigungsverfahren im Vergleichsjahr 2020 Grundlage war. Die Abbildung berücksichtigt die chronologisch stattfindenden Arbeitsschritte geordnet nach den örtlichen Zuständigkeiten.

Prozessablauf Siegen (Einfaches Baugenehmigungsverfahren 2020) Seite 1 von 2



Prozessablauf Siegen (Einfaches Baugenehmigungsverfahren 2020) Seite 2 von 2



Die Antragsunterlagen gehen bei der Bauaufsicht der Stadt Siegen ausnahmslos in Papierform ein. Die Möglichkeit der aktuell eingesetzten Bearbeitungssoftware zur Annahme von digitalen Anträgen nutzt die Bauaufsicht bisher nicht. Sie beabsichtigt in Zukunft die digitale Bauakte einzuführen und in diesem Zuge auch digitale Unterlagen anzunehmen.

Die Registratur, die in Siegen auch als Geschäftszimmer genannt wird, erhält die eingehenden Anträge. Sie versieht die in Papierform eingehenden Anträge mit dem Eingangsstempel und ordnet sie den Bediensteten nach den gebildeten räumlichen Zuständigkeiten zu. Anschließend erhält die technische Sachbearbeitung den Antrag. Diese ergänzt den Registrierzettel und nimmt die Vorprüfung vor. Danach vergibt das Geschäftszimmer das Aktenzeichen und veranlasst die erste Beteiligung der Baulastenstelle. Stellt die technische Sachbearbeitung der Bauordnung die Vollständigkeit des Antrages fest, versendet das Geschäftszimmer die Eingangsbestätigung und führt die weiteren internen und externen Beteiligungen durch. In der jeweils donnerstags stattfindenden Baugesuchskonferenz besprechen die 13 intern beteiligten Stellen die eingegangenen Anträge. Teils stellt die Baugesuchskonferenz die Notwendigkeit weiterer Beteiligungen fest. Diese erfolgt dann von der technischen Sachbearbeitung der Bauordnung.

Führen die Beteiligungsverfahren zu Bedenken, beteiligt die technische Sachbearbeitung die Leitung der Bauaufsicht und Bauplanung. Teilen diese die vorgebrachten Bedenken, nimmt die Verwaltung die Anhörung des Antragstellers bzw. der Antragstellerin vor. Können die Bedenken nicht ausgeräumt werden, erarbeitet die Verwaltung den Ablehnungsbescheid einschließlich des Gebührenbescheides. In diesem Fall beteiligt sie die Leitung der Bauaufsicht. So berücksichtigt die Bauaufsicht im Falle von Ablehnungen das Vieraugenprinzip.

Die Bauaufsicht räumt den Antragstellerinnen bzw. Antragstellern im Vorfeld die Möglichkeit ein, abzulehnende Genehmigungsanträge zurückzuziehen. Diese bürgerfreundliche Vorgehensweise erspart nicht nur dem Antragsteller Gebühren, sondern der Bauaufsicht auch erheblichen Aufwand für das Erstellen des Ablehnungsbescheides.

Sollte die Sachbearbeitung Bauaufsicht bei der bauordnungsrechtlichen Prüfung zum Ergebnis kommen, dass keine Bedenken bestehen, erstellt diese den Genehmigungs- und Gebührenbescheid. In diesem Fall unterbleibt eine Sichtung durch einen zweiten Bediensteten, das Vieraugenprinzip wird hierbei nicht eingehalten. Lediglich das Geschäftszimmer wechselt noch mit einer andersfarbigen Aktenhülle den Vorgang, um auf Anhieb den abgeschlossenen Genehmigungsfall zu erkennen.

Stellt die Sachbearbeitung zu Beginn des Genehmigungsverfahrens fest, dass die eingereichten Unterlagen unvollständig sind, setzt sie den Antragstellern eine angemessene Frist für die Nachbesserung. Auch wenn die Frist vom Antragsteller nicht eingehalten wird, setzt die Bauaufsicht die Bearbeitung fort. Diese Verwaltungspraxis läuft konträr mit der gesetzlich eingetretenen Rücknahmefiktion.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte die zahlreichen Schnittstellen reduzieren. Beteiligungen sollte sie gleichzeitig und digital vornehmen. Einzelne Arbeitsschritte sollten von der zuständigen Stelle vollständig abgeschlossen werden. Damit lassen sich die zahlreichen Zuständigkeitswechsel verringern. Das Vieraugenprinzip sollte die Bauaufsicht konsequent anwenden. Den erforderlichen Aufwand kann sie durch dokumentierte Teilergebnisse in Checklisten reduzieren.

Neben dem eigentlichen Prozess des Genehmigungsverfahrens bestimmt auch die Zahl der einzuholenden Stellungnahmen die Dauer der Antragsprüfung. Daher erhebt die gpaNRW die Anzahl der eingeholten Stellungnahmen, getrennt nach internen und externen Beteiligungen.

Stellungnahmen Bauaufsicht 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Eingeholte bauaufsichtliche Stellungnahmen je Bauantrag	k.A.	1,95	3,05	3,64	5,37	9,68	23
Intern eingeholte bauaufsichtliche Stellungnahmen je Bauantrag	k.A.	1,55	2,64	3,27	4,54	9,09	19
Extern eingeholte bauaufsichtliche Stellungnahmen je Bauantrag	0,37	0,20	0,39	0,57	0,83	1,63	20

Die Anzahl der einzuholenden Stellungnahmen sollte auf das notwendige Mindestmaß begrenzt bleiben. Eine Beeinflussung durch die örtliche Bauaufsicht ist nur im begrenzten Maße möglich. Oft bestimmen örtliche Strukturen die vorzunehmenden Beteiligungsverfahren. Dazu gehören beispielsweise Wasserschutzgebiete, Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete, planfestgestellte Straßen, Bahnanlagen etc. All diese besonderen strukturellen Gegebenheiten kommen in der Stadt Siegen vor. Trotzdem gelingt es der Stadt Siegen die Zahl der extern eingeholten Stellungnahmen gering zu halten. Von extern Beteiligten holt sie weniger Stellungnahmen ein, als drei Viertel der anderen Kommunen.

Anders sieht es bei den internen eingeholten Stellungnahmen aus. Hier beteiligt die Bauaufsicht bei zahlreichen Baugenehmigungsverfahren bis zu 13 interne Stellen. Sie führt dazu unter anderen die Baugesuchskonferenz durch, die wöchentlich tagt. Vorab wird den internen Stellen ein eingescannter Lageplan zur Vorabinformation gesandt. Häufig sind die Belange der beteiligten internen Stellen durch das Bauvorhaben überhaupt nicht betroffen, so dass auf eine Beteiligung verzichtet werden könnte. Beispielsweise ist es nicht erforderlich, die Vermessung bei jedem Antrag zu beteiligen. Im Übrigen können gute Informationsgrundlagen, beispielsweise über gesicherte Erschließungssituationen bestimmter Grundstücke zur Reduzierung der Beteiligungsverfahren beitragen.

Die eingesetzte Bearbeitungssoftware erfasst die interne Beteiligung mittels der Baugesuchskonferenz lediglich als eine Beteiligung. Daher können die Daten der Stadt Siegen beim interkommunalen Vergleich nicht als valide Daten berücksichtigt werden. Würde man die Beteiligung der internen Stellen vollständig berücksichtigen, bildet die Bauaufsicht der Stadt Siegen das Maximum.

Auf die zusätzlichen Ausführungen im Kapitel 5.3.1 wird verwiesen.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte die Beteiligungen interner Stellen auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren. Durch erweiterte Informationsgrundlagen für die Bauaufsicht können teilweise zeit- und arbeitsintensive Beteiligungsverfahren vermieden werden.

4.3.5 Digitalisierung

→ **Feststellung**

Die Stadt Siegen nutzt noch nicht alle digitalen Möglichkeiten ihrer eingesetzten Fachsoftware. Sie beabsichtigt eine vollständige digitale Bearbeitung der Genehmigungsanträge mit Unterstützung des Bauportals NRW einzuführen. Einheitliche Dateneingaben könnten weitere automatisierte Auswertungen ermöglichen. Die aktuelle hybride Aktenführung erschwert ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren.

Ein einheitliches Dokumentenmanagement erleichtert die Fallbearbeitung und Auskunftserteilung. Geeignete spezifische Softwarelösungen sollten die Sachbearbeitung unterstützen.

Die Bauaufsicht der **Stadt Siegen** bearbeitet die eingehenden Bauanträge ausschließlich in Papierform. Die bearbeitete Bauakte wird in Papierform archiviert, was große Raumressourcen erfordert. Zudem ist eine spätere Einsichtnahme nur mit größerem Aufwand möglich.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund und Länder, alle rechtlich und tatsächlich geeigneten Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten und sie miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen. Dies bedeutet, dass z.B. Baugenehmigungen und Bauvorbescheide bis zum 31. Dezember 2022 digitalisiert sein müssen. Perspektivisch sollen die 212 unteren Bauaufsichtsbehörden in NRW ein digitales Baugenehmigungsverfahren nutzen. Dafür hat das Land NRW in 2018 ein Modellprojekt gestartet. Sechs Modellkommunen unterschiedlicher Struktur und Größe³⁵ wirken an diesem Projekt mit. In den Prozess bezieht das MHKBG³⁶ auch die drei kommunalen Spitzenverbände und die beiden Baukammern ein. Ziel soll es sein, dass

- Postlaufzeiten wegfallen,
- auf Dokumente schneller zugegriffen,
- parallel sternförmig alle notwendigen Ämter informiert und

³⁵ dieses sind Dortmund, Köln, Ennepetal, Xanten, Kreise Gütersloh und Warendorf

³⁶ Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen

- unmittelbar digital auf Pläne und Akten zugegriffen werden kann.

Zwischenzeitlich ist das BAUPORTAL.NRW des Landes online verfügbar. Dort sind umfangreiche Informationen zum Baugenehmigungsverfahren abrufbar. Zudem sind bereits teilweise Bauungspläne sowie Flächennutzungspläne von NRW-Kommunen hinterlegt. Aktuell wurde vom Land NRW eine Abfrage durchgeführt, ob und wie sich die Bauaufsichtsbehörden an das BAUPORTAL.NRW anschließen werden.

Die Stadt Siegen hat dem Land NRW mitgeteilt, sowohl den Antrag als auch die Bauvorlagen elektronisch annehmen zu wollen (Option 1)³⁷. Diese Absicht wird von der gpaNRW begrüßt, ermöglicht sie doch so die medienbruchfreie und vollständige digitale Bearbeitung des Genehmigungsverfahrens. Dies entspricht im Übrigen auch dem Ziel des Bauportals NRW, langfristig alle unteren Bauaufsichtsbehörden in NRW mit der Option 1 zu bedienen.

Die in der Stadt Siegen eingesetzte Fachsoftware ist grundsätzlich bereits geeignet, digitale Bauanträge anzunehmen. Die Stadt arbeitet aktuell daran, auch ein elektronisches Dokumentenmanagement einzuführen. Heute ist es ihr noch nicht möglich, die im Rahmen der Beteiligungsverfahren eingehenden Stellungnahmen medienbruchfrei zu erfassen. Nach Aussage der Bauaufsicht werden die analog eingehenden Stellungnahmen lediglich in die Papierakte aufgenommen. Die Stadt verzichtet auf eine Erfassung in der Bearbeitungssoftware. Die parallel geführte elektronische Akte bleibt unvollständig und kann die Sachbearbeitung nur begrenzt unterstützen.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte ihre vorhandene Software dazu nutzen, die Bearbeitung der Genehmigungsverfahren vollständig digital durchzuführen und zu erfassen. Es sollte möglich sein, Genehmigungsanträge digital anzunehmen. Sie sollte die digitalen Möglichkeiten der vorhandenen Software ausschöpfen, um die Verfahrensabläufe zu vereinfachen und zu beschleunigen. Auf eine hybride Aktenführung sollte verzichtet werden.

Die Einführung der digitalen Bearbeitung der Genehmigungsanträge erleichtert auch die Archivierung der Akten erheblich. Neben der Einsparung von notwendigen Raumkapazitäten sind auch einfache und zeitsparende Einsichtnahmen in die Vorgänge möglich. Die Stadt sollte daher auch mittelfristig das vorhandene Bauaktenarchiv digitalisieren und so langfristig nur noch ein digitales Archiv vorhalten.

Für die Analysen im Rahmen der überörtlichen Prüfung forderte die gpaNRW Daten von der Bauaufsicht der Stadt Siegen an. Einige automatisierte Auswertungen waren nicht möglich. Daten waren nicht einheitlich oder gar nicht erfasst. So konnten beispielsweise die Laufzeiten nicht ermittelt werden. Gleiches gilt für differenzierte Informationen zu den Verfahrensarten. Die Anzahl der einfachen und normalen Genehmigungsverfahren ließen sich so nicht ermitteln. In der Bauaufsicht fehlen zum Teil klare Vorgaben, wie die Daten zu erfassen sind.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte Vorgaben für die einheitliche Erfassung von Daten erstellen. So sind automatisierte Auswertungen möglich und die Funktionen der Bearbeitungssoftware sind vollumfänglich nutzbar.

³⁷ Die Bauaufsichtsbehörde nimmt sowohl den Antrag als auch die Bauvorlagen elektronisch entgegen.

4.3.6 Personaleinsatz

Die gpaNRW betrachtet das gesamte Personal, das für die Bearbeitung von Baugenehmigungen im weiteren Sinne eingesetzt ist – auch wenn die Kommune es organisatorisch selbst nicht direkt der Baugenehmigungsbearbeitung zugeordnet hat. Dies beinhaltet auch das Personal, das die förmlichen Bauvoranfragen bearbeitet oder Bauberatungen durchführt. Diese aufgabenorientierte Personalerfassung macht die Daten vergleichbar.

→ Feststellung

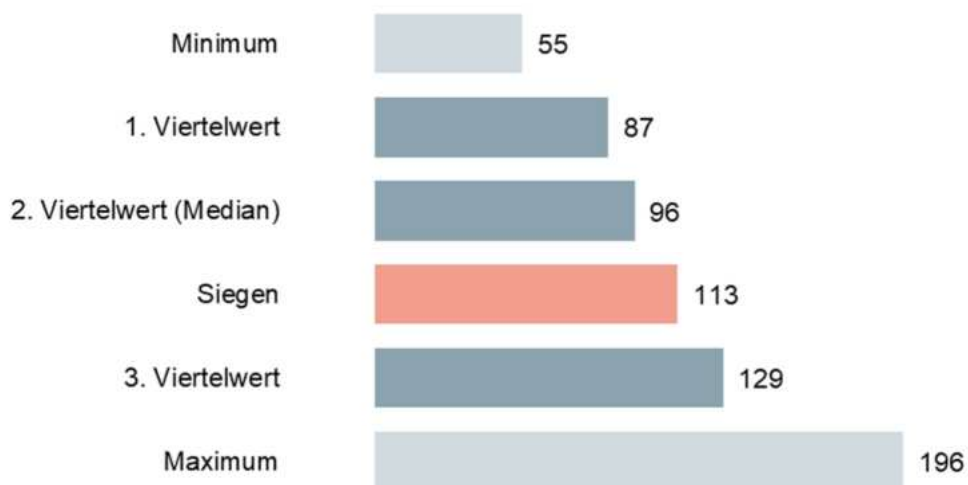
Das Fallaufkommen wie auch die Anzahl der erteilten Bescheide ist in der Stadt Siegen je Vollzeit-Stelle höher als in den meisten anderen Vergleichskommunen. Dies deutet auf eine hohe Belastung der Bediensteten hin. Mit der Nutzung bestehender Optimierungspotenziale könnte die Bauaufsicht die Mitarbeiter entlasten. Dieses wird helfen, die eingehenden Anträge zeitnah zu bearbeiten und den Anteil unerledigter Fälle zu verringern.

Grundsätzlich sollte eine Kommune auf veränderte Rahmenbedingungen, wie z. B. die Veränderung der zu bearbeitenden Fälle, reagieren. Bei sinkenden Antragszahlen sollte sie dem Personal ggf. andere Aufgaben zuweisen. Wenn die Antragszahlen ansteigen, sollte sie die Personalbelastung nachhalten, um bei drohender Überlastung ggf. weiteres Personal unterstützend einsetzen oder z. B. ablauforganisatorisch reagieren zu können.

Die Anzahl der „Fälle“ setzt sich in diesem Kapitel aus den Anträgen und Vorlagen zusammen, die die Sachbearbeitung aus dem Bereich Baugenehmigung inklusive förmliche Bauvoranfragen/Vorbescheide und Bauberatung zu bearbeiten hat. Berücksichtigt werden hier somit die Anträge im normalen Genehmigungsverfahren, Anträge im einfachen Genehmigungsverfahren und die Vorlagen im Freistellungsverfahren sowie die förmlichen Bauvoranfragen.

In dem hier betrachteten Personaleinsatz wurden alle Tätigkeiten, die im Rahmen eines Bauantrages zu erledigen sind, in die Betrachtung einbezogen. So gehören neben dem allgemeinen Prüfungsvorgang beispielsweise die Erstellung des Gebührenbescheides, der Aufwand für die Archivierung des Antrages sowie die Bauberatung dazu. Die Stadt Siegen hat insgesamt 6,83 Vollzeit-Stellen hierfür angegeben, die in die weiteren Auswertungen eingeflossen sind.

Fälle je Vollzeit-Stelle Sachbearbeitung Bauaufsicht inkl. Bauberatung 2020



In den interkommunalen Vergleich sind 32 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Die **Stadt Siegen** gehört mit Ihrer Kennzahl zu der Hälfte der bisher erfassten Vergleichskommunen mit den höheren Fallzahlen je Vollzeit-Stelle. Sie positioniert sich zwischen dem Median und dem 3. Viertelwert. Der Sachbearbeitung der Stadt Siegen steht je Fall weniger Zeit zur Verfügung als den meisten anderen Vergleichskommunen.

Bei dieser Bildung der Kennzahl betrachtet die gpaNRW nur die Belastung durch neue Falleingänge. Wenn die Anzahl der unerledigten Fälle weitgehend gleichbleibt, erhöhen diese die Belastung nicht. Bei der Stadt Siegen hat jedoch die Anzahl der unerledigten Fälle geringfügig zugenommen. Waren zu Beginn des Vergleichsjahres 2020 noch 185 Verfahren unerledigt, hat sich die Anzahl bis zum 01. Januar 2021 um 25 Fälle auf 210 Fälle erhöht.

Da die nicht beschiedenen Fälle das Arbeitsvolumen für die Zukunft erhöhen, ermittelt die gpaNRW zusätzlich die Kennzahl „Bescheide je Vollzeit-Stelle Sachbearbeitung“. Damit kann besser beurteilt werden, ob Verzerrungen durch die neben den Neueingängen noch zu bearbeitenden unerledigten Fälle entstehen.

Häufig spiegeln sich die geringen Fallzahlen je Vollzeit-Stelle auch bei den in Kapitel 5.3.8 dieses Berichts näher betrachteten Gesamtlaufzeiten wider. Für die Stadt Siegen ist diesbezüglich auf Grund fehlender Datengrundlagen nur eine eingeschränkte Aussage möglich. Auf Grund nicht ermittelbarer Daten ist kein interkommunaler Vergleich möglich.

Mit der nachfolgenden Tabelle werden weitere Kennzahlen bezogen auf die Bauaufsicht zur Information aufgeführt.

Weitere Kennzahlen 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Bescheide je Vollzeit-Stelle Sachbearbeitung Bauaufsicht (inkl. Bauberatung)	94	43	62	83	98	163	30
Verhältnis unerledigter Bauanträge zum 01.01. zu den neuen Bauanträgen in Prozent	31,14	6,57	23,68	29,24	50,77	230	21

Die Kennzahl „Bescheide je Vollzeit-Stelle Sachbearbeitung Bauaufsicht (inkl. Bauberatung)“ zeigt, dass die Bauaufsicht der Stadt Siegen mehr Bescheide je Vollzeit-Stelle erteilt als die Hälfte der anderen Vergleichskommunen.

Wenn die Differenz zu den Gesamtfallaufkommen auch gering ausfällt, belegt sie doch den bereits dargestellten Anstieg der unerledigten Fälle. Es sind mehr Fälle je Vollzeit-Stelle eingegangen, als sie abschließend bearbeitet wurden. So fällt es schwer, die Anzahl der Altfälle zu reduzieren.

Im Betrachtungszeitraum 2019 und 2020 hat die Zahl der unerledigten Fälle in jedem Jahr zugenommen. Dieser kurze Zeitraum lässt noch keinen eindeutigen Trend zu, liefert aber Hinweise für notwendige Steuerungsmaßnahmen. So liegt der Anteil der noch nicht bearbeiteten Fälle zu Beginn des Jahres 2020 bereits bei etwas mehr als 31 Prozent. Mit diesem Wert gehört Siegen zu der Hälfte der Vergleichskommunen mit dem höheren Anteil noch nicht abschließend bearbeiteter Fälle. Im Laufe des Jahres hat dieser Anteil noch zugenommen und betrug zum 01. Januar 2021 rd. 34 Prozent.

Die Stadt Siegen beschäftigt in der Bauaufsicht Architekten, Bauingenieure, Städteplaner sowie Verwaltungsfachangestellte. Zum größten Teil handelt es sich um langjährige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie sind teils bereit seit Jahrzehnten für die Stadt Siegen tätig. Zwei Bedienstete befinden sich aktuell in der Ausbildung, zwei weitere haben zwischenzeitlich ihre Ausbildung beendet. Altersbedingt scheiden in den nächsten Jahren einige langjährige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte die Personalkennzahlen weiter fortschreiben. Bei einem anhaltenden Trend der Zunahme der unerledigten Fälle sollten gegensteuernde Maßnahmen ergriffen werden. Die in diesem Bericht aufgezeigten Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren sollten umgesetzt werden, um die Sachbearbeitung zu entlasten.

Häufig sind bei den Bauaufsichtsbehörden eine Vielzahl von förmlichen Bauvoranfragen zu bearbeiten. Dieses ist auch in der Stadt Siegen so. Bei der Betrachtung der absoluten Zahlen gehört Siegen zu dem Viertel der Vergleichskommunen mit den höchsten Fallzahlen dieser Antragsart. Dieser Wert belegt, dass die Anzahl der Bauvoranfragen eine relevante Größe für eine Personalbemessung ist.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte auch die Entwicklung der Fallzahlen der förmlichen Bauvoranfragen zur Personalbemessung fortschreiben um mögliche Fehlentwicklung frühzeitig zu erkennen und entgegenwirken zu können.

Die Stadt Siegen setzt für die Bearbeitung der förmlichen Bauvoranfragen insgesamt 0,58 Vollzeit-Stellen ein. Dieser Wert ist bei der Ermittlung der folgenden Kennzahlen berücksichtigt worden. Da die Anzahl der bisher erfassten Werte für einen interkommunalen Vergleich nicht ausreichend ist, bildet die gpaNRW diese zur Information in Form eines Streudiagrammes ab. Es sind jeweils zehn zwischenzeitlich erfasste Werte in die Abbildung eingeflossen.

Personaleinsatz förmliche Bauvoranfragen/Vorbescheide 2020

Förmliche Bauvoranfragen je Vollzeit-Stelle Sachbearbeitung förmliche Bauvoranfragen/Vorbescheide



Vorbescheide je Vollzeit-Stelle Sachbearbeitung förmliche Bauvoranfragen/Vorbescheide



Die zuvor im Streudiagramm dargestellten Werte lassen auf Grund ihrer geringen Anzahl keinen interkommunalen Vergleich zu. Sie verdeutlichen aber die hohen Fallzahlen an Bauvoranfragen und Vorbescheiden, die in der Bauaufsicht der Stadt Siegen je Vollzeit-Stelle zu bearbeiten sind. Nur bei zwei bzw. drei anderen Vergleichskommunen ist das Fallaufkommen je Vollzeit-Stelle noch höher.

4.3.7 Bauberatung

→ Feststellung

Die Stadt Siegen hat mit der Einrichtung der Servicestelle Bauberatung gute Möglichkeiten geschaffen, sich umfassend rund ums Thema Bauen zu informieren. Der Schwerpunkt der Beratung betrifft den bauplanungsrechtlichen Bereich. Teils wirken die technischen Bediensteten der Bauaufsicht bei der Klärung bauordnungsrechtlicher Fragen mit.

Eine Kommune sollte durch gute Vorabinformationen - beispielsweise im Internet oder im Wege der Bauberatung - versuchen, die Anteile der zurückgenommenen Bauanträge gering zu halten. So kann sie die Verfahrensdauer optimieren und bürgerfreundlich agieren.

Die **Stadt Siegen** hat die Servicestelle Bauberatung eingerichtet. Die Kontaktdaten der Ansprechpartner sind auf der Homepage der Stadt veröffentlicht. In der Darstellung auf der Homepage wird eine städtebaurechtliche und gestalterische Beratung für alle Bauwilligen angeboten. Die räumliche Zuständigkeit der Ansprechpartner ist nach Stadtteilen aufgeteilt. Die wesentlichen Bauantragsformulare sind über einen Link auf der Seite der Servicestelle erreichbar und können heruntergeladen und digital ausgefüllt werden.

Zudem gelangt man über einen Link auf eine Übersichtskarte, die die räumlichen Zuständigkeitsbereiche der technischen Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen der Bauaufsicht darstellt. Im jedem Teilgebiet sind die jeweils zuständigen Ansprechpartner genannt. Bei der Bauaufsicht sind häufig komplexe Genehmigungsverfahren durch die technische Sachbearbeitung zu bearbeiten. Häufige Unterbrechungen der Genehmigungsprüfungen im Rahmen von Bauberatungen erschweren eine beschleunigte Bearbeitung. Der Mitarbeiter muss sich mehrfach in den zu bearbeitenden Fall einarbeiten. Diese Vorgehensweise führt zwangsläufig zu längeren Laufzeiten der Genehmigungsverfahren und mindert die Bearbeitungsqualität.

Vor der Pandemie galten auch für die Servicestelle Bauberatung die allgemeinen Öffnungszeiten der Stadtverwaltung. Aktuell bittet die Stadt Siegen darum, eine Voranmeldung für Bauberatungen vorzunehmen.

Für die Bauinteressierten hält die Stadt Siegen einen umfangreichen Gestaltungskompass als Orientierungshilfe für Neubau, Sanierungs- und Umbaumaßnahmen bereit. Darin erläutert sie besonders baugestalterische Elemente, wie Dächer, Fassaden und Außenanlagen und ihre städtebauliche Wirkung. Abschließend stellt sie die häufig verwandten Bauvorschriften vor. Checklisten für Neubauten, Sanierungen und Freiflächengestaltungen helfen den Bauinteressierten bei der Frage, ob gestalterische Elemente den städtebaulichen Zielen entsprechen.

- ➔ Die sehr umfassende Orientierungshilfe für Neubau- Sanierungs- und Umbaumaßnahmen der Stadt Siegen liefert umfassende Informationen über ortstypische Baugestaltung.

Um die Bebauungspläne oder den Flächennutzungsplan der Stadt Siegen einsehen zu können, ist der Aufruf weiterer Internetseiten notwendig. Die Stadt Siegen hat zum Lesen von Bebauungsplänen besondere Hinweise verfasst, die den Interessierten Hilfestellung für die Einsichtnahme gibt. Zudem sind dort die Kontaktdaten der Servicestelle Bauberatung der Stadt Siegen hinterlegt.

Der Anteil zurückgenommenen Bauanträge und Ablehnungen einer Bauaufsicht können Hinweise für eine unzureichende Information der Bauinteressierten liefern. Daher wurden im Rahmen der überörtlichen Prüfung weitere Kennzahlen ermittelt, die in der nachfolgenden Tabelle dargestellt werden.

Zurückgenommene und abgelehnte Bauanträge 2020

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil zurückgenommener Bauanträge an den Bauanträgen in %	7,24	0,73	3,74	6,44	9,21	15,46	27
Anteil Ablehnungen an den Bescheiden in %	2,20	0,00	0,90	2,35	4,62	7,39	31

Mit der Kennzahl „Anteil zurückgenommener Bauanträge an den Bauanträgen in Prozent“ gehört die Stadt Siegen zu der Hälfte der Vergleichskommunen mit den höheren Werten. Fast jeder 13. Bauantrag wird vor abschließender Prüfung zurückgenommen. Nach Aussage der Bauaufsicht legt man den Antragstellern bei einer drohenden Ablehnung häufig nahe, den Antrag zurückzunehmen. So spart der Antragsteller Verwaltungsgebühren und der Aufwand für die Erstellung eines Ablehnungsbescheides entfällt. Diese gelebte Verwaltungspraxis trägt dazu bei, den Anteil ablehnender Bescheide gering zu halten. Die Darstellung des Prozessablaufes im Kapitel 5.3.4 bestätigt diese Praxis.

Verbessert wird die gebildete Kennzahl durch die im Kapitel 5.3.2 beschriebene Verwaltungspraxis, Unterlagen auch noch nach Ablauf der gesetzten Frist zur Nachbesserung der Antragsunterlagen anzunehmen. Bei konsequenter Anwendung der Regelung zur Rücknahmefiktion würde der Antrag als zurückgenommen gelten. Die hier gebildete Kennzahl wäre entsprechend höher.

Pandemiebedingt konnte die Servicestelle der Stadt Siegen im Jahr 2020 nur eingeschränkt ihre Informationsarbeit leisten. Um zu prüfen, ob sich dieses verringerte Angebot auch auf die Anzahl der Ablehnungen und zurückgenommene Anträge auswirkte, bildet die gpaNRW zu Vergleichszwecke die ermittelten Werte aus 2019 ab.

Zurückgenommene und abgelehnte Bauanträge 2019

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anteil zurückgenommener Bauanträge an den Bauanträgen in %	5,44	0,77	3,54	5,44	8,61	17,17	27
Anteil Ablehnungen an den Bescheiden in %	0,17	0,00	1,04	2,05	3,12	6,58	31

In 2019 bildet der Anteil zurückgenommener Bauanträge der Stadt Siegen den Median, ähnlich wie in 2020. Der Anteil ist in 2019 allerdings wertmäßig geringer als 2020. Noch deutlich niedriger ist der Anteil der Ablehnungen. Hier gehört die Stadt Siegen zu dem Viertel der Vergleichskommunen mit dem geringsten Anteil an Ablehnungen.

Die gebildeten Kennzahlen liefern keine eindeutigen Hinweise auf die Ursachen für die Rücknahmen und Ablehnungen. Sie zeigen aber einen geringeren Anteil in 2019, als die Bauberatung uneingeschränkt angeboten wurde. So liefern die Werte Hinweise, dass mit einer umfangreichen Bauberatung der Anteil zurückgenommener und abgelehnter Anträge geringgehalten werden kann.

Zurückgenommene oder auch abzulehnende Anträge verursachen oft einen hohen Personalaufwand. Kann beispielsweise die Bauberatung potenzielle Bauherren von der Genehmigungsfähigkeit eines Antrages überzeugen, bleibt unnötiger Aufwand auf Seiten der Antragsteller wie auch bei der Bauaufsicht erspart. Im Übrigen sollten Antragsteller so informiert sein, dass vollständige und prüffähige Unterlagen eingereicht werden, die eine Rücknahme im Rahmen der gesetzlichen Fiktion entbehrlich machen.

Wir haben bisher von 14 großen kreisangehörigen Kommunen Daten zum Personaleinsatz in der Bauberatung erhalten. Die Stadt Siegen hat dafür einen Personalaufwand von 0,73 Vollzeit-Stellen angegeben. Die absoluten Zahlen verteilen sich wie folgt:

Vollzeit-Stellen Sachbearbeitung Bauberatung 2020



→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte die gebildeten Kennzahlen zu den Ablehnungen und zurückgenommenen Anträgen weiter fortschreiben und analysieren. Die Anzahl erfolgloser Anträge sollte möglichst geringgehalten werden.

4.3.8 Dauer der Genehmigungsverfahren

→ Feststellung

Durch uneinheitlich und unvollständige Datenerfassungen in der genutzten Software sind Gesamt- und Laufzeiten der Genehmigungsverfahren für die Bauaufsicht Siegen nicht abbildbar. Die Nutzung dieser Daten als Indikator für effektive Genehmigungsverfahren ist so nicht möglich. Die gesetzliche Berichtspflicht erfordert die durchschnittliche Verfahrensdauer zu ermitteln.

Die Orientierungsgröße für eine durchschnittliche Gesamtlaufzeit in Höhe von zwölf Wochen (= 84 Kalendertage) sollte eine Kommune ab dem 01. Januar 2019³⁸ bei den Bauanträgen nach Antragseingang nicht überschreiten.

³⁸ Seit dem 01. Januar 2019 gelten die Regelungen der Landesbauordnung (BauO NRW 2018).

Die vorgenannte durchschnittliche Gesamtlaufzeit orientiert sich an der maximalen Dauer der einfachen Genehmigungsverfahren, die § 64 Abs. 2 BauO NRW 2018 vorsieht. Als Durchschnittswert sollte diese Zielgröße aus Sicht der gpaNRW erreichbar sein. Nach den bisherigen Erfahrungen der gpaNRW wird der Durchschnittswert weniger von der Art der Verfahren beeinflusst, sondern hängt vielmehr von den vorgegebenen Regeln, z. B. zur Beteiligung politischer Gremien, des Umgangs mit zu beteiligenden Behörden etc. ab. Die Gesamtlaufzeit wird zusätzlich maßgeblich von der Fristsetzung bei der Nachforderung von Unterlagen beeinflusst. Wir zählen bei der Erfassung einheitlich für alle Kommunen die Kalendertage (nicht Arbeitstage) und bereinigen weder Stopp- noch Ruhezeiten o. ä. Bearbeitungsunterbrechungen.

Die gpaNRW hat die durchschnittliche Dauer für das einfache und das normale Genehmigungsverfahren in jeweils zwei Varianten erhoben:

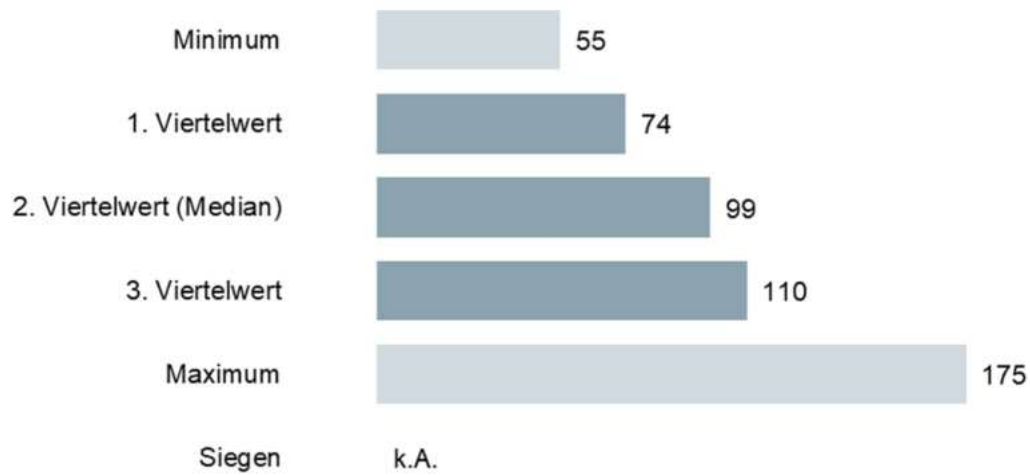
- Als „Gesamtlaufzeit“ ab dem Antragseingang bis zur Erteilung des Genehmigungs- oder Ablehnungsbescheides und
- als „Laufzeit“ ab dem Zeitpunkt, zu dem der Bauantrag seitens des Antragstellers bzw. der Antragstellerin mängelfrei und vollständig der Bauaufsicht vorgelegt wurde bis zur Erteilung des Genehmigungs- oder Ablehnungsbescheides.

Da wir die Dauer der Genehmigungsverfahren bis zur Genehmigung oder Ablehnung betrachten, fließen zurückgenommene Anträge bei der Ermittlung der Durchschnittszeiten nicht mit ein.

Wie bereits dargestellt, konnte die Bauaufsicht die Werte für die einfachen und normalen Genehmigungsverfahren nicht ermitteln. So können keine differenzierten Gesamt- und Laufzeiten der einzelnen Verfahrensarten ausgewertet werden. Stichprobenartig ermittelte die Stadt im Vergleichsjahr 2020 durchschnittliche Gesamtlaufzeiten von 77 Kalendertagen ohne nach den einzelnen Verfahrensarten zu differenzieren.

Die nachfolgenden Auswertungen der anderen Kommunen stellt die gpaNRW daher als Vergleichsgrundlage für zukünftige Auswertungen dar. Weitere Analysen im Zuge der überörtlichen Prüfung sind so nur eingeschränkt möglich. Die bisherigen Prüfungsergebnisse zeigen bereits einige Optimierungspotenziale auf, die die Genehmigungsverfahren beschleunigen können. Diese sollten genutzt werden. Mit der Fortschreibung der in diesem Kapitel gebildeten Kennzahlen kann die Bauaufsicht Erfolge der zukünftigen Umsetzung bewerten.

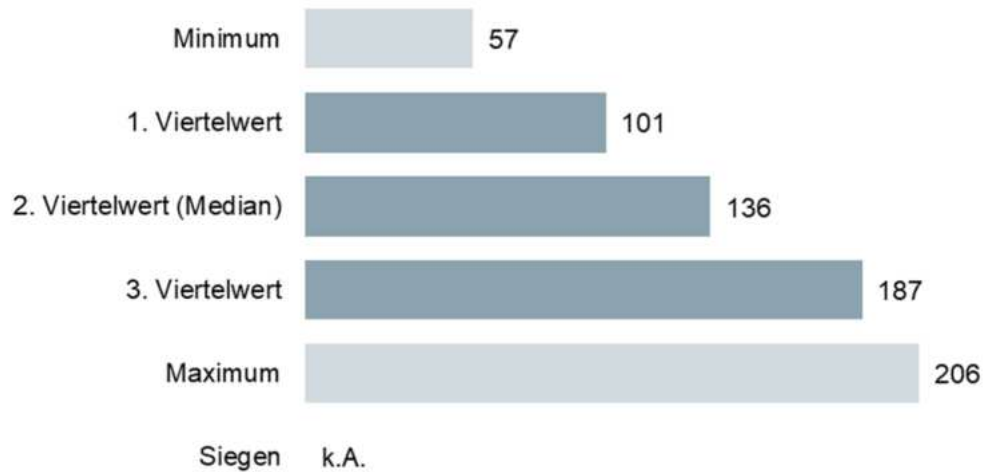
Gesamtlaufzeit in Kalendertagen von Bauanträgen (einfaches Genehmigungsverfahren) 2020



In den interkommunalen Vergleich sind 17 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Gesamtlaufzeit in Kalendertagen von Bauanträgen (normales Genehmigungsverfahren) 2020



In den interkommunalen Vergleich sind 17 Werte eingeflossen, die sich wie folgt verteilen:



Mit der Einführung der BauO NRW 2018 wurde erstmalig eine Berichtspflicht der Bauaufsichtsbehörden über die durchschnittliche Verfahrensdauer eingeführt. Somit lässt sich die zukünftige Entwicklung anhand dieser Berichte verfolgen. Grundlage der Berichtspflicht ist § 91 Satz 2 und 3 BauO NRW 2018.

Danach haben die Bauaufsichtsbehörden der obersten Bauaufsichtsbehörde über die durchschnittliche Länge von Baugenehmigungsverfahren jährlich zum 31. Dezember Bericht zu erstatten. Inhalt, Art, Form und Umfang der Berichtspflicht wird durch eine Rechtsverordnung durch die oberste Bauaufsichtsbehörde festgelegt.

Auch mit Stand von August 2022 gibt es noch keine Vorgaben z. B. seitens des Landes, nach welchen Kriterien die durchschnittliche Länge von Baugenehmigungsverfahren zu ermitteln ist. Ebenfalls wurde noch keine Rechtsverordnung durch die oberste Bauaufsichtsbehörde verabschiedet, die den Inhalt, die Art, die Form und den Umfang der Berichtspflicht festlegt.

Trotz dieser fehlenden Vorgaben sollte die Bauaufsicht mit automatisierten Mitteln in der Lage sein, die Gesamt- und Laufzeiten zu ermitteln, auch um steuerungsrelevante Indikatoren zu erhalten.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte mit ihrer eingesetzten Fachsoftware in der Lage sein, automatisierte Gesamt- und Laufzeiten zu ermitteln. Damit erhält sie die Grundlagen für die gesetzliche Berichtspflicht sowie Indikatoren für notwendige Steuerungsmaßnahmen. Sie sollte Vorgaben für eine einheitliche Datenerfassung erlassen. Erfolge der genutzten Optimierungspotenziale lassen sich an ermittelten Laufzeiten ablesen.

4.3.9 Transparenz und Steuerung

→ Feststellung

Die Stadt Siegen hat bisher auf die Bildung von Kennzahlen und Festlegungen von Zielwerten verzichtet. Damit fehlen zum Teil Indikatoren für notwendige Steuerungsmaßnahmen.

Transparent aufbereitete Informationen und Daten sowie Kontrollmechanismen sind Basis für eine gute Steuerung. Dafür sollte eine Kommune Zielwerte definieren, Qualitätsstandards vorgeben und aussagekräftige Kennzahlen bilden. Diese sollte die Kommune über ein Berichtswesen regelmäßig auswerten und das „Soll“ mit dem „Ist“ abgleichen.

Im Rahmen des Interviews wurden Fragen zu Zielvereinbarungen, Qualitätsvorgaben und vorhandenen Kennzahlen gestellt.

Die **Stadt Siegen** hat für die Bauaufsicht bisher noch keine konkreten Ziele definiert bzw. Kennzahlen gebildet. Bereits bei der Erhebung der Datengrundlagen zur Durchführung der überörtlichen Prüfung zeigte sich, dass die Dateneingabe in die Bearbeitungssoftware uneinheitlich erfolgt und damit Auswertungen und die Bildung von Kennzahlen erschwert bzw. unmöglich sind. Dieses ist aber Grundlage dafür, im Rahmen eines Soll-Ist-Vergleiches eine Überprüfung des Erreichens der gesetzten Ziele zu ermöglichen. Nur so sind automatisierte Auswertungen möglich, die Fehlentwicklungen frühzeitig aufzeigen, denen mit gegensteuernden Maßnahmen entgegengewirkt werden kann.

Gerade bei wechselnden Rahmenbedingungen und schwankenden Fallzahlen ist eine bedarfsgerechte Personalausstattung nur schwer zu ermitteln. Kennzahlen bilden quantitative und qualitative Veränderungen ab und liefern so Hinweise für notwendige Steuerungsmaßnahmen. Indem man messbare Ziele festlegt, ist eine kontinuierliche Überprüfung der Sollvorstellung möglich. Als mögliche Kennzahlen kommen die nachfolgend aufgeführten Kennzahlen in Betracht, um qualitätsverbessernde Steuerungsgrundlagen für den Bereich der Bauaufsicht zu entwickeln:

Kennzahlart	Kennzahlbeispiel
Fallzahlen	Anzahl Fälle einfaches Baugenehmigungsverfahren Anzahl Fälle normales Baugenehmigungsverfahren
Bearbeitungszeiten	Laufzeit einfaches Baugenehmigungsverfahren ab Antragseingang Laufzeit normales Baugenehmigungsverfahren ab Antragseingang Laufzeit einfaches Baugenehmigungsverfahren ab Vollständigkeit und Mängelfreiheit der Unterlagen Laufzeit normales Baugenehmigungsverfahren ab Vollständigkeit und Mängelfreiheit der Unterlagen
Finanzkennzahlen	Ergebnis pro Einwohner Verhältnis Aufwand Personalkosten zu den Einnahmen Grundaufwand je Mitarbeiter (vollzeitverrechnet)
Wirtschaftlichkeitskennzahlen	Kostendeckungsgrad Aufwandsdeckungsgrad bauaufsichtliche Verfahren in Prozent
Personal-/Leistungskennzahlen	Verzeichnete Anträge je Sachbearbeiter Fälle je Mitarbeiter (vollzeitverrechnet) Fristgerecht erteilte Baugenehmigungen in Prozent Fristgemäße Bearbeitung von Bauanträgen in Prozent
Rechtmäßigkeit des Handelns	Klagequote insgesamt Quote der „verlorenen“ Klagen

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte Zielwerte schriftlich definieren und deren Einhaltung mittels Kennzahlen in Form eines Soll-Ist-Vergleichs überprüfen. Dazu sollte sie mindestens die im Rahmen dieser Prüfung verwandten Kennzahlen fortschreiben. Für die automatisierte Auswertung sind einheitliche Dateieingaben notwendig.

4.4 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 - Bauaufsicht

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
Baugenehmigung					
F1	Die Bauaufsicht der Stadt Siegen überschreitet bei den Baugenehmigungsverfahren häufig die gesetzlich vorgegebenen Fristen. Für Ermessensentscheidungen hat sie noch keine eindeutigen und nachvollziehbaren Kriterien erlassen. Sie bildet noch keinen Kostendeckungsgrad ab und verzichtet teilweise auf Gebühreneinnahmen. Die Rechtssicherheit könnte durch weitere Dokumentationen verbessert werden.	154	E1.1	Die Stadt Siegen sollte für die Nachbesserung von Antragsunterlagen angemessene Fristen setzen, die die Genehmigungsverfahren nicht unnötig verlängern. Die gesetzlichen Vorgaben der Rücknahmefiktion sind zu beachten.	156
			E1.2	Die Stadt Siegen sollte zur Verbesserung der Rechtssicherheit die Inanspruchnahme der Verlängerungsmöglichkeit nach § 64 Abs. 2 BauO NRW 2018 schriftlich dokumentieren.	156
			E1.3	Die Stadt Siegen sollte die erforderlichen Beteiligungsverfahren gleichzeitig durchführen. Sie sollte zu diesem Zweck digitale Unterlagen nutzen. In Papier eingehende Anträge sollten zu einem möglichst frühen Zeitpunkt eingescannt werden.	157
			E1.4	Die Stadt Siegen sollte für ihre Bauaufsicht einen Kostendeckungsgrad ermitteln, der als Indikator für Rahmengebühren nutzbar ist. Ziel sollten weitgehend kostendeckende Gebühren sein.	157
			E1.5	Die Stadt Siegen sollte für eine einheitliche und rechtssichere Ausübung von Ermessensentscheidungen klare und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen, beispielsweise in Form eines Kriterienkataloges, erstellen.	158

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
F2	Die Stadt Siegen hat bisher noch keine Checklisten erstellt, um eine rechtssichere und einheitliche Bearbeitung der Genehmigungsverfahren zu fördern. Es fehlen zum Teil klare Vorgaben für Verantwortungs- und Entscheidungsbefugnisse. Die Abwicklung des Genehmigungsverfahrens mittels der Papierakte lässt keine medienbruchfreie Bearbeitung zu.	158	E2.1	Die Stadt Siegen sollte für die Bearbeitung der Baugenehmigungsverfahren Checklisten bzw. Arbeitsanleitungen erstellen. Sie sollte diese idealerweise in die eingesetzte Fachsoftware integrieren.	159
			E2.2	Die Stadt Siegen sollte alle Voraussetzungen schaffen, um eine medienbruchfreie Bearbeitung der Verfahren zu ermöglichen. Die händische Erfassung von Daten in die Fachsoftware sollte zukünftig entbehrlich sein.	159
			E2.3	Die Stadt Siegen sollte nachvollziehbare und eindeutige Regelung über Verantwortungsbereiche und Entscheidungsbefugnisse durch eine Dienstanweisung oder Organisationsverfügung festlegen.	159
F3	Der abgebildete Prozess des einfachen Baugenehmigungsverfahrens ist durch zahlreiche Schnittstellen gekennzeichnet. Mehrstufige und umfangreiche Beteiligungungsverfahren und zahlreiche Zuständigkeitswechsel erschweren ein beschleunigtes Verfahren. Das Vier-Augen-Prinzip wendet die Bauaufsicht nur bei Ablehnungen konsequent an.	160	E3.1	Die Stadt Siegen sollte die zahlreichen Schnittstellen reduzieren. Beteiligungen sollte sie gleichzeitig und digital vornehmen. Einzelne Arbeitsschritte sollten von der zuständigen Stelle vollständig abgeschlossen werden. Damit lassen sich die zahlreichen Zuständigkeitswechsel verringern. Das Vieraugenprinzip sollte die Bauaufsicht konsequent anwenden. Den erforderlichen Aufwand kann sie durch dokumentierte Teilergebnisse in Checklisten reduzieren.	164
			E3.2	Die Stadt Siegen sollte die Beteiligungen interner Stellen auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren. Durch erweiterte Informationsgrundlagen für die Bauaufsicht können teilweise zeit- und arbeitsintensive Beteiligungungsverfahren vermieden werden.	165
F4	Die Stadt Siegen nutzt noch nicht alle digitalen Möglichkeiten ihrer eingesetzten Fachsoftware. Sie beabsichtigt eine vollständige digitale Bearbeitung der Genehmigungsanträge mit Unterstützung des Bauportals NRW einzuführen. Einheitliche Dateneingaben könnten weitere automatisierte Auswertungen ermöglichen. Die aktuelle hybride Aktenführung erschwert ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren.	165	E4.1	Die Stadt Siegen sollte ihre vorhandene Software dazu nutzen, die Bearbeitung der Genehmigungsverfahren vollständig digital durchzuführen und zu erfassen. Es sollte möglich sein, Genehmigungsanträge digital anzunehmen. Sie sollte die digitalen Möglichkeiten der vorhandenen Software ausschöpfen, um die Verfahrensabläufe zu vereinfachen und zu beschleunigen. Auf eine hybride Aktenführung sollte verzichtet werden.	166
			E4.2	Die Stadt Siegen sollte Vorgaben für die einheitliche Erfassung von Daten erstellen. So sind automatisierte Auswertungen möglich und die Funktionen der Bearbeitungssoftware sind vollumfänglich nutzbar.	166

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
F5	Das Fallaufkommen wie auch die Anzahl der erteilten Bescheide ist in der Stadt Siegen je Vollzeit-Stelle höher als in den meisten anderen Vergleichskommunen. Dies deutet auf eine hohe Belastung der Bediensteten hin. Mit der Nutzung bestehender Optimierungspotenziale könnte die Bauaufsicht die Mitarbeiter entlasten. Dieses wird helfen, die eingehenden Anträge zeitnah zu bearbeiten und den Anteil unerledigter Fälle zu verringern.	167	E5.1	Die Stadt Siegen sollte die Personalkennzahlen weiter fortschreiben. Bei einem anhaltenden Trend der Zunahme der unerledigten Fälle sollten gegensteuernde Maßnahmen ergriffen werden. Die in diesem Bericht aufgezeigten Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren sollten umgesetzt werden, um die Sachbearbeitung zu entlasten.	169
			E5.2	Die Stadt Siegen sollte auch die Entwicklung der Fallzahlen der förmlichen Bauvoranfragen zur Personalbemessung fortschreiben um mögliche Fehlentwicklung frühzeitig zu erkennen und entgegenwirken zu können.	170
F6	Die Stadt Siegen hat mit der Einrichtung der Servicestelle Bauberatung gute Möglichkeiten geschaffen, sich umfassend rund ums das Thema Bauen zu informieren. Der Schwerpunkt der Beratung betrifft den bauplanungsrechtlichen Bereich. Teils wirken die technischen Bediensteten der Bauaufsicht bei der Klärung bauordnungsrechtlicher Fragen mit.	170	E6	Die Stadt Siegen sollte die gebildeten Kennzahlen zu den Ablehnungen und zurückgenommenen Anträgen weiter fortschreiben und analysieren. Die Anzahl erfolgloser Anträge sollte möglichst geringgehalten werden.	173
F7	Durch uneinheitlich und unvollständige Datenerfassungen in der genutzten Software sind Gesamt- und Laufzeiten der Genehmigungsverfahren für die Bauaufsicht Siegen nicht abbildbar. Die Nutzung dieser Daten als Indikator für effektive Genehmigungsverfahren ist so nicht möglich. Die gesetzliche Berichtspflicht erfordert die durchschnittliche Verfahrensdauer zu ermitteln.	173	E7	Die Stadt Siegen sollte mit ihrer eingesetzten Fachsoftware in der Lage sein, automatisierte Gesamt- und Laufzeiten zu ermitteln. Damit erhält sie die Grundlagen für die gesetzliche Berichtspflicht sowie Indikatoren für notwendige Steuerungsmaßnahmen. Sie sollte Vorgaben für eine einheitliche Datenerfassung erlassen. Erfolge der genutzten Optimierungspotenziale lassen sich an ermittelten Laufzeiten ablesen.	176
F8	Die Stadt Siegen hat bisher auf die Bildung von Kennzahlen und Festlegungen von Zielwerten verzichtet. Damit fehlen zum Teil Indikatoren für notwendige Steuerungsmaßnahmen.	176	E8	Die Stadt Siegen sollte Zielwerte schriftlich definieren und deren Einhaltung mittels Kennzahlen in Form eines Soll-Ist-Vergleichs überprüfen. Dazu sollte sie mindestens die im Rahmen dieser Prüfung verwandten Kennzahlen fortschreiben. Für die automatisierte Auswertung sind einheitliche Dateieingaben notwendig.	177

5. Verkehrsflächen

5.1 Managementübersicht

Die wesentlichen Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der **Stadt Siegen** im Prüfgebiet Verkehrsflächen stellt die gpaNRW nachfolgend zusammenfassend dar.

Die Feststellungen und Empfehlungen haben wir tabellarisch in der Anlage aufgeführt. Die Reihenfolge ist chronologisch und gibt keine Priorisierung vor.

Verkehrsflächen

Die Stadt Siegen hat die wesentlichen Grundlagen für die Steuerung der Verkehrsflächenflächenerhaltung geschaffen. Mit Blick auf ein an wirtschaftlichen Maßstäben orientiertes, strategisches Erhaltungsmanagement kann die Stadt noch weitere Optimierungen vornehmen. Basierend auf den regelmäßig durchgeführten Zustandserfassungen und -bewertungen sollte sie ein strategisches und langfristig ausgerichtetes Erhaltungskonzept aufbauen. Eine Differenzierung nach Straßenarten (z.B. nach Hauptverkehrs- und Anliegerstraßen) und den verschiedenen Erhaltungsmaßnahmen ermöglicht eine genauere Analyse und einen zielgerichteten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel. Hierzu ist es auch erforderlich, eine Gesamtstrategie zu entwickeln, wie und nach welchen Zielvorgaben die Verkehrsflächen erhalten werden sollen.

Wesentliche Voraussetzung für eine systematische Erhaltung der Verkehrsflächen ist eine geeignete Straßendatenbank. Hier befindet sich Siegen bereits auf dem richtigen Weg. Zusätzlich sollte die Stadt noch die Daten aus dem Straßenbauprogramm und die entsprechenden Kosten für die Erhaltung implementieren. Die aus den Aufbrüchen resultierenden Erkenntnisse sollten ebenfalls in der Straßendatenbank gesichert werden.

Die Stadt Siegen hat im Jahr 2008 zur Erstellung der Eröffnungsbilanz und dann in 2015 Zustandserfassungen und -bewertungen durchführen lassen. Die Ergebnisse der Zustandserfassung wurden für die körperliche Inventur genutzt und sind damit auch in die Anlagenbuchhaltung eingeflossen.

Seit 2009 ist in Siegen ein kontinuierlicher Vermögensverzehr bei den Verkehrsflächen von inzwischen 81 Mio. Euro bzw. 34 Prozent des ursprünglichen Bilanzwertes zu verzeichnen. Diesem Trend konnte die Stadt bislang nicht durch ausreichende Investitionen entgegenwirken. Die Höhe der Reinvestitionen liegt bei rund 47 Prozent. Die getätigten Reinvestitionen reichen nicht aus, um den Werteverlust aufzufangen. Die gpaNRW bewertet es kritisch, dass die Stadt Siegen nicht die Unterhaltungsaufwendungen für ihre Verkehrsflächen insgesamt beziffern kann. Es fehlen die Aufwendungen für die in Eigenleistung erbrachten Arbeiten. Die vorliegenden Informationen deuten jedoch darauf hin, dass die Unterhaltungsaufwendungen unterhalb der für eine wirtschaftliche Unterhaltung angesetzten Richtwerte liegen. Die ausgewogene Altersstruktur der Verkehrsflächen und die Zustandseinteilung der Straßen können kurzfristig geringere Reinvestitionen und Unterhaltungsaufwendungen begründen. Dauerhaft kann hierdurch allerdings ein Risiko für den Erhalt der Verkehrsflächen entstehen.

5.2 Inhalte, Ziele und Methodik

Die gpaNRW untersucht in diesem Prüfgebiet wie die Kommunen mit ihren Verkehrsflächen und dem entsprechenden Vermögen umgehen.

Die Verkehrsfläche definiert sich dabei abschließend aus den folgenden Anlagenbestandteilen:

- Fahrbahnen (Fahrstreifen, Mehrzweckstreifen, befestigte Wirtschaftswege, Fußgängerzonen, Busspuren),
- sonstigen Verkehrsflächen (Geh- und Radwege, Radfahrstreifen, Parkstreifen, Parkplätze, Parkbuchten, Busbuchten, Plätze, Trennstreifen und Inseln (befestigt)) und
- sonstigen Anlagenteilen (Bankette, Gräben/Mulden, Durchlässe, Regenwasserkanäle (nur Straßenentwässerung), Straßenabläufe, Markierung, Poller, Schutzplanken).

Ziel der gpaNRW ist es, auf Steuerungs- und Optimierungspotenziale hinzuweisen und Risiken für den Haushalt und den Zustand der Verkehrsflächen aufzuzeigen. Die Darstellung der Kennzahlen zu den Verkehrsflächen schafft Transparenz und sensibilisiert die Kommunen für einen bewussten und zielgerichteten Umgang mit ihrem Verkehrsflächenvermögen.

Dazu untersucht die gpaNRW zunächst die Steuerung der Erhaltung der Verkehrsflächen. Ein besonderes Augenmerk richten wir dabei auf den Prozess des Aufbruchmanagements und die Schnittstellen zwischen Finanzmanagement und Verkehrsflächenmanagement.

Die örtlichen Strukturen und die Bilanzkennzahlen bilden die Ausgangslage für die nachfolgende Analyse der einzelnen Einflussfaktoren auf die Erhaltung der Verkehrsflächen. Die drei wesentlichen Einflussfaktoren Alter, Unterhaltung und Reinvestitionen analysiert die gpaNRW dazu einzeln wie auch in ihrer Wirkung zueinander. Bei diesen Kennzahlen ist die Analyse der individuellen Situation in der Kommune und der Vergleich zu den definierten Richtwerten entscheidend. Daher verzichtet die gpaNRW hier auf die Darstellung der interkommunalen Vergleiche. Diese sind in der Anlage des Berichtes informatorisch aufgeführt.

5.3 Steuerung

Die Erhaltung der Verkehrsflächen ist eine Aufgabe, die nicht mit dem Blick auf einen kurz- oder mittelfristigen Zeitraum betrachtet werden darf. Eine nachhaltige, systematische und somit auch wirtschaftliche Erhaltung muss sich auf den gesamten Lebenszyklus der Verkehrsfläche erstrecken. Bei den Verkehrsflächen muss insofern ein Zeitraum von mindestens 30 bis 60 Jahren in den Blick genommen werden. Allein dieser zeitliche Aspekt wie aber auch die Bedeutung der Verkehrsflächen und die Komplexität der Einflussfaktoren auf die Erhaltung machen eine bewusste und zielgerichtete Steuerung unabdingbar.

Ziel muss es daher sein, die wirtschaftlich sinnvollste Handlungsweise zum Werterhalt und zur Sicherstellung der Gebrauchstauglichkeit der Verkehrsflächen unter den individuellen Rahmenbedingungen der Kommune zu finden. Gerade die Haushaltslage zwingt die Kommunen verstärkt dazu, die Wirtschaftlichkeit des eigenen Handelns nachzuweisen und zu dokumentieren.

5.3.1 Datenlage

→ Feststellung

Die Stadt Siegen verfügt über Daten zu ihren Verkehrsflächen, mit denen sie ein Erhaltungsmanagement zielgerichtet aufbauen kann. Positiv ist die regelmäßige Zustandserfassung und Bewertung der Straßen.

Eine Kommune muss die für die Steuerung erforderlichen Informationen wie Flächen und Finanzdaten verwaltungsweit einheitlich und aktuell vorliegen haben.

In der **Stadt Siegen** liegt die zentrale Produktverantwortung für die Verkehrsflächen im Geschäftsbereich 4/1 – Straße und Verkehr. Die Bereiche Planung, Bau und Unterhaltung stimmen sich untereinander ab.

Die Stadt Siegen hat die in ihrer Unterhaltungspflicht liegenden Straßen und Wirtschaftswege in der Straßendatenbank erfasst. Die Daten aus der Zustandserfassung aus 2008 sind in 2015 fortgeschrieben worden.

Die Finanzdaten kann die Stadt Siegen nur auf Ebene der Verkehrsflächen insgesamt darstellen. Eine systematische Erhebung der Aufwendungen und Investitionen differenziert nach Straßenkategorien gibt es bislang nicht.

→ Empfehlung

Die bisherige Planung von Straßenbau-Programmen sollte die Stadt Siegen um konkrete Erhaltungsstrategien bezogen auf die unterschiedlichen Straßenkategorien ergänzen. Sie sollte die Aufwendungen nach diesen Straßenkategorien getrennt erfassen, um so noch gezielter steuern zu können.

Eine tiefergehende Betrachtung der Zielsetzung in Bezug auf die Verkehrsflächen erfolgt im Kapitel „Strategische Ausrichtung und operatives Controlling“.

5.3.2 Straßendatenbank

→ Feststellung

Die Stadt Siegen führt eine funktionsfähige Straßendatenbank. Somit verfügt sie über die notwendige Ausstattung, um den Erhalt der Verkehrsflächen zielgerichtet zu steuern. Durch die Integration weiterer Informationen kann sie die Planung der Erhaltung noch weiter optimieren.

Die Straßendatenbank bildet die wesentliche Voraussetzung, um die Erhaltung der Verkehrsflächen systematisch und nachhaltig zu steuern. Um die Straßendatenbank im Sinne eines Erhaltungsmanagements nutzen zu können, bedarf es neben dem Aufbau mit den wesentlichen Informationen zu den Flächen auch einer regelmäßigen Pflege und Fortschreibung der Daten.

Die **Stadt Siegen** hat in ihrer Straßendatenbank Informationen zu Leit-, Funktions-, Aufbau- und Zustandsdaten hinterlegt. Informationen über den Aufbau der Verkehrsflächen sind bislang nur teilweise bekannt, sofern vorhanden, sind diese jedoch in der Straßendatenbank eingepflegt. Die Stadt Siegen ermittelt nach Möglichkeit bei Aufbrüchen den Aufbau und hinterlegt diese Informationen in der Straßendatenbank. So hat sie sich zum Ziel gesetzt, über eine umfassende Datenlage zu verfügen. Verfügbare Informationen zu Erhaltungsdaten implementiert sie ebenfalls in das System.

Weitere Informationen zu den Verkehrsflächen wie z.B. Höchstgeschwindigkeit, Nutzung durch ÖPNV, Lärm, Bedeutung stadtweit oder überregional, Feinstaubbelastung und Unfalldaten erfasst die Stadt Siegen separat und nicht in der Straßendatenbank.

Positiv zu bewerten ist, dass die Stadt Siegen bei ihren Planungen zur Erhaltung der Verkehrsflächen immer die weitere Infrastruktur wie Ingenieur-Bauwerke (z.B. Tunnel) einbezieht.

Die Stadt Siegen hat in Zusammenarbeit mit einem externen Ingenieur-Büro ein Mobilitäts- und Klimaschutzkonzept erarbeitet. Durch

- die Reduzierung der verkehrsbedingten Treibhausgas-Emissionen,
- die Sicherung der Mobilität aller Bevölkerungsgruppen,
- die Weiterentwicklung der Verkehrsplanung unter dem Gesichtspunkt „Klimaschutz“ und
- die Motivation von Bürger*innen zur Wahl klimafreundlicher Verkehrsmittel

soll in Siegen die Nutzung von Rad und öffentlichem Personennahverkehr positiv beeinflusst werden.

Hierzu ist es sicherlich sinnvoll die o.g. weiteren Informationen ebenfalls in die Straßendatenbank zu integrieren, um die notwendigen Maßnahmen und deren Auswirkungen im Zusammenhang abbilden zu können.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte prüfen, welche Daten sie zukünftig noch für die Planung der Straßenunterhaltung in der Straßendatenbank berücksichtigen möchte. Denn eine möglichst umfassende Kenntnis der Einflussfaktoren auf die Verkehrsflächen ermöglicht es, eine zukunftsfähige Erhaltungsstrategie zu entwickeln.

Für die Kontrollen und Begehungen der Straßen gibt es in Siegen verbindliche Vorgaben.

Die Erkenntnisse aus den Straßenbegehungen werden telefonisch oder per Email an die Koordinierungsstelle im Tiefbaubereich weitergegeben. Im Anschluss gewährleistet der Bauhof mit betrieblichen und baulichen Unterhaltungsmaßnahmen, also kleinflächigen Arbeiten, die weitere Verkehrssicherheit.

Um ein vollständiges Bild über die Verkehrsflächen und deren Unterhaltungsbedarf zu erhalten, ist es von Vorteil, wenn eine Kommune auch Erhaltungs- und Finanzdaten im Zusammenhang betrachten kann. Erneuerungen an den Verkehrsflächen wie bspw. Art, Umfang und Jahr der letzten Maßnahmen und die Kosten bei Erneuerungsmaßnahmen sind bereits in der Straßenda-

tenbank hinterlegt. Allerdings sind die Kosten für die Unterhaltung und die verfügbaren Haushaltsmittel in separaten Listen zusammengestellt. Ein ganzheitliches Erhaltungsmanagement bietet jedoch den Vorteil, dass deutlich wird, wie sich durchgeführte Maßnahmen hinsichtlich Zustand und Vermögenswert ausgewirkt haben.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte ein vollständiges Erhaltungsmanagement aufbauen, um die nach Schadensbild der Verkehrsflächen geeigneten und dabei wirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt ergreifen zu können. Auch bei begrenzten Mitteln wird hiermit Transparenz über deren zielgerichteten Einsatz und die weitere Entwicklung der Verkehrsflächen geschaffen.

5.3.3 Kostenrechnung

→ **Feststellung**

Die Stadt Siegen hat bislang keine Kostenrechnung für die Verkehrsflächen eingeführt.

Für die interne Steuerung benötigt eine Kommune eine Kostenrechnung, die den Ressourceneinsatz für die Verkehrsflächen vollständig und transparent abbildet. Die Struktur der Kostenrechnung und der Straßendatenbank sollte aufeinander abgestimmt sein.

Das Vorhalten einer Kostenrechnung ist gesetzlich nicht normiert. Insoweit besteht hierzu keine Verpflichtung. Dennoch erachtet die gpaNRW eine aussagekräftige Kostenrechnung für sinnvoll. Aufbau und Gliederungstiefe kann sich am Bedarf der Stadt Siegen orientieren.

Hierzu sollte die Stadt Siegen die Kostenarten, die im Zusammenhang mit den Verkehrsflächen entstehen, auf Kostenstellen verteilen. Als Kostenstellen sollten für die Verkehrsflächen mindestens die Straßen und Wirtschaftswegen definiert werden. Aber auch weitere Anlagenteile der Flächen wie Geh- und Radwege, Straßenbegleitgrün u.a. oder auch die Straßenkategorien wie Anlieger- oder Hauptverkehrsstraßen kann die Stadt als Kostenstellen definieren.

Die auch für diese Prüfung zugrundeliegende Definition der Verkehrsfläche sollte hierfür die Grundlage bilden. Damit ist eine Vergleichbarkeit ebenso wie eine Orientierung an dem von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) ermittelten Finanzbedarf für die Erhaltung gewährleistet. Auch die Differenzierung nach den verschiedenen Erhaltungsmaßnahmen sollte gewährleistet werden.

Damit sich die Kostenrechnung tatsächlich in der Praxis etabliert, ist es von großer Bedeutung, auf der einen Seite die notwendige Genauigkeit zu erreichen, auf der anderen Seite aber keinen übermäßigen Aufwand dadurch zu erzeugen. Die Stadt Siegen kann hier individuell entscheiden, bis zu welcher Gliederungstiefe sie die Kosten ermitteln und in der Folge auswerten möchte. Die Struktur und Gliederung sollte in der Kostenrechnung und in der Straßendatenbank identisch sein. Optimaler Weise ist beides in einem System integriert oder über eine Schnittstelle miteinander verknüpft.

→ **Empfehlung**

Um auf weitere steuerungsrelevanten Daten für Erhaltungsmaßnahmen zugreifen zu können, sollte die Stadt eine Kostenrechnung einführen. Hierzu sollte die notwendige Genauigkeit auch unter dem Gesichtspunkt des Bearbeitungsaufwandes festlegen.

5.3.4 Strategische Ausrichtung und operatives Controlling

→ Feststellung

Die Stadt Siegen hat für die Verkehrsflächen Ziele mit begleitendem Controlling definiert. Eine langfristige Strategie zum Erhalt der Verkehrsflächen ist noch nicht aufgestellt.

Eine Kommune sollte eine Gesamtstrategie mit Zielvorgaben zur Erhaltung und Erneuerung ihrer Verkehrsflächen formulieren. Die Leitziele wie Verkehrssicherheit, Leistungsfähigkeit/ Befahrbarkeit, Substanzerhalt und Umweltverträglichkeit ergeben sich aus dem § 9 Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW) in Verbindung mit § 75 Abs. 1 GO NRW. Diese Leitziele sollte eine Kommune individuell konkretisieren. Im Rahmen des operativen Controllings sollte sie die Ziele über Kennzahlen messbar machen und steuern.

Für die Verkehrsflächen hat die **Stadt Siegen** im Zusammenhang mit dem o.g. Klimaschutzkonzept Ziele und begleitende Kennzahlen festgeschrieben.

Zur Optimierung der Steuerung der Verkehrsflächenerhaltung bedarf es auch strategischer Zielvorgaben für das Verkehrsflächenmanagement. Diese Zielvorgaben sollten durch die Verwaltungsführung formuliert und insbesondere auch dokumentiert werden. Hieraus sollte die Stadt Siegen Ziele ableiten, die mit der Gesamtstrategie für die Erhaltung der Verkehrsflächen in Einklang stehen.

Die letzte Zustandserfassung und die seitdem gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für Entscheidungen zur Erhaltung der Verkehrsflächen.

Auf Grundlage dieser Erkenntnisse plant die Stadt Siegen nach eigener Aussage die erforderlichen Maßnahmen in einem zehn-Jahres-Zeitraum.

→ Empfehlung

Die Stadt Siegen sollte den bestehenden Planungszeitraum nach Möglichkeit ausweiten, um ein strategisches Erhaltungsmanagement aufzubauen. Hierzu sollte sie die gesamten Lebenszyklen der Verkehrsflächen berücksichtigen.

Die Stadt Siegen hat es sich nach ihrer Aussage zum Ziel gesetzt, die Verkehrssicherheit der Verkehrsflächen zu gewährleisten.

Hierbei handelt es sich eher um ein allgemein gehaltenes Ziel. Daher sollte die Stadt Siegen zunächst eine Gesamtstrategie für ihre Verkehrsflächen definieren. Es sollte deutlich werden, was die Stadt erreichen möchte. Anschließend sollte sie für sich dieses strategische Ziel konkreter fassen. Um zu überprüfen, ob die Stadt Siegen dann ihre Ziele erreicht, sollte sie passende Kennzahlen definieren. Hier bieten sich folgende Kennzahlen an:

- Jährliche Instandsetzung von X Prozent der Flächen in Zustandsklasse X.
- Das Qualitätsniveau aller Verkehrsflächen soll im Durchschnitt besser als der Zustandswert X sein.

- Verkehrsflächen in den jeweiligen Zustandsklassen von „X“-Prozent.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte die systematische Steuerung der Verkehrsflächen ausbauen, indem sie strategische und operative Ziele festlegt und deren Erreichung anhand eines Controllings überprüft. Zu diesem internen Controlling zählen auch Kennzahlen und ein Berichtswesen.

5.4 Prozessbetrachtung

5.4.1 Aufbruchmanagement

Aufbrüche von Verkehrsflächen gehören zwar zum kommunalen Alltag, sie sind aber immer ein Eingriff in das Gesamtbauwerk und bieten damit eine Angriffsfläche für langfristige Folgeschäden. Damit steigt durch Aufbrüche - insbesondere, wenn sie nicht fachgerecht wiederhergestellt werden - das Risiko eines erhöhten Erhaltungsbedarfs oder sogar einer dauerhaften Wertminderung. Um die Substanz des Verkehrsflächenvermögens möglichst zu erhalten, bedarf es daher eines professionellen Aufbruchmanagements.

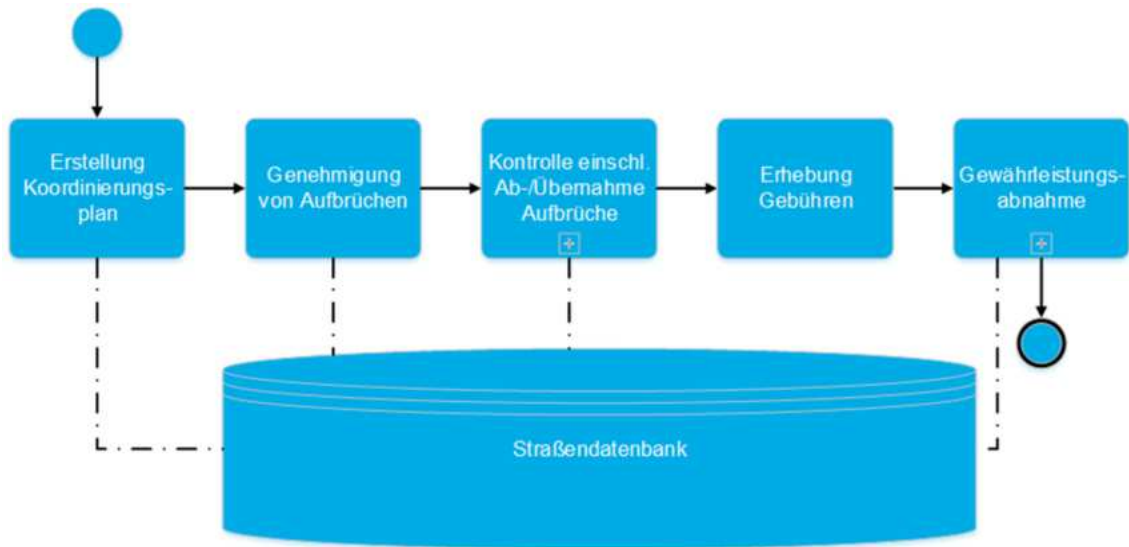
→ **Feststellung**

Die Stadt Siegen hat das Aufbruchmanagement mit den erforderlichen Prozessen gut strukturiert. Die Stadt koordiniert die Aufbrüche regelmäßig gemeinsam mit den Versorgungsträgern. Die Kontrollen der Aufbrüche führt die Stadt sowohl während der Bauphase als auch bei Mängeln und bei der Gewährleistungsabnahme stichprobenhaft durch. Mit der Integration von Informationen aus den Aufbrüchen in die Straßendatenbank können die Prozesse weiter digitalisiert und optimiert werden.

Ein Aufbruchmanagement setzt einen systematisch strukturierten und organisierten Ablaufprozess voraus. Die Anzahl der Aufbrüche soll möglichst gering gehalten werden. Dazu sollte eine Kommune in enger Abstimmung mit allen Beteiligten die Aufbrüche koordinieren und bündeln und mit eigenen Erhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen kombinieren. Zudem muss sie die Kontrolle und Übernahme der Aufbrüche bis hin zur Gewährleistungsabnahme in den Prozess integrieren, um so die ordnungsgemäße und fachgerechte Wiederherstellung des Aufbruchs sicher zu stellen. Dieser Prozess sollte optimaler Weise digital über die Straßendatenbank mit einem webbasierten Portal ablaufen, zu dem alle Beteiligten Zugang haben.

Die Grafik zeigt die einzelnen Teilprozesse des Aufbruchmanagements. Die gpaNRW hat in dieser Prüfung den Schwerpunkt auf die Kontrolle und Übernahme sowie die Gewährleistungsabnahme gelegt. Die Koordinierung der Aufbrüche und deren Genehmigung haben wir als wesentliche Voraussetzung in die Betrachtung einbezogen.

Teilprozesse des Aufbruchmanagements



Die **Stadt Siegen** führt jährliche Koordinierungs-Gespräche mit den lokalen Versorgungsträgern. Die Versorgungsträger und die Stadt besprechen die in den nächsten Jahren beabsichtigten Maßnahmen. Diese Projekte werden dann gemeinsam in Einklang gebracht. Die Ergebnisse aus der Abstimmung von geplanten Aufbrüchen werden seitens der Stadt in einem Koordinierungsplan festgehalten. Auf diese Ergebnisse haben die Beteiligten in Form von Protokollen Zugriff. Auch das Jahresbauprogramm wird für die Planung durch die Stadt Siegen zur Verfügung gestellt.

Die Informationen aus dem Koordinierungsplan werden in die Straßendatenbank eingepflegt bzw. integriert. So können die geplanten Aufbrüche in der Straßendatenbank aufgerufen und mit anderen Maßnahmen in der Planung verknüpft werden.

Die Genehmigung von Aufbrüchen erfolgt durch den Bereich Tiefbau. Der Abgleich mit dem Koordinierungsplan ist über die Straßendatenbank sichergestellt. Die Stadt Siegen versagt oder verschiebt Aufbrüche, sofern dies erforderlich ist.

Zu der Genehmigung des Aufbruchs erhält der Maßnahmenträger konkrete Wiederherstellungsvorgaben. Hierzu nutzt die Stadt Siegen einheitliche Vordrucke. Die Kontrolle der Aufbrüche wird durch den Bereich Tiefbau sichergestellt.

Der Vorhabenträger ist in Siegen verpflichtet, den Baubeginn vorher schriftlich anzuzeigen.

Eine gemeinsame Begehung mit dem Vorhabenträger und die Abstimmung der Wiederherstellung des Aufbruchs finden bei größeren Maßnahmen statt. Die Stadt Siegen nutzt diese Ortstermine, um den Ausgangszustand durch schriftliche Aufzeichnungen und Fotos zu dokumentieren. So stellt sie sicher, dass die für die Abnahme und Gewährleistung erforderlichen Informationen vorliegen. Handelt es sich um kleinere Aufbrüche, gelingt es der Stadt Siegen nach eigener Aussage aufgrund geringer personeller Kapazitäten nicht immer, einen Ortstermin wahrzunehmen.

Die Stadt Siegen kontrolliert die Arbeiten an den Aufbrüchen in eigenem Ermessen stichprobenhaft. Bei den Kontrollen dokumentiert sie die vorgefundene Situation.

→ **Empfehlung**

Die Stadt Siegen sollte prüfen, ob sie die Vorhabenträger mit der Genehmigung verpflichtet, den Ausgangszustand und die Phasen während der Ausführung mit schriftlichen Aufzeichnungen, Protokollen und Fotos zu dokumentieren. Dies bietet den Vorteil, dass bei allen Aufbrüchen die für die Abnahme und Gewährleistung erforderlichen Informationen vorliegen.

Bei Mängeln bei der Wiederherstellung des Aufbruchs wird der Vorhabenträger dazu aufgefordert, diese zu beseitigen. Die Beseitigung der Mängel wird kontrolliert.

Die Dokumentation im Rahmen der Aufbrüche möchte die Stadt Siegen nach Möglichkeit zukünftig nutzen, um den Informationsstand in der neuen Straßendatenbank bezüglich der Aufbaudaten sukzessive zu verbessern und so das Erhaltungsmanagement weiter zu optimieren.

Die Vorhabenträger sind verpflichtet, die Fertigstellung nach dem Ende der Baumaßnahme schriftlich anzuzeigen. Die Abnahme erfolgt regelmäßig durch einen Vorort-Termin der Stadt Siegen. Hierbei protokolliert sie die Abnahme. Dieses Protokoll wird durch die ausführende Firma bzw. den Versorgungsträger unterschrieben. Gegebenenfalls fordert die Stadt schriftlich den Vorhabenträger auf, etwaige Mängel zu beseitigen. Die Dokumentation der Abnahme des Aufbruchs wird bislang nicht in die Straßendatenbank eingepflegt. Da dies aktuell als sehr aufwendig eingeschätzt wird, werden die Unterlagen in separaten Ordnern abgelegt.

Die Stadt Siegen prüft und protokolliert im Anschluss die Beseitigung der Mängel.

Während der Gewährleistungsfrist kontrolliert die Stadt Siegen die Aufbrüche über die Straßenbegehung im Rahmen der Verkehrssicherheitskontrolle. Die Mängel werden dokumentiert, dem Vorhabenträger angezeigt und die Mängelbeseitigung abschließend kontrolliert.

Zum Ende der Gewährleistungsfrist erfolgt dann die endgültige Gewährleistungsabnahme. Hierzu kontrolliert die Stadt Siegen die Aufbrüche erneut auf Mängel. Ein Protokoll über die Gewährleistungsabnahme wird erstellt. Die Dokumentation der festgestellten Mängel leitet sie dann an den Vorhabenträger mit einer Frist zur Beseitigung der Mängel weiter. Auch hier kontrolliert und protokolliert die Stadt die Mängelbeseitigung. Im Bedarfsfall kann die Stadt Siegen auch Kernbohrungen durchführen.

5.4.2 Schnittstelle Finanz- und Verkehrsflächenmanagement

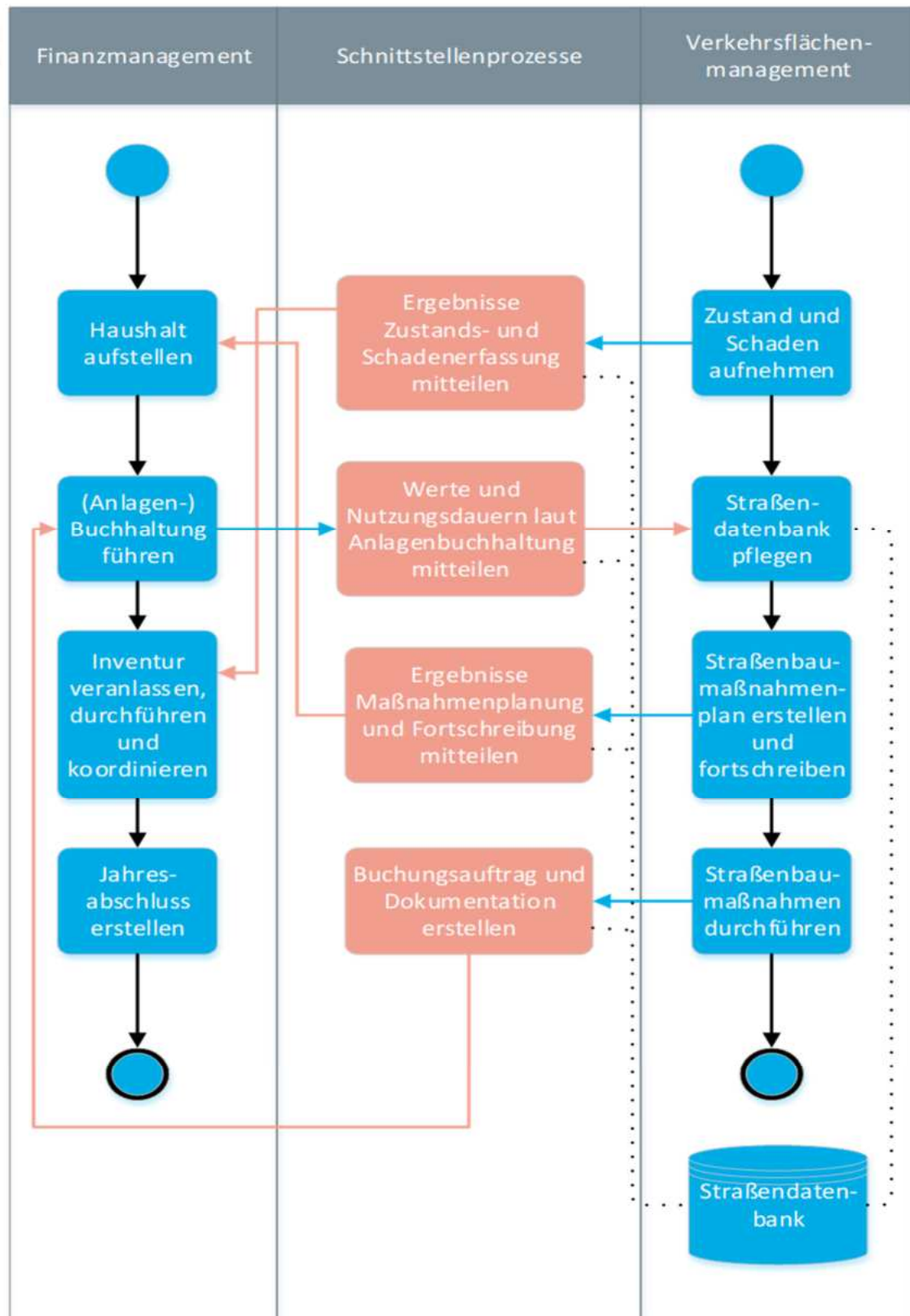
→ **Feststellung**

In der Stadt Siegen stimmen sich das Finanz- und Verkehrsflächenmanagement gut untereinander ab. Durch eine Schnittstelle von Anlagenbuchhaltung und Straßendatenbank kann die Abstimmung noch weiter verbessert werden.

Ein wirtschaftliches Erhaltungsmanagement der Verkehrsflächen setzt voraus, dass insbesondere finanzwirtschaftliche und technische Aspekte im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung eng miteinander abgestimmt und verbunden sind. Hierzu ist es notwendig, dass die organisatorischen Schnittstellenprozesse zwischen Finanz- und Verkehrsflächenmanagement in einer Kommune eindeutig geregelt sind und in der Praxis entsprechend bedient werden.

Die nachfolgende Grafik zeigt die einzelnen Schnittstellenprozesse, die eine Kommune organisieren sollte.

Schnittstellenprozess



Bei der **Stadt Siegen** werden die Anlagenbuchhaltung und die Straßendatenbank als zwei getrennte Systeme geführt. Eine Schnittstelle gibt es nicht. Somit kann der Abgleich und Austausch von Daten und Informationen nicht automatisiert sichergestellt werden.

Zugriffsrechte seitens des Tiefbaus auf die Anlagenbuchhaltung hat die Stadt eingerichtet. Das Finanzmanagement kann jedoch nicht auf die Informationen in der Straßendatenbank zugreifen.

→ **Empfehlung**

Durch eine Verknüpfung der Straßendatenbank mit der Anlagenbuchhaltung kann die Stadt den Ablauf der Arbeiten positiv unterstützen. Daher sollte sie prüfen, in welcher Form sie die Systeme miteinander verbinden kann.

Den Zustand der Verkehrsflächen hat die Stadt Siegen zuletzt 2015 durch ein externes Unternehmen erfassen lassen. Diese Informationen hat der Bereich Tiefbau genutzt, um das Verkehrsflächenvermögen zu bewerten. Ein Abgleich zwischen dem tatsächlichen Vermögenswert und dem Buchwert ist erfolgt. Somit hat die Stadt Siegen auch eine körperliche Inventur durchgeführt.

Der Bereich Tiefbau hinterlegt in der Straßendatenbank Informationen zum Zustand. Die hieraus resultierende Restnutzungsdauer und die Dokumentation der Ergebnisse der Zustandserfassung und -bewertung sind in separaten Dateien gesichert.

Die Stadt Siegen bezieht die buchhalterischen Auswirkungen auf den Haushalt in die Überlegungen und Entscheidungen hinsichtlich anstehender Baumaßnahmen ein.

Bei allen Entscheidungen bzw. aktuellen Erkenntnissen über Maßnahmen im Bereich der Verkehrsflächen müssen sich der Bereich Tiefbau und die Kämmerei eng miteinander abstimmen. Diese Abstimmung ist von großer Bedeutung, um neben der technischen Sicht bei Entscheidungen zu Erhaltungsmaßnahmen auch die haushalterischen Auswirkungen zu berücksichtigen. Hier bestehen nach Einschätzung der Stadt Siegen keine Optimierungspotenziale, da der beidseitige Austausch reibungslos läuft.

5.5 Ausgangslage für die Verkehrsflächenerhaltung

5.5.1 Strukturen

- Die Stadt Siegen ist von einer leicht überdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte und Gemeindefläche geprägt. Das große Stadtgebiet wirkt sich dabei tendenziell als belastender Faktor aus, da vergleichsweise mehr Verkehrsfläche erforderlich ist, um die sechs Bezirke zu erschließen. Zudem wirkt sich die bergige Lage für die Unterhaltung erschwerend aus.

Strukturelle Rahmenbedingungen kann eine Kommune in der Regel nicht steuern oder ändern. Diese Strukturen können aber begünstigenden wie belastenden Einfluss auf die Erhaltung der Verkehrsflächen nehmen. Daher macht die gpaNRW die Strukturen transparent und greift mögliche individuelle Besonderheiten auf.

Strukturkennzahlen Verkehrsflächen 2019

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Bevölkerungsdichte in Einwohner je qkm	897	379	631	846	1.339	2.102	35
Verkehrsfläche in qm je Einwohner	41,62	30,30	32,38	38,20	45,77	66,31	19

2019 lebten in Siegen 102.836 Einwohner³⁹ auf einer Gemeindefläche von rund 115 qkm. Im interkommunalen Vergleich zählt die Stadt Siegen zu der Hälfte der Kommunen mit der größten Fläche. Das Stadtgebiet ist gleichzeitig dichter besiedelt als beim Großteil der Kommunen derselben Größenklasse (vgl. Bevölkerungsdichte in Einwohner je qkm).

Das Stadtgebiet gliedert sich in sechs Bezirke, die aus mehreren Orts- bzw. Stadtteilen bestehen. Die große Fläche der Stadt hat Auswirkungen auf die Verkehrsinfrastruktur. Sie wirkt sich tendenziell als belastender Faktor aus, da viel Verkehrsfläche je Einwohner erforderlich ist, um das gesamte Stadtgebiet zu erschließen. Durch die bergige Lage ist Siegen strukturell stärker belastet als andere Kommunen. Die Aufwendungen für den Neubau und die Unterhaltung der Verkehrsflächen sind unter diesen topografischen Bedingungen höher als in flacheren Regionen.

Rund 98 Prozent der Verkehrsflächen sind Straßen. Der hohe Anteil der Straßen kann sich tendenziell belastend auf den erforderlichen Finanzbedarf für die Erhaltung auswirken. Denn Straßen rufen im Vergleich zu Wirtschaftswegen grundsätzlich höhere Unterhaltungsaufwendungen hervor.

Neben der Verkehrsfläche insgesamt kann auch die Straßenkategorie Einfluss auf die Erhaltung nehmen.

Eine Differenzierung der Straßen z.B. in Hauptverkehrs- und Anliegerstraßen ist bislang in Siegen nicht möglich. Dies kann für Siegen jedoch eine steuerungsrelevante Information sein, da auch die Straßenkategorie Einfluss auf die Erhaltung nehmen kann. Aufgrund der fehlenden Differenzierung kann die gpaNRW hier keine Aussagen zu Be- und Entlastungen durch unterschiedliche Unterhaltungsnotwendigkeiten (Straßen/Wirtschaftswege/Straßenkategorien) und Verkehrsbelastungen (Hauptverkehrs-/Anliegerstraßen) treffen.

³⁹ Einwohnerzahl gemäß IT.NRW mit Stand vom 31. Dezember 2018

5.5.2 Bilanzkennzahlen

- Der Bilanzwert der Verkehrsflächen hat sich in den vergangenen Jahren verringert. Die Abschreibungen waren höher als die getätigten Investitionen.

Bilanzkennzahlen Verkehrsflächen 2019

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Verkehrsflächenquote in Prozent	15,31	7,14	11,02	13,51	17,20	28,24	20
Durchschnittlicher Bilanzwert je qm Verkehrsfläche in Euro	35,42	16,62	20,66	26,98	34,07	39,71	18

Der Bilanzwert liegt bei der **Stadt Siegen** höher als bei einem Großteil der Vergleichskommunen. Gründe sind u.a. die ausgewogene Altersstruktur und die Nutzungsdauer der Verkehrsflächen. Die Verkehrsflächenquote zeigt den Anteil des Verkehrsflächenvermögens (Bilanzwert Verkehrsflächen einschließlich Anlagen im Bau) an der Bilanzsumme der Stadt Siegen.

Damit machen die Verkehrsflächen einen deutlichen Anteil an der städtischen Bilanz aus. Der Bilanzwert der Verkehrsflächen lag zur Eröffnungsbilanz 2009 bei rund 236 Millionen Euro. Bis 2019 hat sich das Vermögen der Verkehrsflächen um rund 34 Prozent auf 155 Mio. Euro verringert.

Abschreibungen und Anlagenabgänge mindern den Vermögenswert. Demgegenüber stehen Investitionen und Zuschreibungen, die den Vermögenswert erhöhen. Die Abschreibungen als regelmäßiger Werteverzehr haben das Vermögen in der Stadt Siegen also stärker verringert als durch Investitionen ein Vermögenszuwachs zu verzeichnen war.

5.6 Erhaltung der Verkehrsflächen

Die Verkehrsflächen sind Teil des Infrastrukturvermögens der Kommunen. Die Kommune muss den Zustand und damit auch den Wert dieses Vermögens langfristig erhalten. Inwieweit sie dieses Ziel erreicht, hängt im Wesentlichen von den durchgeführten Unterhaltungsmaßnahmen und Reinvestitionen in die Verkehrsflächen ab. Entscheidend ist ebenso die aktuelle Ausgangsposition bezogen auf Alter und Zustand des Vermögens.

Für diese drei Einflussfaktoren bildet die gpaNRW Kennzahlen, die sie dann Richtwerten gegenüberstellt. Die Richtwerte sind als Orientierung für eine wirtschaftliche Erhaltung der Verkehrsflächen über den gesamten Lebenszyklus hinweg zu betrachten.

Für die Unterhaltungsaufwendungen je qm Verkehrsfläche liegt ein Wert von 1,30 Euro je qm zugrunde. Er basiert auf dem in dem Merkblatt der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen ermittelten Finanzbedarf der Straßenerhaltung in Kommunen (M FinStrKom – Ausgabe 2019). Für die Reinvestitionsquote hat die gpaNRW einen Richtwert von 100 Prozent

angesetzt. Dieser Wert beruht darauf, dass über die gesamte Nutzungsdauer der Verkehrsflächen die erwirtschafteten Abschreibungen vollständig reinvestiert werden. Der Richtwert für den Anlagenabnutzungsgrad liegt bei 50 Prozent. Dieser ist als Durchschnittswert aller Verkehrsflächen über ihren gesamten Lebenszyklus zu verstehen.

In dem nachfolgenden Netzdiagramm haben wir die Richtwerte indexiert und den Kennzahlenwerten der **Stadt Siegen** gegenübergestellt.

Einflussfaktoren 2019

Kennzahlen	Richtwert	Siegen
Unterhaltungsaufwendungen je qm Verkehrsfläche in Euro	1,30	k.A.
Reinvestitionsquote in Prozent	100	47,32
Anlagenabnutzungsgrad in Prozent	50,00	51,28

Die Stadt Siegen kennt die Unterhaltungsaufwendungen für ihre Verkehrsflächen nicht, da sie die Eigenleistung nicht benennen kann. Der Bauhof übernimmt jedoch hauptsächlich kleinflächige Arbeiten, um z.B. die weitere Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Ohne die Aufwendungen des Bauhofes liegen die Unterhaltungsaufwendungen der Stadt Siegen für die Verkehrsflächen bei 0,31 Euro je qm. Die Stadt sollte kurzfristig die Eigenleistungen dokumentieren, um die gesamten Unterhaltungsaufwendungen einschätzen zu können. Denn dauerhaft zu niedrige Unterhaltungsaufwendungen stellen ein Risiko für den Haushalt und die Bilanz dar.

Die deutlich unter dem Richtwert liegenden Reinvestitionen zeigen hingegen offensichtlich ein Risiko für den Haushalt und die Bilanz.

Der Anlageabnutzungsgrad liegt hingegen in der Nähe des Richtwertes und weist auf eine ausgewogene Altersstruktur der Verkehrsflächen hin.

5.6.1 Alter und Zustand

→ Feststellung

In der Stadt Siegen ist das Verhältnis von älteren Verkehrsflächen zu noch jüngerem Vermögen noch weitgehend ausgewogen. Nach der Zustandseinteilung befinden sich in Siegen aktuell der überwiegende Teil der Straßen in einem sehr guten bis mittleren Zustand. Der Anteil schlechter Straßen konnte ebenfalls reduziert werden.

Die Altersstruktur des Verkehrsflächenvermögens sollte ausgeglichen sein. Dies ist der Fall, wenn der Anlagenabnutzungsgrad über alle Verkehrsflächen hinweg bei 50 Prozent liegt. Entsprechend zur buchhalterischen Kennzahl sollte auch der tatsächliche Zustand der Verkehrsflächen eine ausgewogene Verteilung aufweisen.

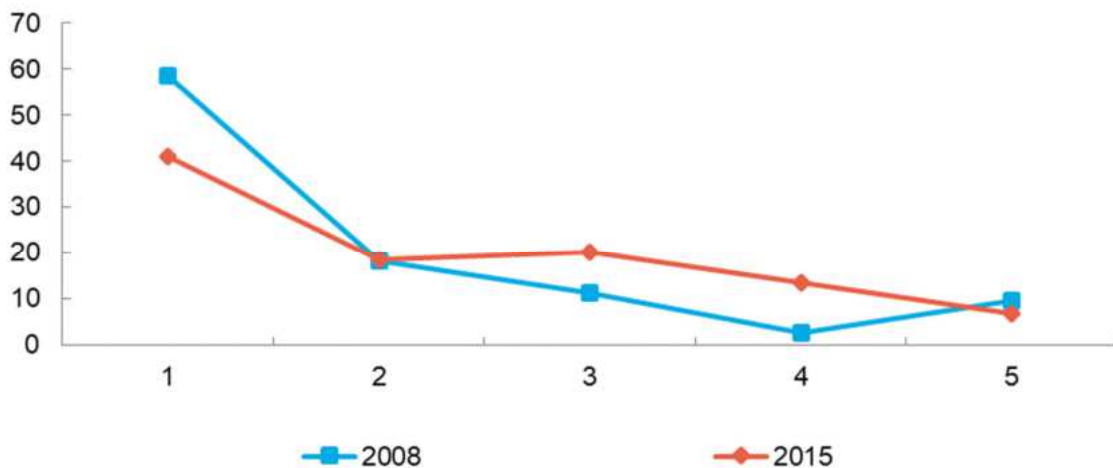
Der Anlagenabnutzungsgrad zeigt das Verhältnis der bereits genutzten Lebensdauer zur Gesamtnutzungsdauer der Verkehrsflächen. Die durchschnittliche Gesamtnutzungsdauer der Verkehrsflächen hat die **Stadt Siegen** auf 50 Jahre festgelegt. Somit entspricht sie damit dem zulässigen Rahmen der NKF-Rahmentabelle (30 bis 60 Jahre).

Der Wert von rund 51,28 Prozent deutet - wie bereits zuvor beschrieben - auf eine ausgewogene Altersstruktur hin. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass es sich um einen rechnerisch ermittelten Wert handelt. So sind die erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen vom tatsächlichen Zustand und nicht vom rechnerischen Alter der Verkehrsflächen abhängig.

Die Stadt Siegen hat in 2015 den Zustand der Straßen⁴⁰ mit Hilfe eines externen Unternehmens ermittelt. Auf Grundlage dieser Zustandserfassung hat sie ihre Straßen in sechs Zustandsklassen eingeteilt. Für die Prüfung hat die Stadt Siegen die von ihr gebildete sechs Zustandsklassen in die o.g. fünf Zustandsklassen umgeordnet.

- Zustandsklasse 1: sehr guter Zustand (Zustandswert bis 1,5)
- Zustandsklasse 2: guter Zustand (Zustandswert 1,5 bis 2,5)
- Zustandsklasse 3: mittlerer Zustand (Zustandswert 2,5 bis 3,5)
- Zustandsklasse 4: schlechter Zustand (Zustandswert 3,5 bis 4,5)
- Zustandsklasse 5: sehr schlechter Zustand (Zustandswert ab 4,5)

Verteilung der Zustandsklassen der Straßen in Prozent für 2008 und 2015



Verteilung der Zustandsklassen der Straßen in m² 2015

Jahr	Zustands- klasse 1	Zustands- klasse 2	Zustands- klasse 3	Zustands- klasse 4	Zustands- klasse 5	Verkehrsflä- che gesamt in m²
2008	2.468.981	764.176	470.407	105.818	398.487	4.207.869
2015	1.712.070	774.958	836.919	561.177	277.847	4.162.971

⁴⁰ Die Zustandserfassung und -bewertung hat die Stadt Siegen ausschließlich für die Straßen und nicht für die Wirtschaftswege durchgeführt.

Nach der Zustandseinteilung aus 2015 befanden sich in Siegen knapp 80 Prozent der Straßen in einem sehr guten bis mittleren Zustand. Dennoch lassen sich aus der Tabelle Verschlechterungen im Vergleich zu der Zustandseinteilung aus dem Jahr 2008 erkennen. Positiv hingegen ist die Verbesserung des Anteils der Straßen in einem sehr schlechten Zustand. Ein Grund hierfür liegt an dem Maßnahmenplan, den die Stadt Siegen aufgrund der Zustandserfassungen erstellt hat. Hiernach lag ein besonderer Fokus auf den Straßen, deren Zustand schlechter war als erwartet.

→ **Empfehlung**

Die Erkenntnisse aus nachfolgenden Zustandserfassungen sollte die Stadt Siegen weiterhin in die aktuelle Maßnahmenplanung einbeziehen.

5.6.2 Unterhaltung

→ **Feststellung**

Die Stadt Siegen kann die Unterhaltungsaufwendungen für die Verkehrsflächen nicht benennen. Somit fehlt ihr eine wichtige Information und Steuerungsgrundlage.

Um die festgesetzte Gesamtnutzungsdauer der Verkehrsfläche zu erreichen ist eine entsprechende auskömmliche Unterhaltung erforderlich. Wie hoch die Unterhaltungsaufwendungen im Einzelfall sein müssen, ist von vielen verschiedenen Faktoren abhängig. Eine Orientierung bietet der Richtwert von 1,30 Euro je qm.

Die Stadt **Siegen** kennt nicht die gesamten Unterhaltungsaufwendungen für ihre Verkehrsflächen. Sie erfasst nicht die Arbeiten, die sie in Eigenleistung erbringt.

→ **Empfehlung**

Siegen sollte zukünftig die in Eigenleistung erbrachten Unterhaltungsarbeiten dokumentieren, um die Unterhaltungsaufwendungen insgesamt beziffern zu können.

Ohne die Aufwendungen des Bauhofes liegen die Unterhaltungsaufwendungen der Stadt Siegen für die Verkehrsflächen bei 0,31 Euro je qm. Mittel- und langfristig birgt ein ggf. nicht ausreichender Ressourceneinsatz für die Unterhaltung das Risiko, dass die veranschlagte Nutzungsdauer nicht erreicht werden kann. Ein vorzeitiger Substanzverlust droht und damit auch das Risiko von außerplanmäßigen Abschreibungen oder Verlusten aus Anlageabgängen.

Ein nachhaltiges Erhaltungsmanagement setzt voraus, dass der Ressourceneinsatz für die Unterhaltung langfristig geplant wird. Geringere Unterhaltungsaufwendungen entlasten zwar den Haushalt kurzfristig, auf lange Sicht führt dies jedoch in der Regel zu Mehrbelastungen. Umfangreichere Maßnahmen werden erforderlich oder Maßnahmen müssen früher durchgeführt werden. Dadurch ist der Haushalt langfristig stärker belastet.

Der Bauhof der Stadt Siegen erbringt Leistungen für die betriebliche Erhaltung. Die Instandhaltung und Instandsetzung wird fast vollständig von Fremdunternehmen erledigt; lediglich kleinste Flächen werden selbst bearbeitet, sofern die eigenen Mittel und Fähigkeiten bei dem Bauhof der Stadt Siegen vorhanden sind. Positiv ist, dass der Bauhof sich auf diese Erhaltungsmaßnahmen beschränkt.

5.6.3 Reinvestitionen

→ Feststellung

Die Höhe der Reinvestitionen liegt deutlich unter den Abschreibungen. Eine dauerhaft niedrige Reinvestitionsquote kann für die Stadt Siegen ein Risiko darstellen.

Über den gesamten Lebenszyklus hinweg sollen die erwirtschafteten Abschreibungen vollständig über Reinvestitionen wieder in die Verkehrsflächen fließen. Das heißt, dass die Reinvestitionsquote über den gesamten Lebenszyklus aller Verkehrsflächen 100 Prozent betragen sollte.

Die **Stadt Siegen** hat in 2019 rund 2,31 Millionen Euro in ihre Verkehrsflächen reinvestiert. Demgegenüber standen Abschreibungen von 4,88 Millionen Euro. Die Reinvestitionsquote lag in 2019 bei 47,32 Prozent. Der Durchschnittswert für die getätigten Reinvestitionen betrug für die Jahre 2017 bis 2019 lediglich 38,48 Prozent.

Bei den Reinvestitionen ist der Blick auf die gesamte Nutzungsdauer der Verkehrsflächen zu richten. Nicht jedes Jahr ist eine Reinvestition in Höhe der Abschreibungen erforderlich. Allerdings wird in dieser Momentaufnahme deutlich, dass die Stadt Siegen in der jüngeren Vergangenheit insgesamt nur geringe Reinvestitionen in das bestehende Verkehrsflächenvermögen getätigt hat.

Eine geringe Reinvestitionsquote kann über einen gewissen Zeitraum durchaus akzeptabel sein. Langfristiges Ziel sollte sein, dass die Reinvestitionen den Werteverlust bei den Verkehrsflächen entsprechen.

Der Werteverlust seit der Eröffnungsbilanz 2009 zeigt deutlich, dass die Investitionen im gesamten Zeitraum nicht ausreichen, um die Abschreibungen aufzufangen. Auch der Anlagenabnutzungsgrad deutet daraufhin hin.

Auf lange Sicht können sich aus niedrigen Reinvestitionen in die bestehenden Verkehrsflächen für Siegen Risiken für die Bilanz und auch den Zustand der Verkehrsflächen ergeben. Zu geringe Reinvestitionen können zu außerplanmäßigen Abschreibungen führen. Dies ist immer dann der Fall, wenn Bilanzwert und Zustand der Verkehrsfläche dauerhaft nicht übereinstimmen.

Zeitweise kann eine Reinvestitionsquote von unter 100 Prozent sinnvoll und technisch gerechtfertigt sein. Hierfür muss die Stadt Siegen allerdings eine Strategie verfolgen, in denen sie Unterhaltung, Erhaltung und Sanierung optimal miteinander verzahnt und aufeinander abstimmt.

→ Empfehlung

Um einen Reinvestitionsstau zu vermeiden, sollte die Stadt Siegen regelmäßig die maßgeblichen Einflussfaktoren wie Zustände der Verkehrsflächen oder Höhe der Unterhaltungsaufwendungen analysieren und bei Bedarf die Reinvestitionen anpassen. Diese Informationen sollten in das Erhaltungsprogramm einfließen und mit einer langfristigen Investitionsstrategie verknüpft werden.

5.7 Anlage: Ergänzende Tabellen

Tabelle 1: Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021 – Verkehrsflächen

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
Steuerung					
F1	Die Stadt Siegen verfügt über Daten zu ihren Verkehrsflächen, mit denen sie ein Erhaltungsmanagement zielgerichtet aufbauen kann. Positiv ist die regelmäßige Zustandserfassung und Bewertung der Straßen.	154	E1	Die bisherige Planung von Straßenbau-Programmen sollte die Stadt Siegen um konkrete Erhaltungsstrategien bezogen auf die unterschiedlichen Straßenkategorien ergänzen. Sie sollte die Aufwendungen nach diesen Straßenkategorien getrennt erfassen, um so noch gezielter steuern zu können.	156
F2	Die Stadt Siegen führt eine funktionsfähige Straßendatenbank. Somit verfügt sie über die notwendige Ausstattung, um den Erhalt der Verkehrsflächen zielgerichtet zu steuern. Durch die Integration weiterer Informationen kann sie die Planung der Erhaltung noch weiter optimieren.	158	E2.1	Die Stadt Siegen sollte prüfen, welche Daten sie zukünftig noch für die Planung der Straßenunterhaltung in der Straßendatenbank berücksichtigen möchte. Denn eine möglichst umfassende Kenntnis der Einflussfaktoren auf die Verkehrsflächen ermöglicht es, eine zukunftsfähige Erhaltungsstrategie zu entwickeln.	159
			E2.2	Die Stadt Siegen sollte ein vollständiges Erhaltungsmanagement aufbauen, um die nach Schadensbild der Verkehrsflächen geeigneten und dabei wirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt ergreifen zu können. Auch bei begrenzten Mitteln wird hiermit Transparenz über deren zielgerichteten Einsatz und die weitere Entwicklung der Verkehrsflächen geschaffen.	159
F3	Die Stadt Siegen hat bislang keine Kostenrechnung für die Verkehrsflächen eingeführt.	160	E3	Um auf weitere steuerungsrelevanten Daten für Erhaltungsmaßnahmen zugreifen zu können, sollte die Stadt eine Kostenrechnung einführen. Hierzu sollte die notwendige Genauigkeit auch unter dem Gesichtspunkt des Bearbeitungsaufwandes festlegen.	164

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
F4	Die Stadt Siegen hat für die Verkehrsflächen Ziele mit begleitendem Controlling definiert. Eine langfristige Strategie zum Erhalt der Verkehrsflächen ist noch nicht aufgestellt.	165	E4.1	Die Stadt Siegen sollte den bestehenden Planungszeitraum nach Möglichkeit ausweiten, um ein strategisches Erhaltungsmanagement aufzubauen. Hierzu sollte sie die gesamten Lebenszyklen der Verkehrsflächen berücksichtigen.	166
			E4.2	Die Stadt Siegen sollte die systematische Steuerung der Verkehrsflächen ausbauen, indem sie strategische und operative Ziele festlegt und deren Erreichung anhand eines Controllings überprüft. Zu diesem internen Controlling zählen auch Kennzahlen und ein Berichtswesen.	166
Prozessbetrachtung					
F5	Die Stadt Siegen hat das Aufbruchmanagement mit den erforderlichen Prozessen gut strukturiert. Die Stadt koordiniert die Aufbrüche regelmäßig gemeinsam mit den Versorgungsträgern. Die Kontrollen der Aufbrüche führt die Stadt sowohl während der Bauphase als auch bei Mängeln und bei der Gewährleistungsabnahme stichprobenhaft durch. Mit der Integration von Informationen aus den Aufbrüchen in die Straßendatenbank können die Prozesse weiter digitalisiert und optimiert werden.	187	E5	Die Stadt Siegen sollte prüfen, ob sie die Vorhabenträger mit der Genehmigung verpflichtet, den Ausgangszustand und die Phasen während der Ausführung mit schriftlichen Aufzeichnungen, Protokollen und Fotos zu dokumentieren. Dies bietet den Vorteil, dass bei allen Aufbrüchen die für die Abnahme und Gewährleistung erforderlichen Informationen vorliegen.	189
F6	In der Stadt Siegen stimmen sich das Finanz- und Verkehrsflächenmanagement gut untereinander ab. Durch eine Schnittstelle von Anlagenbuchhaltung und Straßendatenbank kann die Abstimmung noch weiter verbessert werden.	189	E6	Durch eine Verknüpfung der Straßendatenbank mit der Anlagebuchhaltung kann die Stadt den Ablauf der Arbeiten positiv unterstützen. Daher sollte sich prüfen, in welcher Form sie die Systeme miteinander verbinden kann.	191
Erhaltung der Verkehrsflächen					
F7	In der Stadt Siegen ist das Verhältnis von älteren Verkehrsflächen zu noch jüngerem Vermögen noch weitgehend ausgewogen. Nach der Zustandseinteilung befinden sich in Siegen aktuell der überwiegende Teil der Straßen in einem sehr guten bis mittleren Zustand. Der Anteil schlechter Straßen konnte ebenfalls reduziert werden.	194	E7	Die Erkenntnisse aus nachfolgenden Zustandserfassungen sollte die Stadt Siegen weiterhin in die aktuelle Maßnahmenplanung einbeziehen.	196
F8	Die Stadt Siegen kann die Unterhaltungsaufwendungen für die Verkehrsflächen nicht benennen. Somit fehlt ihr eine wichtige Information und Steuerungsgrundlage.	196	E8	Siegen sollte zukünftig die in Eigenleistung erbrachten Unterhaltungsarbeiten dokumentieren, um die Unterhaltungsaufwendungen insgesamt beziffern zu können.	196

Feststellung		Seite	Empfehlung		Seite
F9	Die Höhe der Reinvestitionen liegt deutlich unter den Abschreibungen. Eine dauerhaft niedrige Reinvestitionsquote kann für die Stadt Siegen ein Risiko darstellen.	197	E9	Um einen Reinvestitionsstau zu vermeiden, sollte die Stadt Siegen regelmäßig die maßgeblichen Einflussfaktoren wie Zustände der Verkehrsflächen oder Höhe der Unterhaltungsaufwendungen analysieren und bei Bedarf die Reinvestitionen anpassen. Diese Informationen sollten in das Erhaltungsprogramm einfließen und mit einer langfristigen Investitionsstrategie verknüpft werden.	197

Tabelle 2: Einflussfaktoren Erhaltung der Verkehrsflächen 2019**

Kennzahlen	Siegen	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte
Anlagenabnutzungsgrad in Prozent	51,28	52,44	57,87	71,23	73,42	88,30	16
Unterhaltungsaufwendungen je qm in Euro	k.A.	0,24	0,57	0,65	0,92	1,39	15
Unterhaltungsaufwendungen im 4-Jahres-Durchschnitt je qm in Euro*	k.A.						
Reinvestitionsquote in Prozent	47,32	9,62	25,56	44,47	63,33	86,04	14
Reinvestitionsquote im 4-Jahres-Durchschnitt in Prozent*	k.A.						

*derzeit liegen noch nicht ausreichend Vergleichswerte vor

** Siegen ist noch nicht in den interkommunalen Vergleich eingeflossen

6. gpa-Kennzahlenset

6.1 Inhalte, Ziele und Methodik

Die gpaNRW stützt die Analysen im Wesentlichen auf Kennzahlen. Dabei haben sich für die einzelnen Handlungsfelder der Kommunen bestimmte Kennzahlen als besonders aussagekräftig und steuerungsrelevant herausgestellt. Diese Schlüsselkennzahlen sind im gpa-Kennzahlenset zusammengefasst. Wir erheben die Kennzahlen kontinuierlich in unseren Prüfungen, um den Kommunen eine aktuelle Standortbestimmung zu ermöglichen.

Für Handlungsfelder, die wir in vorangegangenen Prüfungen untersucht haben, hat die gpaNRW in den aktuellen Prüfungen keinen Bericht erstellt. Analysen, Empfehlungen sowie Hinweise zu Konsolidierungsmöglichkeiten sind aus den vorangegangenen Prüfungsberichten bekannt oder übergreifend unter www.gpanrw.de in der Rubrik Service veröffentlicht. Sofern wir das dargestellte Handlungsfeld aktuell geprüft haben, stehen Analysen sowie Feststellungen und Empfehlungen im jeweils genannten Teilbericht.

Bei der Grunddatenerhebung und den Kennzahlenberechnungen hat die gpaNRW Plausibilitätsprüfungen durchgeführt. Damit ist die Validität der Daten und die interkommunale Vergleichbarkeit der Kennzahlenwerte sichergestellt. Hierzu dienen auch die mit den Verantwortlichen geführten Gespräche.

Die Definitionen der Grunddaten und Kennzahlen stellt die gpaNRW den Kommunen zur Verfügung. So können die Kommunen die Kennzahlen auch außerhalb der Prüfung fortschreiben. Die Kommunen können sie für die strategische und operative Steuerung nutzen und sie in die Haushaltspläne und Jahresabschlüsse integrieren.

Im Laufe der Prüfungen der großen kreisangehörigen Kommunen fließen sukzessive immer mehr Kommunen in die Vergleiche ein. Die gpaNRW veröffentlicht das gpa-Kennzahlenset in regelmäßigen Abständen auf ihrer Internetseite. So ermöglicht die gpaNRW gerade Kommunen, die zu Beginn eines Segmentes geprüft wurden, die Standortbestimmung in einer größeren Vergleichsgruppe. Unter www.gpanrw.de steht das jeweils aktuelle gpa-Kennzahlenset mit interkommunalen Vergleichen zum Download zur Verfügung.

6.2 Aufbau des gpa-Kennzahlensets

Das gpa-Kennzahlenset enthält aus den aktuellen Prüfungen der großen kreisangehörigen Kommunen - gegliedert nach den Handlungsfeldern -

- die Werte der jeweiligen Kommune,
- die interkommunalen Vergleichswerte,
- die Anzahl der Vergleichswerte sowie

- das Vergleichsjahr für den interkommunalen Vergleich.

Sofern die gpaNRW die Kennzahlen bereits in einer vorangegangenen Prüfung erhoben hat, enthält die Übersicht auch diese Werte. Bei manchen Kennzahlen haben sich zwischenzeitlich die Grunddatendefinitionen geändert. Ebenso haben wir in dieser Prüfungsrunde einige Kennzahlen erstmals erhoben. In beiden Fällen bilden wir nur die aktuellen Kennzahlenwerte ab und geben in der entsprechenden Spalte für Vorjahre den Hinweis „keine Angabe (k. A.)“. Der Zusatz „k. A.“ deutet somit nicht automatisch auf eine mangelnde Datenlieferung der Kommune hin.

Die Kommune soll ihren Kennzahlenwert gut einordnen können. Deshalb stellen wir im gpa-Kennzahlenset folgende Vergleichswerte dar:

- die Extremwerte, also das Minimum und Maximum sowie
- drei Viertelwerte.

Die Viertelwerte teilen eine nach Größe geordnete statistische Reihe in vier Viertel. Der erste Viertelwert teilt die vorgefundenen Werte so, dass 25 Prozent darunter und 75 Prozent darüber liegen. Der zweite Viertelwert entspricht dem Median und liegt in der Mitte der statistischen Reihe, d.h. 50 Prozent der Werte liegen unterhalb und 50 Prozent oberhalb dieses Wertes. Der dritte Viertelwert teilt die vorgefundenen Werte so, dass 75 Prozent darunter und 25 Prozent darüber liegen.

Die Zahl der in den interkommunalen Vergleich eingegangenen Daten gibt einen Hinweis auf die statistische Sicherheit der Vergleichswerte. Von der gpaNRW durchgeführte Auswertungen haben gezeigt, dass sich beim weitaus überwiegenden Teil der Kennzahlen schon nach Einbeziehung von 12 bis 15 Vergleichswerten die statistischen Lagemaße ausreichend stabilisiert haben.

Die Kennzahlenwerte des interkommunalen Vergleichs und die zugehörigen Werte der Kommune basieren auf den jeweils aktuellsten vorliegenden Daten. Abhängig von den benötigten Grunddaten lagen während der Prüfung unterschiedliche Datenstände vor. Für jede Kennzahl ist deshalb das Jahr des interkommunalen Vergleichs angegeben. Der aktuelle Wert der Kommune bezieht sich ebenfalls auf das angegebene Vergleichsjahr.

Sofern die gpaNRW das Handlungsfeld aktuell geprüft hat, ist der betreffende Teilbericht in der letzten Spalte benannt.

6.3 gpa-Kennzahlenset

gpa-Kennzahlenset der Stadt Siegen

Handlungsfelder / Kennzahlen	Siegen 2014	Siegen aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichsjahr	Teilbericht
Haushaltssituation										
Jahresergebnis je EW* in Euro	-375	-11,90	-82,41	8,42	48,22	117	250	29	2019	Finanzen
Eigenkapitalquote 1 in Prozent	23,10	17,79	-15,86	5,91	24,56	36,01	59,94	31	2019	Finanzen
Eigenkapitalquote 2 in Prozent	51,80	47,16	3,67	35,61	46,90	54,38	72,92	31	2019	Finanzen
Gesamtverbindlichkeiten Konzern je EW in Euro	4.124	6.154	3.974	5.056	6.229	7.299	10.655	20	2018	Finanzen
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit je EW in Euro	-170	153	-34,18	92,48	197	305	559	31	2019	Finanzen
Personal										
Vollzeit-Stellen 1 je 1.000 EW (Personalquote 1)	9,70	10,02	7,19	9,95	11,20	12,14	17,53	33	2020	./.
Vollzeit-Stellen 2 je 1.000 EW (Personalquote 2)	8,17	8,46	5,56	7,28	7,97	8,50	13,33	33	2020	./.
Zahlungsabwicklung										
Einzahlungen je Vollzeit-Stelle Zahlungsabwicklung	k. A.	20.192	13.773	17.091	19.563	22.727	56.532	31	2020	./.
ungeklärte Einzahlungen je 10.000 Einzahlungen	k. A.	223	5	31	99	234	820	30	2021	./.

Handlungsfelder / Kennzahlen	Siegen 2014	Siegen aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichsjahr	Teilbericht
Abgewickelte Vollstreckungsforderungen je Vollzeit-Stelle Vollstreckung	k. A.	1.379	960	1.570	1.781	2.140	4.842	26	2020	./.
Bestehende Vollstreckungsforderungen je Vollzeit-Stelle Vollstreckung	k. A.	2.872	558	1.099	1.979	2.968	4.083	29	2020	./.
Informationstechnik (IT)										
IT-Kosten je Arbeitsplatz mit IT-Ausstattung in Euro	k. A.	4.775	2.981	3.942	4.352	4.640	6.999	35	2020	./.
Gebäudeportfolio										
Bruttogrundfläche gesamt je 1.000 EW in qm	k.A.	4.852	2.750	3.806	4.433	4.874	9.381	28	2020	./.
Bruttogrundfläche Schulen je 1.000 EW in qm	2.189	1.967	1.582	1.830	1.909	2.072	2.368	28	2020	./.
Bruttogrundfläche Jugend je 1.000 EW in qm	213	249	91	154	243	310	448	28	2020	./.
Bruttogrundfläche Sport und Freizeit je 1.000 EW in qm	253	246	61	159	219	273	513	29	2020	./.
Bruttogrundfläche Verwaltung je 1.000 EW in qm	394	402	198	273	332	382	593	29	2020	./.
Bruttogrundfläche Feuerwehr und Rettungsdienst je 1.000 EW in qm	155	163	63	102	140	163	292	29	2020	./.
Bruttogrundfläche Kultur je 1.000 EW in qm	551	525	161	213	349	419	628	29	2020	./.
Bruttogrundfläche Soziales je 1.000 EW in qm	82	187	11	115	190	273	761	29	2020	./.
Bruttogrundfläche Wohngebäude je 1.000 EW in qm	k. A.	349	0	57	126	430	5.046	28	2020	./.

Handlungsfelder / Kennzahlen	Siegen 2014	Siegen aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichsjahr	Teilbericht
Bruttogrundfläche sonstige Nutzungen je 1.000 EW in qm	k.A.	764	0	230	384	748	2.662	29	2020	./.
Einwohnermeldeaufgaben										
Fälle je Vollzeit-Stelle Einwohnermeldeaufgaben	2.049	1.549	735	1.531	1.891	2.211	3.697	33	2020	./.
Personenstandswesen										
Fälle je Vollzeit-Stelle Personenstandswesen	244	207	145	175	194	219	309	33	2020	./.
Schulen Flächenmanagement										
Bruttogrundfläche Grundschulen je Klasse in qm	384	372	301	326	357	397	440	30	2020	./.
Bruttogrundfläche Hauptschulen je Klasse in qm	551	284	260	334	500	656	2.486	21	2020	./.
Bruttogrundfläche Realschulen je Klasse in qm	467	330	174	329	362	410	639	29	2020	./.
Bruttogrundfläche Sekundarschulen je Klasse in qm ****	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	8	2020	./.
Bruttogrundfläche Gymnasien je Klasse in qm	361	442	210	302	345	388	493	30	2020	./.
Bruttogrundfläche Gesamtschulen je Klasse in qm	375	391	249	324	379	428	647	29	2020	./.
Schulen Bewirtschaftung										
Aufwendungen Gesamtreinigung je qm Reinigungsfläche in Euro	11,00	12,58	8,79	12,69	13,99	15,87	32,40	30	2020	./.
Aufwendungen Eigenreinigung je qm Reinigungsfläche in Euro	20,50	36,27	0,00	17,57	23,07	28,40	46,05	26	2020	./.

Handlungsfelder / Kennzahlen	Siegen 2014	Siegen aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichsjahr	Teilbericht
Aufwendungen Fremdreinigung je qm Reinigungsfläche in Euro	9,00	10,47	8,22	10,50	12,58	13,57	19,43	27	2020	./.
Anteil Eigenreinigung an Gesamtreinigung in Prozent	18,00	8,2	0,0	3,8	14,0	29,9	100	30	2020	./.
Aufwendungen Hausmeisterdienste je qm Bruttogrundfläche in Euro	7,35	7,99	5,54	7,79	8,63	10,29	11,55	30	2020	./.
Wärmeverbrauch je qm Bruttogrundfläche in kWh	76	76,38	59,87	82,10	94	113	135	27	2020	./.
Stromverbrauch je qm Bruttogrundfläche in kWh	10,40	9,13	8,60	11,75	13,33	14,81	20,63	28	2020	./.
Wasserverbrauch je qm Bruttogrundfläche in Liter	113	85	84,75	113	137	166	234	27	2020	./.
Schülerbeförderung										
Aufwendungen Schülerbeförderung je Schüler in Euro	253	267	72,29	129	173	222	293	29	2020	./.
Schulsekretariate										
Schüler je Vollzeit-Stelle Schulsekretariate Grundschulen (gpa-Benchmark: 650 Schüler)**	733,00	736	351	452	503	598	772	31	2020	./.
Schüler je Vollzeit-Stelle weiterführende Schulen (gpa-Benchmark: 630 Schüler)**	530,00	463	357	459	504	587	677	31	2020	./.
Wohngeld										
Fälle je Vollzeit-Stelle Wohngeld	k. A.	536	376	536	654	757	1059	35	2020	./.

Handlungsfelder / Kennzahlen	Siegen 2014	Siegen aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichsjahr	Teilbericht
Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII										
Leistungsbezieher je Vollzeit-Stelle Hilfen nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII außerhalb von Einrichtungen	k. A.	176	150	165	186	242	290	35	2020	
Hilfe zur Erziehung										
Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung je EW von 0 bis unter 21 Jahre in Euro	k. A.	1.024	590	790	946	1.031	1.327	20	2020	Hilfe zur Erziehung
Aufwendungen Hilfe zur Erziehung je Hilfefall in Euro	28.691	28.065	18.491	23.340	24.295	26.168	33.864	24	2020	Hilfe zur Erziehung
Anteil ambulante Hilfefälle an den Hilfefällen Hilfe zur Erziehung in Prozent	52,50	58,83	41,19	56,34	59,48	63,74	69,57	24	2020	Hilfe zur Erziehung
Anteil Hilfefälle nach § 33 SGB VIII an den stationären Hilfefällen Hilfe zur Erziehung in Prozent	46,40	44,20	37,33	41,61	46,96	49,46	65,18	24	2020	Hilfe zur Erziehung
Hilfefälle Hilfe zur Erziehung je 1.000 EW von 0 bis unter 21 Jahre (Falldichte HzE)	28,00	35,49	19,45	28,90	32,70	37,25	56,95	24	2020	Hilfe zur Erziehung
Tagesbetreuung für Kinder										
Fehlbetrag Tagesbetreuung für Kinder je EW von 0 bis unter 6 Jahre in Euro	2.640	2.814	1.865	2.668	2.932	3.226	3.616	32	2019	./.
Verhältnis Elternbeiträge zu den Aufwendungen Tageseinrichtungen für Kinder (Elternbeitragsquote) in Prozent	9	8,3	3,0	10,6	12,4	14,2	19,0	32	2019	./.
Fehlbetrag Tageseinrichtungen für Kinder je Platz in Euro	3.363	3.858	2.646	3.617	4.070	4.523	5.331	32	2019	./.

Handlungsfelder / Kennzahlen	Siegen 2014	Siegen aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichsjahr	Teilbericht
Sport Flächenmanagement										
Bruttogrundfläche Schulsporthallen je Klasse in qm	100,00	104	51	67	76	93	130	30	2020	./.
Bruttogrundfläche Sporthallen je 1.000 EW in qm	457	444	221	327	377	444	532	29	2020	./.
Fläche Sportplätze je EW in qm*****	k. A.	5,24	1,20	2,92	3,52	4,64	7,69	28	2020	./.
Fläche Spielfelder je EW in qm	1,24	1,13	0,63	1,14	1,47	1,85	3,85	28	2020	./.
Bauaufsicht										
Fälle je Vollzeit-Stelle Bauaufsicht	k. A.	113	55	87	96	129	196	32	2020	Bauaufsicht
Anteil zurückgenommener Bauanträge an den Bauanträgen in Prozent	k. A.	7,24	0,73	3,74	6,44	9,21	15,46	27	2020	Bauaufsicht
Gesamtlaufzeit von Bauanträgen (normales Genehmigungsverfahren) in Kalendertagen	k. A.	k.A.	57	1014	136	187	206	17	2020	Bauaufsicht
Gesamtlaufzeit von Bauanträgen (einfaches Genehmigungsverfahren) in Kalendertagen	k. A.	k.A.	55	74	99	110	175	17	2020	Bauaufsicht
Verkehrsflächen										
Anlagenabnutzungsgrad Verkehrsflächen in Prozent	k. A.	gpa-Richtwert: 50 Prozent***							2019	Verkehrsflächen
		51,28	37,71	56,86	71,17	73,28	88,30	21		
Unterhaltungsaufwendungen je qm Verkehrsfläche in Euro	k. A.	gpa-Richtwert: 1,30 Euro***							2019	Verkehrsflächen
		k.A.	0,14	0,50	0,65	0,92	1,39	23		
Reinvestitionsquote Verkehrsflächen in Prozent	k. A.	gpa-Richtwert: 100 Prozent***							2019	Verkehrsflächen
		47,32	0,00	16,72	31,88	55,48	86,04	20		

Handlungsfelder / Kennzahlen	Siegen 2014	Siegen aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichsjahr	Teilbericht
Straßenbeleuchtung										
Leuchtenstandorte je 1.000 qm beleuchtete Verkehrsfläche	k.A.	3,16	1,43	2,62	3,10	3,86	7,69	19	2020	./.
Aufwendungen Straßenbeleuchtung je 1.000 qm beleuchtete Verkehrsfläche in Euro	k.A.	372	137	267	315	498	1.075	18	2020	./.
Unterhaltungsaufwendungen und Abschreibungen Straßenbeleuchtung je 1.000 qm beleuchtete Verkehrsfläche in Euro	k.A.	166	59,31	141	182	286	599	16	2020	./.
Unterhaltungsaufwendungen und Abschreibungen Straßenbeleuchtung je Leuchtenstandort in Euro	30,37	52,39	24,91	48,48	60,77	95,25	199	22	2020	./.
Stromverbrauch Straßenbeleuchtung je 1.000 qm beleuchtete Verkehrsfläche in kWh	k.A.	936	287	599	709	857	2.025	18	2020	./.
Stromverbrauch Straßenbeleuchtung je Leuchtenstandort in kWh	285	296	94	183	210	254	312	26	2020	./.
Park- und Gartenanlagen										
Fläche Park- und Gartenanlagen je EW in qm	3,66	k.A.	1,40	6,84	9,00	12,13	26,32	29	2020	./.
Aufwendungen Park- und Gartenanlagen je qm in Euro	k.A.	k.A.	0,59	1,11	1,48	2,10	3,08	26	2020	./.
Spiel- und Bolzplätze										
Fläche Spiel- und Bolzplätze je EW unter 18 Jahre in qm	11,73	k.A.	6,19	11,12	13,56	15,63	21,76	31	2020	./.

Handlungsfelder / Kennzahlen	Siegen 2014	Siegen aktuell	Minimum	1. Viertelwert	2. Viertelwert (Median)	3. Viertelwert	Maximum	Anzahl Werte	Vergleichsjahr	Teilbericht
Aufwendungen Spiel- und Bolzplätze je qm in Euro	k.A.	k.A.	1,27	3,41	4,21	5,43	7,14	29	2020	./.
Straßenbegleitgrün										
Fläche Straßenbegleitgrün je EW in qm	5,43	k.A.	1,07	3,09	6,25	8,81	27,09	29	2020	./.
Aufwendungen Straßenbegleitgrün je qm in Euro	k.A.	k.A.	0,36	1,24	2,75	3,88	7,34	25	2020	./.

*EW = Einwohner

**Nähere Informationen zum Benchmark stehen auf unserer Internetseite unter „Service“ - "Handlungsmöglichkeiten und Gute Beispiele".

***Hintergründe und Definitionen der einzelnen Richtwerte stehen im Teilbericht Verkehrsflächen.

**** nicht ausreichend Vergleichswerte vorhanden

*****Wert aus voriger Prüfrunde nicht korrekt

➔ Kontakt

Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen

Shamrockring 1, Haus 4, 44623 Herne

Postfach 10 18 79, 44608 Herne

t 0 23 23/14 80-0

f 0 23 23/14 80-333

e info@gpa.nrw.de

DE-e Poststelle@gpanrw.de-mail.de

i www.gpa.nrw.de

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung
Haushaltssteuerung				
F1	Die gesetzlichen vorgesehenen Fristen aus der GO NRW, zur Feststellung der Haushalte und der Jahresabschlüsse, hält die Stadt Siegen nicht ein. Dennoch liegen der Stadt die wesentlichen Informationen zur Haushaltssituation vor.	E1.1	Die Stadt sollte sich als Ziel setzen, die Entwürfe der Jahresabschlüsse und Haushaltssatzungen fristgerecht aufzustellen und an den Rat weiterzuleiten.	Es ist erklärtes Ziel der Verwaltung den Rückstand bei der Erstellung der Jahresabschlüsse weiter aufzuholen. Aktuelles Ziel ist es, den Jahresabschluss 2022 noch im Kalenderjahr 2023 fertigzustellen. Bezogen auf die Aufstellung der Haushaltssatzung gestaltet sich die Sachlage anders. Aus Sicht der Verwaltung ist es nicht zielführend, ohne wichtige Rahmenbedingungen (GFG, Steuerschätzung, Orientierungsdaten, Hebesatz Kreisumlage) einen Haushalt aufzustellen.
		E1.2	Die Stadt Siegen sollte das Finanzcontrolling und besonders das Finanzberichtswesen weiterentwickeln und als Instrumente für eine aktive, unterjährige Haushaltssteuerung nutzen. Ebenso sollte die Politik weiterhin regelmäßige über die Entwicklung und Prognosen zum Haushalt informiert werden.	Wenn der Haushalt i. d. R. erst im Februar/März eines Jahres aufgestellt wird, macht es keinen Sinn, vor dem Stichtag 30.06. einen Controlling-Bericht bezüglich des Haushaltsvollzugs zu erstellen. Problematisch ist dann, dass durch die Sommerpause, die entsprechende Ratsvorlage erst frühestens Ende August zugeleitet wird. Die Kämmerei legt dabei den Fokus auf die großen Ertrags- und Aufwandsarten. Dies hat sich in der Vergangenheit durchaus bewährt. Sofern im 2. Halbjahr erkennbare Verwerfungen im Haushaltsvollzug identifiziert werden, wird Bericht erstattet.
F2	Einige der Konsolidierungsmaßnahmen aus dem HSK wurden umgesetzt, reichen aber nicht aus, die steigenden Aufwendungen zu decken. Insgesamt ist die Entwicklung der Haushaltsituation fast ausschließlich von äußeren Einflüssen wie die Entwicklung des Steueraufkommens und der Kreisumlage abhängig.	E2	Die Stadt Siegen sollte mit geeigneten Konsolidierungsmaßnahmen einer dauerhaften Verringerung der allgemeinen Rücklage entgegenwirken. Ziel sollte es sein, einen nachhaltigen Haushaltsausgleich und eine stabile Haushaltslage zu erzielen.	Konsolidierungsmaßnahmen werden im Haushaltssicherungskonzept (Anlage zum jeweiligen Haushalt bis 2022) aufgelistet. Natürlich ist Haushaltskonsolidierung ein Dauerthema, welches mindestens im Rahmen der jährlichen Aufstellung des Haushaltsplans auf die Tagesordnung kommt. Externe Einflüsse (aktuell: Corona, Ukraine-Krieg, Energiekosten) konterkarieren teilweise die Konsolidierungsbemühungen.
F3	Die Stadt Siegen überträgt Ermächtigungsübertragungen sowohl im konsumtiven wie auch im investiven Bereich im steigenden Maße. Dieses fördert die Haushaltgrundsätze der Transparenz und Klarheit nicht.	E3	Die Stadt Siegen sollte wesentliche investive Auszahlungsermächtigungen noch restriktiver auf eine Übertragung hin prüfen. Ziel sollte es sein, nur Maßnahmen in den Haushaltsplan aufzunehmen, die die Anforderungen des § 13 KomHVO NRW erfüllen und deren Umsetzung im Planjahr realistisch möglich ist.	Die Verwaltung schließt sich diesem Ziel grundsätzlich an. Der derzeit überhitzte Bausektor führt leider dazu, dass insb. Baumaßnahmen nicht in dem beabsichtigten Tempo umgesetzt werden können. In den letzten Jahren wurde die Höhe der Reste vermindert.
F4	Das Fördermittelmanagement der Stadt Siegen wird federführend von der Zuschussstelle in der Kämmerei geführt. Sie nutzt bereits vielfältige Möglichkeiten der Fördermittelakquise. Verschriftlichte, strategische Vorgaben und Ziele hat Siegen nicht.	E4	Die Stadt Siegen sollte strategische Vorgaben schriftlich formulieren. Dadurch ist ein geregelter, standardisierter Ablauf möglich.	Die Empfehlung wird geprüft und bei Bedarf umgesetzt.
F5	Die Stadt Siegen musste nach eigener Aussage bisher nur geringfügig Fördermittel zurückzahlen. Die Fördermittelbewirtschaftung und das -controlling erfolgt durch den Mitarbeiter der Zentralen Zuschussstelle.	E5	Die Stadt Siegen sollte Entscheidungsträger, wie Verwaltungsleitung, Fachausschüsse und den Rat regelmäßig über den Stand wichtiger Förderprojekte informieren. Die Berichte sollten sich anlassbezogen am Projektfortschritt orientieren.	Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass in den Fachausschüssen regelmäßig über den Stand wichtiger Förderprojekte informiert wird.
Beteiligungen				
F1	Die Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Siegen entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen ergeben.	E1.1	Die Stadt Siegen sollte verbindliche Standards mindestens in Form einer Beteiligungsrichtlinie schriftlich formulieren.	Die Empfehlung wird anerkannt und die Umsetzung insbesondere hinsichtlich des Inhalts und der Zielrichtung einer Richtlinie geprüft.

Feststellung		Empfehlung		Stellungnahme der Verwaltung
		E1.2	Die Stadt Siegen sollte ihre Bemühungen intensivieren, eine digitale Akte einzuführen. Das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die städtischen Beteiligungen ihre Unterlagen und Daten digital zur Verfügung stellen. Übergangsweise sollten zukünftig erhaltene Unterlagen eingescannt und in digitaler Form vorgehalten werden.	Die Empfehlung wird anerkannt und befindet sich bereits in Umsetzung. Ein Dokumentenmanagementsystem (ENAI/O) wird bei der Stadt Siegen Schritt für Schritt eingeführt. Perspektivisch wird damit eine digitale Akte für die Beteiligungsverwaltung zur Verfügung stehen. Bereits zum heutigen Zeitpunkt wird ein großer Teil der Unterlagen elektronisch zur Verfügung gestellt.
F2	Das Berichtswesen entspricht überwiegend den Anforderungen, die sich aus dem Portfolio der Stadt Siegen ergeben.	E2	Die Stadt Siegen sollte die Politik unterjährig standardisiert über den wirtschaftlichen Verlauf der bedeutenden Beteiligungen informieren. Dies kann in Form des noch aufzubauenden Berichtswesens erfolgen. Dabei könnte eine Beteiligungsrichtlinie unterstützen, die die Mindeststandards hinsichtlich der Inhalte, des Aufbaus und des Berichtsrhythmus sowohl für die Berichterstattung der Beteiligungsgesellschaften an die Stadtverwaltung auch für das Berichtswesen der Verwaltung an die städtischen politischen Gremien festlegt.	Aufgrund der direkten Einbindung der politischen Vertreter in die Gremien der Beteiligungen ist aus Sicht der Verwaltung ein ausreichender Informationsstand gegeben.
F3	Die Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter entspricht teilweise den Anforderungen, die sich aus dem Beteiligungsportfolio der Stadt Siegen ergeben.	E3.1	Die Stadt Siegen sollte mindestens einmal in jeder Wahlperiode eine Schulung über die Rechte und Pflichten von Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter anbieten. Darüber hinaus können Schulungen zu fachlichen Themen sinnvoll bzw. notwendig sein.	Die Empfehlung wird anerkannt. In Abstimmung zwischen GB3 und Büro BM wird ein Schulungsangebot erarbeitet.
		E3.2	Um die Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter in ihrer Arbeit zu unterstützen und die Gremien über die Sichtweise der Stadt und eventuelle finanzielle Auswirkungen zu informieren, sollte das Beteiligungsmanagement der Stadt Siegen die Tagesordnungen der Gremiensitzungen strukturiert untersuchen und zu kommunal bedeutenden Tagesordnungspunkten Stellungnahmen und Beschlussempfehlungen verfassen.	Die Empfehlung wird anerkannt. Es wird fortlaufend überprüft, an welcher Stelle eine zusätzliche Beschlussempfehlung der Beteiligungsverwaltung sinnvoll und notwendig ist.
F4	Die Stadt Siegen nimmt angemessen Einfluss auf die Wirtschaftsplanung sowie auf die Ergebnisverwendung der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH und der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft mbH. Bei den beiden Gesellschaften bestehen noch Optimierungspotenziale hinsichtlich der Etablierung bzw. Fortführung eines standardisierten unterjährigen Berichtswesens.	E4.1	Aus Transparenzgründen sollte die Stadt Siegen darauf hinwirken, dass die unterjährige schriftliche standardisierte Berichterstattung um weiterführende Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH, z.B. in Form von Erläuterungen von Abweichungen, ergänzt wird. Des Weiteren wäre es hilfreich, Quartalsberichte für die städtischen Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat zu kommentieren.	Die Empfehlung wird anerkannt und die Bitte um Ergänzung an die SVB weitergegeben. Erläuterungen/Kommentare zu Berichten der SVB können bei Bedarf gegeben werden.
		E4.2	Die Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die Beschlussfassung des Wirtschaftsplans mit der fünfjährigen Finanzplanung in der Gesellschafterversammlung der Kommunalen Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH zukünftig vor Beginn des jeweiligen Geschäftsjahres erfolgt.	Die Empfehlung wird anerkannt und darauf hingewirkt, dass der pandemiebedingt verschobene Turnus wieder eingehalten wird.
		E4.3	Die Stadt Siegen sollte darauf hinwirken, dass die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH ihre regelmäßige unterjährige Berichterstattung in Form von Quartalsberichten wiederaufnimmt. Aus der Sicht der gpaNRW sollte der Rat darüber informiert werden, ob der Wirtschaftsplan unterjährig eingehalten wird.	Die Empfehlung wird anerkannt und darauf hingewirkt, dass der pandemiebedingt verschobene Turnus wieder eingehalten wird.

5/3 Soziale Dienste

Siegen, 25.07.2022

09.02.2023

(redaktionelle Überarbeitung)

Auskunft: Georg Ritter

Telefon: 404-2309

Stellungnahme zu allen Feststellungen und Empfehlungen der überörtlichen Prüfung der GPA NRW zum Bereich Hilfen zur Erziehung bezogen auf das Jahr 2020

3.4.2 Gesamtsteuerung und Strategie

Feststellung 1 (Seite 11)

Die Stadt Siegen verfügt bislang über keine formulierte Gesamtstrategie für die erzieherischen Hilfen. Mit dem Leitbild für den ASD und benannten Zielen im Haushalt hat sie bereits Grundlagen einer Gesamtstrategie geschaffen.

Empfehlung 1 (Seite 12)

Die Stadt Siegen sollte für eine Gesamtsteuerung der Hilfen zur Erziehung eine Gesamtstrategie mit konkreten, messbaren Zielen und darauf ausgerichteten Maßnahmen entwickeln. Die Zielerreichung sollte regelmäßig geprüft und Maßnahmen ggf. angepasst werden.

Stellungnahme

Eine Gesamtstrategie für die erzieherischen Hilfen sollte eingebunden sein in eine Gesamtstrategie für das Jugendamt. Diese hat es bislang nicht gegeben. Nichtsdestotrotz wird im Bereich der Hilfen zur Erziehung auf Grundlage fachlicher Leitlinien und Standards, die sich aus dem Auftrag des SGB VIII und dem ASD-Leitbild ableiten, gearbeitet. Es besteht der Anspruch, die Hilfen bedarfsgerecht und den gesetzlichen Rechtsansprüchen entsprechend auf den Weg zu bringen. Dazu werden alle Mitarbeitenden im ASD regelmäßig intern und extern geschult und weitergebildet. Es findet ein regelmäßiger Fachaustausch mit den Trägern der freien Jugendhilfe statt, die die Leistungen im Auftrag der Stadt Siegen durchführen. Dabei werden regelmäßig qualitative Aspekte einbezogen, um eine fachgerechte wirkungsvolle Hilfestellung sicherstellen zu können. Die Orientierung an dem Leitbild des ASD und das sich daraus ableitend strategische Vorgehen ist grundsätzlich gegeben. Es findet sich auch in verschiedenen Papieren wieder, die auch der GPA zur Verfügung gestellt worden sind. Die GPA hat die Inhalte des Leitbildes und die formulierten Ziele im Haushalt sowie die im Unterausschuss „Kennzahlen“ besprochene Thematik positiv hervorgehoben. Die Ergebnisse werden in den um zentrale Kennzahlen erweiterten regelmäßig erarbeiteten und im JHA vorgestellten Controllingbericht einfließen. Perspektivisch wird angestrebt die vorhandenen Bausteine zu einem gesamtstrategischen Konzept weiter zu entwickeln und darin formulierte Zielsetzungen regelmäßig zu prüfen.

3.4.3 Finanzcontrolling

Feststellung 2 (Seite 12)

Die Stadt Siegen erstellt jährlich einen Controllingbericht für den Bereich der erzieherischen Hilfen. Darin werden auch Kennzahlen abgebildet. Derzeit findet eine Überarbeitung der Kennzahlen gemeinsam mit Politik und Verwaltung statt.

Empfehlung 2 (Seite 13)

Die Stadt Siegen sollte den Prozess der steuerungsrelevanten Kennzahlenbildung weiterführen. Hierzu können beispielsweise einige Kennzahlen aus diesem Prüfbericht fortgeschrieben wer-

den. Die Kennzahlen sollten regelmäßig ausgewertet werden. Dies kann dazu dienen, die Steuerung zu unterstützen, Ursachen für gestiegene Aufwendungen zu analysieren und die Wirksamkeit von Maßnahmen transparenter zu machen. Dabei sollte sie auch konkrete Maßnahmen entwickeln und darstellen, um negativen Entwicklungen gegenzusteuern.

Stellungnahme

Die Anregung der GPA wird bereits im nächsten Controllingbericht aufgenommen werden und wie bereits zuvor erwähnt um einzelne Kennzahlen erweitert werden. Das wird das Bild weiter verfeinern. In den hilfeartbezogenen Auswertungen der Controllingberichte werden bereits Ursachen für die jeweiligen Kostenentwicklungen dargestellt. Daneben wird jeweils am Ende des Berichtes im Rahmen einer Gesamtbetrachtung darauf hingewiesen, dass die Wirksamkeit der Hilfen, die durch den ASD auf den Weg gebracht werden verschiedenen Einflussfaktoren (z.B. gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, Partizipation und Mitwirkung der Klienten, Beziehungsgestaltung im Hilfesetting, Personalausstattung im ASD, Vorhandensein geeigneter stationärer Einrichtungen...) unterliegen, die nur zum Teil durch eigene Steuerungsmöglichkeiten beeinflusst werden können. Die von der GPA geforderte Darstellung von „konkreten Maßnahmen, mit denen man bestimmten Entwicklungen (z.B. Fallzahlsteigerungen) entgegen wirken kann“ wird als zu theoretisch betrachtet. Fallzahlsteigerungen können verschiedene Hintergründe haben, hauptsächlich gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die sich auf eine erhöhte Inanspruchnahme von Hilfeleistungen auswirken. Solche Entwicklungen sind vom ASD unbeeinflussbar und insofern auch nicht steuerbar. Dies soll nicht ausschließen, dass alle Einflussfaktoren identifiziert und mögliche Maßnahmen zur (Gegen-)Steuerung benannt und bewertet werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der jährliche Controlling-Bericht bereits jetzt dazu umfassende Auswertungen, Kennzahlen, Analysen, Erklärungen und Perspektiven aufzeigt, die Grundlagen für vereinbarte Steuerungsansätze sein können.

3.4.4 Fachcontrolling

Feststellung 3 (Seite 13)

Die Stadt Siegen bewertet die Zielerreichung der Hilfen im Einzelfall mit allen Beteiligten. Ein fallübergreifendes Bewertungsverfahren zur Wirksamkeit und Zielerreichung gibt es nicht. Ebenfalls gibt es bislang keine trägerbezogenen Auswertungen zu Fachleistungsstunden- und Kosten.

Empfehlung 3 (Seite 14)

Die Stadt Siegen sollte Auswertungen zur Wirksamkeit und Zielerreichung fallübergreifend vornehmen. Diese sollte sie träger- und hilfeartbezogen durchführen. Außerdem sollte sie die Laufzeiten der Hilfen sowie die Anzahl der Fachleistungsstunden- und Kosten je Träger auswerten und analysieren. Die gewonnenen Erkenntnisse sollten in einem Controllingbericht zusammengeführt werden. Im Hinblick auf den vergleichsweise hohen Fehlbetrag sollten die Auswertungen zu Steuerungszwecken genutzt werden.

Stellungnahme

Die von der GPA getroffene Feststellung, es gäbe keine trägerbezogenen Auswertung zu Fachleistungsstunden- und Kosten ist teilweise unzutreffend. Es gibt keinen fallübergreifend zusammengefassten Bericht dafür. Die einzelnen Daten liegen aber vor und könnten zusammengeführt werden. Teilweise finden sich diese im vorhandenen Controllingbericht wieder.

Zur Verbesserung des Fachcontrollings ist geplant, diese Aufgabe perspektivisch auf einer Personalstelle mit diesem spezifischen Arbeitsauftrag zu bündeln, die zudem die Verknüpfung von

Finanz- und Fachcontrolling herstellen soll. Insofern soll ein zentrales Controlling eingeführt werden.

3.5.1 Prozess- und Qualitätsstandards

Feststellung 4 (Seite 14)

Die Stadt Siegen hat für den ASD die Verfahrensstandards und Prozessabläufe in einem Qualitätshandbuch verschriftlicht. Darüber hinaus bestehen weitere ergänzende Informationen und Standards in einem ergänzenden Handbuch. Diese verbindlichen Verfahrensstandards bieten eine gute Grundlage für eine einheitliche Fallbearbeitung. Für den Bereich der WiJu sind bisher keine entsprechenden Verfahrensstandards verschriftlicht.

Empfehlung 4 (Seite 15)

Ergänzend zu dem bereits vorhandenen Qualitätshandbuch für den Bereich des ASD, sollte die Stadt Siegen auch die Verfahrensstandards für die WiJu verschriftlichen.

Stellungnahme

Es existiert eine überregionale Arbeitsgruppe wirtschaftliche Jugendhilfe, die vom Landesjugendamt geleitet wird. Diese AG ist bereits mit dieser Thematik befasst. Die dort zu entwickelnden Verfahrensstandards sollen als Basis genommen werden, um die spezifischen Standards für die WiJu in Siegen zu beschreiben.

3.5.1.2 Fallsteuerung

Feststellung 5 (Seite 17)

Im Jugendamt der Stadt Siegen gibt es eine strukturierte fachliche Zugangssteuerung. Im Hinblick auf die konkrete Fallsteuerung im Einzelfall sind aus Sicht der gpaNRW noch Optimierungsmöglichkeiten gegeben.

Empfehlung 5 (Seite 19)

Die Stadt Siegen sollte die derzeitige Leistungsgewährung auf der Grundlage der einheitlichen Fallpauschale eingehend überprüfen und überdenken. Für eine gut strukturierte und wirtschaftliche Fallsteuerung ist eine individuelle Festlegung und fortlaufende Überprüfung der erbrachten Fachleistungsstunden unabdingbar.

Stellungnahme

Die Empfehlung der GPA wird aufgegriffen. Es ist beabsichtigt ab dem 01.01.2023 den Umfang der jeweils gewährten ambulanten Hilfe durch eine individuell und konkret festgelegte Anzahl von Fachleistungsstunden zu definieren. Auch soll eine Differenzierung in den ambulanten Hilfearten (§ 30 Erziehungsbeistandschaft, § 31 Sozialpädagogische Familienhilfe, § 35 intensive sozialpädagogische Einzelfallhilfe) bei der individuellen Hilfestellung stattfinden, sodass hier eine hilfespezifische Auswertung ermöglicht wird und der konkrete Ressourcenverbrauch für jede Hilfe festgelegt und überprüft werden kann.

Es wird betont, dass somit eine Entwicklung aufgegeben wird, die ihren Ursprung in dem zwischen 1998-2000 durch das Landesjugendamt initiierten und geförderten Modellprojekt zum Zusammenwirken des öffentlichen und freier Träger in einem Sozialraum hat, die zur Eröffnung des Kinder-, Jugend- und Familienhilfezentrums (KiJuFaZ) am Fischbacherberg führte und das Prinzip der sozialraumorientierten Arbeit in der Folgezeit auf die ganze Stadt Siegen übertragen wurde. In diesem Rahmen wurden Budgets oder später Fallpauschalen zur Erbringung ambulanter Hilfen eingeführt. Die ambulanten Hilfen wurden bewusst nicht hilfespezifisch sondern allgemein als flexible ambulante Hilfe gem. § 27, 2 und 3 SGB VIII erbracht, um eine möglichst bedarfsentsprechende Hilfe kurzfristig inhaltlich als auch vom Ressourceneinsatz her auf Trägerseite gestalten zu können und die Steuerung des ASD auf der Ebene der Zielerreichung anzusetzen. Dazu fand ein intensiver, regelmäßiger Austausch der Fachkräfte der freien und des

öffentlichen Trägers statt, durch das Zusammenarbeiten in einem Haus oder durch die Bildung von gemeinsamen Sozialraumteams. Ein „Kontrollbedarf“ im Hinblick auf tatsächlich erbrachte Stunden oder den individuellen hilfebezogenen Ressourceneinsatz hatte sich dadurch erübrigt oder stark reduziert, wenngleich es dennoch entsprechende zahlenmäßige Auswertungen dazu gab und diese in regelmäßigen Controllingworkshops betrachtet wurden.

Unbestritten führt das von der GPA empfohlene Vorgehen zu einem Höchstmaß an Transparenz und Kontrollmöglichkeit sowie einer besseren Möglichkeit der (Finanz-)Steuerung über die konkrete Festlegung der Anzahl von zu erbringenden Fachleistungsstunden in einem Fall.

Der Aufwand auf Seiten des ASD zur entsprechenden Vereinbarung und auf der Seite der WiJu zur Überprüfung und Abrechnung der erbrachten Leistung der freien Träger wird steigen. Daneben muss der ASD in der Vereinbarung und hinsichtlich der Angemessenheit des Umfangs von Fachleistungsstunden zur Zielerreichung in einer Hilfe geschult werden.

Ob und wie sich dies auf die Effektivität und Effizienz der Hilfen auswirken wird bleibt abzuwarten.

3.5.1.3 Kostenerstattungsansprüche

Feststellung 6 (Seite 20)

Die WiJu prüft frühzeitig mögliche Kostenerstattungsansprüche und macht diese umgehend geltend. Schriftliche Verfahrensstandards für diese Prüfung gibt es nicht.

Empfehlung 6 (Seite 21)

Die Stadt Siegen sollte Kernprozesse für die Prüfung der Zuständigkeit und von Kostenerstattungsansprüchen durch die WiJu in die Verfahrensstandards aufnehmen.

Stellungnahme

Siehe Punkt 4.

Die Überprüfung erfolgt regelmäßig, fachgerecht und systematisch. Die Empfehlung der GPA folgt dem Anspruch für alle Tätigkeiten definierte und zusammengefasste Verfahrensstandards zu haben.

3.5.2 Prozesskontrollen

Feststellung 7 (Seite 21)

Es finden prozessintegrierte Kontrollen durch die Fachsoftware und im Rahmen der Fallüberprüfung durch die Arbeitsgruppenleitung statt. Für die WiJu gibt es ein internes Kontrollsystem welches stichprobenhafte Einzelfallprüfungen vorsieht. Im Bereich der automatisierten Wiedervorlagen bestehen aus Sicht der gpaNRW noch Optimierungspotenziale.

Empfehlung 7 (Seite 22)

Die Stadt Siegen sollte über die laufenden Fälle allgemeine Wiedervorlagen führen, damit sichergestellt ist, dass eine rechtmäßige Aufgabenerledigung erfolgt.

Stellungnahme

Wiedervorlagen über alle laufenden Fälle finden sowohl im ASD als auch in der WiJu statt.

Diese können auf Ebene der Fachsoftware optimiert werden. Grundlegende Versäumnisse wurden mit der bisherigen Systematik nicht festgestellt.

3.7.2.1 Flexible ambulante erzieherische Hilfe § 27 Abs.2 und 3 SGB VIII

Feststellung 8 (Seite 34)

Die Stadt Siegen hat im Bereich der erzieherischen Hilfen höhere fallbezogene Aufwendungen als die meisten anderen Kommunen. Dies belastet den Fehlbetrag Hilfe zur Erziehung.

Empfehlung 8 (Seite 36)

Die Stadt Siegen sollte die Hilfen nach § 27 Abs. 2 und 3 SGB VIII stärker in den Blick nehmen und dazu Fallzahlen, Aufwendungen sowie die Laufzeiten, auch trägerbezogen, analysieren und regelmäßig auswerten.

Stellungnahme

Siehe dazu die Stellungnahmen zu den vorherigen Punkten Finanzcontrolling, Fachcontrolling und Fallsteuerung.

3.7.2.4 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform § 34 SGB VIII

Feststellung 9 (Seite 39)

Die Stadt Siegen weist erhöhte einwohnerbezogene Aufwendungen sowie eine erhöhte Fall-dichte im Bereich der Heimerziehung auf. Sie hat sich bereits intensiv mit der Rückführungsarbeit auseinandergesetzt. Eine Auswertung der Rückführungen in die Herkunftsfamilie erfolgt bislang nicht.

Empfehlung 9 (Seite 40)

Die Stadt Siegen sollte die Rückführungsarbeit weiterhin intensiv verfolgen und stetig die eigenen Standards weiterentwickeln. Erfolgte Rückführungen sollten zukünftig ausgewertet werden um die Ergebnisse der Rückführungsarbeit transparent zu machen. Die Ergebnisse könnten Bestandteil eines zukünftigen Controllingberichtes sein.

Stellungnahme

Hier sind zunächst die Gesamtausführungen der GPA zu dem Punkt Heimerziehung zu betrachten. Hieraus werden die bereits vorhandenen Aktivitäten des ASD positiv hervorgehoben. Es wird angestrebt die Rückführungsprozesse systematisch auszuwerten und darzustellen. Die Aufarbeitung soll Aufgabe des einzuführenden zentralen Controllings sein.

3.7.2.5 Eingliederungshilfe § 35a SGB VIII

Feststellung 10 (Seite 41)

Die Stadt Siegen hat im interkommunalen Vergleich hohe ambulante Aufwendungen je Helfefall bei der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. Einen Spezialdienst gibt es aktuell noch nicht.

Empfehlung 10 (Seite 42)

Die Stadt Siegen sollte wie geplant einen Spezialdienst für die Bearbeitung der Hilfeplanfälle nach § 35a SGB VIII einrichten.

Stellungnahme

Die Einrichtung einer weiteren Arbeitsgruppe zum Thema „Eingliederungshilfe“ im ASD ist bereits in Planung. Hintergrund hierfür ist vor allem die geplante Überführung aller Hilfen für behinderte Kinder und Jugendliche in die Zuständigkeit der Jugendhilfe. Diese erfolgt in 3 gesetzlich vorgegebenen Schritten im Rahmen des SGB VIII und soll ab dem 01.01.2028 vollständig umgesetzt sein. Dazu wird aus hiesiger Sicht ein „Spezialdienst“ unabdingbar sein, der jedoch jetzt schon eingerichtet werden sollte. Bislang werden hier rd. 180 laufende Helfefälle bearbeitet, die umfangreicher fachspezifischer Kenntnisse bedürfen, die in ihrer Breite nicht mehr von einer Fachkraft im ASD „miterledigt“ werden können. Eine verbesserte Zugangs- und Verlaufssteuerung wird angestrebt.

Die Höhe der ambulanten Aufwendungen je Helfefall, hier v.a. für die schulischen Integrationshelfer, gerade im interkommunalen Vergleich, kann von hier nicht nachvollzogen werden, da in diesem Bereich im Wesentlichen mit „günstigen“ Nicht-Fachkräften gearbeitet wird und es mehrere sog. Poollösungen an Siegerner Schulen gibt, die die Hilfe für i.d.R. zwei Helfefälle zusammenfassen, sodass hier schon deutliche Kostenreduzierungen stattfinden.

Feststellung 11 (Seite 42)

Die fallbezogenen Aufwendungen für die Integrationshelfer sind in Siegen ebenfalls hoch. Bislang werden Hospitationen im Rahmen der Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung nur teilweise durchgeführt.

Empfehlung 11 (Seite 43)

Um den steigenden Fallzahlen und Aufwendungen im Bereich der Integrationshelfer zu begegnen, sollte die Stadt Siegen im Rahmen der Prüfung der Teilhabebeeinträchtigung regelmäßige Hospitationen durchführen.

Stellungnahme

Durchgängige Hospitationen sind aufgrund der beständigen Personalvakanz im ASD zurzeit nicht möglich, jedoch grundsätzlich vorgesehen und sinnvoll, um den tatsächlichen Bedarf an Unterstützung des einzelnen Schülers bewerten zu können. Es ist jedoch einschränkend anzumerken, dass durch die Hospitation immer nur ein kleiner Ausschnitt des schulischen Alltages bewertet werden kann und die „Tagesform“ des betreffenden Schülers schwankend sein kann.

3.7.2.6 Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIIIFeststellung 12 (Seite 43)

Die Aufwendungen je Hilfefall für die Hilfen der jungen Volljährigen sind in Siegen vergleichsweise hoch. Im ambulanten Bereich bildet die Stadt Siegen den Maximalwert im interkommunalen Vergleich ab.

Empfehlung 12 (Seite 45)

Die Stadt Siegen sollte die Hilfen der jungen Volljährigen stärker in den Blick nehmen und dazu Aufwendungen, Laufzeiten und Fachleistungsstunden analysieren. Zusätzlich sollte sie eigene Standards zur Verselbständigung verschriftlichen.

Stellungnahme

Siehe dazu zunächst die bereits getroffenen Aussagen zum zentralen Controlling.

Daneben ist anzumerken, dass die Rechtsansprüche für Hilfen für junge Volljährige mit der Änderung des SGB VIII durch das KJSG (Inkrafttreten: 10.06.2021) deutlich gestiegen sind. Hierdurch wird es unweigerlich zu Kostensteigerungen kommen.

Der Grad der Verselbständigung des jungen Menschen ist zentraler Bewertungsmaßstab in den Hilfen für junge Volljährige. Hierzu Standards zu bilden, kann dabei weiter unterstützend wirken.

gez. Georg Ritter

Zusammenstellung der Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW zur überörtlichen Prüfung 2021/ Beratung im BA der Stadt Siegen am 19.04.2023

Handlungsfeld:

Lfd. Nr.	Handlungsfeld/Thema	Seite im gpa-Bericht	Feststellung der gpaNRW	Bemerkung zur Feststellung	Empfehlung der gpaNRW	Vorschlag der Verwaltung		
						Empfehlung umgesetzt/erledigt	Empfehlung wird geprüft/Beschlussvorlage der Verwaltung	Empfehlung wird nicht umgesetzt, weil...
F1/E1.1	Bauaufsicht	7-11	Die Bauaufsicht der Stadt Siegen überschreitet bei den Baugenehmigungsverfahren häufig die gesetzlich vorgegebenen Fristen. Für Ermessensentscheidungen hat sie noch keine eindeutigen und nachvollziehbaren Kriterien erlassen. Sie bildet noch keinen Kostendeckungsgrad ab und verzichtet teilweise auf Gebühreneinnahmen. Die Rechtssicherheit könnte durch weitere Dokumentationen verbessert werden.		Die Stadt Siegen sollte für die Nachbesserung von Antragsunterlagen angemessene Fristen setzen, die die Genehmigungsverfahren nicht unnötig verlängern. Die gesetzlichen Vorgaben der Rücknahmefiktion sind zu beachten.	Erledigt		
F1/E1.2	Bauaufsicht	9			Die Stadt Siegen sollte zur Verbesserung der Rechtssicherheit die Inanspruchnahme der Verlängerungsmöglichkeit nach § 64 Abs. 2 BauO NRW 2018 schriftlich dokumentieren.	Wird zukünftig umgesetzt		
F1/E1.3	Bauaufsicht	10			Die Stadt Siegen sollte die erforderlichen Beteiligungsverfahren gleichzeitig durchführen. Sie sollte zu diesem Zweck digitale Unterlagen nutzen. In Papier eingehende Anträge sollten zu einem möglichst frühen Zeitpunkt eingescannt werden.	Wird umgesetzt, Abstimmungen mit der Repro-Stelle sind im Prozess		
F1/E1.4	Bauaufsicht	10			Die Stadt Siegen sollte für ihre Bauaufsicht einen Kostendeckungsgrad ermitteln, der als Indikator für Rahmengebühren nutzbar ist. Ziel sollten weitgehend kostendeckende Gebühren sein.		Prüfung der Gebühr (auch in Abstimmung mit den kreisweiten Bauaufsichtsbehörden) wird durchgeführt	
F1/E1.5	Bauaufsicht	11			Die Stadt Siegen sollte für eine einheitliche und rechtssichere Ausübung von Ermessensentscheidungen klare und nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen, beispielsweise in Form eines Kriterienkataloges, erstellen.		Erfolgt in Abstimmung mit der neuen Abteilungsleitung	
F2/E2.1	Bauaufsicht	11-12	Die Stadt Siegen hat bisher noch keine Checklisten erstellt, um eine rechtssichere und einheitliche Bearbeitung der Genehmigungsverfahren zu fördern. Es fehlen zum Teil klare Vorgaben für Verantwortungs- und Entscheidungsbefugnisse. Die Entwicklung des Genehmigungsverfahrens mittels der Papierakte lässt keine medienbruchfreie Bearbeitung zu.		Die Stadt Siegen sollte für die Bearbeitung der Baugenehmigungsverfahren Checklisten bzw. Arbeitsanleitungen erstellen. Sie sollte diese idealerweise in die eingesetzte Fachsoftware integrieren.		Erfolgt in Abstimmung mit der neuen Abteilungsleitung und im Zuge der Digitalisierung des Baugenehmigungsprozesses	
F2/E2.2	Bauaufsicht	12			Die Stadt Siegen sollte alle Voraussetzungen schaffen, um eine medienbruchfreie Bearbeitung der Verfahren zu ermöglichen. Die händische Erfassung von Daten in die Fachsoftware sollte zukünftig entbehrlich sein.	Ist im Prozess.		
F2/E2.3	Bauaufsicht	12			Die Stadt Siegen sollte nachvollziehbare und eindeutige Regelung über Verantwortungsbereiche und Entscheidungsbefugnisse durch eine Dienstanweisung oder Organisationsverfügung festlegen.		Neustrukturierung der Abteilung in Arbeit. Sobald Führungspositionen besetzt sind, werden Abläufe festgelegt	
F3/E3.1	Bauaufsicht	13-18	Der abgebildete Prozess des einfachen Baugenehmigungsverfahrens ist durch zahlreiche Schnittstellen gekennzeichnet. Mehrstufige und umfangreiche Beteiligungsverfahren und zahlreiche Zuständigkeitswechsel erschweren ein beschleunigtes Verfahren. Das Vier-Augen-Prinzip wendet die Bauaufsicht nur bei Ablehnungen konsequent an.		Die Stadt Siegen sollte die zahlreichen Schnittstellen reduzieren. Beteiligungen sollte sie gleichzeitig und digital vornehmen. Einzelne Arbeitsschritte sollten von der zuständigen Stelle vollständig abgeschlossen werden. Damit lassen sich die zahlreichen Zuständigkeitswechsel verringern. Das Vier-Augenprinzip sollte die Bauaufsicht konsequent anwenden. Den erforderlichen Aufwand kann sie durch dokumentierte Teilergebnisse in Checklisten reduzieren.		Neustrukturierung der Abteilung in Arbeit. Sobald Führungspositionen besetzt sind, werden Abläufe festgelegt	

F3/E3.2	Bauaufsicht	18			Die Stadt Siegen sollte die Beteiligungen interner Stellen auf das erforderliche Mindestmaß reduzieren. Durch erweiterte Informationsgrundlagen für die Bauaufsicht können teilweise zeit- und arbeitsintensive Beteiligungsverfahren vermieden werden.		Beteiligungen kommen nochmals auf den Prüfstand. Im Zuge der Digitalisierung werden Beteiligungsverfahren effizienter. Die Bauaufsicht hat allerdings auch sehr gute Erfahrungen damit gemacht, umfangreich zu beteiligen, um die Antragsteller bestmöglich beraten zu können.	
F4/E4.1	Bauaufsicht	18-19	Die Stadt Siegen nutzt noch nicht alle digitalen Möglichkeiten ihrer eingesetzten Fachsoftware. Sie beabsichtigt eine vollständige digitale Bearbeitung der Genehmigungsanträge mit Unterstützung des Bauportals NRW einzuführen. Einheitliche Dateneingaben könnten weitere automatisierte Auswertungen ermöglichen. Die aktuelle hybride Aktenführung erschwert ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren.		Die Stadt Siegen sollte ihre vorhandene Software dazu nutzen, die Bearbeitung der Genehmigungsverfahren vollständig digital durchzuführen und zu erfassen. Es sollte möglich sein, Genehmigungsanträge digital anzunehmen. Sie sollte die digitalen Möglichkeiten der vorhandenen Software ausschöpfen, um die Verfahrensabläufe zu vereinfachen und zu beschleunigen. Auf eine hybride Aktenführung sollte verzichtet werden.	Prozess läuft. (Hinweis: Die Digitalisierung führt nicht automatisch zu einer Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens.)		
F4/E4.2	Bauaufsicht	19			Die Stadt Siegen sollte Vorgaben für die einheitliche Erfassung von Daten erstellen. So sind automatisierte Auswertungen möglich und die Funktionen der Bearbeitungssoftware sind vollumfänglich nutzbar.	Ist weitestgehend erfolgt. Nach Besetzung der Abteilungsleitung erfolgt abschließende Abstimmung.		
F5/E5.1	Bauaufsicht	20-23	Das Fallaufkommen wie auch die Anzahl der erteilten Bescheide ist in der Stadt Siegen je Vollzeit-Stelle höher als in den meisten anderen Vergleichskommunen. Dies deutet auf eine hohe Belastung der Bediensteten hin. Mit der Nutzung bestehender Optimierungspotenziale könnte die Bauaufsicht die Mitarbeiter entlasten. Dieses wird helfen, die eingehenden Anträge zeitnah zu bearbeiten und den Anteil unerledigter Fälle zu verringern.		Die Stadt Siegen sollte die Personalkennzahlen weiter fortschreiben. Bei einem anhaltenden Trend der Zunahme der unerledigten Fälle sollten gegensteuernde Maßnahmen ergriffen werden. Die in diesem Bericht aufgezeigten Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren sollten umgesetzt werden, um die Sachbearbeitung zu entlasten.		Fortlaufender Prozess	
F5/E5.2	Bauaufsicht	23			Die Stadt Siegen sollte auch die Entwicklung der Fallzahlen der förmlichen Bauvoranfragen zur Personalbemessung fortschreiben um mögliche Fehlentwicklung frühzeitig zu erkennen und entgegenwirken zu können.		Fortlaufender Prozess	
F6/E6	Bauaufsicht	23-26	Die Stadt Siegen hat mit der Einrichtung der Servicestelle Bauberatung gute Möglichkeiten geschaffen, sich umfassend rund ums das Thema Bauen zu informieren. Der Schwerpunkt der Beratung betrifft den bauplanungsrechtlichen Bereich. Teils wirken die technischen Bediensteten der Bauaufsicht bei der Klärung bauordnungsrechtlicher Fragen mit.		Die Stadt Siegen sollte die gebildeten Kennzahlen zu den Ablehnungen und zurückgenommenen Anträgen weiter fortschreiben und analysieren. Die Anzahl erfolgloser Anträge sollte möglichst geringgehalten werden.	Satz 1 erfolgt im Zuge der Digitalisierung.		Satz 2 nicht nachvollziehbar.
F7/E7	Bauaufsicht	26-29	Durch uneinheitlich und unvollständige Datenerfassungen in der genutzten Software sind Gesamt- und Laufzeiten der Genehmigungsverfahren für die Bauaufsicht Siegen nicht abbildbar. Die Nutzung dieser Daten als Indikator für effektive Genehmigungsverfahren ist so nicht möglich. Die gesetzliche Berichtspflicht erfordert die durchschnittliche Verfahrensdauer zu ermitteln.		Die Stadt Siegen sollte mit ihrer eingesetzten Fachsoftware in der Lage sein, automatisierte Gesamt- und Laufzeiten zu ermitteln. Damit erhält sie die Grundlagen für die gesetzliche Berichtspflicht sowie Indikatoren für notwendige Steuerungsmaßnahmen. Sie sollte Vorgaben für eine einheitliche Datenerfassung erlassen. Erfolge der genutzten Optimierungspotenziale lassen sich an ermittelten Laufzeiten ablesen.	Erfolgt im Zuge der Digitalisierung		
F8/E8	Bauaufsicht	29-30	Die Stadt Siegen hat bisher auf die Bildung von Kennzahlen und Festlegungen von Zielwerten verzichtet. Damit fehlen zum Teil Indikatoren für notwendige Steuerungsmaßnahmen.		Die Stadt Siegen sollte Zielwerte schriftlich definieren und deren Einhaltung mittels Kennzahlen in Form eines Soll-Ist-Vergleichs überprüfen. Dazu sollte sie mindestens die im Rahmen dieser Prüfung verwandten Kennzahlen fortschreiben. Für die automatisierte Auswertung sind einheitliche Dateieingaben notwendig.		Prozess kann starten, wenn sämtliche Vorarbeiten, vollständige Digitalisierung und Datenerfassung etabliert sind	

Verkehrsflächen

Lfd. Nr.	Feststellung GPA NRW (F)	Empfehlung GPA NRW (E)	Stellungnahme 4/1
F1/E1	Die Stadt Siegen verfügt über Daten zu ihren Verkehrsflächen, mit denen sie ein Erhaltungsmanagement zielgerichtet aufbauen kann. Positiv ist die regelmäßige Zustandserfassung und Bewertung der Straßen.	Die bisherige Planung von Straßenbau-Programmen sollte die Stadt Siegen um konkrete Erhaltungsstrategien bezogen auf die unterschiedlichen Straßenkategorien ergänzen. Sie sollte die Aufwendungen nach diesen Straßenkategorien getrennt erfassen, um so noch gezielter steuern zu können.	Das mit Vorlage Nr. 2523/2019 erarbeitete Straßenmanagementsystem berücksichtigt auch gewichtend die unterschiedlichen Straßenkategorien (Vorlage 2523/2019, Anlage 1, Punkt 2.2, Seite 6). Bei der Planung und Umsetzung des Straßenbau-Programms erfolgt die Produktzuordnung getrennt nach Straßenkategorien. Eine Erfassung der Aufwendungen der klassifizierten Straßen erfolgt bereits. Für eine weitere Aufteilung nach Straßenkategorien müssten weitere Kostenstellen gebildet werden, die sich mit den bereits vorhandenen (413000 - 413270) überkreuzen könnten, was einer gezielteren Steuerung nicht zuträglich wäre.
F2/E2.1	Die Stadt Siegen führt eine funktionsfähige Straßendatenbank. Somit verfügt sie über die notwendige Ausstattung, um den Erhalt der Verkehrsflächen zielgerichtet zu steuern. Durch die Integration weiterer Informationen kann sie die Planung der Erhaltung noch weiter optimieren.	Die Stadt Siegen sollte prüfen, welche Daten sie zukünftig noch für die Planung der Straßenunterhaltung in der Straßendatenbank berücksichtigen möchte. Denn eine möglichst umfassende Kenntnis der Einflussfaktoren auf die Verkehrsflächen ermöglicht es, eine zukunftsfähige Erhaltungsstrategie zu entwickeln.	Die große Bandbreite an Einflussfaktoren wurde bei der Aufstellung des Straßenmanagementsystems berücksichtigt (sh. Vorlage Nr. 2523/2019, Anlage 1, Seite 9). Die Aufnahme der Faktoren in die Straßendatenbank überfrachtet das Programm und zudem müssten diese sich ändernden Faktoren auch noch in der Straßendatenbank gepflegt werden.
F2/E2.2		Die Stadt Siegen sollte ein vollständiges Erhaltungsmanagement aufbauen, um die nach Schadensbild der Verkehrsflächen geeigneten und dabei wirtschaftlich sinnvollen Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt ergreifen zu können. Auch bei begrenzten Mitteln wird hiermit Transparenz über deren zielgerichteten Einsatz und die weitere Entwicklung der Verkehrsflächen geschaffen.	Ist mit Vorlage Nr. 2523/2019 erfolgt und wird (siehe Stellungnahme zu F9/E9) aktualisiert.
F3/E3	Die Stadt Siegen hat bislang keine Kostenrechnung für die Verkehrsflächen eingeführt.	Um auf weitere steuerungsrelevanten Daten für Erhaltungsmaßnahmen zugreifen zu können, sollte die Stadt eine Kostenrechnung einführen. Hierzu sollte die notwendige Genauigkeit auch unter dem Gesichtspunkt des Bearbeitungsaufwandes festlegen.	Mit Einführung der Bauhof- Software BIS-Office im Jahr 2011 scheiterte die Fachabteilung verwaltungsintern an der gleichzeitigen Einführung einer Kostenrechnung. Bearbeitungsaufwände, Material- und Maschineneinsatz sowie Maßnahmen- und Personalzuordnungen erfolgen seitdem in BIS-Office. Die Fachabteilung wird aufgrund der GPA NRW-Empfehlung und der fortgeschrittenen Digitalisierung das Thema wieder aufgreifen.
F4/E4.1	Die Stadt Siegen hat für die Verkehrsflächen Ziele mit begleitendem Controlling definiert. Eine langfristige Strategie zum Erhalt der Verkehrsflächen ist noch nicht aufgestellt.	Die Stadt Siegen sollte den bestehenden Planungszeitraum nach Möglichkeit ausweiten, um ein strategisches Erhaltungsmanagement aufzubauen. Hierzu sollte sie die gesamten Lebenszyklen der Verkehrsflächen berücksichtigen.	Die aufgestellte Strategie in Vorlage Nr. 2523/2019 berücksichtigt die Lebenszyklen und wird nach neuer Zustandserfassung 2026 (anders als noch Sachstand 2019 gemäß §§ 29, 30 KomHVO alle 10, anstatt alle 5 Jahre) wieder berücksichtigt. Eine Ausweitung des Planungszeitraums würde aufgrund der unkalkulierbaren Einflussfaktoren (wie: Ver- und Entsorger, Fördermittelbewilligungen, zur Verfügung stehendes Personal,...) zu mehr Fehlplanungen führen würde.
F4/E4.2		Die Stadt Siegen sollte die systematische Steuerung der Verkehrsflächen ausbauen, indem sie strategische und operative Ziele festlegt und deren Erreichung anhand eines Controllings überprüft. Zu diesem internen Controlling zählen auch Kennzahlen und ein Berichtswesen.	Strategische und operative Ziele wurden mit Vorlage Nr. 2523/2019 festgelegt. Bei Fortschreibung der Strategie zum Erhalt der Verkehrsflächen erfolgt ein "Berichtswesen". Kennzahlen werden ergänzt.

F5/E5	Die Stadt Siegen hat das Aufbruchmanagement mit den erforderlichen Prozessen gut strukturiert. Die Stadt koordiniert die Aufbrüche regelmäßig gemeinsam mit den Versorgungsträgern. Die Kontrollen der Aufbrüche führt die Stadt sowohl während der Bauphase als auch bei Mängeln und bei der Gewährleistungsabnahme stichprobenhaft durch. Mit der Integration von Informationen aus den Aufbrüchen in die Straßendatenbank können die Prozesse weiter digitalisiert und optimiert werden.	Die Stadt Siegen sollte prüfen, ob sie die Vorhabenträger mit der Genehmigung verpflichtet, den Ausgangszustand und die Phasen während der Ausführung mit schriftlichen Aufzeichnungen, Protokollen und Fotos zu dokumentieren. Dies bietet den Vorteil, dass bei allen Aufbrüchen die für die Abnahme und Gewährleistung erforderlichen Informationen vorliegen.	Die Fachabteilung nimmt die Empfehlung dankend an und wird nach Umsetzung der beschlossenen Personalaufstockung der Arbeitsgruppe 4/1-3 eine praktikable, kompatible Dokumentation durch die Vorhabenträger prüfen und bei positivem Ergebnis die Vorhabenträger verpflichten.
F6/E6	In der Stadt Siegen stimmen sich das Finanz- und Verkehrsflächenmanagement gut untereinander ab. Durch eine Schnittstelle von Anlagenbuchhaltung und Straßendatenbank kann die Abstimmung noch weiter verbessert werden.	Durch eine Verknüpfung der Straßendatenbank mit der Anlagebuchhaltung kann die Stadt den Ablauf der Arbeiten positiv unterstützen. Daher sollte sich prüfen, in welcher Form sie die Systeme miteinander verbinden kann.	Eine händische Verknüpfung erfolgt. Um eine Prüfung, ob die Systeme Infoma mit CAOS zu verbinden sind, wird die IT-Abteilung gebeten.
F7/E7	In der Stadt Siegen ist das Verhältnis von älteren Verkehrsflächen zu noch jüngerem Vermögen noch weitgehend ausgewogen. Nach der Zustandseinteilung befinden sich in Siegen aktuell der überwiegende Teil der Straßen in einem sehr guten bis mittleren Zustand. Der Anteil schlechter Straßen konnte ebenfalls reduziert werden.	Die Erkenntnisse aus nachfolgenden Zustandserfassungen sollte die Stadt Siegen weiterhin in die aktuelle Maßnahmenplanung einbeziehen.	Die erneute Zustandserfassung erfolgt aufgrund einer Gesetzesänderung 2026. Selbstverständlich fließen die Erkenntnisse wie 2019 wieder ein.
F8/E8	Die Stadt Siegen kann die Unterhaltungsaufwendungen für die Verkehrsflächen nicht benennen. Somit fehlt ihr eine wichtige Information und Steuerungsgrundlage.	Siegen sollte zukünftig die in Eigenleistung erbrachten Unterhaltungsarbeiten dokumentieren, um die Unterhaltungsaufwendungen insgesamt beziffern zu können.	Die Unterhaltungsaufwendungen wurden und werden in BIS-Office dokumentiert. Sobald die Einführung einer Kostenrechnung erfolgt ist (sh. Stellungnahme zu F3/E3), können diese auch beziffert werden.
F9/E9	Die Höhe der Reinvestitionen liegt deutlich unter den Abschreibungen. Eine dauerhaft niedrige Reinvestitionsquote kann für die Stadt Siegen ein Risiko darstellen.	Um einen Reinvestitionsstau zu vermeiden, sollte die Stadt Siegen regelmäßig die maßgeblichen Einflussfaktoren wie Zustände der Verkehrsflächen oder Höhe der Unterhaltungsaufwendungen analysieren und bei Bedarf die Reinvestitionen anpassen. Diese Informationen sollten in das Erhaltungsprogramm einfließen und mit einer langfristigen Investitionsstrategie verknüpft werden.	Die Feststellung ist seit Vorlage Nr. 2523/2019 bekannt. Bei Aktualisierung des Straßenmanagementsystem nach erfolgter neuer Zustandserfassung 2026 wird dies wie gehabt wieder berücksichtigt.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßenneubau
Bearbeitet von: Herrn Thomas

Siegen, 21.08.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **18.10.2023**

Kurzbezeichnung:

Außerplanmäßige Mittelbereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2023 für die Baumaßnahme "Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße"

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß §85 i. V. §83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 120.000 € für die Investitionsmaßnahme T120201112/7852000 – Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung bei der Investition T 120201124 – ZOB Geisweid - in gleicher Höhe.

Sachverhalt / Begründung:

Die Universitätsstadt Siegen plant zusammen mit einer Kanalbaumaßnahme des ESi den Ausbau des Radwegs entlang der Sieg zwischen der Straße Am Siegufer und der Heeserstraße. Für den städtischen Anteil der Baukosten wurde im Juni 2018 ein Förderantrag bei der Bezirksregierung nach den Förderrichtlinien – FöRi-Nah gestellt, auf den im Oktober 2019 der positive Zuschussbescheid erteilt wurde. Im Zuge der folgenden Ausführungsplanung stellte sich die Notwendigkeit heraus, für die Detektion dreier Kampfmittelverdachtspunkte die Planung in einem Teilbereich zu überarbeiten. Im Zuge dieser Umplanung musste auch ein Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung bei der Bezirksregierung gestellt werden. Dieser wurde im November 2021 bei der Bezirksregierung eingereicht und im Juli 2023 genehmigt. Daraufhin mussten die Leistungsverzeichnisse für die Baumaßnahme überarbeitet und die Kostenberechnung an die über die Jahre gestiegenen Baukosten angepasst werden.

Für die Baumaßnahme wurden im Haushalt der Stadt Siegen in 2020 erstmalig Mittel in Höhe von 354.000 Euro bereitgestellt, von denen aktuell im Haushalt 2023 noch 294.000 Euro zur Verfügung bereitstehen. Für die nun anstehende öffentliche Ausschreibung der Bauarbeiten in erwarteter Höhe von 371.000 € für den städtischen Anteil über den ESi und die Beauftragung der neuen Beleuchtungsanlage fehlen ca. 120.000 Euro im Haushalt 2023, die zwar in diesem Jahr beauftragt werden sollen, aber erst im kommenden Jahr kassenwirksam werden. Dafür ist die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 120.000 € im Haushalt 2023 erforderlich. Die Deckung dieser VE erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung bei der Investition T 120201124 – ZOB Geisweid - in gleicher Höhe. Bei dieser Baumaßnahme wird noch immer auf die Förderzusage der Bezirksregierung gewartet, weswegen die dort veranschlagte VE in 2023 nicht mehr für eine Ausschreibung benötigt werden wird.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
450.000 €		%	292.000 €	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
2023			340.000 € Mittelübertragung	T12020112 Sachkonto 7852000

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Durch die Bereitstellung der VE wird der Bau des Radwegs ermöglicht, dessen Ausbau wiederum zu einer Verbesserung der Radwegeinfrastruktur beiträgt. Dies wird einen positiven Einfluss auf den Anteil des Radverkehrs im Modal Split haben.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

--

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4 Siegen, 31.08.2023
Bereich: Abteilung 4/5 – Stadtentwicklung/ - planung, Liegenschaften
Bearbeitet von: Herr Daschke, Herr Eschemann, Frau Krippendorf, Herr Meier,
Frau Oberländer

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen
und Liegenschaften** 14.09.2023

Rat 18.10.2023

Kurzbezeichnung:

**Grundsätze für die Bestellung von Erbbaurechten und den Verkauf von Erbbaurechts-
grundstücken**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die folgenden Grundsätze zur Anwendung des Erbbau-
rechts:

A. Umgang mit aktuell bestehenden Erbbaurechtsfällen

A.1 Sichtung und Prüfung auslaufender Verträge sowie Beratung/Entscheidung unter An- wendung der folgenden Kriterien (Prüfmatrix).

- » Handelt es sich um ein Schlüsselgrundstück? Besteht eine besondere Lagegunst?
- » Gibt es benachbart bereits städtischen Eigentumsbestand?
- » Geltendes Planungsrecht, Topographie?
- » Möglichkeiten einer künftigen Nutzung/Bebauung?
- » Gibt es weitere Kriterien oder bestimmte Vor-/Nachteile?

A.2 Klärung Verkaufsfall / Vorgehensweise

- A.2.1 Proaktiv: Vor 2050 auslaufende Erbbaurechtsverträge werden proaktiv gemäß der Prüfmatrix A.1 bewertet.
- A.2.2 Reaktiv: Ab 2050 auslaufende Erbbaurechtsverträge werden reaktiv auf Anfrage im Einzelfall gemäß der Prüfmatrix A.1 bewertet.

B. Verkaufskonditionen

Den Erbbauberechtigten werden Angebote unterbreitet, wie folgt:

B.1 Alt-Erbbaurechte ohne Anpassungsklausel bis 10 Jahre vor Ablauf des Erbbaurechts:

- B.1.1 100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung
- B.1.2 30 % BRW mit Nachzahlungsverpflichtung (in Höhe des Betrags der gewährten Preisermäßigung) über 30 Jahre

B.2 Alt-Erbbaurecht mit Anpassungsklausel ab 21. Jahr bis 89. Jahr (10 Jahre vor Ablauf Erbbaurecht):

- B.2.1 100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung
- B.2.2 50 % BRW mit Nachzahlungsverpflichtung (in Höhe des Betrags der gewährten Preisermäßigung) über 30 Jahre

B.3 Erbbaurecht (mit Anpassungsklausel), nicht älter als 20 Jahre:

100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung

B.4 Alle Fälle, Restlaufzeit weniger als 10 Jahre

100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung

B.5 Erbbaurechte Mietwohngrundstücke, mehr als 10 Jahre Restlaufzeit prüfen**B.6 Einzelfallentscheidung**

für den Fall, dass Dritte das Erbbaurechtsgrundstück erwerben, gilt folgendes:

- B.6.1 Unbedingt einzuhaltende Bedingung ist es, dass der Dritte auch das zum Grundstück gehörende Erbbaurecht erwirbt. Die Einhaltung kann entweder dadurch erfolgen, dass die Stadt am Kaufvertrag über das Erbbaurecht mitwirkt und gleichzeitig ihr Grundstück an den Dritten veräußert (Vertrag zu dritt), oder aber
- B.6.2 durch Vereinbarung eines Rücktrittsrechts für den Fall, dass das Erbbaurecht nicht rechtmäßig erworben wird.

C. Neubestellung von Erbbaurechten

- C.1 Die **Erbbaurechtsvergabe** bei Ein-/Zweifamilienhausgrundstücken soll analog der bisherigen Richtlinien zur Veräußerung (siehe Handbuch der Stadt Siegen, Ziffer 90.230) angewandt werden.
- C.2 Die **Erbbaurechtsvergabe** bei Mehrfamilienhauswohnbaugrundstücken soll konzeptionell, also analog der bisherigen Richtlinien zur Veräußerung erfolgen.

- C.3 Die **Vertragslaufzeit** wird bei Wohnhausgrundstücken auf 75 Jahre festgelegt. Etwaige Ausnahmeregelungen bleiben unberührt. Sollte es für erforderlich gehalten werden, eine anderslautende Laufzeit anzusetzen, bedarf dies einer politischen Einzelfallentscheidung.
- C.4 **Erbbauzins**
- C.4.1 **Wohnbaugrundstücke:**
Erbbauzins: 3,5 %
Reduzierung für die ersten 20 Jahre um 50 %.
Reduzierung um 0,25 % für jedes im Haushalt lebende Kind (unter 18). Abzug erfolgt nur bis Erreichung eines Minimalzinses von 1,0 %.
Für geförderten Wohnraum wird der Erbbauzins für die Dauer der Belegungsbindung halbiert.
- C.4.2 **Karitative/soziale Einrichtungen + gemeinnützige Vereine**
Erbbauzins: 3,0 % (gemeinwohlorientierter Bauherr) / 6 % (Investor)
- C.4.3 **Gewerbe**
Erbbauzins: 6,0 %
- C.4.4 **KiTa**
Erbbauzins: 3,0 % [(gemeinwohlorientierter Bauherr) / 6 % (Investor)]
- C.5 **Fälligkeit des Erbbauzinses:**
Bis zur Erstellung/Sanierung des Wohnhausneubaus/Wohnhauses, jedoch längstens für zwei Jahre ab Vertragsschluss, ist ein Erbbauzins nicht zu zahlen.
- C.6 **Anpassung des Erbbauzinses:**
Die Anpassung des Erbbauzinses ist entsprechend dem Lebenshaltungskostenindex aller privaten Haushalte bei Steigerung dieses Indexes um wenigstens 10 % und frühestens nach 3 Jahren vorzunehmen.
- C.7 **Grundbuchliche Sicherung:**
Erbbauzins und Anpassungsklausel werden in Abt. II des Grundbuchs durch Eintragung gesichert.
- C.8 **Bauverpflichtung/Sanierungsverpflichtung:**
Der Erbbauberechtigte verpflichtet sich, die Erbbaugrundstücke innerhalb von 2 Jahren ab Bestellung mit einem Wohnhaus zu bebauen oder aber das auf dem Grundstück bereits befindliche Gebäude zu sanieren. Bei Nichteinhaltung steht der Stadt Siegen ein grundbuchlich zu sicherndes Rückübertragungsrecht zu.
- C.9 **Wiederaufbauverpflichtung:**
Verpflichtung zur Versicherung und Unterhaltung der Gebäude und Wiederaufbau nach Zerstörung durch die Erbbauberechtigten.
- C.10 **Lastenübernahme:**
Übernahme aller öffentlichen und privatrechtlichen Lasten und Abgaben durch die Erbbauberechtigten.
- C.11 **Entschädigung bei Beendigung (Ablauf oder Heimfall) des Erbbaurechts:**
(Wie bisher) Verpflichtung der Erbbauberechtigten, das Erbbaurecht auf die Stadt zurück zu übertragen (Heimfall), wenn das Grundstück durch Verschulden der Erbbauberechtigten (a) nicht fristgerecht bebaut wird, (b) das Gebäude nicht zum gleitenden Neuwert gegen Feuerschäden versichert wird, (c) ein Vergleichs- oder Konkursverfahren durchgeführt wird, (d) die Zwangsversteigerung oder –verwaltung angeordnet wird, (e) die Zahlung des Erbbauzinses länger als 2 Jahre im Rückstand ist,

(d) vertraglich abgesicherte Pflichten schuldhaft verletzt werden (grobe Misswirtschaft).

Die von der Stadt im Falle der Ausübung des Heimfalls sowie der Beendigung zu zahlende Vergütung ist im Erbbaurechtsvertrag festzulegen:

Bei Eigenheimen: 2/3 des Verkehrswerts

Bei sonst. Objekten: (wie bisher) zwischen 60 % und 80 % des Verkehrswerts

C.12 Vorkaufsrechte:

Bestellung von gegenseitigen Vorkaufsrechten, sowohl am Grundstück als auch am Erbbaurecht, durch Eintragung im Grundbuch.

C.13 Belastung des Erbbaurechts:

Schon im Erbbaurechtsvertrag wird einer erstmaligen Beleihung des Erbbaurechts mit Grundpfandrechten bis zu 100 % der Höhe der Herstellungskosten des Gebäudes bei höchstmöglicher Absicherung für die Stadt zugestimmt.

C.14 Verlängerung nach Zeitablauf:

C.14.1 In den Fällen, bei denen die Erbbauberechtigten eine Verlängerung des Erbbaurechts wünschen, ist darauf zu bestehen, dass das Erbbaurecht für die Restnutzungsdauer zu den dann geltenden Bedingungen verlängert wird.

C.14.2 In Siedlungsgebieten werden die Erbbaurechte auf eine einheitliche gesamtstrategische Ablaufzeit verlängert, und zwar unabhängig davon, wann der Verlängerungsvertrag abgeschlossen wird.

D. Entwicklung von Baugebieten / Bauflächen unter Anwendung von Erbbaurechten

D.1 Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke

Bis zu 50 % der städtischen Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke sollen zur Verfolgung wohnungspolitischer Ziele über Erbbaurechte vergeben werden. Strategisch bedeutsam gelegene Grundstücke sind hier zu berücksichtigen.

Mindestens 50 % der städtischen Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke sollen u.a. zur (Teil-) Refinanzierung der Baugebietsentwicklung veräußert werden.

D.2 Mehrfamilienhausgrundstücke

Städtische Mehrfamilienhausgrundstücke sollen grundsätzlich über Erbbaurechte vergeben werden.

Den Erbbaurechtsnehmenden wird im Rahmen des Konzeptverfahrens die Möglichkeit eröffnet, für eine über den Förderzeitraum hinausgehende Mietpreis- und Belegungsbindung zum Zinssatz für geförderten Wohnraum zu zahlen.

D.3 Gemeinbedarfsgrundstücke

Bei der Entwicklung von städtischen Gemeinbedarfsgrundstücken ist grundsätzlich die Vergabe über Erbbaurechte zu wählen.

Gemeinwohlorientierte Erbbaurechtsnehmende erhalten einen reduzierten Erbbauzins.

D.4 Gewerbe- und Dienstleistungsgrundstücke

Bei der Entwicklung innerstädtischer Gewerbe- oder Dienstleistungsgrundstücke ist

grundsätzlich für strategisch bedeutsam gelegene städtische Grundstücke die Vergabe über Erbbaurechte zu wählen.

Flächen für Gewerbe- oder Dienstleistungen am Siedlungsrand sollen veräußert werden.

E. Ausnahmeregelungen

Ausnahmen von den grundsätzlichen Regelungen bedürfen einer Begründung und eines politischen Beschlusses.

F. Evaluierung

Der Grundsatzbeschluss wird regelmäßig, spätestens aber alle 10 Jahre, auf seine Wirksamkeit hinsichtlich aktueller Rahmenbedingungen überprüft.

Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund von zunehmenden Verkaufsanfragen für Erbbaurechtsgrundstücke in der jüngeren Vergangenheit sowie mit Blick auf die in den nächsten Jahren auslaufenden Verträge sieht die Verwaltung hier einen Regelungsbedarf. Im Kontext der Erarbeitung eines Baulandbeschlusses wurde daher eine Neuausrichtung des Themas Erbbaurecht umfassend erörtert.

Nachdem das Instrument des Erbbaurechts in den letzten Jahrzehnten u. a. aufgrund der günstigen Zinsen am Kapitalmarkt kaum noch eine Rolle gespielt hat, gewinnt es seit einiger Zeit aus mehreren Gründen wieder an Bedeutung. Insbesondere sind hier wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Steuerungsmöglichkeiten, die Begrenzung privater Bodenspekulation und der kommunale Vermögenserhalt zu nennen.

Der bestehende Grundsatzbeschluss der Stadt Siegen zum Umgang mit Erbbaurechten, insbesondere zur Neubestellung und zum Verkauf von Erbbaurechtsgrundstücken, datiert aus dem Jahr 2001 (Verwaltungsvorlage 1302/01). Auch vor diesem Hintergrund ergibt sich die Notwendigkeit einer Überarbeitung.

Die Überlegungen und Ausarbeitungen der Verwaltung zur Aktualisierung des Grundsatzbeschlusses wurden in mehreren Sitzungen des Arbeitskreises Wohnbaulandentwicklung (10.11.2022, 18.08.2022, 21.06.2022 und 17.08.2023) den politischen Vertreterinnen und Vertretern vorgestellt und mit diesen gemeinsam diskutiert. So ist zuletzt ein gemeinsam von Arbeitskreis und Verwaltung befürworteter Entwurf entstanden, der nun in die politische Beratung eingebracht wird.

Beschreibung der einzelnen Themenbereiche und Fragestellungen sowie Darlegung der verwaltungsseitigen Überlegungen

A. Umgang mit aktuell bestehenden Erbbaurechtsfällen

Verwaltungsseitig wurden vier mögliche künftige Strategie-Optionen erarbeitet.

1. Verkauf auf Anfrage (reaktiv)
2. Kein Verkauf
3. Verkauf unter Bedingungen (reaktiv)
4. Verkauf auslaufender Verträge (vorausschauend, proaktiv), Verkauf unter Bedingungen (reaktiv)

Die aus den Vorberatungen resultierende, präferierte Variante 4 sieht dabei im Einzelnen wie folgt aus:

Verkauf bis Ende der 2040er Jahre auslaufender Verträge (vorausschauend und proaktiv)

Prüfung auf Wirtschaftlichkeit u. Entwicklungsmöglichkeiten

› wenn kein Entwicklungsinteresse: Verkauf zu aktuellen Bedingungen

Verkauf ab 2050 auslaufender Verträge auf Anfrage (reaktiv)

Schlüsselgrundstücke definieren (Lage, Eigentumsbestand usw.)

- Handelt es sich um ein Schlüsselgrundstück? Besteht eine besondere Lagegunst?
 - Gibt es benachbart bereits städtischen Eigentumsbestand?
 - Geltendes Planungsrecht, Topographie?
 - Möglichkeiten einer künftigen Nutzung/Bebauung?
 - Gibt es weitere Kriterien oder bestimmte Vor-/Nachteile?
- › wenn kein Schlüsselgrundstück: Verkaufskonditionen mit Nachlass bei 30 Jahren Bindung bzw. zum geltenden Bodenrichtwert

B. Verkaufskonditionen

Zielsetzung des Grundsatzbeschlusses aus dem Jahr 2001 war es, Erbbaurechtsgrundstücke zu veräußern und den Verkauf aktiv anzubieten, da Alt-Erbbaurechte aus den 1950er/1960er Jahren häufig nur Erbbauzinserträge von bis zu 100,00 € pro Jahr erzielten.

Aufgrund des zwischenzeitlich eingetretenen Handlungsdruckes durch gesamtgesellschaftliche und wohnungsbaupolitische Entwicklungen wurden die Verkaufskonditionen für Erbbaurechtsgrundstücksverkäufe im Jahr 2022 (VL 912/2022) bereits modifiziert. Die Veränderungen zwischen Beschlusslage 2001 und 2022 sind nachfolgend gegenübergestellt – die Beschlusslage 2022 sollte unverändert bleiben:

Vorgehensweise <u>BIS</u> Ratsbeschluss 2022	Erbbaurecht	% von BRW	Vorgehensweise <u>AB</u> Ratsbeschluss 2022 ↓	% von BRW	optional	Zukünftig
	Alt-Erbbaurecht OHNE Anpassungsklausel bis 10 Jahre vor Ablauf des Erbbaurechts	30 %		100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung	30 % BRW mit Nachzahlungsverpflichtung über 30 Jahre	
	Alt-Erbbaurecht MIT Anpassungsklausel Ab 21. Jahr bis 89. Jahr (10 Jahre vor Ablauf Erbbaurecht)	50 %		100 % BRW ohne Nachzahlungsverpflichtung	50 % BRW mit Nachzahlungsverpflichtung über 30 Jahre	
	Erbbaurecht (mit Anpassungsklausel) nicht älter als 20 Jahre	100 %		wie bisher		
	Alle Fälle Restlaufzeit weniger als 10 Jahre	100 %		wie bisher		
	Erbbaurechte Mietwohngrundstücke Mehr als 10 Jahre Restlaufzeit	50 %		Einzelfallentscheidung		

Nachstehend werden die aus heutiger Sicht bestehenden Vor- und Nachteile des Verkaufs von Erbbaurechtsgrundstücken zusammengefasst:

VORTEILE	NACHTEILE
<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung städtischer Einnahmesituation • Erhöhung privater Eigentumsquote • Wegfall des Verwaltungsaufwands • Wegfall finanzieller Rückstellungen bzw. Entschädigungsrisiken nach Vertragsende oder Heimfall 	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust von Verfügungsgewalt und Grundvermögen • Aufgabe von Entwicklungs- und Steuerungspotential auf Nutzungszweck • Wegfall von Erbbauzins-Einnahmen • Möglichkeit erwerbsseitiger Spekulation (siehe auch ergänzender Ratsbeschluss vom 11.05.22)

Änderung der Vorgehensweise in Bezug auf den Umgang mit Verkaufsanfragen

Um dem Thema „Erbbaurecht“ zukünftig bei allen Grundstücksverkaufsvorlagen (also bei Verkaufsvorgängen in Betreuung sowohl von 4/5-3 als auch von 1/2) in städtischen Gremien ein höheres Gewicht zu verleihen und sicherzustellen, dass die Option der Erbbaurechtsvergabe im Vorfeld verwaltungsseitig abgewogen wurde, wird angeregt, zukünftige Verwaltungsvorlagen um folgende Prüfaspekte zu ergänzen:

Erbbaurecht

Übereinstimmung mit dem Grundsatzbeschluss zum Thema Erbbaurecht <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung der Abweichung und mögliche Folgen	
Begründung der Abweichung	
Alternative Handlungsoptionen	

C. Neubestellung von Erbbaurechten

Allgemeines

Aus Verwaltungssicht wird vorgeschlagen, Möglichkeiten zu erarbeiten, die

- › die Erreichung des wohnungspolitischen Ziels ermöglicht, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen

und gleichzeitig auch

- › die dauerhafte, strategische Verfügbarkeit von Grundstücken für die Stadt zu sichern.

Dabei kann die Vergabe von Erbbaurechten eine gewichtige Rolle spielen. Strategisch bedeutsame Grundstücke sollten also grundsätzlich im Erbbaurecht vergeben werden. Hierbei kann die unter A. vorgestellte Prüfmatrix entscheidend zur Anwendung kommen.

Ebenso kann durch die Erbbaurechtsvergabe das ursprünglich verfolgte Ziel erreicht werden, preisgünstiges Wohnen für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderung, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und auch perspektivisch zu sichern, sollte das Erbbaurecht also „wieder aufleben“.

Möglichkeiten der Vertragsgestaltung

Die Verwaltung empfiehlt die nachfolgend aufgeführten Änderungen bei neuen Verträgen. Die Anwendung wurde in Gesprächen durch die Geschäftsleitung des Deutschen Erbbaurechtsverbandes befürwortet:

- › **Verkürzung der Laufzeit¹ von 99 Jahren auf 75 Jahre bei Wohnerbbaurechten**
Grund: Laufzeit beinhaltet zwei Renovierungsperioden, Vermeidung von „Schrottimmobilien“
- › **Grundsätzliche Kontaktaufnahme an Erbbaurechtsnehmer spätestens 5 Jahre vor Auslaufen des Vertrages**
Grund: Bessere Planbarkeit für Rücklagenbildung eventueller Entschädigungszahlungen, Abwägung von Verlängerungsmöglichkeiten des Vertragsverhältnisses
- › **In neu entwickelten „Baugebieten“ werden die Erbbaurechte auf eine einheitliche Ablaufzeit verlängert, und zwar unabhängig davon, wann der Vertrag abgeschlossen wird.**
Grund: So wird sichergestellt, dass zusammenhängende Erbbaugrundstücke bei Bedarf zu einem einheitlichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen (Flächengröße/Planbarkeit).
- › **Verlängerungsverträge (=Nachtragsverhandlungen) werden stets zu den Konditionen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses abgeschlossen.**
Grund: Entgegenwirken von aus Sicht der Stadt ungünstigen Zins-Konditionen (Gebot der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel).
- › **Erhöhung der Belastungsobergrenze von bisher 70% des Verkehrswertes auf 100 % des Verkehrswertes.**
Grund: Die bisherige Bedingung bei Aufnahme von Finanzierungsmitteln durch den Erbbauberechtigten war, dass die Tilgung des Darlehens mindestens 10 Jahre vor Ablauf des Erbbau-rechtes beendet sein muss. Durch Bestätigung durch die kreditgebenden Banken verlief dies bislang reibungslos, so dass bei gleicher Handhabung (Bestätigung 10 Jahre vor Ablauf) keine für die Stadt nachteiligen Auswirkungen zu befürchten sind.

¹ Hinsichtlich der übrigen Laufzeiten soll es bei den bisherigen Regelungen bleiben (40-99 Jahre). Aus der vergangenen Praxis ist zu entnehmen, dass beispielsweise KiTa-Erbbaurechte jeweils für eine Laufzeit von 50 Jahren abgeschlossen wurden. Erbbaurechte für Vereine und soziale Einrichtungen wurden ebenfalls Laufzeiten für 50 Jahren gewährt.

Um das Erbbaurecht auch vertragsgestalterisch möglichst weitgehend auszunutzen, wird die Einführung folgender **Bausteine** angeregt:

Standard-Vertragsbestandteile, die bislang überwiegend bereits abgehandelt wurden:

- Grundbuch- und Sachstand
- Bauverpflichtung
- Laufzeit
- Beschaffenheit
- Erbbauzins
- Versicherung
- Abgaben und Lasten
- Verkehrssicherungspflicht
- Heimfall
- Vorkaufsrechte
- Entschädigung
- Rechtsnachfolge
- Nutzen- und Lastenwechsel
- Wiederaufbaupflicht
- Vollstreckungsunterwerfung

Einführung neuer Regelungstatbestände bzgl. „Soziale Aspekte“:

- Erbbauzins-Ermäßigung „Förderung junger Familien“
- Beginn der Zahlungspflicht für EBZ erst ab Fertigstellung Gebäude
- Reduzierung des EBZ für die Dauer der Inanspruchnahme von Fördermitteln
- Mietpreisbindung

Einführung neuer Regelungstatbestände bzgl. „Energetische Aspekte“:

- Einhaltung vorgegebener Energiestandards

Einführung neuer Regelungstatbestände bzgl. „Einzelfallbezogene, gesondert und individuell zu betrachtende Aspekte“:

- Festlegung eines Nutzungszweckes (Wohnen, Backes, Tennisheim u.a.)
- Vertragsstrafe
- Beleihungsgrenze
- Sanierungsverpflichtung
- Weiterverwendungszweck
- Gegenleistung bei aufstehender Bebauung

Erbbauzins:

Erbbauzins-Sätze bisher		mögliche zukünftige Erbbauzins-Sätze	
4,0 %	Wohnbaugrundstücke (EFH u. MFH) 3,0 % 1 Kind unter 18 3,0 % 2 Kinder unter 18 2,0 % ab 3 Kindern unter 18	3,5 %*	Ein- und Zweifamilienhauswohnbaugrundstücke Reduzierung für die ersten 20 Jahre um 50 %. Reduzierung um 0,25 % für jedes im Haushalt lebende Kind (unter 18). Abzug erfolgt nur bis Erreichung eines Minimalzinses von 1 %. <u>Geförderter Wohnraum</u> Reduzierung des Erbbauzins für den Förderzeitraum um 50%.
			Mehrfamilienhausgrundstücke Im Rahmen eines Konzeptverfahrens unterbreiten Interessierte einen Erbbauzins, der entsprechend der Bewertungsmatrix gewichtet wird.
2,0 %	karitative/soziale Einrichtungen	3,0 % /	karitative/soziale Einrichtungen + gemeinnützige Vereine
3,0 %	Gemeinnützige Vereine	6,0 %	gemeinwohlorientierter Bauherr / Investor
6,0 %	Gewerbe	6,0 %	Gewerbe
0 %	KiTa	3,0 % /	KiTa
		6,0 %	gemeinwohlorientierter Bauherr / Investor

*Aufgrund der Reduzierung des Erbbauzinses innerhalb der ersten 20 Jahre ergibt sich ein Durchschnittszins ≤ 3,03 %.

Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke

Unter Abwägung der sozialen, wohnungspolitischen und haushaltsrechtlichen Ziele wird vorgeschlagen, dass eine 20-jährige Reduzierung des Erbbauzinses um 50 % gewährt wird. Durch die Zahlung des hälftigen Betrags über eine Laufzeit von 20 Jahren wird eine Art „Start- oder Anlauf“-Ermäßigung gegeben, die insbesondere zur Entlastung junger, bauwilliger Familien dient, aber auch aus sozialen Erwägungen heraus für sinnvoll erachtet wird. Die gestiegene finanzielle Belastung von Familien mit mehreren Kindern und die aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen geringer werdenden Möglichkeiten der Anschaffung eines Familienheimes lösen eine weitere Förderungsmöglichkeit über die etwaige, allgemeine („Start- oder Anlauf“-) Ermäßigung des Erbbauzinses in den ersten 20 Vertragsjahren hinaus aus. Auch in sonstigen, ungewöhnlichen Belastungsfällen, die nicht durch die Kinderzahl bedingt sind, kann im Einzelfall eine Ermäßigung gewährt werden (pflegebedürftige Angehörige).

Der gemäß den vorstehenden Ausführungen errechnete Mischzins liegt bei 3,03 % (ohne Kinder) bzw. bei 2,97 % (1 Kind). Weitere Angaben werden nachstehend wiedergegeben.

Zur Beurteilung wird im Folgenden eine Gegenüberstellung aufgeführt, die sich auf Basis eines Mustergrundstücks ergibt.

Mustergrundstück:	
Bodenrichtwert in €	220
Grundstücksgröße in m ²	431
Verkauf	94.820 €

Gegenüberstellung bisherige Praxis:

	ohne Kinder	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
Bisherige Praxis (99 Jahre)	375.487,20 €	358.419,60 €	358.419,60 €	341.352,00 €
Bisherige Praxis (75 Jahre*)	284.460,00 €	267.392,40 €	267.392,40 €	250.324,80 €
Zukünftige Praxis: 3,5 % (75 Jahre)	215.715,50 €	211.448,60 €	207.181,70 €	202.914,80 €

* rein rechnerisch

	ohne Kinder	1 Kind	2 Kinder	3 Kinder
	20 Jahre	20 Jahre	20 Jahre	20 Jahre
Bisherige Praxis	75.856,00 €	58.788,40 €	58.788,40 €	41.720,80 €
Zukünftige Praxis: 3,5 %	33.187,00 €	28.920,10 €	24.653,20 €	20.386,30 €

Rechnerischer Ansatz: Die Kinder leben alle innerhalb der ersten 20 Jahre im Haushalt.

Eine Gegenüberstellung der bisherigen und neu angestrebten Praxis anhand eines konkreten Beispiels ist als **Anlage** beigefügt. Daraus ist auch die jeweils jährliche Belastung während der einzelnen Perioden ersichtlich, also während der ersten 20 Jahre sowie der restlichen 55 Jahre.

Exkurs:

Würde das Grundstück veräußert und finanziert werden, war aus der Markterkundung folgendes Finanzierungsbeispiel zu erfahren:

Bei einem Darlehensbetrag von 95.000,00 € werden 6,5 % Zinsen (inkl. Tilgung) berechnet. Der genannte Zinssatz wird als „Momentaufnahme“ (Stand April 2023) genannt und aus Sicht des Ansprechpartners zukünftig höher ausfallen. Eine maximal mögliche 30-jährige Laufzeit des Kreditvertrages würde zu einer monatlichen Darlehensrate von ca. **515,00 €** führen. Diesen Betrag im Blick, sind die durch Vergabe des Erbbaurechts zu sparenden Finanzmittel aus der beiliegenden Anlage ersichtlich, so dass in den ersten 20 Jahren beispielsweise 138,00 €/Monat bzw. ab dem 21. Vertragsjahr 276,00 €/Monat zu zahlen sind.

Mehrfamilienhausgrundstücke

Die Stadt Siegen verfolgt das Ziel, dauerhaft günstigen Mietwohnraum im Stadtgebiet zu schaffen und gleichzeitig eine hohe Qualität in der Gestaltung zu erreichen. Die Vergabe von Mehrfamilienhausgrundstücken soll analog der durch den Rat beschlossenen Bewertungskriterien bei Grundstücksveräußerungen im Rahmen von Konzeptverfahren erfolgen. So sollen also mögliche Interessierte an Stelle eines Kaufpreises einen durch sie zu zahlenden Erbbauzins vorschlagen, der dann gemäß Richtlinie mit 20 % in die Bewertung einfließt. Gemäß politischer Beschlussfassung ist auf mindestens 25 % der zu errichtenden Geschossflächen Wohnraum mit öffentlichen Fördermitteln zu schaffen. Es soll möglich sein, für den Zeitraum der Inanspruchnahme von Fördermitteln einen geringeren Erbbauzins zu zahlen. Insgesamt soll der anzubietende Erbbauzins den Zins nicht unterschreiten, dessen Höhe sich aus dem reduzierten Zins bei Einfamilienhausgrundstücken ergibt, mindestens aber 1,5 %.

KiTa

Aufgrund hoher Nachfragen nach Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder wird seit Jahren die Erbbaurechtsvergabe sowohl im Investoren- als auch im Trägermodell betrieben. Die gängige Praxis sah dergestalt aus, dass als Erbbauzins 0 % für die Dauer des Kita-Betriebes angesetzt wurde. Aus haushaltsrechtlicher Sicht und auch mit Blick auf § 75 Abs. 1 S. 2 GO NRW, also der Verpflichtung der Gemeinden zu **wirtschaftlichem**, effizientem und sparsamem Verhalten erscheint es also angezeigt, auch für KiTa-Erbbaurechtsgrundstücke einen Erbbauzins zu erheben.

Es wird daher vorgeschlagen, den KiTa-Erbbauzinssatz analog des für soziale Einrichtungen vorgesehenen Erbbauzinses zu gestalten. Unterschieden werden soll dabei zwischen „Investorenmodell“ und „Trägermodell“.

Sollte also ein gemeinwohlorientierter Bauherr (beispielsweise DRK, Stiftung (...)) sowohl die bauliche Verwirklichung als auch die spätere Trägerschaft übernehmen, ist ein reduzierter Erbbauzins von 3 % für die Dauer der gesamten Laufzeit anzusetzen.

Für den Fall, dass ein „Investorenmodell“ zustande kommt, also ein unabhängiger Dritter die bauliche Verwirklichung übernimmt, das Gebäude später aber wiederum an einen Träger vermietet, kommt ein Zinssatz von 6 % zum Tragen.

D. Entwicklung von Baugebieten / Bauflächen unter Anwendung von Erbbaurechten

Die Einbeziehung des Instrumentes Erbbaurecht in ein zukünftiges Vergabeverfahren von Grundstücken bei neuen Baugebietsentwicklungen stellt einen Unterpunkt des aktuell in Erarbeitung befindlichen, zukünftigen Baulandbeschlusses der Stadt Siegen dar und wurde aufgrund der aktuellen Aufarbeitung mit dem Umgang bestehender Erbbaurechte in diesem Kontext mitbearbeitet.

Die Beschlüsse sollen im Rahmen des zukünftigen Baulandbeschlusses bestätigt oder bei Bedarf angepasst werden. Im Baulandbeschluss wird zu regeln sein, welcher Anteil an

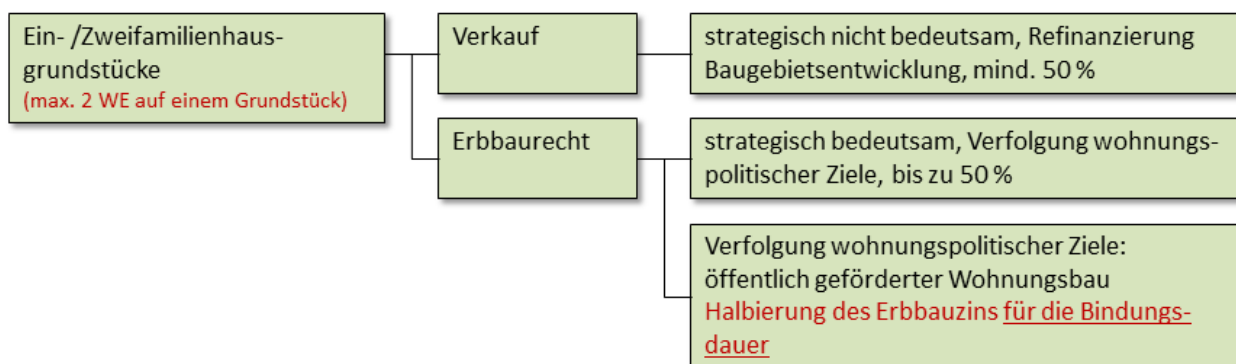
Grundstücken einer neuen Baugebietsentwicklung zuvor über Zwischenerwerb durch die Stadt erworben werden muss, um die städtischen Zielsetzungen zu erreichen.

Die Vergabe von Grundstücken über Erbbaurechte ermöglicht es, wohnungspolitische, städtebauliche, ökonomische und ökologische Ziele über einen längeren Zeitraum zu verfolgen.

Zielerreichungsmöglichkeiten bei der Vergabe von Grundstücken

	Ziel	Verkauf	Erbbaurecht
städtebaulich	Schaffung gemischter, nachhaltiger Quartiere für alle Bevölkerungsgruppen	ja (begrenzte Zeit)	ja
	Verhinderung zukünftiger Baulücken	ja (Bauverpflichtung)	ja (Bauverpflichtung)
wohnungspolitisch	Vergabekriterien für best. Zielgruppen	ja	ja
	Schaffung preiswerten Wohnraums	ja (begrenzte Zeit)	ja
	dauerhafter Entwicklungseinfluss der Stadt	nein	ja
	Vermeidung von Bodenspekulation	nein	ja
fiskalisch	Gegenfinanzierung von Kosten (Erschließung, Gemeinbedarf, ...)	kurzfristig	langfristig
	Einnahmen	einmaliger, kurzfristiger Grundstückserlös	dauerhafte, planbare Einnahmen
	Kosten	nein	Verwaltungsaufwand, Heimfallentschädigung
nachhaltig	Festlegung von ökologischen Standards	ja	ja

Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke



Die Nachfrage nach bezahlbaren Einfamilienhausgrundstücken ist in Siegen weiterhin hoch. Die Bodenrichtwerte entwickeln sich in Größenordnungen, die nur von wenigen Bevölkerungsgruppen bedient werden können. Es ist daher erforderlich, städtischerseits weiterhin bezahlbare Einfamilienhausgrundstücke zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Gerade in den Randgebieten der kleineren Stadtteile ist die Nachfrage gegeben und das Einfamilienhaus fügt sich in den städtebaulichen Kontext in Dichte und Höhe ein.

Grundsätzlich muss bei der Anwendung des Instruments Erbbaurecht unterschieden werden, ob hierdurch strategisch die dauerhafte Verfügbarkeit von Einfamilienhausgrundstücken oder wohnungspolitische Ziele erreicht werden sollen:

Dauerhafte Verfügbarkeit von Grundstücken

Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke, die strategisch bedeutsam gelegen sind, sollten grundsätzlich in Form von Erbbaurechten vergeben werden. Dies würde beispielsweise auf Grundstücke neben (städtischen) Gemeinbedarfsflächen zutreffen, um hier zukünftige Erweiterungsoptionen zu haben. In der Regel wird dies in den kleineren Stadtteilen eher wenige Grundstücke betreffen.

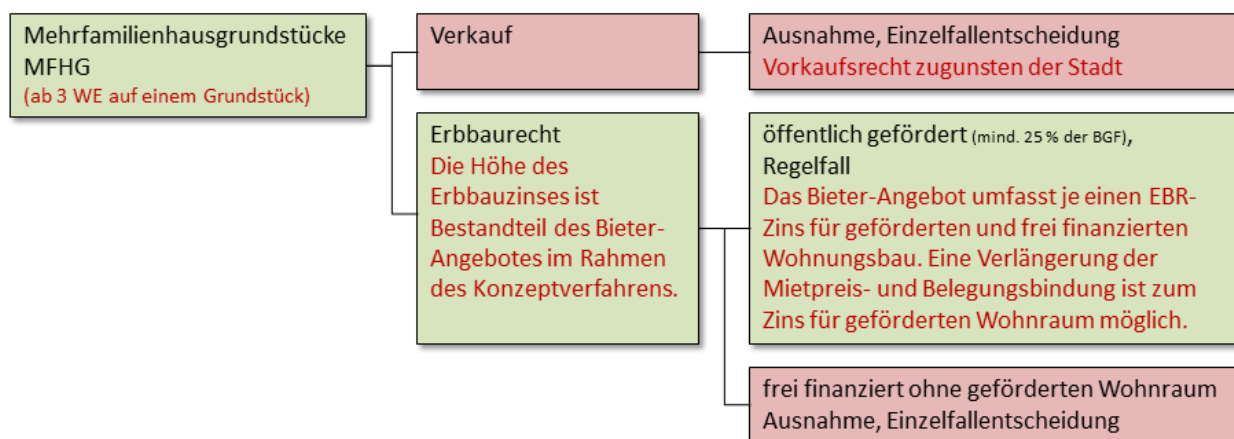
Wohnungspolitische Ziele

Erbbaurechte bieten die Möglichkeit, Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke für breite Bevölkerungsschichten zu bezahlbaren Kosten zur Verfügung zu stellen. Gleichwohl muss die Baugebietsentwicklung zumindest in Teilen refinanziert werden. Da sich die Nachfrage nach Erbbaurechten dynamisch entwickelt und u. a. von der Höhe der Bauzinsen abhängt, wird von einer festen Quote der Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke, die über Erbbaurechte vergeben werden sollen, abgeraten.

Es wird stattdessen empfohlen, eine flexible Quote zu beschließen, die eine individuelle Anpassung je Baugebietsentwicklung ermöglicht. Im Rahmen des Konzeptionsbeschlusses würde verwaltungsseitig ein Vorschlag unterbreitet, welcher Anteil der Einfamilienhausgrundstücke über Erbbaurechte vergeben und welcher Anteil der Einfamilienhausgrundstücke zur (Teil-) Refinanzierung herangezogen werden soll.

Die Verwaltung empfiehlt, über die Vergabe von Erbbaurechten individuell für jedes Baugebiet zu entscheiden und einen Anteil von bis zu 50 % der Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke anhand der vorab individuell festgelegten Quote im Erbbaurecht zu vergeben. Dies soll nach ersten Erfahrungen aber auch im Hinblick auf den zukünftigen Baulandbeschluss evaluiert werden.

Mehrfamilienhausgrundstücke



Bei der Vergabe von Mehrfamilienhausgrundstücken steht die Schaffung von (langfristig) bezahlbarem Wohnraum im Vordergrund. Der Verkauf von Mehrfamilienhausgrundstücken

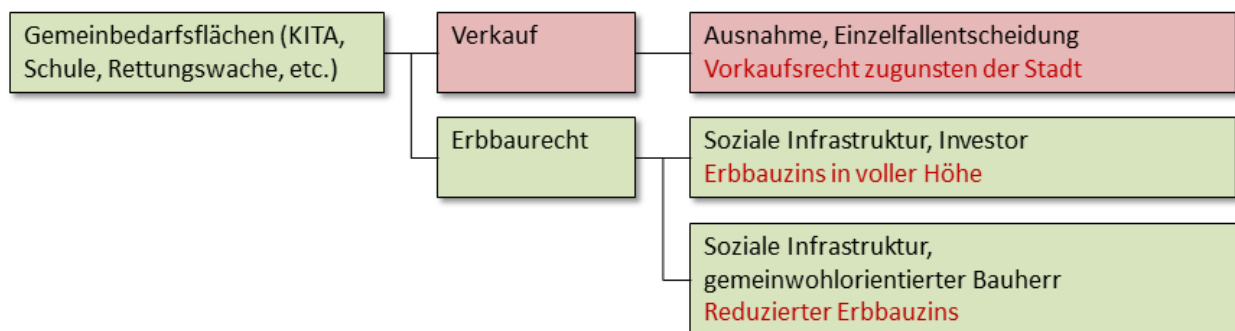
entzieht diese nach einem überschaubaren Zeitraum der Einflussnahme der Stadt und sollte zukünftig nur in begründeten Ausnahmefällen vorkommen.

Erbbaurechte bieten die Möglichkeit, einen längeren Einfluss auf Mehrfamilienhausgrundstücke auszuüben oder aber, da der Boden nicht vermehrbar ist, auf diesen Grundstücken nach Heimfall erneut gefördertem Wohnraum zu errichten.

Die Verwaltung empfiehlt, Mehrfamilienhausgrundstücke grundsätzlich über Erbbaurechte zu vergeben und die Grundstücke im Wege von Konzeptverfahren auf den Markt zu bringen. Es soll dieselbe Richtlinie zur Bewertung eingehender Angebote gelten, die auch Grundlage für bisherige Verkaufsfälle war (Bewertungsgrundsatz: Konzeptqualität fließt mit 80 %, der vorgeschlagene Erbbauzins mit 20 % in die Bewertung ein).

Durch das Konzeptverfahren ist eine Unterscheidung nach etwaiger strategischer Lage der Mehrfamilienhausgrundstücke nicht erforderlich.

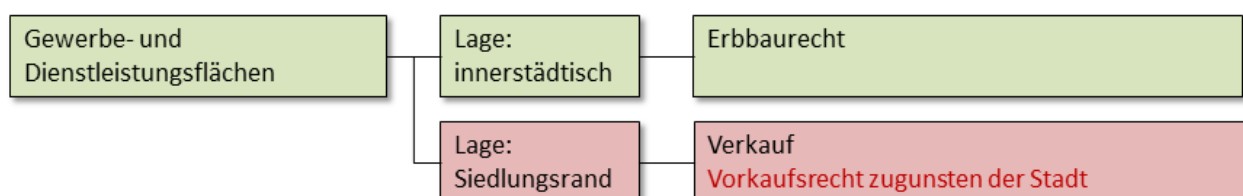
Gemeinbedarfsgrundstücke



Gemeinbedarfsgrundstücke (z.B. für KiTa, Schule, Rettungswache, etc.) liegen tendenziell in gut erreichbaren Lagen. Der Einfluss auf diese Grundstücke und somit auch auf wesentliche Infrastrukturen sollte langfristig sichergestellt sein. Es wird empfohlen, Gemeinbedarfsgrundstücke generell über Erbbaurechte zu vergeben. Bei der Höhe des Zinssatzes sollte zwischen Investoren und gemeinwohlorientierten Bauherren unterschieden werden.

Letztere Bauherrengruppe sollte einen reduzierten Erbbauzins zahlen.

Gewerbe- und Dienstleistungsgrundstücke



In der Vergangenheit spielten Erbbaurechte für Gewerbe- und Dienstleistungsgrundstücke keine Rolle. Derzeit existiert nur ein Fall. Inwieweit Erbbaurechte für Gewerbetreibende überhaupt in Frage kommen, kann nur sehr schwer eingeschätzt werden. Im Falle eines

Heimfalles können diese Grundstücke gewisse Unsicherheiten mit sich bringen, was beispielsweise Altlasten angeht.

Es wird empfohlen, hier speziell die innerstädtischen Lagen und zwar die strategisch bedeutsam gelegenen Grundstücke, für die Vergabe von Erbbaurechten ins Auge zu fassen. Hier siedeln sich tendenziell die weniger stark störenden Gewerbetreibenden oder Dienstleister an, bei denen weniger Risiken im Hinblick auf einen etwaigen Heimfall bestehen.

E. Ausnahmeregelungen

Der Grundsatzbeschluss soll den Regelfall definieren. Erfahrungsgemäß können darüber nicht alle Fallkonstellationen abgedeckt werden, so dass Ausnahmeregelungen möglich sein sollten.

Grundsätzlich müssen Ausnahmen begründet werden und bedürfen eines politischen Beschlusses. Dies stellt sicher, kurzfristig auf geänderte gesetzliche Regelungen oder Zielsetzungen der Stadt Siegen reagieren zu können.

F. Evaluierung

Der Grundsatzbeschluss wird regelmäßig, spätestens aber alle 10 Jahre, auf seine Wirksamkeit hinsichtlich aktueller Rahmenbedingungen überprüft.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage zur VV 1491 2023](#)

Berechnungsbeispiel bisherige Praxis				
Bodenrichtwert in €	220			
Grundstücksgröße in m²	431			
Erbbauzins in %	4			
Erbbauzins	3.792,80 €	jährl.	~316,00 € mtl.	
1 Kind (3 %)	2.844,60 €	jährl.	~237,00 € mtl.	
2 Kinder (3 %)	2.844,60 €	jährl.		
3 Kinder (2 %)	1.896,40 €	jährl.	~159,00 € mtl.	
Laufzeit 99 Jahre	375.487,20 €	ohne Kinder	Laufzeit 75 Jahre	284.460,00 €
	358.419,60 €	1 bis 2 Kinder		267.392,40 €
	341.352,00 €	3 Kinder		250.324,80 €

Berechnungsbeispiel zukünftige Praxis				
Bodenrichtwert in €	220			
Grundstücksgröße in m²	431			
Erbbauzins in %	3,5			
Erbbauzins	3.318,70 €	jährl.	1.-20. Jahre (1,75 %)	1.659,35 €
		~276,00 € mtl.		~138,00 € mtl.
1 Kind (1,5 %)	1.422,30 €	jährl.	~118,00 € mtl.	
2 Kinder (1,25 %)	1.185,25 €	jährl.	~ 98,00 € mtl.	
3 Kinder (1 %)	948,20 €	jährl.	~ 79,00 € mtl.	
Laufzeit 75 Jahre	215.715,50 €	ohne Kinder		
	211.448,60 €	1 Kind		
	207.181,70 €	2 Kinder		
	202.914,80 €	3 Kinder		

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: 3/1-1
Bearbeitet von: Kämmerei

Siegen, 06.10.2023

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Kurzbezeichnung:

Kenntnisnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigung des 3. Quartals 2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigung des 3. Quartals des Haushaltsjahres 2023 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Nach § 83 bzw. 85 GO NRW in Verbindung mit dem Ratsbeschluss über die Zuständigkeitsabgrenzung über- und außerplanmäßiger Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen vom 28.11.2001 sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen, die nicht der vorherigen Zustimmung des Rates bedürfen.

Der Rat hat den Haushalt 2023 am 22.02.2022 beschlossen. Im 3. Quartal 2023 waren über- und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen in Höhe von 177.166,34 € sowie eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 23.000,00 € in der Zuständigkeit des Stadtkämmerers erforderlich.

Gemäß § 83 Abs. 1 bzw. 85 Abs. 1 GO NRW ist die Deckung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigung durch Mehrerträge/-einzahlungen von 34.142,56 € und Minderaufwendungen/-auszahlungen von 143.023,78 € gegenüber der Haushaltsveranschlagung sowie eine nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 23.000,00 € sichergestellt worden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja X nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz <div style="height: 80px; border: 1px solid black;"></div>			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) <div style="height: 100px; border: 1px solid black;"></div>			

In Vertretung

gez.

Wolfgang Cavelius

I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Zusammenstellung der dem Rat bekanntzugebenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im 3. Quartal 2023:

Kostenträger bzw. Auftrag / Sachkonto	Bezeichnung	HH-Soll einschl. Sollübertra- gungen in €	über- / außer- planmäßige Auszahlung in €	Bemerkung
<u>Konsumtiver Mehraufwand/-auszahlungen</u>				
04070100/ 5317000	Apollo Theater/ Zuwend. an priv. Unternehmen/ Vereine/ Stiftungen	549.000,00	11.000,00	Auf Grundlage der Tarifsteigerungen erhöhte sich der gem. Kooperationsvertrag an den Trägerverein Apollo Theater Siegen e. V. zu zahlende Personalkostenzuschuss. Die Mehraufwendungen wurden gedeckt durch Mehrerträge bei 16010100/ 4051000 - Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich -.
03010100/ 5499040	Schulmanagement und -organisation/ Rückzahlung von konsumtiven Zuweisungen	0,00	120.696,34	Die gem. Bescheid vom 05.09.22 gewährten Fördermittel für die Ausstattung von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit CO ² -Messgeräten wurden nicht vollständig verausgabt. Für die nach dem Rückforderungsbescheid zurückzuzahlenden Mittel war eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich. Die Deckung erfolgte durch die für die Fördermaßnahme übertragenen Reste (rd. 98 T€) auf 03010100/ 5431400 - Schulmanagement und -organisation/ Erwerb bewegl. Verm. unter 60 € - sowie die Rückzahlung der an freie Träger weitergeleiteten und nicht verausgabten Mittel (rd. 23 T€).
01090100/ 5431050	Recht und Versicherung/ Sachverständigen-/ Gerichtskosten	117.000,00	20.000,00	Aufgrund einer Klage im Zusammenhang mit einer Baumaßnahme musste ein Sachverständiger beauftragt werden. Die überplanmäßig benötigten Mittel werden gedeckt durch Minderausgaben bei A011303000/ 5241901 - Rathäuser, Schulen und sonst. Objekte/ Bewirtschaftungsaufwand -.
01020100/ 5429000	Verwaltungsleitung/ Softwarewartung und Lizenzgebühren	0,00	5.520,00	Zur besseren Vernetzung und Organisation der umfangreichen ehrenamtlichen Aktivitäten in Siegenger Vereinen und Initiativen wird eine Software angeschafft. Die außerplanmäßig erforderlichen Mittel werden innerhalb des Budgets gedeckt.
<u>Investive Mehrauszahlungen</u>				
V020503000/ 7831000	Fahrzeuge Ausländerbehörde/ Erwerb bewegl. Vermögen >800 €	55.000,00	3.600,00	Die im Haushalt veranschlagten Mittel waren nicht auskömmlich für die erforderliche Ersatzbeschaffung. Die Mehrkosten wurden gedeckt durch Minderausgaben bei I020503000/ 7832000 - Regelung d. Aufenth. v. Ausländern/ Erwerb bewegl. Vermögen 60-800 € -.

Kostenträger bzw. Auftrag / Sachkonto	Bezeichnung	HH-Soll einschl. Sollübertra- gungen in €	über- / außer- planmäßige Auszahlung in €	Bemerkung
I06010100/ 7831000	Hilfe für junge Menschen und ihre Familien/ Erwerb bewegl. Vermögen >800 €	31.929,65	4.150,00	Die im Rahmen der Renovierung der Außenstelle des ASD abgebaute Küchenzeile konnte nicht mehr aufgebaut werden, weil zu viele Teile altersbedingt beim Abbau kaputtgegangen sind. Die Deckung der überplanmäßig erforderlichen Mittel erfolgt durch Minderausgaben bei I030103000/7832000 - Hauptschulen/ Erwerb bewegl. Vermögen 60-800 € -.
H060201119/ 7851000	Kita Waldesruh, Vereins- nutzung - Brandschutz/ Auszahlung für Hochbaumaßnahmen	56.345,50	10.000,00	Im Zuge der laufenden Baumaßnahme kam es zu Mehrkosten, so dass eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich wurde. Die Deckung erfolgte durch Minderausgaben bei I011302101 - Hochbaumaßnahmen und Betriebsvorrichtungen unter Wertgrenze -.
V060301000/ 7831000	KJT Fischbacherberg, Küche f. OGS Hammerhütter Schule / Erwerb bewegl. Vermögen 60 - 800 €	58.000,00	2.200,00	Die Anschlussarbeiten für Strom und Wasser waren umfangreicher als kalkuliert. Die Mehrkosten wurden gedeckt durch Minderausgaben bei I060301001/ 7831000 - Einrichtungen der Jugendarbeit/ Erwerb bewegl. Vermögen >800 € -.
<div> <div> <div></div> <div></div> <div></div> </div> <div> 177.166,34 Gesamtsumme Mehreinzahlungen: 34.142,56 Minderauszahlungen: 143.023,78 </div> </div>				
<u>Verpflichtungsermächtigungen (VE)</u>				
V130301001/ 7831000	Fahrzeuge Bestattungswesen/ Erwerb bewegl. Vermögen > 800 €	160.000,00	23.000,00	Die im Haushalt für die Ausschreibung eines Gräberbaggers veranschlagte Verpflichtungsermächtigung war aufgrund des Submissionsergebnisses nicht auskömmlich. Daher war eine überplanmäßige VE erforderlich mit Deckung aus der nicht in Anspruch genommenen VE für die Maßnahme T120201124 - ZOB Geisweid -.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: 5/1 – Soziale Leistungen
Bearbeitet von: Herrn Dörr, Herrn Schmidt

Siegen, 10.10.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **18.10.2023**

Kurzbezeichnung:

Überplanmäßige Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2023 für die Baumaßnahme / Investition V100101001 - Anschaffung von Wohncontainern

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 114.000,00 € für die Baumaßnahme / Investition V100101001 - Anschaffung von Wohncontainern.

Die Deckung erfolgt über Einsparungen bei der Maßnahme V030104010 - Naturwissenschaftsraum Realschule am Oberen Schloss - Konto 7853000.

Sachverhalt / Begründung:

Es ist beabsichtigt, für die gesetzlich verpflichtete Unterbringung von wohnungslosen Personen 8 Einzelwohncontainer zu errichten. Hierfür sind im Haushalt unter der Investitionsmaßnahme in Produkt 10 01 01 Investition V100101001 500.000,00 € vorgesehen.

Nach Vorliegen der Baugenehmigung mit der zwischenzeitlich eingegangenen Forderung einer Kampfmittelsondierung und des zwingenden Anschlusses des Regenwassers wurde das Leistungsverzeichnis für die benötigten Tiefbauarbeiten zur Aufstellung der Container erstellt. Dieses schließt mit einem Kostenanschlag von ca. 91.000,00 € ab. Dies resultiert insbesondere aus den Anschlusslängen der Ver- und Entsorgungsleitungen.

Insgesamt stehen damit Gesamtkosten in Höhe von 614.000,00 € an.

Die Beschaffung der Wohncontainer ist bereits erfolgt. Die Tiefbauleistungen müssen nun ausgeschrieben, vergeben und ausgeführt werden.

Die Deckung kann über Einsparungen bei der Maßnahme V030104010 - Naturwissenschaftsraum Realschule am Oberen Schloss - Konto 7853000 - erfolgen. Die Maßnahme hat sich verzögert und wird erst im kommenden Jahr beginnen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
614.000,00 €				

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan 2023	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 614.000,00 €	Kostenträger/ Investitionscode V100101001 / V030104010 Sachkonto
---	--	-------------------------------	---	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

Im Auftrag

gez.

Andree Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	13.10.2023
Federführend	Abt. 4/3 + 5/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Unterbringung problembehafteter wohnungsloser Personen in der Universitätsstadt Siegen
- Anfrage der FDP-Fraktion

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen
 Zimmer: B 313
 Telefon: 0271 404-1536/-1537
 Telefax: 0271 404-1539
 E-Mail: fdp@siegen.de
 Internet: www.fdp-stadtsiegen.de
 Geschäftsstelle neu: Kornmarkt 20, Zimmer 216

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

An den Bürgermeister
 der Universitätsstadt Siegen
 Herrn Steffen Mues

Rathaus Siegen
 Markt 2
 57072 Siegen

Siegen den 13.10.2023

EINGANG BÜRGERMEISTER	
16. Okt. 2023	
GB	PR
Abt.	INSTRUMENT

514
+ 413

Anfrage zur Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen am 18.10.2023

Unterbringung problembehafter wohnungsloser Personen in der Universitätsstadt Siegen

Sehr geehrter Herr Klein,
 sehr geehrte Damen und Herren,

In Anbetracht der Problematik bei der Standortfindung für die Unterbringung von Obdachlosen, die in den derzeit vorhandenen Unterkünften nicht integrierbar sein sollen und für Probleme sorgen, bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen.

Fragen:

1. War sich die Stadt Siegen beim Ausstellen der Baugenehmigung im Klaren, dass sie die Errichtung der Wohncontainer für Obdachlose im Außenbereich plant?
2. Wenn ja, auf Grund welcher gesetzlichen Grundlage macht die Stadt Siegen das? Glaubt die Verwaltung, dass hier eine Genehmigungsfähigkeit nach § 246 BauGB (Sonderregelungen) vorliegt?
3. Wenn ja, aus welchem Grund wird das angenommen, dass es sich konkret um einen Sonderfall handelt?
4. Welches juristische Verfahren zur Prüfung der Sachlage hat die Stadt Siegen für das Leimbachtal angewendet? Auf welche Vergleichsfälle beruht diese Rechtsauffassung? Gibt es in NRW ein Beispiel, wo der § 246 BauGB auf die Errichtung eines Obdachlosenheims angewandt wurde?
5. Sollte die Genehmigungsfähigkeit nicht vorliegen und das gerichtlich festgestellt werden, wird die Stadt von den Plänen ablassen?
6. Oder plant die Stadt Siegen auf anderen Weg eine Baugenehmigung für das Leimbachtal zu erhalten? Wenn ja, welche Wege werden das sein?

7. Acht Container sollen gegen den Wunsch der Nachbarschaft gebaut werden, wie viele Plätze werden zum 1. November 2023 tatsächlich benötigt?

Mit freundlichen Grüßen
für die FDP Fraktion im Rat
der Stadt Siegen



Torsten Schoew
Stadtverordneter und
Fraktionsgeschäftsführer

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	13.10.2023
Federführend	Abt. 4/3 + 5/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Betreff:

Unterbringung problembehafteter wohnungsloser Personen in der Universitätsstadt Siegen
- Anfrage der FDP-Fraktion

Frage 1: War sich die Stadt Siegen beim Ausstellen der Baugenehmigung im Klaren, dass sie die Errichtung der Wohncontainer für Obdachlose im Außenbereich plant?

Antwort: Vor Antragstellung hat ein Abstimmungsgespräch zwischen 4/4 Zentrale Gebäudewirtschaft und der Abteilungsleitung 4/3 Bauaufsicht stattgefunden. In diesem Abstimmungsgespräch wurde signalisiert, dass das geplante Vorhaben zur Errichtung einer Containeranlage als Notunterkunft für Obdachlose im sogenannten unbeplanten Innenbereich liege und folglich nach § 34 BauGB zu beurteilen sei. Eine Beurteilung nach § 35 BauGB müsse jedoch auch mit in Betracht gezogen werden um hier die Abgrenzung zwischen dem tatsächlichen Außenbereich und dem unbeplanten Innenbereich ziehen zu können. Die Überprüfung nach § 35 BauGB i.V.m § 246 BauGB wäre ggf. eine mögliche Variante bzgl. der Zulassung des Bauvorhabens und sollte im Verfahren mit überprüft werden. Letztlich wurde das Vorhaben nach § 34 BauGB geprüft und beschieden.

Frage 2: Wenn ja, auf Grund welcher gesetzlichen Grundlage macht die Stadt Siegen das? Glaubt die Verwaltung, dass hier eine Genehmigungsfähigkeit nach § 246 BauGB (Sonderregelungen) vorliegt?

Antwort: s. Antwort zu Frage 1

Frage 3: Wenn ja, aus welchem Grund wird das angenommen, dass es sich konkret um einen Sonderfall handelt?

Antwort: s. Antwort zu Frage 1

Frage 4: Welches juristische Verfahren zur Prüfung der Sachlage hat die Stadt Siegen für das Leimbachtal angewendet? Auf welche Vergleichsfälle beruht diese Rechtsauffassung? Gibt es in NRW ein Beispiel, wo der § 246 BauGB auf die Errichtung eines Obdachlosenheims angewandt wurde?

Antwort: s. Antwort zu Frage 1

Frage 5: Sollte die Genehmigungsfähigkeit nicht vorliegen und das gerichtlich festgestellt werden, wird die Stadt von den Plänen ablassen?

Antwort: Selbstverständlich beachtet die Stadt Siegen die Bindungswirkung verwaltungsgerichtlicher Urteile.

Frage 6: Oder plant die Stadt Siegen auf anderen Weg eine Baugenehmigung für das Leimbachtal zu erhalten? Wenn ja, welche Wege werden das sein?

Antwort: Eine gerichtliche Entscheidung würde zunächst ausgewertet werden, um auf dieser Grundlage dann über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Frage 7: Acht Container sollen gegen den Wunsch der Nachbarschaft gebaut werden, wie viele Plätze werden zum 1. November 2023 tatsächlich benötigt?

Antwort: In allen Wohn-/Unterbringungsformen besteht derzeit ein Bedarf, da nahezu alle Plätze belegt sind und die Notunterkunft in der Winchenbach wieder frei gezogen werden soll. Erfahrungsgemäß besteht für mindestens 8 Personen die Notwendigkeit einer Einzelunterbringung. Derzeit steht lediglich eine Unterkunft mit 5 belegten Plätzen hierfür zur Verfügung. Die Unterkunft ist in einem äußerst schlechten Gesamtzustand, so dass diese aufgegeben werden soll. Insbesondere mit Blick auf die Wintermonate ist mit einer Zunahme Hilfesuchender zu rechnen.

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen
 Zimmer: B 313
 Telefon: 0271 404-1536/-1537
 Telefax: 0271 404-1539
 E-Mail: fdp@siegen.de
 Internet: www.fdp-stadtsiegen.de
 Geschäftsstelle neu: Kornmarkt 20, Zimmer 216

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

An den Bürgermeister
 der Universitätsstadt Siegen
 Herrn Steffen Mues

Rathaus Siegen
 Markt 2
 57072 Siegen

Siegen den 13.10.2023

EINGANG BÜRGERMEISTER	
16. Okt. 2023	
GB	PR
Abt.	INSTRUMENT

514
+ 413

Anfrage zur Sitzung des Rates der Universitätsstadt Siegen am 18.10.2023

Unterbringung problembehafter wohnungsloser Personen in der Universitätsstadt Siegen

Sehr geehrter Herr Klein,
 sehr geehrte Damen und Herren,

In Anbetracht der Problematik bei der Standortfindung für die Unterbringung von Obdachlosen, die in den derzeit vorhandenen Unterkünften nicht integrierbar sein sollen und für Probleme sorgen, bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen.

Fragen:

1. War sich die Stadt Siegen beim Ausstellen der Baugenehmigung im Klaren, dass sie die Errichtung der Wohncontainer für Obdachlose im Außenbereich plant?
2. Wenn ja, auf Grund welcher gesetzlichen Grundlage macht die Stadt Siegen das? Glaubt die Verwaltung, dass hier eine Genehmigungsfähigkeit nach § 246 BauGB (Sonderregelungen) vorliegt?
3. Wenn ja, aus welchem Grund wird das angenommen, dass es sich konkret um einen Sonderfall handelt?
4. Welches juristische Verfahren zur Prüfung der Sachlage hat die Stadt Siegen für das Leimbachtal angewendet? Auf welche Vergleichsfälle beruht diese Rechtsauffassung? Gibt es in NRW ein Beispiel, wo der § 246 BauGB auf die Errichtung eines Obdachlosenheims angewandt wurde?
5. Sollte die Genehmigungsfähigkeit nicht vorliegen und das gerichtlich festgestellt werden, wird die Stadt von den Plänen ablassen?
6. Oder plant die Stadt Siegen auf anderen Weg eine Baugenehmigung für das Leimbachtal zu erhalten? Wenn ja, welche Wege werden das sein?

7. Acht Container sollen gegen den Wunsch der Nachbarschaft gebaut werden, wie viele Plätze werden zum 1. November 2023 tatsächlich benötigt?

Mit freundlichen Grüßen
für die FDP Fraktion im Rat
der Stadt Siegen



Torsten Schoew
Stadtverordneter und
Fraktionsgeschäftsführer

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßenneubau
Bearbeitet von: Carsten Reißler

Siegen, 11.10.23

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

18.10.2023

Kurzbezeichnung:

Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für die Vergabe des Auftrags „Unterhaltung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung“

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt gemäß §85 i. V. §83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,5 Mio. € für die Investitionsmaßnahme I120201003/7852300 Modernisierung der Straßenbeleuchtung, um eine Auftragserteilung der Vergabe 148_23 „Unterhaltung und Modernisierung der Straßenbeleuchtung“ zu ermöglichen.

Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Ermächtigung i.H.v. 1,5 Mio. € bei der Investition T120201129 Neubau Hufeisenbrücke, mit jeweils 500.000 € in 2024, 2025, 2026, da bei dieser Maßnahme derzeit noch wesentliche Planungsgrundsätze politisch beraten werden müssen.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Vergabe Nr.148_23 wurde die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung und die gegebenenfalls nötige Modernisierung der Tragsysteme der Straßenbeleuchtung in Form eines Rahmenvertrages mit 4-jähriger Laufzeit ausgeschrieben. Mit diesem Rahmenvertrag werden die Arbeiten und das Material zur Störungsbeseitigung und Wartung, sowie Änderungen an der Straßenbeleuchtung zu Lasten Dritter und kleine Neubaumaßnahmen abgedeckt. Des Weiteren soll im Zuge der Modernisierung der Straßenbeleuchtung eine Analyse der Tragsysteme (idR Maste, davon 2000Stk. älter als 50Jahre) und deren ggf. notwendige Erneuerung über diesen Auftrag abgebildet werden. Aufgrund der Kostenschätzung wurde der in-

vestive Teil der Vergabe mit einer Mittelfreigabe aus dem HH 2023 gedeckt. Die Submission ergab einen deutlich über dem Kostenanschlag (2,448 Mio €) liegenden Auftragswert (3,33 Mio €). Zwar kann der konsumtive Anteil durch die laufenden Mittel gedeckt werden, jedoch übersteigt der investive Anteil die zur Verfügung stehenden Mittel. Die Abweichungen vom Kostenanschlag begründen sich auf die, durch die Energiekrise ausgelösten, Unsicherheiten im Markt und eine Einpreisung von Inflation und Lohnkostensteigerungen über die Laufzeit. Eine abschließende Einschätzung des Zustandes der einzelnen Straßenbeleuchtung wird erst nach ausgeschriebener Prüfung erfolgen, weshalb sich der Anteil zwischen Unterhaltungs- und Neubaumaßnahme noch verändern kann

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
3.400.000€		100%		

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
HH23			1.000.000€	I120201003 Sachkonto 7852300

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Verbesserung bei Modernisierung nicht förderfähiger Leuchtstellen			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

In Vertretung

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1
Bereich: Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Laura Meier

Siegen, 10.10.2023

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **18.10.2023**

Kurzbezeichnung:

Nachbesetzung in Ausschüssen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt/benennt:

1. **Herrn Wolfgang Könen** als ordentliches Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss.
2. **Herrn Torsten Schoew** als 1. persönlichen Vertreter von Herrn Könen in den Rechnungsprüfungsausschuss.
3. **Frau Stephanie Krömer** als Sachverständige (Agentur für Arbeit Siegen) in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften.
4. **Frau Ewelina Lutz (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Sport- und Bäderausschuss.
5. **Frau Petra Hinkel (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Kulturausschuss.
6. **Herrn Goerg Weil (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Feuer-
schutz, Sicherheit und Ordnung.
7. **Frau Sophia Kölsch (s. B.)** als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales,
Familie und Senioren.
8. **Herrn Michael Schwarzer** als
 - a) beratendes Mitglied in den Bezirksausschuss V – Siegen-West.
 - b) als persönlicher Vertreter von Frau Six im AK Schulentwicklungsplanung.
 - c) als persönlicher Vertreter von Frau Six in der Spielplatz-Kommission.

- d) als persönlicher Vertreter von Frau Six in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.
9. **Frau Annette Six** als
- a) 1. persönliche Vertreterin von Herrn Schwarzer in den Bezirksausschuss V – Siegen-West.
 - b) 1. persönliche Vertreterin von Herrn Schwarzer in den Integrationsrat.
 - c) ordentliches Mitglied in die Spielplatz-Kommission.
 - d) ordentliches Mitglied in den Unterausschuss Kindertagesbetreuung.
 - e) ordentliches Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.
10. **Frau Ursula Uptmoor-Burwitz** als ordentliches Mitglied in den Bezirksausschuss V Siegen-West
11. **Herrn Christian Baeyens** als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Sachverhalt / Begründung:

- 1.-2. Die FDP-Fraktion bittet um Tausch der beiden Personen.
3. Die Agentur für Arbeit Siegen bittet um Besetzung des unbesetzten Sitzes.
- 4.-6. Die CDU-Fraktion bittet um Besetzung der Stellvertreterliste.
7. Die Volt-Fraktion bittet um Besetzung der Stellvertreterliste.
8. a) Die LKB-Fraktion bittet um Besetzung nach § 58 Abs. 1 Sätze 7-8 GO NRW
b)-d) Die LKB-Fraktion bittet um Besetzung, da ihre Fraktion hier bisher noch nicht vertreten war.
9. a) Die LKB-Fraktion bittet um Besetzung nach § 58 Abs. 1 Sätze 7-8 GO NRW.
b) Die LKB-Fraktion bittet um Besetzung des unbesetzten Sitzes.
c)-d) Die LKB-Fraktion bittet um Besetzung, da ihre Fraktion hier bisher noch nicht vertreten war.
e) Die LKB bittet um Besetzung des unbesetzten Sitzes in der Nachfolge der verstorbenen Frau Schmidt.
10. Frau Clara Gérard ist zurückgetreten. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen schlägt für die Nachfolge Frau Ursula Uptmoor-Burwitz vor.
11. Die CDU- Fraktion bittet um Besetzung der Stellvertreterliste.
-

Die Zählgemeinschaft, die sich auf die Verteilung der Ausschusssitze geeinigt hat, hat Herr Wolfgang Könen als stellvertretenden Vorsitzenden im Rechnungsprüfungsausschuss benannt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.